

Ernährungskommissäre für Notstandsgebiete.

In dem Komplex der Volksernährungsfragen steht der Ausgleich zwischen Bedarfs- und Ueberschußgebieten an vorderster Stelle. Infolge der Schwierigkeiten, die sich diesem Ausgleich entgegenstellten, haben sich manche Bedarfsgebiete geradezu in Notstandsgebiete verwandelt, zum Beispiel in Böhmen, wo eine starke Konzentration der industriellen Arbeiterbevölkerung vorhanden ist, ohne daß das betreffende Gebiet imstande wäre, die zur Ernährung der Bevölkerung notwendigen Lebensmittel herborzubringen, ferner in den Karstländern, in Istrien und Dalmatien. Um den bestehenden Schwierigkeiten zu begegnen, einen richtigen Ausgleich zu schaffen und um aus Kohlenparasamkeit unnötige Transporte zu vermeiden, werden nun, wie die Wiener Politische Rundschau erfährt, für die Notstandsgebiete Ernährungskommissäre ernannt. Sie unterstehen der Statthalterei und haben die Aufgabe, zwischen dem ihnen zugewiesenen Gebiet und Nachbargebieten die Ueberschüsse besitzen, den entsprechenden Ausgleich in der Versorgung zu veranlassen. Ihre Wirksamkeit kann sich jedoch nur auf die dem freien Verkehr belassenen Lebensmittel, nicht aber auf die vom Staat bewirtschafteten Artikel erstrecken. Die bei den Gemeinden tätigen Wirtschaftsräte, die vom Amt für Volksernährung ins Leben gerufen wurden und an vielen Orten bereits in Aktion getreten sind, werden auch den Ernährungskommissären bei der Durchführung ihrer Aufgabe behilflich sein.

Die Lebensmittelschwindler. Oft und oft gewarnt, ist das Publikum noch immer zu vertrauenselig gegen Leute, die ihm Lebensmittel zu liefern versprechen. So hat ein Mann, der sich „Bankbeamter Hugo Norbert Ott“ nannte, dem Gemischtwarenhändler Josef Komotny in der Wilhelmstraße für eine versprochene Trockenmilchliefung 3160 Kr. entlockt. — Ein anderer Gauner händigte der Amalia Trapp in der Schlachthausgasse ein Paket ein, das Innereien enthalten sollte, aber mit — Steinen gefüllt war. Dafür ließ er sich 70 Kr. zahlen. — 200 Kr. und einen Papierstock entlockte ein Mann dem Anton Eibl unter der Vorpiegelung, ihm Lebensmittel zu besorgen. — Der pensionsinhaberin Josefa Thümel entlockte auf gleiche Art ein Mann 460 Kr. — Der Firma Duschütz auf dem Schmerlingplatz sagte ein Mann, der sich W. F. Sterner, Gesellschafter der Wiffertischen Kaffeeconservenfabrik in ngarn nannte, zu, ihr Kaffee-Ersatz zu liefern und ließ sich 100 Kr. geben.

Die Lebensmittelversorgung.

Besprechungen beim Ministerpräsidenten.

Die „Rathaus-Norr.“ meldet: In dankenswerter Weise hat Ministerpräsident Dr. v. Seidler in seinem Bureau Besprechungen in Ernährungsfragen eingeleitet, und es ist daher der Wiener Gemeinderat durch seine Debatte am Freitag in die Lage versetzt worden, auch seine Anschauungen in Ernährungsfragen, insbesondere aber was die Versorgung der Stadt mit Kartoffeln, Gemüse und Obst betrifft, dem Ministerpräsidenten bekanntzugeben. Bemerkenswert ist, daß auch nicht ein Redner sich gefunden hat, welcher die heutige staatliche Zwangswirtschaft mit Kartoffeln verteidigt hätte. Der Ruf nach dem freien Marktverkehr unter behördlicher Aufsicht und Kontrolle, war ein allgemeiner; insbesondere Stadtrat Regierungsrat Schmid vertrat in seinem letzten Antrag den Standpunkt, daß der freie Marktverkehr wieder eröffnet werden solle. Sehr scharf wurden die Absperremaßnahmen einzelner Landeschefs und Bezirkshauptleute beurteilt, ebenso wie das Verhältnis zu Ungarn einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Jedenfalls hat die freitägige Gemeinderatsdebatte, nach den Ausführungen der Referenten Spalowski und Schmid sowie der Redner aller Parteien bekundet, daß die Gemeindeverwaltung alles aufgeboten hat, um für die Bevölkerung rechtzeitig vorzusorgen. Eine Debatte ist noch keine Vorsorge. (Nun. der Red.) Es hat sich aber auch gezeigt, daß einerseits elementare Faktoren, wie die verheerende Dürre und Schwierigkeiten in der Ausbringung und im Transport zusammengewirkt haben, um die Versorgung der Stadt mit Gemüse zu behindern.

Freitag sind bereits 30 Waggons Kartoffeln dem Markt übergeben worden, gestern 32 Waggons, außerdem ist reichlich Obst, insbesondere Birnen eingelangt, und es ist, nach den Versicherungen der Regierung mit Grund anzunehmen, daß in nächster Zeit die Besserung in der Versorgung anhält.

Die schlechte Marktbeschickung.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Unsere Behörden und sehr viele von den jetzt maßgebenden Persönlichkeiten vergessen ganz, daß die eingetretene Teuerung nur eine Folge der gesunkenen Kaufkraft des Geldes ist und daß die Krone, die vor dem Krieg 100 Seller wert war, heute nur mehr etwa 40 Seller wert ist. Die Behörden haben nun beispielsweise ganz willkürlich den Höchstpreis für 1 Kilogramm Kirschen auf R. 1.32 festgesetzt. Was bedeutet das für den Bauern? Daß er für das Kilogramm, wenn er es auf den Markt gebracht hat, etwa 50 Seller oder noch weniger (im Großverkauf) bekommt. Der Bauer, dem es sehr an Arbeitskräften mangelt, da sogar schon die Kinder lohnende Arbeit haben, soll nun die Kirschen pflücken, verpacken, und dann soll er damit die ganze Nacht hereinfahren, wobei das Fuhrwerk ja wesentlich teurer und seltener geworden ist, und soll sich schließlich auf dem Markt mit effektiven zirka 50 Sellern begnügen. Dabei muß er noch befürchten, bei dem kleinsten Versehen (etwa Verkauf um einen Seller über dem Höchstpreis oder außerhalb des Marktes oder dergleichen) dem Strafrichter zu verfallen. Nein, das tut der Bauer nicht. Auch aus einem anderen Grunde ist der Anreiz, den Markt zu beschicken, sehr gering, denn wenn er wirklich zum Höchstpreis verkauft hat, muß er mit dem Bargeld heimfahren, er kann sich nicht dafür die ihm nötigen Artikel besorgen, er bekommt weder Tabak, noch Petroleum, noch Reis oder Kaffee, keine Seife, fast nichts, und diejenigen Artikel, die nicht rationiert sind, nur zu ungeheuer hohen Preisen, wie Kleider, Schuhe, Wäsche usw. Im Kriege steigen die Preise immer; das ist wie ein Elementarereignis, das sich durch Höchstpreise, Verordnungen und Strafandrohungen nicht aufhalten läßt. Wir haben es ja gesehen, wie trotz aller Verbote und Maßnahmen in den drei Kriegsjahren die Preise immer höher gestiegen sind. Die behördlichen Maßnahmen, die in der lobenswerten Absicht verfügt worden sind, dem armen Mann das Leben nicht zu verteuern, haben durchaus den gegenteiligen Erfolg gehabt; die Preise sind nicht gesunken, aber die Marktbeschickung hat so nachgelassen und läßt noch weiter nach, daß wir verhungern müssen, wenn das System nicht sofort geändert, der Handel nicht freigegeben wird. Es ist ganz zweifellos, sobald der Handel mit Obst, Gemüse, Kartoffeln, Fleisch usw. vollkommen frei und ohne Beschränkung durch Höchstpreise sein wird, werden die Märkte wieder regelmäßig und reichlich beschickt sein. Nun ist aber die Behörde verpflichtet, für die Armen, für die Mindestbemittelten (worunter vorzugsweise die Pensionisten und die auf ein bestimmtes Einkommen Gesetzten zu zählen sind) zu sorgen, die natürlich bei diesen hohen Preisen nicht mittun können. Für diese, die ja schon durch die Statistik erfasst sind, sollte der Staat oder die Gemeinden alle die Artikel auf offenem Markt zu den Marktpreisen einkaufen und ihnen zu wesentlich billigeren Preisen zuteilen. Die Differenz wäre den höheren Steuerzinsen als einmalige Abgabe von Termin zu Termin aufzuerlegen.

(Ersatz.) Dies ist das Lösungswort in diesem Kriege geworden; jeder kennt es, und da die verschiedenen Originale mehr oder minder zu fehlen beginnen, hat man sich mit dem Ersatz — in vieler, wenn nicht in jeder Beziehung — behelfen müssen. Auf Schritt und Tritt begegnet man einem anderen Ersatz. Es sind ihrer weiblich viele geworden. Zwei gründliche und fleißige Gelehrte mit Namen Dr. Karl Böhinger und Dr. Julius Zellner haben die nicht undankbare Aufgabe unternommen, diese verschiedenen Arten von Ersatz, die längst schon in unser tägliches Leben eingedrungen sind und die in unserem Haushalt, in unserer Lebensführung eine wichtige Rolle spielen, zu sammeln, aneinander zu reihen. Sie haben sich vor allem die Mühe gemacht und die Aufgabe gestellt, das Publikum über die verschiedenen Arten des Ersatzes aufzuklären. Bieviele Namen liest man doch in diesen Tagen, die nichts weiter als eine Firmamarkte bedeuten. Man bezieht, genießt das Produkt, das sie bezeichnen, und mocht sich — seltsam genug — keine weiteren Gedanken darüber, was man eigentlich genießt, woher dieses oder jenes Ersatzmittel geholt ist und woher es stammt. Das Büchlein, das sich „Pflanzenverwertung im Kriege“ nennt, bezieht sich natürlich nur auf pflanzliche Ersatzstoffe. In der Einleitung betonen die Autoren ganz richtig, daß in der Kriegszeit erst die Leute die Abhängigkeit ihrer Existenz von der Pflanzenwelt erkannt haben; so ist der Krieg auch in diesem Belang für Hans ein Behrmeister geworden, der ihm vor Augen führt, was Hanschen dereinst nicht gelernt hat. Man erfährt aus dem schmalen, schlanken Büchlein gar vieles, was man bis zum heutigen Tage nicht gewußt hat, hört z. B., daß der geröstete Same des Besenginsters, der Saubohne, der Sojabohne, der Lupina, des Weißborns, der Hedentroße, daß ferner die schwarzen, gerösteten Beeren des Hollunders, die getrockneten und zerriebenen Schmelze der Zuderrübe, die gerösteten Wurzeln des Löwenzähns beliebige Kaffeesurrogate sind. Nun wird man also ungefähr wissen, woraus der „Schwarze“ gewonnen ist, der

einem gegenwärtig serviert wird. Denn die edlen, die Vorkriegsurrogate, Gerste und Malz, werden lange schon zu anderen, wichtigen Ersatzen verarbeitet. Viel zahlreicher noch sind die Leersurrogate, so daß man sich es leider versagen muß, auch nur die wichtigsten aufzuzählen. Als Ersatz für Tabak finden wir ebenfalls eine stattliche Anzahl von Pflanzenbestandteilen angeführt. So die Blätter des Kaffeebaumes, der Rotbuche, der Badner Weichsel, des Maulbeerbaumes und des Hufslattichs. Als Würze für kleine Weingaden kommen in Betracht: Valerianarten, Steinklee, Rosenblätter, Waldmeister Pfingstrosenblätter, aber auch die Gundelrebe, der Thymian, die Pfefferminze, manche Salbeiarten, die Brunelle, die Ochsenzunge, die Gernswurz und die Blätter der Runkelrübe. Von den in letzter Zeit in den Handel gebrachten komplizierten Mischungen wurde auch eine, die sich Mörathor nannte, als ausgezeichnetes Streckungsmittel genannt. In dieser befinden sich neben undefinierbaren Arten Teile von Thymian, Lindenblüten, Steinklee- und Wegerichblätter, Ochsenzungen- und Malvenblätter, mehrere Arten von Lippenblütlern, endlich zerschnittene Gräser. Prost Mahlzeit! und beneidenswert der, den solches Pfeifchen zu schmecken vermag! Unter die rarsten Dinge ist bekanntlich die Seife zu zählen. Auch hier hat man versucht, pflanzlichen Ersatz zu schaffen. Als Waschmittel hat man die japontinhalten Wurzeln des Seifenkrautes in Vorschlag gebracht, das schon die Griechen und Römer zum Waschen der Schafwolle verwendet haben. In letzter Zeit hat man sogar die — Eisenblätter herangezogen und aus ihnen eine Waschlöslichkeit hergestellt, die freilich infolge ihrer dunklen Farbe nur zum Waschen dunkler Gewebe verwendet werden kann.

Konsumenten-Kammern.

Von Dr. Walter Borgius (Berlin).

Die wirtschaftlichen Nöte, welche der Kriegszustand uns durch die Absperrung vom Auslande gebracht hat, haben neben vielem Bösen auch ein Gutes mit sich gebracht: Sie haben den Verbraucher wieder auf den Plan gerufen, den leidhaftigen richtigen Verbraucher, den eine zünftige Wissenschaft und eine ausschließlich auf Erzeugerinteressen zugeschnittene Wirtschaftspolitik seit Jahrzehnten tot und begraben wählte. Er steht lebenskräftig vor uns und hat sich sogar bereits organisiert: im „Kriegsauschuß für Konsumenteninteressen.“ Er verlangt aber einen noch vollkommeneren und festeren Ausbau seiner Interessen, und zwar in Form von richtigen „Konsumenten-Kammern.“ Die Forderung erscheint so gerechtfertigt, daß man sich wundert, weshalb sie nicht schon längst gestellt und erfüllt worden ist. Bleibt doch bei der heutigen Organisation der wirtschaftlichen Interessenvertretung der übergroße Teil des Volkes völlig unvertreten und deshalb in wirtschaftlichen Fragen überhaupt ungehört, soweit seine Wünsche und Nöte nicht indirekt durch Vermittlung der Presse und des Parlaments zur Sprache kommen. Nachdem aber allmählich sämtlichen Produzenten-Gruppen besondere Organisationen zur gemeinsamen Beratung und Durchführung ihrer gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen gewährt worden sind, ist eine analoge Organisation der Verbraucher nur recht und billig.

Um dem Plan näher zu kommen, muß man sich zunächst einmal klar machen: Wer ist „Verbraucher“. Im allgemeinen Wortsinne natürlich jeder Mensch einschließlich der Gütererzeuger. Hier handelt es sich aber um den engeren wirtschaftspolitischen Begriff des Verbrauchers. Unter diesen fallen zunächst einmal alle Gruppen, welche überhaupt nicht produktiv tätig sind, also Bevölkerung im noch nicht erwerbsfähigen Kindesalter, sowie im nicht mehr erwerbstätigen Greisenalter, ferner die Kranken und alle sonst aus irgendwelchen Gründen nicht arbeitenden Personen. Dazu kommt die gesamte erwachsene weibliche Bevölkerung, soweit sie nicht unter Gruppe 1 fällt oder berufstätig ist, in Sonderheit also das ganze Heer der Hausfrauen und Dienstmädchen, die zwar eine sehr wichtige und tatsächlich höchst produktive, aber nicht im statistischen Sinne berufsmäßige Tätigkeit ausüben. Sodann folgt die Gesamtheit derjenigen Personen, die zwar berufstätig sind, aber nicht auf volkswirtschaftlichem Gebiete im engeren Sinne des Wortes, also namentlich die Staats- und Gemeindebeamten, sowie die Vertreter der freien Berufe (Juristen, Ärzte, Lehrer, Theologen, Ingenieure, Mechaniker, Chemiker, Künstler, Literaten usw.). Zu diesen „reinen Konsumenten“ sind dann in zweiter Linie aber auch noch alle diejenigen Kreise zu rechnen, welche zwar zur volkswirtschaftlichen Produktion beitragen, aber ohne Einfluß auf Art und Richtung des Wirtschaftsprozesses bleiben, d. h. das ganze Heer der ländlichen wie industriellen Arbeiter und sonstigen Angestellten. Denn die Landwirtschafts-, Handels- und Handwerks-Kammern sind ja — das muß man sich immer gegenwärtig halten — nicht objektive Vertretungen dieser Wirtschaftskreise an sich, sondern Vertretungen des wirtschaftlichen Unternehmertums. Ihre Stellungnahme wird also bei widerstreitenden Interessen von Unternehmertum und Verbraucherschaft unvermeidlich einseitig bleiben. Um solche Interessensollisionen handelt es sich aber zumeist bei den eigentlichen Konsumentenfragen, so daß dabei tatsächlich die ganze große Masse des Volkes unvertreten den vortrefflich organisierten Einzelgruppen des produzierenden Unternehmertums gegenübersteht, — außer Stande, ihre etwa abweichenden Meinungen in wirtschaftlichen Fragen gleichgewichtig mit in die Waagschale zu werfen.

Daß letzteres ebenfalls geschieht, ist nun aber ein Ziel, aufs dringendste zu wünschen. Denn so richtig es ist, daß das wesentliche Ziel unserer Wirtschaftspolitik ist, die einheimische Gütererzeugung blühend und wirksam zu erhalten, so muß man sich doch klar machen, daß die Produktion schließlich doch nur um des Konsums willen da ist und nicht umgekehrt. Die Notwendigkeit dieser Unterscheidung leuchtet ein, wenn man sich vergegenwärtigt, wie leicht wichtige Interessen des Konsums — sagen wir z. B. der Bau von Kleinwohnungen in Villenvorstädten oder die Verbesserung des Vorort- und Straßenbahn-Verkehrs zu gewissen Tageszeiten und auf gewissen Straßen — unberücksichtigt bleiben, weil ihre Vernachlässigung den beteiligten wirtschaftlichen Unternehmerinteressen besser dient während umgekehrt manchmal des Unternehmerverdienstes wegen Güter hergestellt und dem Markt zugeführt werden, für die eine unmittelbare Nachfrage zunächst gar nicht vorhanden ist, sondern „der Bedarf erst geweckt werden muß“. (Man denke an allerlei Artikel der Toilette, des Bäder- und

Silbermarktes, an Gegenstände, die der Eitelkeit, Genussucht, Spielerei dienen usw.) Man denke beispielsweise auch an den unerhörten Massenerport des uns jezt bitter schmerzenden Judentums im Anfang des Krieges, dem erst nach erbittertem Kampfe von Verbraucherseite Einhalt getan wurde.

Es fragt sich nun, welche praktische Aufgaben die Konsumentenkammern haben würden. Hierüber läßt sich Schöpfer in der erwähnten Denkschrift bereits des näheren aus. Er grenzt dafür folgende Hauptarbeitsgebiete ab:

1. Bedarfs-güterversorgung, namentlich Preisgestaltung, Qualität und Gattung, Herstellungsweise, Verpackung und Aufbewahrung, Verkaufsmethoden, Reklame. (Ich möchte als wichtige Einzelfrage noch hinzufügen: die Stoff- und Herkunfts-Bezeichnung wie Mandelmilch (ohne Mandeln und ohne Milch), Pilsener Bier aus Ribors u. dgl.)
2. Wohnungswesen, einschließlich Heizung und Beleuchtung.
3. Verkehrswesen, namentlich in bezug auf Stadt- und Vorortverkehr; man könnte auch hinzufügen bezüglich der Landstraßen (z. B. Fahrrad- und Automobilverkehr), des Eisenbahn- und Postbetriebes usw.
4. Zölle und Steuern im weitesten Sinne des Wortes, insbesondere Gestaltung des Abgabewesens mehr unter allgemeinem volkswirtschaftlichen und weniger wie bisher unter privatwirtschaftlichem Interesse.
5. Förderung der Konsumvereine und Konsumproduktionsgenossenschaften.
6. Alle sonstigen Fragen, die in das Konsumenteninteresse eingreifen, wie z. B. Kartelle und Trusts, Verstaatlichung und Verstaatlichung von Produktionsmitteln; Massenpeisung, Mittelstandskücher, Kantinen usw., Haushaltungsschulwesen, Kleintierzucht und Kleingartenbau etc. (Ich möchte noch hinzufügen: Kontrolle des Bürokratismus, also der Organisation und Betätigung des Behördenwesens auf allen Gebieten, namentlich die Art ihres direkten Verkehrs mit dem Publikum).

Eine wichtige Frage dabei ist nun der organisatorische Aufbau der Konsumentenkammern. Schöpfer meint, „die Konsumenteninteressen würden vollaus vertreten durch die den Kammern sich anschließenden Gesamtorganisationen der Konsumentenvertreter“, also die Körperschaften, welche den „Kriegsauschuß der Konsumenteninteressen“ gebildet haben (die freien, christlichen und S.-D.-Gewerksvereine, die katholischen und evangelischen Arbeitervereine, die Interessenvertretungen der kaufmännischen und technischen Angestellten, sowie der Beamten, der „Bund der Festbesoldeten“, die Pensionsvereine, die Frauenvereine, der Deutsche Verein für Namenspflege und Wohltätigkeit, das Büro für Sozialpolitik und der Deutsche Käuferbund). — Mit einer so buntschmetterigen und unsystematischen Zusammenfassung der Konsumentenkammern könnte ich mich aber doch nicht befreunden, so sehr ich der dankenswerten Initiative und Betätigung des „Kriegsauschußes für Konsumenteninteressen“ alle Gerechtigkeit widerfahren lasse. Schöpfers Vorschlag, ihn einfach zu einem System von Konsumenteninteressen „auszubauen“, würde einerseits große Kreise der reinen Konsumenten — man denke nur an die hauswirtschaftlich arbeitenden Frauen, die meist gerade nicht in den Frauenvereinigungen vertreten sind! — unvertreten lassen, andererseits vielen Einzelkonsumenten doppelte Vertretung bringen. Wenn überhaupt Konsumentenkammern geschaffen werden, so müßte dies unbedingt

*) „Konsumentenkammern“. Herausgegeben im Auftrage des Reichsverbandes Deutscher Konsumvereine, Abt. Mühlheim, von Dipl. merc. Robert Schöpfer.

auf gleicher Grundlage gesehen, wie die Produzenten-Kammern, d. h. auf dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht sämtlicher Konsumenten des betreffenden Platzes oder größeren Bezirks.

Eine andere Frage ist, ob diese nur das Wahlrecht oder auch die Wahlpflicht haben sollen, ferner ob die Wahl indirekte oder indirekte Stichwahl oder Verhältniswahl sein soll, ob die Kinder dabei ganz unberücksichtigt bleiben oder als Halbstimmen den beiden Eltern zugeschlagen werden sollen usw. usw.

Eine weitere wichtige Frage, die eingehender Erörterung bedarf, ist die der Finanzierung der Kammern. Schöpfer will ihnen neben den Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und etwaigen Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln eine gewisse wirtschaftliche Betätigung einräumen; auch aus dem Anzeigendienst eines Fachorgans könnten erhebliche Einnahmen fließen. Doch das sind schließlich alles Fragen zweiten Ranges. Die Hauptsache ist, daß zunächst überhaupt einmal die Durchführbarkeit und Nützlichkeit, ja Notwendigkeit besonderer Konsumentenkammern anerkannt wird. In dieser Richtung wird hoffentlich die Tätigkeit des „Kriegsauschußes für Konsumenteninteressen“ und die dankenswerte Veröffentlichung von Robert Schöpfer den Stein ins Rollen bringen und über kurz oder lang in der einen oder andern Form zu einer Verwirklichung des Planes führen, die dem Bau unserer wirtschaftlichen Interessenvertretungen den letzten und entschieden notwendigen Schlußstein einfügen würde.

So wird im Wirtschaftsamt gearbeitet

(Um den so vielbeschäftigten Herren im Rathause die Mühe einer amtlichen Verchtigung zu ersparen, erklären wir die nachstehende Geschichte — wie übrigens alles, das den Herren im Rathause unangenehm ist oder sonst nicht in den Kram passen sollte — auf Grund des § 19, Preßgesetz, für amtlich u n w a h r. W a h r ist vielmehr, daß Wien die bestverwaltete Stadt und der Amtschimmel Sieger im Hindernisrennen ist. Die Schriftleitung.)

In der letzten Gemeinderatssitzung hat sich das Präsidium bemüht, durch seine Berichterstattung den Wienern einzureden, daß die Gemeindeverwaltung alles mögliche macht und nur die Regierung an allem Schuld in der Approvisionierung schuld sei. Ich glaube, daß über diesen Punkt die Bevölkerung Wiens klar und einig ist, ohne Unterschied der Parteien, wenn auch die gemeinderätliche bürgerliche Opposition nichts zur Aufklärung des Volkes mit beigetragen hat. An einem kleinen Beispiel will ich den kommunalen Amts-

schimmel in Freiheit vorführen. Der Bäcker Stein in der Zirkusgasse bezieht in der Genossenschaft Budingmehl aus dem Auslande, das Kilogramm um K 5.40. Anfangs März kommt das Verbot Kartoffelmehl zu verarbeiten. Nachdem das Mehl kirscht, läßt der Mann ein volles Faß von dem Budingmehl stehen, da es möglicherweise Kartoffelmehl ist und verarbeitet es nicht weiter. Am 26. März kommt eine Kommission, fragt, was das für ein Mehl ist. Der Mann sagt Budingmehl aus Amsterdam, möglicherweise Kartoffelmehl. Die Kommission entnimmt eine Probe und sagt, man wird es untersuchen. Am 21. April erhält der Bäcker einen Zahlungsauftrag über K 10 Untersuchungsgebühr, aber kein Untersuchungsergebnis. Am 11. Juni erhält er den Auftrag, nachdem dieses Mehl unter die beschlagnahmten Waren gehört, das Mehl der Gemeinde (Wirtschaftsamt) anzubieten und den Preis anzugeben, was der Mann sofort macht. Anfangs Juli erhält der Mann eine Vorladung zum Magistratssekretär Dohnal, der ihm ein Strafmandat zur Unterschrift vorlegt, weil er nach dem März noch Kartoffelmehl in seinem Geschäft hat, der Bäcker wehrt sich energisch gegen irgend eine Bestrafung, trotzdem Herr Sekretär Dohnal in seiner bekannten schneidigen Manier mit dem Manne spricht. Nebstbei sei bemerkt, daß dieses Mehl in denselben Paketen noch bis Ende Juni bei verschiedenen Kaufleuten im Bezirke anstandslos verkauft wurde. Heute am 1. September erscheint der Mann bei mir und sagt, das Mehl verdirbt und geht verleren, ich darf es nicht anrühren, mein Geld liegt auch darauf, was geschieht jetzt? Wenn das Wirtschaftsamt sechs Monate braucht, um ein Faß Mehl aus der Zirkusgasse in das Rathaus zu bringen, dann begreift man, daß es niemals imstande sein wird, Kartoffel aus Magran oder gar aus Russisch-Polen nach Wien zu bringen.

Dr. Blasek, Bezirksvorsteher.

Vom Budapester Markt.**Die Zufuhr.**

Die Direktion der Markthallen theilt mit: In der Centralmarkthalle sind heute 15 Waggon Kartoffeln, 13 Waggon Obst, 3 Waggon Hühner, 5 Waggon Melonen, 5 Waggon Fleisch, 1 Waggon Kürbis und 1 Waggon Paradeis eingetroffen. Mittels Schiff wurden 658 Meterzentner, hauptsächlich Obst, etwas Paradeis und Paprika gebracht. Es standen auch 27 Wagen mit Paprika und verschwindend wenig Grünzeug auf dem Markt. An Äpfeln, Birnen und Zwetschen gab es Ueberfluß, Weintrauben und Pfirsiche waren wenig vorhanden. Der Marktverkehr war flau, es war allgemein ein Waarenmangel zu bemerken, besonders fehlte Gemüse.

Frauenversammlung.**Gegen die Lebensmittelausfuhr. — Bildung einer Konsumgenossenschaft der Hausfrauen.**

Der Wirtschaftsverband ungarischer Hausfrauen veranstaltete gestern Vormittag im Lloydsaale eine Versammlung, die sich mit aktuellen Ernährungsfragen befaßte.

Die Präsidentin des Vereins Frau Dr. Armin Neuman wies in ihrer Eröffnungsrede auf die in Ungarn und besonders in Budapest herrschende Lebensmittelnoth hin. Ein Theil der Produzenten und Händler nütze die Kriegskonjunktur aus, indem sie die Lebensmittelpreise ins Phantastische hinaufgeschraubt haben. Zu der Preismisere komme der Schleichhandel nach Oesterreich, durch den Ungarn seiner Lebensmittelvorräthe entblößt wird. Rednerin gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung bedacht sein werde, die Volksernährung zu verbessern und zu sichern. Der gegenwärtige Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle habe noch zur Zeit der Koalitionsregierung eine Theuerungsanquete veranstaltet und hiedurch Interesse für dieses Problem bekundet. Es bedürfe einer starken Hand, um der Konsumentennoth abzuhelfen. Bei dem Aufbau der Ernährungspolitik muß auch der Einfluß der Verbraucher zur Geltung gelangen. Die Errichtung einer Preisermittlungskommission unter Mitwirkung der Konsumenten erweise sich als hochwichtig. Dem so überaus lästigen Anstellen könne nur durch die weitestgehende Dezentralisation des Verschleißes unter Heranziehung des legitimen Handels einerseits und der Genossenschaften, Verbände und Interessentkreise andererseits abgeholfen werden. Der Verband halte daher die Errichtung einer Konsumgenossenschaft der Hausfrauen für wichtig. Hierauf sprach die Schriftstellerin Lydias Kovács über die Ursachen der Theuerung. Zum Schluß nahm die Versammlung eine Resolution an, die die Errichtung einer Konsumgenossenschaft der Hausfrauen auspricht.

Massenauspeisung in Budapest.

Zwecks Sicherung der Volksernährung im Wege der Massenauspeisung werden vom Budapester Magistrat die nöthigen Vorarbeiten durchgeführt. Bürgermeister Dr. Stephan Bárczy hat eine Volksapprovisionnementsexpositur errichtet, deren Amtslokalitäten bereits festgestellt wurden. Gleichzeitig erfolgen in allen Bezirken der Hauptstadt die Einrichtungsarbeiten für die aufzustellenden bürgerlichen Speiseräume und Kriegsküchen. Bisher konnten im 1., 4., 5., 6., 7. und 9. Bezirk geräumige Speisevertheilungslokalitäten und Küchen gesichert werden. In den übrigen Bezirken werden die nöthigen Lokalitäten jetzt gemiethet. Der Magistrat hat an das Landes-Ernährungsamt ein Memorandum gerichtet, in dem um Gewährung der Vorbedingungen der Auspeisungsaktion: entsprechende Zahl militärische Fuhrwerke, militärische Arbeitskräfte, das nöthige Heizmaterial und vor Allem genügende Mengen Lebensmitteln ersucht wird. Die Massenauspeisung kann erst nach günstiger Erledigung des Memorandums aufgenommen werden.

M

Herausgeladte Lebensmittelkarten.

Ein neuer Vorgang bei der Abgabe. — Zuzählung in Gegenwart einer Vertrauensperson.

In den letzten Monaten ist es wiederholt vorgekommen, daß am Tage nach der Abgabe der Lebensmittelkarten in den Brotkommissionen Parteien erschienen, die erklärten, ein oder die andere Karte nicht erhalten zu haben und um deren nachträgliche Ausfolgung ersuchten; am häufigsten wurden Zuckerkarten in dieser Weise reklamiert. Da ein

Versehen bei dem Umfang des Betriebes in den „Füllwochen“ im Bereich der Möglichkeit liegt, wurde solchen Ansuchen zumeist entsprochen. Die Folge davon war, daß bald darauf ganze Scharen von Frauen kamen, die ebenfalls zu wenig Karten erhalten zu haben behaupteten. Da sich die Berechtigung der Reklamationen nicht nachweisen ließ, man andererseits niemand unrecht tun wollte, wurden auch diese Wünsche erfüllt.

In den letzten Monaten waren aus diesem Grunde nachweisbar Karten in weit größerer Zahl im Umlauf als es bezugsberechtigte Personen in Wien gibt. Die Mitglieder der Brot- und Mehlkommissionen erhielten daher schon im Vormonat die Weisung, bei der nachträglichen Ausfolgung von Karten möglichst rigoros vorzugehen, da unzweifelhaft der größte Teil der Reklamationen unbegründet und die Absicht der Gesuchsteller, eine größere als die ihnen gebührende Anzahl von Karten durch diese „Kriegslist“ herauszuladen, unverkennbar war. Auch die äußerste Genauigkeit beim Füllen der Kuberts wurde den Lehrpersonen dringend ans Herz gelegt.

Da aber insbesondere in einzelnen äußeren Bezirken nach wie vor zahllose Parteien die Kommissionsmitglieder mit Klagen und Beschwerden, daß sie zu wenig Karten erhalten haben, bestimmen, wird nunmehr, wie wir erfahren, ein neuer Vorgang bei der Kartenausgabe beobachtet werden, und zwar folgendermaßen:

Die Kommissionen werden neue Hauslisten anzufertigen haben, auf denen die Zahl der Hausbewohner genau vermerkt ist. Den Hausbesorgern ihrerseits wird eine genaue Liste der im Hause wohnenden bezugsberechtigten Personen vorzulegen haben. Am Tage der Kartenausgabe hat sich dann der Hausbesorger nicht mehr allein, sondern mit einer Vertrauensperson in der Kommission einzufinden, wo ihr die Karten auf Grund der beiden Listen — nach Feststellung ihrer Uebereinstimmung — offen gezählt werden. Der richtige Erhalt der Karten ist zu bestätigen, sowohl von dem Hausbesorger, wie von der die Stelle eines Zeugen einnehmenden Vertrauensperson. Ebenfalls in Anwesenheit dieser Vertrauensperson müssen nun die Karten der Partei übergeben werden; Sache der Partei ist es, die Karten in Gegenwart der beiden Personen nachzuzählen, da nachträgliche Reklamationen bei der Kommission unter keinen Umständen mehr angenommen werden.

Auf diese Art wird ein Mißbrauch so gut wie ausgeschlossen sein; allerdings wird den Kommissionen durch den neuen Vorgang beträchtliche Mehrarbeit erwachsen. Infolge der Vorarbeiten wird der erhöhte Dienst daher diesmal 14 Tage dauern; er beginnt am 15. und endigt am 29. d. Bei der neuen Kartenausgabe Ende dieses Monats wird bereits in der geschilderten Art vorgegangen werden. Ob nun Zuckerkarten, mit denen, wie erwähnt, am meisten Mißbrauch getrieben wurde, oder alle Lebensmittelkarten in der geschilderten Weise verabsolgt werden, steht noch nicht fest.

Urlauberfänger. Das sind die neuesten Gestalten, von denen die Wiener Bahnhöfe, unter ihnen besonders der Nordbahnhof, unsicher gemacht werden. Wie sie aussehen? Hiesige und galizische Juden sind es, die rubelweise den Bahnhof bevölkern, sooft ein Zug aus Lemberg oder auf der Ostbahn aus Ungarn eintrifft. Mit dem ihrer Rasse eigentümlichen Späherblick wissen sie unter den Ankommenden und meist noch am selben oder am nächsten Tage in ihre Heimat weiterfahrenden Urlaubern von der Front jene herauszufinden, in deren vollgepackten Rucksäcken, schwarzen Koffern oder sonstigem Reisegepäck sie allerhand wichtige und jetzt vielbegehrte Lebensmittel, hauptsächlich Mehl, Butter, Fett usw. vermuten. Die Urlauber bringen ja jetzt alle ihren darbedenden Lieben im Hinterland, was sie sich draußen vom Munde absparen oder um Geld erwerben können. Sie biedernd sich diesen oft recht naiven Menschen mit großer Buhdringlichkeit an, erklären sich bereit, den in Wien Fremden den Weg zu zeigen, sie zur Elektrischen zu geleiten, und fragen die einmal warm Gewordenen dann so nebenbei, was sie (die Soldaten) alles in ihren Rucksäcken hätten. Bald gesteht der Infanterist, daß er etliche Kilogramm Mehl oder ein paar Kilogramm Butter usw. drinnen habe. Und schon ist der Jude da mit einem Anbot: „Überlassen Sie mir fünf Kilogramm Mehl,“ bittet er, „jach geb' Ihnen 50 Kronen davor!“ Und oft genug läßt sich so ein armer Teufel, für den 50 Kronen plötzlich auf die Hand schon ein kleines Vermögen bedeuten, überreden und will das verlockende Geschäft eingehen. Da es dem Schacherer zu gefährlich scheint, auf der Straße den Handel abzuschließen, lockt er das Opfer in die schmutzige Wohnung. Ist er einmal in der Wohnung, so sagt er ihm, 10 Kronen seien eigentlich doch zuviel für ein Kilogramm Mehl, das müßte der Soldat selbst einsehen, drei Kronen, wenn er gebe, wären mehr als genug. Weigert sich der andere, diesen Handel einzugehen, so droht ihm der Schacherer, ob er nicht wisse, daß jetzt der kartenlose Verkehr mit Mehl verboten sei, daß er, der Soldat, gestraft werde, wenn er angezeigt werde, und daß ihm dann das Mehl von der Pöblizei überhaupt weggenommen werde und daß er sich ohendrein vor seiner militärischen Behörde zu verantworten haben usw. Eingeschüchtert und verängstigt willigt nun in der Regel der Urlauber ein, die fünf Kilogramm Mehl um 15 Kronen zu überlassen. Aus solchen Erpressungen stammen vielfach die Lebensmittel her, die man dann in Leopoldstädter Kaffeehäusern von den „Gästen“ so leicht haben kann. Allerdings kostet dann bei ihnen das Kilogramm Mehl 10 bis 15 Kronen, das Kilogramm Butter 30 bis 50 Kronen usw. Dieser neueste Erwerbsszweig arbeitscheuer Lagediebe hat bereits einen großen Umfang angenommen. Das schamlose Treiben raschestens abzustellen, wäre eine dankbare Aufgabe der hiesig berufenen Organe.

Nichtpreise.

Vom I. L. Landesgerichtsrat Dr. Max Weffer.

I. Die Momente der Preisbildung.

Der Krieg hat den Preisregulator der Friedenszeit, das Angebot und die Nachfrage, fast gänzlich ausgeschaltet. Das Prinzip der individualistisch-egoistischen Wirtschaft erzeugte auf dem Gebiete der Preisbildung Auswüchse, denen Gesetzgebung und Verwaltung durch verschiedene Mittel, darunter durch Strafandrohungen gegen Preistreiber und durch Festsetzung von Preisen für einzelne Bedarfsgegenstände, entgegenzutreten versuchten. Preise dieser Art wurden in der Form von Höchstpreisen, von Uebernahmepreisen für staatlich bewirtschaftete Artikel, von Preisen, die staatliche Zentralstellen bestimmten oder genehmigten, festgesetzt; alle diese Preisfixierungen beruhen zumeist auf der (jetzt aufgehobenen) kaiserlichen Verordnung vom 10. Oktober 1914. Hiezu kamen die auf Grund der Gewerbeordnung normierten Maximalpreise für den Kleinverkauf von Artikeln, die zu den notwendigsten Bedürfnissen des täglichen Unterlebens gehören, und die Marktverkaufspreise für Lebensmittel. Alle diese Preise waren durch Straffunktionen geschützt, ihre Ueberschreitung machte straffällig.

Daneben ergab sich das Bedürfnis nach Aufstellung von Preisen, welche als Grundlage der Preisbeurteilung dienen und die Richtung angeben sollten, auf welcher sich die Preisbildung bewegen durfte; solche Preise, Nichtpreise genannt, wurden schon früher von den Verwaltungsbehörden für ihren Sprengel aufgestellt, ohne daß hierfür eine gesetzliche Grundlage bestand. Erst die kaiserliche Verordnung vom 2. März 1917 schuf die Legalbasis für die Nichtpreise; Bildung, Wirkungen und Zwecke derselben sollen im folgenden kurz dargestellt werden:

1. Die kaiserliche Verordnung gibt keine Definition der Nichtpreise, sondern sagt nur, welche Momente bei ihrer Bildung maßgebend sind.

In erster Linie führt sie die durchschnittlich notwendigen Betriebskosten an, welche einen entsprechenden Anteil der allgemeinen Regie in sich schließen. Die Betriebskosten werden in der Art festzustellen sein, daß die Kosten einer größeren Anzahl von Betrieben untersucht werden; die unterste Grenze wird die volkswirtschaftliche Notwendigkeit und Nützlichkeit des einzelnen Betriebes bilden; denn nicht die durchschnittlichen, sondern die durchschnittlich notwendigen Betriebskosten sind maßgebend. Arbeitet ein Betrieb unter so ungünstigen Bedingungen, daß seine Erhaltung volkswirtschaftlich nicht notwendig ist, so bleiben die Kosten desselben bei Aufstellung der Nichtpreise außer Betracht.

In zweiter Linie ist der durchschnittliche Gewinn zu berücksichtigen, das ist ein Gewinn, der auf der einen Seite nicht offenbar übermäßig ist, auf der andern Seite die Fortführung des Betriebes als nutzbringend erscheinen läßt; denn sonst würde die Betriebs-einstellung herbeigeführt und hierdurch die Bevölkerungsverforgung gefährdet. Wie im einzelnen Falle Betriebskosten, Regie und Gewinn zu bestimmen sind, sagt die kaiserliche Verordnung nicht; die Festsetzung wird sich im allgemeinen an die Grundsätze der Friedens-kalkulation halten, aber die durch den Krieg herbeigeführten außerordentlichen Verhältnisse nicht außer acht lassen dürfen; die durch die Teuerung herbeigeführte Erhöhung der Betriebskosten, der Regie und der Kosten der Lebenshaltung des Erzeugers und Händlers, die Erschwerung der Produktion und des Handels durch teilweise Betriebs-einstellungen, durch Verminderung des Materials und der Arbeitsträfte, durch Verringerung des Umfanges und andre Umstände werden Berücksichtigung finden müssen. Bei der Gewinnberechnung für die Wareneinheit wird der prozentuale Gewinn wegen der erhöhten Gewinnaufwendungen geringer, der übermäßige Gewinn wegen der oben angegebenen Umstände höher sein dürfen als der Friedensgewinn.

In dritter Linie sind die lokalen Verhältnisse zu beachten; hierunter fallen teilsweise Aus- oder Einfuhrverbote, der Umstand, ob das Gebiet sich selbst versorgt, auf Einfuhr angewiesen ist oder seinerseits andere

Gebiete versorgen muß, ob und welche Nicht- und sonstige Preise in Nachbargebieten festgesetzt sind, und andre Umstände, welche die Warenbewegung beeinflussen. Ganz besonders kommen aber die Verhältnisse der Verbraucher, ihre Lebensgewohnheiten, Beschäftigung, Bedürfnisse und Kaufkraft in Betracht; sowie ein Nichtpreis wertlos ist, der der Erzeugung und den Handel nicht den legitimen Gewinn sichert, so ist ein Nichtpreis wertlos, der es dem Verbraucher nach seinen Verhältnissen unmöglich macht, die Ware zu erwerben.

In weitem Maße ist daher ein eingehendes Prüfen und sorgfältiges Abwägen der lokalen Verhältnisse erforderlich.

In vierter Stelle normiert die Verordnung die Bedachtnahme auf die Transportkosten; bei der Nichtpreissetzung soll daher immer angegeben werden, ob der Nichtpreis ab Erzeugungsort, ab Bahnstation oder ab Verkaufsort gilt.

Die bisher besprochenen Momente beziehen sich auf die Preisbildung der einzelnen Waren an sich; daneben sind aber noch verschiedene Umstände zu berücksichtigen, welche das Verhältnis der Waren und der Preise untereinander, die Preisrelation, betreffen. Es sollen nämlich die Preise einerseits für die einzelnen Erzeugungsstadien (Rohstoff, Halbfabrikat, Endprodukt), andererseits für die einzelnen Umlaufstadien (Erzeugung, Groß- und Detailhandel), endlich für Waren gleicher Zweckbestimmung („die zur Befriedigung der gleichen Bedürfnisse verwendet werden können“) in einem entsprechenden Verhältnis zueinander stehen. Diese Bestimmung ist notwendig; denn ein Nichtpreis, der diese Beziehungen nicht berücksichtigt, wird seinen Zweck verfehlen und ohne Bedeutung bleiben.

(Ein Schlusssatz folgt.)

6./IX. 1917

93

14

Strenge Maßnahmen gegen den Lebensmittelschmuggel aus Ungarn.

Die Ernennung eines Regierungs-
Kommissärs.

Budapest, 5. September. (Privattele-
gramm.) Der Obergespan des Breßburger Komitats
Georg Samrecsanyi wurde zum Regierungs-
Kommissär für Nordwestungarn ernannt. Seine Er-
nennung wurde, wie er einem Berichterstatter des „Nö
Est“ mitteilte, deshalb notwendig, weil der Lebens-
mittelschmuggel aus dem nordwestlichen
Ungarn einen unglaublichen Umfang angenommen
habe. Auf Grund seiner Beobachtungen als Re-
gierungskommissär wird Samrecsanyi noch heute
von Töben angefangen entlang der March und auch
in Trentschiner Komitat die Landesgrenze
vollständig absperren. Auf sämtlichen Ver-
kehrswegen, auf den Hauptstraßen und den ver-
schiedensten Schleichwegen wird die strengste Kon-
trolle geübt werden. Zu diesem Behufe sind die
Grenzpolizei, die Gendarmerie und die Finanzwache
außerordentlich verstärkt worden. Insbesondere in
Getreide, Mehl und Gemüse war der Schmuggel ein-
gerger. So wurden beispielsweise gestern nacht bei
einer Fahrt über die March 34 mit Grünwaren be-
ladene Wagen beschlagnahmt.

Besprechungen in Ernährungsfragen.

Heute um 9 Uhr vormittags begannen im niederösterreichischen Landhause die vom Ministerpräsidenten Dr. Ritter von Seidler einberufenen Besprechungen über Ernährungsfragen.

Außer den eingeladenen Vertretern der Konsumenten hatten sich eingefunden: Statthalter Freiherr v. Blenleben, der Vorsitzende des gemeinsamen Ernährungsausschusses Generalmajor v. Landwehr, in Vertretung des am Erscheinen verhinderten Ministers und Leiters des Amtes für Volksernährung Generalmajor Höfer der Ministerialrat dieses Amtes Dr. Löwenfeld-Ruß, ferner die Sektionschefs Riedel und Ertl und die Hofräte Schwarz und Zander.

Der Ministerpräsident richtete an die Versammelten folgende Ansprache: Ich begrüße Sie alle auf das Herzlichste und möchte mir gestatten, in wenigen Worten den Zweck der heutigen sowie der in den nächsten Tagen stattfindenden Besprechungen darzulegen. Sie wissen, daß die Regierung — abgesehen von anderen sehr wichtigen Problemen — gegenwärtig sich in erster Linie mit den wirtschaftlichen und insbesondere mit den Ernährungsfragen beschäftigt, und zwar dies in der Erkenntnis, daß im gegenwärtigen Augenblicke die gesamte Bevölkerung diese Probleme als die dringlichsten und wichtigsten betrachtet und betrachten muß. Der Staatsverwaltung erwachsen hier zwei Aufgaben. Die erste und wesentlichste besteht darin, dafür zu sorgen, daß so viel als nur irgend möglich produziert wird. In Anbetracht der so außerordentlich schwierigen Verhältnisse muß anerkannt werden, daß in dieser Beziehung von den Produzenten wirklich Großartiges geleistet worden ist. Aber wir müssen doch eifrigst darauf bedacht sein, daß hier mit allen Kräften für den Erfolg eingewirkt werde. Zweitens handelt es sich um eine rationelle Verteilung des Hervorgebrachten. Gerade in bezug auf die Verteilung der Produkte werden nun in der Öffentlichkeit Klagen erhoben, die täglich sich mehren. Wir haben schon im ersten Jahre des Krieges, als wir dessen lange Dauer zu ahnen begannen, ein System der staatlichen Bewirtschaftung aufgerichtet, das seither immer mehr ausgestaltet und erweitert worden ist. Es ist nun der Zeitpunkt herangekommen, in welchem wir darüber schlüssig werden müssen, ob wir auf dem eingeschlagenen Wege fortschreiten sollen oder ob etwa die Starr-

heit des Systems — das ja natürlich im ganzen heute nicht mehr beseitigt werden kann — gewisse Milderungen erfahren muß, ob also dem freien Marktverkehr ein größerer Spielraum einzuräumen wäre als bisher. Jedenfalls wird überprüft werden müssen, ob etwa durch einzelne Maßnahmen die Produktion eher gelähmt als gefördert wird.

Die Regierung möchte bei dieser wichtigen Beschlußfassung nur im Einvernehmen mit den Vertretern jener Kreise vorgehen, deren Lebensinteressen durch die Entscheidung der aufgeworfenen Fragen in einschneidendster Weise berührt werden, wie ich denn überhaupt der Meinung bin, daß die Staatsverwaltung nur bei offenen Türen beraten soll und daß der innige Kontakt einerseits mit dem Parlament und andererseits mit der Bevölkerung selbst fort und fort aufrechterhalten werden muß. Nur der Dilettant glaubt, daß er selbst alles am besten versteht; gerade der Wissende weiß, daß er des Rates bedarf. Sprechen Sie sich also, meine Damen und Herren, ganz frei und offen aus. Vergessen Sie aber eines nicht: Es handelt diesmal sich nicht bloß um das Vorbringen von Klagen über einzelne Mängel und Unzulänglichkeiten; sie sind uns allen genugsam bekannt. Neuern Sie sich nicht bloß negativ, sondern auch positiv, d. h. über die Frage der etwa durchzuführenden Reformen und über die einzuschlagende Richtung der Ernährungspolitik im ganzen und in bezug auf einzelne Artikel. Selen Sie hiebei offen auch gegen sich selbst; halten Sie sich demnach auch die Schwierigkeiten vor Augen, denen jeder Vorschlag — mag er noch so gut gedacht sein — notwendigerweise begegnen. Nur dann können wir zu einem nützlichen Ergebnis gelangen.

Wir hören heute die Vertreter der Konsumenten, morgen diejenigen von Handel und Gewerbe, übermorgen diejenigen der Landwirtschaft. Am 10. d. M. sollen die von den einzelnen Gruppen zu wählenden Delegierten zusammentreten. Ganz klar ist, daß eine gewisse Ökonomie der Zeiteinteilung geboten ist. Die Redezeit für jedes einzelne Mitglied der Konferenzen kann daher unmöglich mehr als zehn Minuten betragen. Die Vorliegenden werden dies streng zu beobachten haben. Ich bitte Sie alle, nicht ungehalten zu sein, wenn wir eventuell mit der Uhr in der Hand unterbrechen müssen. Auch die Zahl der zu besprechenden Artikel muß beschränkt werden, und zwar sollen in Betracht kommen: Kartoffel, Getreide und Mehl, Obst, Gemüse, Eier, Fleisch, Sechswaren und Fett, Milch, Heu und Stroh.

Und nun, meine geehrten Damen und Herren, wünsche ich den Beratungen den besten, nämlich einen positiven Erfolg.

Die Verhandlungen wurden infolge einer dringenden Verhinderung des Ministerpräsidenten auf einen von den Erschienenen geäußerten Wunsch um 10 Uhr unterbrochen und werden um 3 Uhr nachmittags fortgesetzt werden.

7. IX. 1917

17

Deutschösterreichische Liebenswürdigkeiten.

In Oesterreich ist es nachgerade eine alltägliche Erscheinung, daß Politiker und Zeitungen aller nationalen und Parteifarben ihr Mütchen an Ungarn kühlen. Ueber einen journalistischen Ausfall eines deutschösterreichischen Parlamentariers gegen Ungarn wird uns aus Wien berichtet:

In den Politischen Tagebüchern wirft Abgeordneter Hummer die Frage auf: Wie stehen wir mit Ungarn? und meint, Oesterreich leide Mangel, weil die ungarische Zufuhr fehle, die fast ein Drittel des österreichischen Bedarfs ausgemacht hat. Ungarn sei nicht genötigt, Körnerfutter als Ersatz für Getreide zur menschlichen Nahrung heranzuziehen. Daher habe es keine Futternot und demgemäß auch keinen Fleischmangel. Trotz des Ueberflusses verhindere die ungarische Regierung jede Ausfuhr nach Oesterreich. Der Grund dafür liege nicht in der Bedachtnahme auf die eigene Volkswirtschaft, vielmehr versuche die ungarische Regierung einen gewissen Druck auf die österreichische auszuüben. Die ungarische Regierung führe tatsächlich einen wirtschaftlichen Krieg gegen Oesterreich, dessen Ursachen festgestellt werden müssen, um das Notwendige vorzusehen zu können. Es ist fraglich, ob in einem Wirtschaftskrieg Oesterreich die besseren Strategen hätte. Bezeichnend für die Auffassung maßgebender österreichischer Kreise ist jedenfalls folgender Ausspruch eines hohen Beamten, der zu einer Zeit getan wurde, als Fett noch verhältnismäßig billig in genügenden Mengen aus Ungarn zu haben war: „Wir werden es den Ungarn schon zeigen, ersticken werden sie im Fett.“ Das österreichische Abgeordnetenhaus werde daher von der Regierung Aufklärungen über die Ursachen dieses wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen Oesterreich und Ungarn verlangen.

In unserem jüngsten Abendblatte haben wir uns mit dem Tschechenführer Stanek auseinandergesetzt, und jetzt kommt der Deutschösterreicher Hummer mit diesem Bukett an die Adresse Ungarns gerichteter Liebenswürdigkeiten. Wieder müssen wir sagen: an dem Prinzip, daß diese Kontroversen, die unsere österreichischen Gönner mit so verblüffendem Fleiß herausbeschwören, erst nach dem Kriege, dann aber mit aller Gründlichkeit, ausgetragen werden sollen, halten wir nach wie vor fest, weil wir den Feinden, die unsere Soldaten auf den Schlachtfeldern bekämpfen, nicht die Freude antun wollen, die ihnen eine unaufhörliche Polemik zwischen der österreichischen und der ungarischen Presse bereiten würde. Es gibt aber Dinge, über die man nicht stillschweigend hinweggehen darf, und in diese Kategorie gehören die unerhört illohalen Zumutungen, mit denen Herr Hummer gegen Ungarn zu Felde zieht. Er behauptet, daß es in Ungarn keine Futternot gibt. Woher kommt Herrn Hummer diese Wissenschaft? Die große Dürre, die den ganzen Sommer über herrschte, hat in Ungarn eine Futternot zur Folge, von der Herr Hummer sich einen Begriff machen kann, wenn er erfährt, daß hierzulande 100 Kronen für einen Meterzentner Heu gezahlt werden. Auf so kleine Ungenauigkeiten sei jedoch nicht eingegangen. Was wir aber entschieden zurückweisen müssen, das ist die unsinnige und unwahre Behauptung, die ungarische Regierung führe einen wirtschaftlichen Krieg gegen Oesterreich. Herr Hummer leitet diese Behauptung aus dem Umstande ab, daß die ungarische Getreidezufuhr nach Oesterreich fehle. Nun könnte er aber wissen — der Vorsitzende des gemeinsamen Ernährungsausschusses Generalmajor v. Landwehr hat es ja erst kürzlich laut verkündet —, daß Ungarn die Getreideversorgung der ganzen Armee auf sich genommen hat, also auch desjenigen Teiles, den Oesterreich mit Lebensmitteln zu versorgen hätte. Ungarn tut also mehr, als wozu es verpflichtet wäre. Der Dank, den es dafür erntet, ist die Anerkennung, die ihm von Herrn Hummer zuteil wird. Dieser Herr macht sich ein Urteil an über Dinge, von denen er keine Ahnung hat. Er verleumdet Ungarn ins Blaue hinein und bedenkt dabei nicht, daß er, nur um den verfluchten Kerl spielen zu können, sich in so ernster Zeit der Brunnenvergiftung schuldig macht. Wann werden endlich die Deutschösterreicher einsehen, daß sie durch diese Treibereien nur das Wasser auf die Mühle ihrer schlimmsten Widersacher treiben?

Der Abend
7/IX 1917

97

18

Zur Ernährung des Nachwuchses.

Für Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahre kann vom 17. d. angefangen an Stelle des Verschleißmehles oder des Brotes Kinderhafermehl oder Weizengrieß in der Menge von vorläufig 40 Dekagramm für die Woche bezogen werden. Der Bezug dieser Kindernährmittel findet nur bei der zuständigen städtischen Abgabestelle statt, wo das Bezugsrecht unter Vorweisung der von der Brot- und Mehlkommission hinsichtlich des Rechtes zum Bezug von Kinderhafermehl besonders zu bestätigenden Mehlbezugskarte sofort nach erfolgter Anerkennung des Anspruches anzumelden ist. Die Anerkennung des Anspruches auf den Bezug von Kinderhafermehl und dessen Vormerkung auf der Mehlbezugskarte und den Brot- und Mehlkarten hat der Haushaltungsvorstand unter Vorweisung seines polizeilichen Meldezettels, der Mehlbezugskarte und eines Altersnachweises des betreffenden Kindes vom 10. d. angefangen bei der zuständigen Brot- und Mehlkommission zu erwirken. Bei der Geltendmachung des Anspruches hat sich die Partei zu entscheiden, ob das Kinderhafermehl statt Verschleißmehl oder statt Brot bezogen werden soll. Der Bezug an Stelle eines Teiles des gebührenden Verschleißmehles und eines Teiles des gebührenden Brotes ist nicht statthaft.

Der Abend
7. IX. 1917

98

19

Die Umfrage über Ernährungs- angelegenheiten.

Der erste Tag ist also glücklich vorüber; was darüber noch zu sagen ist, sparen wir uns bis zu dem Zeitpunkte auf, wo die Vertreter der übrigen Beteiligten — gestern kamen in dieser eigenartigen Aussprache, wo einer den anderen nicht hört, die Verbraucher zu Worte — gesprochen haben werden. Uns über Monologe zu äußern, scheint uns weder zweckdienlich noch der Würde des Verbraucherstandpunktes angemessen. Haben wir solange gewartet, so werden wir es die paar Tage auch noch aushalten.

Heute sei nur mit der stärksten Genugtuung festgestellt, wie gründlich die „Neue Freie Presse“ mit ihrer Marktfreiheit abgeblüht ist. Man kann diesen verwegenen Anschlag nicht entschiedener und einmütiger zurückweisen, als es hier von den Vertretern aller Stände, auch von solchen, die sonst sehr in die Fichtegasse zu horchen pflegen, geschehen ist; hätte man noch den geringsten Zweifel über den Anhang der „N. Fr. Pr.“ in den Kreisen der bürgerlichen Intelligenz haben können, so mußte ihn der gestrige Tag völlig zerstören. Sie ist nun vor aller Welt als das enthüllt, als was der Unterrichtete sie schon längst kannte: als das Blatt eines Teiles der Großbourgeoisie, vor allem aber als die journalistische Vertretung aller Kreise der Ausbeutung, mögen sie ihren Profit aus der Erzeugung der Güter oder dem Handel ziehen. Nein ist allerdings, daß sie nicht einmal davor zurückschreckt, sich zum Advokaten der großagrarischen Interessen herzugeben, wenn sie damit ihren Vorteil oder ihrer Eitelkeit zu nützen glaubt. Hoffentlich kommt man nun zur Besinnung, die Leser bürgerlichen Standes, indem sie das Blatt ihrer Feinde entsprechend behandeln, die Regierung, indem sie endlich aufhört, vor dem Holoß auf tönerne Füßen setze zusammenzuknicken. Sie hat es wirklich nicht nötig, denn die Zustimmung der ganzen öffentlichen Meinung wird ihr den Rücken stärken, wenn sie sich von dem verhängnisvollen Glauben losmacht, daß die „N. Fr. Pr.“ auch nur den verschwindendsten Einfluß auf den Gang der Ereignisse habe; sie hat ihn nicht einmal bei denen, die sie bezahlen. Man verachtet und läßt. Das gestrige Jena hat neuerdings und eindringlichst gezeigt, was aus der Vorkämpferin der Marktfreiheit geworden ist; es gibt keinen lächerlicheren Anblick als den eines alten Bullbogs, der mit plombierten Zähnen beißen will. Er bellt nur.

C.

Nichtpreise.

Vom I. I. Landesgerichtsrat Dr. Max Weiser.

II. Zweck und Wirkung der Nichtpreise.*)

2. Die Momente, die bei der Nichtpreisfestsetzung maßgebend sind, lassen den Zweck dieser Institution unschwer erkennen. Nichtpreise sollen zunächst dem Erzeuger und Händler sagen, wie viel er für eine Ware erlaubterweise fordern darf; dem Verbraucher sollen sie andeuten, welche Preisforderung er sich gefallen lassen muß; beide Teile sollen die Ueberzeugung haben, daß der Nichtpreis ihre Interessen in gegenseitigen Einklang gebracht hat; der Nichtpreis ist daher geeignet, den interessierten Kreisen eine Richtschnur zu bieten. Dementsprechend soll der Nichtpreis die Grundlage für die Gutachten bilden, welche die Preisprüfungsstellen im Preistreiberverfahren abzugeben haben. Darüber hinaus soll der Nichtpreis einerseits eine möglichste Gleichmäßigkeit der Preise für gleichartige Waren, andererseits ein Verhältnis der Preise der einzelnen Waren untereinander herbeiführen; das abstrakte Ziel hat der Vorsitzendestellvertreter der Zentralpreisprüfungskommission Hofrat Freiherr v. Fries in der Eröffnungsrede dieser Kommission, wie er selbst betonte, als Hyperbel dahin bezeichnet, daß, wenn der Weizen x koste, ein Damenhemd y kosten müsse. Der wichtigste Zweck der Nichtpreise aber ist der Abbau der Preise, ein Zweck, der sich selbstverständlich nicht plötzlich mit einem Schläge erzwingen läßt, sondern systematisch, unter steter Berücksichtigung der legitimen Interessen von Erzeuger, Händler und Verbraucher, schrittweise und gleichmäßig für alle Waren erreicht werden kann, ein Zweck, der erreicht werden muß, wenn unsere Friedenswirtschaft nicht dauernden Schaden nehmen soll.

3. Die Wirkungen der Nichtpreise sind mehrfacher Art. Zum Unterschied von den eingangs erwähnten Preisen, deren Ueberschreitung unter Straffunktion gestellt ist, wird die Einhaltung des Nichtpreises durch keine Strafandrohung erzwungen, sie schützt aber, wie die Statuten für die Preisprüfungsstellen besagen, im allgemeinen gegen Verfolgung wegen Preistreiberei. Diese Einschränkung ist vielfach beanstandet worden; mit Unrecht. Denn die Nichtpreise, die auf Grund- und Durchschnittsberechnungen erstellt werden, beziehen sich naturgemäß auf Durchschnittsqualitäten der Ware; ist die Qualität der Ware im einzelnen Falle unter dem Durchschnitt (zum Beispiel verdorbene Ware, Ware mit Erzeugungsfehlern) so darf daher nicht der Nichtpreis, sondern nur ein geringerer Preis verlangt werden; und nur auf diese Ausnahmefälle beziehen sich die Worte „im allgemeinen“. In allen andern Fällen bildet die Einhaltung des Nichtpreises einen Schutz gegen Bestrafung wegen Preistreiberei (es sei denn, daß Kettenhandel vorliegt).

Umgekehrt macht die Ueberschreitung des Nichtpreises an sich noch nicht strafbar; wer denselben nicht einhält, weil die Qualität der Ware über dem Durchschnitt steht oder weil die Berechnungskosten im einzelnen Falle eine Ueberschreitung des Nichtpreises rechtfertigen, hat nicht „in Ausnützung der durch den Krieg verursachten außerordentlichen Verhältnisse einen offenbar übermäßigen Preis gefordert“, er ist kein Preistreiber.

Die Preisprüfungsstellen werden einen Preis, der dem von ihnen selbst aufgestellten Nichtpreise entspricht, nicht leicht für unangemessen erklären; tun sie es dennoch, so müssen sie die Abweichung ausdrücklich begründen. Die Preisprüfungsstellen werden aber auch bei der Beurteilung der Preise von Waren, die Nichtpreisen nicht unterstellt sind, die bei der Nichtpreisfestsetzung maßgebenden Grundsätze der kaufmännischen Kalkulation anwenden. Und wie endlich auf der einen Seite Nichtpreise für Waren nicht aufgestellt werden dürfen, für die ein Höchstpreis, ein von einer staatlichen Zentralstelle bestimmter oder genehmigter Verkaufspreis, ein für staatlich bewirtschaftete Artikel festgelegter Uebernahmungspreis und (bei

*) Erster Artikel: „Die Momente der Preisbildung“ siehe „N. W. Ztg.“ vom 2. September.

lokalen Nichtpreisen) ein Kleinverkaufsmaximalpreis festgesetzt ist, so soll umgekehrt vor Feststellung von Höchst- und Kleinverkaufspreisen ein Gutachten der Preisprüfungsstellen, respektive der Zentral-Preisprüfungskommission eingeholt werden. Preisprüfung und Preisbildung werden sonach vereinheitlicht.

4. Zum Schluß noch einige Worte über das Verfahren bei Aufstellung der Nichtpreise. Handelskammern und landwirtschaftliche Laabkorporationen, aber auch sonstige Organisationen, nach dem Wortlaute der kaiserlichen Verordnung auch Einzelpersonen, sind berechtigt, Anträge auf Festsetzung von Nichtpreisen einzubringen; doch empfiehlt sich, daß Einzelpersonen derartige Anträge durch ihre berufliche Organisation einbringen, da diese besser instande sind, die erforderlichen allgemeinen Unterlagen zu beschaffen. Die Anträge sollen ziffermäßige Kalkulationsgrundlagen enthalten. Die lokale Preisprüfungsstelle zieht dann in ihrer Sitzung den Antrag in Verhandlung, worauf der Vorsitzende den Nichtpreis — vorbehaltlich des Einspruches der politischen Landesbehörde — aufstellt oder den Antrag ablehnt. Der Nichtpreis ist entweder ein ziffermäßiger Preis oder er stellt einen ziffermäßigen oder prozentuellen Zuschlag zu den nachzuweisenden Gestehungskosten auf.

Die Zentral-Preisprüfungskommission hat die Nichtpreistätigkeit der Lokalstellen zu überwachen, über den Einspruch der Landesbehörde zu entscheiden, nicht angemessene Nichtpreise abzuändern oder aufzuheben; sie kann aber auch selbst Nichtpreise aufstellen und hat beispielsweise Nichtpreise für Toiletteseifen, Schuhcreme, bedruckte Baumwollgewebe, Organtäne und Kaliko, Portland- und Schlackenzement, Kartoffeln usw., Kalkulationsgrundsätze für die Aufstellung von Nichtpreisen im Kohlenhandel sowie eine Richtschnur für den Verkauf von Gummiwaren aufgestellt. Die zahlreichen Ansuchen um Aufstellung von Nichtpreisen sprechen dafür, daß die Einführung dieser Institution volkswirtschaftlich berechtigt war. Werden die Nichtpreise in einer Art festgestellt, die den Bedürfnissen der Erzeuger, Händler und Verbraucher entspricht, so werden sie sicher ihren Zweck erfüllen, bis die Zeit wiederkehrt, in der normale wirtschaftliche Verhältnisse eintreten und die Preisregelung und mit ihr die Nichtpreisfestsetzung als nicht notwendig entfällt.

Die Teuerung in der Schweiz.

Massendemonstrationen der Arbeiter.

In allen größeren Städten der Schweiz fanden am 30. August von der Schweizer sozialdemokratischen Partei veranstaltete Teuerungsdemonstrationen statt. In Zürich, Basel, Genf, Luzern, Schaffhausen, Winterthur, Aarau, Baden usw. ließen die Arbeiter und Arbeiterinnen, darunter auch das Straßenbahnpersonal und die in öffentlichen Fabriken Beschäftigten, die Arbeit ruhen. In den ersten Nachmittagsstunden durchzogen die bis 1000 Personen zählenden Mengen der Streikenden die Straßen der einzelnen Städte. Während die Demonstrationen fast in allen Orten ohne größere Ruhestörungen verliefen, kam es in Genf zu Zusammenstößen der Arbeiter mit der Polizei. Die Demonstranten schlugen die Fenster Scheiben der Tramwagen ein, weil die Genfer Tramwaygesellschaft ihrem Personal den Streik verboten hatte. Es wurden von der Polizei, die mit blanker Waffe vorging, 17 Verhaftungen vorgenommen.

Den Grund der Demonstrationen bilden die von den Schweizer Behörden verfügten Sparmaßnahmen, die Einführung der Brotkarte und die Rationierung anderer Lebensmittel, über die wir unlängst ausführlich berichtet haben. Die Arbeiterschaft behauptet, daß diese Art der Rationierung zwecklos und unrichtig ist, zumal dem Wucher und der Preistreiberei nicht gleichzeitig ein Riegel vorgezogen wird. Der Gewerkschaftsbund hat in Verbindung mit der sozialdemokratischen Parteileitung dem Bundesrat eine Reihe von Anträgen zur Bekämpfung der Teuerung eingereicht. Diese Forderungen, die bis Ende August noch keine Behandlung erfahren hatten, zu betonen, war der Zweck der in den Städten veranstalteten Demonstrationen.

Die Eingabe des Gewerkschaftsbundes verlangte die Anwendung folgender Mittel:

Preisbeeinflussung, nämlich: Höchstpreise für Kartoffeln, Obst, Fleisch, Fett, Kohle; niedrigere Höchstpreise als die bestehenden: für Butter und Torf. Preisreduktionen für Minderbemittelte, die beim Brot bereits bestehen, aber nochmals im Zusammenhang mit Mehl, Fleisch und Fett verlangt werden. Neue Monopole für Vieh und Kohle.

Zur Sicherstellung der notwendigen Mengen werden gefordert: Rationierung bei Butter, Fett, Fleisch und Brennstoffen; Bestandesaufnahme für Kartoffeln und Brennstoffe; Ausfuhrverbot für Obst und behördliche Sparmaßnahmen für Brennstoffe.

Außerdem wollen die Sozialdemokraten überhaupt die Sicherstellung der notwendigsten Lebensmittel zu einem für jedermann erschwinglichen Preis in ausreichender Menge, ferner energische Maßnahmen gegen Spekulation und Samsterei. Schließlich wird die Forderung aufgestellt, allen Handarbeitern die doppelte Brotration und eine Zulage zur normalen Ration an Minderbemittelte zu bewilligen. Während die Behörde den erstgenannten Forderungen tunlichste Berücksichtigung zuteil werden lassen will, stellt sie sich entschieden gegen die Forderung der doppelten Brotration und der Bewilligung einer Brotzuzulage für die Minderbemittelten mit der Begründung, daß bei solcher Aufteilung große Bevölkerungskreise gänzlich vom Brotbezug ausgeschlossen wären, weil eben nicht so viel vorhanden ist.

Die Arbeiter bestehen jedoch auf Erfüllung all ihrer Forderungen und sind mit den bisherigen Maßnahmen nicht zufrieden. Die Schweizer Behörden tun gegenwärtig alles, um eine gerechte Verteilung der Lebensmittel herbeizuführen. So wird der Butterverforgung von den in den einzelnen Kantonen geschaffenen Ernährungsämtern ein besonderes Augenmerk zugewendet. Die Teigwaren wurden kürzlich rationiert, und Obst wird von den Ernährungsämtern selbst aufgekauft, um zu erschwinglichen Preisen an die Bevölkerung abzugeben zu werden. Es wurden Höchstpreise für Obst festgesetzt. Es sind auch Vorbereitungen getroffen, um die Ruheorte zu beschlagnahmen. Man ist im allgemeinen bestrebt, eine mutwillige Erhöhung der Preise von Lebensmitteln zu verhindern, was freilich nicht in dem Umfang möglich ist, daß der Wucher vollends unterdrückt werden kann.

In behördlichen Kreisen und in der bürgerlichen Presse wird der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Demonstrationen der Arbeiter zwecklos seien, da die Lage anders als durch die verfügten und noch in Aussicht genommenen Maßnahmen nicht verbessert werden könne. Die Demonstration habe keinen Nutzen, sondern den Arbeitern nur Schaden gebracht, die einen halben Taglohn verloren haben.

Es wird sich wohl erst zeigen, inwieweit die schweizerische Arbeiterorganisation mit den kommenden Maßnahmen der Behörden einverstanden sein wird. Derläufig verharret sie in abwartender Stellung.

* (Der Winkelmarkt bei der Augartenbrücke.) Schon einmal hat sich das Kriegswucheramt mit den Verhältnissen bei der Endstation Wien-Augartenbrücke der Landesbahnen befaßt. Seit längerer Zeit wurde abermals die Wahrnehmung gemacht, daß sich bei dieser Endstation ein unbefugter Marktverkehr entwickelt hat, der nicht nur die Beschickung der Wiener Märkte mit Gemüse und Obst unterbunden, sondern auch die Preise, da der Verkehr jeder Aufsicht entrückt war, in die Höhe getrieben hat. Wenn die Erzeuger der Gemüse und des Obstes mit ihrer Ware nach Wien kamen, um zu Markt zu gehen, wurden sie schon beim Verlassen des Bahnhofes von Wiener Händlern und Privaten empfangen und förmlich mit Beschlag belegt. Sie nahmen ihnen die Waren ab, so daß es erklärlich wurde, warum die Märkte mitunter so schwach beschickt waren. Der regste Marktverkehr herrschte bei der Station an den Markttagen: Montag, Mittwoch und Freitag nachts. Diesem namentlich von den kleinen Verbrauchern schwer empfundenen Uebelstande wollte das Kriegswucheramt ein Ende machen und daher wurden in der Nacht zum 6. d. M. Polizeienten entsendet, die die Endstation überwachen und im Notfalle einschreiten sollten. Im Bahnhof und um den Bahnhof hatten sich zahlreiche Leute eingefunden, denen man un schwer die Absicht ansehen konnte, mit den zu erwartenden Land leuten zu verhandeln und ihnen die Waren abzunehmen. Die Abend- und Nachtzüge brachten etwa neunzig Erzeuger, die an Waren heiläufig 6000 Kilogramm Bistolen, Zwetschken, Rüsse, Hollunder u. a. mit sich führten. Sie wurden von etwa hundert Händlern und Privaten empfangen. Noch ehe sich der Winkel-

markt entwickeln konnte, wurden die Händler am Kauf gehindert. Die Waren wurden auf die Märkte gebracht, wo die Waren zu den gesetzlichen Höchstpreisen dem Verbrauch zugeführt wurden. Gegen eine Reihe von Personen, die die Landleute erwarteten, ist die Amtshandlung wegen Preistreiberei und Behinderung der Marktbeschickung eingeleitet worden.

Besprechungen in Ernährungs- fragen.

Unmittelbare Aussprache der Regierung mit den drei Gruppen der Bevölkerung.

Aus dem Ministerratspräsidium wird mitgeteilt:

Die vom Ministerpräsidenten einberufenen Besprechungen in Ernährungsfragen werden am 6., 7., 8. und 10. d. im niederösterreichischen Landhause stattfinden. Der Ministerpräsident wird diese Besprechungen persönlich eröffnen und nach Möglichkeit den Vorsitz auch weiterhin führen. In den Rahmen der Erörterungen wird die Versorgung mit Kartoffeln, Getreide, Mehl, Gemüse, Eiern, Fett, Milch, Fleisch und Selchwaren, Obst, Heu und Stroh fallen.

Am ersten Tage sollen Vertreter der Konsumenten, am zweiten die Vertreter von Handel und Gewerbe, am dritten jene der Landwirtschaft gehört werden, während am 10. d. aus den einzelnen Gruppen zu wählende Delegierte zusammentreten sollen.

8. VII. 1917

Unsere Ernährungsaussichten.

Darlegungen des Staatssekretärs v. Waldow.

Der neuernannte Staatssekretär des Kriegsernährungsamts, Staatsminister von Waldow, hat gestern den ständigen Ausschuß der Pressebesprechungen im Reichstag empfangen, um ihm über die durch die Neuordnung geschaffene Lage Mitteilung zu machen. Der Staatssekretär wies zunächst auf die Veränderungen und den Ausbau der Organisation des Kriegsernährungsamts hin, wodurch dieses den übrigen obersten Reichsämtern gleichgestellt worden sei. Die sachliche Zuständigkeit des Amtes sei dadurch erweitert, daß die Geschäfte der Ernährungsabteilung des Kriegsamts auf das Kriegsernährungsamt übergehen, so daß nunmehr die Fürsorge für die Ernährung der gesamten Zivilbevölkerung einschließlich der Nahrungsmittelindustrie in einer Hand vereinigt ist, wodurch eine größere Einheitlichkeit auf diesem Gebiete erzielt wird. Die bewährten Einrichtungen — der Vorstand, der Ernährungsbeirat, der parlamentarische Beirat, die Fachauschüsse und der Frauenbeirat — bleiben unverändert in ihrem bisherigen Aufgabekreis erhalten. Durch die Ernennung des Staatssekretärs von Waldow zum Staatsminister und preussischen Staatskommissar für Volksernährung hat der Leiter des Kriegsernährungsamts gleichzeitig die Exekutive im größten deutschen Bundesstaate erhalten. Als preussischen Staatskommissar sind ihm die Befugnisse des Ministers des Innern, des Landwirtschaftsministers und des Handelsministers auf dem Gebiet des Ernährungswesens übertragen. Hierdurch wird die Einheitlichkeit zwischen allen Maßnahmen des Leiters des Kriegsernährungsamts und des preussischen Staatskommissars gewährleistet und eine erhebliche Vereinfachung und Beschleunigung der Durchführung erzielt. Der Staatssekretär führte weiter aus:

Ein Systemwechsel ist nicht beabsichtigt. Die Richtlinien für unsere Kriegsernährungswirtschaft im neuen Erntejahr sind durch die ergangenen Ernährungsverordnungen und die in Uebereinstimmung mit zuständigen Organen ergangenen Anordnungen des Reichslandwärters und des bisherigen Präsidenten des Kriegsernährungsamts festgelegt. Diese sind auch für den neuen Leiter maßgebend; er wird sie zur Durchführung bringen und in ihrem Sinne fortarbeiten. Gleichwie sein Amtsvorgänger legt auch Staatssekretär von Waldow Wert darauf, durch die Verhandlungen mit dem Reichstagsbeirat über die wichtigen Fragen der Volksernährung mit den Vertretern des Reichstags in ständiger Fühlung zu bleiben. Von größter Bedeutung für die Durchführung der Ernährungsmaßnahmen ist die Mitwirkung der Presse. Der Staatssekretär hofft auf ihre fernere verständnisvolle Mitarbeit zur Durchführung der großen vaterländischen Aufgabe.

Über die Aussichten der Volksernährung im laufenden Wirtschaftsjahre äußerte sich der Staatssekretär in folgender Weise: Im gegenwärtigen Zeitpunkt ist ein genauer Ueberblick über unsere Lage naturgemäß noch nicht möglich. Die Ernte in Halmfrüchten ist noch im Gange, und es fehlt vorerst die notwendige Grundlage für die Schätzung des gesamten Ernteergebnisses. Immerhin berechtigten die bisherigen Nachrichten aus den meisten Teilen des Reiches zu der bestimmten Erwartung, daß die Brotgetreideversorgung für das ganze Jahr gesichert ist. Man wird trotz großer örtlicher Verschiedenheiten im allgemeinen mit einer mäßigen Mittelernte rechnen können, und die rechtzeitige und gleichmäßige Erfassung der Vorräte, wie sie durch die Vorschriften der neuen Reichsgetreideordnung ermöglicht ist und mit allem Nachdruck durchgeführt werden soll, läßt erwarten, daß auch bei einem geringeren Ernteausfall die der öffentlichen Bewirtschaftung zugeführten Mengen ausreichend sein werden.

Die Aussichten für die Kartoffelernte sind nach allen vorliegenden Nachrichten befriedigend und werden, wenn nicht ganz außergewöhnliche Witterungsverhältnisse eintreten sollten, nicht wesentlich mehr beeinträchtigt werden können. Nach den von der Reichskartoffelstelle getroffenen Vorbereitungen kann mit Sicherheit erwartet werden, daß die Kartoffelversorgung in diesem Wirtschaftsjahr erheblich besser ausfällt als im abgelaufenen, und daß uns so schwere Belastungsproben erspart werden, wie sie in den letzten Monaten ertragen werden mußten.

Schwieriger liegen die Verhältnisse beim Futtergetreide und beim Raufutter. Hier wird das Erntergebnis hinter dem des Jahres 1915 noch zurückbleiben, und es bedarf der sorgfältigen Abwägung, um die Bedürfnisse des Heeres, der Landwirtschaft, der Industrie und der städtischen Pferde gegeneinander abzugleichen. Es ist selbstverständlich, daß neben der Deckung des unabweislichen Heeresbedarfs die Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Produktion in erster Linie berücksichtigt werden muß. Dies bedingt, daß vor allem die ausreichende Ernährung der landwirtschaftlichen Zugtiere sicherzustellen ist. Wenn, wie leider mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, bei Erfüllung dieser Forderung genügende Futtermengen für die Mastung von Schweinen und für die Erhaltung des Rindviehbestandes in seiner jetzigen Höhe nicht verfügbar sind, so muß rechtzeitig, b. h. noch vor Eintritt des Winters, an eine planmäßige Verminderung des Bestandes an Schweinen und an Rindvieh herangetreten werden. Das wird naturgemäß seine Wirkung auf die Fleischversorgung und auf die Gewinnung von Milch und Fett äußern. Beim Fleisch würde einer zeitweisen Erhöhung der Rationen wieder eine Einschränkung folgen müssen. Die Aufrechterhaltung der Versorgung mit Milch und Butter wird im Winter besonders schwierig werden; sie bedingt vor allem einen sorgfältigen Ausbau der Sammelstellen zur Erfassung der Molkereiprodukte in den Produktionsgebieten, woran die Reichsstelle unablässig arbeitet. Die Versorgung mit Obst und Gemüse hat sich in letzter Zeit gebessert. Die Aussichten für Herbstgemüse sind nicht überall gleichmäßig; teilweise haben Trockenheit und massenhaftes Auftreten von Schädlingen die Hoffnungen herabgemindert.

Besondere Sorgfalt ist darauf zu verwenden, daß durch die öffentliche Bewirtschaftung und die hierdurch bedingten Maßnahmen keine Vorräte verderben. In dieser Richtung werden gegenwärtig in weiten Kreisen Befürchtungen laut, daß infolge der Frühdruschaktion Vorräte an Brotgetreide verderben. Die Reichsstelle ist allen Nachrichten, die ihr in dieser Beziehung mitgeteilt worden sind, genau nachgegangen und konnte erfreulicherweise feststellen, daß Schädigungen nicht eingetreten sind. Sie hat auch alle Vorräte getroffen, um eine unzweckmäßige Lagerung des Getreides zu verhindern und besitzt genügend Lagerräume, um noch viel größere Mengen von Getreide zu lagern, als ihr gegenwärtig angeboten werden. Daß da und dort Störungen in der Bestellung von Eisenbahnwagen eintreten und sich dadurch manchmal die Abnahme des Getreides verzögert, läßt sich leider nicht vermeiden. Das Getreide wird aber in solchen Fällen sofort nach der Abnahme sachgemäß behandelt, wenn notwendig, künstlich getrocknet, so daß Verluste bisher immer vermieden werden konnten.

Die Bekämpfung des Schleichhandels und des Wuchers muß mit besonderem Nachdruck betrieben werden. Beide Auswüchse sind geeignet, die Gesamtversorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu gefährden, auch muß die verbitternde Wirkung dieser Mißbräuche auf die Volkstimmung unbedingt vermieden werden. Es wird deshalb die besondere Pflicht aller am-

führenden Behörden sein, ihnen überall wirksam entgegenzutreten. Die Gesamtlage kann dahin zusammengefaßt werden, daß wir mit völliger Sicherheit erwarten dürfen, auch die Schwierigkeiten des vierten Kriegsjahres zu überwinden. Dabei darf in gleicher Weise auf die Selbstbeschränkung und Besonnenheit vertraut werden, die das deutsche Volk in den schwierigen Versorgungszeiten der beiden letzten Jahre in so anerkannter Weise betätigt hat, wie auf das vaterländische Pflichtbewußtsein und Verantwortlichkeitsgefühl der deutschen Landwirte, das ihnen die Kraft gibt, trotz aller durch die Kriegserfordernisse bedingten Hemmungen raschlos für die Schaffung unseres täglichen Brotes fortzuarbeiten.

Die Unterschleife im Wiener Verpflegsmagazin.

Die Erfahansprüche des Alerars 600.000 Kr.

Wie wir bereits gemeldet haben, wohnte der heutige Verhandlung auch ein Vertreter der Finanzprokuratorat an, um sich zu informieren, bezw. eine Erklärung der Angeklagten bezüglich ihrer Bereitwilligkeit zur Schadensgutmachung entgegenzunehmen. Der Militärleiter macht den Vertreter der Finanzprokuratorat zunächst darauf aufmerksam, daß das Alerar nur insoweit Ansprüche auf das Besitztum der Angeklagten habe, als es aus dem Verbrechen der Veruntreuung und des Amtsmissbrauches entstanden ist. Was aus den Geschenken den Angeklagten zugewendet wurde, fällt, soweit es noch vorhanden ist, dem Militär-Invalidenfonds zu.

Man gibt der Verhandlungsleiter bekannt, daß der Offizial Kodes ungefähr 420.000 Kr. im Depot des Gerichtes erliegen habe, eine Summe, die den Schaden größtenteils deckt. Diesbezüglich bemerkt der Vertreter der Finanzprokuratorat, daß der durch Kodes angerichtete Schaden über 600.000 Kr. ausmache, weil Kodes viele Waren verschleudert habe und man auch die Zinsen in Betracht ziehen müsse. — Dr. Zeisel (zum Vertreter der Finanzprokuratorat): Herr Doktor! Auf welcher Grundlage haben Sie Ihre Aufstellungen gemacht? — Vertreter der Prokuratorat: Auf Angaben aus dem Kriegsministerium selbst. Ich bemerke, daß bei der Feststellung dieser Summe das schon in Abzug gebracht wurde, was seitens der an den Konversationen beteiligten Personen vom Staate ersetzt wurde. Offizial Kodes erklärt sich mit der Verwendung der ihm gehörenden Gelder zur Schadensgutmachung einverstanden.

130.000 Kr. während der Haft gewonnen.

Auch ein Betrag von 130.000 Kr., den er während seiner Untersuchung im Börsenspiel gewonnen hat, will er diesem Zwecke zuführen. Er protestiert aber dagegen, daß die ganze Schadenssumme in der Höhe von 600.000 Kr. ihm allein zugeschrieben werden soll. An diesem Betrage sind auch Weinweger, Matiasel und Szutka mitbeteiligt.

Verhandlungsleiter (zum Vertreter der Finanzprokuratorat): Uns interessiert hauptsächlich, ob man annehmen kann, daß das Alerar größtenteils schadlos gehalten ist. — Vertreter: Hinsichtlich des Kodes ja. — Oberverwalter Weinweger, bei dem ebenfalls Wertpapiere und Geld im Betrage von über 150.000 Kronen vorgefunden wurden, ist ebenfalls bereit, diesen Besitz einer Schadensgutmachung zuführen zu lassen. Er bittet aber, aus dem genannten Betrage die seiner Frau und seinem Sohne gebührenden Gelder auscheiden zu wollen. Auch die übrigen Angeklagten erklären sich damit einverstanden, daß die bei ihnen beschlagnahmten Gelder und Wertpapiere zur Schadensgutmachung verwendet werden.

Konful Kraus in Holland. — Seine telegraphische Vorladung.

Der Verhandlungsleiter gibt hierauf bekannt, daß eine Zuschrift eingelangt ist, demzufolge der Konful Gottlieb Kraus schon seit drei Monaten sich in dringlichen Geschäften in Holland befindet. Eine Vorladung des Gerichtes konnte ihm bisher nicht zugestellt werden. Die Rückkehr des Konfuls wird für Ende dieses Monats oder anfangs Oktober erwartet. Da der Konful keinen Anlaß hat, vor Gericht nicht auszusagen, heißt es in dem Schreiben „wird er einer Vorladung gewiß Folge leisten“. In dem Schriftstücke wird schließlich an das Kriegsgericht das Ersuchen gerichtet, die Zuschrift zur Verlesung zu bringen, damit sich an das Nichterscheinen des Konfuls nicht unberechtigte Deutungen knüpfen.

Verhandlungsleiter: Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen. Der Verhandlungsleiter stellt hierbei fest, daß dem Zeugen Gottlieb Kraus bisher eine gerichtliche Ladung nicht zugestellt worden ist.

Dr. Gruber beantragt, den Konful telegraphisch zu laden. Kann ihn die Depesche nicht erreichen, so läßt sich eben dagegen nichts machen. — Dr. Zeisel beantragt ebenfalls die Absendung eines Exprestelegrammes an den Zeugen. „Wenn der Herr Konful sieht, daß er vom Gerichte so stürmisch erwartet wird, wird er der Einladung kaum widerstehen können.“ Nachdem der im Saale anwesende Vertreter der Firma Gottlieb Kraus, Herr Altman, als Auskunftsperson dem Gerichte mitgeteilt hatte, daß der Konful sich in Scheveningen aufhalte, beschloß der Gerichtshof seine Ladung für die Tage nach dem 20. d.

Dann folgten Verlesungen, worauf die Verhandlung bis auf den nächsten Montag vertagt wurde.

was ich bejahte. Es wurden dann 5160 Kilo von Brück bei uns eingelagert. Brück erklärte jedoch damals, daß er die Kartoffeln uns nur dann überlassen könne, wenn die Kompanie nicht auf sie reflektiert.

Vorsitzender Oberst Radosta: Es ist auffällig, daß das Hotel „Bristol“ seine Lagerräume für fremde Waren hergibt.

Zeuge: Er hat uns ja die Erdäpfel zum Kaufe angeboten und uns in Aussicht gestellt, daß wir die Erdäpfel behalten können, wenn das Militär nicht darauf reflektiert.

Verhandlungsleiter: Was ist schließlich mit den Kartoffeln geschehen? — Zeuge: Nachdem sie etwa 14 Tage bei uns eingelagert waren, habe ich bei der zuständigen Militärbehörde angefragt, was damit zu tun sei. Ich erhielt die Antwort, daß die Kompanie die Erdäpfel nicht brauche und ich sie behalten könne. Darauf haben wir sie für uns verwendet.

Der Zeuge gab schließlich an, daß er dem Brück, als die Erdäpfel eingelagert wurden, einen Vorschuß von 1500 Kronen gab und auch den Fuhrlohn von der Bahn bezahlte.

Leutnant Dr. Raffau auf Besuch beim Infanteristen Brück.

An den nächsten Zeugen, den Leutnant Dr. Oskar Raffau, richtet der Militäranwalt die Frage, ob er nicht auch in der Wohnung des Brück war. Der Zeuge erwiderte, daß er zweimal in der Wohnung des Brück war, und zwar unter folgenden Umständen: Am Tage, als Brück verhaftet wurde, sei dessen Frau ganz verzweifelt in der Kompanielanzlei erschienen, habe wissen wollen, was in der Sache los sei. Er habe die Frau beruhigt und ihr gesagt, er werde am Abend telephonieren. Als er dies tat, habe sich zu seinem Erlaunen Brück selbst beim Telephon gemeldet und habe ihn ersucht, in seine Wohnung zu kommen, da man beim Telephon über die Sache nicht sprechen könne. Er sei auch in die Wohnung des Brück gefahren, habe die Frau Brück beruhigt, da er nach der Darstellung, die ihm Nagl und Brück gegeben hatten, die Sache für „harmlos“ hielt.

Die „Kettenhändlerbörse“.

Das Kaffeehaus der Winkelgeschäftermacher.

Ein Kaffeehaus in einer belebteren Wiener Straße. Man sieht durch die Fenster dichtgeballte Gruppen geschäftseifriger Gäste in lebhaftem Gespräche, tritt gleichgültig dreinblickend ein und läßt sich gemütlich an einem Tische nieder, ohne zu beachten, daß der „fremde“ Besucher zunächst vom Kellner neugierig gemustert wird. Natürliche Menschenkenntnis läßt es leichten wittern, ob der Gast in das Milieu „hineinpaßt“, das heißt, ob er nicht „verdächtig“ ist. Die Gäste selbst scheeren sich übrigens blutwenig um Diskretion. Sie sind hinter einem System von Ausweispapieren verhängt und sind scheinbar Kartenspielen voll zugewandt. Andere wieder hält man für stiebige, die offenbar das Zustandekommen einer „Partie“ nicht erwarten können.

Der Gast kann nun, wenn er will, den Kellner mit irgendeiner nebensächlichen Frage heranziehen und die „Probe“ machen, indem man ihn etwa folgendermaßen apostrophiert: „Sagen Sie mir, Ihr seid doch da genug Leute beisammen, könnte man denn nicht ein Kilo Schokolade oder Mehl von Euch haben?“ Vom Eindruck des Sprechers, besser gesagt von der vermuteten Trinkfähigkeit des Gastes hängt die Antwort ab. „Ja, wenn S' ein gutes Trinkgeld geben,“ lautet die Entgegnung. Nun legt man los und verspricht, je nach der Quantität, ein Trinkgeld, worauf der Kellner — nicht etwa schon den Verkäufer, nein erst den „Vermittler“ herbeiholt. Diesem zweideutigen Herren hat man zunächst anzugeben, was man benötigt: Mehl, Schokolade, Leder usw. Alles ist zu haben. Natürlich nur um das Bier- bis Zehnfache des Preises im normalen Tagesverkehr von heute. Ist man einig geworden, erhebt sich ein bisher unsichtbar gebliebener neuer Akteur und das Geschäft wird gegen ihn abgeschlossen. Die Zustellung der Ware erfolgt zwar ohne Spediteur, aber „franko“ und sehr diskret „ins Haus“, die Ware ist unauffällig in Packpapier gehüllt. Die Mindestquantitäten sind etwa 5 bis 6 Kg. Wer nur ein Kilogramm verlangen würde, riskierte bedauerndes Aufsehzucken. Die Provision für das „Verführen“, so heißt die geschilderte Intervention des Kellners, würde ja gar zu gering ausfallen, es sei denn, daß man K. 15 für dieses eine Kilogramm bezahlt. Bei einem „Geschäfte“ von K. 200 wird fürs „Verführen“ ungefähr K. 20 bezahlt.

Der Verkäufer hat allerdings seine Spesen für Dienstmann, Zustellung usw. Für diese Zustellung und für das Vorhandensein der Ware wird unter allen Umständen garantiert. Ueberhaupt ist zu beobachten, daß nicht gefragt wird, zu welchem Preis, wann und was zu haben ist, sondern nur schlechthin, ob was immer zu haben ist. Wird doch heute mit allen Artiteln „gearbeitet“.

Der Kellner hat natürlich an die Sicherstellung seiner „Provision“, die ihm Vorsichtige nur ratenweise je nach den vollendeten Phasen des Geschäftes geben, nicht vergessen. Ist er aber nicht da, so ist auch die weibliche Hüterin der „Kassa“ wohlunterrichtet, selbst der Pikkolo kann zweckdienliche Auskünfte geben; ja ein bloßer, viel-sagender Augenausschlag kann schon die Annäherung des „Vermittlers“ herbeiführen. Der Kellner geht in Hörweite unablässig auf und nieder und kann das sich entspinnde „Geschäft“ in jedem Stadium belauschen, um so der Gefahr überhoben zu sein, daß ihn der Gast etwa um die Provision bringe.

Zwischen Käufer und Verkäufer herrscht unbedingtes Vertrauen. Der Verkäufer vertraut, wenn er einmal sicher ist, vollkommen der — Briefftasche des Klienten, der seinerseits wieder keinen Grund hat, einen Betrug zu befürchten, da er ja das Vielfache des normalen Preises bezahlt. Zudem bildet die gleichmäßige Strafbarkeit beider Teile eine

sichere Grundlage der Verschwiegenheit. Niemals bietet die äußere Eleganz oder Schabigkeit eines beliebigen Menschen, der einem in der Kettenhändlerbörse auffällt, einen verlässlichen Maßstab für den Rang, den jener hier innehat. Man bemerkt plötzlich inmitten der Menge einen Mann, der das Gehaben und die Kleidung eines Almosenempfängers zur Schau trägt, eines jener Armen, die sich an bestimmte „Gönner“ wendend, selten mit weniger als zwanzig, dreißig Heller beschenkt werden. Der vermeintliche Bettler läßt sich jedoch an einem Tisch nieder, um den ähnliche herabgekommene Gestalten sitzen. Man hört, daß von einem bestimmten Seifenhandel die Rede ist.

Da tritt ein neuer Mann als „handelnde“ Person auf. Der hochlegant gekleidete Vermittler. Er meldet dem — „Bettler“, daß der Seifenpakt perfekt sei, und verlangt K. 20.000 Angabe. Der Mann, dem zwanzig Heller zu schenken man sich vorhin verjagt fühlte, zieht eine Briefftasche heraus, in der, oberflächlich geschätzt, mehr als hundert Tausender in dicken Bündeln zu sehen sind, und zahlt die Angabe. „Sagen Sie, trägt er immer soviel Geld bei sich?“ fragt der Vermittler in die Runde. Darauf entgegnet der bettelhaft erscheinende Krösus mit größter Gleichmütigkeit: „Man muß soviel bei sich haben. Weiß man denn, ob nicht der ganze Betrag im Vorhinein zu zahlen ist?“

Solche Kettenhändlerbörsen gibt es in vielen Wiener Stadtteilen. Sie unterscheiden sich durch deutliche Klassenunterschiede von einander. In den Vorstädten sind es alte spießbürgerliche Lokale, die eine verdächtige Belebtheit und guten Geschäftszug zeigen, während die anderen Lokale zwischen Frühlings- und Achttuhrkaffee gährende Leere aufweisen. In einigen der „Börsen“ verkehren auch bodenständige Leute, Fuhrwerker, Selbwarenveräußer, die hier Abatz ihrer Ware finden, in den obstersten Lokalen findet man die kleinsten Kettenhändler, die sich mit wenigen Kilogramm Ware, wenn's hoch geht mit ein paar Säcken, abgeben. Ganz andere, noblere Räume vereinigen wieder die Kategorie der Kriegsverdiener, die schon eigene richtiggehende Geschäfte besitzen und unter dem Deckmantel des soliden Kaufmannes sich an den Preistreiberereien beteiligen. In diesen Lokalen geht es schon eleganter zu, man kann ein üppigeres Gemütleben beobachten, in dem sich schon das Bestreden kundgibt, des neuen anscheinlichen Verdienstes auch wünschlich sogleich froh zu werden. Die gesellschaftliche Strigerung pflanzt sich bis zu den teuersten und größten Gaststätten fort, wo die erfolgreichsten Kriegsfaisure Stammgäste sind. Unter ihnen befinden sich aber auch schon etliche „kleine“ Kettenhändler vom Kriegsanfang, die zuerst mit zwei, drei Säcken ihre Geschäfte begannen und ihren Kredit immer mehr erweiterten, bis sie beim „Waggon“ anlangten und zu millionenreichen „Großunternehmern“ ihrer Branche „aufstiegen“.

Allen Besuchern der Kettenhändlerbörsen gemein ist die seine Witterung, ob eintretende Fremde „ernstzunehmende“ Gäste sind oder Nichtinteressenten, die keine Beachtung verdienen. Im zutreffenden ersten Falle läßt sich schon der Kellner durch nichts, nicht einmal die defektste Erscheinung täuschen und blühartig schleppt er Tinte, Feder, sogar den „richtigen“ Band „Lehmann“ herbei, und obendrein steht das zuvorkommend auf den Tisch gelegte Telefonbuch zur Verfügung. Wo dem Kartenspiel gehuldigt wird, ist jeder Teilnehmer im Falle der Abberung zu wichtigeren Geschäften stillschweigend entschuldigt. Aber es wird wenig gespiciet. Der Ernst der „Geschäftszeit“ läßt es nicht zu. Und es ist für all' diese Kriegsgeschäftemacher und Schädlinge des Wirtschaftslebens leider noch immer — „Geschäftszeit“ . . .

Erster Wiener Konsumverein.

Die Abgabe der eingeteilten Artikel findet für die erste Gruppe Dienstag, für die zweite Mittwoch, für die dritte Freitag, für die vierte Samstag statt. Zur Abgabe gelangen: Mehl, Fett, Kartoffeln gegen die beim Verein eingetragene blaue Mehlbezugskarte. Von dieser ersten Kartoffelzuweisung werden gegen Durchsichtung der Nummer 20 der Mehlbezugskarte an Familien mit 1 bis 3 Personen 2 Kilogramm, 4 bis 6 Personen 3 Kilogramm, 7 bis 10 Personen 4 Kilogramm, 11 und mehr Personen 5 Kilogramm zur Abgabe kommen. Es sind dies teils Kippler zu 96 H., teils runde Kartoffeln zu 44 H. per Kilogramm. Sollten dieselben infolge Anfuhrschwierigkeiten an den Rayonierungstagen noch nicht in den Verschleißmagazinen sein, so erhalten die Mitglieder dieselben auch in den darauffolgenden Tagen. Inländer Äpfel und Birnen in den verschiedensten Sorten sind regelmäßig in den Verschleißmagazinen vorrätig.

Reichswirtschaftsbund der Festangestellten.

Am 10. d. wird 18. Bezirk, Martinstraße 95, das erste Schuhgeschäft des Reichswirtschaftsbundes eröffnet. Mit Rücksicht auf das geringe derzeit zur Verfügung stehende Material wird der Umfang dieses Geschäftes in der nächsten Zeit noch ein bescheidener sein. Hauptsächlich wird getrachtet, die reparaturfähigen Schuhe der Mitglieder instand zu setzen. Es werden jedoch in nächster Zeit schon neue Schuhe zum Verkauf gelangen. In der Verkaufsstelle selbst befindet sich ein Preisstafel. In der nächsten Woche können die Mitglieder von 1 bis 1000 an den für sie bestimmten Einkaufstagen Schuhe zum Besohlen und zu kleinen Reparaturen in diesem Geschäft abgeben.

Mitteilungen der „Wasa“ (Wirtschaftsverband der Angehörigen freier akademischer Berufe in Wien).

Geschäftsstelle: 1. Bezirk, Börsegasse 1; Verkaufsstelle: 1. Bezirk, Schottenbastei 14; Einkaufstage: Montag (für die weißen Mitgliedskarten), Mittwoch (für die gelben), Donnerstag (für die grünen), Samstag (für die roten). Einkaufsstunden: 8 bis 12 Uhr vormittags für die geraden Nummern; 2 bis 7 Uhr nachmittags für die ungeraden Nummern. Warenausgabe: 10. bis 15. d.: Dörrenpläumen, Preiselbeeren, frisch (so lange der Vorrat reicht), Bouillonninjardinen, Feigen, Goudakäse, Rosinen, Salz, Parabeismark, Julienne, Pflummelwürfel, Puddingpulver, Eierfah, Zitronenerfah, Sidel, Bänder. Flaschen wie Gefäße überhaupt sind stets mitzubringen.

Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs.

Zentralmagazin, 8. Bezirk, Biaristengasse 19, Eingang Zeltgasse. Montag Abgabe von Eiern nur an die Mitglieder des 8. Bezirkes von A bis L von 9 bis 12 Uhr und von 3 bis 5 Uhr. In den Abgabestellen kommen Eier zur Abgabe nur mit den roten Nummern auf dem Bezugschein, und zwar: 2. Bezirk, Große Rohrengasse 7, von 2021 bis 2720 von 9 bis 12 Uhr und von 3 bis 5 Uhr; 17. Bezirk, Gernalser Hauptstraße 202 von 2391 bis 2740, weiter Abgabe von Melonen von 9 bis 12 Uhr und von 3 bis 5 Uhr; 18. Bezirk, Lazaristengasse 14, von 4431 bis 5130, weiter Abgabe von Melonen von 9 bis 12 Uhr und von 3 bis 5 Uhr; 19. Bezirk, Hardiggasse 6, von 561 bis 910, weiter Abgabe von Melonen von 9 bis 12 Uhr und von 3 bis 5 Uhr; 10. Bezirk, Kolombusgasse 13, Abgabe von Wirtschaftsäpfeln von 9 bis 12 Uhr; 12. Bezirk, Altholzgasse 14, Abgabe von Wirtschaftsäpfeln von 9 bis 12 Uhr; 13. Bezirk, Penzingerstraße 46, Abgabe von Wirtschaftsäpfeln von 9 bis 12 Uhr.

Zur Beseitigung des Schleichhandels. Prämien für Mehrlieferung.

An die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“.
Wir alle sind uns darüber einig, daß auf dem Lande mehr Vorräte an Lebensmitteln vorhanden sind, als die Bevölkerung für sich notwendig braucht. Man trägt dem Umstande öffentlich und öffentlich Rechnung, indem man Stadtkinder zur Auffütterung aufs Land schickt, indem man Erholungsreisen nach dem Lande unternimmt. Man trägt dem Umstande verbotener und heimlicher Weise Rechnung, indem man immer wieder Aufkäufe auf ungesetzlichem Wege versucht. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß mehr Vorräte vom Lande aus in den allgemeinen Verkauf kommen könnten als bisher geschieht. Sollte es nicht doch noch Möglichkeiten geben, sie für die Allgemeinheit heranzuziehen?

Auf Grund von Beobachtungen auf dem Lande möchte ich mir einen Vorschlag erlauben: Ueberall sind für die Hauptbedarfswaren Mengen festgesetzt, zu deren Ablieferung die einzelnen bäuerlichen Groß- oder Kleinbesitzer verpflichtet sind. Diese Mengen sind durchweg so angesetzt, daß die tatsächliche Erzeugung sie übersteigt, und zwar auch dann noch übersteigt, wenn man den ländlichen Familien ihre reichliche Versorgung läßt. Das ist z. B. der Fall bei Butter, Milch und Eiern. Die Bäuerin ist der Ansicht, daß sie über alles frei verfügen kann, was sie über die für die Ablieferung festgesetzte Menge gewinnt. Sie hat z. B. von jedem Huhn 50 Eier im Jahr abzuliefern, außerdem darf sie für jedes Familienmitglied ein Huhn ohne Ablieferungsverpflichtung halten. Die Hühner legen durchweg jedes weit mehr als 50 Eier im Jahr (die Durchschnittszahl im Frieden war 150). Von diesem Ueberfluß verbraucht sie nun, wenn sie üppig wirtschaften will, für die eigene Familie, für Gäste oder Fremde, sie schickt davon an Verwandte und Bekannte oder... sie eröffnet hiermit bewußt Schleichhandel; das gleiche gilt für Butter, Milch, Käse und jede andere ländliche Ware.

Dieser Uebung zu steuern, wäre vielleicht die folgende Bestimmung nützlich: Der festgesetzte Preis für die ländlichen Erzeugnisse gilt bei Ablieferung der Zwangsmengen, er erhöht sich stufenweise für jeden Erzeuger, der größere Mengen abliefern, und zwar hat die Erhöhung rückwirkende Kraft, sobald jeder Erzeuger, der größere Mengen abliefern, den erhöhten Preis auch für die bereits abgelieferte Zwangsmenge nachgeliefert erhält. Z. B.: 50 Eier sind auf jedes Huhn jährlich abzuliefern; dafür wird der festgesetzte Uebernahmepreis von 22 Pfg. das Stück bezahlt; für jedes Ei, das über 50 hinaus geliefert wird, erhält die Bäuerin 24 Pfg., bei Ablieferung von mindestens 60 Stück auf ein Huhn werden nicht nur die 10 zuletzt gelieferten Eier mit je 24 Pfg. bezahlt, es werden auch für die vorher abgelieferten noch $50 \times 2 = 1$ Mark nachbezahlt, sodas also tatsächlich die zuletzt gelieferten Eier mit je 35 Pfg. das Stück bezahlt werden. Werden mehr als 60 Eier abgeliefert, so erhöht sich abermals der Preis um je 2 Pfg. für das Ei, und bei Lieferung von 70 Eiern erfolgt Nachzahlung für die gesamte bisherige Lieferung usw.

In ähnlicher Weise ließe sich der Preis für Butter oder Milch stufenweise erhöhen, und erit recht ließe sich dieser Grundsatz bei der Lieferung von Korn, Kartoffeln und Gemüse anwenden; auf allen diesen Gebieten eine Ermunterung zu möglichst hohen Lieferungen durch Zahlung von Zuschlagsprämien zu den Grundpreisen, sobald die Lieferungen ein festgesetztes Mindestmaß übersteigen.

Oberhambach (Bergstraße), im September. Rati Loh.

Zur ungeteilten Arbeitszeit.

Der Generalsekretär des Deutschen Verbandes Kaufmännischer Vereine, Herr Baum, schreibt uns:

Die Betrachtungen, die jetzt allenthalben zu Gunsten einer ungeteilten Arbeitszeit im kriegswirtschaftlichen Interesse eingesetzt, haben neben den scheinbaren Vorzügen, die aufgeführt werden, auch eine Reihe von Erwägungen ausgelöst, die man bei der Propagierung der Maßnahmen nicht außer Acht lassen dürfte.

Eine direkte Kohlen- und Lichtersparnis müßte an der Hand der anderwärts vorliegenden praktischen Ergebnisse erst nachgeprüft werden. Sehr durchgreifend wird besonders in den Wintermonaten die Ersparung nicht sein, da die meisten Geschäfts- und Fabrikbetriebe Dampfheizung haben, die dauernd auf einem gewissen Druck gehalten werden müssen, andererseits auch Maschinen- und technischen Anlagen, die nicht ohne weiteres beim Schluß der ungeteilten Arbeitszeit zum Stillstand gebracht werden können. Die vielen Arbeiter und Angestellten aber, die in den frühen Nachmittagsstunden in ihre Behausung zurückkehren, würden dort durch Hausbrand, vermehrte Heim-Beleuchtung und sonstige Inanspruchnahme von Licht- und Kraftquellen einen erheblichen Teil der Ersparnisse, die in den gemeinsamen Betrieben gemacht würden, wieder hinfällig machen. Besonders fällt dann aber auch die Erschwerung in der Gaszufuhr ins Gewicht, die es allen Haushaltungen in den Nachmittagsstunden überhaupt unmöglich macht, warmes Essen zu bereiten. Wer also keine Kochliste hat, wird zum Herdbrand Zuflucht nehmen müssen und Kosten sowie mangelnde Beschaffungsmöglichkeit der Kohlen sprechen hier ein schwerwiegendes Wort mit. Auch verkehrstechnisch scheint besonders in Großstädten die Durchführung einer einheitlichen Schlußstunde nicht einwandfrei zu sein. Wer in Berlin, Hamburg, München und auch in Frankfurt zu gewissen Geschäftsstundenschlüssen die Unmenge heimkehrender Menschen beobachtet, die infolge der Einschränkung der Verkehrsmittel oft eine halbe Stunde und länger auf Rückbeförderung warten müssen, wird sich dem Bedenken nicht verschließen können, daß die Rückführungsmöglichkeit noch viel schlechter wird, wenn alle Betriebe auch noch gleichzeitig zu einer gewissen Nachmittagsstunde Schluß machen werden.

Dann sollte aber auch die Ernährungsfrage bei der Regelung nicht außer Acht gelassen werden. In Friedenszeiten war die Durchführung der ungeteilten Arbeitszeit insofern leicht, als sich jebermann mit genügenden Brotvorräten für die Arbeitszeit versehen konnte oder in die Lage versetzt war, in Kantinen oder Fabrikwirtschaften zu ganz geringen Preisen einen Imbiß einzunehmen. Bei der knappen Brotration, die vor allem auch dem Privatangestelltenstande gegenüber den Arbeitern noch wesentlich gekürzt ist, ist niemand in der Lage, acht Stunden oder gar mehr in angestrengter ununterbrochener Tätigkeit geistig oder körperlich regsam zu bleiben. Es muß eine allgemeine Erschlaffung eintreten, die sich dann auch bei der Erledigung der geschäftlichen Obliegenheiten geltend macht. Schließlich kommt auch noch dazu, daß Schule, Post- und Eisenbahnwesen sich der ungeteilten Arbeitszeit nur in seltenen Fällen anpassen, so daß eine Hausfrau unter Umständen in die Lage versetzt wird, zwei- und mehrmals am Tage für ihre Familienangehörigen zu kochen.

Diese Erwägungen lassen es doch angebracht erscheinen, nun nicht bedenkenlos und mit Vollbampf die neue Regelung zu propagieren. Wenn man die ungeteilte Arbeitszeit aus kriegswirtschaftlichen Gründen wünscht, so muß man auch die gesamte Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Brennstoffen und anderen Erfordernissen des täglichen Bedarfs zweckmäßig regeln. Erst wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, läßt sich vorbehaltlos über die durchgehende Arbeitszeit sprechen, die aber unter den jetzigen Wirtschaftsvorzeichen den Haushaltungen mehr Lasten als Vorteile bringen würde.

11./IX. 1918

39

Nachahmenswerte Lebensmittelbeschaffung.

Die bosnische Landesregierung hat zugunsten ihrer Beamten eine bemerkenswerte Aktion eingeleitet. Im Spätherbst werden alle Beamtenfamilien, die (beispielsweise jene in den Hauptstädten Sarajewo und Mostar) Schweine nicht halten können, je ein gemästetes Schwein zum Preise von 300 bis 350 Kronen erhalten, damit sie Selchfleisch und Speck über den Winter bekommen. Zu

diesem Zwecke werden von jetzt an durch etwa vier Monate 2000 Schweine gemästet und dann den Bezugsberechtigten zugestellt werden. Die Zahlung erfolgt in der Weise, daß den Beamten je 50 Kronen monatlich vom Gehalt abgezogen werden. Ferner hat die Wirtschaftsabteilung der Landesregierung eine Aktion zur Mästung von etwa 10.000 Schweinen in den Eichen- und Buchenwäldern eingeleitet, um den Bedarf des Landes an Speck und Selchfleisch zu decken. Die Schweine werden mit einem beiläufigen Gewicht von 60 Kilogramm eingestellt.

Die Lebensmittelaufbringung.

Wer die vergangenen zwei Feiertage die Westbahnstrecke zu einer Fahrt benützt hat, der konnte sich wieder einmal von den vielen Ausflüglern mit Rucksäcken überzeugen, die ganze Ladungen von Kartoffeln, Obst, Butter, Eier und andere landwirtschaftliche Produkte nach Hause schleppten. Daß das geschieht, ist den Leuten sicherlich nicht zu verdenken. Ein Vergnügen ist es ja gerade nicht, wenn jemand seine freie Zeit dazu benützt, in die Umgebung Wiens hinauszufahren, um auf stundenweiten Märschen und mit vollbepacktem Rucksack Lebensmittel für die ganze Woche mühsam zusammenzutragen, wobei er sich immer noch der Gefahr aussetzt, daß ihm die für teures Geld und gute Worte erworbene Ware, noch ehe er sein Ziel erreicht hat, wieder von einem Kontrollorgan weggenommen wird. Wenn es daher geschieht und die Bevölkerung die Mühen und Gefahren nicht scheut, so ist das eben nur der sichere Beweis, wie wenig unsere Lebensmittelversorgung in den Städten klappt und wie armselig die Märkte beschaffen sein müssen, daß unausgesetzt solche mühselige Hamsterfahrten unternommen werden. Wie wenig die Aufbringung von Lebensmitteln klappt, dafür zeugen auch alle Erfahrungen, die man bei solchen Gelegenheiten auf dem Lande sammelt. Man sieht draußen, schon in der allernächsten ländlichen Wiener Umgebung, einen wahren Ueberfluß an Kartoffeln und an Obst aller Gattungen; ja selbst Zwetschen, von denen bisher behauptet wurde, sie seien schlecht geraten, gibt es in großen Mengen. Aber man kann bei den landwirtschaftlichen Selbstversorgern immer wieder übereinstimmend

die Meinung hören, daß sie sich nicht im geringsten darum kümmern, ihre Waren irgendwie den Märkten oder den staatlichen Zentralstellen zuzuführen. Selbst haben sie bereits genug verdient und ihre einzige Sorge ist vorläufig nur die, wie sie ihre Vorräte für den eigenen Bedarf sicherstellen können. Soweit sie davon etwas abgeben, geschieht das an Ort und Stelle an jene Verbraucher, die sich selbst hinhemühen und die vor allem in der Lage sind, mit Tauschmitteln zu bezahlen. Zucker, Kaffee, Tabak und Waren, die auf dem Lande noch schwerer als in der Stadt zu haben sind, werden daher noch immer reichlich für Lebensmittel eingetauscht. Für die Einbringung der staatlich bewirtschafteten Lebensmittel wie etwa der Kartoffeln werden jetzt von den verschiedenen Bezirkshauptmannschaften *Einschätzungskommissionen* in den einzelnen Gemeinden gebildet. Sie sollen über die Anbaufläche und über den Ertrag sachkundige Auskünfte geben. Aber in Wirklichkeit versagen diese Einschätzungskommissionen ebenso, wie die lokalen Wirtschaftsämter versagt haben. Der Fehler liegt eben darin, daß sie aus den Kreisen der Landwirte selbst oder doch aus Leuten zusammengesetzt sind, die, weil sie in der Gemeinde oder doch in der Landwirtschaft beschäftigt sind, abhängig und nicht als unparteiisch anzusehen sind. Für die Aufbringung und Ueberführung der Lebensmittel ist daher mit solchen „Kommissionen“ wenig geholfen, die in Wirklichkeit mehr als einen rein dekorativen Charakter gar nicht haben. Hier müßte schon durch Organe eingegriffen werden, deren völlige Unabhängigkeit sichergestellt ist und die in der praktischen Wirklichkeit nicht versagen. Geschieht das jetzt nicht rechtzeitig, dann werden, wie die Dinge auf dem Lande liegen, die Schwierigkeiten bei der Lebensmittelaufbringung kaum überwunden werden und die staatliche Bewirtschaftung muß in der Hauptsache versagen. Sie muß es aber nicht, wenn man sich um die Aufbringung und um die Ueberführung auf die Märkte und an die Zentralen ein wenig mehr bemüht, als es leider bisher geschehen ist.

Schließung der Liqueurfabriken.

In Folge des vollständigen Fehlens von Spiritus werden die Liqueurfabriken gezwungen sein, ihre Betriebe einzustellen, zumal es auch an anderen Materialien zur Erzeugung von Liqueur fehlt. Die Betriebseinstellung wird auch die Schließung der Liqueurgeschäfte nach sich ziehen.

Eine bessere Versorgung Tirols

forderte in seiner Vollversammlung am 4. d. der Tiroler Landeskulturrat in mehreren Resolutionen, deren wichtigste hier wiedergegeben seien:

Die mit der Verordnung vom 15. August, RGBl. Nr. 339 festgesetzten Getreidemengen, die von den landwirtschaftlichen Selbstversorgern im Jahre 1917/18 gebraucht werden dürfen, sind angesichts der Tatsache, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung Tirols vorwiegend auf die Mehlernährung angewiesen ist, da ihr andere Lebensmittel ja kaum zur Verfügung stehen, absolut unzureichend; es möge daher diese Quote für Tirol erhöht, mindestens aber für alle in der Landwirtschaft beschäftigten Personen in jenem Ausmaße festgesetzt werden, wie sie nach der Verordnung für die Schwerarbeiter festgesetzt sind. Es geht nicht an, in Tirol, so wie dies bis jetzt in der Regel geschehen ist, bei unzureichenden Aufschlägen an Getreide und Mehl die Landgemeinden tage- und wochenlang ohne Brot und Mehl zu lassen; von einer mangelhaft versorgten und hungernden Bevölkerung kann die schwere Arbeit, wie sie der landwirtschaftliche Beruf gerade jetzt erfordert, da der weitaus größte Teil der tüchtigsten Arbeitskräfte im Felde steht, nicht verlangt werden. Bei Lebensmittelrequisitionen muß den Erzeugern jenes Mindestmaß unter allen Umständen belassen werden, das für den eigenen Lebensunterhalt der landwirtschaftlichen Bevölkerung unerlässlich notwendig ist, insbesondere hinsichtlich des Kartoffeln und der Butter, aber auch hinsichtlich des Saatgutes. Da in mehreren Bezirken Tirols die Kartoffel völlig die ausschließliche Nahrung für die Bevölkerung bildet, muß für die unerlässliche Ernährung der ländlichen Bevölkerung derselben eine Kartoffelmenge von 1 Kilogramm pro Kopf und Tag unbedingt belassen werden. Ferner forderte die Versammlung die Enthebung der Winterfütterer und Holzarbeiter, protestiert auf das Nachdrücklichste gegen die unausgesetzte Verhесung der konsumierenden gegen die landwirtschaftliche Bevölkerung und gegen die fortgesetzte Beleidigung der Bauern, wie sie in einer gewissen Presse und auch sonst bei jeder Gelegenheit betrieben wird.

Der politische Teil der Beschlüsse wurde bereits veröffentlicht.

(Anstellaktiver.) Trotz aller Verordnungen will und kann das leidige Anstellen kein Ende nehmen. Stundenlange, ja ganze Nächte hindurch warten Leute mit mehr oder weniger Geduld auf den Marktplätzen oder vor Verkaufsläden, um Lebensmittel zu erlangen. Jetzt in der guten Jahreszeit ging es ja noch. Wie soll dies aber bei einem regnerischen Herbst oder während eines kalten Winters werden? Das Anstellen ist keine Kriegserfindung. Wir haben es schon vorher auch sehen können, bei den Betülern beispielsweise, die sich an der Klosterpforte anstellten, wenn sie dort ihr Mittagsbrot erhalten wollten, oder bei den Theaterern, wenn die Kunstbegeisterten sich drängten und alle durch lange Werbung erlangten Freisitz in Anwendung brachten, um andre zu überholen und einen recht guten Platz auf der vierten Gallerie zu erlangen. Aber eine solch traurige Erscheinung wie das allgemeine Anstellen in der Gegenwart hat es wohl noch nicht gegeben. Der bereits zur Gewohnheit gewordene eiserne Zwang hat es aber mit sich gebracht, daß das praktische Anstellen eine Wissenschaft geworden ist, eine Kunst, die gelernt sein will, will man Vorteile erreichen. Wie beim Generalstab ist auch hier der Informationsdienst von großer Wichtigkeit. Hier haben es wirklich einzelne erreicht, daß ihr Nachrichtendienst tadellos funktioniert, daß sie allen andern immer voraus sind und ganz genau wissen, wo und um welche Stunde morgen Gette und übermorgen Kartoffeln zum Verkauf gelangen. Dieser Anstellungsdiens hat seine unbedingten Vorteile, da der rechtzeitig Unterrichtete seine Kräfte gut verteidigen und rechtzeitig dort erscheinen kann, wo ihm dies vorteilhaft erscheint. Neben dem Nachrichtendienst bietet dann noch die Anstellaktivil, die richtig angewendete Strategie Vorteile. Da gibt es Leute, die beim nächstlangen Warten auf Gette es schon zu einer entwickelten Ausrüstungspraxis gebracht haben. Auf mitgebrachten Decken schlafen sie auf dem Straßenpflaster, auf zummmenklappbaren Feldstühlen ruhen sie sich aus dem stundenlangen Stehen. Andre wieder verteidigen

die ihnen zur Verfügung stehenden Kräfte, besonders kinderreiche Familien haben einen regelrechten Wachdienst mit Ablösungen organisiert, um die Kräfte des einzelnen nicht zu sehr zu ermüden. Drei Stunden harrt der eine an der Stelle aus, an der er sich wartend angestellt hat, dann löst ihn der andre und schließlich der dritte ab, bis wieder die Reihe an den ersten kommt. Oder die Kinder werden bei der Aufgabe, den Haushalt mit Lebensmitteln zu versorgen, verteilt. Während der eine das Warten bei der Getteverkaufsstelle übernimmt, stellt sich der andre beim Kartoffelverkauf an, der dritte beim Fleischhauer und so weiter. Schließlich hat sich aber noch eine Industrie entwickelt, eine Verdienstquelle für Beschäftigungslose, die durch das Anstellen einen mühseligen und nicht immer gut bezahlten Verdienst gefunden haben. Sie stehen immer weit vorn, ohne selbst Käufer zu sein. Ihre Zeit ist gekommen, wenn sich rückwärts die Massen drängen, wenn die zu spät gekommenen Mächtige nichts mehr zu erhalten. Dann verkauft der Vornstehende seinen Platz, wartet auf ein Aufgebot, das dann durch einen andern überboten, durch einen dritten in die Höhe getrieben und schließlich licitiert wird, bis schließlich der gute Platz, die Gewähr für die unbedingte Sicherheit der Einkaufsmöglichkeit ohne Wartezeit, an den Meistbietenden verkauft wird.

* (Ziegenfarmen für Wien.) In der heutigen Sitzung des Gemeinderates wird Gemeinderat Alfons Herold folgende Anregung geben: Von dem Standpunkte ausgehend, nichts unversucht zu lassen, um die Ernährungsschwierigkeiten zu mildern, wird die Schaffung von Ziegenfarmen in der Großstadt dringend empfohlen, welche bereits mit großem Erfolge dieses Frühjahr in Berlin eingeführt wurden. Die Ziegenmilch aus diesen Farmen ist eine wirksame Unterstützung und ein Gewinn für die Ernährung, besonders für unsere Säuglinge, da die Ziegenmilch bei verständnisvoller Behandlung 1 Prozent mehr Fettgehalt besitzt als die Kuhmilch; selbstverständlich muß Melken, Füttern und Puzen der Ziegen nur von geübter, fachverständiger Hand besorgt werden, denn von der Pflege der Tiere und der größten Sauberhaltung der Ställe ist der gute Geschmack der Ziegenmilch abhängig. Sollten sich noch Schwierigkeiten in der Futterfrage einstellen, so müssen diese Hindernisse überwunden werden, ebenso die Beschaffung von reinrassigen Schweizer Stallziegen besorgt werden. Unsere Gemeinde besitzt brachliegendes, geeignetes Bauland, das mit Futterpflanzen bestellt werden muß, und erlaube ich mir die Anfrage: „Könnte man denn nicht einiges für die Ziegenfarmen brauchbar machen?“ Diese Ziegenfarmen sollen den Beweis erbringen, daß es auch in der Großstadt möglich sein wird, Kleintierzucht zu betreiben und landwirtschaftliche Erzeugnisse zu produzieren, und die Regierung, die Stadtverwaltung und andere einflußreiche Körperschaften anzuspornen, ähnliche Kleintierzucht ins Leben zu rufen und Nahrungsmittel für unsere Bevölkerung und besonders für unsere Kinder zu erzeugen.

Wieder der „Anstell“-Kunstmel.

Es sah so aus, als würde die Zunahme der Rationierungen und die Einführung der Kundenlisten dem „Anstellen“ vor den Kaufläden ein Ende machen. Das Anstellen um Brot und Mehl wurde durch die Einführung der Kundenlisten überflüssig und auch um die sonstigen Lebensmittel, die von den Konsumentenorganisationen oder den dem Publikum zugewiesenen Lebensmittelhändlern abgegeben werden, muß man sich nicht mehr anstellen. Man sollte also glauben, daß es möglich wäre, das Anstellen überhaupt zu vermeiden. Gerade das Gegenteil zeigt sich in diesen Tagen wieder. Die Kolonäsen, nur länger und dichter als früher, sind vor gewissen Geschäftslokalen wieder zu sehen. So kam man beispielsweise vor den Detailmarkthallen, in denen Kartoffeln ausgegeben werden, schon in den frühesten Morgenstunden — die ersten „Ansteller“ sind bereits um 1 Uhr da — die Leute stehen, die stehend, auf Steinfliesen sitzend oder auf mitgebrachten Tüchern am Boden liegend, des Beginnes der Verkaufsstunden harren. Die Kartoffelkolonäsen sind also wieder zu einer ständigen Einrichtung geworden, ebenso das Anstellen vor der Markthalle, vor den Verkaufsstellen der Großschlächtereien, wo Fett abgegeben wird. Wer sich nicht beizeiten einfundet, geht leer aus, denn stets ist der Bedarf weit größer als das Angebot. Aber auch vor den Fleischläden beginnt das Anstellen schon zeitlich am Morgen. Denn die Fleischbauer können jetzt nur sehr geringe Fleischmengen auf dem Markt einkaufen, die in kurzer Zeit, auch bei Abgabe von nur geringen Portionen an die Parteien, ausverkauft sind. Die Kohlenregelung steht zwar vor der Tür, die von den Kohlenhändlern bloß gegen die Einkaufskarte abzugebende Ration ist bestimmt — aber alle, die diese 28 Kilogramm Kohle erhalten wollen, müssen gleichfalls stundenlang vor den Kohlengeschäften stehen und warten, bis die Kohlenfuhrer abgeladen ist. Ein Drittel der Angestellten muß stets unrichtiger Dinge wieder abziehen. Um Eier stellen sich die Leute jetzt nicht an, weil nämlich Eier überhaupt nicht zu haben sind. Aber, wie gesagt, um Kartoffeln, Fleisch, Fett, Kohle, Gemüse und sonstige Lebensmittelraritäten ist der Anstellkampf wieder heiß entbrannt. Solange er nicht durch die Winterkälte zu einer wahren Qual ausartet, ist's noch gut. Aber dann ... ?

Unsere Ernährungspolitik.

In Theorie und Praxis.

Ein Großgrundbesitzer schreibt uns: „Die Rede, die kürzlich Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident in der Enquete über Ernährungsfragen gehalten hat und die ganz richtige Prinzipien der Ernährungspolitik enthält, veranlaßt mich, einige für die Öffentlichkeit gewiß nicht uninteressante Fälle zur Kenntnis zu bringen, aus denen zu ersehen ist, wie unsere Ernährungspolitik in der Theorie und in der Praxis beschaffen ist.

Verursacht durch die vielleicht sogar den hohen

Behörden bekannte abnormale Trockenheit des vergangenen Sommers, habe ich heuer kaum die Hälfte des Raufutters geerntet, das ich zur Erhaltung des Viehbestandes benötige. Dabei darf nicht vergessen werden, daß früher immer mit Kraftfutter nachgeholfen wurde, was bei den gegenwärtigen Verhältnissen naturgemäß ausgeschlossen ist. Gegenüber einer normalen Ernte von 3000 bis 3500 Meterzentner Heu habe ich heuer bloß 1700 Meterzentner geerntet. Vor einigen Tagen erschien bei meinem Verwalter ein Unteroffizier mit drei Mann und wollte 400 Meterzentner Heu, das ist nahezu der vierte Teil meines Vorrates, requirieren. Nach langem Zureden beanugte er sich mit 100 Meterzentner. Dieses Quantum wurde zur Bahn gestellt, aber wegen Mangels an Waggons mußte es auf einer Wiese abgeladen werden. Wie lange es dort bleibt, ist mir nicht bekannt, aber daß die Qualität nicht besser wird, dürfte wohl jedem Laien einleuchten.

Jeden Augenblick werden wir Landwirte vom Ackerbauministerium angehalten, mehr zu produzieren, insbesondere Milch. Wie soll aber die arme Kuh ein Kalb aufziehen und mehr Milch geben, wenn man ihr das Kraftfutter ganz entzieht und nunmehr auch noch das Heu reduziert. Da wäre es ja viel besser, wenn der Staat den ganzen Viehstand requirieren würde und nicht bloß, wie bis jetzt, 20 bis 25 Prozent. Der Landwirt könnte dann ausperren, denn mit geringem Dung schlechter Qualität kann nicht gewirtschaftet, geschweige denn mehr produziert werden.

Bei uns wird eben alles vom grünen Tisch weg meistens von verkümmerten Juristen, die dem praktischen Leben entrückt sind, gemacht, wie folgende Fälle zeigen:

Netzt, wo der Winter vor der Tür steht, fällt es den Behörden ein, daß an Stelle der mangelnden Kohle Brennholz verwendet werden sollte. Alles soll nun in Bewegung gesetzt werden, um Brennholz zu erzeugen; allerorten finden Konferenzen, lange Beratungen, Kommissionsitzungen usw. statt; aber wie das Holz erzeugt und besonders wie es zugestrichelt werden soll, darüber zerbrechen sich die Weisen des Landes leider vergeblich die Köpfe. Bei all dem wird aber auf das Wichtigste vergessen, daß das frisch erzeugte Holz einen sehr problematischen Heizwert hat.

Für die Erntearbeiten suchte ich um Beistellung von Kriegsgefangenen nach und erhielt zwanzig Mann; aber mein Erstaunen war groß, als ich gewahr wurde, daß der Großteil von ihnen niemals eine Sense in der Hand hatte. Es waren nämlich zumeist Kaufleute aus Oberitalien.

Darüber bestehen wohl kaum ernste Meinungsverschiedenheiten, daß die staatliche Bewirtschaftung der wichtigsten Lebensmittel erhalten bleiben muß, aber die Kriegsjahre haben leider den Beweis erbracht, daß die staatlichen Organe bei der Aufbewahrung und Verteilung der requirierten Ware vollständig versagt haben, wodurch Unsummen verlorengegangen sind. Es genügt nur auf die Kartoffeln hinzuweisen, von denen im Vorjahre ganze Bülge allein durch die Unkenntnis der Behörden erfroren sind und den Stärkfabriken zugewiesen werden mußten. Auch bei mir wurden damals früh gehobene, nasse Kartoffeln sofort abgeführt und in Waggons verladen, wo doch jedes Kind weiß, daß dieses wichtige Nahrungsmittel in erster Linie trocken muß, um transportfähig zu werden. Trotz der bösen Erfahrungen im Vorjahre deuten alle Anzeichen darauf hin, daß es heuer nicht anders werden wird. Die mit Recht bei der Bevölkerung wenig beliebten Zentralen sollten meiner Ansicht nach nur dahin streben, das zu fassende Quantum von Nahrungsmitteln genau durch Sachverständige — aber nicht wie es heuer bei mir der Fall war, durch Forstleute, die im Wald viel notwendiger sind — festzusetzen. Die Behandlung der Ware sowie deren Verteilung an die verschiedenen Verbrauchsorte müssen Geschäftskundige besorgen, denn nur diese wissen genau, was die einzelnen Gegenden benötigen und wann man zuführen kann. Das Umgeben der Städte mit chinesischen Mauern und das Abschließen der einzelnen Bezirkshauptmannschaften voneinander, haben es bewirkt, daß alles ins Stocken geraten ist. Erst bis die Not auf das Höchste gestiegen war, wurden zur unrichtigen Zeit Lebensmittel hin und her gesendet sowie neuerlich erbarmungslos requiriert. Auf diese Weise wurde das Hamstern und der Schleichhandel groß gezogen. Diese wenigen Fälle illustrieren wohl deutlich, wie unsere Ernährungspolitik in der Tat beschaffen ist.“

12. IX. 1917

69

Der Kettenhandel als Kriegserrscheinung

Eine der unerfreulichsten Erscheinungen, die in der Kriegszeit hervorgetreten sind, ist der Kettenhandel, der, ohne Zucker im gesetzestechnischen Sinne zu sein, in seiner Wirkung dem größten Preiswucher sachlich gleichkommt. Auf alle Waren des täglichen Gebrauchs, die nicht mit Höchstpreisen für den Kleinverbrauch ausgestattet waren, erstreckte sich der Kettenhandel und brachte dadurch Verhältnisse mit sich, die besonders die Ernährungslage der Großstädte zu einer unerträglichen gestaltete. Eine vielgestaltige und umfangreiche Gesetz- und Verordnungsgebung suchte dieses Auswuchses des Handels Herr zu werden, und so entstanden neben den allgemeinen Preisverordnungen eine Reihe von Bestimmungen, die sich, so insbesondere die Verordnung vom 24. Juni 1916 „Ueber den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels“, ausschließlich mit der Ausschaltung dieser in der jetzigen Zeit besonders gefährlichen Erscheinung befaßten. Die Verordnungen, auch die vom 24. Juni 1916, vermieden hierbei jedoch eine Bestimmung des Begriffs „Kettenhandel“, ließen dessen Festlegung vielmehr der juristischen und volkswirtschaftlichen Praxis und Theorie offen, dies insbesondere aus dem Grunde, weil bei der Mannigfaltigkeit aus dem ständigen Wechsel der Erscheinungsformen von Handel und Wirtschaft eine verordnungsrechtliche Umschreibung des Begriffs „Kettenhandel“ nicht tunlich erschien.

In der Literatur und Spruchpraxis der deutschen Gerichte ist denn auch bald zu dieser Feststellung geschritten worden, und es hat sich dabei eine im allgemeinen gleiche Auffassung über die wesentlichen Begriffsmerkmale des Kettenhandels gezeigt. Unter den zahlreichen Schriften und Aufsätzen, die sich mit dem Kettenhandel befaßen, bietet eine kürzlich in 2. Auflage erschienene, von zwei Praktikern aus der Kriegswirtschaft verfaßte Abhandlung „Der Kettenhandel als Kriegsercheinung“ für den Juristen und Volkswirt in besonders reichem Maße Anregung und Aufklärung. Ihre Verfasser, Professor Dr. Hirsch und Staatsanwalt Dr. Falk, sind beide Mitglieder des Kriegsernährungsamts und letzterer der stellvertretende Leiter des preussischen Kriegswucheramts. Während Professor Hirsch die wirtschaftlichen, in der Not des Krieges begründeten Ursachen und ihre Folgen für das Wirtschaftsleben in erschöpfender Weise beleuchtet, durch eine Reihe treffender Beispiele erläutert und in seinen Schlusssausführungen vor allem auf die hohe Aufgabe hinweist, die dem Handel selbst zur Bekämpfung des Kettenhandels obliegt, erörtert Staatsanwalt Dr. Falk die Frage der Bekämpfung des Kettenhandels an der Hand der einzelnen allgemeinen und besonderen Kriegsverordnungen. Er stellt hierbei den Begriff des Kettenhandels in folgender Weise fest: „Kettenhandel ist jede Einschlebung eines wirtschaftlich unnützen Zwischengliedes in den Verteilungsprozeß einer Ware.“ Dr. Falk kommt hierbei im wesentlichen zu demselben Ergebnis wie das Reichsgericht, das in einem Urteil vom März d. J. unter Erfordern der gleichen Bedingungen allerdings noch die Voraussetzung des Handels aus eigenmächtigen Interessen als notwendig hinstellt.

In folgerichtiger Entwicklung seiner Begriffsbestimmung sieht Dr. Falk sodann den Kettenhandel schlechthin als unlautere Machenschaft an und hält, wenn durch ihn der Preis der betreffenden Ware gesteigert ist, die Tat ohne weiteres als strafbar. Das Ausschalten des subjektiven Moments, dessen Feststellung von manchen Seiten auch für diese Straftat verlangt wird, erscheint aber für die Voraussetzung der Strafbarkeit des Kettenhandels um so notwendiger, als im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse der Kampf dagegen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln geführt werden muß. Die vorliegenden gesetzlichen Bestimmungen lassen aber unschwer die Ansicht von Dr. Falk als zutreffend erscheinen.

**Aufnahme von Pensionisten im Lebensmittel-
Lagerbetrieb des Handelsministeriums.**

Mit Anfang Oktober werden im Lebensmittellagerbetrieb des Handelsministeriums auch Pensionisten als Teilnehmer aufgenommen. Die Aufnahme muß vorerst beschränkt bleiben auf pensionierte Staatsbedienstete sowie Witwen nach aktiven, bezw. pensionierten Staatsbediensteten, die aus dem Dienste beim Handelsministerium, der Post- und Telegraphendirektion Wien, einem Post- und Telegraphenamte in Wien, beim Justizministerium, dem Ministerium des Innern oder der Polizeidirektion (einschließlich des Sicherheitswachtkorps) in den Ruhestand getreten sind. In Betracht kommen nur solche Personen, die einen selbständigen Haushalt führen und auf ihren eigenen Namen laufende Mehlbezug- und Haushaltungskarten besitzen. Es wird aufmerksam gemacht, daß Teilnehmer des Lebensmittellagerbetriebes nur derjenige werden kann, welcher im Besitze einer **blauen** Mehlbezugskarte ist und auch das Mehl in dem genannten Betriebe beziehen will. Es müssen daher die Besitzer **gelber** Mehlbezugskarten bei der zuständigen Mehl- und Brotkommission, und zwar spätestens bis 15. d. das Ansuchen um Ausfolgung einer blauen Mehlbezugskarte stellen. Die Teilnehmeranmeldungen für Besitzer blauer Mehlbezugskarten werden in der Kanzlei der Zentralleitung, I., Postgasse Nr. 17, vom 15. d. angefangen an Wochentagen in den Stunden von 8 bis 12 Uhr und von 2 bis 5 Uhr entgegengenommen.

Der Kampf gegen das „Anstellen“.

Mit der Einführung der verschiedenen Lebensmittelbezugskarten hatte es einige Zeit hindurch den Anschein, als ob der Unfug des „Anstellens“ allmählich verschwinden werde. Die letzten Monate haben jedoch leider gezeigt, daß man es gerade in Wien mit einer, wie es scheint, unausrottbaren Erscheinung zu tun hat, der man wenigstens bisher nicht beizukommen vermocht hat. Die Reihen der in schier unfahbarer Geduld Wartenden vor den Geschäften und Lebensmittelständen sind in der jüngsten Zeit zusehends wieder im Wachsen begriffen, was natürlich auf den großen Mangel, der heute fast in allen Artikeln herrscht, zurückzuführen ist. Solange nun noch die schönen Tage sind und die Bitterung das „Anstellen“ wenigstens ohne Gefahr für die Gesundheit erlaubt, mag man diese häßlichen Stadtbilder mit der bei uns gewohnten Gleichgültigkeit hinnehmen und sich in dem Glauben wiegen, daß das im Kriege nun einmal nicht anders gehe. Aber die endlose „Anstellerei“, deren sich gerade die Leute, die sich ihre Lebensmittel auf normalem Wege beschaffen müssen, Tag für Tag aussetzen müssen, wird in einigen Wochen zu einer direkten gesundheitlichen Gefahr werden, wenn man sich nicht bis dahin besinnt, wie diese Menschenquälerei zu beseitigen ist. Der vierte Kriegswinter, der jetzt kommt, findet eine müde, erschöpfte und schon durch die Mängel einer durchwegs unzureichenden Ernährung widerstandsunfähige Bevölkerung vor, bei der noch der Umstand hinzukommt, daß warme Kleider und feste Schuhe vielfach mangeln werden, so daß die armen Menschen schutzlos den Unbilden des Wetters auf den Straßen preisgegeben sein werden. Dazu muß man bedenken, daß es sich zumeist um schwache Frauen und zarte Kinder handelt, die sich stundenlang wartend um die spärlichen Lebensmittel bemühen und deren Organismus auf alle Fälle schwer unter den Einflüssen der Bitterung leiden wird. Der gesundheitliche Schutz der Bevölkerung, dem heute erhöhte Wichtigkeit beizumessen ist, erfordert es daher, rechtzeitig vorzusorgen, daß hier schwere Schädigungen vermieden werden, die man hintanhalten kann, wenn man dem Skandal der „Anstellerei“ nicht einfach wie einer selbstverständlichen Einrichtung gegenübersteht. Daß es geht, ohne daß die Leute dieser Tortur ausgesetzt werden, beweisen die deutschen Städte, in denen man kein „Anstellen“ kennt und die Lebensmittelrationen ohne weitere Umständlichkeiten verabfolgt werden. In Oesterreich hat die Stadt Linz zuerst gezeigt, daß die ganz unnötige Plackerei vermieden werden kann, und die Lebensmittelabgabe klappt dort vollkommen.

Auch in B ar n s b o r f hat man mit der Kohlenkarte das „Anstellen“ um Kohlen beseitigt, indem man das Aufrufverfahren einführt, so daß, nach Stadtbezirken geordnet, jede Familie ihren Anteil an Kohlen erhält. In W i e n selbst hat die Einteilung bei der Brot- und Mehlerationierung gezeigt, daß sich Ordnung schaffen läßt, wenn man die Sache beim richtigen Ende ansaßt und den Willen zeigt, ein Uebel ernstlich zu beseitigen. Was uns bisher mangelte, war einfach die ernsthafte Absicht, etwas zu tun, weil man offenbar glaubte, eine Sache, an die sich die Leute gewöhnt haben, könne man ruhig gewähren lassen. Mit dieser Auffassung muß einmal gebrochen werden. Daß es an nichts weiter als an der Organisation fehlt, beweist am deutlichsten, daß sich selbst vor der Zentrale der Kohle in der Josefstadt die Menschen massenhaft anstellen, was doch gewiß nicht sein müßte, wenn man ein wenig auf Ordnung bei der Abgabe von Lebensmitteln denken würde. Im Winter darf dieser Skandal nicht so weitergeführt werden, weil er die Gesundheit der Bevölkerung bedroht und weil, wenn der Wille vorhanden ist, sich auch der Weg finden läßt.

13./IX. 1917

52

Zentrale Schlachtung des für Wien eintreffenden Viehes.

Wie verlautet, soll, um eine genaue Uebersicht über sämtliche für Wien zur Verfügung stehenden Vieh- und Fleischmengen zu ermöglichen und eine organisierte Verteilung durchzuführen, geplant sein, an die Fleischhauer nicht mehr Vieh in lebendem, sondern in geschlachtetem Zustande zu übergeben. Die zentrale Schlachtung soll es ermöglichen, die überschüssigen Fleischmengen der Konservierung für spätere Monate zuzuführen.

Knappheit an Essig.

Seit etwa zwei Wochen macht sich eine ganz auffallende Knappheit an Essig bemerkbar. Es kommt zuweilen vor, daß man von Geschäft zu Geschäft gehen muß, ehe man auch nur die bescheidenste Essigmenge erhält. Von sachmännischer Seite wird uns hierzu mitgeteilt: Festgestellt sei vor allem, daß der weitaus größte Prozentsatz der greifbaren Essigvorräte von der Militärbehörde in Anspruch genommen wird. In jedem Verpflegsmagazin befindet sich stets ein ganzer Waggon Essig. Auch bei den Entlausungsanstalten ist ein großer Bedarf an Essig. Jeder Soldat, dessen Sachen dort einer gründlichen Reinigung unterzogen werden, muß gleichzeitig ein Bad nehmen, dem ein gewisses Quantum Essig beigelegt wird, da dieser vernichtend auf die Läusebrut einwirken soll. Ein weiterer Grund der Essigknappheit ist darin zu suchen, daß es den meisten Fabriken längere Zeit hindurch an einzelnen Rohmaterialien fehlte. Dazu kommt noch die ungarische Ausfuhrsperrre. Vor allem aber darf der gesteigerte Bedarf nicht übersehen werden. Da wir in diesem Jahre unter einer empfindlichen Zuckerknappheit leiden, die meisten Hausfrauen aber Gemilse und Früchte einkochen wollen, so greifen sie fast durchweg zu dem einzigen, ihnen bleibenden Konservierungsmittel, dem Essig. Hand in Hand damit geht erklärlicherweise eine nicht unbedeutende Essighamsterei vieler Hausfrauen. Es ist jedoch zu erwarten, daß sich die Schwierigkeiten bezüglich der Essigversorgung in voraussichtlich etwa vier Wochen beheben lassen werden, so daß der Markt dann wieder über genügende Warenmengen verfügen wird. Durch Preissteigerungen aller Rohmaterialien, Erhöhung der Löhne usw. ist der Preis des Essigs, der vor dem Kriege mit etwa 10 bis 12 Sellen für den Liter gezahlt wurde, auf 34 bis 36 Sellen gestiegen. Eine Verbilligung des Essigs dürfte sobald nicht zu erwarten sein.

13./IX. 1917

56

Die Lebensmittelmärkte.

Der Verkehr in der Großmarkthalle war ein mittelmäßiger. Die Rindfleischvorräte genügten. Rindfleisch bester Güte findet seines hohen Preises halber nur schleppenden Absatz. Lamm- und Schafffleisch sind über Bedarf vorhanden. Kalbfleisch war knapp. An Schweinefleisch standen nur bescheidene Mengen (ungar. Provenienz) zur Verfügung. Es wurde um 60 Heller teurer. Es kostet diese Woche Kr. 15.60 per 1 Kilogramm.

Die Kilogrammpreise im Detailhandel stellten sich heute in der Großmarkthalle wie folgt: Inländisches Rindfleisch: vorderes mit Zuwage Kronen 6.98 bis —.—, ohne Zuwage 9.48 bis —.—, hinteres mit Zuwage 8.— bis —.—, ohne Zuwage 10.98 bis —.—, Ausländisches Rindfleisch: vorderes mit Zuwage Kronen 7.60, ohne Zuwage 8.60, hinteres mit Zuwage —.—, Volksrindfleisch mit Zuwage 8.—, Beiried, Lungenbraten, Kostbraten unausgelöst ohne Zuwage 11.62 bis 13.—, jede andere hier nicht genannte Sorte 6.98 bis 9.48, Rindszunge frisch 5.68 bis 6.50, Büffel Fleisch vorderes mit Zuwage Kronen —.—, ohne Zuwage —.—, Schweinefleisch frisch: Schlegel, Schulter, Schopfbraten 8.60, Karree und Schulterblatt 9.50, Rippen- und Bauchfleisch Kronen 7.70, Schweinefleisch geräuchert: Schlegel, Schulter, Schopfbraten 9.90, Karree und Schulterblatt 10.96, Rippen- und Bauchfleisch 8.90, Speck frisch 9.50 bis 15.—, geräuchert 9.50 bis 15.50, Bauchfett 8.60 bis 16.—, Rindsfett 7.— bis 8.—, Schweineschmalz 9.60 bis 18.—, Kalbfleisch, vorderes 5.58 bis 7.—, hinteres 6.40 bis 9.—, Schnitzel 9.— bis 9.20, Schafffleisch: vorderes 9.— bis 9.10, hinteres 9.40 bis 9.60, Ritzfleisch: vorderes 7.80 bis 8.50, hinteres 8.50 bis 9.—, Lammfleisch: vorderes 8.— bis —.—, hinteres 9.— bis —.—

Die Bahnzufuhren beliefen sich auf 2 Waggons mit 6000 Kilogramm Fleischwaren, darunter 1 Waggon mit 4000 Kilogramm böhm. Rindfleisch und 1 Waggon mit 2000 Kilogramm Rindsinnereien und Fleckzeug. An 8-Kronen-Rindfleisch kamen 500 Viertel zur Verteilung. Für den Fettstoffbedarf standen 1200 Pakete Kriegsmargarine der Gemeinde Wien zur Verfügung. Kriegswurst wurde nicht abgegeben. Der Verkehr auf dem Geflügelmarkt war bei ausreichendem Anbot ein mittelmäßiger. Auf dem Fischmarkte genügten die Zufuhren. Seefische fehlen noch immer. Per Achse wurden 12.300 Kilogramm Rindfleisch und 400 Kilogramm Schweinefleisch zugeführt. Die Zufuhren in die Viktualienhalle (3. Bezirk) beliefen sich auf 15 Waggons deutsche und 1 Waggon poln. Kartoffeln, 2 Waggons Kürbisse. Die Oesterreichische Verkaufsgesellschaft brachte 4000 Kilogramm Karotten zum Verkauf. Das Gärtnergemüse war nur in gänzlich unzureichender Menge vorhanden. Dagegen waren Karotten, Kürbisse und Kraut in großer Menge angeboten. An Obst kamen 4 Waggons Äpfel und Birnen an. Eier fehlten gänzlich. Auf den Naschmarkt kamen 4 Gärtner mit Gemüse. Mit der Landesbahn wurden 1300 Kilogramm Obst und Gemüse angeliefert. Vom Kaiser-Ebersdorfer Markte langten 2500 Kilogramm Grünwaren an. Aus Ungarn blieben die Gemüsezufuhren aus. Insgesamt kamen 77.850 Kilogramm Grünwaren sowie 284.950 Kilogramm Obst auf den Naschmarkt. Die serbischen Zwetschken fanden am Kleinmarkte sehr raschen Abgang. Es kosteten heute Melonen 70 bis 124 Heller, Äpfel 86 bis 140 Heller, Birnen 86 bis 130 Heller und Pflirsiche Kr. 1.36 bis 3.18 per 1 Kilogramm. An Eiern kamen 17.340 Stück (galizische Ware) zur Abgabe.

13./IX. 1917

55

* Ein Lehrgang für Kriegsernährung. Die Zurüstungen der inneren Front zum Durchhalten im bevorstehenden Winter sind in vollem Gange und tragen das Kennzeichen ruhiger Sicherheit und der festen Zuversicht des Gelingens an sich. Solche ruhige Zurüstungsarbeit ist auch der heute vormittag im Herrenhause eröffnete Kriegsernährungs-Lehrgang, den der Deutsche Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege veranstaltet hat und der in drei Tagen fleißigster Arbeit auf die entscheidenden Gesichtspunkte für die praktische und ausreichende Gestaltung unserer Ernährung aufmerksam machen will. Die Anmeldungen für den Lehrgang waren bald recht zahlreich eingelaufen, ein Beweis dafür, daß die Gelegenheit zur Unterweisung freudig ergriffen wird. Die mehreren hundert Hörer und Hörerinnen aber werden dann ins Land ziehen und draußen die städtische wie die ländliche Bevölkerung weiter unterrichten. An Stelle des verhinderten Wirtl. Geh. Rats Dr. Thiel eröffnete Dekonomierat Lembke die Tagung. Dann richtete der Oberkommandierende in den Marken, Generaloberst v. Kessel eine Ansprache an die Versammlung, als deren Aufgabe er es bezeichnete, mitzuhelfen, daß unser Heimatvolk immer mehr zu einem Heimatheer werde, das zum Siege nicht nur der Opferwilligkeit, sondern auch des Gehorsams bedarf. Ideale Verordnungen gibt's ja ebensowenig wie ideale Menschen; aber die besten Verordnungen und Pläne bleiben erfolglos, wenn über dem Disputieren das Handeln vergessen wird. Bei Mißständen wende man sich vertrauensvoll an die Behörden. Was geschehen kann, wird geschehen. Aber wir brauchen Vertrauen und — Nerven. Dann werden wir auch siegen. — Im Auftrage des Landwirtschaftsministers begrüßte Geh. Ob.-Reg.-Rat Herr die Versammelten. Darauf begannen die Vorträge. Zunächst sprach Privatdozent Dr. Wagemann über die deutsche Ernährungswirtschaft im Kriege.

Die Prüfung des Reisegepäcks der Sommergäste.

Amtlich wird mitgeteilt: Zu Beginn der Sommerreisezeit wurden seitens des Amtes für Volksernährung eigene Vorkehrungen getroffen, um eine regelmäßige Belieferung der Sommerfrischen, Bäder und Kurorte mit staatlich bewirtschafteten Lebensmitteln sicherzustellen. Die Einstellung dieser Belieferung sollte Ende September erfolgen. Das Amt hat nunmehr verfügt, daß ein früherer Schluß des Sommeraufenthaltes von lokalen Behörden nur dann angeordnet werden kann, wenn dies wenigstens eine Woche vorher verlaublich und vom Ernährungsamt genehmigt ist. Haus- und Grundbesitzer, die in solchen Sommeraufenthaltsorten ansässig, aber keine Selbstversorger sind, müssen auch weiterhin mit Lebensmitteln versorgt werden. Ausnahmslos wurde die Revision des Reisegepäcks der Sommergäste auf den Bahnhöfen der Sommerfrischen, Bäder und Kurorte verboten. Dagegen können die Gemeindeämter durch amtlich legitimierte Organe das Handgepäck während der Fahrt im Zuge untersuchen lassen, falls die Eisenbahnverwaltung hierzu ihre Zustimmung gibt, oder aber Handgepäck und großes Reisegepäck vor der Abreise in den Wohnungen — natürlich ebenfalls durch amtlich legitimierte Organe — einer Revision unterziehen und amtlich verschließen.

Amerika als Getreidelieferant.

In Amerika ist durch seinen Eintritt in den Kriegsverband der Ententestaaten die Sorge und Pflicht der Versorgung seiner Alliierten in weitestem Umfange herangetreten. Nicht bloß Geld, Munition und sonstige den Krieg betreffende Artikel aller Art, sondern auch, und nicht am wenigsten, die Ernährung versorgende Mittel müssen geliefert werden. Im Vordergrund stehen die Brotfrüchte, beziehungsweise Mehlfabrikate, in erster, Futterstoffe für die Viehhaltung in zweiter Reihe. Weizen oder Mehl kommen nun für diese Ausschilfe in England, Frankreich und Italien vornehmlich in Betracht, weil diese drei Länder heuer besonders reichliche Importe brauchen. England, das ja in normalen Zeiten fünf Sechstel seines Weizenbedarfes einführen muß, bräuhete im bisherigen Durchschnitt einen fremden Zuschuß von jährlich 25 bis 30 Millionen Quarters, wird aber in dieser Kampagne mehr brauchen, weil seine eigene Getreideernte unter der Ungunst des Wetters der letzten Zeit gelitten hat, was auch von den Kartoffeln in gleicher Weise zu jagen ist. In Weizen, Gerste, Hafer und Mais nimmt England normalerweise 120 Millionen Quarters fremder Produkte auf. Kein Staat ist bekanntermaßen so abhängig von ausländischen Getreidezufuhren wie England, aber gleichzeitig ist dormalen feiner in so schwieriger Lage, weil neben Amerika nur Kanada zur Verfügung stehen. Australien und Indien können nämlich weniger in Betracht kommen, weil für die viel längere Reisedauer einerseits der vorhandene Frachtraum mangelt, andererseits die Gefahren für die Verschiffungen durch die U-Boote wesentlich verschärft werden. Dasselbe gilt von Argentinien, das überdies und im besten Falle mit seiner neuen Ernte erst im Frühjahr nächsten Jahres wird aushelfen können. Rußland und die Balkanländer fallen als Ueberseeausfuhr ebenso für alle feindlichen als auch neutralen Länder Europas ganz weg.

Frankreich und Italien, die heuer in Weizen nur halbe Ernten eingebracht haben, bedürfen unter diesen Verhältnissen natürlicherweise vermehrter Einfuhren. Daneben konkurrieren alle neutralen Länder Europas, also Holland, die Schweiz, die skandinavischen Gebiete mit stärksten Bedarfsansprüchen, wobei überall außerdem gewichtig für die Gegenwart in Betracht kommt, daß nirgends alte Vorräte vorhanden sind. Allen diesen Anforderungen wollen und sollen die amerikanischen Unionstaaten entsprechen, und um das leisten zu können, werden jetzt die weitestgehenden behördlichen Maßnahmen getroffen. So wurde der Weizenterminhandel in Chicago verboten und damit der letzte Stützpunkt des Weltmarktes aufgelassen: man darf nicht vergessen, daß an der Chicagoer Börse die Arbitragen und Sicherungskäufe der Interessenten der ganzen Welt zusammentrafen. Nicht weniger bedeutend war Chicago für Spekulations-Engagements und wurde es um so mehr seit der Zeit, wo einzelnen Börsen Europas unüberwindbare Beschränkungen nach dieser Richtung und der Lieferungs geschäfte überhaupt auferlegt wurden.

Die heurige amerikanische Weizenernte liefert nach den letzten Meldungen 653 Millionen Bushels gegen 640 Millionen im Jahre 1916, gegen 1011 Millionen in 1915 und 891 Millionen in 1914. Die Weizenbestände beliefen sich zuletzt auf nur zirka 5 Millionen Bushels, gegen 57.5 Millionen gleichzeitig im Vorjahre. Da die heurigen Erträge von 653 Millionen Bushels Weizen nur für den eigenen Konsum das Auslangen versprechen, wird die vielversprechende Maisernte für die amerikanische Bevölkerung den Ersatz für die exportierten Weizenquantitäten bieten müssen. Für die dormalige Knappheit in England sprechen die jüngsten statistischen Nachrichten, die besagen, daß die letzten Wochenzufuhren von den eigenen Ablieferungen nur 5110 Quarters Weizen, gegen 8644 in der Woche vorher und 55.671 Quarters gleichzeitig 1916, betragen haben. Der Kontrast ist um so auffallender, als die heimischen Landwirte bei den heuer um so viel höheren Preisen ihre Vorräte sicher herausgeben würden, wenn sie welche hätten.

Neuestens wird in Australien, Argentinien und Nordamerika angesichts der Tonnageknappheit die Frage ventiliert, statt Weizen als Rohstoff das fertige Mehl zu exportieren, was neben sonstigen materiellen Vorteilen und dem Verbleib der Kleie für heimische Futterzwecke eine bedeutende Ersparnis an Frachtraum zur Folge haben würde. Dieses Minus der Ausfuhr an Futterstoffen soll eventuell durch Mehrverschiffungen von Mais, Hafer und anderen Futtermitteln gedeckt werden. Ausgerechnet wurde, daß solcherart zwei Millionen Tonnen jährlich an Frachtraum erspart werden könnten. Diesen kalkulierten Vorteilen stehen aber gegenüber erstens, daß Mehl für lange Transporte in Säcken weniger haltbar ist und Säcke selbst in der Union nicht allzu reichlich zur Verfügung stehen. Da die Bedarfsländer das Transportrisiko tragen, und zwar schon von den ausländischen Seehäfen an, werden von dieser Seite dem Vorhaben gewiß mancherlei Bedenken entgegengestellt werden müssen. Die nächsten sechs Monate bedeuten für die Importstaaten jedenfalls eine kritische Periode, für Amerika eine Riesenaufgabe.

Minister Höfer über Versorgungsfragen.

In der schriftlichen Erledigung einer von nationalverbändlerischen Abgeordneten an ihn gerichteten Denkschrift führt Ernährungsminister G. M. Höfer, den „D. Nachr.“ zufolge, u. a. aus:

Das Amt für Volksernährung hat bereits des öftern die Absperrung der einzelnen politischen Bezirke von einander auf das strengste verboten. Daß trotzdem eine gewisse Verschiedenheit in der Verpflegung zwischen den Bewohnern landwirtschaftlich produktiver Bezirke gegenüber den Bezirken mit geringerer landwirtschaftlicher Produktion oder von Industriebezirken konstatiert werden mußte, ist nicht zu leugnen. Um in dieser Richtung Abhilfe zu treffen, hat das Amt für Volksernährung in einzelnen besonders markanten Fällen Lieberschutzgebiete mit Gebieten, die Zuschuß bedürfen, zu Wirtschaftseinheiten zusammenzuschließen. Es entspricht den Tatsachen, daß nicht unbedeutende Mengen der Kartoffelernte vom Jahre 1916 zugrunde gegangen sind, doch ist dies weniger auf unrichtige Behandlung, als vielmehr auf die besonders ungünstigen Verhältnisse zurückzuführen, unter denen die Kartoffelbeschaffung im Vorjahre vor sich gegangen war. Plötzlich eingetretene drückende Notstände im Spätherbste 1916 zwangen nämlich zur Einleitung von Kartoffeltransporten bei noch halbwegs entsprechender Witterung, denen das dann plötzlich einsetzende Frostwetter schweren Schaden zugefügt hat. Jedenfalls wird das Amt für Volksernährung die Erfahrungen der Vorjahre bei der heurigen Kartoffelbeschaffung entsprechend verwerten. Die entgeltliche Festsetzung der Kopfquote in Kartoffeln ist diesmal noch nicht möglich, jedoch muß schon jetzt erklärt werden, daß die Kopfquote nur bescheidenen Erwartungen gerecht werden wird. Wegen zweckentsprechender Ausbringung und Verteilung von Milch und Fett in Niederösterreich wurde eine besondere Organisation geschaffen, das Amt für Volksernährung hat zwecks klugloser Durchführung derselben eigene Kontroll- und Instruktionsorgane bestellt. Wenn diese Maßnahmen bisher den entsprechenden Erfolg noch nicht aufzuweisen hatten, so ist dies vielfach darauf zurückzuführen, daß die Bevölkerung noch immer nicht zweckentsprechend aufgeklärt ist und demzufolge der Aktion nicht mit dem richtigen Verständnis gegenübersteht. In Fleisch ist infolge der erhöhten ungarischen Viehlieferungen und der durch den Futtermangel leider notwendigen Abstoßung heimischen Viehes in der nächsten Zeit eine höhere Anlieferung zu erwarten. Die Bedeutung von Marmeladen für die Volksernährung ist dem Amte für Volksernährung nicht entgangen. Durch eine soeben erschienene Verordnung wird die Marmeladeherzeugung geregelt, wobei auf die Erzeugung billiger Konsummarmeladen und auf gerechte Verteilung der Marmeladen besonders Bedacht genommen wird. Zur Vermahlung der Brotfrüchte werden auch kleinere Mühlen, und zwar als Lohnmühlen, beschäftigt. Wassermühlen können wegen der ständigen Gefahr im Winter, daß die Arbeit wegen Wasserverfiagens eingestellt werden mußte, nur in bescheidenem Maße herangezogen werden. Die für die Dreschgarnituren notwendigen Betriebsmittel sind bereits sichergestellt. Die generelle Verteilung von Einsiedezucker ist mit Rücksicht auf die allgemeine Situation hinsichtlich der Zuckererzeugung leider ausgeschlossen. Größere Verkäufe von Zucker aus das Ausland finden nur zum Teile aus valutarischen Gründen statt. Vielfach muß Zucker als Kompensation für unbedingt notwendige Bedarfsgegenstände abgegeben werden.

Lebensmittellagerbetrieb des Handelsministeriums.

Mit Anfang Oktober l. J. werden im Lebensmittellagerbetrieb des Handelsministeriums auch Pensionisten als Teilnehmer aufgenommen. Die Aufnahme muß vorerst beschränkt bleiben auf pensionierte Staatsbedienstete, sowie Wittwen nach aktiven, bezw. pensionierten Staatsbediensteten, die aus dem Dienste beim Handelsministerium, der Post- und Telegraphendirektion in Wien, einem Post- und Telegraphenamte in Wien, beim Justizministerium, dem Ministerium des Innern oder der Polizeidirektion (einschließlich des Sicherheitswachkorps) in dem Ruhestand getreten sind. In Betracht kommen nur solche Personen, die einen selbständigen Haushalt führen und auf ihren eigenen Namen lautende Mehlbezugs- und Haushaltskarten besitzen. Es wird aufmerksam gemacht, daß Teilnehmer des Lebensmittellagerbetriebes nur derjenige werden kann, welcher im Besitze einer **blauen** Mehlbezugskarte ist und auch das Mehl in dem genannten Betriebe beziehen will. Es müssen daher die Besitzer **gelber** Mehlbezugskarten bei der zuständigen Mehl- und Brotkommission, und zwar längstens bis 15. d. das Ansuchen um Ausfolgung einer **blauen** Mehlbezugskarte stellen. Die Teilnehmeranmeldungen für Besitzer **blauer** Mehlbezugskarten werden in der Kanzlei der Zentralleitung, 1. Bezirk, Postgasse 17, vom 15. d. angefangen, an Wochentagen in den Stunden von 8 Uhr bis 12 Uhr und von 2 bis 5 Uhr entgegengenommen.

14. IX. 1917

60

Die Postbediensteten Oesterreichs und die Lebensmittelknappheit.

Der Reichsverein der Post- und Telegraphenbediensteten Oesterreichs hielt am 7., 8. und 9. September l. J. eine außerordentliche Generalversammlung in Wien ab. Sie galt der herrschenden Lebensmittelnot, von der die Anwesenden wahre Leidensgeschichten ihrer Berufsgenossen schilderten; es wurde beschlossen, durch eine Abordnung, in der alle Länder vertreten sind, um Abhilfe zu ersuchen, auch gleichzeitig jede Verantwortung für die weiteren Folgen abzulehnen.

Am 10. d. M. sprach diese Abordnung beim Generalpostmeister Wagner von Fauregg vor, der erklärte, sich in der Kohlenfrage an das Arbeitsministerium und in den Fragen der Nachdienstgebühren nochmals an das Finanzministerium zu wenden und diese Forderung zu betreiben. Tags darauf begab sich die Abordnung ins Amt für Volksernährung, wo ihr nach Abarreichung der Denkschrift erklärt wurde, man werde soweit als möglich die Verteilung der Lebensmittel an die Postbediensteten Oesterreichs regeln.

Offentlich geschieht nun auch etwas, da von Erklärungen allein auch der bescheidenste Postbedienstetenern nicht satt wird.

Mitteilungen der „Rohr“.

Eine neue Sendung großer Gänse 3 bis 4 Kilogramm schwer ist eingelangt, Abgabe am Nordbahnhof, Filgutmagazin 5, Eingang Kronprinz Rudolfstraße.

Zentralmagazin 8. Bez., Baristengasse 19, Eingang Zeitgasse 3: Eier für den 9. Bez. von S bis Z von 9 bis 12 Uhr. Für die Mitglieder mit den roten Nummern am Bezugsschein Eier, und zwar: 2. Bez.: 3841 bis 4040 von 9 bis 12 Uhr und von 3 bis 5 Uhr. 10. Bez.: 1331 bis 1700 von 9 bis 12 Uhr und von 3 bis 5 Uhr. 18. Bez.: Die Mitglieder, die die Eier letztes Mal nicht geholt haben, können sich dieselben abholen und weilers Abgabe von Wurst von 9 bis 12 Uhr. 19. Bez.: Wurst von 9 bis 12 Uhr. 18. Bez.: Billige Wirtschaftsupfeln, auch für die Mitglieder anderer Bezirke, von 9 bis 12 Uhr und von 3 bis 5 Uhr. 17. Bez.: Wurst und Melonen von 9 bis 12 Uhr und von 3 bis 5 Uhr.

14./IX. 1917

62

(Gründung von Zentralfachverbänden für den Handel in Getreide, Futtermitteln und Mehl.) Ueber die Gründung von Zentralfachverbänden für den gesamten Handel in Getreide, Futtermitteln und Mehl erstattete in der gestrigen Plenarsitzung der Kammer der Wiener Produktenbörse Generalsekretär Regierungsrat Dr. Horowitz einen eingehenden Bericht. Gestützt auf die Regierungsverordnung vom 15. Juni d. J., in der als vorbereitende Maßnahme auch die Zusammenfassung und Organisierung der Kaufmannschaft einzelner Handelszweige vorgesehen wird, ist auf Anregung des Präsidenten der Prager Produktenbörse und mit einhelliger Zustimmung sämtlicher österreichischen landwirtschaftlichen Börsen sowie freien Vereinigungen die Gründung eines Zentralfachverbandes für den Getreide- und Futtermittelhandel und eines solchen für den Mehlhandel beschlossen worden. Die Leitung dieser beiden Zentralfachverbände soll Zentralausschüssen mit dem Sitz in Wien übertragen werden, in denen sämtliche Kronländer durch eine ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entsprechende Anzahl von Vertrauenspersonen vertreten sein sollen. Sie werden berufen sein, die ihnen nach der Regierungsverordnung obliegenden zwei Hauptaufgaben zu erfüllen: Gutachten zu erstatten und Anträge zu stellen, die die von ihnen vertretenen Handelszweige betreffen; mitzuwirken bei allen jenen Maßnahmen der Kriegs- und Übergangswirtschaftlichen Organisationen, die sich auf den Bezug und den Vertrieb von Getreide, Futtermitteln und Mehl und auf die Preisfestsetzung beziehen. Diese zwei Zentralfachverbände sollen berufen sein, die Standes- und wirtschaftlichen Interessen sämtlicher legitimen Berufsangehörigen der ihnen angeschlossenen Erwerbszweige zu vertreten, aber auch gemeinsam jene Anforderungen zu erfüllen, die die geänderten, heute gar nicht zu überblickenden wirtschaftlichen Verhältnisse in der Übergangs- und Friedenszeit an den Getreide- und Mehlverkehr stellen werden.

Die Bevorzugung gewisser Organisationen

durch die zentralen „Belieferungsanstalten“ gibt immer wieder zu neuen Klagen Anlaß. Als man im August den Arbeitern und Minderbemittelten eine Erleichterung zukommen lassen wollte — gewiß recht löbliche Absicht — vermochte der Amtschimmel dafür keinen andern Weg zu finden, als daß er sozialdemokratischen Konsumvereinen mehr Mehl zur kartenlosen Abgabe an seine Mitglieder im Ausmaße von $\frac{1}{4}$ Kilogramm per Kopf zuwies. Der ahnungslose Amtschimmel ist nämlich der rühmenden Meinung, daß die Mindestbemittelten und die Arbeiter in den Konsumvereinen der Sozialdemokratie organisiert seien, was bekanntlich nicht einmal ein Zehntel Wirklichkeit ist. Wohl aber verrichtet die Lebensmittel zureisende Zentralstelle mit derartigen, wohl auf sozialdemokratische „Interventionen“ zurückzuführende Begünstigungen bestimmter Vereine Zutreiberdienste für die letzteren. Die Bevölkerung ist aber durchaus nicht aufgelegt, dies als den Zweck der Ämter anzuerkennen und es ihnen hingehen zu lassen. In Zuschriften wird bittere Klage über solche Vorkommnisse geführt, um so mehr, als die begünstigten Vereine vielfach mit ihrer Bevorzugung noch aufreizende Reklame treiben, indem sie (wie in der Herklohgasse im 15. Bezirk) die kartenlose Mehlabgabe von $\frac{1}{4}$ Kilogramm pro Kopf in großen Lettern ans Geschäft schrieben, was, wie uns ein Geschäftsmann schreibt, auf alle vorübergehender Nichtmitglieder und auf alle Brot- und Mehlsverschleißer wie eine Herausforderung wirkte. Das Entbehrenmüßige ist durch den Krieg erklärt, aber die ungleiche Behandlung der Bevölkerung empört auch die Geduldigsten. Das gleiche gilt von der Art der Eierabgabe. Eilich Vereine, wie die jüdische „Kohö“ scheinen ein Privilegium auf Eierzufuhren zu haben. Nichtmitglieder haben das Nachsehen oder müssen die Märkte nach langen Anstellreisen ablauern, um dann vielleicht nach stundenlangem Warten ein paar Eier zu erstehen. Und doch ließe es sich bei einigem guten Willen gewiß erreichen, daß der Eiervorrat der ganzen Bevölkerung zugänglich gemacht wird, wie es beim Mehl im großen und ganzen nunmehr auch bei den Kartoffeln der Fall ist. Man mache endlich den Einkaufsschein aktiv.

15./IX. 1917

Gegen das Anstellen.

Heute erschien eine Abordnung des Reichsbundes der österreichischen Steuerzahler beim Vorsteher des 16. Bezirkes, in dem der Verein seinen Sitz hat, um eine Petition zu überreichen, die gegen die mit dem Anstellen verbundenen Uebelstände Stellung nimmt und dringend um Abhilfe bittet. Besonders wird darauf hingewiesen, daß gerade der 16. Bezirk, einer der volkreichsten Wiens und zum größten Teil von der armen Bevölkerung bewohnt, durch den Umstand leidet, daß der Verkauf von Fett ausschließlich der Großschlächtere übertragen ist,

die in dem so umfangreichen Bezirke nur vier Verkaufslokale errichtet hat, vor denen die Bevölkerung Nächte lang auf der Straße lagern muß, was mit Besorgnis für die nahe Herbst- und Winterzeit erfüllen muß. Auch wurde um einen früheren Beginn der Verkaufsstunden in den Lebensmittelgeschäften gebeten, wodurch die Qualen des vielstündigen Anstellens verringert würden.

Neue Richtpreise.

Die Zentral-Preisprüfungskommission hat sich mit der Bestimmung von Richtpreisen für Rumessenzen, Gärungseffig, Preßhefe im Detailhandel, Suppenwürfel, Tee-Extrakt und Edelbranntwein befaßt. Während die Aufstellung von Richtpreisen für Suppenwürfel, Tee-Extrakt und Edelbranntwein abgelehnt wurde, wurden für die übrigen Artikel allgemeine, demnächst zur Veröffentlichung kommende Richtpreise aufgestellt. In der gleichen Sitzung wurde über eine gutachtliche Neußerung zum Vorentwurfe der in Aussicht genommenen Verordnung betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für M a r m e l a d e beraten. Das Gutachten wurde auf Grund des Beratungsergebnisses bereits erstattet.

Die Wiener Zu- und Ausfuhr von Lebensmitteln.

Aus *Nöthenburg* wird uns geschrieben: Ich lebe seit mehreren Monaten als Sommerfrischler auf dem Lande und lese täglich die Wiener Marktberichte, in denen die ständige Klage über den Gemüsemarkt, insbesondere über den Mangel an Karloffeln zu finden ist. Daß die Versorgung Wiens ungemein schwierig ist, wird leicht klar, wenn man bedenkt, daß diese Stadt ungefähr doppelt so viel Einwohner zählt als ganz Tirol samt Vorarlberg. Da auf dem Plaster der Stadt Wien keine Brotrüchte wachsen, so sollte man meinen, es müßte höchst erwünscht sein, wenn solche in großen Mengen dahin kämen. Statt dessen erschwert man dies in jeder Weise. Seit Beginn des Monats untersuchen Gendarmen auf jeder Bahnstation Rucksäcke und Körbe und beschlagnahmen eifrig. Dagegen kann man aus dem schlecht versorgten Wien ausführen, was man will. Tatsächlich versorgen sich reiche Sommerfrischler zum großen Teile aus Wien; sie können sich, da es in Wien keine Fleischkarte gibt, ihr Fleisch aus Wien schicken lassen; auf dem Lande gibt es jetzt fast überall schon Fleischarten, mit denen man einmal oder zweimal per Woche Fleisch bekommt; da kann nichts nach Wien geschickt werden. Daß man sich aus Wien auch noch andere Dinge verschaffen kann, die auf dem Lande nur mehr in der Sage existieren, weiß jeder, man braucht nur viel Geld zu haben. Was die Versorgung Wiens mit Kartoffeln und Obst betrifft, welche leicht verderblichen Waren eine unkundige Behandlung nicht vertragen, so haben Tausende von Familien der Großstadt solche Verbindungen auf dem Lande, daß sie sich 50 bis 100 Kilo der genannten Waren verschaffen und wenigstens einen Teil ihres Winterbedarfes decken könnten. Derartige Sendungen erreichen wenigstens ihren Zweck: die auf solche Weise nach Wien gebrachten Kartoffel werden wirklich gegessen und verkauft, nicht, wie es bei den waggonweisen amtlichen Kartoffelbeförderungen mitunter vorgekommen sein soll.

Gersthofener Markterlebnis.

Eine Hausfrau schreibt uns: Zwei Stunden steht man bereits geduldig und in der freudigen Erwartung, heute für zwei Nummern Kartoffeln zu bekommen. Die Frauen, die die nötige Zeit und die noch nötigere Gesundheit besitzen und seit 5 Uhr morgens dastanden, gehen bereits mit 5 bis 10 Kilogramm nach Hause. Höchstlich tauchen Befürchtungen auf, ob die Kartoffelmenge auch noch bis zu uns reichen wird. Da kommt ein vollbeladener Kartoffelwagen angefahren und die Stimmung

wird wieder zuberstichtlicher. Die Säcke werden abgekaden und dann ertönt auf einmal der Ruf: „Schluß für heute!“ Es ist 1/4 12 Uhr. Allgemeine Entrüstung, Bestürmen der Wachleute; ich in meiner Erregung greife mir an den Kopf und frage den Wachmann, warum um Himmelswillen zitiert man die Leute, die in einer Stunde längstens abgefertigt wären, morgen wieder her, warum verkauft man nicht weiter, da es doch erst 1/4 12 Uhr ist? Daraufhin entgegnet mir der Herr Wachmann wortlos: „Machen Sie keine solche Komödie wie in einem Marionettentheater.“ Daraufhin schwieg ich natürlich, denn arretieren läßt man sich doch nicht gern.

Wer insofern möchte ich den Herrn Wachmann doch berichtigen. Wir Frauen sind leider Marionetten, an Schnürchen gezogen von derartigen unverständlichen Verfügungen, deren Zweck man nicht begreifen kann. Und eine Komödie ist das heutige Marktgeschehen auch, aber es kann sehr leicht eine Tragödie daraus werden.

Auch die berühmte Geduld der Wiener Frauen wird ihr Ende finden, wenn man ihnen ihre karg bemessene Zeit so willkürlich und sinnlos raubt.

Geschehen am 12. September 1917.

M. D.

Soweit die Frau. Es ist sehr schade, daß sie sich in ihrer begreiflichen Erregung die Nummer des betreffenden Wachmannes nicht gemerkt hat. Allerdings — warum sollte ein Wachmann rücksichtsvoll und mitfühlend sein, wo es die Gemeindeverwaltung so gar nicht ist? Denn sie und sonst niemand ist für diesen und die zahllosen ähnlichen Erdäpfelkandale verantwortlich. Sie wird es auch für die Folgen sein müssen.

Der Abend
15. IX. 1917

146

69

Ein neuer Unfug.

Kein großer, aber immerhin einer, der Minderbemittelte empfindlich trifft und außerdem zeigt, wie der Übermut gewisser Händlerkreise alle Grenzen überschreitet. Es wird immer mehr und mehr Sitte, den Käufern von Lebensmitteln zuzumuten, daß sie das zur Verpackung verwendete Papier bezahlen. Heute sendet man uns ein Säckchen mit dem Aufdruck: „Konserven-Gaß Brüder Ungar, Wien, VII., Mariaböckerstraße 88 a (Bittahof)“ wofür gelegentlich eines Einkaufes von nicht gerade billigen Birnen zwei Heller gefordert wurden. Übrigens soll in manchen Geschäften auch noch mehr verlangt werden. Es wäre zweifellos Pflicht der Behörden, diesem Unfug ein Ende zu machen, wirksamer wird aber gewiß Selbsthilfe der Käufer sein. Wie nett wäre es zum Beispiel, wenn der Einsender das Säckchen mitsamt den Birnen ruhig niedergelegt und die ungestörte Stätte verlassen hätte!

Die Approvisionnement der Hauptstadt.

Budapest, 15. September.

Der Chef der hauptstädtischen Approvisionierungssektion Magistratsrat Julius v. Follus házy hat sich heute über die Versorgung der Hauptstadt mit Lebensmitteln folgendermaßen ausgesprochen:

Infolge der am 7. Oktober eintretenden Erhöhung der Mehlquote um acht Deka täglich werden auch die Mehlkarten abgeändert. Die einzelnen Kupons werden über zehn Deka Mehl, beziehungsweise vierzehn Deka Brot lauten, für die gebräuchlichen Gasthausportionen wird nur ein halber Kupon abgeschnitten werden dürfen. Die Zuschlagskarten für Schwerarbeiter werden zum Ankauf von 50 Deka Mehl oder 70 Deka Brot in der Woche berechnen. Außerdem lassen wir eine Zuschlagskarte für ständige Nachtarbeiter ins Leben treten, über 84 Deka Mehl oder 117 Deka Brot lautend, dergleichen eine sogenannte allgemeine Ersatzkarte für Frauen in geeigneten Umständen, Wöchnerinnen und stillende Mütter. Auf Grund dieser allgemeinen Zuschlagskarte werden die Eigentümerinnen von allen Lebensmitteln, die die Stadt verschleift, um 20 Prozent mehr erhalten, und zwar vom sechsten Monat der Schwangerschaft an bis vollendeten zwei Monaten nach der Niederkunft, beziehungsweise bei stillenden Müttern

bis zum Ende des elften Monats. Die Mobilitäten des Nachweises der Anspruchsberechtigung werden besonders bekanntgegeben. Eine Neuerung bildet es, daß die Mehlkarten künftig auf vier Wochen im voraus verwertet werden können. Um die Durchführung zu ermöglichen, erhält das Publikum die neuen Karten bereits Anfang Oktober. Die Tageskarten der Hotels lauten über 35 Deka Brot. Die täglichen 28 Deka Mehl verteilen sich in gleichem Maße auf Feinmehl und Brotmehl. Das Publikum wird aufmerksam gemacht, daß falls es einzelnen Kaufleuten einfallen sollte, das Feinmehl mit Kochmehl zu vermengen, die Behörde gezwungen wäre, den Verschleiß zu teilen, das heißt: der einzelne Kaufmann wird entweder Feinmehl oder Kochmehl verkaufen. Die neuen Brotkarten werden den Bermerk tragen, daß für Zudergebäck und Torten, auch wenn sie häuslich angefertigt wurden, Karten nicht gefordert werden dürfen. Diese neuen Verfügungen treten am 1. Oktober in Kraft.

Ueber die Fettfrage sagte Magistratsrat v. Follus házy, der Schweinebestand der Hauptstadt lange infolge der Unmöglichkeit, genügende Mengen Futter zu beschaffen, nur bis zum 15. Oktober. Von Mitte Oktober bis Ende Dezember wird die Hauptstadt nur über die Zuweisungen des Volksernährungsamtes verfügen. Nach drei Jahren ungehörter Versorgung des Publikums mit Fett muß die Hauptstadt diese Aktion einstellen. Um dem vorzubeugen, hat die Hauptstadt die Regierung schon wiederholt ersucht, ihr forschungsweise genügende Mengen von Futter zur Verfügung zu stellen, was der Ackerbauminister auch in Aussicht gestellt hat. Nach welchem System von Mitte Oktober bis Ende Dezember die Fettverteilung erfolgen wird, ist noch nicht festgestellt. Vom Januar an wird die Hauptstadt schon wieder über Schweine verfügen, bis dahin ist auch die Zubereitungsfrage von Margarine nicht ausgeschlossen. Die Hauptstadt nimmt nach wie vor den Standpunkt ein, daß die Butter als Fett zu gelten habe und gegen Karten erhältlich sein müsse. Die in dieser Woche wahrnehmbar gewesene Störung im Butterverschleiß ist auf den Mangel an Zuweisungen zurückzuführen; von heute an wird der Butterverschleiß wieder ordnungsmäßig vor sich gehen.

Was die Milch betrifft, hat der Volksernährungsminister die den Milchproduzenten zur Einreichung ihrer Gesuche um Grünfütter und Kleie gestellte Frist bis zum 20. d. M. erstrakt. Heute beträgt die tägliche Zufuhr 120.000 Liter gegen 169.000 in der korrespondierenden Zeitspanne des Vorjahres. Man hofft durch die Neuregelung der Futterzuweisungen an die Produzenten eine Besserung herbeiführen. Die allgemeine Milchverordnung wird übrigens revidiert werden, doch bleibt der Anspruch der Kinder bis drei Jahre auf Milch aufrecht.

Bei den Hülsenfrüchten muß sich das Publikum heuer auf weitaus geringere Mengen gefaßt machen. Die Behörde ist noch vollständig ohne Kenntnis der Mengen, die ihr zugewiesen werden sollen. Der Bedarf ist angemeldet, eine Entscheidung ist noch nicht erfolgt.

Infolge des großen Kohlenmangels und der Verschlechterung der Produktionsverhältnisse wird auch die Zuderquote verringert.

Die Eierversorgung wurde auf neue Organisationsgrundlagen gestellt; doch hat die Hauptstadt alles aufgehoben, um das Publikum für den Winter, zumindest bis Ende Dezember, in zufriedenstellender Weise versorgen zu können.

Entsprechende Mengen von Wildpret und Fischen sind für das Publikum gesichert. Die Preise werden behördlich festgesetzt werden.

Der Magistratsrat äußerte sich hierauf auch über die projektirte Mafregelung der Caff- und Kaffeehäuser und teilte mit, daß die Hauptstadt die Vollmacht besitzt, die Menüpreise und die Speisemengen festzustellen. Zur Kontrolle der Preise wird eine Kommission gebildet, die die Preise festsetzen und in der auch das konsumierende Publikum vertreten sein wird. Die Kaffeehauspreise nach schwarzem Kaffee, Kaffee, Schokolade, Tee und Kakao sollen maximiert werden.

Ferner teilte der Magistratsrat mit, daß die Hauptstadt aus Serbien Äpfel, Pflaumen und Geflügel einführen wird, ferner daß nach Ende Oktober Hafer nicht in Verkehr gebracht werden wird. Man wird als Pferdefutter Mais, Gerst und Kleie erhalten können.

Verforgung der Privatheilanstalten.

Das Amt für Volksernährung hat kürzlich im Verordnungswege die Verabreichung von Speisen und Getränken in Privatheilanstalten geregelt, um Mißbräuche durch nicht wirklich Pflegebedürftige zu verhindern. Im Interesse der Kranken, die in derartigen Anstalten untergebracht sind, wurde nunmehr eine einheitliche Organisation geschaffen, die es dem Zentralverbande der Kur- und Heilanstalten Oesterreichs ermöglicht, durch eine eigene Einkaufsstelle die staatlich und zentral bewirtschafteten Artikel zu erhalten. Hinsichtlich des Bezuges dieser Waren scheiden die Anstalten demnach aus der Gemeinde- und Bezirksversorgung aus. Sonstige Lebensmittel dürfen ihnen die Gemeinden und Bezirksbehörden nicht verweigern. Die Einkaufsstelle erhält seitens der Mitglieder des Zentralverbandes periodisch einzusendende Verpflegungsausweise, auf Grund deren sie ihre monatlichen Bedarfsansprüche dem Amt für Volksernährung zur Genehmigung vorlegt. Die Zulässigkeit der Anforderung wird vom Ernährungsamt auf Grund der Ausweise streng überprüft, welche die Privatheilanstalten halbmönatlich den politischen Bezirksbehörden vorzulegen haben. Aus diesen Ausweisen ist die Zahl der Kranken, der Begleitpersonen — nach der Verordnung darf außer dem Kranken nur eines seiner Familienmitglieder oder eine anderweitige Begleitperson in der Anstalt verköstigt werden, die aber auf die Krankenkost oder auf eine Befreiung von gesetzlichen Verpflegungsbeschränkungen keinen Anspruch haben — sowie des Anstaltspersonales genau ersichtlich. Durch diese Vorsorgen wird einerseits vermieden, daß gesunde Personen sich ungebührlicher Weise bessere Verpflegung verschaffen, anderseits die Versorgung der Leidenden gewährleistet.

Ein Gerngroß-Warenlager.

Von einem Mieter in der Lindengasse wird uns geschrieben: Geehrte Redaktion! Das Warenhaus Gerngroß hat in der Mariahilferstraße ein sehr stattlich herausgeputztes Gebäude. Doch die Kehrseite der Medaille, das Warenlager in der Lindengasse, die zeigt ein ganz anderes Bild. Hier herrschen orientalischer Schmutz, Verwahrlosung, Schlamperei. Seit in dem Hof in der Lindengasse die Hantierung mit den Lebensmitteln erfolgt, die von der Firma Gerngroß bekanntlich auch schon zu Ueberhöchstpreisen verkauft worden sind, haben die Nachbarn, abgesehen von der Feuersgefahr, auch durch einen ganz miserablen Geruch zu leiden. Ein Blick in diesen Hof würde manche der so gerne bei Gerngroß kaufenden Frauen überraschen: Da liegen im alles eher als maleurischen Durcheinander leere Fässer, Körbe und Kisten, das Verpackungszeug, Holzwohle, Papiersephen. Daneben, darunter, dazwischen allerlei Unrat, vermischt mit Gläsern, Brennholz rechts und links, vorne und hinten, eine Feuersgefahr ohne Zweifel. In diesem Hofe wird nun täglich das Obst abgeladen, das in sehr merkwürdig großen Massen ankommt. „Geschichten machen“ — keine Spur! Hier wird ausgeklaubt und das faule Obst auf den Boden geworfen, den schon lange Zeit kein Wesen gefegt hat. Die faulen Zwetschken und Birnen bleiben liegen, und die Fliegen sammeln sich in um so größeren Mengen, als in diesem lauschigen Winkel des Warenhauspalastes auch die Ueberreste vom Fleischverkauf des Gerngroß Platz finden, wo eben einer gerade frei ist. Schon aus gesundheitlichen Gründen — in der Zeit der Ruhrfälle! — wäre es dringend notwendig, daß hier buchstäblich Ordnung gemacht würde. — Nachschrift: Soeben höre ich, daß unser Wiener Marktamt schon eingeschritten ist; doch dürfte die Veröffentlichung der Uebelstände am Platze sein, um dem Eingreifen des Marktammtes mehr Nachdruck zu verleihen.

Hülsenfrüchte. — Zucker. — Eier. — Wild und
Fische.

Mit den Hülsenfrüchten steht es in diesem Jahre nicht besonders gut. Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß bisher noch keine Bohnensorten ausgegeben wurden. Die Hauptstadt hat ihren Bedarf wohl angemeldet, doch ist sie bisher noch nicht in der Lage auch nur annähernd zu wissen, welche Mengen sie erhalten wird.

Die Produktion von Zucker wird in diesem Jahre der bisherigen Produktion gegenüber zurückbleiben. Es ist dies theils dem Kohlenmangel, theils der absolut schlechten Rübenscheidung zuzuschreiben.

Die Eiervertheilung wird auf einer neuen Basis erfolgen. Es wurde ein behördliches Eierverkaufsamt errichtet, welches den Eierbestand des Landes in Evidenz hält. Zur Vertheilung der Eier wurde eine Eierverkaufs-Aktiengesellschaft errichtet, die unter direkter Kontrolle des Eierverkaufsamtes steht. Von nun ab werden Eier im Großhandel nur an die Adresse der Eierverkaufs-Aktiengesellschaft oder an die des kommunalen Lebensmittelbetriebes gesendet werden können.

Für entsprechenden Mengen Wild und Fische wird die Hauptstadt Sorge tragen und auch die Höchstpreise feststellen.

Rundmachung.

Der Präsident des Landes-Ernährungsamtes hat mittels Erlaß 80567/1. 1917 angeordnet, daß alle in geeigneten Umständen befindlichen Frauen, Wöchnerinnen und stillenden Mütter von allen der behördlichen Einflußnahme unterliegenden, beziehungsweise behördlich zu verteilenden Lebensmitteln außer der obligaten Kopfquote noch einen 20prozentigen Zuschuß zu bekommen haben.

Der Anspruch beginnt mit dem sechsten Monat der Schwangerschaft und endigt mit Ende des zweiten Monats, beziehungsweise bei stillenden Frauen mit Ende des ersten Monats von der Niederkunft an gerechnet.

Demgemäß werden die zur obigen Kategorie gehörenden, in Pozsony ständig wohnhaften Frauen, welche darauf Anspruch erheben, aufgefordert für die ganze vorstehend umschriebene Zeitdauer gültigen Lebensmittel-Ergänzungskarten in der städtischen Ernährungskanzlei (Prinatialpalais, ebenerdig, in den Amtlokalitäten des städt. Wirtschaftsamt), und zwar ausschließlich nachmittags von 3 bis 6 Uhr an den für die einzelnen Bezirke tieferstehend angeführten Tagen zu erscheinen.

1. Bezirk am 18. September (Dienstag),
2. Bezirk am 19. September (Mittwoch)
3. Bezirk am 20. September (Donnerstag),
4. Bezirk am 21. September (Freitag),
5. Bezirk am 22. September (Samstag) und am 24. September (Montag).

Fortsetzungsweise erfolgt die Ausgabe der Ergänzungskarten jeden Mittwoch und Freitag (Feiertage ausgenommen) nachmittags von 3—6 Uhr.

Der Zustand der Schwangerschaft ist mittels Zeugnis eines Arztes der Hebammenschule oder der Krankenkassa, beziehungsweise mittels amtlichen ärztlichen Zeugnis nachzuweisen. Dasselbe ist seitens der Bezugsberechtigten mitzubringen.

Stillende Frauen haben den Matrifelauszug, beziehungsweise die amtliche Geburtsbescheinigung des Kindes mitzubringen. Auf demselben ist der Umstand, daß sich das Kind auch am Leben befindet, seitens des Hauseigentümers oder des Administrators zu besätigen.

Pozsony, am 15. September 1917.

Theodor Brosky m. p.
Bürgermeister.

Wirtschaftliches aus Riga.

Riga vor eine billige Stadt im Frieden. Da hat man das Pfund besten Fleisches noch von 36 Pfennig gegessen und um 60 Mark in einer hübschen modernen Bierzimmer-Wohnung zu besser Lage gelebt. Heute zahlt man — es ist das einzige, was der Krieg verbilligt hat — nur 40 Mark für die Wohnung, aber für ein Pfund Pferdefleisch das Kilo, wie vor drei Jahren für ein Pfund Kalbsfleisch. Der Krieg hat Riga zu einer unheimlich teuren Stadt gemacht. In einer unglücklichen oder mit einem gemeinen Mann, übertraff ist das Urteil das gleiche: „Schön, aber sündhafte Wäse. Wie haben die Leute bloß leben können? Und da wollen die Liniern zu Hause noch klagen?“ Unsere Hausfrauen sei es zum Trotz geht es glücklicherweise so, als die, die in Berlin, München oder Hamburg wohnen. Nach Deutschland mit seinen riesigen Hilfsquellen leidet der Bauer in Rußland hat wohl noch alles und er hat mehr sogar als im Frieden. Aber der Städter muß bitter dardem. Bücher? O ja! noch mehr als diese beiden Faktoren trägt ein sonderbarer, ja fast lächerlicher Umstand Schuld an Mangel und Teuerung: der Schnaps! Das Alkoholverbot. Der russische Bauer ist genügsam, träge. Er baut nur, was er für sich und seine Familie braucht. Nach Geld und Fleisch verlangt er nicht sehr. Das einzige noch, um das er einen Finger mehr rührt, ist Schnaps. Die russische Regierung hat dem Bauer den Alkohol genommen. So hat er kein Interesse daran, sich Geld für Schnaps zu verdienen, und er verzehrt den Ertrag seiner Felder lieber in der Familie. Und dafür muß der Städter büßen.

Wohl ist auch in Rußland die Kartoffel-Produktion eingeführt; man bekommt Mehl, Brot und Zucker nur auf Karten, aber man erhält die Karten nur sehr unregelmäßig und alle Dinge, die man auf Karten bekommt, sind von sehr geringer Qualität. Das Brot ist

durchgebacken, um es schwerer zu machen, das Mehl mit allerlei „verwöhnlichen“ Dingen gesüßt. So muß man sich „unter der Hand“ kaufen. Und Gefirnis waren Juden, Soldaten und — Lebensmittelbeamtene. Ich habe das Haushaltsbuch der Gattin eines Arztes gesehen: sie hat für ihren Mann, sich und das Dienstmädchen im Monat allein 600 Mark für Essen ausgegeben und dabei, für Friedensverhältnisse, recht bescheiden gelebt. Sie hat bezahlt für das russische Pfund (1/2 eines deutschen Pfundes): Kartoffeln 40 Pfg., Brot auf Marken 30 Pfg., vom Soldaten gekauft: 50 Pfennig bis 1 Mt., Butter 12 Mt., Kaffee 10 bis 20 Mt., Obst schlechterer Qualität 2, 40 Mark, Zucker 2, 40 Mt., Pferdefleisch 1, 50 Mt., Wurstfleisch 4 bis 5 Mt., Direkte Abnahmepreise wurden für Getränke bezahlt. Ein vierl Liter Wörst kostete 60 Mt., eine Flasche Spiritus 80 bis 90 Mt., eine Flasche Selt 150 bis 200 Mt. Auch wohlhabende Leute mußten auf jeden Luxus verzichten, und ich kenne gute Familien, in denen man mit derselben Ungenügsamkeit erzüht, heute habe man Pferdefleisch gehabt, wie etwa bei uns zu Hause, man habe heute nur Gemüse gegessen. Nur die allerreichen Leute brauchen sich nichts zu versagen, und als wenige Tage vor ihrem Einmarsch in der letzten Rigaer Kamille Hochzeit gefeiert wurde, auf der bei 50 Gedecken nichts fehlte, war sonst ein solcher Tag im Frieden fest, da hat ganz Riga Kopf gestanden.

Den Preisen der Lebensmittel entsprechen die Preise in den Kaffees und Restaurants — mathematisch ausgedrückt — im Quadrat. Nirgend bekommt man eine Tasse Kaffee unter 80 Pfennig, mit drei Butterbröckchen dazu zahlt man 2 Mark. Das Hotel de Rome, allerdings eines der besten, verlangt für Frühstück (eine Tasse Kaffee, Butterbrot und zwei Eier) 8 Mark. Und seine sonstige Speisekarte hat folgende Preise: Omelette 2 Mt., Peringsalat 7, 50 Mt., Kartoffelsalat 2 Mt., Stationischer Salat 7, 50 Mt., eine launere Gurte 1 Mt., Klet-Beefsteak 9 Mt., Schweinskardonade 7, 50 Mt., Wiener Rostbraten 9 Mt. Am Tage der Einnahme Rigas habe ich für mein Abendessen — mich dauert noch mein Verlog! — statt 28 Mt. ohne Getrand ausgegeben und

war noch nicht einmal recht satt. Heute hat die ganze Befahrung und auch die konsumierende Bevölkerung hat aufgegeben — die Militärbehörde Höchstpreise festgelegt: Das Ei 32 Pfg., Butter 7, 20 Mt., Speck 5, 20 Mt., Wurstfleisch 1, 80 Mt., Roggenbrot 32 Pfg., Weizenbrot 40 Pfg., Kartoffeln 10 Pfg. Morgen wird es in ganz Riga nichts mehr zu kaufen geben.

Die Folge der enormen Teuerung in Riga war natürlich eine unverhältnismäßige Steigerung der Arbeitslöhne und Rohmaterialien. Möbel sind kaum zu bezahlen, man kann die Wohnungen nicht einrichten lassen, schon weil die Farben fehlen, eine Kaffeetasse — um nur etwas herauszugreifen — kostet 10 Mt., und die Schneidereien gehen ins Kabaletts. Vor einem halben Jahre bekam man noch ein Kostüm für 300 Mt., heute kostet ein Kleid aus gewöhnlicher Seide gut seine 800 Mark. Schuher? O, man sah hier so sehr auf gute Beschuhung, und nun hat man für ein paar Damenstiefeln mit hohen Schäften 800 Mt., und für ein paar ganz gewöhnliche Haibschuhe aus schwarzem Leder 150 Mt. Und das Weissten kostet 20 Mt. Uns Deutschen schwindelt es vor solchen Zahlen. Die Dame aus Riga aukt die Kasse und läßt ihren Gatten zahlen. „Mir's denn gar so gefährlich Ganz Petersburg läßt jetzt in Riga arbeiten, weil's da so billig sei.“ Was mögen da die Dinge kosten!

Emil Herold, Kriegsberichterstatter.

Die Hungrigen werden angeschossen. Der 51jährige Geizer Josef G. wurde Montag abend im Frachtenbahnhof der Franz Josefs-Bahn beim Diebstahl ertappt. Aufgefordert, stehen zu bleiben, leistete er nicht Folge; er wollte zu seiner Lokomotive gelangen. Der Führer der Patrouille gab einen Schuß ab und traf G. in die rechte Brustseite. Der Schwerverletzte wurde von der Rettungsgesellschaft verbunden und in die Unfallstation gebracht. Zur Erklärung dieser unbegreiflichen Schieberei teilt die Polizei mit: G. hat gemeinsam mit zwei Verschiebern aus dem Postpaketwagen mehrere Postpakete entwendet. Angehalten, widersetzte er sich mit Gewalt und ergriff die Flucht, um seine Lokomotive zu erreichen. Als er in der Nähe der Lokomotive war, erreichte ihn der Korporal Leopold Pichlbauer vom Bahnhofskommando. G. stieß mit Händen und Beinen nach ihm. Pichlbauer wollte G., als dieser zur Lokomotive emporklettern wollte, bei den Beinen packen. G. ging abermals gegen ihn los, obwohl ihm mit Waffengewalt gedroht worden war. Nun wurde gegen G., der sich wie rasend wehrte, ein Schuß abgegeben und die Kugel traf ihn in der Brust. Die zwei Verschieber wurden noch im Laufe der Nacht verhaftet. Das Schießen geschah also als vorläufige Strafe für öffentliche Gewalttätigkeit und nicht etwa, weil der Geizer davongelaufen wäre, daß man ihn nicht mehr erwischte hätte. — Im Ostbahnhof sind in den letzten Wochen allein achtundzwanzig Waggons Kürbisse und Obst durch öffentliche Schuld verkauft und mußten schließlich größtenteils als Schweinesutter verwendet werden. Aber die „N. Z. am Abend“ mußte zwei Tage darum kämpfen, bis gnädigst gestattet wurde, diese Tatsache mitzuteilen. An zwei Tagen hintereinander zeugten riesige weiße Flecke für diesen Kampf. Dagegen haben wir noch nichts davon gehört, daß die Schuldigen zur Verantwortung gezogen worden wären. Wir fordern es! Es geht nicht an, daß achtundzwanzig Waggons Obst und Kürbisse, die vom Militärverpflegungsmagazin bezogen werden, verschlampt werden, um schließlich als Schweinesutter zu schlecht zu sein und nach Süßenbrunn zur Vernichtung zu wandern. Dieses Seitenstück zu dem Drama auf der Franz Josefs-Bahn ist sehr lehrreich.

20. IX. 1917

1
77

Der Ernährungszustand der arbeitenden Klassen in den Industriegebieten der Sudetenländer.

Verhandlung auf der Parteikonferenz in Brünn.

Ueber diesen Punkt berichtete Hackenberg:

Alle Lohnerhöhungen haben es nicht vermocht, das Elend zu mildern, weil alle Erhöhungen der Löhne in keinem Verhältnis zu den Erhöhungen der Lebensmittelpreise gestanden sind. Dabei dürfen wir nicht übersehen, daß viele Tausende von Arbeitern es nicht vermocht haben, selbst unter dieser schrecklichen Teuerung ihre Löhne zu erhöhen. Gerade wir in den Sudetenländern haben so viele Arbeiter, die heute noch mit einem Einkommen leben müssen, daß man sich fragt, ob es überhaupt möglich ist, damit dem Hungertod zu entgehen. Wir hatten in einem Bezirk in Mähren eine Hungerrevolte und wiesen dabei nach, daß Tausende von Arbeitern weniger als 20 Kronen verdienen und wenige es bis auf 30 Kronen bringen, und es wurde uns bei den Verhandlungen zugestanden, daß es nicht möglich ist, damit das Auslangen zu finden. Und wenn wir nach Nordmähren gehen, erfahren wir, daß Hunderte von Weibern dort 7 Kronen und noch weniger verdienen. Bei den Brünner Unruhen stellte es sich heraus, wie schlecht es den Arbeitern der Umgebung Brünns geht, wo die Gemeindeverwaltungen nicht das geringste tun, um eine Besserung der Ernährungsverhältnisse herbeizuführen. Wenn man die Schuldigen an allen diesen Verhältnissen sucht, so darf man nicht nur von Produzenten und Händlern reden, sondern darf die Regierung nicht vergessen, die allein die Macht hätte, dem Wucher zu steuern. Selbst wenn man sich nach so langer Zeit manchmal entschließt, eine der Forderungen, die von den Sozialdemokraten schon seit Kriegsbeginn immer wieder erhoben werden, zu berücksichtigen, so geschieht es zumeist in unzureichendem Ausmaß, und überdies wird nicht dafür gesorgt, daß die Anordnungen der Regierung auch durchgeführt werden, sondern man begnügt sich damit, daß sie auf dem Papier stehen.

Am meisten erbittert es die Arbeiter, wenn sie sehen, daß die Produkte, die sie entbehren müssen, vorhanden sind und nur im Schleichhandel zu hohen Preisen abgegeben werden. In dieser Ungleichheit, daß die Arbeiter entbehren müssen und sich die Besitzenden alles kaufen können, leidet die Arbeiterschaft am meisten, und sie wird es sich auf die Dauer auch nicht gefallen lassen. Gerade in der Ernährungsfrage bekommen die Arbeiter den besten Anschauungsunterricht nicht nur über die ökonomischen Zusammenhänge in der kapitalistischen Gesellschaft, sondern auch über die Notwendigkeit der Demokratisierung des Gemeinewahlrechtes. Es ist noch immer nicht überall gelungen, die Gemeindepächter zu zwingen, daß sie die Vertreter der Arbeiterschaft zur Approvisionnement heranziehen, und es hat in vielen Gemeinden heftiger Kämpfe bedurft, um in den Wirtschaftsräten gemäß der Anordnung der Regierung eine entsprechende Vertretung der Arbeiter durchzusetzen. Aber selbst wenn Arbeiter herangezogen werden, so stellt sich meist heraus, daß sie von den anderen überstimmt werden, für die bloß der Greislerstandpunkt gilt... Der Redner protestiert dann gegen den von den Agrariern und der Bourgeoisie unternommenen Selbstzug, die Nahrungsmittel dem freien Markt zu überlassen, und beantragt daher folgende Resolution:

Die industrielle Arbeiterschaft Böhmens, Mährens und Schlesiens ohne Unterschied der Sprache und der Nationalität leidet schon jetzt, unmittelbar nach der Ernte, infolge der Knappheit der Belieferung und der Teuerung aller Lebensmittel unerträgliches. Das Maß dieser Leiden ist keineswegs durch den absoluten Mangel an Lebensmitteln zu begründen, sondern geht zurück auf zwei Dinge. Erstens auf die passive Resistenz weicher Schichten der agrarischen Bevölkerung gegen alle Vorschriften des Ernährungsdienstes und zweitens auf dessen mangelhafte, vielfach verfehlte und unsinnige Organisation.

Die zum großen Teil berechtigten Klagen der Landwirte über die Organisationsfehler können diese Auszehrung des Industrievolkes niemals rechtfertigen. Die Industriearbeiterschaft ist niemals erlahmt im Dienste für die allgemeinen öffentlichen Aufgaben und in der Arbeit für die gewerblichen und industriellen Bedürfnisse des Landvolkes. Trotzdem aber sehen wir, daß sich in der agrarischen Bevölkerung beider Nationen die Bereitwilligkeit, Bodenerzeugnisse zu erschwinglichen Preisen dem Industrievolk zur Verfügung zu stellen, immer empfindlicher vermissen läßt. Das gilt für die Agrarier beider Nationen; diese passive Resistenz wird aber noch dazu von den tschechisch-agrarischen Politikern bewußt genährt und zu nationalistischen Zielen mißbraucht. Im Namen sämtlicher Proletarier der Sudetenländer erheben wir gegen diesen Vorgang unseren Einspruch und unsere Warnung.

Andererseits aber bedarf die Organisation des Ernährungsdienstes einer grundlegenden Umgestaltung. Weder die bürokratische Verwaltung noch die Durchführung ihrer Anordnungen durch dem Volke unverantwortliche Privatorgane kann dem Bedürfnis der Verbrauchenden und den notwendigen Rücksichten auf die Erzeugung

genügen. Der staatliche Ernährungsdienst fordert gebieterisch die Einrichtung einer demokratischen Lokalverwaltung.

Linz verweist darauf, daß seit Kriegsausbruch die Fleischpreise in Schlesien um 2 bis 3 Kronen niedriger sind als in Böhmen und Mähren, obwohl die soziale Struktur der Landwirtschaft dort nicht anders ist. Am 8. August 1915 ist eine Verordnung erlassen worden, daß in allen politischen Bezirken Kommissionen errichtet werden, die die Preise für die dort produzierten Lebensmittel festsetzen. In Schlesien wurde diese Verordnung durchgeführt, in den anderen Ländern nicht, so daß die Agrarier und die Händler die Preise in die Höhe treiben können, während es in Schlesien gelang, die Preise von 7 Kronen zum Beispiel beim Rindfleisch in drei Monaten auf 4-20 Kronen herabzudrücken. Im Juli waren die Höchstpreise zum Beispiel für vorderes Rindfleisch in Brünn 8 Kronen, in Reichenberg 7-20 Kronen und in Jägerndorf 4-80 Kronen, beim Kalbfleisch 9, 7-20 und 4-40 Kronen. Der Grund ist der, daß in den anderen Ländern die politischen Behörden zum Unterschied von Schlesien jene Verordnung verschwinden ließen.

Abgeordneter Löw beantragt, in die Resolution die Forderung aufzunehmen, daß die den Arbeitern zugewiesenen Nationen, wie dies in Deutschland bereits erfolgt ist, entsprechend erhöht und auch noch andere Produkte in die staatliche Bewirtschaftung einbezogen werden.

Nachdem der Referent in seinem Schlusswort diesen Antrag befürwortet hat, wird die Resolution mit dieser Einfügung einstimmig angenommen. Der Vorsitzende Abgeordneter Glöckel schließt nun die Konferenz mit einem Rückblick auf die Verhandlungen und einem Appell an die Arbeiterkraft, rechtzeitig ihr Wort zu erheben und mitzuwirken an den großen Entscheidungen, die für Jahrzehnte getroffen werden.

Berufung von Wirtschaftsräten.

Schon vor längerer Zeit hat das Amt für Volksernährung die Aufstellung von „Wirtschaftsräten“ angeordnet, die den auf dem Gebiete des Ernährungswesens entscheidenden Behörden, und zwar sowohl den Landes- und Bezirksbehörden als auch insbesondere den Gemeindeämtern als Beiräte an die Seite treten sollen. Von diesen Wirtschaftsräten versprach sich das Amt für Volksernährung gerade deshalb einen außerordentlichen Erfolg, weil jenen Kreisen die Möglichkeit der Beteiligung geboten ist, die am allermeisten einer geordneten Versorgung bedürfen. Es müssen nämlich in die Wirtschaftsräte vor allem Vertreter der Konsumenten und unter diesen wieder der Minderbemittelten und der Arbeiterklasse aufgenommen werden. Als besonders wünschenswert bezeichnete das Amt die Beteiligung von Frauen. Es gab auch Richtlinien für die Zusammenfassung der Körperschaften, deren Mitglieder teils aus den autonomen Behörden hervorgehen, teils von der politischen Behörde bestellt werden sollen. Vielfältig ist der Wirkungsbereich: der Wirtschaftsrat soll die Produktionstätigkeit fördern helfen, soll bei der Erfassung sowie der gleichmäßigen Verteilung der aufgebrauchten Mengen von Nahrungsmitteln mitwirken, er soll ganz besonders die Bevölkerung über Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit getroffener Maßnahmen aufklären. In den Wirtschaftsräten ist gerade den berufensten Schichten der Bevölkerung Gelegenheit zu nützbringender Leistung und Mitarbeit gegeben, ohne daß sich ihre Sachkenntnis und ihr Interesse in unfruchtbarer Kritik verlieren.

Die Bevölkerung hat sich schon in der kurzen Zeit des Bestehens dieser Wirtschaftsräte mit Freuden und ehrlichem Amtseifer der Mitarbeit gewidmet, und es ist zu hoffen, daß in nicht zu ferner Zeit in jeder Gemeinde dem Gemeindevirtschaftsamte oder der Gemeindeverwaltung ein Gemeindevirtschaftsrat zur Seite steht, der tatkräftig auf die Versorgung einwirkt.

Freiwilliger Ernährungsdienst.

Im Auftrage des Amtes für Volksernährung sind die politischen Landesbehörden damit beschäftigt, durch Heranziehung von freiwilligen unbezahlten Vertrauensorganen den äußeren Ernährungsdienst auf die breiteste Basis zu stellen. Da sich in einer großen Reihe von städtischen Berufskreisen der Intelligenz, besonders aber unter den Frauen, trotz der vielseitigen Inanspruchnahme jedes einzelnen immer zahlreiche Persönlichkeiten finden, welche die Behörden durch freiwillige ehrenamtliche Mitarbeit gerne tatkräftig unterstützen und außerdem entsprechende

Kenntnisse mit Arbeitsseifer und Pflichtgefühl zu verbinden wissen, dürfte dieser freiwillige Hilfsdienst für die Allgemeinheit Ersprießliches leisten. Hoch-, Mittel- und Volksschullehrer, pensionierte, nicht reaktivierte Offiziere und Beamte u. a. m., in erster Linie aber Frauen werden durch Ueberwachung der Einhaltung von Vorschriften auf dem Gebiete der Ernährung namentlich in Städten viel erfolgreicher wirken können als die wenig zahlreichen und mit Arbeit überhäuften Hilfskräfte der Behörden. Dieser Kontrolldienst wird umso gründlicher geführt werden können, da sich diese freiwilligen Helfer und Helferinnen ihrem Dienste mit Interesse und Eifer widmen werden, weil sie in der Regel über eine gewisse Autorität, vielfach auch eine besondere fachliche Befähigung verfügen und weil überdies von ihnen bekannt wäre, daß sie sich ihrer verantwortungsvollen Aufgabe im allgemeinen Interesse und ohne persönliche Vorteile unterziehen. Die Teilnahme weiterer Kreise der Bevölkerung an dieser behördlichen Tätigkeit wird gewiß geeignet sein, zur günstigen Entwicklung des schwierigen Ernährungsproblems beizutragen.

**Freiwilliger Kontrolldienst im Ernährungs-
wesen.**

Aus dem Volksernährungsamte wird mitgeteilt: Ueber Auftrag des Amtes für Volksernährung sind die politischen Landesbehörden damit beschäftigt, durch Heranziehung von freiwilligen unbezahlten Vertrauensorganen den äußeren Ernährungsdienst auf die breiteste Basis zu stellen. Hoch-, Mittel- und Volksschullehrer, pensionierte, nicht reaktivierte Offiziere und Beamte u. a. m., in erster Linie aber Frauen, werden durch Ueberwachung der Einhaltung von Vorschriften auf dem Gebiete der Ernährung namentlich in Städten viel erfolgreicher wirken können als die wenig zahlreichen und mit Arbeit überhäuftten Hilfskräfte der Behörden. Dieser Kontrolldienst wird um so gründlicher geführt werden können, da sich diese freiwilligen Helfer und Helferinnen ihrem Dienste mit Interesse und Eifer widmen werden, weil sie in der Regel über eine gewisse Autorität, vielfach auch eine besondere fachliche Befähigung verfügen und weil überdies von ihnen bekannt wäre, daß sie sich ihrer verantwortungsvollen Aufgabe im allgemeinen Interesse und ohne persönliche Vorteile unterziehen.

Das „Straßburger System“.

Lebensmittelpreise und Vermögensverhältnisse.

Die Kriegsnoth, die Verschiebung der Vermögenswerthe und die hiemit verbundene Schwächung der kleinen Existenzen, besonders die Erschwerung der Beschaffung von Lebensmitteln für Fitzbesolte und Beamte in Folge des Sinkens der Kaufkraft des Geldes, haben bei der Lösung des Ernährungsproblems die Erwinning eines Modus angezeigt erscheinen lassen, der die Lebensmittelversorgung von den Vermögensverhältnissen unabhängig macht. Die Lösung des Problems ist von der Lentenz geleitet, daß Vermögensbesitz allein keine Berechtigung für eine Lebensmittelversorgung bieten darf, die im krassen Gegensatz zur Noth der Mittelklasse und den unteren Volksschichten steht. Also Ausgleichung der Vermögensdifferenzen bei der Waarenbeschaffung, Gewähr für eine gleichmäßige Vertheilung der Lebensmittelvorräthe. Die erste reichsdeutsche Stadt, die eine Neuregelung der Approvisionierung auf Grund dieser Richtlinien vornahm, war Straßburg i. E., und nach ihr wird die Gruppierung der Preise nach dem Einkommen kurz „Straßburger System“ genannt.

Die seit März 1916 mit bestem Erfolg in Straßburg durchgeführte Abstufung der Lebensmittelpreise kam durch eine Aufnahme zustande, die auf Grund der Selbsteinschätzung erfolgte. Dabei mußte das Gesamteinkommen einer Familie, nicht das des Haushaltungsvorstandes oder sonst einer Person allein, angegeben werden. Dagegen durfte der Lohn der Dienstboten, des Gefindes, der Gesellen und Lehrlinge in das Gesamteinkommen des Haushaltes nicht inbegriffen sein. Die Einkommensschichtung selbst brachte eine Eintheilung der Gesamtbevölkerung in drei verschiedene Stufen: in schlecht Bemittelte, in milder Bemittelte und in Bemittelte. Die Zugehörigkeit zu einer dieser Einfeldungen erfolgte mit Rücksicht auf die Größe des Haushaltes, wobei eine Skala zu Grunde gelegt wurde, die nachstehende Eintheilung vorsah:

Schlecht Bemittelte: Bei 1 Person und Einkommen von 1500 Mark, bei 2 Personen und Einkommen von 2000 M., bei 3 Personen und Einkommen von 2400 M., bei 4 Personen und Einkommen von 3000 M., bei 5 Personen und Einkommen von 3600 M., bei 6 Personen und Einkommen von 4200 M., bei 7 Personen und Einkommen von 4800 M., bei mehr Personen und Einkommen von 5400 M. und mehr.

Milder Bemittelte: Bei 1 Person und Einkommen von 1800 Mark, bei 2 Personen und Einkommen von 2400 M., bei 3 Personen und Einkommen von 3000 M., bei 4 Personen und Einkommen von 3600 M., bei 5 Personen und Einkommen von 4200 M., bei 6 Personen und Einkommen von 4800 M., bei 7 Personen und Einkommen von 5400 M., bei mehr Personen und Einkommen von 6000 M. und mehr.

Alle in dieser Eintheilung nicht angeführten Haushaltungen gehören zu der dritten Gruppe, der Bemittelte n. Die Fleischpreise und Nahrungsmittelpreise sind je nach dem Einkommen der Konsumenten abgestuft. Zur Durchführung dieser formellen Regelung wurden die Bezugsarten für die wichtigsten Lebensmittel in verschiedenen Farben ausgegeben.

Das „Straßburger System“ ist bereits in vielen Städten Deutschlands und Oesterreichs eingeführt. Ueberall hat es das beste Resultat gezeitigt. Der Reiche erhält die Nahrungsmittel theurer, der Minderbemittelte billiger, der Arme unter den Gesteuerungspreis; so werden alle Schichten der Bevölkerung gleichmäßig versorgt.

Nun hat die Abstufung der Lebensmittelpreise auch in Ungarn ihren Einzug gehalten. Die neue Verordnung über die Requirierung der Kartoffelzucht und der Festsetzung von Höchstpreisen sieht die Vertheilung billiger Kartoffeln durch die Stadt- und Ortsverwaltungen vor. Invalide, Kriegsgeschädigte, Personen, deren Erhalter im Kriege ist, Wohlthätigkeitsvereine, Wittwen und Waisen nach Soldaten und industrielle Arbeiter, die Krankengeld beziehen, erhalten den Meterzentner Kartoffeln um 10 Kronen billiger als der Höchstpreis ist. Mit dieser Maßnahme, die eine Lieblingsidee des Ernährungs-

Ministers Grafen Johann Hadik bewirkt, ist erst der halbe Weg zur Einführung des „Straßburger Systems“ gemacht. Es fehlt in ihr Entgegenkommen für die Situation der Fitzbesoldeten. Man hätte auch die Einkaufsgruppen der Beamten und Arbeiter in jene Kategorien einbeziehen können, denen billige Kartoffeln ausgesetzt werden. Das Landes-Ernährungsamt erwägt jetzt, das „Straßburger System“ auch weiterhin auszubauen und es auf andere Lebensmittel, in erster Reihe auf das Fleisch, auszudehnen. Das „Straßburger System“ ist, wie die staatliche Bewirthschaftung der Getreideernte, eine Kriegsnothwendigkeit, der sich eine rationelle, von sozialen Tendenzen geleitete Ernährungspolitik nicht verschließen kann.

* Die verkehrte Welt. Wie schön war es noch vor drei Jahren, als man bei der Milchfrau Milch, beim Fleischhacker Fleisch, beim Schuster Schuhe und beim Milchbuden Tee und Kaffee bekam. Ganz anders, ganz verkehrt ist die Welt im jetzigen Kriege geworden. Man betritt den Laden eines Fleischhackers und Sektlers in der unteren Berchtesgadenstraße und verlangt 10 Dekagramm Salami. „Bedauere“, meint die freundliche Inhaberin des Geschäftes, „sie ist uns ausgegangen. Wenn aber der Herr vielleicht Pfirsiche oder Äpfel braucht . . .“ und dabei zeigt sie auf die Obstkörbe, die zwischen ein paar vereinsamten Kriegswürsten hinter dem Schaufenster liegen, wo einst sich Strakauer, Leberwurst, feine Pariser, Dürre, Brekwurst und andere Wurstarten für Feinschmecker überboten, im Vorübergehenden das Bedürfnis nach ihrem Besitze zu wecken. Man besucht ein Milchbuden in der Neubaugasse und kriegt dort statt Milch Weintrauben und Zwetschen. Man will sich beim Schuster Schuhe anmessen lassen, er aber zuckt die Achseln und meint, daß ginge nicht, weil er kein Leder hätte, nur Holz. Erdäpfel, wenn man wollte, könnte er wohl liefern, aber sie kosteten 1 Krone per Kilogramm. Wie duftete es früher beim Milchbuden nach feinem Tee, welcher aromatischen Geruch entströmte dem schön gebrannten Kaffee, der damals noch keine Ahnung davon hatte, daß er bald nur mehr mit Karte, bald aber nicht einmal mehr auf diese zu haben sein wird. Gewöhnliche Birnen lachen höhnisch aus den Auslagen, förmlich schadenfroh, daß sie nunmehr in seinen Geschäften gehandelt werden, die sich früher um solche Ware nicht gekümmert hatten. Es ist wirklich höchste Zeit, daß uns ein baldiger Friede beschieden wird, die jetzige Verkehrtheit der Welt beginnt unheimlich zu werden.

Die Neuregelung der Ernährungsfrage.

☞ Konstantinopel, im August. Was schon lange angefündigt war, ist endlich zur Tatsache geworden. Es ist die Organisation eines allgemeinen Ernährungsamtes angeordnet worden, das dem Kriegsministerium angegliedert werden soll. Dieses neue Amt, das mit dem bisherigen Ernährungsausschuß (tasche hejeti) nicht zu verwechseln ist, wird mit den weitestgehenden Vollmachten ausgerüstet. Es ist berechtigt zum Ankauf und zur Verteilung von Bro. korn im Innern der Türkei, zur Einfuhr von Brotfrucht aus dem Ausland wie zum Ankauf und zur Verteilung aller andern Lebensmittel, des Brennmaterials und der Beleuchtungsartikel. Auch wurde dem neuen Amt der Ankauf und die Verteilung der Saatfrucht und die Sorge für die Bestellung der Saatfelder übertragen. Wir haben es also mit einem im größten Maßstabe gehaltenen Versuche zu tun, die Verpflegung der Bevölkerung des osmanischen Reiches auf eine feste, gesunde Grundlage zu legen und sie der Spekulation ein für allemal zu entziehen. Diese Übertragung geschieht mit der Zustimmung des Großwesirs Talaat Pascha, der in dieser Maßregel das einzige Mittel ertannt hat, um Zuständen ein Ende zu machen, deren Bekämpfung mittels der bisherigen zivilen Organisationen sich als unmöglich gezeigt hat.

☞ Die Bevölkerung, die trotz ihres unbegrenzten Vertrauens zu Talaat Pascha eine solche Änderung herbeiwünschte, begrüßt das neue Ernährungsamt mit Freude. Denn sie weiß, daß die Militärbehörde, die in diesem Kriege glänzende Proben von Organisations talent abgelegt hat, es verstehen wird, sich Achtung zu verschaffen. Es wird sich jetzt für das neue Amt darum handeln, die unzweifelhaft schon vorhandenen großen Massen von Vorräten zu sammeln und in gerechter Weise so zu verteilen, daß dabei weder die Armee einerseits noch die Zivilbevölkerung andererseits zu kurz kommt. Sodann muß es das Bestreben dieser Verwaltung sein, mit Hilfe der Organisationen, die ihr das Gesetz über die landwirtschaftliche Dienstpflicht an die Hand gibt, sowohl die wegen Mangels an Arbeitskräften zurückgebliebene Ernte einzubringen als auch die neue Saat zu bestellen. Die türkische Militärverwaltung erhält dadurch eine neue schwierige Aufgabe mehr gestellt.

Mit Rücksicht auf den engen Zusammenhang, in dem die Ernährungsfrage mit den Interessen des Krieges steht, können wir den ehrlichen Bemühungen der leitenden Staatsmänner der Türkei, das Wohlergehen ihrer Bevölkerung zu sichern und sie vor Ausbeutung zu schützen, nicht genug wohlwollende Aufmerksamkeit schenken. Aber die Hoffnungen, die man an die neue Organisation knüpft, führt der T a n i n aus:

Wird durch die Übertragung der Lebensmittelverwaltung auf das Kriegsministerium in den Ernährungsverhältnissen gleich eine Besserung eintreten? Man darf sich in dieser Hinsicht keinen übertriebenen Hoffnungen hingeben. Wir denken jedoch, daß durch die Vereinheitlichung der Organisation sich die Verpflegungsfrage in geregelter, gesünder und günstiger Weise entwickeln wird. Aber wir dürfen niemals außer acht lassen, daß ein großer Teil der Schwierigkeiten, auf die wir heute bei der Verpflegung stoßen, aus unübersteiglichen Hindernissen hervorgeht, die die gegenwärtige Lage hervorgerufen hat. Deshalb wären es eitle Hoffnungen, wenn man glauben wollte, durch den Übergang des Ernährungsamtes an das Kriegsministerium würde sofort ein glänzender Umschwung eintreten, und die Preise würden unverzüglich sinken. Wir haben jedoch die Überzeugung, daß die neue einheitliche Verwaltung eine größere Ordnung und eine fühlbare Linderung des augenblicklichen Druckes herbeiführen wird. Die Lage in den andern kriegsführenden Ländern ist so ziemlich dieselbe wie bei uns. Auch in Deutschland, wo man doch mit allen Mitteln der Wissenschaft alle Schwierigkeiten durch bewundernswürdige Maßregeln überwindet, hat die Lebensmittelfrage eine doch vom Kriegsbeginn an steigende Knappheit hervorgerufen. Die Schwierigkeiten, denen unsere Feinde in dieser Frage begegnen, haben dagegen einen Grad erreicht, daß jede weitere Ausführung darüber überflüssig wird. Dieser große Krieg hat für alle Völker Ausnahmezustände hervorgerufen. Kein Volk hat die Rechnung, die es vor dem Kriege angestellt hat, genau so verwirklicht gesehen. Wir müssen sogar dafür dankbar sein, daß wir zu den Nationen gehören, die sich beim Eintritt in den Krieg am wenigsten in ihren Voranschlägen geirrt haben.

Die durchgehende Arbeitszeit.

Von einem Angestellten erhalten wir folgende Zusage, die wir abdrucken, um auch die andere Seite zu Wort kommen zu lassen:

Die Bedenken, die bisher geäußert wurden, sind durchweg nicht genügend stichhaltig, um den von der Militärbehörde gefaßten Plan fallen zu lassen. Die zu erwartende Kohlenersparnis ist gar nicht so gering, wie sie hingestellt wird. Abgesehen von der Lichtersparnis ist auch eine wesentliche Entlastung der Eisen- und Straßenbahnen und damit eine ganz erhebliche Kraftersparnis zu erwarten. Bekanntlich liegen fast sämtliche größeren Betriebe und deren Bureaus weit außerhalb der Stadtgebilde, und nur unter Benützung der Straßen- und Eisenbahnen erreichen die Angestellten ihre Werkstätten. Eigens zu diesem Zwecke fahren überall besondere Wagen. Wer will bei Einschränkung dieser Fahrten eine erhebliche Verminderung des Kohlenverbrauchs leugnen? Aber auch in anderer Hinsicht wird entgegen der von den Handelskammern vertretenen Ansicht an Kohlen gespart. Um bei den Unverheirateten, deren ja sonst herzlich wenig gedacht wird, zu bleiben, sei erwähnt, daß sie an kalten Tagen, bei geteilter Arbeitszeit sowohl für die Mittags- als auch Abendstunden einheizen lassen müssen. In den meisten Fällen wird sogar aus Bequemlichkeitsrücksichten, zum Beidwesen der Angestellten selbst, von mittags an durchgeheizt. Bei einer durchgehenden Arbeitszeit würde somit schon für einige Tagesstunden Heizung gespart. Fernerhin verdient Beachtung, daß bei einer durchgehenden Arbeitszeit die Abende um die gewonnenen Nachmittagsstunden verkürzt werden, und dadurch eine weitere Licht- und Heizungsersparnis eintritt. Die Besorgnisse vom geschäftlichen Standpunkte aus sind völlig unbegründet. Eine Verkürzung der Arbeitszeit ist wohl in keinem Falle erforderlich. Dagegen wird die Arbeitszeit entschieden besser ausgenutzt als bei einer geteilten Dienstzeit. Dies liegt klar auf der Hand und jahrelange gute Erfahrungen der verschiedensten größeren Werke beweisen es. Die Leiter dieser Werke werden in dieser Frage ein maßgebendes Urteil abgeben können. Es ist bemerkenswert, daß einige gut geleitete Werke schon seit vielen Jahren die durchgehende Arbeitszeit haben. Mit diesen bisherigen Erfahrungen fallen auch die bezüglich des Post- und Telegraphenverkehrs erhobenen Bedenken. Eine gewisse Schwierigkeit in der Versorgung der Angestellten mit einem zeitgemäßen Frühstück soll nicht verkannt werden, doch wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Noch in jüngster Zeit hat eine größere Firma anfänglich nur für die Unverheirateten einen Frühstückstisch eingerichtet. Neuerdings ist man sogar dazu übergegangen, diesen auf alle Angestellten auszuweiten. Die Schwierigkeiten sind demnach nicht so groß, als daß man sie nicht überwinden könnte. Eine Angliederung an die so vielgepriesene Kriegsküche wäre hier zu empfehlen. Massenpeisungen sollen ja auch im Interesse der Gesamtversorgung liegen!

Wie uns übrigens mitgeteilt wird, hat das stellvertretende Generalkommando des VIII. Armeekorps in Koblenz auf eine Vorstellung des Vereins der Industriellen des Regierungsbezirks Köln gegen die angeblich von ihm beabsichtigte zwangsweise Einführung der ungeteilten Arbeitszeit in allen Geschäften geantwortet, daß es zur-

zeit nicht beabsichtige, die ungeteilte Arbeitszeit zwangsweise in allen Geschäftsbetrieben einzuführen. Es habe das stellvertretende Generalkommando in Münster, wo eine solche Absicht bestehe, entsprechend verständigt.

Tagung des Ernährungsrates.

Unter dem Vorsitz des Grafen Parisch-Moennich fand heute im n.-ö. Landhause die 4. Tagung des Ernährungsrates statt.

Ernährungsminister G.M. Höfer erklärte zu Beginn, er lege den größten Wert darauf, daß neben dem Ernährungsausschuß des Abgeordnetenhanjes auch der Ernährungsrat beibehalten bleibe; dieser habe dem Amt für Volksernährung außerordentlich wertvolle Dienste geleistet und konnte nur aus den verschiedensten Gründen seit Juni nicht einberufen werden.

Das Mitglied Andratschke berichtete über verschiedene Vorarbeiten des Arbeitsausschusses. Doktor Diamand erstattete ein sehr ausführliches Referat über Transportfragen, Kohlenversorgung und Kohlenverbrauchsregelung. Hierzu ergriff auch Arbeitsminister v. Homann das Wort; seine sachlichen Ausführungen wurden wiederholt mit Beifall begrüßt. Insbesondere hob der Minister die großen Leistungen der Bergarbeiter hervor und teilte mit, daß in der Kohlenversorgung an Stelle der Gruppierung nunmehr die Kontingentierung treten werde. Ferner kündigte er an, daß er an eine Schließung der Schulen nicht denke, und daß die Forcierung des Tagbaues in den nordwestböhmischen Braunkohlenrevieren ein bedeutendes Mehrerträgnis an Kohle ergeben werde.

An der Debatte, die morgen Samstag fortgesetzt wird, beteiligten sich U. Kunschak, Abg. Schreiter, Eldersch, Frh. v. Ehrenfels, Dr. Gargitter, W. Hof und Landeshauptmann Schraffl. Dringlichkeitsanträge wurden bisher eingebracht: von U. Kunschak wegen Erhöhung der Brottration, von von Prof. Winkler, betreffend Regelung der Milch-, Butter- und Käseversorgung; von Dr. Gargitter, betreffend Herabsetzung der Preise für Äpfel und betreffend des Konsumzuckerpreises.

Verhinderung der Doppelversorgung.

Zur Verhinderung der Doppelversorgung liegt dem Ernährungsrate ein Referentenentwurf vor, der eine Beschränkung der Speisenaufgabe in Gastwirtschaften und Speiseanstalten auf die beiden Hauptmahlzeiten (Mittags und Abends) mit einer Festsetzung der abzugebenden Speisen und die Einführung von amtlichen Speisemarken beantragt.

Die Beschränkung von Speisenaufgabe auf Mittags und Abends.

Nach dem Referentenentwurf wird beantragt:

In Gast- und Schankgewerbebetrieben dürfen Speisen, zu deren Zubereitung Fleisch oder Mehl verwendet wird, nur zu den täglichen Hauptmahlzeiten (Mittags- und Abendessen) verabreicht oder über die Gasse verkauft werden. Unter Fleisch im Sinne dieser Verordnung werden alle genießbaren Teile von Rindern, Kälbern, Schweinen, Schafen, Ziegen, Pferden, Kaninchen, Geflügel, Wild, Fleischkonserven, Selbwaren, einschließlich Schinken und Würstwaren, sowie Speck verstanden. Als Mehl gelten die Mählprodukte aller Gattung und Art.

In allen gewerblichen und nicht gewerblichen Auspfeisebetrieben darf zu den Hauptmahlzeiten einer Person nur verabreicht oder über die Gasse verkauft werden: Zur Mittagszeit: einmal Suppe; einmal Fleisch im Höchstgewicht von 10 Dekagramm in zubereitetem Zustande und eine Beilage hierzu; einmal Mehlspeise; als Nachspeise (Nachtisch, Dessert) eine Speise, zu deren Zubereitung Fleisch, Fett, Mehl, Milch oder Eier nicht verwendet werden dürfen. Zur Abendzeit dürfen verabreicht werden: einmal Fleisch im Höchstgewicht von 10 Dekagramm in zubereitetem Zustande und eine Beilage hierzu; Käse im Höchstgewicht von 10 Dekagramm; als Nachspeise eine Speise, zu deren Zubereitung Fleisch, Fett, Mehl, Milch und Eier nicht verwendet werden dürfen.

Die politische Bezirksbehörde ist ermächtigt, einzelnen Gast- und Schankgewerbebetrieblenden zu beiden Hauptmahlzeiten außerdem auf Ansuchen die Verabreichung einer Vorspeise zu gestatten, zu deren Zubereitung aber Fleisch, Mehl, Milch oder Eier nicht verwendet werden dürfen.

Ausgabe amtlicher Speisemarken.

Hinsichtlich der Einführung von amtlichen Speisemarken wird beantragt:

In Gast- und Schankgewerbebetrieben sowie in allen nichtgewerblichen Auspfeisebetrieben dürfen Speisen jeglicher Art zu den Hauptmahlzeiten nur an Personen verkauft oder verabreicht und nur von Personen angenommen werden, die vor dem Verkauf oder der Verabreichung der Speisen eine gültige amtliche Speisemarke (Zusatzkarte) abgeben. Die Speisemarken (Zusatzkarten) sind überall in Oesterreich gültig. Die Beschränkung ihrer Gültigkeit auf Kronländer, Bezirke oder Gemeinden ist ausnahmslos verboten.

Vor der Ausfolgung von Speisemarken hat nach dem Referentenentwurf der Bewerber die schriftliche eidesstattliche Erklärung abzugeben, ob es eine oder beide Hauptmahlzeiten des Tages regelmäßig (das ist mindestens sechs Tage in der Woche) außerhalb eines Haushaltes einnimmt. Trifft dies zu, so darf die Ausfolgung der Speisemarken an den Bewerber nur für die Dauer der laufenden Verbrauchsperiode und außerdem nur dann erfolgen, wenn der Bewerber im ersten Falle die halben und im zweiten Falle die ganzen Mehlabchnitte seiner Brotkarte und die halben, beziehungsweise die ganzen Abschnitte seiner Fettkarte (Butterkarte) und in beiden Fällen die Hälfte der Abschnitte seiner Zuckerkarte der Ausgabestelle abliefern oder auf deren Ausfolgung verzichten. Die Ausfolgung von Speisemarken an Personen, bei denen die regelmäßige Einnahme einer oder beider Hauptmahlzeiten außerhalb eines Haushaltes nicht zutrifft, darf nur erfolgen, wenn der Bewerber für jede Speisemarke einen ganzen, einem Gewichtswert von 50 Gramm entsprechenden Mehlabchnitt seiner Brotkarte der Ausgabestelle abliefern. Besitzt jemand keine Mehlabchnitte, so ist er zur Abgabe der entsprechenden Brotabschnitte seiner Brotkarte verpflichtet.

Eine Gebühr für die Zusatzkarten.

Die Ausfolgung der amtlichen Zusatzkarten darf nur an Bewerber um Speisemarken und außerdem nur gegen Erlag des Betrages von 1 Krone für jede Zusatzkarte erfolgen. Aus den für die Zusatzkarten einlaufenden Geldern sollen zunächst die Kosten für die Herstellung der Speisemarken (Zusatzkarten) gedeckt werden. Der erübrigte Betrag soll nach den Weisungen der politischen Landesbehörde für Zwecke der staatlichen Hilfsaktion zur Erleichterung der Lebensführung der Mindestbemittelten verwendet werden, und zwar grundsätzlich in jener Gemeinde, in der er eingehoben ist.

Speisemarken für Hotelgäste.

Für ausländische Hotelgäste sind den Fremdenüberbergern von der zuständigen Brotkartenausgabestelle Speisemarken und Zusatzkarten, letztere nur gegen Zahlung der Gebühr, in einer dem voraussichtlichen Wochenbedarf entsprechenden Anzahl im Voraus auszufolgen. Die Inhaber von Speisewirtschaften haben die amtlichen Speisemarken zu sammeln und an die Behörden abzuliefern.

Neuer Markt in Favoriten.

Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des StM. Wippel, den Platz an der Einmündung der Quellenstraße in die Triesterstraße im 10. Bezirk für Marktzwecke zu widmen. Der Magistrat wird beauftragt, über die marktmäßige Ausgestaltung dieses Platzes dem Stadtrate zu berichten.

Verteilung der Lebensmittel-Anweisungen.

Die für den Monat Oktober 1917 gültigen Lebensmittel-Anweisungen werden bezirksweise an den tieferstehend bestimmten Tagen Vormittag von 9—12 Uhr und Nachmittag von 3—6 Uhr in der städt. Approvisionierungskanzlei (im früheren Primatialpalais) ausgefolgt werden und zwar:

1. Bezirk, Altstadt, am 24. September Montag.
2. Bezirk, Ferdinandstadt, am 25. September, Dienstag.
3. Bezirk, Franz Josefstadt, am 26. September, Mittwoch.
4. Bezirk, Theresienstadt, am 27. September, Donnerstag.
5. Bezirk, Karlstadt (Neustadt), am 28. und 29. September, Freitag und Samstag.

Die Hausbesitzer und Hausadministratoren werden hiemit aufgefordert, an dem für ihren Bezirk bestimmten Tage und innerhalb der angegebenen Stunden in der Approvisionierungskanzlei persönlich unbedingt zu erscheinen, oder einen legitimierten Bevollmächtigten zu entsenden, den in ihrem Besitze befindlichen, mit der Stampiglie der Mehlkanzlei versehenen Hauskonfektionsbogen, welcher die seit der letzten Anweisungs-Verteilung erfolgten Veränderungen (Zuwachs oder Abgang an Personen, Beschaffung von Mehlvorrat usw.) zu enthalten hat, mitzubringen und vorzuweisen, auf Grund dieses Konfektionsbogens für die in denselben eingetragen, als in ihrem Hause wohnhaft angemeldet und konfibrierten sämtlichen Mietparteien die entsprechende Anzahl Lebensmittelanweisungen zu übernehmen und dieselben unter persönlicher Verantwortung den betreffenden bezugsberechtigten Mietparteien zu übergeben.

Die Hausbesitzer und Hausadministratoren werden nachdrücklichst aufmerksam gemacht, sich streng an den oben angeführten bezirksweise bestimmten Austeilungstag zu halten und pünktlich an dem Tage zur Uebernahme der Anweisungen zu erscheinen, welcher Tag für ihren Bezirk als Austeilungstag bestimmt ist, den Inwohnern aber die Anweisungen womöglich erst am letzten Tage des Monats zuzustellen.

Gleichzeitig werden die Hausbesitzer und Hausadministratoren aufmerksam gemacht, daß in den Kinderjahren befindliche Personen als Bevollmächtigte nicht akzeptiert werden, solchen Personen werden — selbst wenn sie mit dem Hauskonfektionsbogen erscheinen — Anweisungen nicht ausgefolgt.

Jeder anderweitig bezogene Vorrat an Mehl, Bohnen, Erbsen, Linsen, Fett, Zucker, Kaffee, Kartoffeln und Seife ist innerhalb 24 Stunden nach erfolgter Ankunft, bzw. Uebernahme seitens der betreffenden Partei in der städt. Approvisionierungskanzlei (Primatialpalais, ebenerdig) anzumelden.

Schließlich bringen wir zur Orientierung noch

zur allgemeinen Kenntnis, daß die für den Monat Oktober gültigen Mehl-Anweisungen in dunkelblauer Farbe mit rotem Aufdruck, die Brotanweisungen in hellgrüner Farbe mit rotem Aufdruck, die Zucker-, Erdäpfel-, Seifen-, Kaffee- und Fettarten in weißer Farbe zur Ausgabe gelangen.

Der Magistrat.

Hamburger Ernährungsfragen

Behandelte am Donnerstag im Gelehrtenhaus in einer Versammlung des Bezirks Hamburg vom Verein für Handlungs-Commiss von 1858 das Verwaltungsmitglied des Vereins, Henry Schaper, M. B., der dem Beiräte des Hamburgischen Kriegs-Versorgungsamtes angehört. Der Redner schilderte zunächst die Entwicklung der Versorgung der Hamburger Bevölkerung während des Krieges, das Wirken der Kommission für Kriegs-Versorgung und der andern für die Ernährung tätigen Behörden, die schließlich vor Jahresfrist im Kriegs-Versorgungsamte zusammengefaßt wurden. Dann wurden die tragenden Säulen unserer Ernährung, nämlich Brot und Kartoffel behandelt.

Wenn auch ein genauer Ueberblick über die Getreideernte noch nicht vorliege, so berechtigten doch die Nachrichten aus dem Reiche zu der bestimmten Erwartung, daß die Brotversorgung für das ganze Jahr gesichert sei. Eine Erhöhung der jetzigen Brotmenge sei jedoch kaum zu erwarten; möglicherweise müsse man sogar mit einer Herabsetzung rechnen. Das Ergebnis der Ernte in Rohfutter und Futtergetreide werde nach den Erklärungen des Staatssekretärs vom Reichsernährungsamte noch hinter dem schlechten Jahre 1915 zurückbleiben, deshalb werde man um eine stärkere Abschichtung von Rindvieh und Schweinen noch vor Jahresluß nicht herumkommen. Die Wirkung der Abschichtung werde zunächst wohl für mehrere Wochen eine Erhöhung der Fleischmenge sein, später dürften aber Fleisch, Milch und Fett knapper werden.

Die Ernteaussichten der Kartoffeln werden amtlich als befriedigend bezeichnet. Es bestehe die Hoffnung, daß die Kartoffelversorgung, wenn nicht ganz außerordentliche Witterungsverhältnisse eintreten, erheblich besser ausfallen werde, als im abgelaufenen Wirtschaftsjahre. Im Hamburgischen Kriegs-Versorgungsamte läßt man freilich die Aussichten nicht so günstig an.

Als Ersatz für die wohl knapper werdenden Fette solle der Bevölkerung täglich 30 Gramm Obst und Gemüse zugewiesen werden. Es bleibe freilich abzuwarten, ob die Fabriken, die die gegenwärtigen Zufuhren nicht restlos verarbeiten können, in der Lage sind, die erforderliche Menge herzustellen. Die Magermilch aus entfernten Bezirken, die nicht nach Hamburg geschafft werden kann, wird in besonderen Fabriken zu Trockenmilch verarbeitet werden, so daß hieraus, wenn auch erst nach einiger Zeit, der Bevölkerung Zuteilungen gemacht werden können. Ueber die Kohlenfrage konnte der Redner auf Grund amtlicher Auskünfte mitteilen, daß von Hamburg alles Erdentliche getan ist, um die Zufuhr zu heben.

Schließlich erörterte der Vortragende die ungenügende Versorgung der geistig arbeitenden Personen, insbesondere der Angestellten, gegenüber den Handarbeitern. Wenn der Grundsatz der Sonderversorgung dieser Kreise auch unbedingt anzuerkennen sei, dürfe man doch nicht zu einer Ueberspannung des Prinzips kommen. Jedenfalls sollten auch Angestellte, die auf Lagern und in Läden arbeiten, oder die in Kontoren eine zusammenhängende oder eine lang ausgedehnte Arbeitszeit haben, wenigstens eine Brotzulage bekommen. Der Vortrag klang in die Ueberzeugung aus, daß wir trotz allem uns im vierten Kriegswinter besser als im dritten durchschlagen werden.

Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft.

Eine Rede des neuen Landwirtschaftsministers.

N Berlin, 21. Septbr. (Priv.-Tel.) Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft trat gestern in Berlin zu ihrer Herbsttagung zusammen, und dabei fand auch der neue Landwirtschaftsminister v. Eisehart-Rothe Gelegenheit, zum ersten Male hervorzutreten. Sofort nach der Eröffnung der Tagung nahm er das Wort und führte aus: Es ist mir außerordentlich willkommen, daß ich so bald nach Antritt meines neuen Amtes Gelegenheit bekommen habe, einer Tagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft beizuwohnen und dadurch nicht nur eine Anzahl hervorragender Landwirte kennen zu lernen, sondern auch aus berufener Munde zu hören, was die deutsche Landwirtschaft heute bewegt, welche Nöte und Sorgen sie drücken; aber auch, wie ich denke, zu hören, daß sie un verzagt und hoffnungsvoll der Zukunft entgegengeht. Ich selbst bin kein Landwirt, ich habe auch — obwohl ich die kommunale Verwaltung einer hauptsächlich landwirtschaftlichen Provinz geleitet habe — die landwirtschaftliche Technik nicht so gründlich kennen gelernt, wie in der Regel ein Berufslandwirt. Ich würde es verständlich finden, wenn Sie sich wunderten, daß ich den Mut hatte, das Amt eines Landwirtschaftsministers anzunehmen. Aber vielleicht kommt es doch mehr auf die Liebe zur Landwirtschaft und auf die feste Ueberzeugung an, daß das Wohl und Wehe des deutschen Vaterlandes untrennbar verbunden ist mit dem Wohl und Wehe der heimischen Landwirtschaft. (Beifall.) Und diese Liebe und Ueberzeugung sind so fest gewurzelt bei mir, daß ich glaube, sie können den Mangel an technischen Kenntnissen doch ausgleichen. Jedenfalls wird es mein eifrigstes Bestreben sein, die Landwirtschaft in meinem Verwaltungsgebiet nach Kräften zu fördern. (Lebhafter Beifall.)

Ueber „Deutschlands Landwirtschaft, Produktion und Volksernährung nach dem Kriege“ sprach dann Geheimrat Professor A er o b o e (Breslau): Dank der verschiedenen Verfahren der Stickstoffgewinnung werden wir auf dem Gebiete der Düngung eine völlige Umwälzung erleben. Der Mehrertrag durch die Stickstoffdüngung, die ganz unabhängig von der Zufuhr des Chilisalpeters sein wird, dürfte ganz außerordentlich sein. Durch vermehrte Wiesendüngung werden wir zu einem reichen zweiten, ja dritten Schnitt kommen. Geringere Wiesen wird man für Wald oder durch Entwässerung als Acker benutzen. Der Anbau von manchen Hülsenfrüchten, die nicht mehr als Stickstoffsammler in Frage kommen, wird eingeschränkt, dagegen die Lupinenkultur ausgedehnt werden. Der Mangel an Kraftfutter wird zur Einschränkung der Mastviehhaltung führen, die Milchviehhaltung „ein anderes Gesicht“ bekommen, die Schweinehaltung an Bedeutung verlieren. Die Arbeitsbedingungen werden ganz andere werden, die Löhne sicherlich steigen. Ausländische Wanderarbeiter, auch die Kriegsgefangenen, werden fehlen. Man wird für die Beschaffung heimischer Arbeiter sorgen müssen. Die Maschine wird weit größere Verwendung finden; dazu bedarf es eines geschulten Personals. Sehr ausführlich verweilte der Redner bei der Preispolitik. Milch, Butter, Eier, auch Kartoffeln und Gemüse seien viel zu billig. Der Redner schloß: Man muß dem Kleinbauern das Leben auf dem Lande angenehm machen. Das deutsche Land muß ihm eine begehrenswertere Heimat sein als die Steinhäuser der Großstädte. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Ernährungsrat.

Eine Rede des Ministers Höfer.

Die heutige Sitzung des Ernährungsrates wurde um 10 Uhr vormittags durch den Vorsitzenden Grafen Parisch eröffnet. Als erster Redner sprach Abgeordneter Eiderich über die Durchführung der Kartoffelbewirtschaftung.

Nach ihm ergriff Ernährungsminister G.M. Höfer das Wort. Er gab zunächst einen Rückblick über die Schwierigkeiten in der wirtschaftlichen Lage während der abgelaufenen Monate und eröffnete Ausblicke in die allgemeine Wirtschaftslage der nächsten Zukunft. Hieran schlossen sich Aufklärungen über die Regierungsmaßnahmen, die bei der letzten Tagung des Ernährungsrates durchgeführt wurden. G.M. Höfer wies auf die außerordentlichen Schwierigkeiten hin, die mit dem Frühjahr eintraten, als die Vorräte der letzten eigenen Ernte aufgezehrt und fast keine Kartoffeln mehr vorhanden waren. Die Zufuhren aus Rumänien konnten nicht durchgeführt werden, da die Donau vereist war und anderweitige Transportmöglichkeiten aus technischen Gründen erst Mitte April dieses Jahres durchgeführt werden konnten. Im Oktober werden wir zum erstenmal probeweise eine Zubuße an Nahrungsmitteln, wie Kollgerste u. dgl., bekommen. Die Ausmahlung von Weizen und Roggen konnte infolge des günstigen Ernteergebnisses herabgesetzt werden. Dadurch gewannen wir eine Menge Kleie, was bei dem jetzt herrschenden Futtermangel von nicht zu unterschätzendem Wert ist. Auch konnte die Qualität des Brotes dadurch bedeutend verbessert werden. Die Erhöhung der Getreidepreise wurde durch eine Raffination so geregelt, daß durch die höheren Preise der Feinmehle und der Industrieernte das bisherige Defizit herabgesetzt werden konnte und die Staatsmittel nicht mehr so belastet sind. Trotz dieser Preiserhöhung brauchten die Preise für die Konsumenten nicht erhöht zu werden.

Der Minister ging dann noch auf weitere Einzelheiten der verschiedenen Versorgungsfragen ein und schloß mit einem Appell an die Mitglieder des Ernährungsrates, ihren ganzen Einfluß auf die Bevölkerung geltend zu machen, um das Wohlgefühl der weitesten Kreise zu heben.

Kurz nach 1 Uhr mittags wurden die Beratungen abgebrochen. Die Nachmittagsitzung nahm um 4 Uhr ihren Anfang.

Sammelt alles Verwendbare!

Die Uebernahmstellen des Ernährungsamtes (Haupt-
 sammelstelle, I. Bez., Trattnerhof 1) bezahlen in harem
 für je 1 Kilogramm Bucheln 50 Heller, Sonnenblumen-
 kerne 60, Kürbis-, Melonen- und Gurkenkerne 100,
 Steinobstkerne 10, Eicheln 70, Kastanien 30, Ahorn-
 früchte, Eichen- und Lindenfrüchte 75, Brennnesselstengel
 10, Brennesselblätter 25, Maisspindeln (entkörnte Mais-
 kolben) 15, Sonnenblumenstengel und Köpfe 6, Lein-
 spren 12, Hanfsamen 30, Federich 65, Brombeer-,
 Erdbeer- und Himbeerblätter 200, Vogel-, Mehl-, Els-
 beeren und Weißdornfrüchte 50, Lueden, erdrei- und
 heutrocken 25, Maziensamen und Christusdornsamen in
 Hülsen 40 Heller. Die Preise werden für 1 Kilogramm
 rauchtrockene, lagerfähige Ware bezahlt; bei feuchter
 Ware macht die Uebernahmstelle entsprechende Abzüge.

23. IX. 1917

92

(Vor der Welt Hungersnoth.) Unter diesem Titel schreibt das Stockholmer Blatt „Politiken“: Der Krieg bedroht die Welt mit einer Hungersnoth. Die andauernd zurückgehende Bodenproduktion birgt große Gefahren in sich. Bei den Mittelmächten lebt man in Folge der Absperrung aus der Hand in den Mund und hilft sich durch Rationirung von Jahr zu Jahr durch. Aber aus den Verbandsländern, besonders aus Amerika, kommen überraschende Mittheilungen, die darthun, daß die Vorräthe mit rasender Schnelligkeit schwinden; die Weizenernte wird minimal, die Preise steigen ungeahnt schnell. Amerika durchlebt eine Weizenkrise, die die Preise auf eine ungeahnte Höhe treiben und den Preis des Weizens in noch höherem Maße empormirbelten. Die festgesetzten Höchstpreise und das Verbot des Terminhandels machten dort die Waare verschwinden, so daß der noch niemals vorgekommene Fall eingetreten ist, daß die amerikanischen Mühlen zur Zeit der Ernte ihren Betrieb einstellen mußten, weil sie keinen Weizen sich beschaffen konnten. Die Kornkammer der Welt, Argentinien, hat ein Getreideausfuhrverbot erlassen müssen, um selbst das Nöthigste zu haben. Die Vereinigten Staaten hatten nacheinander zwei schlechte Ernten. Trotzdem erfolgte 1915 und 1916 eine gewaltige Ausfuhr nach den kriegführenden Westmächten, die die Vorräthe verschlangen. Die Kriegführenden zahlten gute Preise und dadurch kam die Waare außer Land. Die Folge ist, daß nun in den Vereinigten Staaten selbst Broitknappheit herrscht. Die vorige Ernte war schlecht, die gegenwärtige nur wenig besser. Dem hungernden Europa bleibt nur Australien als Lieferant übrig; aber dessen Anbaufläche ist gering, die Zufuhr von dort äußerst beschwerlich. Indien kann kaum etwas entbehren. Hierzu kommen Unterseebootkrieg, Landesverwüstungen und dergleichen. Die Getreidefrage der Welt nähert sich einer Katastrophe, umso mehr, als die Bodenpflege drei Jahre vernachlässigt worden ist. Die Felder sind schlecht gepflügt und besäet. Mit der Vieh- und Fleischfrage ist es ähnlich schlecht bestellt. Mit raschen Schritten nähert sich die Welt einer Hungersnoth von einer Größe, wie sie bisher nicht gedroht hat.

750 Gr. durch ein Sieb vorher gefröhenden Quart barunter. Unter diese Masse wird ein Zeller voll mürber, ganz feingehackter Zwiebel gegeben, ein Teelöffel Backpulver und der feste Schmelz des Schweiß gegeben. In porzellanener Spritzform muß der Kuchen eine Stunde langsam im Ofen gebacken werden. Er wird beim Zerschneiden mit einem Messer zerlegt und in kleine Stücke zerlegt.

Sonntag, 23. September

1917

werfen, denn der Heilige Christophorus ist ein Helfer gegen Wassersnot. Er hilft aber auch gegen Krankheiten und allerlei Gebrechen. Darum winden ihm einfache Leute Schürzen, Bänder usw. um den Leib, die nach einiger Zeit wieder abgenommen und als Amulette getragen werden. Der Typus der Statue entspricht dem in vielen alten deutschen Städten vertretenen.

Aufgestellt ist die Statue wohl zwischen 1502 und 1513. Vielleicht reicht sie aber auch schon in das 15. Jahrhundert zurück. Die Verehrung des Heiligen läßt sich wenigstens schon in diesem Jahrhundert in den Ostseeprovinzen nachweisen. Im Jahre 1431 wird ein Altar des heiligen Christophorus in der Domkirche zu Riga erwähnt. Ferner enthält das Siegel des Deutschordensvogts in Bauske, das dieser wohl seit der 1443 begonnenen Erbauung des Ordenschlosses geführt hat, den heiligen Christophorus mit dem Baumstamm zur Seite, wie er das Christkind durchs Wasser trägt. Und endlich ist in dem auf der Rigaischen Stadtbibliothek aufbewahren, aus dem 15. Jahrhundert stammenden Missale des Altars des heiligen Kreuzes im Dom zu Riga in dem vorangehenden Kalendarium zum 25. Juli neben dem heiligen Jakobus Christophorus verzeichnet.

Eine neuere Sage hat die Legende von unseren Heiligen mit der Erbauung der Stadt in Verbindung gebracht. Ein Riese, der bei den Kasematten an der Karlsporte hauste, trug die Leute über den Rigabach. In einer Nacht weckte ihn lautes Rufen. Als er mit seiner Laterne hinausleuchtete, sah er am jenseitigen Ufer ein weinendes Kindlein stehen, das herübergebracht sein wollte. Der Riese tat es und behielt das Kind während der Nacht in seiner Hütte. Am andern Morgen war es verschwunden, aber wo es geruht, lag ein Haufen roten Goldes. Mit diesem Golde soll nach des Riesen Tode die Stadt Riga mit ihren Mauern und Türmen erbaut worden sein. Diese Erzählung ist aber wohl erst im 17. Jahrhundert entstanden.

Kriegsküchenzettel mit erbetenen Kochvorschriften.

Von Luise Holle.

Sonntag: Brühwürfelsuppe mit Mohrrüben und Grünkloß. Kalbscheiden mit Tomaten, Kartoffeln. Auflauf von Birnen.

Brühwürfelsuppe mit Mohrrüben und Grünkloß. 110 g. 250 Gr. Mohrrüben putzt man, schneidet sie in feine Streifen und kocht sie in leichtem Salzwasser weich. Die Mohrrübenbrühe wird mit 1 Liter Brühwürfelbrühe vermischt, eine Prise Zucker und eine Prise Pfefferersatz „Pfefferzig“ daran getan und reichlich gehackte Petersilie an die Suppe getan. Zum Grünkloß kocht man 125 Gr. Hafersgrühe in halb Magermilch, halb Wasser langsam (Kochliste!) ganz weich, rührt ein Stückchen Butter durch und schmeckt sie mit Salz und geriebener Muskatnuß ab. Man drückt die Grühe in eine ungespülte glatte runde Form, stellt sie 10 Minuten in den warmen Ofen und stürzt sie in die Suppenschüssel, worauf man die Suppe behutsam, damit der Grünkloß nicht zerfällt, über ihn füllt.

Kalbscheiden mit Tomaten. Aus knochenfreiem Kalbsfleisch werden Scheiben geschnitten, die man leicht klopft und

23./IX. 1918

95

Beschränkte Speisenabgabe in den Gasthäusern.

Zu Monat November sollen eigene Gasthauskarten eingeführt werden. Jeder Besucher wird, wenn er eine Mahlzeit einnehmen will, dem Wirt eine amtliche Speisemarke übergeben müssen. Nach einem Entwurfe, der im Ernährungsamte eingebracht wurde, soll die Speisenabgabe in Gastwirthschaften und Speisehäusern auf die beiden Hauptmahlzeiten (Mittags und Abends) beschränkt bleiben, und zwar darf nur verabreicht oder über die Gasse verkauft werden: Einer Person mittags einmal Suppe, Fleisch im Höchstgewichte von 10 Dekagramm mit Beilage, einmal Mehlspeise; abends einmal Fleisch im Höchstgewichte von 10 Dekagramm mit Beilage und 10 Dekagramm Käse. Vor- und Nachspeisen sind gestattet, doch dürfen zu deren Zubereitung Fleisch, Mehl, Milch oder Eier nicht verwendet werden. Bewerber um Speisemarken müssen schriftlich erklären, daß sie regelmäßig außer Haus speisen. Durch diese Einschränkung soll die Doppelversorgung verhindert werden.

Zwetschkenknödel.

Wem läuft das Wasser nicht im Munde zusammen, wenn er heutzutage von Zwetschkenknödeln hört, dieser lieblichen appetitlichen Spezialität bester wienerischer Mehlspeisetradition? Sonst stand der Herbst im sonnigen Zeichen des Zwetschkenknödels. Es gab kein Gasthaus, wo es nicht verheißungsvoll alltäglich die Speisefarte zierte, man traf nicht leicht eine Familie, wo nicht wöchentlich einige Male Zwetschkenknödel auf den Tisch kamen. Einmal, ja einmal war es so. Nun sind im männermordenden Krieg die Zwetschkenknödel zwar nicht vollständig ausgestorben, aber doch sehr rar geworden. Die vielen Rohstoffe, deren es bedarf, bevor ein Knödel zustande kommt, finden nämlich höchst selten zueinander. Man hat entweder Mehl und Zwetschken oder man hat Butter und auf mysteriöse Weise Semmelbrösel, die verpönten und illegalen Vorgängen entstammen. Aber auf einmal hat man alle diese Sachen fast nie und darum wird das sporadische Auftauchen von Zwetschkenknödeln mit ohrenschmetterndem Hurra begrüßt, dem unverzüglich ein rücksichtsloser

Sturmangriff folgt. Leider treten solche Ereignisse nur sehr selten ein. Gelingt es der sorgenden Hausfrau wirklich, alle Ingredienzien gleichzeitig auf den Küchentisch einzufangen, wird sie als Siegerin mit einer Härlichkeit gefeiert, gegen die selbst die Aufmerksamkeiten der Flitterwochen verblaffen müssen.

Der nahrhafte Landaufenthalt.

Was die Sommerfrischler erlebten.

Nun sind sie alle wieder zurück. Die einen haben freiwillig die Sommerfrische verlassen, weil es zu Herbsteln beginnt. Die anderen gehorchten, dem Befehl der betreffenden Landes- und Bezirksbehörden, die dem Treiben der gefräßigen Fremden ein Ende bereiten wollten. Aber beide Gruppen denken mit Behmut an die schöne und „nahrhafte“ Zeit zurück, an die Sommerfrische, in der diesmal weniger die ideellen Naturschönheiten denn die realen Naturgaben, die Naturalien einfach, in Form von Milch, Butter, Eiern, Käse und dergleichen, das Interesse der Sommergäste fanden. Hätte die Zeit in der Sommerfrische „ihren Mann nicht ernährt“ — so wär' er eben nicht dort geblieben. Die Tatsache, daß trotz der vielen hundert Warnungen, die von behördlicher und privater Seite zu Beginn des heurigen Sommers gegen das „Aufs-Land-gehen“ erlassen wurden, doch viele tausend Leute, die diesen Warnungen keinen Glauben schenkten, in manchem Ort das Dorado lustvoller Genüsse gefunden haben und lieber bis in den Winter hinein dort bleiben, als nach der Stadt zurückkehren wollten, diese Tatsache beweist, daß die Warnungen in den meisten Fällen unangebracht, ja einfach gegen das Interesse der Approvisionnement Wiens ausgesprochen waren.

Denn der Bauer in einem kleinen Nordtiroler Orte beispielsweise, wo einige Wiener Landaufenthalt nahmen, hätte ohne diese Sommergäste kaum etwas mit seinen verhältnismäßig übergroßen Vorräten an Milch, Butter, Käse, Speck usw. anzufangen gewußt, wenn nicht eben diese Gäste gekommen wären, denen er die Lebensmittel zu freilich nicht mehr häuerlichen und schon mehr als bürgerlichen Preisen — immerhin aber noch billiger als in Wien — verkauft hat. Diese etwa fünfzig Wiener konnten sich drei bis vier Monate lang in dem Tiroler Nest bis zur vollen Sättigung verköstigen. Also gab es in Wien um fünfzig Esser weniger, die weit mehr gesättigt sind, als wenn sie die Zeit über in Wien geblieben wären, also wenigstens in der nächsten Periode nicht zu den Ewig-Hungrigen gehören werden. Angenommen, es hätte bloß 50 solcher Orte gegeben, in denen sich durchschnittlich je 50 Wiener im Sommer so trefflich verköstigt hätten. So wäre Wien um 2500 Esser entlastet gewesen. Einzelne Orte in Tirol und Oberösterreich, wo die Approvisionnement eine vorzügliche war, haben jedoch noch weit mehr Sommergäste aus Wien beherbergt.

Nicht nur die Sommerfrischler selbst, die aus Tirol, Oberösterreich, aus dem Riesengebirge, aus Mähren und aus gewissen Orten Niederösterreichs zurückgekehrt sind, erklären, daß die Approvisionnement auf dem Lande im allgemeinen eine gute war. Man mißtraut ihren Lobpreisungen, man meint, sie wollten einem nur den Mund wässrig machen, dem Amurren der Mägen der Sommerfrischerhinterlandsmenschen zum Trost vom Ueberfluß an genossenem Fleisch, an Milch und Butter erzählen. Aber man darf ihnen dennoch glauben. Denn auch die Funktionäre der Fremdenverkehrsverbände, die die Angelegenheit streng objektiv beurteilen, bestätigen, daß ihnen heuer von keinem der Leute, denen sie auf Verlangen Orte als Sommeraufenthalt empfohlen haben, Beschwerden zugekommen sind, daß vielmehr aus den angeratenen Sommerfrischen zurückkehrende Wiener sich dankbar über die gute Verpflegung in diesen Orten geäußert haben. Einige Funktionäre haben sich übrigens auch selbst in Orten Tirols sowie Oberösterreichs von dem günstigen Stand der Verpflegung der Sommergäste überzeugt.

Tirol scheint in diesem Jahre vor allem das Land gewesen zu sein, in dem wahrhaftig Milch und Honig floss, in dem aber auch Milchprodukte, Fleisch und Kartoffeln in ziemlicher Menge vorhanden waren und den Sommergästen während ihres Aufenthaltes anstandslos und gegen verhältnismäßig geringe Bezahlung ausgefolgt wurden. Samstenden Fremden wurde freilich nichts gegeben, ja auch obreisende Sommergäste konnten von den nahrhaften Kostbarkeiten nichts mitnehmen. In den Orten des Oberinntals, in der Umgebung Innsbrucks, in Fünf, Igels, Lands usw. waren die Sommergäste vorzüglich verpflegt. Wohl gab es Gasthöfe, die nur eine Maximalzahl von Gästen, etwa 30, in Wohnung und Verpflegung aufnahmen. Und so kam es mitunter vor, daß ankommende Fremde, die Unterkunft suchten, in den bereits überfüllten Gasthöfen abgewiesen wurden und nach einem benachbarten Orte weiterwandern mußten. Aber dort fanden sie gewiß Unterkunft und gute, billige Verpflegung. Die Pensionpreise in den Tiroler Gasthöfen zum Beispiel, die zur Friedenszeit etwa 5 Kronen pro Tag betragen, sind bloß auf das Doppelte gestiegen, wobei aber die Portionen, insbesondere die Fleischportionen, in ihrer Größe die gleichen geblieben sind. In Oberösterreich, in Bad Hall, in Linz und in der Umgebung von Linz, in Mähren, insbesondere im Norden, in Böhmen, im Riesengebirge, im Salzammergut an vielen Orten und in Niederösterreich im Kamptal und in der Melfer Gegend war die Verpflegung der Sommerfrischen eine sehr gute. Weniger gut, manchmal sogar schlecht, war sie bloß in den Kurorten der Umgebung Wiens, wie zum Beispiel in Vöslau, Baden usw., sonst in Niederösterreich auch gegen die mährische Grenze hin. Freilich gab es auch in diesen im allgemeinen schlechter approvisionierten Orten Gasthöfe und Privatpensionen, in denen die Gäste, wenn auch für viel Geld, genügende Verpflegung fanden. Tatsache aber ist, daß vielen Wienern, die sich durch Warnungen nicht abschrecken ließen, ein „nahrhafter Landaufenthalt“ wurde, um den sie von vielen anderen beneidet werden.

halt“ wurde, um den sie von vielen anderen beneidet werden.

23./IX. 1917

22

98

Der Ernährungsrat.

Nach vier Monaten hat gestern der Ernährungsrat seine Tätigkeit wieder aufgenommen. Minister Höfer nahm alle Schuld dieser langen Arbeitspause auf sich und erklärte sie durch seine Überlastung mit Arbeit, die vor allem durch die Tagung des Parlaments und seine Reisen in die Provinz ungeheuer vermehrt wurde. Trotzdem wissen natürlich alle Mitglieder, daß die lange Pause ausschließlich den agrarischen Geheeren gegen den Ernährungsrat und dem agrarischen Einfluß, unter dem der Ministerpräsident steht, zu schulden ist. Die Vertreter der Arbeiterschaft haben folgende Resolution eingebracht:

Der Ernährungsrat erhebt Einspruch gegen seine monatelange Ausschaltung und den Versuch, durch eine Enquete, deren Zusammensetzung nicht nur aus sachlichen Gründen bestimmt war, wichtige Fragen des staatlichen Ernährungsdienstes zu lösen. Der Ernährungsrat erklärt, daß seine ständige sachliche Mitarbeit neben dem Parlament ebensowenig eingeschränkt und ausgeschaltet werden darf wie die aller anderen sachlichen Beiräte der staatlichen Zentralstellen. Der Ernährungsrat wünscht, daß für seine Tagung auch die notwendige Zeit zur Verfügung gestellt wird, damit seine Verhandlungen mit der den Beratungsgegenständen würdigen Sachlichkeit geführt werden können; er erklärt, daß die Zeit für neuerliche Experimente zu ernst ist, als daß ein beständiger Wechsel in den Anschauungen und im Willen der Regierung ertragen werden könnte.

Die Resolution wurde gegen zwei agrarische Stimmen — alle anderen Agrarier stimmten für die Resolution — angenommen, dagegen wurde der erste Satz, wo über die Ernährungs-enquete geurteilt wird, mit 25 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Die Agrarier bekennen sich nun, wo die Befestigung des Ernährungsrates — und das war hoch der eigentliche Zweck der Enquete — nicht möglich ist, nicht mehr gern zu ihren Geheeren. Nur so vollblütige Agrarier wie der Herr Baron Ehrenfels stimmen natürlich gegen die Resolution.

Der übrige Teil der Sitzung wurde ausschließlich von den Berichten des Ausschusses für Kohlenversorgung ausgefüllt. Der Minister für öffentliche Arbeiten **S o m a n n** leitete die Verhandlung, nach der Berichterstattung durch Abgeordneten **D i a m a n d** mit einer eingehenden Darstellung der Verfügungen ein, die die Regierung getroffen hat und noch zu treffen beabsichtigt. Die Verordnungen sind ja bekannt und alle Versprechungen der Regierung, für die Kohlenanlieferung zu sorgen, wurden selbstverständlich wiederholt. Den Dank, den der Minister den Bergarbeitern abgestattet hat, für deren außerordentliche Arbeitsleistung er nur von Bewunderung erfüllt sein kann, haben unsere Vertreter, die in der Debatte das Wort nahmen, durch die Schilderungen der Rechtslosigkeit und der fürchterlichen Ausbeutung, die durch das Kriegskriegsgesetz verübt werden konnte, in das rechte Licht gerückt. **C h o b o t**, der die Verhältnisse im Mährisch-Osttrauer Revier geschildert hat, konnte vor allem nachweisen, wie die mangelhafte Ernährung schuld daran war, daß die Kohlenlieferungen so außerordentlich zurückgegangen sind. Auch heute fehlt den Bergarbeitern noch immer jeder maßgebende Einfluß auf die Verteilung der Lebensmittel und die Versuche, die Arbeiter in die Geschäftsgebarung dieser Verteilung Einblick nehmen zu lassen, scheitern an dem passiven Widerstand der Werksverwaltungen. **Emmy Freundlich** sieht in der späten Einführung der Kohlenkarte und der dadurch gebotenen Möglichkeit, daß sich der besitzende Teil der Bevölkerung nun reichlich eindenken kann, eine große Gefahr für die Kohlenversorgung der arbeitenden Bevölkerung. Wenn uns auch der Minister erklärt, es müsse dann eben der Hausherr aus dem ersten Stock die

frierende Reservistenfrau im vierten Stock mitversorgen, so können wir diese Versicherung nur mit der größten Skepsis aufnehmen. Man habe bisher mit der Energie, die die Regierung gegen die Besitzenden aufbringt, viel zu schlechte Erfahrungen gemacht, als daß man diesen Versprechen großen Wert beilegen könnte. Sie weist auf die Notwendigkeit hin, jene Familien, wo Säuglinge sind, bei großer Kohlennot vor allem zu versorgen, da die Kindersterblichkeit durch die mangelnde Wärme außerordentlich vermehrt werden müßte. Auch für die Beheizung jener Räume, wo Diensthoten und Gesellen schlafen, muß vorgesorgt werden. Da nur Karten für den Haushalt ausgegeben werden, besteht die Gefahr, daß die Familie alle Kohlen für sich verwendet und die Angestellten in vollständig ungeheizten Räumen schlafen und wohnen müssen. Der Minister glaubt diesem Uebelstand durch eine strenge Wohnungskontrolle begegnen zu können.

Den merkwürdigsten Antrag hat jedenfalls der Herr **W i l e l**, deutschnationaler Arbeitervertreter aus Bisterschau, eingebracht. Der Herr ist mit seinen Anträgen, die er in reicher

Fülle einbringt, eine ständige Verlegenheit des Ernährungsrates. Diesmal wollte er nichts anderes, als daß man alle Schulen in Oesterreich vom 15. Dezember bis 28. Februar sperre. Der Herr meint wahrscheinlich, wenn man es mit seinem geringen Wissen bis zum deutschnationalen Arbeiterführer bringen kann, dann sei es vollständig überflüssig, daß die Kinder lernen. Unter dem Eindruck, daß sein Antrag nicht nur die Ablehnung, sondern auch die allgemeine Entrüstung des Ernährungsrates und der Regierung erregt hat, zog er dann den Antrag zurück. Für den Geist dieser nationalen Helden, die alles zu verstehen glauben und immer nur beweisen, daß sie nichts verstehen, ist dieser Antrag gewiß bezeichnend.

Es wurde dann noch eine Resolution **G r a n i t s c h** angenommen, die verlangt, die Regierung solle die Gemeinden veranlassen, daß sie Wärmestuben und Abendheime für jene Menschen errichten, die den ganzen Tag nicht zu Hause sind und die am Abend nicht heizen wollen oder können, weil sie außerstande sind, sich Kohlen zu beschaffen, oder aus Ersparungsrücksichten keine kaufen. Dadurch könnte der allgemeine Markt entlastet werden und die Menschen — es handelt sich vor allem um die halbwüchsige Jugend — hätten einen angenehmen und kostlosen Aufenthalt.

Krankenkost für Minderbemittelte und Arme.

Die Hilfsaktion der Erzherzogin Isabella teilt uns mit: Arme Kranke, insbesondere Wöchnerinnen und Kinder können kräftige Krankenkost aus Suppe, Fleischspeise, Gemüse, gekochtem Obst oder Mehlspeise zum Pauschalpreise von 1 Krone erhalten. Ärztlicher Krankheitsnachweis ist erforderlich, die Bedürftigkeit wird überprüft. Anmeldungen sind an das Charitashaus, 7. Bez., Kaiserstraße 92 und 9. Bez., Währingergürtel 104, zu richten.

25. IX. 1917

101

* Vorschläge zur Entlastung der Hausfrau. Da schon aus Gründen wirtschaftlicher Notwendigkeit angenommen werden kann, daß auch nach Beendigung des Krieges die Beteiligung der Frauen und Mädchen an den verschiedensten Berufstätigkeiten weit größer sein wird, als dies im Frieden der Fall war, gilt es Mittel und Wege zu finden, um zur Entlastung der Frauen die Arbeiten der Haushaltung möglichst zu vermindern. Ein solches Mittel wäre, nach den von Prof. Dr. Chr. Nussbaum in der „Umschau“ gemachten Vorschlägen, die Einführung von „Einheitsstücken“. Da das Reinigen und Bügeln der Wäsche die Haushaltung ganz besonders erschwert und unverhältnismäßig viel Zeit raubt, sollten in Zukunft derartige Arbeiten nach Möglichkeit in besonderen öffentlichen Anstalten erledigt werden. Die Wäschereinigung würde in von der Stadtverwaltung, von Wohlfahrtsvereinen, Mietervereinen usw. unterhaltenen Anstalten auch die Kosten eher verringern als erhöhen. Ein besonders wichtiges Problem ist die Vereinfachung der Raumheizung, und hierfür wird vorgeschlagen, möglichst ganze Baublocks mit einer einheitlichen Heizanlage zu versehen. Solche Versuche könnten in Baublocks, die Bau- oder Mietervereinigungen gehören, ohne weiteres unternommen werden. Die Vorteile der Baublockheizung sind einleuchtend. Das Heizmaterial würde dadurch unbedingt verbilligt, da der Einkauf der Brennstoffe in solchen Mengen erfolgen könnte, daß ein unmittelbarer Bezug von den Zechen in ganzen Wagenladungen in Betracht käme. Die Arbeit des Einheizens, des Reinigens von Defen usw. wäre jedenfalls damit aus der Welt geschafft. Weiter ist eine bessere Ausnutzung der Häuser, die wiederum die Mieten verbilligen könnte, anzustreben. Wenn die Wäschereinigung nach den oben genannten Darlegungen vor sich geht, sind die Waschküchen in den Wohnhäusern überflüssig, die Unterkellerung könnte durch ein Untergeschoß ersetzt werden, das Geschäftsräume, Vorratskammern, vermietbare Lagerräume usw. birgt. Die Durchführung dieser und ähnlicher Vorschläge im Rahmen einer vernünftigen Organisation kann der Hausfrau so viel Mühe abnehmen und ihr so viel Zeit ersparen, daß die Haushaltungen unter der beruflichen Tätigkeit der Frauen außer Hause nicht zu leiden brauchen.

Gepäddurchsuchung mit gefülltem Bajonett.

Kummelherdt (Christlichsozial) stellt folgende Anfrage: Am vorigen Sonntag haben sich in den Bahnhöfen an den Wiener Lokalstrecken außerordentlich peinliche Szenen abgespielt. Wiener Ausflügler wurden von dazu kommandierten Landsturmlenten, die zum Teile der deutschen Sprache nicht mächtig waren, mit gefülltem Bajonett unter Führung von Unteroffizieren angehalten, ihre Kuckfäden und sonstiges Reisegepäck wurden untersucht und Milch, Kartoffeln sowie andere Lebensmittel, die vielfach von Verwandten auf dem Lande den Betroffenen überlassen worden sind, rücksichtslos weggenommen. In einigen Bahnhöfen wurden zu diesem Zwecke sogar russische Gefangene verwendet. Der diensthabende Gendarmeriewachtmeister notierte die Namen der betreffenden Reisenden und stellte ihnen Strafe in Aussicht. Es ist gewiß nichts dagegen einzuwenden, wenn die Behörden Vorkehrungen treffen, daß die von ihnen erlassenen Verordnungen eingehalten werden und die Herkunft der von den Reisenden mitgeführten Lebensmittel festgestellt wird, um etwaige Plurdiebstähle u. dgl. zu ahnden; in Fällen aber, wo der erlaubte Bezug dieser Lebensmittel nachweisbar ist, sollte denn doch, insbesondere bei Lebensmitteln, die infolge der Konfiskation ihrer eigentlichen Bestimmung nicht mehr zugeführt werden können, wie dies bei der Milch der Fall ist, anders, und zwar humaner vorgegangen werden, namentlich in einer Zeit, wo zum Beispiel Milch auf dem Lande leicht abgegeben werden kann, während in Wien nicht einmal Kinder und Kranke mit der notwendigsten Milch versorgt werden können. Diese außerordentlich strenge Handhabung der diesbezüglichen Verordnung ruft mit Recht gerade in den Kreisen der Mindestbemittelten, die durch Verwandte auf dem Lande in ihrer jetzt sehr erschwerten Lebensführung unterstützt werden können, Erbitterung hervor, um so mehr, als es sich in allen Fällen nur um ganz geringe Mengen dieser Lebensmittel handelte. Während in gewissen Wiener Kaffeehäusern von eingewanderten Galizianern und anderen nicht legitimen Zwischenhändlern noch immer ungeschont und ungestört der frivollste Lebensmittelwucher betrieben wird, geht man der Frau aus dem Volke, die in einem Kuckfaden ein paar Kartoffeln für ihre hungernden Kinder nach Wien bringen will, hart zuleibe.

Der Bürgermeister wird gefragt, ob er geneigt ist, bei den kompetenten Stellen dahin wirken zu wollen, daß Nahrungsmittel vom Lande in gewissen zu begrenzenden Mengen als Reisegepäck anstandslos nach Wien gebracht werden dürfen.

Eingriffe in das Privatrecht des einzelnen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Es ist mir natürlich nicht bekannt, wie die Verhältnisse sich auf dem Lande abspielen; ich kann Ihnen nur mitteilen, daß auch der Statthalter solche Konfiszierungsabsichten für Wien hatte, ich habe es aber entschieden abgelehnt, daß sich Marktamtsorgane zu derart ungesetzlichen Handlungen hergeben. (Lebhafter Beifall.) Wir leben gewiß in einer schweren Zeit, aber es ist nicht notwendig, solche Eingriffe in das Privatrecht des einzelnen zu machen. Wie stellen sich die kompetenten Faktoren eine solche Revision in den Bahnhöfen vor? Mit den Bügen kommen jedesmal 600 bis 800 Personen, jeder hat einen Kuckfaden, und da stelle man sich nun vor, daß kommissionell jeder Kuckfaden untersucht werden soll, und wenn jemand einen Streifen Butter oder drei Eier hat, diese Sachen weggenommen werden sollen. Ich glaube, daß ich den ganzen Gemeinderat hinter mir habe, wenn ich gegen ein solches Ansinnen der Staatsgewalt eine durchaus ablehnende Haltung einnehme. (Lebhafter Beifall.)

26/IX. 1917

103

Die Hausfrauen und das Parlament.

Zur Parlamentsöffnung versammelten sich gestern im Festsaal des niederösterreichischen Gewerbevereines mehrere hundert Frauen der „Kohö“; auch Delegierte aus Brünn, Troppau, Eger, Mödling, Baden, Kornenburg, St. Pölten, Steyr und Salzburg waren erschienen. In der Versammlung wurde die Forderung aufgestellt, daß das Parlament ungehindert von allen nationalen Spaltungen, von Klassengegenständen und einseitigem Interessenschutz positive wirtschaftliche Arbeit leisten möge. Gestaffelte Kartoffelpreise, Maßnahmen gegen das Verderben großer Lebensmittelmengen infolge der Ueberorganisation, Zurückeroberung der Hausfrauenrechte auf dem Gebiete der häuslichen Konservierung von Lebensmitteln (Eier, Kartoffeln, Obst und Gemüse), Einflußgewährung den Hausfrauen auf die Lösung aller Fragen der Preisbildung und Lebensmittelverteuerung, zwecks Kohlenersparnis Ausbau des Wärmestuben- und Gemeinschaftsküchenwesens (Errichtung von Mittelstandsabendheimen unter Unterstützung von Staat und Stadt), Konsumentenschutz bei Erstellung von Richtpreisen im Lebensmittelverkehr sowie im Bekleidungswesen (Gewinnzuschlag nicht nach verteuertem Rohstoffpreis, sondern in Relation mit den Arbeitslöhnen) werden als besondere Wünsche des Mittelstandes dem Parlament vorgelegt, das selbstverständlich seine vornehmste Aufgabe in der Befundung des unbeugsamen Friedenswillens sehen müsse.

Der Abend
26. IX. 1917

28
26

104

Die gemeinschaftliche Einkaufsstelle der Sanatorien.

r. Anlässlich der Regelung des Verkehrs in den Sanatorien hat das Ernährungsamt verlangt, daß eine gemeinsame Einkaufsstelle geschaffen werde. Das ist geschehen. Leider wurde dabei derselbe Fehler gemacht, der in der letzten Zeit bei allen Beratungen über Ernährungsfragen getadelt wurde. Man hat wieder das Finanzkapital herangezogen. Eine Bank hat die gemeinschaftliche Stelle geschaffen und führt die Arbeit durch. Die Bedingungen sind auch barnach. Wie man uns versichert, muß der Kostenbetrag für jede einzelne Lieferung vom Tage der Anzeige mit $5\frac{1}{2}$ v. S. verzinst werden, auch wenn auf die Waren noch so lange gewartet werden muß. (Nebenbei sei bemerkt, daß es für Sanatorien keine Höchstpreise gibt.) Noch stärker ist aber die Bedingung, daß die Sanatorien verpflichtet sind, im Jahre für zehn Millionen Kronen Waren zu kaufen, woran die Bank 3 v. S. verdient. Außerdem müssen die Sanatorien alle Spesen bezahlen. Sollte der Umsatz zehn Millionen Kronen nicht erreichen, so müssen trotzdem die 300.000 Kronen Provision bezahlt werden. Wie man weiß, sind infolge der amtärztlichen Überwachung jetzt auch Kranke in den Sanatorien. Wer muß das bezahlen, nachdem auch für Kranke das Gesetz der Überwägung gilt? Es ist sicher im höchsten Grade bedauerlich, daß man sogar das Gesundwerden zum Gegenstand der Ausbeutung durch das Finanzkapital machen läßt und daß es von den Behörden gefördert wird.

Wie man uns mitteilt, ist es die jugendliche Wiener Commerzbank, die sich bei diesem Geschäft ihre Sporen selbstverständlich außer dem schönen Profit — verdient.

Gegen das Anstellen.

Abg. Dr. v. Langenhan hat an den Minister für Volksernährung eine Anfrage gerichtet, die Maßnahmen verlangt, die das Anstellen vor den Verkaufsläden unnötig machen. Die Anfrage führt unter anderem aus, daß noch immer besonders um Fett, aber auch um Gemüse, Kohle und Fleisch die Leute, sehr häufig aber auch Kinder, oft schon den Tag vorher und die ganze Nacht über sich anstellen müssen. Häufig kommt es vor, daß ein großer Teil der Angestellten, ohne etwas erhalten zu haben, wieder fortgehen muß. Wie das auf die Stimmung der Bevölkerung wirkt, kann man

sich lebhaft vorstellen. Der Interpellant verweist auf die ersten sanitären und moralischen Nachteile, die sich aus dem Anstellen ergeben, und führt dann weiter aus: So wie es möglich war, durch eine zielbewusste Organisation in Wien das Anstellen um Brot, Mehl und Butter zu verhindern — auch die Versorgung mit Kartoffeln ist wenigstens einigermaßen geregelt —, so muß es auch möglich sein, alle anderen zum Verkauf gelangenden Gebrauchsgegenstände, wie Fett, Kraut, Kohle usw., zumindest ohne stundenlanges Anstellen den Verbrauchern zuzuführen. Vor allem wäre es aber dringend notwendig, eine größere Anzahl von Verkaufsstellen zu errichten, den Verbrauch aller dringenden Verkaufsgegenstände zu rationieren und rationieren und die Verkäufer anzuhalten, daß sie ihre Läden nicht nach Willkür einige Stunden öffnen, wann es ihnen paßt, so daß die Leute gezwungen sind, in einer verhältnismäßig kurzen Zeit ihren Bedarf zu decken und sich daher anstellen müssen, um zurecht zu kommen. Abg. Dr. v. Langenhan fordert: Es müssen alle wichtigeren Verbrauchsgegenstände an möglichst viele Händler in entsprechender Menge verteilt werden; diese müssen zu diesem Zweck Kundenlisten führen. Einlangende Waren wären auf die eingetrogenen Kunden aufzuteilen und ihnen zu reservieren. Wenn auch der auf den Kopf entfallende Teil nicht groß wäre, so würde doch durch die Sicherheit, damit rechnen zu können, die Bevölkerung weitaus besser zufriedengestellt werden als durch das bisherige ganz unregelmäßige Verfahren.

27./IX. 1917

106

Die Versorgung der galizischen Flüchtlinge.

Im Parlamente haben die Abgeordneten Dr. Schürff, Webra und Genossen an den Minister G.M. v. Höfer eine Anfrage über die Versorgung der Flüchtlinge aus Galizien mit Lebensmitteln gerichtet, in der u. a. ausgeführt wird:

Das Land Niederösterreich leidet hinsichtlich der Versorgung mit Lebensmitteln unter der Kronlandsperre ganz außerordentlich, da es sich aus den eigenen Produkten nicht genügend versorgen kann und von den überproduktiven Ländern, die alle Landesprodukte nur für sich verwenden wollen, nur sehr wenig und das Wenige auch nur sehr schwer und ungleichmäßig erhält. Dazu kommt aber jetzt noch, daß die zu versorgende Bevölkerung durch die Unterbringung von vielen Tausenden Flüchtlingen ganz bedeutend gewachsen ist. Der größte Teil dieser Flüchtlinge stammt aber aus Galizien. Dort herrscht nach verlässlichen privaten Nachrichten geradezu Ueberfluß an Mehl, Fleisch, Milch, Kartoffeln, so daß in den Städten, wie Lemberg, Przemysl, von einer Lebensmittelnappheit keine Rede sein könne. Ja, man bekommt dort trotz aller bestehenden behördlichen Einschränkungs-vorschriften noch immer Schlagoberskaffee, Salzstangerln und sonstiges Weißgebäck, während in Niederösterreich bei Mehl, Brot, Milch, Fett die einschneidendsten und für die Volksgesundheit gefährlichsten Kürzungen vorgenommen werden mußten. Es ist daher nur gerecht und billig, daß das mit Lebensmitteln noch so gesegnete Land Galizien an das lebensmittelarme Land Niederösterreich, in dem so viele Tausende Galizianer untergebracht sind und versorgt werden müssen, einen größeren Zufluß an Lebensmitteln als bisher leistet und daß es insbesondere für die Versorgung der aus Galizien stammenden Flüchtlinge herangezogen wird. Die sogenannte Kronlandsperre darf für Galizien kein Vorwand sein, um eine Kronlandsperre vorzunehmen. Darum stellen die Gefertigten an den Minister für Volksernährung die Anfragen:

Ist Seine Excellenz geneigt, für eine reichlichere Zufuhr von Nahrungsmitteln nach Niederösterreich aus Galizien mit Rücksicht auf die gute Ernte Galiziens Sorge zu tragen? Ferner von Galizien für die von dort stammenden Flüchtlinge die Zuweisung von Nahrungsmitteln zu fordern? Schließlich ebensowenig die Nahrungsmittelvorräte Galiziens genauestens erheben zu lassen und strenge Weisungen hinsichtlich Versorgung des minderproduktiven Landes Niederösterreich mit Verpflegungsgegenständen aus Galizien und hinsichtlich genauer Ueberwachung dieser Zuschüsse zu erteilen?

Die Lebensmittelversorgung Dalmatiens.

Abg. Biankini und Genossen brachten in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 8. Juli 1917 eine Interpellation ein betreffend die Lebensmittelversorgung Dalmatiens.

Ernährungsminister Graf Höfer hat nun die Interpellation in folgender Weise beantwortet: Behufs Vermeidung von Verpflegungsstörungen, wie sie sich im Vorjahre leider wiederholt ergeben haben, habe ich Vorjorge getroffen, daß dem Lande Dalmatien neben seinem laufenden Getreide- und Mehlfkontingent eine zweimonatige Getreidereserve, zum Teil in Körnern, zum Teil in Mehl, zugeschoben werde. Diese Reserve hat den Zweck, die Versorgung des Landes von den zeitweiligen Schwierigkeiten der Getreideaufbringung und des Transports unabhängig zu machen. Von der Erwägung geleitet, daß die Approvisionierungsverhältnisse Dalmatiens tatsächlich einer Verbesserung bedürfen, habe ich ferner die Verfügung getroffen, daß der gesamten Bevölkerung des Landes außerhalb der normalen Brot- und Mehlration eine Nahrungszubüse ausgesetzt werde.

27./IX. 1917

108

Sammelt Knochen!

In einer von den Abgeordneten Eisenhut, Bogendorfer, Wille und Genossen an den Ackerbauminister gerichteten Anfrage wird darauf verwiesen, daß es der Landwirtschaft an phosphorsäurehaltigem Kunstdünger mangelt, wodurch die Ernte des Jahres 1918 sehr in Frage gestellt wird. Die Genannten verlangen nun vom Ackerbauminister, daß er dahin wirke, daß die vom Volksernährungsamte herausgegebene Verordnung, betreffend die Knochensammlung in allen Gemeinden intensiv durchgeführt werde, damit die Landwirte das daraus erzeugte Knochenmehl zum Düngen der Aecker und Wiesen erhalten. Jene Gemeinden, die aber die größten Mengen Knochen aufbringen, sollen bei der Zuweisung von Kunstdünger entsprechend berücksichtigt werden.

27./IX. 1917

33

109

* Schon wieder verdorbene Lebensmittel in Graz
Wie die „Gr. Ztg.“ erfährt, befanden sich in den letzten
Tagen in einem Hofe der Brauerei Reininghaus etwa drei
Waggonladungen Weizen zum Trocknen aufgeschüttet. Der
Weizen wurde gänzlich verschimmelt dorthin gebracht und
in nicht viel besserem Zustande wieder fortgeschafft. Woher
er kam, wieso er verdarb und wohin er nun geführt wurde
und — wer ihn zu „genießen“ bekommt, darüber liegt
vorderhand mystisches Dunkel.

Hungernot auf der Insel Pago.

Ernährungsminister WM. Höfer hat eine
am 26. Juni von den Abgeordneten Prodan

und Genossen eingebrachte Interpellation, betreffend Elementarschäden und Hungernot auf der Insel Pago in folgender Weise beantwortet: Zur Vinderung der durch wiederholte Missernten wahrhaft traurigen Approbitionierungsverhältnisse in Pago wurde vor kurzem dort eine Volksküche errichtet, in der die ärmste Bevölkerung unentgeltlich oder zu sehr niedrigen Preisen einmal im Tage verköstigt wird. Zu diesem Zwecke wurde der Gemeinde bereits eine Geldunterstützung von 4000 Kronen aus dem Fonds für Mindestbemittelte gewährt, ferner wurde ihr eine weitere monatliche Unterstützung in Aussicht gestellt. Für die Aufrechthaltung des Volksküchenbetriebes hat die Statthalterei Kollagerste zur Verfügung gestellt. Im Hinblick auf die bestehenden Vorschriften bin ich leider nicht in der Lage, eine Erhöhung der Brot- und Mehlration zu bewilligen, dagegen habe ich, von der Erkenntnis durchdrungen, daß der Bevölkerung Dalmatiens sobald als möglich geholfen werden müsse, die Verfügung getroffen, daß der Bevölkerung des Landes eine Nahrungsmittelzubereitung in dem in der bezüglichen Verordnung vorgesehenen Höchstmaß ausgefolgt werde.

28. IX. 1917

M

Lebensmitteleinfuhr und Valutafrage.

Auf Wunsch des Sachausschusses des Ernährungsrates fand gestern abend im Salon des Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhaus eine Beratung über die Frage der größtmöglichen Einfuhr von Nahrungsmitteln aus dem Auslande und die damit im Zusammenhang stehende Valutafrage statt. Der Beratung wohnten der Ministerpräsident Doktor Ritter v. Seidler, fast alle Ressortminister, ferner der Obmann des Sachausschusses Landeshauptmann Schräffl, die Mitglieder Ederich und Schreiter sowie die Vertreter der Devisenzentrale und der „Dezeg“ bei. Nach mehr als zweistündiger Beratung wurden die Wünsche der Vertreter der leitenden Verwaltungsräte der „Dezeg“ der Generaldirektoren Lemberger und Pilzer dahin konkretisiert, daß die Einfuhr wichtiger Lebensmittel aus dem Auslande gefördert und durch Schwierigkeiten der Valutabeschaffung nicht gehindert werden solle. Landeshauptmann Schräffl gab insbesondere dem Wunsche Ausdruck, daß die Holzausfuhr aus Tirol, insoweit sie aus kriegstechnischen Gründen gestattet werden kann, gefördert und das Erträgnis als Mittel zur Beschaffung der Valuta verwendet werde. Die Vertreter der Regierung erklärten sich in der Beratung bereit, den Verkehr der einzelnen Ministerien mit dem Ernährungsrat möglichst zu erleichtern und die Einfuhr von Lebensmitteln zu fördern.

ms

Pilzvorträge und -ausflüge.

Dienstag, den 2. Oktober, und Mittwoch, den 3. Oktober, hält Herr A. v. del Torre je einen belehrenden und aufklärenden Vortrag über die Pilze, und zwar in Mödling (im Gartensaal von Bergers Gasthof „zum Lamm“ vormals Deisenhofer in der Klostergasse). Zeit: von 4 bis 1/2 6 Uhr nachmittags. Anmeldungen zu den beiden Vorträgen in der Buchhandlung Thomas (Mödling, Elisabethstraße oder Hauptstraße) oder direkt beim Vortragenden, Mödling, Jubiläumsstraße 36 (Villa Dr. Weiser).

Pilzausflüge unter Leitung v. del Torres jeden Freitag und Sonntag. Zusammenkunft 1/2 10 Uhr vormittags beim alten Sommertheater in Mödling oder um 10 Uhr bei der Endhaltestelle der elektrischen Bahn in Hinterbrühl.

M4

Die Knochenbewertung.

In der gestrigen Sitzung des Stadtrates berichtete Stadtrat v. Stelner über das Ergebnis der von der Gemeinde Wien im August dieses Jahres eingeleiteten Knochenfammlung und über das Nebereinkommen wegen Zuweisung von Fett an die Stadt Wien. Der Berichterstatter stellte folgenden Antrag: Die Gemeinde Wien legt grundsätzlich darauf Wert, im Austauschwege gegen das aus Haushaltungsknochen gewonnene Knochenfett Speisefett zugewiesen zu erhalten. Lediglich in Würdigung der von der Del- und Fettzentrale geltend gemachten augenblicklichen Schwierigkeiten und nur auf die Dauer ihres nachweisbaren Bestandes erklärt sich die Gemeinde vorläufig mit der Zuweisung von Kriegsmargarin einverstanden. Der Stadtrat verlangt, daß dem Magistrat der Stadt Wien die Einsicht in die Gehirung der Del- und Fettzentrale gewährt werde. Der Magistrat wird beauftragt, über die gemachten Wahrnehmungen an den Stadtrat ehestens Bericht zu erstatten. Nach einer Wechselrede, an der sich die Stadträte Knoll, Wippel, Doktor Hein, Dechant, Angermayer, Spalowsky und Nemes beteiligten, wurde der Antrag des Berichterstatters zum Beschlusse erhoben.

no

Aktuelle Ernährungsfragen.

Militärische Berufungen in das Ernährungsamt.

Wie wir hören, wurde in der letzten Zeit Generalstabsoberst **S o l y** zur Dienstleistung in das Ernährungsamt einberufen. Generalernährungsinspektor **Oberst Wallenstorfer**, der den Minister **S ö f e r** bei Parteienempfangen und bei sonstigen Anlässen während dessen Abwesenheit vertritt, hat **Oberst S o l y** die Organisation des äußeren Dienstes des Ernährungsamtes überlassen. Eine weitere militärische Berufung in den Dienst des Ernährungsamtes, das bereits über eine größere Anzahl militärischer Funktionäre verfügt, ist durch die Betrauung des Oberintendanten **Weiß** mit der Leitung der Verpflegung der in den Kriegsbetrieben beschäftigten Arbeiter vollzogen worden. In der Provinz wurden überdies eine Reihe von Ernährungsinspektoren aus dem Stande der in das vorübergehende Dienstverhältnis zurückversetzten pensionierten Offiziere ernannt.

Bisher ist noch nicht entschieden, ob bei der im Zuge befindlichen Umwandlung des Ernährungsamtes in ein Ministerium eine umfangreichere Militarisierung des Ernährungsdienstes durchgeführt wird. Auch die Frage der Errichtung der lokalen und Bezirkswirtschaftsämter, die vielfach noch nicht funktionieren, wird bei der Umwandlung des Ernährungsamtes erledigt werden müssen. In ihrer bisherigen Gestalt stellen sie einen Torio vor, der besonders infolge des Kompetenzengewirres keinerlei praktischen Wert besitzt.

Unsaubere Praktiken mit Zucker.

Seit einiger Zeit ist Zucker im Detailhandel schwer erhältlich. Spekulative Kaufleute halten größere Zuckermengen in der Hoffnung, den Zucker nach der für November in Aussicht gestellten Preiserhöhung besser verwerten zu können, einfach zurück. Sie geben nur ganz geringe Zuckermengen ab, um den Schein zu wahren. Bei der letzten Zuckerpreiserhöhung versuchte man das Publikum durch die Einführung andersfarbiger Bänderrollen an den Zuckerschächeln vor Übervorteilung zu schützen, doch war die Handhabung der Kontrolle derart lax, daß diese Schutzmaßnahme nur eine halbe Maßregel darstellte. Jetzt sündigt man in der ungedeuteten Richtung. Man hört auch noch immer davon reden, daß trotz der scharfen Kontrolle Würfelzucker im **S c h l e i c h h a n d e l** in ziemlich beträchtlichen Mengen zu haben ist. Allerdings zu Preisen, die an das Whontastische grenzen. Der illegale Preis für Würfelzucker bewegt sich gegenwärtig zwischen 5 und 7 Kronen. Diesen Auswüchsen beim Vertrieb von Zucker sollten die Behörden doch mit aller Energie zu begegnen versuchen.

Die Fettzuweisungen an die Gemeinde.

In der letzten Sitzung des Stadtrates wurde vom Stadtrat **Steiner** über das Ergebnis der von der Gemeinde Wien im August dieses Jahres eingeleiteten **Knochen Sammlung** und über das Übereinkommen wegen Zuweisung von Fett an die Stadt Wien berichtet. Der Berichterstatter stellte folgenden Antrag: Die Gemeinde Wien legt grundsätzlich darauf Wert, im Austauschwege gegen das aus Haushaltungsknochen gewonnene Knochenfett Speisefett zugewiesen zu erhalten. Lediglich in Würdigung der von der Del- und Fettzentrale geltend gemachten augenblicklichen Schwierigkeiten und nur auf die Dauer ihres nachweisbaren Bestandes erklärt sich die Gemeinde vorläufig mit der Zuweisung von **K r i e g s m a r g a r i n e** einverstanden. Der Stadtrat verlangt, daß dem Magistrat der Stadt Wien die Einsicht in die Gebarung der Del- und Fettzentrale gewährt werde. Der Magistrat wird beauftragt, über die gemachten Wahrnehmungen an den Stadtrat ehestens Bericht zu erstatten. Der Antrag des Berichterstatters wird zum **B e s c h l u ß** erhoben.

Der vorstehend von der Rathauskorrespondenz wiedergegebene Brief des Ernährungsministers erscheint in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Die unmittelbare Veranlassung zu diesem Schreiben hat zweifellos der Umstand gegeben, daß im Wiener Gemeinderat in letzter Zeit wiederholt der Wunsch nach einer Erhöhung der Kopfquote von Brot und Mehl zum Ausdruck gebracht wurde. Wenn nun auch dieser Wunsch vom Ernährungsminister als derzeit unerfüllbar bezeichnet wird, so bringt das Schreiben des Ministers doch andererseits die erfreuliche Mitteilung, daß die wiederholt angekündigten Zubußen für die mindestbemittelten Bevölkerungsschichten bereits in der nächsten Zeit zur Ausgabe gelangen werden. Wie bekannt, handelt es sich um Teigwaren, Grieß, Nollgerste u. dgl., Nahrungsmittel, die im Ausmaß von je einem Viertelfilogramm pro Kopf und Woche gerade den bedürftigsten Schichten zuzuführen sollen.

Daß Ernährungsminister Höfer eine Erhöhung der Kopfquote von Brot und Mehl augenblicklich noch nicht für durchführbar hält, kann nicht überraschen. Wenn auch der Ausfall der heurigen Ernte sich weit günstiger gestaltet als das Ergebnis der vorjährigen Missernte, so kann man doch, wie Minister Höfer durchaus zutreffend bemerkt, derzeit noch keinen rechten Ueberblick gewinnen, wieviel an Brotfrüchten aus der diesjährigen Kampagne uns zur Verfügung stehen wird. Eine Erhöhung der Mehl- und Brotquote wäre schon deshalb derzeit nicht ratsam, weil wir heuer trachten müssen, durch Ansammlung von Getreide- und Mehlereserven unliebsame Stockungen oder Kürzungen in der Brot- und Mehlversorgung, wie sie früher zuweilen notwendig wurden, zu vermeiden. Wir haben es ja im verfloßenen Frühjahr erst erlebt, daß die Mehlaute zeitweilig gekürzt werden mußte, ebenso wie eine Kürzung der Brotquote uns ernstlich drohte.

Die in der letzten Zeit vorgenommene Herabsetzung des Mählkoeffizienten bei der Getreidevermahlung bringt wohl besseres Mehl, doch sind in diesem noch immer beträchtliche Mengen an roher Kleie enthalten, die dem menschlichen Organismus nichts weniger als zuträglich ist. Durch eine rationelle Aufschließung der im Brotmehl enthaltenen Kleiebestandteile würde nicht nur eine höhere Ausbeute zu erzielen sein, sondern es würde auch die Möglichkeit bestehen, das Kriegsbrot besser und schmackhafter zu erzeugen. Alles in allem erweckt der Brief Höfers den Eindruck, daß es an Bemühungen des Volks-ernährungsamtes zur Verbesserung unserer Mehl- und Brotversorgung nicht fehlen wird.

29. IX. 1917

M8

Nichtpreise für Inländer-Rumessenz.

Die Zentralpreisprüfungskommission hat für den Verkehr mit Inländer-Rumessenz nachstehende Nichtpreise festgesetzt: Für den Verkauf des Erzeugers an den Spirituosenerzeuger und -großhändler sowie an den Rumessenzgroßhändler per 1 Kilogramm 11.50 Kronen, für den Verkauf, Weiterverkauf an Kleinverschleißer per 1 Kilogramm 12.25 Kronen. Die obigen Preise verstehen sich ab Fabrik, Verkaufsstätte exklusive Emballage, die zum Selbstkostenpreise zu berechnen ist, netto Kassa, auf Basis der durch die Spirituszentrale heute festgelegten Spirituspreise.

„Anstellen“ bei den Brotkommissionen.

In allen Brotkommissionen gab es Samstag und Sonntag anlässlich der erfolgten Ausgabe der Lebensmittelkarten unzählige Reklamationen und in den meisten Fällen mußte hierbei, da es in den Schulgebäuden und in den Amtsstellen infolge des „Anstellens“ zu unliebsamen Szenen kam, auch die Hilfe der Sicherheitswache in Anspruch genommen werden.

Die Ursache der zahlreichen Reklamationen liegt — wie uns der Obmann einer Brotkommission mitteilt — in erster Linie darin, daß insbesondere Untermieter die nötigen An- und Abmeldungen nicht rechtzeitig vorbringen, wodurch Ungenauigkeiten in den Evidenzblättern und in den Bezugsscheinen entstehen. In zweiter Linie sind die Reklamationen auf die Nachlässigkeit bei Verteilung der Lebensmittelkarten in manchen Häusern und bei Abfassung der Hauslisten zurückzuführen, weshalb es die Lehrerschaft anstrebt, den Wohnparteien die Bezugsscheine und Lebensmittelkarten in den Amtsstellen selbst zu übergeben.

Vor allem müßte freilich zur Hintanhaltung der zahlreichen Reklamationen und Unzuförmlichkeiten die Einteilung der Brotkommissionen, entsprechend der gesteigerten Arbeit, geändert oder die Arbeit selbst vereinfacht werden. Insbesondere sollten zu dieser Arbeit neben den Lehrpersonen auch noch andere Arbeitskräfte, etwa verlässliche Kriegsinvalide, herangezogen werden, die wohl bald mit den Einrichtungen der Brotkommission vertraut gemacht werden könnten. Die Lehrerschaft selbst vermag unter den bestehenden Verhältnissen den vielfachen Verpflichtungen in den Brotkommissionen neben ihrem Lehramte kaum mehr gerecht zu werden.

Ladenöffnung der Lebensmittelgeschäfte.

Das Landes-Ernährungsamt befaßt sich derzeit mit der Regelung der Öffnungszeit der Lebensmittelgeschäfte und Brauereischenken. Im Sinne der Heizungs- und Beleuchtungsverordnung dürfen diese Geschäfte bereits um 5 Uhr Früh öffnen. In der Wirklichkeit werden aber die Lebensmitteläden und die Brauereischenken erst gegen 8 Uhr Früh geöffnet. Das Ernährungsamt will nun die Geschäfte verhalten, daß sie wenigstens um 7 Uhr öffnen, damit die Arbeiter, die in die Fabriken ziehen, sowie die kleinen Haushaltungen, die Morgens ihr Frühstück einkaufen, ihren Bedarf decken können. In dieser Angelegenheit fanden im Handelsministerium Verhandlungen statt, die noch nicht zum Abschlusse gelangten. Es wurde nämlich vorgebracht, daß die Handlungen deshalb so spät öffnen, weil sie über keine Waaren verfügen; zum Beweise dafür werden die Geschäfte, die etwas zu verkaufen haben, früh geöffnet. Wie mir erfahren wurde, wurde Marktinspektor Dr. Szabó damit betraut, die Öffnungszeit der Budapester Lebensmittelgeschäfte und Brauereischenken zu studieren und auf Grund seiner Beobachtungen Bericht zu erstatten.

2. 1. 1917

122

Kriegsfürsorge-Fragen.

Aus den Beratungen des Hauptausschusses.

Die sozialdemokratische Entschliessung auf wesentliche Erhöhung der Militärhinterbliebenenrenten wird einstimmig angenommen. Gleichfalls einstimmig angenommen wird eine Entschliessung Meyer-Serford (ntb.), der Reichskanzler möge veranlassen, daß der Reichstagsbeschluss auf Erhöhung der Mannschafts- und Militärhinterbliebenenrenten schleunigst ausgeführt wird, ebenso eine Entschliessung der Fortschrittler, der Reichskanzler möge die schon früher zugesagte Abänderung des Mannschaftsversorgungsgesetzes, des Offizierpensionsgesetzes und des Militärhinterbliebenengesetzes dem Reichstage alsbald, spätestens zu Beginn des Jahres 1918, vorlegen. Dagegen wird ein Antrag des Unabhängigen Sozialisten Buum auf Uebertragung der Durchführung des Rentenverfahrens für Kriegsbefähigte an die Organe der Sozialversicherung abgelehrt.

Die Beratungen wandten sich nunmehr der Frage einer Beihilfe des Reiches zur Sicherung der Ernährung der Minderbemittelten zu. Hierzu verlangt ein Antrag der Sozialdemokraten, für die minderbemittelten Volksschichten eine Senkung der Preise für die wichtigsten Lebensmittel herbeizuführen. Die Grenze, wie weit die Vergünstigung gewährt wird, sei unter Berücksichtigung der Einkommensteuerbelastung und der Zahl der nicht erwerbstätigen Familienangehörigen zu bemessen. Die Aufwendungen hierfür sollen aus Mitteln des Reiches bestritten werden, sofern nicht durch Preisauflagen der Nahrungsmittel für die Kreise der Besserbemittelten ein Ausgleich gefunden wird. Die Konservativen beantragen demgegenüber, daß die Gemeinden — mit Zuschüssen der Einzelstaaten und des Reiches — für die minderbemittelten Bevölkerungsschichten eine Senkung der Preise für die wichtigsten Lebensmittel herbeizuführen.

Der Präsident des Reichsernährungsamts über die Lebensmittelpreise.

Staatssekretär von Baldow, der Präsident des Reichsernährungsamtes, führte aus, daß die gegenwärtigen Preise für die wichtigsten Lebensmittel auf der Bundesratsverordnung vom 19. März beruhen, die eine Umstellung der Preisverhältnisse zwischen tierischen und pflanzlichen Nahrungsmitteln in dem Sinne bringt, daß die Viehpreise gesenkt, die Preise für Brotgetreide und Kartoffeln aber erhöht und die Hafer- und Gerstentpreise den Brotgetreidepreisen angeglichen werden. Durch diese Preisumstellung sollten die für die menschliche Ernährung notwendigen Früchte in höherem Maße diesem Zwecke gesichert und der Verfütterung an das Vieh entzogen werden. Da nun die Verbrauchswerte an Fleisch gegenüber den Verbrauchswerten an Brotgetreide und Kartoffeln erheblich zurückstehen, so wird die durch die Senkung der Fleischpreise erzielte Erparnis durch den notwendigen Aufwand für Mehl, Brot und Kartoffeln überwogen. In Verbindung mit der inzwischen eingetretenen Steigerung der Preise für Milch und Speisefette, Zucker, Obst und Gemüse bedingte dies allerdings einen nicht unerheblichen Mehraufwand für den Unterhalt einer Familie. Nun haben es die besonderen Verhältnisse des neuen Wirtschaftsjahres notwendig gemacht, die Gestehungspreise für Brotgetreide und Herbstkartoffeln noch mit gewissen außerordentlichen Unkosten zu belasten. Bei dem Brotgetreide sind es die Unkosten, die aus der Durchführung des Frühdrusches erwachsen, bei den Kartoffeln die sogenannten Schnelligkeitsprämien, durch welche die rechtzeitige Einbindung des Winterbedarfs für die großen Bedarfsverbände gefördert werden soll. Diese Unkosten auf die Reichskasse zu übernehmen, ist das Reichsernährungsamt bereit. Die Reichsgetreidestelle kommt dadurch in die Lage, die Steigerung des Mehlpreises im neuen Wirtschaftsjahr von 9 M. für den Doppelzentner auf 4,90 M. zu senken und damit den Preis, den die von ihr zu beliefernden Gemeindeverbände zu zahlen haben, den Preisen anzugleichen, den die selbstwirtschaftenden Gemeindeverbände nehmen müssen. Auf den Brotpreis würde dies eine Steigerung von 1 1/2 bis 2 Pf. für das Pfund ausmachen, soweit nicht durch eine Verminderung der Spannung zwischen Mehl- und Brotpreis der Brotpreis noch weiter herabgemindert werden kann.

Höhere Brotpreise.

In Ausführung des Reichstagsbeschlusses vom Mai hat das Reichsernährungsamt bereits Vorkehrungen getroffen, damit die Erhöhung des Preises für Brotgetreide nicht zu einer ungerechtfertigten Erhöhung des Brotpreises benutzt wird. Bei den Kartoffeln hat die Abgeltung der Schnelligkeitsprämien die Wirkung, daß eine Preissteigerung für den Verbraucher dadurch nicht eintritt.

Gegen die Gewährung von Reichsmitteln zu einer Senkung der Preise der wichtigsten Lebensmittel für Minderbemittelte bestehen grundsätzliche und tatsächliche Bedenken. Grundsätzliche insofern, als dadurch die Preisbildung innerlich unwahr wird und bei längerer Dauer ein unhaltbares Mißverhältnis zwischen Erzeugerkosten und Verbraucherpreisen entsteht, das den Uebergang zur Friedenswirtschaft erschwert; tatsächliche Bedenken insofern, als die Gewährung bestimmter Zuschüsse zu einzelnen Lebensmitteln zu den größten Verschiedenheiten führen würde. Die Verbilligung der Reichsleischzulagen hat z. B. teilweise zu Bargeldherauszahlungen geführt. Auch kann die Abgrenzung des Preises der zu begünstigenden Personen nicht nach allgemeinen Normen, sondern nur örtlich richtig erfolgen. Dies kann nur durch die Gemeinden geschehen und beweist, daß die Lösung in der Frage auf dem Wege der Kriegswohlfahrtspflege gesucht werden muß. Das gilt auch für den konservativen Antrag. In welchem Umfange für diese Aufgabe der Kriegswohlfahrtsfonds des Reiches zu verhaften sein wird, unterliegt gegenwärtig der Prüfung der zuständigen Reichsämter.

Abg. Koch (Soz.) faßt die Verweisung auf die Kriegswohlfahrt als ein glattes Nein auf. Abg. Gothein (Vpt.) äußerte Bedenken gegen ein Eingreifen des Reiches ohne Vermittlung der Gemeinden. Es werde auch schwer sein, den Kreis der Minderbemittelten richtig abzugrenzen. Man sollte lieber für eine allgemeine Verbilligung der Lebensmittel eintreten. — Abg. Meyer-Serford (ntb.) verwies auf die Not des Mittelstandes, der unter der Teuerung aller Lebensmittel mit am meisten zu leiden habe. Die ganze Prämienrichtung sei vom Uebel. Per von den Sozialdemokraten erstrebte Zweck sei ohne die Gemeinden nicht zu erreichen. — Ähnlich sprach sich Abg. Herold (Ztr.) aus. Der Schwerpunkt aller dieser Maßnahmen müsse bei den Gemeinden liegen. Schließlich treffe die Last ja doch die Steuerzahler, die in Reich, Staat und Gemeinden überall die gleichen sind.

Reichschatzsekretär Graf Roederer führte in Uebereinstimmung mit Staatssekretär von Baldow aus, daß das Ziel der zur Verhandlung stehenden Anträge sich am besten durch Erhöhung des Kriegswohlfahrtsfonds erreichen lasse. Deshalb solle beim Bundesrat eine Erhöhung des Fonds beantragt werden.

Von den unabhängigen Sozialisten läuft ein Antrag ein, allgemein eine Senkung der Preise für die wichtigsten Lebensmittel durch Zuschüsse aus Reichsmitteln herbeizuführen.

Obstbewirtschaftung und Kartoffelversorgung.

Auf eine Anfrage aus der Mitte des Ausschusses verbreitete sich Präsident von Baldow über die diesjährige Bewirtschaftung des Obstes. In diesem Jahre war die Bewirtschaftung trotz mancher Mängel besser wie im Vorjahre. Bis jetzt seien 3 Millionen Zentner Obst an die Marmeladenfabriken geliefert worden.

Das Rentenverfahren habe gewiß manche Mängel, aber die Frühdruschprämie z. B. habe in diesem Jahre gut gewirkt. Eine Brotstreckung mit Trockenkartoffeln, wie sie in den früheren Kriegsjahren üblich war, könnte erst ab 1. Februar erfolgen, da vorher nicht genügend Trockenkartoffeln vorhanden seien. Wo eine Streckung mit Frischkartoffeln sich nicht durchführen lasse, solle die zur Streckung überwiesene Kartoffelmenge in Höhe von 1 1/2 Pfund für die Woche zur Erhöhung der Kartoffelversorgung verwendet werden. Die Brotstreckung sei leider notwendig. — Abg. Ebert (Soz.) fragte, welche Maßnahmen getroffen seien, um eine Vorkostung der Gemeinden mit Kartoffeln sicherzustellen.

Präsident von Baldow: Für den Bahnverkehr sind alle Vorkehrungen getroffen. Wenn bis zum 15. Dezember keine Störung eintritt, wird der Winterbedarf der Städte eingedeckt werden können.

In der Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag auf Uebernahme aller Aufwendungen für besondere Vergütungen (Frühdruschprämien usw.) auf die Reichskasse einstimmig angenommen, ebenso der konservative Antrag, nachdem die Gemeinden bei Gewährung von Reichs- und Staatszuschüssen für die minderbemittelten Bevölkerungsschichten eine Senkung der Preise für die wichtigsten Lebensmittel herbeizuführen sollten. Die übrigen Anträge werden abgelehnt.

Der Ausschuss verhandelte sodann über einen weiteren sozialdemokratischen Antrag, der verlangt, daß mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1917 ab als Kriegsmassnahme die auf Grund der Reichsversicherungsordnung oder der früheren Gesetze über die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung gezahlten Renten um 50 v. H. erhöht werden, und daß zu den Unfallrenten ein Zuschlag von 33 1/2 v. H. zu zahlen ist.

Unterstaatssekretär Schwander verwies auf die Ausgaben, die durch Verwirklichung des Antrages dem Reiche erwachsen würden. Die Folge des Antrages wäre eine Erhöhung der Beiträge Erbkassita Banne die Regierung zu der Erhöhung der Renten um 5 v. H. noch nicht Stellung nehmen. Die Notlage der Unfallrentenempfänger sei nicht zu leugnen, hier müsse die Kriegswohlfahrt helfen.

Nach längerer Aussprache gelangte ein Antrag Giesberts zur Annahme, nach dem für die Jahre 1917 und 1918 aus den Rücklagen 50 v. H. Zuschuß zu den Invaliden- und Hinterbliebenenrenten bezahlt werden sollen. Der sozialdemokratische Antrag auf Gewährung eines Zuschlages von 33 1/2 v. H. zu den Unfallrenten fand gleichfalls Annahme. Die übrigen Anträge waren damit erledigt.

Am Schluß der Sitzung wurde die Absendung eines Glückwunsches an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg zu seinem 70. Geburtstage beschlossen. Am Dienstag findet nur am Vormittag eine Sitzung statt. Auf der Tagesordnung stehen: Bekämpfung des Kriegswuchters und die Förderung des Mittelstandes.

3./X. 1914

125

13

Die neuen ungarischen Verordnungen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung.

Budapest, 2. Oktober.

Das Amtsblatt veröffentlicht eine Regierungsverordnung, wonach Milchprodukte mittels Eisenbahn, Schiff und Kraftwagen nur mit behördlichem Zertifikat befördert werden dürfen.

Eine weitere Regierungsverordnung bestimmt, daß mehr als zwei Schweine zum eigenen Gebrauch nur mit behördlicher Bewilligung gemästet werden dürfen.

Eine weitere Regierungsverordnung bestimmt, daß der Montag und der Freitag fettlose Tage sind.

Zur Inverkehrsetzung von lebendem und erlegtem Wildbret wird ein Wildbretverkehrsbureau errichtet; Wildbret darf bis auf weiteres nur im Wege dieses Bureaus in den Verkehr gebracht werden. Dieselbe Verordnung stellt Höchstpreise für Wildbret fest, darunter für Hasen 10 K., Fasanen 6 K. und Rebhühner 3 K. per Stück.

Das Amtsblatt veröffentlicht ferner Höchstpreise für Malzkaffee: in Schachteln 210 K., in Säcken 180 K. per 100 Kilogramm, im Detail entsprechend teurer.

Das Amtsblatt veröffentlicht ferner eine Regierungsverordnung über die Festsetzung der Höchstpreise für Luzerne und Klee samen. Demnach variiert der Höchstpreis für Luzerne zwischen 750 und 935 K., für Klee samen zwischen 575 und 720 K. per 100 Kilogramm.

Eine weitere Regierungsverordnung bestimmt, daß Kleidungsartikel und die zu deren Erzeugung nötigen Stoffe aus dem Gebiete der Länder der ungarischen Krone nur mit behördlicher Bewilligung ausgeführt werden dürfen.

Neue Maßnahmen gegen die Doppelversorgung.

Ernährungsminister Höfer hat eine Interpellation des Abg. Fahrner und Genossen betreffend die Verteilung der Lebensmittel wie folgt beantwortet: Rücksichtlich des beklagten Mibellstandes, daß die großen Gastwirtschaften bei der Versorgung mit Lebensmitteln vor den kleineren Betrieben eine bevorzugte Behandlung genießen, muß ich zunächst hervorheben, daß die Zuweisung von staatlich bewirtschafteten Lebensmitteln an die erwähnten Gewerbebetriebe den lokalen Approvionierungsstellen überlassen ist, die sich hierbei vielfach der Vermittlung der betreffenden gewerblichen Genossenschaften bedienen; mögen vielleicht in vereinzelt Fällen Ungleichmäßigkeiten vorgekommen sein, so dürfte doch in der Regel eine Benachteiligung der kleineren Betriebe ausgeschlossen sein. Die Dotierung der Gastwirtschaften usw. speziell mit Mehl und Fettstoffen kann bei der herrschenden Knappheit naturgemäß nur innerhalb der bescheidensten Grenzen erfolgen. Die Tatsache, daß die großen Hotelbesitzer häufig über bedeutendere Mengen von Lebensmitteln verfügen, ist in der Regel wohl nicht auf Mängel in der behördlichen Verteilung, sondern vielmehr auf die Zurückführung, daß derartige Kapital-Unternehmungen, für die die Leistung von Leberzahlungen bei der Beschaffung von Vorräten keine Rolle spielt, immer noch in der Lage sind, auf illegitimen Wege, durch Einkäufer auf dem Lande und Schleichhandel aller Art, sich größere Vor-

räte auch über den notwendigen Bedarf hinaus zu verschaffen. Ich bin selbstverständlich mit allen Mitteln bestrebt, auch diesem Unfug zu steuern, muß aber offen bekennen, daß bei der geringen Anzahl und der enormen Arbeitsüberlastung der für den exekutiven Ueberwachungsdiensl zur Verfügung stehenden Kräfte eine radikale Abstellung des in Rede stehenden Mißbrauches großen Schwierigkeiten begegnet. Anlangend die von den Interpellanten gerügte Tatsache, daß den bemittelten, die großen Hotels und Restaurants frequentierenden Bevölkerungskreisen durch eine uneingeschränkte Verköstigung außer Hause die Möglichkeit einer Doppelversorgung geboten ist, verweist der Minister darauf, daß die Sinausgabe einer Verordnung bevorsteht, durch die im Wege amtlicher Speisemarken die Doppelversorgung durch Verköstigung außerhalb eines Haushaltes verhindert werden soll. Die Lösung dieser Speisemarken soll nur nach entsprechender Mürzung der in Betracht kommenden Lebensmittelarten erfolgen können; außerdem ist beabsichtigt, durch entsprechende Bestimmungen die Einnahme von Doppelmahlzeiten durch ein und dieselbe Person in wirksamer Weise auszuschließen.

3./X. 1914

226

Öffentliche Ueberprüfung aller Istrianer Appropriationskommissionen.

Man schreibt uns aus Istrien: Bekanntlich üngerte Hand in Hand mit der politischen die wirtschaftliche Colterwirtschaft der Triester Kamorra ihren verderblichen Einfluß auch auf Istrien, vornehmlich aber in den italienisch „liberal-national“ verwalteten Gemeinwesen. Der Kriegsausbruch mit Italien wehte allerdings dort, wie hier, die irredentistischen Hezer aus dem Lande, von ihrem wirtschaftlichen „System“ blieb aber noch immerhin mehr zurück, als der Bevölkerung zuträglich sein konnte. Und so wurden in vielen Orten Istriens und aus allen Parteilagern Klagen laut, die sich hauptsächlich gegen die Miswirtschaft der Appropriationskommissionen in den einzelnen Orten richteten. Vielen Klagen ein Ende zu machen, die Sicherheit zu erlangen, daß alle den einzelnen Kommissionen bezw. Gemeinden zur Verfügung gestellten Nahrungsmittel unter die Verbraucher nach Recht und Billigkeit aufgeteilt und die bezüglichen Gelder mit gewissenhafter Redlichkeit verwaltet werden, hat nun der Statthalter eine allgemeine, die Art der Lebensmittelverteilung, die Gebahrung mit den den einzelnen Kommissionen zur Verfügung stehenden, mitunter sehr ansehnlichen Geldmitteln usw. umfassende Revisionen aller Istrianer Appropriationskommissionen angeordnet, eine Anordnung, die alle Kreise der Istrianer Bevölkerung mit großer Befriedigung erfüllt hat.

4./X. 1918

128

Die Einkäufer Dichter und Kronengold.

Zu der unter dieser Ueberschrift in der „Reichspost“ vom 30. v. M. erschienenen Notiz erhalten wir vom leitenden Direktor der „Geos“ folgendes Schreiben:

Ich wäre außerordentlich dankbar, wenn die verehrliche Redaktion durch Veröffentlichung nachstehender Zeilen der Gemüse-Obst-Stelle Gelegenheit zur Klarstellung dieses Falles geben würde: Dichter war niemals Einkäufer der Geos. Er war vielmehr Mitglied eines Konsortiums, zu dessen Gunsten das Militär-Generalgouvernement die Obstbeschlagnahme im Königreiche Polen anordnete. Die Gemüse-Obst-Stelle hat schon bei Gründung dieses Konsortiums Gelegenheit gefunden, darauf hinzuweisen, daß die Tätigkeit des Händlers und Fellehändlers Dichter auf dem Gebiete des Obsthandels kaum Gewähr für eine erspriechliche Arbeit bietet. Wie sehr diese Stellungnahme begründet war, erhellt daraus, daß die Geos die von Dichter ihr zur Verfügung gestellten Obstmengen mehrmals zurückweisen mußte. Kronengold wurde von der Geos mit Rücksicht auf seine alten Geschäftsbeziehungen in Polen — er besorgte früher dort auch Einkäufe für die Gemeinde Wien — mit dem Einkaufe von Gemüse im Königreiche Polen betraut. In dem in der Notiz erwähnten Fall erwarb er Rüben um zirka 29 Kronen. Wie wenig das Verhalten Kronengolds preistreiberisch genannt werden kann, erhellt daraus, daß kurze Zeit nach diesem Kaufe das Militär-Generalgouvernement den Einkauf von Rüben einem Konsortium übertrug, dem damals Kronengold nicht angehörte und dem für die gleichen Rüben ein Preis von 36 Kronen zugestanden wurde. Daß gegen die Persönlichkeit Kronengolds auch seitens der Behörden in Polen selbst eine Einwendung nicht erhoben wurde, wurde mir anlässlich von Verhandlungen in Lublin von maßgebender Seite persönlich bestätigt.

Dies der Sachverhalt, soweit er der Gemüse-Obst-Stelle bekannt ist. Sollte von irgend einer Seite eine

durch Tatsachen belegte Anschuldigung gegenüber Kronengold trotzdem erhoben werden, bittet die Gemüse-Obst-Stelle um deren sofortige Bekanntgabe, damit die zuständigen Behörden hievon unverzüglich in Kenntnis gesetzt werden. Für die Aufnahme dieser Zeilen bestens dankend, verbleibe ich in vorzüglicher Hochachtung für die Gemüse-Obst-Stelle der leitende Direktor: Dr. Kurt Scheiner.

In der Notiz, auf welche sich die vorstehende Zuschrift bezieht, war eine Zuschrift des N. O. an das Volksernährungsamt wiedergegeben, welche Beschwerden des Generalgouvernements über die Einkaufspraktiken der Agenten Dichter und Kronengold enthielt. Es kann also nicht schwer fallen, den Sachverhalt berufenenorts festzustellen.

4./X. 1917

129

* **Versammlung in der Josefstadt.** Der Volkswahlverein „Dr. Karl Dueger“ im 8. Bezirk veranstaltete am 2. d. im Gasthause „Zur Stadt Brunn“ in der Strozsigasse eine Versammlung, die einen guten Besuch aufweisen konnte. Der Obmann des Vereines eröffnete die Versammlung mit der Begrüßung der Anwesenden, unter denen man bemerkte: die Abg. Dr. Mataja und Wollek, Gd. Roter, die Wk. Amon, Koch, Heim, Sw. Bogt u. a. Abg. Dr. Mataja führte u. a. aus: Das Judentum widmet bereits seit Jahrzehnten ein besonderes Interesse der Körperkultur. Alle Sommerfrischen und Sportplätze sind mit Juden überfüllt und geben Zeugnis dafür, wie sehr es sich die Juden angelegen sein lassen, ihr degeneriertes Volkstum neu zu beleben. Besonders in der Kriegszeit ist es ihnen gelungen, allem Nahrungsmittelmangel zum Trotz, sich soviel Lebensmittel zu verschaffen, als sie nur irgendwie brauchen, um alle ihre Bedürfnisse im Ueberflusse zu befriedigen. Und so erleben wir das Schauspiel, daß die Christen mit hohlwangigen Gesichtern herumgehen, die ausgefressenen Jüdinnen und Juden in den prächtigen Karossen vor unseren Augen vorüberfahren. Wir dürfen diesen „Aufschwung“ der Juden nicht unterschätzen, weil zur selben Zeit, da das Judentum diese körperliche Stärkung erfährt, unser christliches Volk von Tag zu Tag infolge der Unterernährung schwächer und kraftloser wird (Zustimmung.) Hierauf schilderte Kanzleileiter Fiala in beredten Worten die gewaltige Schuld, die der Judenpresse an dem Ausbruch des Weltkrieges zukommt und forderte zu einer regen Werbearbeit für unsere christlichen Zeitungen und vor allem der „Reichspost“ auf. Nach einigen Schlussworten des Vorsitzenden wurde die Versammlung geschlossen.

Selbstversorgung der Industrie.

Der Krieg hat in der Versorgung der Industrie mit Roh- und Hilfsstoffen eine einschneidende Veränderung der Verhältnisse mit sich gebracht. Früher war die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen immer eine regelmäßige und ausreichende, sie bildete überhaupt die geringste Sorge des Industriellen. Im Kriege haben sich die Verhältnisse wesentlich anders gestaltet. Viele Roh- und Hilfsstoffe wurden knapp und waren teilweise überhaupt nur mehr für jene Industrien zu haben, die entweder wichtige Geesbedarfsartikel erzeugen oder ihren Rohstoff selbst herstellen. Noch schwieriger gestaltete sich die Approvisionnement der Industriearbeiter. Infolge der ungenügenden Ernährung geht die Leistung der Arbeiterschaft immer mehr zurück, und in der Minderleistung der Arbeitskräfte liegt auch der Hauptgrund des Produktionsrückganges in vielen Industriezweigen.

Ebenso wie in der Rohstoffversorgung hat die Industrie im Laufe der Kriegszeit teilweise auch in der Lebensmittelbeschaffung zur Selbsthilfe gegriffen. Betrachten wir nur die Verhältnisse, wie sie sich im Laufe der Kriegsjahre in der Eisenindustrie gestaltet haben. Sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich gingen die Eisenwerke und Stahlwerksfirmen zunächst daran, sich durch Kohlengrubenkäufe den nötigen Brennstoff zu sichern. Viele reine Hochofenwerke in Deutschland haben sich in letzter Zeit auch eine Erzbasis geschaffen, indem sie sich eigene Erzgruben angliederten. So hat zum Beispiel die Charlottenhütte in Niederschelden, die früher nur ein Hochofenwerk betrieben hatte, ein Erzbergwerk erworben, desgleichen die Bremerhütte u. a. Die genannten Unternehmungen haben sich dadurch im Bezug ihrer Erze für die Eisenerzeugung unabhängig gemacht. Ebenso ist in der Approvisionnement die deutsche Eisenindustrie in letzter Zeit immer mehr zum Selbstversorger ihrer Arbeiter geworden. Die großen Werke kauften direkt oder durch Mittelspersonen in letzter Zeit ausgedehnte Güter und Grundstücke an; manche Neuanlage ist im Vorhinein an einen landwirtschaftlichen Betrieb angegliedert worden.

Auch die österreichische Eisenindustrie ist in der Ausdehnung ihrer Rohstoffbasis in letzter Zeit nicht untätig gewesen. Die großen Roheisenwerke verfügen zwar bekanntlich seit jeher über eigene Kohlengruben, doch sind einige von ihnen bisher auf den Bezug von ausländischem Koks angewiesen. In dieser Beziehung hat nun die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft, die bisher Koks überhaupt nicht erzeugt, für die Zukunft vorgesorgt. Durch Ankauf ausgedehnter Steinkohlenfelder im linksrheinischen Revier, die in Bälde ausgebeutet werden sollen, wurde die Grundlage für eine eigene Koksversorgung der Gesellschaft und damit wahrscheinlich auch für die Alpine Montangeellschaft geschaffen. Die letztere Gesellschaft besitzt zwar bei ihren Ostrauer Gruben eine eigene Koksanlage, doch genügt die Erzeugung bei weitem nicht dem Bedarf. Auch die österreichische Berg- und Hüttenwerks-Gesellschaft hat in der Kriegszeit eine beträchtliche Ausdehnung ihrer Koks- und Nebenprodukterzeugung vorgenommen, und zwar sowohl der eigenen als auch insbesondere durch Angliederung der Salmischächte. Das Eisenwerk Wittowitz, das bisher den Großteil der verhütteten Erze aus Ungarn und dem Auslande bezogen hat, erwarb vor kurzem von der Roptauer und Stefanauer Bergbau- und Eisenhütten-N.G. einen allerdings kleinen Eisenerzbergbau in Mähren. Die Kriegswirtschaft mit allen ihren freien Verkehr hemmenden Wirkungen hat somit auch die Grobeisenindustrie dazu gebracht, hinsichtlich des Bezuges ihrer Roh- und Hilfsstoffe in noch größerem Maße als bisher zur Selbstversorgung zu schreiten. Auch in der Maschinenindustrie sind viele Betriebe während des Krieges in mancher Beziehung zur Selbstversorgung übergegangen. Fabriken, die noch keine eigene Gießerei besaßen, haben sich eine solche angegliedert; manche Werke erzeugen sich jetzt ihre Schrauben, Nieten usw. in eigenen Werkanlagen.

4. IX. 1917 130

Auf dem Gebiete der Lebensmittelbeschaffung für die industrielle Arbeiterschaft hat die Montan- und Eisenindustrie gleichfalls im Laufe der Kriegszeit teilweise zur Selbsthilfe schreiten müssen. In vielen Industriebezirken war die Brotversorgung infolge der geringen Leistungsfähigkeit der Bäckereien oft eine ungenügende. Die meisten Fabriksbetriebe in der Eisenindustrie sowie auch zahlreiche Montanwerke haben daher eigene Verködereien angelegt und auch sonst für die Versorgung der Arbeiterschaft im eigenen Wirkungskreis alle zulässigen Maßnahmen zur Durchführung gebracht. Auch die Beschaffung von wichtigen Bedarfsgegenständen für die Arbeiter geschieht derzeit von den Unternehmungen meist durch eigene Einkaufsmagazine. In manchen Revieren erfolgt die Lebensmittelbeschaffung im Wege einer Revierorganisation. So hat der Nordwestböhmerische Braunkohlenbergbau im Vorjahre aus Mitteln der Bergbauunternehmer eine Einkaufszentrale für den Bereich der Bezirkshauptmannschaft Brüx geschaffen, welche Organisation eine bedeutende Verbesserung der Ernährungsverhältnisse für die Belegschaften herbeiführte. Auch für die Approvisionnement der Beamten und ihrer Familien hat die Grobindustrie in der Kriegszeit nach und nach vielfach zur Selbsthilfe gegriffen. Es ist wahrscheinlich, daß die Industrie ihre Organisation bezüglich Selbstversorgung ihrer Angestellten auch in der Friedenszeit weiter ausbaut und sich auch im Bezug von Roh- und Hilfsstoffen immer mehr unabhängig zu machen trachten wird.

5/X. 1917

1731

Bekanntmachung

über die
Abgabe von Lebensmitteln.

I. Abgabe von Kartoffeln.

§ 1.

In der Stadt Hamburg darf in den beiden Wochen vom 6. bis 19. Oktober 1917 auf jede Kartoffelkarte eine Menge von je 6 1/2 Pfund Kartoffeln abgegeben und entnommen werden, und zwar auf die 6 Tagesabschnitte a bis f der für die beiden genannten Wochen gültigen Kartoffelkarten je 1 Pfund, auf einen halben Abschnitt je 1/2 Pfund. Die Abschnitte g gelten je für 1/2 Pfund, der halbe Abschnitt für je 1/4 Pfund.

Die für beide Wochen bestimmte Menge kann, soweit der Kleinbändler Vorrat hat, auf einmal bezogen und abgegeben werden.

§ 2.

In gleicher Weise können auf den Abschnitt der Kinderkarte für die beiden Wochen je 3 Pfund Kartoffeln bezogen und abgegeben werden.

§ 3.

Auf die Zusatzkartoffelkarte dürfen in den beiden Wochen höchstens je 2 1/2 Pfund abgegeben und entnommen werden, und zwar auf jeden der fünf Tagesabschnitte a bis e je 1/2 Pfund, auf jeden halben Abschnitt 1/4 Pfund. Der Abschnitt f ist ungültig.

Die für beide Wochen bestimmte Menge kann, soweit der Kleinbändler Vorrat hat, auf einmal bezogen und abgegeben werden.

§ 4.

Auf die Kartoffelkarte für Schiffer dürfen in den beiden Wochen je 7 Pfund Kartoffeln, und zwar auf die Abschnitte a bis g je 1 Pfund bezogen und abgegeben werden.

Auf die Reichslebensmittellkarte für Binnenschiffer dürfen ebenfalls je 7 Pfund in den beiden Wochen abgegeben und entnommen werden.

Die für die beiden Wochen bestimmten Mengen können, soweit die Kleinbändler Vorräte haben, auf einmal bezogen und abgegeben werden.

§ 5.

Die Bezugsmenge der Massenverbraucher wird für beide Wochen auf die volle Menge des im Kontrollbuch genannten Betrages festgesetzt. Auch die Massenverbraucher können die für beide Wochen bestimmten Mengen auf einmal beziehen.

Werden Kartoffeln oder Kartoffelpeilen in Wirtschaften (Gast- und Speisewirtschaften, Hotels, Mittagstischen, Kantinen, Volks- und Kriegsküchen) verarbeitet, so ist von der Kartoffelkarte ein halber Tagesabschnitt abzutrennen und vom Wirtschaftsinhaber einzubehalten.

II. Mühlenzeugnisse.

§ 6.

Auf die Abschnitte 22 a, 22 b, 22 c der für die Woche vom 6. bis 12. Oktober 1917 gültigen allgemeinen Warenbezugskarte und der Kinderwarenbezugskarte gelangen 80 Gramm Mühlenzeugnisse, und zwar in erster Linie Teigwaren, je nach der dem betreffenden Kleinbändler gemachten Zuteilung, zur Verteilung.

Bei Verzicht auf Essentnahme in den Kriegsküchen sind bei Entnahme der 80 Gramm Mühlenzeugnisse, die nur in derartigen Kleinverkaufsstellen erfolgen kann, bei welcher die Eintragung in die Kundenliste erfolgt ist, die mit 22 a, 22 b und 22 c bezeichneten Abschnitte der allgemeinen Warenbezugskarte bzw. Kinderwarenbezugskarte abzutrennen.

Diesem, welche Essen in den Kriegsküchen erhalten, können auf den Abschnitt 22 a 40 Gramm Mühlenzeugnisse beziehen. Die mit 22 b und 22 c bezeichneten Abschnitte berechtigen je entweder zur Empfangnahme von 1 Liter (Portion) Kriegskücheneisen für drei Tage, oder 1/2 Liter (Portion) Kriegskücheneisen für eine Woche, oder zur Empfangnahme von 20 Gramm Mühlenzeugnissen in den Kleinverkaufsstellen.

Auf die beiden Abschnitte der Nahrungsmittelkarte für Mähtingarbeiter dürfen entnommen und abgegeben werden je entweder 1/2 Liter (Portion) Kriegskücheneisen täglich in der Woche, oder je 1 Liter (Portion) Kriegskücheneisen an drei Tagen in der Woche, oder 20 Gramm Mühlenzeugnisse in derartigen Kleinverkaufsstellen, in der die Eintragung in die Kundenliste erfolgt ist.

Soweit bei den Kleinbählern noch Vorräte aus den Verteilungen der Vorwochen vorhanden sind, sind die Kleinbändler berechtigt und verpflichtet, diese an Stelle der Mühlenzeugnisse an die Verbraucher abzugeben. Falls der Kleinbändler noch Suppenwürfel übrig hat, darf auf den Abschnitt 22 a statt 40 Gramm Mühlenzeugnisse oder loser Suppenmasse ein Würfel zu 50 Gramm abgegeben und entnommen werden.

Die Abgabepreise für die Teigwaren betragen:

| | Mischware: | | | Wasserware: | | |
|--------|-------------------|-----------------|----------------|-------------------|-----------------|----------------|
| | Gemüse- nudeln | Mohr- nudeln | Mohr- Bruch | Gemüse- nudeln | Mohr- nudeln | Mohr- Bruch |
| 80 Gr. | 12 Pf. | 12 Pf. | 12 Pf. | 9 Pf. | 9 Pf. | 8 Pf. |
| 160 | 24 | 24 | 24 | 17 | 17 | 16 |
| 240 | 36 | 36 | 36 | 25 | 25 | 24 |
| 320 | 48 | 47 | 46 | 33 | 34 | 32 |
| 400 | 56 | 59 | 57 | 41 | 43 | 40 |
| 480 | 70 | 71 | 67 | 49 | 50 | 48 |
| 560 | 84 | 82 | 80 | 57 | 59 | 56 |
| 640 | 98 | 94 | 91 | 65 | 67 | 64 |
| 720 | 112 | 106 | 103 | 73 | 75 | 72 |
| 800 | 116 | 117 | 114 | 82 | 84 | 80 |

§ 7.

Auf den Abschnitt 22 e der für die Woche vom 6. bis 12. Oktober gültigen Kinderwarenbezugskarte dürfen in den Apotheken 250 Gramm Nahrungsmittel (im allgemeinen in Pastina) entnommen und abgegeben werden.

III. Eier.

§ 8.

Auf den mit „Eier“ bezeichneten Abschnitt der für die Woche vom 6. bis 12. Oktober 1917 gültigen Warenbezugskarte (Nr. 22) darf ein Ei abgegeben und bezogen werden.

Soweit auf Abschnitt 21 ein Ei noch nicht bezogen ist, hat dieser Abschnitt auch in der Woche vom 6. bis 12. Oktober 1917 Gültigkeit.

IV. Strafbestimmungen.

§ 9.

Zu widerhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Hamburg, den 5. Oktober 1917.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

Besprechungen in Ernährungsfragen.

Wien, 6. September.

Heute um 9 Uhr Vormittags begannen im niederösterreichischen Landhause die von Sr. Exzellenz Ministerpräsidenten Dr. Ritter von Seidler einberufenen Besprechungen über Ernährungsfragen.

Außer den eingeladenen Vertretern der Konsumenten hatten sich eingefunden: Sr. Exzellenz Statthalter Dr. Freiherr von Bieleben, der Vorsitzende des gemeinsamen Ernährungsausschusses O.M. von Landwehr, in Vertretung des am Erscheinen verhinderten Ministers und Leiters des Amtes für Volksernährung O.M. Höfer der Ministerialrat dieses Amtes Doktor Löwenfeld-Ruß, ferner die Sektionschefs Kiebel und Dr. Ritter von Erl und die Hofräte Schwarz und Zander.

Der Ministerpräsident richtete an die Versammelten folgende Ansprache:

Ich begrüße Sie alle auf das herzlichste und möchte mir gestatten, in wenigen Worten den Zweck der heutigen sowie der in den nächsten Tagen stattfindenden Besprechungen darzulegen. Sie wissen, daß die Regierung — abgesehen von anderen sehr wichtigen Problemen — gegenwärtig sich in erster Linie mit den wirtschaftlichen und insbesondere mit den Ernährungsfragen beschäftigt, und zwar dies in der Erkenntnis, daß im gegenwärtigen Augenblicke die gesamte Bevölkerung diese Probleme als die dringlichsten und wichtigsten betrachtet und betrachten muß. Der Staatsverwaltung erwachsen hier zwei Aufgaben. Die erste und wesentlichste besteht darin, dafür zu sorgen, daß so viel als nur irgend möglich produziert wird. In Anbetracht der so außerordentlich schwierigen Verhältnisse muß anerkannt werden, daß in dieser Beziehung von den Produzenten wirklich Großartiges geleistet worden ist. Aber wir müssen doch eifrigst darauf bedacht sein, daß hier mit allen Kräften *für d e r n d* eingewirkt werde. Zweitens handelt es sich um eine rationelle Verteilung des Hervorgebrachten. Gerade in Bezug auf die Verteilung der Produkte werden nun in der Öffentlichkeit Klagen erhoben, die täglich sich mehren. Wir haben schon im ersten Jahre des Krieges, als wir dessen lange Dauer zu ahnen begannen, ein System der staatlichen Bewirtschaftung aufgerichtet, das seither immer mehr ausgestaltet und erweitert worden ist.

Es ist nun der Zeitpunkt herangelommen, in welchem wir darüber schlüssig werden müssen, ob wir auf dem eingeschlagenen Wege fortschreiten sollen oder ob etwa die Starrheit des Systems — das ja natürlich im ganzen heute nicht mehr beseitigt werden kann — gewisse Milderungen erfahren muß, ob also dem freien Marktverkehr ein größerer Spielraum einzuräumen wäre als bisher. Jedenfalls wird überprüft werden müssen, ob etwa durch einzelne Maßnahmen die Produktion eher gelähmt als gefördert wird. Die Regierung möchte bei dieser wichtigen Beschlußfassung nur im Einvernehmen mit den Vertretern jener Kreise vorgehen, deren Lebensinteressen durch die Entscheidung der aufgeworfenen Fragen in einschneidendster Weise berührt werden, wie ich denn überhaupt der Meinung bin, daß die Staatsverwaltung nur bei offenen Türen beraten soll und daß der innige Kontakt einerseits mit dem Parlament und andererseits mit der Bevölkerung selbst fort und fort aufrecht erhalten werden muß. Nur der Dilettant glaubt, daß er selbst alles am besten versteht; gerade der Wissende weiß, daß er des Rates bedarf. Sprechen Sie sich also, meine Damen und Herren, ganz frei und offen aus. Vergessen Sie aber eines nicht: Es handelt sich diesmal nicht bloß um das Vorbringen von Klagen über einzelne Mißstände und Unzukömmlichkeiten; sie sind uns allen genugsam bekannt. Außern Sie sich nicht bloß negativ, sondern auch positiv, d. h. über die Frage der etwa durchzuführenden Reformen und über die einzuschlagende Richtung der Ernährungspolitik im ganzen und in Bezug auf einzelne Artikel. Seien Sie hierbei offen auch gegen sich selbst; halten Sie sich demnach auch die Schwierigkeiten vor Augen, denen jeder Vorschlag — mag er noch so gut gedacht sein — notwendigerweise begegnet. Nur dann können wir zu einem nützlichen Ergebnisse gelangen.

Wir hören heute die Vertreter der Konsumenten, morgen diejenigen von Handel und Gewerbe, übermorgen diejenigen der Landwirtschaft. Am 10. d. M. sollen die von den einzelnen Gruppen zu wählenden Delegierten zusammentreten. Ganz klar ist, daß eine

gewisse Ökonomie der Zeiteinteilung geboten ist. Die Redezeit für jedes einzelne Mitglied der Konferenzen kann daher unmöglich mehr als 10 Minuten betragen. Die Vorsitzenden werden dies strenge zu beobachten haben — ich bitte Sie alle, nicht ungehalten zu sein, wenn wir eventuell mit der Uhr in der Hand unterbrechen müssen. Auch die Zahl der zu besprechenden Artikel muß beschränkt werden, und zwar sollen in Betracht kommen: Kartoffel, Getreide und Mehl, Obst, Gemüse, Eier, Fleisch, Selbwaren und Fett, Milch, Heu und Stroh.

Und nun, meine geehrten Damen und Herren, wünsche ich den Beratungen den besten, nämlich einen **positiven** Erfolg.

Die Verhandlungen wurden infolge einer dringenden Verhinderung des Ministerpräsidenten auf einen von den Erschienenen geäußerten Wunsch um 10 Uhr unterbrochen und werden um 3 Uhr Nachmittags fortgesetzt werden.

Revisionen des Gepäcks bei Reisenden und Fußgängern.

Untlich wird verlautbart: Die auch in den Zeitungen wiederholt besprochenen Vorgänge, daß zahlreiche Personen zum Schaden der Allgemeinheit sich von staatlich bewirtschafteten Lebensmitteln (insbesondere Mehl, Hülsenfrüchten, Kartoffeln, Eiern, Butter, Milch, Fett, Zucker, Kaffee) außer den ihnen von amtswegen sichergestellten Rationen auch noch ganz erhebliche weitere Mengen auf unerlaubte Weise zu verschaffen trachten, haben die Behörden zu der Verfügung genötigt, daß von den Sicherheitsorganen auf den Bahnhöfen in der Umgebung von Wien, von der Finanzwache bei den Linienverzehrungssteuerämtern und von der Genbarmerie auf dem flachen Lande Revisionen des Gepäcks (Koffer, Körbe, Taschen, Rucksäcke) der Reisenden und Fußgänger durchgeführt, die verbotswidrig mitgebrachten Lebensmittel ausnahmslos abgenommen und an Krankenhäuser, Gemeinschaftsküchen und ähnliche gemeinnützige Anstalten abgegeben werden.

Es ergeht demnach die ernstliche Mahnung an die Bevölkerung, sich derartige Warenverschleppungen nicht zu schulden kommen zu lassen, da die Beanstandeten außer einer empfindlichen Geld- oder Arreststrafe auch noch — wie erwähnt — den Verfall der abgenommenen Waren zu gewärtigen haben.

9./X. 1917

134

Die Kontrolltätigkeit der „Vita“.

Ämtlich wird gemeldet: Wie bekannt, hat die auf Anregung der n.-ö. Statthaltereie errichtete „Vita“-Gesellschaft m. b. H. in Wien die Aufgabe, die Kriegsindustriebetriebe in Niederösterreich mit Ausschluß von Wien mit den staatlich bewirtschafteten Lebensmitteln bevorzugt zu beliefern. Zur kluglosen Durchführung dieser Aufgabe ist eine umfassende Kontrolltätigkeit nötig, damit die Belieferung einerseits jeweils entsprechend dem Verpflegungsstande der einzelnen Unternehmungen vor sich geht, andererseits aber Doppelverfahrungen der Arbeiter vermieden werden. Um der „Vita“ für diese Kontrolltätigkeit die erforderlichen Grundlagen zu verschaffen, hat der Statthalter mit einer heute im Landesgesetzblatte kundgemachten Verordnung die notwendigen Verfügungen getroffen.

9./X. 1917

135

Sperrung des freien Gemüse-Ein- und Verkaufes im 19. und 20. Bezirk.

Ämtlich wird verlautbart: Die Schwierigkeiten der Gemüsebeschaffung in Wien haben dazu geführt, daß nunmehr das Verbot des freien Ein- und Verkaufes von Gemüse in der Erzeugungsstätte auch auf den 19. und 20. Bezirk erstreckt worden ist. Die Regelung des Verkehrs auf dem gleichzeitig geschaffenen neuen Sammelplatz im 19. Bezirk, Lichtentwerderplatz - Prälatenkreuzgasse, erfolgt durch den Wiener Magistrat.

Die Lebensmittelversorgung.

Ausgabe von Nahrungsmittelzubußen.

In der laufenden Woche, vom 7. bis 13. d., werden, wie die Rathauskorrespondenz mit-

teilt, Nahrungsmittelzubußen im Höchstmaß von einem Viertelfilogramm für Schwerarbeiter und von einem Achtelfilogramm für alle sonstigen Nichtselbstversorger pro Kopf abgegeben. Als Nahrungsmittelzubüße wird in den Bezirken I bis X Roggerste, in den übrigen Bezirken Weizengriech zur Ausgabe kommen. Der Abgabepreis für Weizengriech beträgt 90 Heller, für Roggerste 80 Heller für ein Kilogramm. Die Abgabe der Nahrungsmittelzubußen wird gegen Abtrennung des Abschnittes 12 der amtlichen Einkaufsscheine aller Kategorien erfolgen. Bei den städtischen Mehlabgaben wird die Nahrungsmittelzubüße in dieser Woche am Freitag und Samstag zu beziehen sein. Die Abgabe von Kaffeebohnen an schwangere Frauen wird Mitte Oktober durchgeführt werden. Die Bezugsmodalitäten werden in den nächsten Tagen verlaublich.

Die Lebensmittelbelieferung der Kriegsindustrie.

Amlich wird verlaublich: Die auf Anregung der Statthalterei errichtete „Vita“, G. m. b. H. in Wien, hat die Aufgabe, die Kriegsindustriebetriebe in Niederösterreich mit Ausschluß von Wien mit den staalich bewirtschafteten Lebensmitteln bevorzugt zu beliefern. Zur flaglosen Durchführung dieser Aufgabe ist eine umfassende Kontrolltätigkeit nötig, damit die Belieferung jeweils entsprechend dem Verpflegsstand der einzelnen Unternehmungen vor sich geht und Doppelverordnungen der Arbeiter vermieden werden. Um der „Vita“ für diese Kontrolltätigkeit die erforderlichen Grundlagen zu verschaffen, hat der Statthalter mit einer im Landesgesetzblatt kundgemachten, heute in Kraft tretenden Verordnung die notwendigen Verfügungen getroffen, denen wir die nachstehenden Punkte entnehmen: Sene Betriebe, die auf Grund einer freiwilligen Anmeldung oder einer Verfügung der Statthalterei der „Vita“ angegliedert sind, werden mit den staalich bewirtschafteten Lebensmitteln und Bedarfsartikeln ausnahmslos durch Vermittlung der „Vita“ beliefert und sind verpflichtet, die von dieser Gesellschaft nach den behördlich genehmigten Organisationsbestimmungen angeordneten Evidenzen zu führen und die von ihr verlangten regelmäßigen Anzeigen zu erstatten. Die mit Genehmigung der Statthalterei eingeführte „Vita“-Lebensmittelbezugskarte ist eine unübertragbare öffentliche Urkunde, deren Fälschung nach dem Strafgesetz bestraft wird. Uebertretungen der Verordnung und der auf Grund dieser erlassenen Vorschriften sowie jede Mitwirkung bei der Vereitlung der darin festgesetzten Verpflichtungen werden mit Geldstrafen bis zu 20.000 Kronen oder mit Arrest bis zu sechs Monaten bestraft.

9./X. 1914

738

Die Ernährungsverhältnisse in Deutschböhmen.

Forderung Prager deutscher Professoren nach Einberufung des Obersten Sanitätsrates.
(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Prag, 8. Oktober.

Die der medizinischen Fakultät der deutschen Prager Universität angehörigen Mitglieder des Obersten Sanitätsrates veröffentlichten im „Prager Tagblatt“ unter dem Titel „Hunger in Böhmen“ einen Artikel, in dem es heißt:

Es müßte nicht so sein. Böhmen ist ein produktives Land, das seine Bevölkerung leicht mit Lebensmitteln versorgen kann. Deshalb wäre es gewiß nur recht und billig, von einem etwaigen Ueberschusse das Mögliche dorthin abzugeben, wo es notwendig gebraucht wird. In so schweren Zeiten müssen alle Völker zusammenstehen und zeigen, daß sie nur ein Vaterland haben: Oesterreich. So haben die Deutschen in Böhmen immer gedacht und danach als gute Oesterreicher gehandelt. Unser Lohn für diese angestammte Vaterlandsliebe und Vaterlandstreue: Deutschböhmen hungert. Die Nachrichten, die aus den deutschen Gauen Böhmens und besonders aus den Gebirgsgegenden von verlässlicher Seite fortlaufend eintröffen, erwecken Besorgnis und zugleich Verwunderung, daß man an maßgebender Stelle die Dinge so weit kommen ließ. Warum gerade nur in Deutschböhmen diese Not und dieses Elend, während anderswo alles noch zu haben ist? Darauf muß uns Antwort werden. Es ist ungemein bezeichnend und leuchtet mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit in die bestehenden Verhältnisse hinein, daß laut amtlicher Mitteilung seit dem Bestande der Zentralfabrik das industrielle weit kleinere Deutschböhmen 192.462 Kilogramm aufbringen mußte und auch aufbrachte, während der bedeutend größere agrarische tschechische Teil nur 138.560 Kilogramm abliefern konnte.

Diese unglaubliche, die Volksgesundheit im höchsten Grade bedrohende Tatsache hat die in Prag weilenden deutschen Mitglieder des Obersten Sanitätsrates veranlaßt, zu einer Privatbesprechung zusammenzutreten. In einer eingehenden Beratung wurde die ganze Frage als eine dringliche und unaufschiebbare erklärt und sofort in einer Eingabe die schnellste Einberufung einer Sitzung des Obersten Sanitätsrates gefordert. Es wäre notwendig, daß neben dem Obersten Sanitätsrat, dessen Einfluß leider kein allmächtiger ist, und der nicht geradezu häufig einberufen wird, auch andere Körperschaften und Persönlichkeiten — in erster Linie die Abgeordneten — mit allen Mitteln an allen maßgebenden Stellen sich dafür einsetzen, daß nicht nur etwas versprochen, sondern auch wirklich gehalten und sofort eine Nothstandsaktion für die hungernden Bezirke in Deutschböhmen eingeleitet werde. Es ist Pflicht des Staates, hier schnell und gründlich einzugreifen, und deshalb ist es keine Bitte, die wir vorbringen, sondern eine Forderung, die wir erheben. In einer Zeit, in der ein Ministerium der Volksgesundheit errichtet wird, klingt es wie Hohn, wenn eine brave, kaiser- und vaterlandstreue Bevölkerung durch Hunger und Not untergehen soll.

9./X. 1917

139

Gegen das Anstellen.

Im Verlaufe der vom Reichsbund österreichischer Steuerzahler gegen die mit dem Anstellen verbundenen, besonders im 16. Bezirke in krasser Weise wahrzunehmenden **Uebelstände unternommenen**

Schritte begab sich vorgestern eine Abordnung des Vereines zum Bürgermeister, um mit Rücksicht auf die einsetzende schlechte Witterung die dringlichste Abhilfe und Erleichterungen, wenigstens vorläufig durch Vermehrung der Verkaufsstände der Großschlächtereien, frühere Ansetzung der Verkaufsstunden in den Lebensmittelgeschäften und sonstige Anordnungen ähnlicher Art zu erbitten. In Verhinderung des Bürgermeisters empfing Vizebürgermeister Hof die Abordnung und sprach mit ihr längere Zeit über diese wichtigen Fragen, indem er darauf verwies, daß ihm die gerügten Uebelstände auch aus seiner eigenen Wahrnehmung bekannt sind, da in dem Bezirke, aus welchem er in den Gemeinderat entsendet wurde, ähnliche Zustände wie in Ottakring herrschen. In voller Würdigung der Bestrebungen des Vereines wies er darauf hin, daß die Gemeinde Wien in vielfacher Beziehung bei ihren diesfälligen Bestrebungen von Faktoren abhängt, auf die ihr keinerlei Einfluß zusteht. Die Angelegenheit werde aber vor dem Ernährungsrat gebracht und alles werde aufgeboten werden, um in dieser wichtigen Frage Abhilfe im Interesse der Bevölkerung herbeizuführen.

Neue Lebensmittelverordnungen.

Budapest, 8. Oktober.

Das Amtsblatt veröffentlicht in seiner gestrigen Nummer eine Reihe weiterer Regierungsverordnungen über den Lebensmittelverkehr, deren wesentlichen Inhalt wir im nachstehenden mitteilen:

Der Verkehr in Schweineprodukten.

Eine Verordnung des Ministers für Volksernährung Grafen Johann Sadiß Z. 94.900/1917 regelt die Durchführung der am 2. d. M. erlassenen Verordnung Z. 3685/1917 M. E. über die Versendung von geschlachteten Schweinen und Schweineprodukten. Die zum Versand erforderlichen Transportzertifikate können die Verwaltungsbehörden erster Instanz in eigenen Wirkungskreise nur dann ausstellen, wenn die Bestimmungsstation sich innerhalb der Landesgrenzen befindet, wenn die Sendung bei ganzen, beziehungsweise halben Schweinen zwei, beziehungsweise vier Stück und das Gewicht von Speck, Fett, rohem oder geflechtem Fleisch 50 Kilogramm nicht übersteigt. In allen sonstigen Fällen hat die erste Instanz die Ermächtigung des Volksernährungsamtes einzuholen, vorerst sich jedoch zu überzeugen, ob der Eigner über die betreffende Ware effektiv und rechtmäßig verfügt und ob die betreffenden Schweine nicht für den allgemeinen Bedarf gebunden sind, beziehungsweise die Produkte nicht von solchen Schweinen stammen. Ferner ist zu untersuchen, ob nicht ein Fall von Warenanhäufung oder Preistreiberei vorliegt und überdies ist nach dem 15. d. M. der Nachweis zu fordern, ob der Eigner zum Vertrieb dieser Produkte im Sinne der Verordnung Z. 3678/1917 M. E. berechtigt ist. Besonders ist hierauf zu achten, wenn dieselbe Partei wiederholt Transportzertifikate verlangt. Liegt nach Ansicht der Behörde erster Instanz der begründete Verdacht der Warenanhäufung oder Preistreiberei vor, so ist das Uebertretungsverfahren einzuleiten und der Vorrat unter Sperre zu nehmen. Verderbliche Waren sind durch die Behörde zu requirieren. Die Behörde erster Instanz hat bei Ausfertigung des Transportzertifikats die am Domizil des Adressaten befindliche Verwaltungsbehörde erster Instanz, von der Qualität und Menge der Ware zu verständigen und die letztere Amtsstelle hat ebenfalls zu kontrollieren, ob von Seiten des Adressaten nicht der Fall der Warenanhäufung, Preistreiberei oder des zu großen Verbrauches vorliegt und ob der Empfänger, sofern er Wiederverkäufer ist, zum Vertrieb berechtigt erscheint. Liegt eine Uebertretung vor, so ist das vorgeschriebene Verfahren unverzüglich einzuleiten.

Der Verkehr in Milchprodukten.

Durch die Verordnung Z. 95.000/1917 wird die Durchführung der Verordnung Z. 3687/1917 M. E. über die Versendung von aus Kuh- und Schafmilch erzeugten Produkten aller Art geregelt. Diese Produkte dürfen vom 10. d. M. an nur auf Grund von Transportzertifikaten der Behörde erster Instanz versendet werden. Für volle und abgerahmte Milch, Sauermilch und Buttermilch ist kein Transportzertifikat erforderlich. Die für die obenerwähnten Milchprodukte notwendigen Transportzertifikate dürfen die Behörden nur ausfertigen, wenn die Bestimmungsstation sich im Inlande befindet; für Sendungen nach Kroatien-Slawonien oder außerhalb der Landesgrenze darf ein Transportzertifikat nur mit Genehmigung des Volksernährungsamtes ausgestellt werden. In jedem Falle hat jedoch die Behörde sich davon zu überzeugen, ob das Milchprodukt nicht aus einem Orte stammt, dessen Milch für den öffentlichen Bedarf requiriert ist, bei Käse überdies auch davon, ob die Erzeugung der betreffenden Sorte im Sinne der Verordnung Z. 39.000/1917 nicht an eine besondere Bewilligung gebunden ist.

Der Verkehr in Grünzeug und Gemüse.

Durch die Verordnung Z. 94950/1917 des Volksernährungsministers wird der Wirkungskreis der Grünzeug- und Obstverkehrscommission noch auf folgende Obst- und Konservensorten erstreckt: Äpfel, Quitten, Birnen, Trauben, Nüsse, Haselnüsse, Marillen, Aprikosen, Kirschen und Weichsel. Von Konserven: auf alle in der Verordnung Z. 73100/1917 angeführten Konserven, ferner auf solche aus Erdbeeren, Preiselbeeren, Himbeeren, Maulbeeren, Ribisel und Stachelbeeren angefertigt (Marmeladen oder Kompote) und alle Arten von Shrup (auch Halbsabrikate) zur Herstellung von Erfrischungsgetränken. Trauben dürfen ohne Transportzertifikate versendet werden, die sonstigen obigen Artikel nur dann, wenn ihr Gewicht (statt der bisher zulässig gewesenen 200 Kilogramm) von nun an 50 Kilogramm nicht übersteigt. Ausgenommen sind nur Konserven, zu deren Versendung nach dem Inland, nach Oesterreich oder nach dem Zollauslande in jedem Falle und in welchem Quantum immer ein Transportzertifikat erforderlich ist. Für Gemüse- und Obstsendungen über 50 Kilogramm, ferner für Konserven stellt die notwendigen Transportzertifikate die obenerwähnte Kommission oder deren Bezirksbevollmächtigter aus.

Regelung des Zuckerverkehrs der Industriebetriebe.

Eine unter Zahl 127.546/1917 in der Sonntagsnummer des Amtsblattes erschienene Verordnung des Finanzministers regelt den Verkehr des in den Industriebetrieben verwendeten Zuckers in der Weise, daß zur Beschaffung des zur industriellen Verarbeitung bestimmten Zuckers ausschließlich die Zuckerrentrale als Einkaufsquelle bezeichnet wird. Der in Industriebetrieben zu verarbeitende Zucker jeder Art wird vor dem Transport aus der Fabrik oder dem Freilager mit einer Bigarette als solcher Zucker erkenntlich gemacht. Zucker, der mit diesen Bigaretten nicht versehen ist, dürfen die Industriebetriebe nicht auf dem Lager halten. Die Industriebetriebe haben den in ihrem Besitze befindlichen Zuckervorrat bis 15. Oktober der Zuckerrentrale anzumelden. Der mit Bigaretten versehene Zucker darf nicht für den öffentlichen Verbrauch in Verkehr gesetzt werden. Die Bestimmungen der Verordnung beziehen sich nicht auf die Gastwirtschaften. Die Verordnung kontingentiert das Gesamtquantum des zur Schokolade- und Kanditenfabrikation verwendbaren Zuckers bis Ende dieses Jahres mit insgesamt 11.250 Meterzentnern. Die quotenmäßige Aufteilung erfolgt nach Anhörung der Zuckerrentrale durch den Handelsminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister. Die Schokolade und Kanditen erzeugenden Betriebe dürfen bloß die ihnen anzuweisenden, sowie die von der Zuckerrentrale ihnen bereits zugewiesenen, aber bisher noch nicht verarbeiteten Zuckermengen verarbeiten. Die Verarbeitung größerer Zuckerquantitäten unterliegt einer Strafe. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Die Obstbrennweinerzeugung.

Eine Kundmachung des Finanzministers (Z. 133.327) gestattet das Brennweimbrennen aus den bis Ende September l. J. eingemaischten Pflaumen ausnahmsweise auch aus

solchen Gemeinden, die nicht zum Bezirk einer Zentralfabrikation für die Verarbeitung von Pflaumen gehören. Der Unternehmer der Zentralfabrikation ist verpflichtet, all jene Rohmaterialien, zu deren Verarbeitung die Brennerei geschaffen wurde, auch dann zu dem festgesetzten Preise zu übernehmen, wenn die Brennerei das Brennweimbrennen noch nicht begonnen hat. Bei der Uebernahme hat der Unternehmer auch die Frachtspesen zu vergüten. Die Produzenten können bei der Finanzdirektion um die Gewährung der Begünstigung einkommen, daß der Unternehmer der Zentralfabrikation das Rohmaterial von ihnen nicht nur im Inland, sondern in begründeten Fällen auch außerhalb derselben an einer vom Finanzminister zu bezeichnenden Stelle übernehme.

9.10.1917

160

Keine Doppelversorgung mehr?

Ein „alter Wiener“ schreibt uns: Dieser Tage las ich in einer Zeitung, daß nunmehr eine Doppelversorgung, zumal im Rahmen der Kriegsküchen, so gut wie ausgeschlossen sei. Ich dachte mir, Probieren gehe über Studieren und schloß mich mit meiner Familie einer Kriegsküche an. Schön, es ist dort verhältnismäßig billig, man bekommt sein gutes Essen ohne Anstellen und häufig Speisen, für welche von privaten Haushaltungen das Rohmaterial schon lange nicht mehr zu beschaffen ist, vermutlich eben aus dem Grunde, weil die Allgemeinheit das Nachsehen hat und leer ausgehen muß, wenn eine Anzahl von Organisationen bei Waren, die nur in beschränkter Menge vorhanden sind, mit dem Vorbezugsrecht privilegiert werden. Aber immerhin, dies ist noch keine Doppelversorgung, sondern nur eine Vorzugsversorgung. Es ist auch richtig, man muß Mehl- und Fettkarten abgeben, womit einem Doppelbezug in diesen Artikeln vorgebeugt ist. Aber während ich mit meinen Familiengenossen uns an Speisen aus der Gemeinschaftsküche, die mit Eiern zubereitet sind, satt essen, während wir prachtvolle Erbspüßelgerichte zu uns nehmen, konnten wir ruhig unsern Haushalt mit dem gleichen Kartoffelquantum aus den Abgabestellen versorgen, wie die Familien, die ihre Mahlzeiten nicht aus der Gemeinschaftsküche beziehen und daher mit dem Wirtschaften und von dem Leben müssen, was sie sich im täglichen Kampfe um die Lebensmittel „erstehen“. Und die Eier. Du lieber Himmel! Ich bin bei der „Rohö“ Mitglied, diesem Musterinstrument zur bequemen Doppelversorgung, da gibt's allweil Eier; meine Frau ist bei einer anderen „Konsumorganisation“, da gibt's auch öfters Eier; mein Sohn ist einer Beamtenkonsumstelle zugeteilt, auch da gibt es hie und da ein Ei, und meine Tochter ist — nein, das verrate ich nicht, wo die „Funktionärin“ ist, aber daß auch sie selten ohne einen Beitrag für unsere Eierliste heimkommt, sei im Vertrauen verraten. Mit andern Lebensmitteln geht es ähnlich. Hunderttausende, die weder einer Gemeinschaftsküche noch einem oder mehreren „Konsumorganisationen“ angeschlossen sind, geht es natürlich minder glänzend. Sie müssen sich, wenn sie ein, zwei Eier erstehen wollen, in aller Frühe irgendwo vor einer Abgabestelle an's Geratewohl anstellen. Mir erbarmen alle diese Bedauernswerten, denn als alter Wiener habe ich

ein gutes Herz. Aber was soll man machen? Seit drei Jahren wird eifrig nach den Methoden, welche die Konsumentenretter — weibliche und männliche — angepriesen haben, der Lebensmittelverkehr „organisiert“. Aber herausgekommen ist dabei nicht die demokratische Gleichheit aller, sondern eine zunehmende Begünstigung bestimmter Gruppen und Einzelner auf Kosten der übrigen. Was will man da machen! Jeder Bartl holt — rebus sic stantibus sagt, glaube ich, der alte Demokrat Cäsar — den Most, wo man ihn bekommt. Wenn ich den Tausenden und Abertausenden, die sich täglich auf den Märkten und vor bestimmten Geschäften anstellen, einen guten Rat geben darf, so wäre es der: Verwendet eure Zeit zweckmäßiger zur Gründung eines oder beliebig vieler „Komitees“, dann habt ihr die Vorbedingung für eure bessere Versorgung geschaffen. Wer heute leben will, muß entweder selbst ein Komiteteiler werden oder irgendwo bei einer Gründung unter schlüpfen, das ist die Hauptsache, alles andere gibt sich dann von selber.

10. / X. / 01

142

Lebensmittelzuteilung an Urlauber. Bei der einmaligen Zuweisung von einem Achtteilkilogramm Roggerste zu den Mehrportionen erfahren viele Frauen, deren eingerückte Männer sich auf Urlaub zu Hause befinden, daß diese besondere Zuweisung nicht für Urlauber vorgesehen sei. Es ist jedenfalls begreiflich, daß die Parteien darüber ungehalten sind, denn man sollte schon meinen, daß ein Soldat, der sich auf Urlaub befindet, nicht auf so kleinliche Art an seiner Lebensmittelzuweisung verfürzt werden darf.

10./X. 1917

143

Einkaufsscheine für Mindestbemittelte. Das Bezirkswirtschaftsamt Wien, Stelle I. hat an die Brot- und Mehlkommissionen eine eigene Instruktion hinausgegeben, wie in Fällen vorzugehen ist, wenn sich in einem Haushalt die für die Lebensmittelversorgung in Betracht kommende Personenanzahl verändert. Wie nun diese amtliche Weisung in ihrem letzten Absatz bestimmt, hat bei Einkaufsscheinen für Mindestbemittelte bei einer eventuellen Vermehrung der Personenanzahl in einem Haushalt eine Berichtigung des Einkaufsscheines zu entfallen, während dagegen, wenn sich die bezugsberechtigte Personenanzahl vermindert, der Schein einzuziehen und durch einen neuen, gekürzten Bezugsschein zu ersetzen ist. Daß eine solche Vorgangsweise mehr als seltsam ist und ein ganz offenkundiges Unrecht darstellt, liegt natürlich auf der Hand. Man kann wohl nicht behaupten, daß wenn in einer Familie Familienzuwachs durch eine Geburt stattfindet, der Verbrauch nicht ein höherer geworden sei. Sowohl die Ernährung des Kindes wie der Mutter erfordert diesen Mehrverbrauch, und es ist in einer Zeit, wo das Kindergebären geradezu als eine Pflicht gegenüber dem Staate angesehen wird, jedenfalls ein starkes Stück, wenn der Wiener christlichsoziale Magistrat dem Kinde wie der stillenden Mutter die Nahrungsmittel entzieht. Man darf wohl erwarten, daß eine solche Absicht aus sozialen Gründen wie aus Gründen der Menschlichkeit sofort wieder aufgegeben wird.

Ein Vorschlag zur Müllabfuhr.

Aus Hausbesitzerkreisen wird uns geschrieben:

Die Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer legt, wie wir bereits erwähnten, die schon seit dem 1. April erhöhten Preise für die Abholung des Mülls abermals herauf. Sie begründet diese Maßnahme durch die Steigerung ihrer Betriebskosten, die ungeheuren Pferdeverluste und die Mehraufwendungen für die Arbeitskräfte. Wenn auch die Preissteigerung für die Hauseigentümer eine neue, nicht unwesentliche Vermehrung ihrer Kriegslasten bedeutet, so wird sie doch in Kauf genommen werden müssen, zumal die Müllkästen nicht mehr so häufig wie früher geleert zu werden brauchen, weil durch die Aussonderung der Küchenabfälle die Müllmenge verringert worden ist und sich durch Einschränkung der Heizung auch die Schlacke vermindert.

Die Schwierigkeiten der Abfuhr ließen sich im übrigen durch eine Aenderung der Abfuhrordnung ganz bedeutend herabmindern. Nach der bisherigen Uebung wurde der Müll aus den einzelnen Häusern zu verschiedenen Zeiten abgeholt, in einem Hause z. B. jeden Montag, im benachbarten am Dienstag und Freitag, je nachdem die Verträge zwischen den Hauseigentümern und der Wirtschaftsgenossenschaft abgeschlossen sind und ein- oder mehrmal wöchentliches Abholen vereinbart ist. Würden nun die Häuser in Gruppen zusammengefaßt, bei denen die Abholung an ein und demselben Tage erfolgte, so würde dadurch viel Zeit und Arbeit gespart werden. Der Einwand, daß eine solche Aenderung auf Grund der Verträge unausführbar sei, wird dadurch hinfällig, daß die Verträge ja schon seit langem nicht mehr innegehalten werden. Die Hausbesitzer würden auch wohl kaum Schwierigkeiten machen. Sie wären zufrieden, wenn das Müll nur überhaupt regelmäßig abgeholt würde. Also schlimmstenfalls Nationalisierung auch noch der Müllabfuhr, dafür aber Pünktlichkeit.

10./X. 1914

145

(Ungarische Landwirte in Rumänien.) Der Minister des Innern hat den Municipien bekanntgegeben, daß die Wirtschaftsabteilung des rumänischen Militärregiments die Zwangsverwaltung jener Grundbesitze über 500 Hektar plant, deren Eigentümer ihr Land verlassen haben. Von den verlassenen Grundbesitzen werden ungefähr dreihundert österreichischen und ungarischen Landwirten zur Verwaltung überantwortet. Es werden daher praktische Landwirte gesucht, die die Fähigkeit zur Verwaltung von Grundbesitzen über 500 Hektar haben. Bei der Auswahl werden insbesondere zum Militärdienst untauglich befundene oder nicht militärpflichtige Personen berücksichtigt. Die Kenntnis der rumänischen Sprache ist erwünscht, jedoch nicht unbedingt notwendig. Die Entlohnung wird den üblichen Bezügen der Dekonomiebeamten entsprechen. Diejenigen, die infolge ihrer im Militärdienst erlittenen Verwundung oder eingetretenen Erkrankung beurlaubt oder aus dem Verbands der Armee entlassen worden sind, werden bei der Besetzung dieser Stellen bevorzugt. Anmeldungen, die im Wege der Verwaltungsbehörde zu erfolgen haben, sind mit Rücksicht auf die herbstlichen Wirtschaftsarbeiten dringlich zu bewerkstelligen.

Eine Woche — ein Tag.

Die Kosten des Haushaltes im Kriege.

Die Teuerung, die in immer mehr fortschreitender Entwertung des Geldes und, damit verbunden, das Sinken der Kaufkraft drängen die Frage auf alle Lippen, wie es dem Festbesoldeten aus dem Mittelstand, der über kein Vermögen verfügt und von seinem Erwerbseinkommen leben muß, überhaupt weiterhin möglich ist, sein Auskommen zu finden. Für jenen geringen Bruchteil der Bevölkerung, den die Kriegsgewinner oder die Leute mit sehr großen Einkommen bilden, ist diese Frage ja sehr leicht gelöst. Für Geld kann man auch heute noch alles haben, was das Herz oder, besser gesagt, der Magen begehrt. Auch dem Arbeiter geht es zumeist nicht schlecht. Die Arbeitslöhne sind außerordentlich gestiegen und reichen in der Regel zur Befriedigung der leiblichen Bedürfnisse aus. Traurig steht es aber mit der großen Masse der kleinen Beamten, ebenso traurig mit den Pensionisten, den bescheidenen Rentnern, den kleinen Geschäftsleuten und den zahllosen anderen Personen, deren Einkommen fast gar keine oder nur eine unwesentliche Erhöhung erfahren hat.

Wie alle diese Mittelstandsangehörigen existieren und die täglichen Lebenserfordernisse bestreiten können, ist einfach ein Rätsel. Glückliche sind noch diejenigen, die etwas zum Zusehen haben. Sie können sich durch Preisgabe ihrer Ersparnisse noch einigermaßen helfen. Sie opfern den Sparpfennig in der Hoffnung, vielleicht später einmal das Opfer durch neue Ersparnisse wieder wettmachen zu können. Es gibt aber leider tausende Mittelstandsfamilien, die ihre letzten Barreserven bereits aufgezehrt und alles entbehrliche Besitztum oder sonstige behebaren Objekte schon in die Pfandleihanstalt getragen haben. Wer nichts zum Zusehen hat, der muß sich jetzt, so gut es geht, durchhungern. Ohne Hunger geht es wohl nicht mehr. Denn das tägliche Leben ist derart teuer geworden, daß der vermögenslose und auf feste Einnahmen angewiesene Mittelstand die materiellen Lasten nicht mehr bestreiten kann. Wie weit die Teuerung vorgeritten ist, läßt sich am anschaulichsten durch die Formel „Eine Woche — ein Tag“ illustrieren. Deutlicher: Der Geldbetrag, der vor ein paar Jahren noch für die Ausgaben einer ganzen Woche reichte, ist jetzt erforderlich, um die Ausgaben eines Tages zu decken, wenn man nur annähernd das gleiche auf dem Tisch haben will wie im Frieden.

Eine kleine Rechnung belehrt uns sofort, daß in der oben erwähnten Formel durchaus keine Übertreibung liegt. Betrachten wir zunächst die Fleischpreise: 1 Kilogramm gutes Rindfleisch ist in der Regel nicht unter 14 Kronen zu haben. Der Friedenspreis betrug rund 2 Kronen. Das Schweinefleisch notiert jetzt zwischen 15 und 17 Kronen; im Frieden erhielt man um R. 2.40 ein Kilogramm delikates Schweinskarree. Besucht man ein Gasthaus, um ein Gabelfrühstück einzunehmen, so zahlt man heute für ein Gulasch zwischen R. 2.50 und

R. 4.50. Früher kostete die Portion Gulasch 30 Heller in der Vorstadt und 70 Heller in einem eleganten Restaurant. Das Mehl stieg von 38 Heller auf R. 1.20.

Die gleich sprunghafte Erhöhung weisen auch die kleinen und kleinsten Haushaltsartikel auf. Um nur einige Beispiele anzuführen: Essig stieg von 12 Heller auf 32 Heller; Pfeffer (5 Deka) von 12 Heller auf R. 2.—; Paprika (5 Deka) von 18 Heller auf R. 1.40; Schuhpaste von 30 Heller auf 95 Heller. Für 56 Deka Waschseife zahlte man im Frieden 48 Heller, jetzt kosten 10 Deka 40 Heller; es stellt sich somit das Kilogramm Seife jetzt auf R. 4.— gegen zirka 90 Heller zu Friedenszeiten. Der Spiritus kostete pro Liter 55 Heller, jetzt kostet er R. 1.10; Rosinen stiegen von R. 1.68 pro Kilogramm auf R. 12.—; für einen Besen, für den man R. 2.50 bezahlte, muß man jetzt R. 8.20 bezahlen. Margarine schmalz stieg pro Kilogramm von R. 1.90 auf R. 16.—; Haselnüsse, die R. 1.80 kosteten, müssen jetzt mit R. 15.— bezahlt werden. Eine Kerze, einst für 10 Heller erhältlich, kostet heute 68 Heller, usw.

Nehmen wir eine Familie von drei Personen und berechnen wir die Kosten des Mittagessens: In der Regel wurden 60 Deka Rindfleisch gegessen, Preis R. 1.20; das würde jetzt R. 8.40 kosten. Erdäpfel kosten jetzt genau das Fünffache. Mit den Gewürzen kostet das Mittagessen, wenn Rindfleisch gegessen wird, annähernd siebenmal so viel als in der Friedenszeit. Der sonntägliche Schweinebraten, von dem unter Berücksichtigung der Abendmahlzeit 1 Kilo 20 Deka gekauft wurde, stellte sich auf nicht ganz R. 3.—. Jetzt bekommt die Hausfrau von einem Zwanzigkronenschein nicht einmal eine Krone retour, es ist also der Preis auch hier um das Siebenfache gestiegen.

Ebenso begegnen wir bei den meisten anderen Einkäufen siebenfachen oder höheren Preissteigerungen. Schuhe, die früher 16 Kronen gekostet haben, müssen jetzt mit 120 Kronen bezahlt werden. Stoffe, die 6 Kronen kosteten, sind auf das Zehnfache oder noch mehr im Preis gestiegen. Und so ließen sich noch viele Beispiele anführen. Sie alle illustrieren nicht nur die Erzfesse der Teuerung, sondern tun auch dar, daß man heute an Geld das siebenfache dessen braucht, was noch vor wenigen Jahren ausgereicht hatte, um das Dasein zu bestreiten. So gewinnt auch die mysteriöse Formel „Eine Woche — ein Tag“ ihre wenig erfreuliche Erklärung. Wir müssen heute innerhalb vierundzwanzig Stunden ebenso viel Geld hinlegen, als wir zur Friedenszeit benötigten, um die Ausgaben einer ganzen Woche zu bestreiten.

Das Kriegsverorgungsamt im neuen Heim.

Für das Hamburgische Kriegsverorgungsamt, besonders aber für die Bevölkerung, war die örtliche Trennung der einzelnen Abteilungen des Kriegsverorgungsamtes von großem Nachteil. Für das Amt bedeutet diese Trennung eine Erschwerung der gegenseitigen Fühlungnahme, für die Bevölkerung erforderte sie viele unnütze Wege. Diesem Mangel wollte man schon seit langem durch eine Zusammenlegung der einzelnen Abteilungen in ein großes Haus abhelfen und hatte hierfür das ehemalige Elite-Hotel, jetzige Hindenburghaus, Großer Burstah 31 (Geschäftshaus Büsing & Jevn), in Aussicht genommen; zugleich aber hatte das Generalkommando für einen etwaigen Umzug nach Hamburg dieses Gebäude als Sitz ausersehen, so daß das Kriegsverorgungsamt zurücktreten mußte. Als dann über die Verlegung des Generalkommandos nach Hamburg unterblieb, sicherte sich das Kriegsverorgungsamt das Haus, das nun zum größten Teil nach Vornahme einiger Umbauten von den einzelnen Abteilungen im Laufe der ersten Tage des Oktobers bezogen worden ist.

So befinden sich in dem Obererdbeschloß die Abteilungen für Kartoffeln und Kohlen. Man hat diese Abteilungen dortin gelegt, weil sie den größten Verkehr aufzunehmen haben und daher am leichtesten erreichbar sein müssen. Im ersten Geschloß sind die Abteilungen für Butter, Käse und Milch untergebracht, im zweiten Geschloß hat das umfangreiche Zentralbüro seinen Sitz. Daneben haben die Abteilungen für Futtermittel, Teigwaren und Kaffee ihre Räume. Im dritten Geschloß folgen die Abteilungen für Brot und Mehl, im vierten die für Eier, Zucker, Seife, Wild und Geflügel, und im Dachgeschloß endlich hat die Registratur Aufnahme gefunden. Die Geschäftszeit der genannten Abteilungen ist auf die Zeit von 9 bis 7 Uhr festgesetzt, für die Bevölkerung sind die Geschäftsräume von 1 bis 4 Uhr geöffnet.

Trotz der Größe des Hauses haben einzelne Abteilungen keine Aufnahme finden können, so die für Fische, die auch zweckmäßig in der Nähe des Hafens bleibt, für Fleisch und Gemüse und endlich die Kartenzentrale.

Jetzt, da das Kriegsverorgungsamt zum größten Teil übersichtlich in einem Hause untergebracht ist, tritt der Umfang des Betriebes augenfällig in die Erscheinung. Ein gewaltiger Menschenstrom ergießt sich unaufhörlich in das Gebäude und füllt die einzelnen Räume, die für jeden leicht auffindbar sind. Nicht allein die Auskunftschüler im Eingang des Hauses und in den einzelnen Stockwerken sorgen für die Orientierung, sondern jede Abteilung hat noch ein Auskunftszimmer, in dem den Besuchern der rechte Weg gewiesen wird, so daß Verger und Verdruß über vergebliches Suchen vermieden wird.

Ist der Vorteil für die Bevölkerung also außerordentlich groß, so noch größer für die Leiter und Mitarbeiter dieses großen Betriebes, wohl des größten des hamburgischen Staates. Etwa 1000 Angestellte, in der überwiegenden Mehrzahl weibliche Hilfskräfte, arbeiten tagaus, tagein für die Versorgung der Miesstadt mit Lebensmitteln. Das Amt gliedert sich in 16 Abteilungen, deren jede in eine kaufmännische und eine verwaltungstechnische Unterabteilung zerfällt. Hat die kaufmännische Abteilung für die Veranforderung der Waren, für ihre Lagerung und fleißige Behandlung und endlich für ihre Zuleitung an die Händler und Verbraucher zu sor-

gen, so übt die verwaltungstechnische die nicht minder wichtige Kontrolltätigkeit aus. Durch Wiegen, durch das Klebesystem und durch Zählen der einzelnen Marken wird festgestellt, ob die Händler sich an die Bestimmung der markenpflichtigen Abgabe der Lebensmittel gehalten haben. Noch mehr wie bei kaufmännischen Geschäften ist beim Kriegsverorgungsamt schnelles Handeln unbedingt erforderlich. Daher sind die Leiter der einzelnen Abteilungen ganz selbständig. Der Betrieb hat natürlich gewaltige Umsätze, die in die Hunderte von Millionen gehen. Um nun die Last der Verantwortung des Leiters des Amtes und seiner Abteilungsvorsteher zu mindern, hat man seit einiger Zeit ein Rechnungskontrollbüro eingerichtet, das unter der Leitung eines Bücherrevisors nicht etwa Stichproben vornimmt, sondern die Bücher ständig revidiert.

Möge das Kriegsverorgungsamt im neuen Heim weiter zum Segen der hamburgischen Bevölkerung wirken, möge ihm, das aus dem Krieg geboren wurde, ein baldiger Friede den Abschied geben.

11/X. 1918

11

137

11. I. 1917

147

Salzburg zur Kriegszeit.

Von
Justizrat Eschenbach, Berlin.

Ein freundliches Gesicht ermöglichte es mir, trotz der großen Schwierigkeiten, die österreichische Grenze ohne zwingenden Grund zu überschreiten, dem schönen Salzburg einen Besuch abzustatten, und zwar von Berchtesgaden aus. Der Grenzverkehr wird außerordentlich erschwert und nur in Reichenhall ist er etwas erleichtert, indem dort Passierscheine ausgestellt werden, die jedoch nur für einen Tag ohne das Recht zur Uebernachtung Gültigkeit haben. Bei Reichenhall wird die Grenze in der Gemarkung Gmain überschritten und hier entwickelt sich auch ein teilweise lebhafter Fußgängerverkehr. Der große Grenzverkehr geht über die Bahnstrecke Freilassing—Salzburg, auf welcher die Balkanzüge usw. laufen. Die Ueberschreitung der Grenze von Berchtesgaden aus erfolgt hinter Schellenberg.

Das Leben in Salzburg unterscheidet sich nicht wesentlich gegenüber der Friedenszeit, nur daß der Fremdenverkehr völlig fortfällt, was von den Einwohnern natürlich stark empfunden wird. Aber sowohl der Aufzug am Mönchsberg, wie die Drahtseilbahn auf die Feste Hohe-Salzburg sind in dauerndem Betriebe. Die Feste Hohe-Salzburg aber ist nach wie vor dem Besuche zugänglich. Die Lebensverhältnisse sind natürlich durch den Krieg wesentlich beeinflusst. Obwohl eine Rationierung der Lebensmittel in Oesterreich bis jetzt noch bei weitem nicht in dem Umfange durchgeführt ist, wie in Deutschland, zumal für Fleisch, sind gewisse Lebensmittel auch nur sehr schwer zu haben und teilweise nicht billig. So war zwar Biergenüsse käuflich, jedoch obwohl ganz frisch und deshalb noch stark wässrig, nur zu einem Preise von 8 Kronen, gleich 5 Mark, das Pfund. Anderer Käse, desgleichen Butter, war überhaupt nicht zu haben. Sehr erstaunlich ist der Preis für diejenigen Obstsorten, an denen das nahe gelegene Tirol doch geradezu außerordentlichen Ueberschuß hat; so kostete das Kilogramm Trauben oder Pfirsiche nicht weniger wie sieben Kronen, während der Friedenspreis dafür etwa kaum zwei bis höchstens drei Kronen betragen hatte. Vortrefflich ist nach wie vor durchgehends der Kaffee, soweit man der landesüblichen Herstellung von Kaffee auch in Friedenszeiten überhaupt Geschmac abgewinnt, und vielfach wird er, so beispielsweise auf der Feste Hohe-Salzburg, auch noch mit trefflicher fettreicher Milch gegeben, während er für gewöhnlich allerdings nur schwarz ohne Milchzusatz verabreicht wird. Die Konditoreien bieten neben sehr gutem Kuchen auch Eis feil. Die Preise für gewöhnliche Gerichte erscheinen im Verhältnis zu denjenigen in Deutschland etwas höher, jedoch wird dieser Unterschied dadurch wieder gemildert, daß die deutsche Mark gegenüber der Krone eine nicht unbeträchtlich höhere Kaufkraft hat. Kartoffeln gibt es nicht oder nur sehr wenig. Hier ist in guter Qualität vorhanden, jedoch der Ausschank nur auf gewisse Tagesstunden beschränkt. Seltenerweise gab es aber wiederum allerlei Artikel, die bei uns in Deutschland so gut wie überhaupt nicht zu haben sind. So beispielsweise ausgezeichneten Mostsch in großen Mengen und zu verhältnismäßig billigen Preisen; desgleichen treffliches Fett als Stiefelschmiere, ebenfalls ohne daß auch hieran eine Knappheit zu merken gewesen wäre.

Der Ausflugsverkehr von Salzburg ist natürlich fast gleich Null. Das Stöhr-Haus auf dem Untersberg, die schönste Bergtour in der Nähe von Salzburg, gewährt nur Unterkunft und Getränke, alle sonstigen Lebensmittel müssen mitgebracht werden, was die Be-

steigung außerordentlich erschwert. Die Bahn auf den Geisberg aber muß zeitweise wegen Kohlenmangel überhaupt eingestellt werden. Der Grenzverkehr der elektrischen Straßenbahn nach Schellenberg-Berchtesgaden vollzieht sich jedoch durchaus regelmäßig, es muß aber unterwegs der Wagen gewechselt werden, da die Züge nur bis zur Grenze gehen.

Irgend welche Lebensmittel aus Oesterreich nach Deutschland oder umgekehrt auszuführen, ist untersagt. Die Kontrolle wird nach dieser Richtung hin ziemlich streng durchgeführt. Schmuggel existiert nur in ganz geringem Umfange, obwohl die Versuchung hierzu groß ist, denn es war beispielsweise in Salzburg Wurst in freiem Verkehr immerhin noch reichlich vorhanden und zwar zu einem Preise, der unter Berücksichtigung des Salutaunterschiedes nicht einmal sehr hoch genannt werden konnte; das Pfund sehr gut aussehende Salami- und Jervelatwurst kostete 10 Kronen gleich 6,50 Mark. Die Geschäfte sind vielfach während der Mittagsstunden geschlossen, die Konditoreien meist trotz der hohen Preise ausverkauft. Auf breite Grundlage hat man die Kriegsfürsorge dadurch gestellt, daß an zahlreichen Straßenecken aus starkem Eisenblech hergestellte Nachahmungen der berühmten Stoda-Wörfer-Granaten (30,5 Zentimeter) zur Empfangnahme von Liebesgaben aufgestellt sind. Im übrigen wird das Stadtbild selbstverständlich ebenfalls stark durch den militärischen Einschlag beeinflusst, der sich in allen möglichen Waffengattungen zeigt. Der Fremdenverkehr aus Oesterreich selbst ist ziemlich reger, wie die Einträge sowohl in dem Fremdenbuch des Mozart-Häuschens auf dem Kapuziner-Berg, wie im Geburtshause Mozarts bezeugen.

Mangel an Küchengeräthen.

In alle Zweige des Wirtschaftslebens hat der Krieg Lücken gerissen. An Lebensmitteln, Bedarfsartikeln und sogar an Luxusgegenständen herrscht empfindlicher Mangel. Zu den Bedarfsartikeln, die nicht mehr erzeugt werden können, beziehungsweise deren Lagerbestände sich ihrem Ende nähern, gehören neuestens einzelne Küchengeräthe. Durch die behördliche Beschlagnahme des Zink fehlen plötzlich alle verzinkten Küchengegenstände. Ein Ersatzmittel ist schwer zu finden, da auch Aluminium, das einen Ersatz bilden könnte, nicht erzeugt wird. Vor allen Dingen herrscht ein sehr empfindlicher Mangel in Weißblechwaren aller Art, wie Formen usw., da auch hier das Rohmaterial von der Heeresverwaltung für ihre Zwecke eingefordert wurde. Um diesem Mangel abzuhelpfen, versuchten Karlsbader und einige andere böhmische Fabriken, derartige Gegenstände aus Ton als Ersatz herzustellen, doch haben sich diese Erzeugnisse im praktischen Gebrauch nicht recht bewährt. Die Preise für Küchengeräthe aller Art sind bedeutend gestiegen.

11/X. 1917

150

¶ (Die neue Maisentkeimungsverordnung.) Der Centralverband ungarländischer Kleinmühlen bekämpft seit Monaten die den Mühlen schädlichen Bestimmungen der Maisentkeimungsverordnung, insbesondere die Anomalie, daß alle Walzenmühlen nur entkeimten Mais in Verkehr bringen dürfen, während es den Produzenten frei steht, Mais in solchen Mühlen vermahlen zu lassen, die zur Entkeimung nicht verpflichtet sind. (Steinmühlen.) Wie nun die „Ung. Mühlenachrichten“ erfahren, wird eine demnächst erscheinende Verordnung den Wünschen des Centralverbandes Rechnung tragen und sind die Hauptpunkte der neuen Verordnung folgende: 1. Sämtliche Mühlen des Landes dürfen nur Mais in entkeimten Zustande in Verkehr bringen. 2. Solche Mühlen, die zur Entkeimung nicht geeignet befunden werden, werden nur als Sammel- und Tauschstellen fungieren, d. h. sie werden von den Parteien den Mais übernehmen und diesen gegen Mehl oder Schwot eintauschen, den ihnen die nächste zur Entkeimung geeignete Mühle gegen das Rohprodukt eintauscht. Für diese Mühelverwaltung erhalten die Mühlen per Meterzentner zwischen K. 3.60 und K. 5.60 vergütet. 3. Die Entkeimungsmühlen erhalten einen besseren Einlöschungspreis für die Steine als bisher. Damit wird erreicht, daß weit mehr Mais als bisher entkeimt werden wird und die zur Entkeimung nicht geeigneten Mühlen finden für den Verdienstentgang eine angemessene Entschädigung, und das auch dann, wenn die Mühle aus irgend einem Grunde nicht im Betrieb ist.

* Der Zwiebelmangel. An die Reichsstelle für Gemüse und Obst treten, wie sie mitteilt, fortgesetzt Anforderungen auf Lieferung von Zwiebeln heran, ohne Berücksichtigung des Umstandes, daß der Bedarf an dieser Ware wie an anderen Gemüsearten bei den zuständigen Landes-, Provinzial- oder Bezirksstellen angemeldet werden muß. Es darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß Zwiebeln nur in bestimmten Gebieten einer Abgaberegulierung unterliegen, die den Zweck hat, in erster Reihe den gesteigerten Bedarf der Truppen an Dörrzwiebeln sicherzustellen. Erst dann, wenn sich übersehen läßt, in welchem Umfange die Versorgung des Feldheeres erfolgen kann, wird die Zwiebelbevölkerung mit Zwiebeln versehen werden. Die Ernte freilich ist gerade bei Zwiebeln in diesem Jahre gering gewesen, so daß die Reichsstelle mit den von ihr durch Bewirtschaftung erhaschten Zwiebeln nur sparsam umgehen darf.

11. IX. 1917

152

* Die vereinfachte Speisekarte. Bei der Ueberwachung von Gastwirtschaften durch Beamte des Kriegswucheramtes ist wiederholt aufgefallen, daß von zahlreichen Gastwirtschaften die Bestimmungen der Bundesratsverordnung zur Vereinfachung der Beköstigung vom 31. Mai 1916 nicht beachtet werden. § 1 dieser Bekanntmachung bestimmt, daß an Tagen, an denen die Verabfolgung von Fleisch, Fleischwaren und Fleischspeisen nach der Verordnung zur Einschränkung des Fleisch- und Fettverbrauchs überhaupt zulässig ist, zu einer Mahlzeit nicht mehr als zwei Fleischgerichte zur Auswahl gestellt werden dürfen. Jedem Gaste darf zu einer Mahlzeit nur ein Fleischgericht verabfolgt werden. Von zahlreichen Gastwirtschaften wird diese Bestimmung dahin ausgelegt, daß sie sich lediglich auf solche Fleischspeisen bezieht, die dem Fleischkartenzwang unterliegen. Diese Annahme ist unrichtig. Denn nach § 4 gilt als Fleisch im Sinne der genannten Verordnung: Rind-, Kalb-, Schaf-, Schweine- und Ziegenfleisch sowie Fleisch von Geflügel und Wild aller Art. Ausgenommen sind Kopf, Zunge und innere Teile. Witherin gehört unter die Fleischgerichte, von denen nicht mehr als zwei auf der Speisekarte aufgeführt oder sonst zur Auswahl gestellt sein und nicht mehr als eins an jeden Gast abgegeben werden darf, auch das Fleisch von kartensfreiem Geflügel, wie Enten und Gänse sowie das gegenwärtig markenfrei verkaufte Fleisch von Spanferkeln.

„Die sichergestellten Rationen.“

Es wird uns geschrieben: Die Blätter vom letzten Sonntag enthalten eine amtliche Warnung davor, daß man sich die staatlich bewirtschafteten Lebensmittel (insbesondere Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Eier, Butter, Milch, Fett . . .) auf „unerlaubte Weise“, nämlich im Rucksack vom Lande beschaffe und sich so „außer den von Amts wegen sichergestellten Rationen“ solche Nahrungsmittel besorge. Die Behörde, heißt es in der Warnung, werde strenge darauf sehen, daß dieser „Anfug“ unterbunden werde und sie werde die ertappten Missetäter nicht bloß ihrer Lasten entbürden, sondern ihnen auch noch Strafen auferlegen. Sehr gut! Ordnung muß sein. Aber eben um dieser Ordnung willen erlaube ich mir die Anfrage, wo ich denn die „von Amts wegen sichergestellten“ Lebensmittel Milch zu kaufen bekomme!? Seit dem Monat August hat meine Frau noch nicht ein einziges Ei erhalten, Milch bekommen wir seit drei Monaten nicht einen Tropfen und wie ich aus meiner Verwandtschaft weiß, erhalten nicht einmal Kinder und Kranke ihren „sichergestellten“ Anteil. Und Hülsenfrüchte? Seit etwa zwei Jahren keine! „Sichergestellt“ scheinen also bloß die unterschiedlichen Marken zu sein, die man allerdings bekommt, in möglichen Größen, Farben und Formen. Man sagt mir: alles das, Milch, Eier, Hülsenfrüchte gibt es nicht; es ist nicht da, also kannst du es nicht bekommen. Schön. Dann wende ich mich irgendwo anders hin. Ich habe am Lande Verwandte, die mir gerne hin und wieder ein Viertelliter Milch abtreten oder auch 10 Eier überlassen, die sie entbehren können. Aber wehe mir, wenn ich ertappt werde! Ich vergehe mich gegen strenge Verordnungen, ich übertrete gewichtige amtliche Verbote! Und man belehrt mich, daß ich ein Unrecht an der Allgemeinheit in meinem Rucksack heimtschleppe, denn alles das, was ich hier trage, ist mir ohnedies daheim „amtlich sichergestellt!“ War es wirklich richtig, die sonntägliche Warnung mit der Uberschrift „Maßnahmen gegen das Hamstern“ zu versehen? Hamstere ich, wenn ich mir 10 Eier heimtrage, damit meine Frau endlich wieder einmal aus dem Mehl, das man ja erhält, eine ordentliche Mehlspeise bereiten kann!? Hamstere ich, wenn ich Sehnsucht habe, nach Monaten wieder eine Schale Milchlassée zu genießen und mir daher eine Halbliterflasche Milch heimtrage? Nein, wahrhaftig, von „Hamstern“ kann hier keine Rede sein. Und wäre all dies nur wirklich in noch so kleinen Mengen „von Amts wegen sichergestellt“, ich würde den Rucksack sogleich in die Ecke werfen. So aber klist sich die behördliche Verwarnung wie ein grausamer Scherz. Oder sollte es möglich sein, daß die Behörde, welche diese Verwarnung erließ, wirklich in dem Wahne lebt, daß wir die erwähnten „sichergestellten“ Lebensmittel tatsächlich auch bekommen?

Ähnliche Zuschriften mit Randglossen zu der behördlichen Warnung erhielten wir mehrere. Eine Kassensbeamtin eines Wiener Postamtes schreibt uns u. a.: Es ist gewiß recht und billig, dem Hamstern

zu steuern. Aber wirksamer wäre es, das Hamstern überflüssig zu machen. Für alle möglichen Gruppen wird gesorgt, nur für die der Mittelklasse nicht. Wo ist z. B. mir der Milchbezug „von Amts wegen sichergestellt“? Gleich heute früh hatte ich um 6 Uhr Dienst und bekam keinen Tropfen Milch. Tee, den man auch schwer bekommt, verlangt mehr Zucker, der uns aber von Amts wegen wieder gekürzt wird und schließlich bekommt man, da einer Postbeamtin mit 14 Dienstjahren und einem Gehalt von 150 Kronen der teure Schinken oder dergleichen unerträglich ist, beim Tee Hunger; da sollen wir aber von 6 Uhr früh bis 1 Uhr mittags arbeiten! Mit den Kartoffeln ist es ähnlich und mit den Kohlen ebenfalls. Wir haben, wie schon erwähnt, von 6 bis 1 Uhr Dienst, wann sollen wir uns anstellen? Wer kocht mir, wenn ich allein und auf mich angewiesen bin? Für die Kriegsküche reicht mein Gehalt nicht, auch gibt sie kein Nachtmahl aus. Mit den Kleiderkarten ist es ähnlich. Die reichen Leute geben ein altes Kleid her und bekommen ein neues. Wir Postbeamtinnen sollen standesgemäß gekleidet gehen, haben aber kein überschüssiges Kleid zum umtauschen, was also? Warum sollen mir bei solchen Verhältnissen meine Eltern am Land nicht eine Kleinigkeit, wie Milch oder Kartoffeln mitgeben dürfen? Kürzlich war ich zuhause; beim Zurückfahren stiegen in Ulrichskirchen viele Leute bepackt mit Rucksäcken und Körben ein, darunter eine Frau — wenn ich nicht schlecht gehört, eine Bahnbeamtensfrau, die erzählte, sie habe sich 16 Kilo Mehl geholt und nächste Woche fahre sie wieder hinaus, da bekommt sie dann weißes Mehl. Ein Jude stieg ein, der erzählt, er fahre jede Woche hinaus und bringe jedesmal soviel Kartoffel — er hatte einen Sack mit wenigstens 50 Kilo mit — nach Wien. Da s nenne ich hamstern. Und was geschieht mit der z. B. in Enzersdorf beschlagnahmten Ware der kleinen Rucksackleute? Sie kommt in eine Kiste ins Magazin, wo sie der Gefahr des Verderbens überlassen wird. Ist das besser als wenn die armen Leute in Wien damit ein paar Tage ihr Leben fristeten? R. L.

General Landwehr über Ernährungsfragen.

General Landwehr äußerte sich, wie uns aus Budapest, 10. d., gemeldet wird, einem Mitarbeiter des „Az Est“ wie folgt: Ähnlich wie in Oesterreich sollen auch in Ungarn Preisbestimmungskommissionen errichtet werden. Derartige Kommissionen sind bereits im Entstehen begriffen. Sie sollen die Preise zwischen Oesterreich und Ungarn regeln und die industriellen Artikel maximalisieren. General Landwehr äußerte sich sehr unmutig über die österreichischen Agenten, die Lebensmittel über den Höchstpreis nach Oesterreich bringen. Die ungarische Regierung wird hier Ordnung schaffen. Die österreichischen Agenten bekommen keineswegs mehr so viel Mengen, wie sie vertragsmäßig laufen sollten. Wir werden — sagte General Landwehr — in Zukunft die Zustände in den Wiener Markthallen, in denen schwere Mißstände vorgekommen sein sollen, energisch kontrollieren.

Die Approvisionnement im Kriege.

Schutzmaßnahmen für schwangere und stillende Mütter.

Das Amt für Volksernährung hat in einem an alle politischen Landesstellen gerichteten Erlasse diese Behörden neuerlich eingeladen, angesichts der heran nahenden kälteren Jahreszeit mit aller Energie dahin zu wirken, daß das „Kettenstehen“ der Kunden vor den verschiedenen Verkaufsstellen dort, wo diese unliebsame Begleiterscheinung des Krieges noch besteht, ganz beseitigt oder doch auf ein erträgliches Maß eingeschränkt werde. Vor allem aber werden die Landesstellen in diesem Runderrlasse beauftragt, in größeren Städten und Konsumzentren, deren Bevölkerung noch unter dem Uebel des „Anstehens“ zu leiden hat, für Schwangere vom dritten Monat der Schwangerschaft an sowie für stillende Mütter bis zum vollendeten zehnten Lebensmonat des Kindes ebensowohl eine auf Namen lautende Ausweisarte einzuführen, welche die Inhaberin berechtigt, beim Einkauf von Lebensmitteln für sich und ihren eigenen Haushalt in den in Betracht kommenden Geschäften vor andern etwa schon „angestellten“ Kunden Zutritt und Bedienung zu erlangen. Schwangere werden die Ausfolgung der Ausweisarte bei den zuständigen Lebensmittelartenausgabe stellen auf Grund eines Zeugnisses des Arztes über den Grad der Schwangerschaft ansprechen können; die Beteiligung stillender Mütter mit den Ausweisarten wird nach den für den Bezug der Nahrungsmittelzubereitungen festgesetzten Bestimmungen erfolgen. Die Detailregelung der Neueinrichtung ist den politischen Landesstellen überlassen, welche auch durch entsprechende Maßnahmen Vorkehrung zu treffen haben, daß Mißbräuche mit der als öffentliche Urkunde geltenden „Ausweisarte“ möglichst ausgeschlossen sind. Hervorzuheben ist, daß die bevorzugte Behandlung beim Einkauf naturgemäß nur der betreffenden begünstigten Person selbst gewährt ist, nicht aber auch ihren Haushaltsangehörigen; bei Einkäufen, welche durch letztere besorgt werden, kann daher die Ausweisarte keine Verwendung finden. Die Benützung der Ausweisarten soll womöglich nicht auf den Lebensmitteleinkauf beschränkt bleiben.

12./X. 1914

155

Gegen die Gasthauskarte.

Die Approvisionierungssektion der Handelspolitischen Kommission hielt gestern unter dem Vorsitz des Vizebürgermeisters Hof eine sehr zahlreich besuchte Versammlung mit der Tagesordnung „Ausprache über die Einführung einer Gasthauskarte“ ab.

Kammersekretär Dr. Ziegler leitete die Verhandlung ein. Er sagte: In der letzten Tagung des Ernährungsrates wurde vom Amte für Volksernährung ein Verordnungsentwurf vorgelegt, welcher außer der Einschränkung der Speisestunde in den Gasthäusern und der Kürzung der Speisekarte die Einführung von amtlichen Speisekarten vorsieht, welche nur gegen Eintausch einer bestimmten Menge von Lebensmittellarten erhältlich, allein die Verköstigung im Gasthause ermöglichen sollten, die Einführung der sogenannten Gasthauskarten. Dieser Verordnungsentwurf fand im Schoße des Ernährungsrates jedoch keine freundliche Aufnahme. Es wurde darauf hingewiesen, daß die mit der Einführung der Gasthauskarte verbundene Behelligung und Erschwerung des Gasthausbetriebes und der Benachteiligung gerade des nicht kapitalkräftigen Mittelstandes, der auf den Gasthausbesuch angewiesen ist, zu dem überaus fraglichen Effekt in keinem Verhältnis steht. Dagegen hat ein kleiner Ausschuß des Ernährungsrates unter Mitwirkung eines Referenten des Volksernährungsamtes andere Vorschläge ausgearbeitet, von denen man sich einen gewissen Erfolg verspricht. Nach den Vorschlägen dieses Ausschusses soll der Speisezettel nicht in dem Grade, wie es der Verordnungsentwurf vorschlägt, uniformiert werden, sondern der Zusammenstellung der Speisekarte entsprechend den einzelnen individuellen Bedürfnissen ein größerer Spielraum gelassen werden. Es soll aber in der Speisekarte selbst bei jeder einzelnen Speise die Menge des verwendeten Mehles, der Kartoffel und nach eventueller Einführung der Fleischkarte auch des Fleisches angegeben werden. Die Gasthausbesucher hätten einen Teil der Mehlkarte, der Kartoffelkarte und eventuell der Fleischkarte bei der Brotkommission gegen Wechselkarten umzutauschen, die eine kleinere Stückerzeugung der Rationen aufweisen, so daß bei jeder gewählten Speise der entsprechende Teil der ausgetauschten Wechselkarte gekürzt werden kann. Die Summe der ausgegebenen Wechselkarten wird einen Maßstab dafür bieten, inwieweit die Dotierung der für die Privathaushalte bestimmten Verzehrstellen gekürzt werden könnte, andererseits würden die von der Gastwirtschaft abgetrennten und abzuliefernden Teile der Wechselkarte einen Maßstab für die künftige Dotierung der Gasthäuser mit Mehl, Kartoffel und eventuell Fleisch bieten. Zucker- und Fettkarten sollen nicht in diese Neuregelung fallen. Erstere nicht wegen der ohnehin gekürzten Zuckerquote, die Fettkarten nicht wegen der ohnehin sehr unerkäuflichen und unzulänglichen Dotierung mit Fett, die eine Honorierung der Karten nicht Gewähr leistet.

Ob dieses neue Projekt bei der nächsten Tagung des Ernährungsrates, welche Anfang nächster Woche beabsichtigt ist, zur Annahme kommen wird und wie sich das Volksernährungsamt zu diesem Projekte stellt, ist vorläufig noch ungewiß.

Gemeinderat Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller teilt eingangs mit, daß sich das vom Ernährungsrate eingesetzte Subkomitee gegen die Einführung von Gasthauskarten ausgesprochen hat, da es zur Ueberzeugung gekommen ist, daß der hiezu angestrebte Zweck einer Vermeidung

der Doppelversorgung fraglich wäre und eine wirkliche Ersparung von Lebensmitteln nicht einreten würde. Es hatte sich herausgestellt, daß durch die angeordnete Abgabe von Mehlmarken in den Gasthäusern bei Verabreichung von Mehlspeisen kein Mehl erspart, sondern im Gegenteil mehr Mehl verbraucht wurde. Für die Anordnung einer vereinfachten Speisekarte in den Gasthäusern habe sich das Subkomitee ausgesprochen und sich weiters auch damit einverstanden erklärt, daß die vom Referenten bereits erwähnten Wechselmarken, und zwar Mehl- und Kartoffelmarken und bei allfälliger Einführung der Fleischkarte auch Fleischmarken beim Genusse solcher Speisen abgegeben werden. Von der Abgabe von Zucker- und Fettkarten ist unbedingt Abstand zu nehmen.

Gemeinderat Kommerzialrat Partik sprach sich aus den gleichen Gründen gegen die Einführung der Gasthauskarte aus.

Handelskammerat Böcher verwies insbesondere auf die Schwierigkeiten der Verpflegung, denen die Leute, die aus der Provinz auf einen Tag geschäftlich nach Wien kommen, ausgesetzt wären.

Gemeinderat kais. Rat Penz erklärte, daß die Gastwirte von dem Einkauf auf den Märkten ausgeschlossen und deshalb gezwungen sind, ihre Waren anderswoher zu beziehen. Dadurch, daß sie die Preise überzahlen, gelinge es ihnen, auch Waren aus Ungarn und aus dem Auslande nach Wien zu bringen, welche sonst nicht hieher kommen würden. In Wien gebe es ungefähr 3000 kleine Gastbetriebe und daneben noch ungefähr 30 größere Restaurants und 20 Hotelbetriebe. Durch die Einführung der Gasthauskarte sollten diese 50 Betriebe getroffen werden, unberücksichtigt blieb jedoch, daß den übrigen 3000 Betrieben die schwersten Nachteile zugefügt werden würden und überdies auch jenen, welche sich dort verköstigen.

Es sprachen dann noch Gräfin Walterskirchen und Frau Schweinburg insbesondere über den Betrieb der Gemeinschaftsküchen und Direktor Feldmann, welcher eine strengere Kontrolle der verschiedenen Kriegsküchen bezüglich der Belieferung mit Lebensmitteln durch die Zentralstellen verlangt.

Vizebürgermeister Hof sagte das Ergebnis der Beratung in folgenden Punkten zusammen:

1. Die handelspolitische Kommission spricht sich gegen die Einführung der Gasthauskarte aus.
2. Wenn gegen die Doppelversorgung Vorkehrungen getroffen werden, darf nicht auf Schlagworte gehört, sondern nur darauf gesehen werden, ob die Durchführung der Maßnahme tatsächlich eine Besserung der bestehenden Verhältnisse herbeiführt.
3. Es wird eine Vereinfachung der Speisekarte unter Anpassung an die örtlichen Verhältnisse empfohlen.
4. Wenn die Einführung von Wechselmarken in den Gasthäusern in Aussicht genommen werden sollte, so ist unter allen Umständen von der Abgabe von Fett- und Zuckerkarten Abstand zu nehmen.
5. Das Volksernährungsamt wird ersucht, in Hinzunahme vor Erlassung von Approvisionierungsverordnungen auch die Vertreter der Gastwirte und Hoteliers zu hören.

Die Mütter und das Anstellen.

Zur Anordnung des Ernährungsamtes, bezw. des Wiener Magistrates, daß stillende Mütter bis zum 10. Lebensmonate des Kindes und Mütter vom 3. Monate der Schwangerschaft an eine Ausweiskarte erhalten, die sie berechtigt, ihre Waren ohne Anstellen zu beziehen, wird uns aus christlichsozialen Arbeiterkreisen geschrieben: So sehr diese Verfügung zu begrüßen ist, so muß doch gesagt werden, daß sie nur halbe Arbeit leistet, da alle anderen Frauen, die ebenfalls kleine Kinder besitzen, auch weiterhin gezwungen sein werden, sich stundenlang anzustellen. Eine Mutter mit einem 11 oder noch mehr Monate alten Kind ist auch fernerhin gezwungen, sich entweder mit dem Kinde bei jeder Witterung anzustellen oder auf den betreffenden Artikel zu verzichten, da sie ihr Kind unmöglich stundenlang allein daheim einsperren kann. Man möge sich an den maßgebenden Stellen doch vor Augen halten, daß das „Anstellen“ erfahrungsgemäß sehr zeitlich am Morgen beginnt. Jene Frauen, die Kinder von über 10 Monaten haben, sind gezwungen, entweder das Kind aus dem Schlafe zu reißeln und mit demselben auf die Straße zu gehen, oder auf das zum Leben Notwendigste zu verzichten. Welche Marter bedeutet es für ein 1 bis 2 Jahre altes Kind, wenn es beim Morgengrauen aus dem warmen Bettchen gerissen wird und mit der Mutter auf die lichterleere Straße muß und dort stundenlang am Arme der Mutter jeder Witterung ausgesetzt wird! Welche Beschwerden werden den Frauen aufbürdet, wenn sie im kommenden Winter mit einem solchen Kinde am Arme stundenlang stehen müssen, mit Kindern ebendrei, die bereits ein bedeutend höheres Körpergewicht haben und dadurch der Mutter viel beschwerlicher fallen. Die Verordnung würde ihren Sinn erfüllen, wenn sie bestimmte, daß alle Mütter mit Kindern bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre durch die amtliche Ausweiskarte von der Qual des stundenlangen Anstellens befreit sind. Diese Verordnung hätte ihren Zweck erfüllt und wäre auch von der dadurch betroffenen Bevölkerung mit dankbarem Herzen aufgenommen worden. Hoffentlich entschließt man sich an maßgebender Stelle noch rechtzeitig dazu, die Verordnung auf alle Mütter mit Kindern bis wenigstens zum Alter von zwei Jahren auszuweiten, um ihnen das Durchhalten gerade in der kommenden kalten Jahreszeit zu erleichtern. H.

Ein teurer Zitronensaft. Die Erzeugerin eines Zitronensaftes „Citrollo“ Rosa Adler und der Vertreter des Produktes Ludwig Asenbauer, welcher Alleinvertriebler ist, waren vor dem Leopoldstädter Bezirksrichter wegen Preistreiberei angeklagt. Die Adler hatte für ein Kilo „Citrollo“ den übermäßigen Preis von 12 Kr. sich von Asenbauer zahlen lassen, während Asenbauer den Zitronensaft um 16 Kr. weiter verkaufte. Die Preisprüfungsstelle bezeichnete diese Preise als übermäßig. Außerdem war die Adler wegen Übertretung gegen das Lebensmittelgesetz angeklagt, weil bei der Untersuchung durch die Lebensmitteluntersuchungsanstalt sich ergeben habe, daß die Weinsäure, welche zur Herstellung des „Citrollo“ verwendet wurde, keine chemisch reine war, sondern Spuren von Arsen enthielt. Der Richter sprach mit Rücksicht auf das Gutachten der Preisprüfungsstelle beide Angeklagte wegen Preistreiberei, die Adler auch wegen Übertretung des § 12 des Lebensmittelgesetzes schuldig, da nach dem Gutachten der Lebensmitteluntersuchungsanstalt die verwendete Weinsäure nicht einwandfrei war. Beide Angeklagte wurden zu je sechshundert Kronen Geldstrafe, bezw. zu sechs Tagen Arrest verurteilt.

13./X. 1918

1759

Eine besondere Hilfsunternehmung für den Mittelstand.

Die Abgeordneten Dr. Ferzabek und Dr. v. Langenhan führten heute eine Abordnung von Mittelstandsorganisationen mit verschiedenen Beschwerden über die Mängel bei der Nahrungsmittelzufuhr dem Ernährungsminister General v. Höfer vor. In Vertretung des bei einer Audienz beim Monarchen weilenden Ministers empfing Oberst Wallerstorfer die Abordnung, die die Unterstützung für den Mittelstand erbat, die demselben als konservativem und staatsstreuem Elemente gebühre. Während jedoch den anderen minderbemittelten Ständen ausgiebige Hilfe zuteil wurde, bleibt der Mittelstand fast ganz unberücksichtigt. In seiner Erwiderung teilte Oberst Wallerstorfer u. a. mit, daß das Ernährungsamt im Begriffe stehe, eine besondere Hilfsaktion für den Mittelstand ins Leben zu rufen. Auch die Einführung von Reformen sei im Zuge, die es verhindern sollen, daß die wiederholt vorgekommenen Ausfälle in der Lebensmittelzufuhr infolge plötzlich ausgebrochener Transportschwierigkeiten sich wiederholen und damit eine regelmäßige Lebensmittelzufuhr platzgreife.

Das Verbot des Rucksackverkehrs.

Der Bürgermeister geht zum Ministerpräsidenten.

In der gestern unter dem Voritze des Bürgermeisters abgehaltenen Sitzung des Stadtrates führte Stadtrat Spalowsky lebhafteste Beschwerde, daß sich die Regierung gegenüber der wiederholt vom Stadtrate in einstimmigen Beschlüssen geforderten Zulassung der Stückgüterverkehrs sowie der Zulassung des Rucksackverkehrs noch immer ablehnend verhalte und nur eine Ausnahme zugelassen habe, nämlich beim Kartoffelbezüge; dort wird sich das Recht der Selbstversorgung auch auf die Eltern, Kinder und Geschwister des landwirtschaftlichen Unternehmers erstrecken. Die Vorgänge, welche sich auf den Eisenbahnen und in den Wiener Bahnhöfen bei den unterschiedlichsten Beschlagnahmen selbst der kleinsten vom Lande hereingebrachten Lebensmittelmengen abspielen, haben in der Bevölkerung den tiefsten Unwillen

erregt. Die Bevölkerung weiß auch nicht, was mit diesen konfiszierten Lebensmitteln geschieht und schenkt auch der amtlichen Erklärung, daß diese in den Spitälern zur Verwendung gelangen, keinen rechten Glauben. Daß durch das rücksichtslose Beschlagnahmen fast nur der ärmere Teil der Bevölkerung getroffen wird, muß wohl nicht erwähnt werden, da es den Reichen nur allzuleicht gelingt, sich in manchen Kaffeehäusern der Leopoldstadt das zu verschaffen, wozu der ärmere Teil des Volkes beschwerliche Bahnfahrten und stundenlange Wanderungen auf sich nimmt. Aus allen diesen Gründen stellt Redner den Antrag: „Der Bürgermeister wird ersucht, beim Ministerpräsidenten und beim Leiter des Volksernährungsamtes Minister Höfer gegen die Verfügung des Statthalters betreffend den Rucksackverkehr energische Vorstellungen zu erheben, da diese Verfügung die Bevölkerung Wiens auf das heftigste erregt und beunruhigt.“ Ueber diesen Antrag entspann sich eine lebhafteste Debatte, an welcher sich W. Hof, die Stadträte Gebhart, Dr. Hein, Knoll, Wippel, Brauneiß, Hözel, Müller und Körber beteiligten. Alle Redner führten über die auf den Wiener Bahnhöfen geübte Praxis der Lebensmittelbeschlagnahme lebhafteste Beschwerde und stimmten dem Antrage zu. Der Antrag wurde einstimmig zum Beschlusse erheben.

Kriegsküchenzettel mit erbetenen Kochvorschriften.

Von Luise Holle.

Sonntag: Süße Kürbissuppe. Kronprinzengericht. Schaumspeise.

Süße Kürbissuppe. 750 Gr. Kürbis schält man, schneidet ihn in Stücke und kocht ihn in 2 Liter Wasser mit Zitronenschale und etwas Jint weich, worauf man die Suppe durch ein feines Sieb streicht. In die durchgeseichte Suppe gibt man 4 Löffel Gries oder Sago, oder wo dieses fehlt, glattgerührtes Mehl und kocht unter Rühren eine gebundene Suppe. Wenn sie fertig ist, süßt man sie und gibt zuletzt, wenn möglich, 1 Glas leichten Weißwein an die Suppe.

Kronprinzengericht. Man nimmt zwei mittelgroße Köpfe Blumenkohl, puzt und wäscht sie und kocht sie in Salzwasser weich. 500 Gr. Tomaten taucht man erst in kochendes Wasser und dann sofort in kaltes Wasser, um sie leicht und ohne sie zu verletzen, abzuleben zu können. Man wiegt außerdem 250 Gr. Fleischwurst gröblich. Aus heller Mehlschwitze, etwas Magermilch und Blumenkohlkochwasser bereitet man eine sehr dick geriebene Tunke, die man mit Salz, einer Prise Zucker, wenig geriebener Mustatnuß und etwas Zitronensaft abschmeckt und mit Ei-Erfaß abzieht. Unter diese dicke Tunke mischt man die gewiegte Fleischwurst. Eine Auslaufschaufel fettet man ein, legt die größte ausgehöhlte Tomate in die Mitte und steckt in die Tomate das Mittelstück des einen abgetropften Blumenkohls. Um diese Tomate herum legt man dann abwechselnd Tomaten und Blumenkohlrosen, überfüllt das Gericht mit der dicken Fleischwursttunke, streut geriebene Brotkrumen darüber und bäckt das Gericht bei sehr mäßiger Hitze etwa 20 Minuten. Man bringt es in der Form zu Tisch und gibt geröstete Kartoffeln nebenher.

Schaumspeise. Man kann jeden beliebigen Obstsaft verwenden, von dem man $\frac{1}{2}$ Liter nimmt und den man heiß werden läßt, ohne doch er aber kochen darf. Man gibt acht Blatt zerhackene rote Gelatine in den heißen Saft, läßt sie sich darin unter Rühren völlig lösen und schüttet den Saft dann in eine große Schüssel. Man schlägt die Mischung ununterbrochen eine halbe Stunde, bis sie dick und schaumig geworden ist, worauf man sie in einer Glasschale anrichtet. Hat man ungefühten Fruchtstift, muß dieser natürlich gefüht werden.

Montag: Gemischtes Gürkengemüse, kleine Fleischklößchen, Kartoffeln.

Gemischtes Gürkengemüse. Man kocht 1 Kg. Kartoffeln in der Schale, auch 500 Gr. rote Rüben für sich in Wasser weich, erst wenn Kartoffeln und rote Rüben gar sind, kocht man die inzwischen geschälten, ausgehöhlten und in Streifen geschnittenen Gurken in leichter Brühpurpurbühe gar. Die Gurkenbrühe wird mit glattgerührtem Mehl gebunden, mit Salz, Pfeffer, Zucker und etwas Essig im Geschmack gepoben und die in Scheiben geschnittenen, abgezogenen Kartoffeln und die abgezogenen, in schräge Stücke geschnittenen roten Rüben durchgemischt. Man zieht zuletzt ein kleines Stückchen Butter durch und streut einen Eßlöffel feingehackten Schnittlauch über das gemischte Gürkengemüse, das man im Kranze beim Anrichten mit kleinen, auf bekannte Weise hergestellten und in Salzwasser gargemachten kleinen Fleischklößchen belegt.

Dienstag: Rosenkohlblättersuppe. Kürbisgrühe mit Fliederbeersaft.

Rosenkohlblättersuppe. Wenn der Rosenkohl keine geschlossenen Knospen bilden will, was zum Leidwesen der Hausfrau, wie Anfragen mir beweisen, des öfteren vorkommt, so sind die Rosenkohlblätter zur Bereitung einer wohlschmeckenden Suppe zu verwenden. Man wäscht 500 Gr. Blätter, wiegt sie gröblich und schmort sie mit einer gehackten Zwiebel in etwas Fett durch, gibt $2\frac{1}{2}$ Liter Wasser darüber und bringt die Suppe ins Kochen. Dann gibt man 100 Gr. dicke, am Abend vorher eingeweichte Graupen und 750 Gr. rohe kleine Kartoffelstücke hinein, läßt die Suppe kochen 15 Minuten an und stellt sie 3 Stunden in den Gartocher. Man rührt zuletzt einen Eßlöffel Stacks Hefe-Extrakt in die Suppe, die ein wohlschmeckendes kräftiges Gericht liefert. Außerdem kann man aus den losen Rosenkohlblättern auch ein spinatähnliches Gemüse bereiten, oder sie unter richtigen Spinat mischen.

Kürbisgrühe mit Fliederbeersaft. 1 Kg. gehälte Kürbisstücke kocht man in 1 Liter Wasser mit einer Prise Salz weich, gibt dann den nötigen Zucker, abgeriebene Zitronenschale und den Saft einer Zitrone daran und fügt dann unter kräftigem Rühren 125 Gr. Gries daran. Man rührt die Speise tüchtig, bis der Gries gargeworden ist und füllt sie in eine kalt umgespülte Form. Man stürzt die Grühe und gibt rischgekochten Fliederbeer- oder auch Brombeersaft dazu.

Mittwoch: Geschmorte Maistollen mit Tomatentunke. Apfelfrottspeise.

Geschmorte Maistollen. Die Maistollen dürfen noch nicht zu groß sein, da sonst die Körner sehr schwer weich werden. Man löst die äußeren Blätter von den Maistollen und kocht sie in Salzwasser etwa 40 Minuten. Inzwischen kocht man Tomaten im eigenen Saft weich, streicht sie durch, bindet den Saft wenn nötig, mit etwas glattgerührtem Mehl und schmort die abgetropften Tollen darin langsam kurze Zeit durch. Statt mit Tomatentunke kann man sie auch in einer gebundenen weißen Tunke, die mit feinen Kräutern gewürzt wird, durchschmoren, oder in einer gebundenen Tunke aus Kochwasser des Mais, Magermilch und Mehlschwitze dämpfen und mit Mustatnuß und gewiegter Peterfille würzen.

14. IX. 1918

Apfelfrottspeise. 500 Gr. Kriegsweißbrot schneidet man in Scheiben und weicht diese mit etwas Wasser und Magermilch gut durch, sodas man das Brot mit der Reibeise zu feinem Brei verrühren kann. 1 Eigelb und ein Paket Eierfaß, das man mit etwas Magermilch glatt rührt, verrührt man mit 100 Gramm Zucker, einer Prise Salz und abgeriebener Zitronenschale, gibt den Brotbrei und 1 Kilogramm geschälte, in seine Stücke geschnittene Äpfel sowie 2 Eßlöffel Rosinen dazu. Der feste Schnee des Eimeiß wird zuletzt durchgerührt und 2 Teelöffel Backpulver durchgemischt. Man füllt die Masse in eine eingeseitete Backform und bäckt sie eine Stunde in mäßiger Hitze.

Donnerstag: Bunte Gemüsesuppe (Vorschrift bereits gebracht) Rudeppudding mit Birnen und Weintunke.

Rudelpudding: 250 Gr. Rudein bricht man in Stücke und kocht sie in leichtem Salzwasser gar, aber nicht zu weich, schüttet sie auf ein Sieb zum Abtropfen und übergießt sie mit kaltem Wasser, damit die Rudein nicht zusammenkleben. 1 Kg. Birnen schält man, schneidet sie durch, entfernt das Kernhaus und schmort sie in Zuckerfaß mit etwas Zitronenschale weich, um auch die Birnen abtropfen zu lassen. Unter die Rudein mischt man ein Ei, etwas Zucker, geriebene Brotkrumen und einige Löffel Rosinen, füllt sie abwechselnd mit den Birnen in eine vorgeordnete Puddingform und kocht den Pudding eine Stunde. Er wird gestürzt und mit einer Weintunke gereicht. Zu dieser nimmt man den Schmorfaß der Birnen, gibt 2 Glas leichten Wein und den nötigen Zucker daran und bindet die Tunke mit etwas Kartoffelmehl.

Freitag: Gedämpfte Fischstücke mit Blumenkohl und gerösteten Kartoffeln. Gedämpfte Fischstücke mit Blumenkohl. Zwei Kopf Blumenkohl kocht man in Salzwasser gar und legt sie auf ein Sieb. 750 Gramm beliebigen Fisch richtet man vor und zerlegt ihn in Stücke, die man in Blumenkohlkochwasser garziehen läßt. Eine feingehackte Zwiebel schmort man mit 2 Löffel Kriegsmehl in Fett gar, gibt soviel von der Fischkochbrühe dazu, daß eine gebundene Tunke entsteht, seht ihr $\frac{1}{2}$ Liter Magermilch zu, würzt sie mit Salz, Mustat und etwas gepackter Peterfille und schärft die Tunke mit Zitronensaft. Der Blumenkohl wird in große Rosen zerlegt und mit den Fischstücken in der Tunke erhitzt, dann beides sofort angerichtet und mit gerösteten Kartoffeln gereicht.

Sonnabend: Fliederbeersuppe mit Birnen. Kürbis, Tomaten und Bratkartoffeln. Fliederbeersuppe mit Birnen. 500 Gramm abgestreifte Fliederbeeren, 500 Gramm kleine Birnenstücke und 100 Gramm trockene, vorher aufgeweichte Brotkrumen kocht man mit dem Weichwasser der Brotkrumen mit etwas Jint und Nelken als Gewürz weich und schlägt alles durch ein Sieb. Die Suppe wird in der Regel durch Birnenmus und Brotkrumen genügend gebunden sein. Man süßt sie mit Zucker oder Sirup und kann sie noch mit etwas dicker verquirlter Sauermilch zuletzt vermischen.

Kürbis, Tomaten und Bratkartoffeln. 1 Kilo Kürbis schält man und schneidet ihn in fingerdicke Scheiben, die man in leichtem Salzwasser garkocht und auf einem Sieb abtropfen läßt. Von Magermilch oder Brühpurpurbühe und etwas Magermilch bereitet man mit glattgerührtem Mehl eine gebundene Tunke, die man mit etwas Kümmel würzt. In dieser Tunke müssen die Kürbisscheiben kurze Zeit durchziehen, währenddessen man geschälte, in Scheiben geschnittene Tomaten in wenig Fett mit einer feingehackten Zwiebel garschmort. Mit diesen Tomatenscheiben bedeckt man das Kürbisgemüse beim Anrichten und reicht geröstete kleine Kartoffeln dazu.

14. / 8. 1917

162

Der Ernährungsrat

wurde für Mittwoch den 17. d., 10 Uhr vormittags, einberufen. Die Bewältigung der außerordentlich reichhaltigen Tagesordnung — auf der unter anderem auch ein Antrag des *M. Kunschak* wegen Erhöhung der Brotzotation, ein Antrag des *M. Sonntag* wegen Feststellung eines Wirtschaftsplanes für die Versorgung mit Getreide, Kartoffeln und den sonstigen für die menschliche Ernährung dienenden Bodenprodukten, mit Futtermitteln und mit Vieh und tierischen Produktion stehen — dürfte, so schreibt man uns aus Mitgliedertreisen, auch noch den nächsten Tag in Anspruch nehmen. Montag und Dienstag sollen nicht weniger als acht Ausschüsse und Subkomitees gleichzeitig tagen, was wieder zur Folge haben wird, daß die Beratungsgegenstände in größter Zahl durchgepeitscht werden müssen und daß die Mitglieder des Ernährungsrates von dem ihnen statutenmäßig zustehenden Rechte, daß sie den Beratungen der Ausschüsse beiwohnen können, keinen oder nur teilweise Gebrauch machen können. Der Ernährungsrat dient zur Besprechung allgemeiner Fragen der Volksernährung, zur Erörterung beabsichtigter oder getroffener Anordnungen und der Art ihrer Durchführung, zur Vorbringung von Wünschen und Beschwerden, kurz als Vermittlungsorgan zwischen Amt und Bevölkerung, und da muß wenigstens den Ausschüssen und Subkomitees genügend Zeit zur Vorbereitung gegeben werden, weil dadurch die Vollversammlung leichter zu bestimmten Entschlüssen kommen kann.

Die Ernährungsfragen im Abgeordnetenhaus.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses richteten die Abgeordneten Jaunegger und Genossen an den Ernährungsminister v. Höfer eine Anfrage, in der sie in anschaulicher Weise die durch Feststellung von Höchstpreisen hervorgerufenen Approvisionierungsschwierigkeit schildern, mit denen die Gemeinden zu kämpfen haben, welchen die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln obliegt. An der Hand zahlreicher Beispiele wird bewiesen, daß die Höchstpreise fast niemals eingehalten werden und man mit ihnen nur schlimme Erfahrungen gemacht hat. Die letzteren haben in zahllosen Fällen bewiesen, daß Höchstpreise ohne gleichzeitige Beschlagnahme der Ware die Wirkung haben, daß die Ware versteckt wird und vom Markt verschwindet und dadurch die Städte verhindert werden, ihre Bevölkerung zu versorgen.

Die Abgeordneten Eisenhut und Genossen verlangten in einer Anfrage an den Ackerbauminister die Einstellung der Trab- und Pferderennen. Sie verwiesen auf den großen Futtermangel, der zu einer wahren Katastrophe, insbesondere in der Milchversorgung Wiens führen muß, sowie auf die gänzlich unzureichende Ernährung der Arbeitspferde, die der Reihe nach zusammenbrechen. Mit Rücksicht darauf fragen die Interpellanten die Regierung, wie lange noch die Trab- und Wettrennen zur Entrüstung der Patrioten und zum Privatvergnügen einiger weniger, die vom Kriege nichts gelernt haben und nichts entbehren wollen, abgehalten werden? Ist die Regierung bereit, die Rennen, deren Betrieb eine außerordentlich große Futtermenge beansprucht, endlich einzustellen?

Die Approvisionnement der Hauptstadt.

Budapest, 15. Oktober.

Zu der übermorgen nachmittag stattfindenden Generalversammlung des hauptstädtischen Municipalausschusses wird Magistratsrat Ludwig v. Fokusházy, Chef der Approvisionierungssektion, über die Approvisionierungsverhältnisse in den letzten sechs Monaten sowie über die Maßregeln Bericht erstatten, die die Hauptstadt zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung des Publikums getroffen hat.

Der Bericht beschäftigt sich zunächst mit der Mehl- und Fleischversorgung und weist sodann auf den herrschenden Fettmangel hin. Die Hauptstadt hat das Landes-Volksernährungsamt wiederholt, zuletzt am 2. Oktober, ersucht, die Fettversorgung der Hauptstadt mit allen Mitteln zu sichern, gleichzeitig hat die Hauptstadt erklärt, jede Verantwortung für eventuelle Störungen in der Fettversorgung von sich abzuwälzen.

Eines der wichtigsten Kapitel des Berichtes bildet die Milchfrage. Die Hauptstadt hat mit Rücksicht auf die ungenügende Milchzufuhr das Landes-Volksernährungsamt ersucht, dem Magistrat das Recht einzuräumen, über die gesamte nach Budapest gebrachte Milch verfügen und sie requisieren zu können, denn nur so würde die Hauptstadt die Versorgung des Publikums mit Milch zu sichern vermögen. In Anbetracht der Verschlimmerung der Lage wird die Hauptstadt im Winter gezwungen sein, den Milchverbrauch stark einzuschränken, den Verbrauch der Kaffeehäuser zu kontingentieren, den Milchverkehr zu regeln und den Milchverbrauch der Gesunden auf das Minimum zu reduzieren. Das Landes-Volksernährungsamt wird der Hauptstadt im Laufe des Winters größere Mengen kondensierter Milch zuweisen, die in erster Reihe den Kaffeehäusern zur Verfügung gestellt werden wird; die so freiwerdende Milch wird der Hauptstadt dem Publikum zugehen lassen.

Die Hauptstadt wird demnächst für die in den Gasthäusern verabreichten Speisenfolgen Höchstpreise sowie das Gewicht der Speisen festsetzen. Desgleichen werden auch die Preise der wichtigsten Kaffeehausartikel geregelt.

Ein besonderes Kapitel ist dem Anstellen vor den Lebensmittelgeschäften gewidmet; Magistratsrat v. Fokusházy erörtert eingehend die Ursachen des Anstellens und berichtet über die zur Verhinderung des Anstellens bisher getroffenen Maßregeln, die leider zu keinem befriedigenden Resultat geführt haben.

Der Bericht, der sich auch auf alle anderen wichtigeren Lebensmittel (Gemüse, Hülsenfrüchte, Eier, Wildpret, Kaffee, Käse, Mohn usw.) erstreckt, enthält zum Schlusse den Auftrag der Approvisionierungssektion.

Zunächst beantragt die Sektion, daß die Generalversammlung dem Minister für Volksernährung für die Erhöhung der Mehlsopsquote Dank votiere. Sodann beantragt die Sektion, den Minister für Volksernährung zu ersuchen, daß zur Sicherung, beziehungsweise Verbesserung der Approvisionnement der Hauptstadt folgende Maßregeln getroffen werden:

Zur Sicherung der Mehlversorgung der Budapester Bevölkerung soll in Budapest eine dem Bedarf zweier Monate entsprechende Mehlmenge ständig zur Verfügung stehen;

statt des teureren Weißmehls sollen der Hauptstadt im Interesse der Arbeiter- und der Mittelklasse möglichst größere Mengen von Rogmehl, das bekanntlich viel billiger ist, zugewiesen werden;

die Hauptstadt wünscht, daß die Erzeugung von Semmeln aus Weißmehl, sowie der Verkauf von Semmeln gegen Mehlarten gestattet werde;

für Rinder, Schafe, Sämmen, Ziegen und Geflügel sollen Höchstpreise festgesetzt werden;

zur Verhinderung des Ueberschreitens der Höchstpreise des Schlachtviehs und der Schweine, sowie zur Sicherung des Bedarfs des Heeres und der bürgerlichen Bevölkerung und zur Ausfüllung der für Oesterreich bestimmten Kontingente ist die Errichtung einer Einkaufs- und Verteilungs-Zentrale wünschenswert;

um den Arbeiter- und Mittelklassen die Beschaffung von billigem Fleisch zu ermöglichen, sollte auch hier, wie in Oesterreich, eine entsprechende staatliche Aktion eingeleitet werden;

im Interesse einer ununterbrochenen Fettversorgung des Publikums ist es unerläßlich, daß der Hauptstadt die Fortsetzung ihrer Schweinemastaktion durch Zuweisung der nötigen Futtermengen ermöglicht werde; um zu verhindern, daß eine größere Fettnot eintrete, müßten dringende Verfügungen getroffen werden in der Richtung, daß dem Publikum die bisherige Kopfquote von zehn Dekagramm Fett pro Woche nach wie vor ohne Störung ausgefolgt werden könne;

rechtzeitig müßte auch dafür gesorgt werden, daß in der Versorgung des Publikums mit Zucker keine Störung eintrete und daß die Hauptstadt stets mit einem Vorrat für zwei bis drei Monate versehen werde;

der Bedarf der Bevölkerung an Hülsenfrüchten soll rechtzeitig gesichert und die Kopfquote wie folgt festgestellt werden: Bohnen ein Kilogramm monatlich, Erbsen, Hirsebrein und Gerstl zusammen ebenfalls 1 Kilogramm;

der Eierbedarf der Hauptstadt muß durch Requirierung gesichert werden;

damit die Preise der Gasthauskost ermäßigt werden können, wäre es notwendig, daß das Landes-Volksernährungsamt die Gasthäuser unmittelbar mit den nötigen Lebensmitteln versehe;

zur Fortsetzung der Gemüseaktion der Hauptstadt sind 20 Millionen Kronen nötig, die zu Lasten der Anlehensgelder bewilligt werden sollen;

schließlich soll der Ackerbauminister ersucht werden, daß das für die Pferde der Hauptstadt nötige Futter regelmäßig zur Verfügung gestellt werde.

Budapests Approvisionnement.**Eine Eingabe des Magistrats an die Regierung.**

Der übermorgigen Generalversammlung des hauptstädtischen Municipalausschusses wird ein Bericht des Magistrats und des Approvisionierungsausschusses über das Approvisionierungswesen Budapests im verfloßenen Halbjahr zugehen. Dieser Bericht enthält ein Memorandum, das folgende Wünsche zur Verbesserung der Ernährungsverhältnisse enthält:

Der Mehlbedarf der Bevölkerung ist stets für zwei Monate voraus zu sichern. Die Mehlquote ist gemäß einer früheren Eingabe des Magistrats festzustellen und anzuweisen. Statt des theueren feinen Backmehls ist im Interesse der Arbeiterschaft und des Mittelstandes das billigere Kochmehl in je größeren Mengen anzuweisen. Die Zubereitungsart von aus feinem Backmehl erzeugten Semmeln ist gegen Abgabe von Mehlkarten zu gestatten. Die Preise für Lebendvieh und Geflügel, sowie die des ausgeschroteten Fleisches sind im ganzen Lande zu maximalisieren. Zweck der Verhinderung der Ueberschreitung der Fleischhöchstpreise ist zur Sicherung des Bedarfs der Armee und der Stadtbevölkerung eine Central-Einkaufs- und Vertheilungsstelle zu errichten. Zur Förderung der Ernährung der Arbeiterschaft und des Mittelstandes mit billigem Fleisch hat eine staatliche Aktion sofort einzusetzen. Im Interesse der Fettversorgung in der Zukunft ist Futter schleunigst freizugeben. Es sind raschest Maßnahmen zu treffen, daß die Wochenkopfsquote von 10 Delagramm Fett auch weiterhin ohne Anstand ausgefolgt werden kann. Damit in der Zuckerabgabe der Hauptstadt keine Störung eintrete, hat eine fürsorgliche Aktion einzusetzen. Das Hülsenfrüchtlingskontingent Budapests ist derart festzusetzen, daß jeder hauptstädtische Einwohner monatlich 1 Kilo Bohnen, ferner insgesamt 1 Kilo Erbsen, Hirsebein und Gerstl für den Monat erhalte. Der Eierbedarf der Hauptstadt ist durch Requirirungen zu sichern. Die Gasthäuser und öffentlichen Auspeisungsorte sollen die wichtigsten Lebensmittel unmittelbar durch das Landes-Ernährungsamt zugewiesen bekommen.

Der Magistrat wird ersucht, daß dieses Memorandum der Regierung und dem Landes-Ernährungsamt unterbreitet werde.

„Bufe“.

Man schreibt uns:

Die Verbrauchervereinigung „Bund für Ernährungswesen“, r. G. m. b. H. (Sitz, VI., Mariahilferstraße 105), hielt am Freitag, den 12. d., bei der „Glocke“ (Neubau) die erste Genossenschaftsversammlung ab. Obmannstellvertreter Herr BA. Hans B o c h h o r n i wies in seiner Eröffnungsansprache auf den Mangel an Lebensmitteln hin und schildert den Zweck des Bundes, in welchem bereits eine Anzahl selbstloser Frauen und Männer eifrig an der Arbeit ist. Dem Bericht des Obmannes, Herrn Klemens O l e s z t i e w i c z, war zu entnehmen, daß der Bund vom Ernährungsamt, vom Ackerbauministerium und durch Bürgermeister Dr. Weistkirchner namens der Gemeinde Wien gefördert werde. Die Gemeinde Wien habe bereits ausgedehnte Flächen zu Anbauzwecken dem Bunde zur Verfügung gestellt und diese werden schon mit allem Fleiße durch geschulte Kräfte bearbeitet, so, daß im nächsten Frühjahr für die Genossenschaftler Spinat, Grünwaren, Salat und Kohlarten ohne Anstellen zu haben sein werden. Abg. Dr. Ant. R e p u s t i l verwies auf die besondere Eigenart des Bundes, dessen Abkürzung „BUFE“ bald Popularität haben werde. Der Bund suche nicht Vorhandenes auf, sondern bezwecke, Neues hervorzubringen durch Anbau, durch Zucht von Geflügel, Ziegen, Kaninchen, Schweinen, Bienen u. a. und auf diese Weise eine weit bessere Wirkung zu erzielen als jene allerorts auftauchenden Faktoren, die durch Umwertung vorhandener

Stoffe wohl manches Gute schaffen, anderseits aber naturgemäß diese Stoffe der bisherigen Verwendung entziehen müssen. Aber nur eine große Vereinnung von Tausenden könne Großes erreichen und auf die Verwaltungsbehörden Eindruck machen, daher sei es Hauptaufgabe, die breiten Massen zum Bunde heranzuziehen und neue Anhänger zu werben. Schließlich teilte Herr Bezirksrat B o c h h o r n i mit, daß die Kanzlei des Bundes (6. Bezirk, Mariahilferstraße 105) jedermann auf Wunsch Prospekte sende.

17/X. 1917

168

Gleichmäßige Lebensmittelversorgung in Groß-Berlin.

Als seinerzeit eine besondere staatliche Stelle für die Regelung der Lebensmittelverteilung in Groß-Berlin geschaffen und Dr. Michaelis direkt unterstellt wurde, konnten die Bewohner der zu Groß-Berlin gehörenden Landgemeinden die Hoffnung daran knüpfen, daß sie aus der offensibaren Benachteiligung gegenüber Berlin und den Vorortstädten erlöst und gleicherweise wie diese mit den „Sonderzuweisungen“ bedacht werden würden. Diese Hoffnung erfüllte sich nur bei der Eierzuteilung, während es bei der Zuweisung von Grieß, Graupen, Suppenwürfeln usw. beim alten blieb, ein Zustand, den man dadurch zu verbergen suchte, daß die großen Gemeinden die wöchentlichen Uebersichten über die Sonderzuweisungen nicht mehr in den überall gelesenen Berliner Zeitungen, sondern nur noch in den Ortsblättern veröffentlichten, um das Vergleichen zu verhindern, das allerdings ganz lächerliche Unterschiede ergeben würde. So erhielt eine Landgemeinde als einzige besondere Zuweisung in einer Woche nur 100 Gramm Grieß; allerdings auch noch von der Gemeinde selbst besorgte — eingemachte Rüffel!

Jetzt endlich scheint es darin anders werden zu sollen, wenigstens verbreitet eine Nachrichtenstelle folgende darauf hinweisende Mitteilung:

Die Vertreter der Groß-Berliner Gemeinden und Kreise beschäftigten sich mit der Frage der weiteren Vereinheitlichung der Lebensmittelausgabe in Groß-Berlin. Es wurde allgemein anerkannt, daß gewisse Verschiedenheiten, die sich noch innerhalb der Gemeinden gezeigt hätten, der Abstellung bedürften. Man beschloß zunächst für die Ausgabe der Nahrungsmittel, wie Graupen, Grieß und Teigwaren usw., eine einheitliche Karte für das Groß-Berliner Gebiet einzuführen und nach gleichmäßigen Grundmaßen übereinstimmende Portionen im Groß-Berliner Gebiet auszugeben. Um darüber hinaus die Regelung der Lebensmittelversorgung zu vereinheitlichen, wurde die Schaffung eines hierfür besonders vorgesehenen Organs beschlossen. Als örtlichen Wirkungskreis nahm man von seiten der Stadtvertreter und der Vertreter der Landgemeinden das großstädtische Berlin (Gebiet der Brotkartengemeinschaft) in Aussicht, während die Vertreter der Kreise verlangten, daß das Verwaltungsgebiet der Brotkartengemeinschaft noch durch Einbeziehung des gesamten Gebietes der Kreise Teltow und Niederbarnim erweitert werde.

Die Nachricht wird allen Bewohnern der Groß-Berliner Landkreise höchst erfreulich klingen. Hoffentlich wird sie sehr bald durch die amtliche Ankündigung und tatsächliche Durchführung der Vereinheitlichung bestätigt!

Um auch von sich selbst aus etwas zur Besserung der Lebensmittelversorgung zu tun, hat die Gemeindevertretung von Berlin-Friedrichsfelde in ihrer letzten geheimen Sitzung beschlossen, der Gemeindeverwaltung einen Kredit bis zu 2 Millionen für die Lebensmittelversorgung zur Verfügung zu stellen.

17/X. 1917

169

Die Versorgung Hamburgs während des Krieges.

Der **Sachsenfelder Bürgerverein** hielt unter Vorsitz des Herrn **Ed. Schwenker**, M. d. B., seine 337. ordentliche Monats-Versammlung ab. Auf Antrag des Vorstandes wurden von der Versammlung 1000 Mark zur Zeichnung der **siebenten Kriegsanleihe** bewilligt; der Verein hat somit im ganzen 10 000 Mark für sämtliche Kriegsanleihen gezeichnet.

Hierauf sprach Herr Dr. **Carl Peterßen**, M. d. B., Mitglied des **Hamburgischen Kriegsverorgungsamtes**, über **„Die Versorgung Hamburgs während des Krieges“**. Infolge des Getreidemangels wird am 1. November wieder das Brot mit **Kartoffelmehl** gestreckt, so daß wir wieder das sog. **Kriegsbrot** vom Jahre 1915 bekommen; mit Mühenmehl soll das Brot diesen Winter nicht wieder gestreckt werden, überhaupt werden in diesem Jahre die Mägen hauptsächlich zur Fütterung des Viehs verwandt, da wir eine sehr gute Kartoffelernte gehabt haben. Es ist jetzt nur die Frage, ob eine Kartoffelmenge von acht Pfund abgegeben werden und die Brotmenge vermindert werden soll, oder ob die Brotmengen so bleibt, dafür aber nur eine Kartoffelmenge von 6½ Pfund verabfolgt werden soll. Es ist bestimmt anzunehmen, daß der letztere Weg eingeschlagen wird. Die **Kartoffelversorgung** wird in diesem Jahre ganz bedeutend besser werden als im vergangenen. In Hamburg lagern zurzeit 400 000 Zentner. Wir gebrauchen ungefähr wöchentlich 70 000 Zentner, so daß wir also mit der oben genannten Menge fast sechs Wochen auskommen würden. Es soll aber versucht werden, ¼ Millionen Zentner einzulagern, damit wir, wenn wir durch Frostwetter von der Kartoffelzukunft abgeschnitten werden sollten, immer noch für lange Zeit genügend Kartoffeln zur Verfügung haben. Die **Butter- und Fettmenge** wird für den Winter wahrscheinlich verflrat werden müssen, jedoch wird hier die **Wärmelade**, die viel eingespart ist, erfolgreich eingesetzt werden können. Die **Kohlenversorgung** wird sich für diesen Winter außerordentlich schwierig gestalten, da erstens nicht so viel Kohlen gefördert werden wie in Friedenszeiten, und weil wir zweitens die **neutralen Länder** mit Kohle versorgen müssen. Als Gegenleistung bekommen wir dafür von den neutralen Ländern **Lebensmittel**. Es ist nicht zu verhehlen, daß wir lange nicht mit unsern Kohlen auskommen, und es ist jedem zu raten, seine Kohlen für den Winter anzubewahren und mit Gas zu kochen, damit seine Kohle unnütz verbraucht wird. Die **Zuckermenge** kann nicht erhöht werden, da sehr viel Zucker für **Munitionsbereitung** verwandt wird. Der außerordentlich interessante Vortrag wurde mit großem Beifall angenommen.

Die Produktionsfuge.

Unsere Volksernährung macht eine Krise durch, welche die höchste Anspannung aller organisatorischen Kräfte erfordert. Daran ist kein Zweifel mehr gestattet. Noch sind nicht alle Mängel ganz sichtbar, da wir knapp nach der Ernte stehen und die Herbstmonate erfahrungsgemäß die geringsten Erchwernisse bringen. Aber alle

*) Nachdem wir dieses geschrieben, ist der Artikel des Professors Lammach (in der heutigen „R. Fr. Pr.“) erschienen, in dem Lammach die Rechtslage in ebenso klarer als tapferer Weise darlegt.

Anzeichen sind da, die auf nahe Störungen des Wirtschaftens- und Lebensprozesses hindeuten. Neuerlich verrät sich die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichtszustandes in der nicht zu bändigenden Preisflut, die alle von der Verwaltung und der Rechtspflege aufgerichteten Schranken hinwegschwemmt und einen Preisstand erzwingt, bei dem der größere Teil unseres Volkes das tägliche Leben nicht mehr bestreiten kann. Ihre Ursachen sind viele: die fühlbare Knappheit an allem, was wir täglich bedürfen, der rücksichtslose Drang der Vermögenden, sich um jeden Preis zu versorgen, und vor allem die Entwertung der Geldzeichen, die durch die leichtfertige Behandlung unserer Währung verursacht ist. Man wird noch erfahren, daß die Vorschriften der älteren Generation in Geld- und Banksachen gute Gründe hatten und nicht so ohneweiters außeracht gelassen werden dürfen. Alle diese und auch andere Umstände können zur Erklärung der Krise angeführt werden. Im letzten Grunde aber stehen wir vor einer Krise der Produktion selbst.

Das Deutsche Reich hat sich ein Kriegswirtschaftsamt geschaffen, das die gesamte Produktion und Verteilung des einheitlichen Wirtschaftsgebietes zusammenfaßt und mit den militärischen Aufgaben in Einklang hält. Diese Schöpfung ist der Erkenntnis entsprungen, daß das Ausmaß und die Grenzen der militärischen Leistung mit der Fortführung der Wirtschaft im Hinterland innig zusammenhängen. Im Grunde verfügt jedes Staatswesen über eine feste Menge von Sachgütern und von Arbeitskräften, von dieser einen und einzigen Menge wird ein Teil in den Dienst des äußeren Kampfes gestellt und also zu Wehrgut und Wehrkraft gemacht, ein Teil bleibt der Wirtschaft erhalten, bleibt Wirtschaftsmittel und Arbeitskraft. Entschließt man sich einmal, die Dinge so zu betrachten, so erkennt man sofort, daß diese beiden Teile in einem bestimmten Verhältnis stehen, das nicht ungestraft außer acht gelassen wird. Dieses Verhältnis läßt sich auch im einzelnen feststellen: in den Rohstoffen (Kohle, Eisen, Baumwolle, Stützstoff), in der Maschinerie (Fabrikation von Geschossen und von Pflügen), in den Verkehrsmitteln (Waggons zu Truppenverchiebungen und für die Verfrachtung von Kartoffeln und Rüben) und in den Arbeitskräften (Arbeiter zum Schanzengraben und zur Feldbestellung). Zugegeben, daß die Friedensproduktion im Kriege eingeschränkt werden muß, so hat diese Einschränkung doch erstens ihre bestimmten Grenzen, da sonst die Wirtschaft im Hinterland zur Versorgung der Heimat und der Feldarmee nicht mehr ausreicht, und zweitens ihre bestimmte Verhältnismäßigkeit. Denn die Erteilung von Anbauurlauben würde sofort zu einer zwecklosen Maßregel, wenn nicht zugleich vorgefertigt würde, daß auch Pflüge und die übrigen Gerätschaften und Saatgut bereit sind. Es muß, das ist handgreiflich, eine Stelle im Staate da sein, die die gebotene Verhältnismäßigkeit zwischen der Wehr- und Wirtschaftsleistung im Auge behält und sicherstellt.

Die Proportion zwischen beiden ist nicht immer die gleiche. Im Herbst zum Beispiel bedarf das Hinterland wegen der unerlässlichen, an Termine gebundenen Verfrachtung von Massengütern (Kohle, Kartoffeln, Zuckerrüben, Brotfrucht) weitaus mehr rollendes Material als im Hochsommer oder im strengsten Winter. Der Waggonbedarf ist im Vorfrühling höher als in den Anbaumonaten, der Bedarf an Arbeitskräften in diesen wieder stärker als in allen anderen Jahreszeiten. Diese absolut zwingenden Umstände be-

17. IX. 1918 170
schränken die militärischen Operationen zu gewissen Jahreszeiten und erleichtern sie in anderen. Somit müssen Militär- und Zivilverwaltung Tag für Tag innig zusammenarbeiten und keine von beiden ist nur eine Stunde von der Rücksichtnahme auf die andere befreit. Also muß es eine Stelle im Staate geben, die, von der höchsten und zuverlässigsten ökonomischen Einsicht geleitet, die Verhältnismäßigkeit des militärischen und zivilen Bedarfs wahr und mit unbäuerter Latkraft die Wirtschaftskräfte dorthin wendet, wo sie unerlässlich sind. Sonst sind Produktionskrisen nicht zu vermeiden.

Wir stehen im Augenblick in einer Anbaukrise. Die Mitteilungen, die dem Parlament über unsere Zuckerproduktion geworden sind, verraten die ganze Schwere der gestellten Aufgabe. Wir haben im Frieden weit mehr Zucker erzeugt, als wir selbst verbrauchten, der Rübenbau war immer lohnend, schon wegen der Nebenprodukte, die für den Landwirt beinahe ebensoviel bedeuteten als der Rübenerbis. Das Abblättern der Rübe, die Abfälle und die Rübenschnitten sicherten der Viehhaltung die wertvollsten Milchsäfte. Trotzdem dies nicht anders geworden ist und die unerhörten Viehpreise reichlich lohnen, vernehmen wir, daß die Anbauflächen der Zuckerrübe und außerdem die Erträge auf dem Sektor beängstigt zurückgegangen sind. Im nächsten Jahre droht ein solcher Ausfall, daß sogar die heimliche Zuckerverforgung ernsthaft gefährdet ist. Genaue Sachkenner versichern, daß ohne Anbauzwang die nötige Zuckermenge uns nicht mehr verbürgt ist. Dasselbe gilt wohl schon für unsere Brotfrucht! Wer der Landwirtschaft fernor steht, kann das kaum begreifen. Was soll der Landwirt mit seinem vorgerücktesten Ackerboden anderes beginnen, als ihn in gewohnter Weise bebauen? Warum soll er zum Selbstverständlichen erst gezwungen werden?

Landwirte, die nicht im Verdacht stehen, aus selbstfüchtigen Beweggründen zu sprechen, meinen, man könne die Anbauflucht nur bestegen durch die Prämie

ganz außerordentlicher Preise, da der bloße gesetzliche Zwang nichts fruchten werde. Wieder andere befürchten, daß Preisauflage es auch nicht mehr ausmachen; die meisten sind geradezu ratlos. So stehen wir in Wahrheit! Einer der Gründe dieses Zustandes ist die verfehlte Preispolitik, die seit Kriegsbeginn gemacht worden ist. Man hat die Preise aller Erzeugnisse, der industriellen wie der agrarischen, dermaßen in die Höhe wuchern lassen, daß eine vorzeitige Ueberfättigung mit Gewinnen eingetreten ist. Das äußert sich in industriellen Kreisen in dem unstillbaren Drange, nun endlich zur Ruhe zu kommen und den neuen Reichtum einmal in vollen Zügen zu genießen; das äußert sich in Landvolk darin, daß man sich jetzt, wo die Schulden gezahlt sind und genügend Bares zurückgelegt ist, gern auf die nötige Arbeit zur Selbsterhaltung beschränkt und die „ewigen Scherereien und Placereien“ satt hat. Aber auch diese weit verbreitete Stimmung gibt den Ausschlag noch nicht.

Das, was auch den Willigen lähmt, ist die Erfahrung, daß — vollständig ausgedrückt — „nichts mehr zusammengehen will“. Hat man den Wagen aus der Reparatur zurück, so hat man die Pferde nicht mehr; hat man das Pferd, so kommt der Pflug nicht aus der Werkstatt; hat man die Leute, um die Kartoffeln auszunehmen, so fehlt's an Bespannung zur Bahn; sind die Kartoffeln an der Bahn, so fehlt's am Waggon, sie zu verladen; sind die Waggons verladen, so tritt eine plötzliche Verkehrseinstellung dazwischen, und so fort. Zugegeben, daß sich die Behörden im einzelnen bis tief in die Nacht mühen, daß die Unterabteilungen Ernteurlaube erteilen, daß man durch wiederholte Bestimmung der Behörden Eisen, Kohle, alles erhält — aber alle diese Einzelmaßnahmen entbehren des Zusammenhanges, des ordnenden Geistes, des beherrschenden Systems. Und diese Zusammenhanglosigkeit bringt uns um die Früchte aller Bemühungen, allem voran aber die Zusammenhanglosigkeit der militärischen und der zivilen Verwaltung!

Noch haben wir alle Elemente einer halbwegs zulänglichen Wirtschaftsführung, noch halten wir die Teile in der Hand, es fehlt leider nur das einigende Band! Und also geraten wir täglich tiefer in eine allgemeine Produktionskrise, von der die Zuckerkalamität nur ein Symptom ist!

Höchstpreise oder freier Handel?

Ueber dieses jetzt sehr aktuelle Thema veröffentlicht Bezirksrichter Erich Neuborn in der Oktobernummer der „Oesterreichischen Richterzeitung“ einen beachtenswerten Aufsatz, welcher nicht nur in Juristentreisen Interesse wecken dürfte. In höchst anschaulicher Weise werden, den Angaben des französischen Historikers Laine folgend, die Zustände in Frankreich zur Zeit der französischen Revolution geschildert; eine auffallende Ähnlichkeit mit den heutigen Verhältnissen bei uns im vierten Jahre des Weltkrieges ist nicht zu verkennen. Auch damals weigerten sich

die Bauern die Erzeugnisse ihres Bodens in die Stadt auf den Markt zu bringen, weil hier Höchstpreise eingeführt waren; sie tauchten die Naturprodukte gegen andere Güter ein, führten sie in Nachbargemeinden, wo günstigere Höchstpreise waren oder gaben sie an Private unter der Hand ab, natürlich unter Ueberschreitung des Höchstpreises. Auch damals bildete man Ketten um die notwendigsten Lebensmittel von Mitternacht an im Sommer und im Winter, wobei das Durcheinander, die gegenseitige Berührung und die Nacht die groben Instinkte wachrufen. Wer mehr als das zum eigenen Gebrauche Erforderliche für sich behielt, wurde wegen Lebensmittelwuchers zum Tode verurteilt; die Ueberschreitung der Höchstpreise wurde mit enormen Strafen (Gefängnis und Pranger) belegt. Auch zu jener Zeit wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen und Privatvorräte, welche für zu groß gehalten wurden, konfisziert. Endlich wurden auch damals die Bürger aufgefordert, ihre Vorräte an Getreide und Mehl zum Höchstpreise in die staatlichen Speicher abzugeben, während jeder für sich selbst nur 50 Pfund Mehl oder Korn für einen Monat behalten durfte.

Mit Einführung der Höchstpreise verschwanden auch zur Zeit der Schreckensherrschaft der Jakobiner die Waren in Paris und in der Provinz, weil die Höchstpreise vielfach unter den eigenen Herstellungskosten waren und die Kaufleute begreiflicherweise sich scheuten, Waren, für welche sie nur die Hälfte oder einen noch geringeren Teil ihrer Anschaffungskosten bekamen, wieder zu beschaffen. Erst nach Enthauptung der Jakobiner Robespierre, Saint-Just, Couthon u. a. am 28. Juli 1794 wurden die Höchstpreise von der neuen Regierung, dem Konvent, abgeschafft, worauf sofort wieder Waren auf den Markt gebracht und — allerdings wegen des bedeutenden Tiefstandes des Papiergeldwertes zu hohen Preisen — verkauft wurden. Infolge der eine Zeitlang noch anhaltenden Teuerung wurden in erster Linie die kleinen Beamten, die Arbeiter und der städtische Pöbel in Mitleidenschaft gezogen, welche die Revolution veranstaltet haben, um ihre Lage zu verbessern und statt dessen in eine ungünstigere Situation gelangt sind.

Wenngleich zu unserem Ruhme gesagt werden muß, daß wir — im Gegensatz zu Frankreich zur Zeit der Jakobiner — insofern besser daran sind, als wir fleißige, zuverlässige und geschulte Beamte, moderne technische Einrichtungen (Eisenbahn, Telephon, maschinelle Massenproduktion) und vor allem den ehrlichen Willen zum Frieden und zum Durchhalten haben, so kann andererseits nicht geleugnet werden, daß damals — wie heute — die Höchstpreispolitik nicht zum Ziele geführt hat; die Einführung der Höchstpreise hatte das Verschwinden der Waren und die Abschaffung der Höchstpreise ein sofortiges Warenabgebot zur Folge.

Der Verfasser vertritt daher den ernstlich zu erwägenden Standpunkt, daß versuchsweise die Höchstpreise für gewisse Waren, insbesondere für solche, welche leicht dem Verderben unterliegen, wie zum Beispiel Eier, Butter, Obst u. dgl., abgeschafft werden sollten; die Produzenten würden diese leicht verderblichen Waren, schon um der Konkurrenz Rechnung zu tragen, möglichst mit Ausschaltung von Zwischengliedern, den Konsumenten abgeben und letztere hätten es nicht mehr nötig, die Waren heimlich beim Erzeuger zu suchen, weil sie dieselben überall auf dem Markte bekämen. Hierdurch würde auch die Regulierung der Preise auf Grund von Angebot und Nachfrage in die Wege geleitet werden. Die realen Kaufleute könnten aber der Regierung den Nachweis erbringen, daß es ihnen hauptsächlich um die Versorgung der Bevölkerung zu tun sei, so daß dieselbe möglicherweise in einem späteren Zeitpunkte der Frage des freien Handels auch in einem weiteren Umfange nähertreten könnte.

Aus dem Ernährungsrat.

Gestern tagte das Plenum des Ernährungsrates. Der erste Punkt der Tagesordnung war der Bericht des Sachausschusses 4 bezüglich der Ein- und Ausfuhr von Nahrungsmitteln. Dieser Bericht führte zu einer sehr erregten Debatte über die „Dezerg“. Es wurde beschlossen, den Bericht des Referenten nicht zur Kenntnis zu nehmen, sondern an den Ausschuss zurückzuleiten. In der Debatte wurde auch über große Warenverschleppungen über die galizische Grenze gesprochen. Waggons von Bohnen, Erbsen, Linien, Kaffee, Tee, Mehl, in Hülsenfrüchsen gepackt und an einzelne Empfänger adressiert, wurden über die Grenze befördert. Es wurde an die Regierung die dringende Aufforderung gerichtet, bei der Heeresverwaltung vorstellig zu werden, damit derartige Warenverschleppungen in Zukunft hintangehalten werden. Gelegentlich des Berichtes des Sachausschusses 5 über die Einschränkung des Ruderverbrauches gelangten bei der Abstimmung die bereits bekannten Vorschläge zur Annahme. Bezüglich der Zusatzkarten für Kinder (gleichgestellt den Schwerarbeitern) wurde die Auffklärung erteilt, daß zwar im Monat November infolge technischer Schwierigkeiten die Abgabe der Zusatzkarten noch nicht möglich sei, daß ab Dezember aber diese Zusatzkarten für Kinder zur Ausgabe gelangen sollen. Ein Dringlichkeitsantrag Dr. Gargitters, dahingehend, daß der Ernährungsrat als ständige Einrichtung beim Ernährungsministerium zur Seite gestellt und neben den wirtschaftlichen Ausschüssen des Parlaments seine geregelte Tätigkeit insbesondere zur Zeit der Übergangswirtschaft entfalten solle, wurde gleichfalls angenommen. Eine Interpellation der Hausfrauen bezüglich der Streichbutter brachte die allgemeine Anschauung der Hausfrauen zum Ausdruck, daß das unter diesem Namen in den Verkehr gebrachte Erläsmittel in seiner praktischen Verwendung als äußerst minderwertig sich erwies.

Ernährungsrat.

Die Ein- und Ausfuhr von Lebensmitteln. — Preis-
erhöhung für Zuckerrüben. — Die Fleischpreise.

Gestern begann die fünfte Tagung des Ernährungsrates, die mit einer Ansprache des Präsidenten Geheimen Rates Dr. Graf Larisch-Mönich eröffnet wurde. Anwesend waren der Minister SM. Höfer, der Vorsitzende des gemeinsamen Ernährungsausschusses SM. Landwehr v. Pragenau, der Vertreter des deutschen Kriegsernährungsamtes Freiherr v. Rabenau, Hofrat v. Radich vom Ackerbauministerium, Hofrat Paul vom Eisenbahnministerium, der Vorsitzende der Zentralpreisprüfungskommission Hofrat Baron Fries, Ministerialrat Löwenfeld-Ruß vom Ernährungsamt und andre.

In seiner Ansprache wies Graf Larisch-Mönich auf die Wichtigkeit des Eingreifens des Ernährungsrates hin, damit der Wirtschaftskrieg im Hinterlande organisiert und durchgeführt werde und Prämissen geschaffen werden, durch welche die Operationskraft der Armee und das Durchhalten im Hinterlande gewährleistet wird.

Darauf gelangten die Berichte der Sachausschüsse zur Besprechung, und zwar zunächst der Bericht über die Ein- und Ausfuhr von Lebensmitteln, in welchem die Tätigkeit der „Dezeg“ behandelt und von der Regierung ein weitgehendes Entgegenkommen bei der Zuteilung von Devisen für Auslandskäufe verlangt worden ist. Dieser Antrag wurde aber nach längerer Debatte, an der Professor Winkler von der Hochschule für Bodenkultur, als Vertreter der Regierung Finanzsekretär Dr. Bartsch, die Abgeordneten Schreiter, Pittoni und Diamand teilgenommen haben, zur Verwertung der in der Debatte gefallenen Anregungen zurückverwiesen.

Darauf gelangte die Frage der Erhöhung der Zuckerquote zur Behandlung. Referent Finanzsekretär Dr. Gargitter legte die Ergebnisse der Beratungen im Ausschusse dar, auf welchem Gebiete der Zuckerzufuhr Einschränkungen möglich sind. Der Industrielle Redlich, Bürgermeister von Götting, sprach über die Verhältnisse der Zuckerrübenproduktion und Zuckerproduktion, worauf nach längerer Debatte Ministerialrat Löwenfeld-Ruß ausführlich den Standpunkt der Regierung auseinandersetzte und darauf vorbereitete, daß zur Förderung des Zuckerrübenanbaues eine Preis-erhöhung der Zuckerrübe unvermeidlich sein wird, um unsere Versorgung zu garantieren. Er besprach im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen, wie die Drosselung der Zuckerzufuhr an die Industrie durchgeführt wurde, und die Frage einer differenzierten Zuckerzufuhr an die einzelnen Frontländer nach Maßgabe ihres Friedensbedarfes, da von böhmischer Seite eine Bevorzugung der Zucker produzierenden Länder verlangt wurde. Er wies auf die Schwierigkeiten hin, die dem entgegenstehen, hob sodann die Notwendigkeit der Erzeugung von Kunsthonig für die notleidenden Gebiete des Erzgebirges hervor und setzte sich dafür ein, daß die Zuckerzufuhr des Bäckergewerbes wenigstens im bisherigen Ausmaße aufrechterhalten werde, damit dieses Gewerbe vor dem Ruin bewahrt werden kann.

Es gelangte auch ein Antrag des Dr. Gargitter zur Verhandlung, der sich auf die Einflußnahme des Ernährungsrates bezog und die Forderung aufstellte, daß der Ernährungsrat vor allen wichtigen Entscheidungen gehört werden müsse. Dieser Antrag gelangte in modifizierter Weise zur Annahme.

Zum Gegenstande der Tagesordnung: „An-
passung der Fleischpreise an die Fleisch-

preise“ erstattete der Referent Banitzel (Brag) den Bericht. In der Debatte beteiligten sich Baron Ehrenfels, Dr. Lampé, Frau Freundlich, Eldersch, Landesauschuß Sonntag und Doktor v. Seibl. Präsident Zuleger forderte, daß 90 Prozent des Hochwildes in der Monarchie zu Approbationsszwecken requiriert, daß alle Lugschilde abgeschafft und daß die Lugschilde in der ganzen Monarchie assentiert werden. Hofrat Radich sprach sodann über die Stellung der Regierung zur Verbilligung der Fleischpreise und Hofrat Baron Fries über die Art der Beeinflussung der Preisregulierung durch die Zentralpreisprüfungskommission.

Die Tagung des Ernährungsrates wird heute fortgesetzt. Als besonders wichtiger Gegenstand wird heute in Gegenwart des Ministers SM. Höfer, der gestern durch die parlamentarischen Verhandlungen zum Teil verhindert war, den Beratungen zu folgen, der Wirtschaftsplan besprochen werden.

Arbeitsrat
18. IX. 1917 175

Zwei Denkschriften.

Das Konsumenteninteresse der gesamten Bevölkerung beginnt sich allmählich im öffentlichen Bewußtsein durchzurufen und gegen die Beherrschung unserer Wirtschaftspolitik durch die kapitalistischen Interessenten der Produktion aufzulehnen. Die „Kriegskommission für Konsumenteninteressen“ war der erste Versuch einer Sammlung der Verbraucher zu gemeinsamer Abwehr, sie stieß von selbst auf die Schutzollfrage und beauftragte die Genossin Emma Freundlich, einen Bericht über sie auszuarbeiten. Das Schriftchen „Unser tägliches Brot. Eine Einführung in die Fragen der Zoll- und Handelspolitik von Emma Freundlich“ ist das Ergebnis dieser Arbeit. Klart, anregend und leicht verständlich geschrieben, enthält diese Denkschrift eine Fülle von Zahlen, welche die schädliche Einwirkung der Zölle auf die Produktion wie auf die Lebenshaltung der Massen beweisen. — Noch belehrender ist die von derselben Verfasserin gearbeitete Denkschrift über die Gestaltung der Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft in den drei Kriegsjahren, welche im Namen der Frauenorganisation österreichischer Konsumvereine der verunglückten Ernährungsenquête des Ministeriums Seidler überreicht worden ist. Genossin Freundlich sammelt seit der Kriegszeit Haushaltsrechnungen von Arbeiterfamilien; bekanntlich sind solche Rechnungen das beste Mittel zur Erforschung der Lebensverhältnisse des Volkes. Die Denkschrift legt eine Reihe dieser Dokumente vor; sie beweisen die erschreckende Verelendung der Massen im Kriege schlagend und widerlegen zugleich die Fabel, daß die Lohnsteigerungen die steigende Teuerung ausgleichen. Besonders heunruhigt der Vergleich zwischen den Lebenskosten und der Lebensweise von 1916 und 1917, denn er zeigt, wie rapid sich die Verhältnisse verschlechtern und wie nahe wir der Untergrenze des physisch überhaupt noch Erträglichen stehen. — Die beiden Studien der Genossin Freundlich wären den beamteten und nichtbeamteten Agrariern besonders zu empfehlen, die die Preise noch immer nicht hoch genug und die Warenzurückhaltung noch immer nicht bedrohlich finden.

Der heutige Lebensmittelmarkt.

Das ungünstige Herbstwetter, das in Nordböhmen schon zu Nachschäden geführt hat, ist der Approvisionnement nicht günstig. Auch vorübergehende Transportschwierigkeiten halten den Warenzugang auf. In Oberösterreich liegen größere Kürbissendungen zur Abfuhr nach Wien bereit, und in Galizien warten mehrere Rübentransporte auf verfügbare Waggons für die Absendung nach Wien. Auch der Kartoffelabfuhr stellen sich ähnliche Hindernisse in den Weg. Hoffentlich bleiben wir aber noch einige Zeit vor Frösten verschont, sonst wird die Kartoffelversorgung in Frage gestellt. Wegen der Art der Abgabe und der Verteilung der für den Wiener Konsum bestimmten Kartoffeln hat der Magistrat für heute nachmittags ins Rathaus eine Besprechung der Kartoffelabgabestelleninhaber einberufen.

Mit Rücksicht auf die ungleichen täglichen Zufuhrgenergebnisse schwankt auch die Kartoffelzuteilung an die städtischen Abgabestellen. Gestern und heute war eine Reihe dieser Abgabestellen nur mit sehr knappen Vorräten ausgerüstet. Heute waren die Märkte auch wieder mit Gemüse unzureichend versehen. Der Marktstapelverkehr zwischen der Landesbahn und dem Raschmarkt wurde gänzlich eingestellt, da die Brünnerstraßler-Produzenten schon seit einiger Zeit diesen zu ihrer Bequemlichkeit von der Gemeinde Wien mit großem Kostenaufwand eingerichteten Marktverkehr einfach ignorierten. Auf dem Raschmarkt lag heute nur ein Gemüseangebot von 8000 Kilogramm Gärtnerwaren vor, 1800 Kilogramm Hauptkohl, das die Gemeinde Wien heute für den Raschmarkt aufzutreiben vermochte, bildeten dort ein wahres Ereignis. Es wurde hauptsächlich mit K. 1.10 pro Kilogramm verkauft.

Auch die Obstzufuhren behalten ihre rückläufige Tendenz. Das Wiener Obsthandilat hat schon seit Tagen über bitteren Warenmangel zu klagen. Aus Tirol langten heute für die Gemeinde Wien wieder sieben Wagenladungen Obst ein; auch ein Waggon oberösterreichischer Äpfel traf in der Viktualienhalle ein; ebenso wurden einige Waggons Äpfel von der Konservenfabrik Brunn, die dort nicht verarbeitet werden konnten, für den Wiener Konsum abdirigiert.

Auf dem täglichen Fleischmarkt in der Großmarkthalle bewegte sich der heutige Marktverkehr in mittelwässigen Bahnen. Die Angebote an Fleischwaren waren auf allen Gebieten, mit Ausnahme von Lamm- und Schafffleisch, nur sehr knapp ausfallend. An Wohlfastrindfleisch für die Mindestbeantworteiten standen 400 Kilogramm mittelguter Qualität zur Verfügung. Die Anstellungen hierfür beliefen sich auf ungefähr 800 Personen und begannen um 6 Uhr früh. An Schweinefleisch standen bloß 500 Kilogramm ungarischer Herkunft zu K. 15.60 pro Kilogramm zur Verfügung. Die Nachfrage nach Geflügel, insbesondere nach Fettgänsen und Enten, konnte mangels entsprechenden Anbotes nur zum Teil befriedigt werden. In Angelegenheit der Streitfrage, ob Fettgänse nur im ganzen oder zerteilt in Verkehr gebracht werden sollen, könnte ein salomonisches Urteil nach dieser Richtung hin befriedigend wirken, daß die Gänse auch zerteilt abgegeben werden müssen, jedoch wären die Händler zu verhalten, die Fleischstücke nicht zu schänden, das heißt mit dem anhaftenden Fett zu verkaufen. Der Ankauf einer ganzen Fettgans erfordert heute ein kleines Kapital, das minderbemittelte Käufer nicht aufbringen können.

Reichlich dotiert war heute die Fischabteilung der Großmarkthalle. Auch die Seefischzufuhren, in denen sich erfreulicherweise eine Besserung eingestellt hatte, genügte für die große Nachfrage. Auch in den Seefischhallen herrschte heute ein lebhaftes Getriebe. Bedeutend war auch allenthalben die Nachfrage nach Süßwasserfischen.

Der Wildbreitmarkt gebot heute über größere Angebote von ungarischem Girschfleisch. Hasen fehlten im freien Verkehr. Die städtische Wildübernahmestelle konnte aber nicht nur Reh- und Girschfleisch, sondern auch Hasen heimischer Probenienz abgeben. Diese Übernahmestelle versorgt aber nur Kriegsküchen, Humanitätsanstalten und Konsumtenorganisationen mit Wild.

Die Fettstoffallamität hat durch die neuerliche Verzögerung der Butterabgabe wieder schärfere Formen angenommen. Im freien Verkehr sind Fettstoffe fast gar nicht erhältlich.

Die heutigen Bahnzufuhren nach dem Wiener Zentralfleischmarkt stellten sich auf 6 Waggons mit 28 Tonnen, darunter 15.1 Tonnen böhmisches Rindfleisch, 5.8 Tonnen mährische Kälber und 2.6 Tonnen Rindsinneren. In die Fleischhauer gelangten 540 Viertel Volkswindfleisch zur Verteilung. Eierangebote fehlten fast vollständig.

18.7.1917

267

Ernährungsfragen im Städtetag.

Die Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages im Berliner Rathaus, der Oberbürgermeister *Bermuth* und teilweise Oberbürgermeister *Dr. von Vorscht-München* vorsah, war bei starker Besetzung in der Hauptsache — wie schon kurz gemeldet — den Fragen: der Sicherstellung der Volksernährung, der Kohlenversorgung und der Beschaffung von Futter für die städtischen Pferde gewidmet. Hinsichtlich der Kohlenversorgung sollen die zuständigen Stellen nochmals mit allem Nachdruck auf die außerordentlich schwierigen Verhältnisse hingewiesen werden.

Was die Ermäßigung der Kohlensteuer für die Minderbemittelten anbetrifft, so wurde der soeben im Reichstag eingebrachte Antrag *Viesching* und Genossen mit aufrichtiger Zustimmung begrüßt, da er völlig der bisherigen Auffassung des Deutschen Städtetages entspricht, daß, um die beabsichtigten Vorteile den Minderbemittelten zuzuwenden, der Weg des § 6 Abs. 2 des Kohlensteuergesetzes nicht gangbar ist, sondern unmittelbare Erstattungen an die Inhaber von Kleinwohnungen erfolgen müssen.

Für die Milchbeschaffung wurde die Notwendigkeit zielstärksten Fortschreitens im Ausbau der Sammelstellen auf dem Lande betont. Auch die Kartoffelversorgung war Gegenstand eingehender Erörterung, wobei hinsichtlich der Ernährung der städtischen Pferde die Herstellung von Kartoffelschnitzeln in den Vordergrund gestellt wurde. Außerdem soll an Hand umfangreichen Stoffes geltend gemacht werden, daß die Unterverteilung von Lebensmitteln an die Verbraucher nur dann in Ordnung gehen kann, wenn die Maßregeln den Städten nicht von anderen Stellen durchkreuzt werden.

Anträge auf Erstattung der Verluste von Hausbesitzern wurden dem Realkreditausschuß und weitere Anträge über Beamten- und Angestelltenfragen einem besonderen Ausschuß überwiesen.

Der Ernährungsrat.

Nach eingehenden Ausschuhberatungen hat der Ernährungsrat seine Sitzungen wieder aufgenommen. Es ist vollständig unmöglich, auch nur annähernd ein Bild von der regen Tätigkeit zu geben, die er entfaltet hat, und nur die wertvollsten Anregungen und Beschlüsse können wiedergegeben werden.

Vor allem wurde durch einen Fringlichkeitsantrag Gargitter, der verlangt hatte, das Amt für Volks-

ernährung sei zu verpflichten, alle wichtigen Verordnungen nur nach vorhergehender Beratung im Ernährungsrat zu erlassen, die Frage über die Zuständigkeit und die Dauer des Bestandes des Ernährungsrates aufgerollt. Auf Vorschlag Pittonis wurde der Arbeitsausschuh beauftragt, ein Statut auszuarbeiten, das durch Vermittlung des Ministeriums dem Parlament vorgelegt werden soll, in welchem die Zuständigkeit und die Zusammensetzung des Ernährungsrates festgelegt werden sollen. Der Ernährungsrat, das war die einstimmige Ansicht aller Teilnehmer, soll auch im Frieden weiterbestehen und eine ständige Einrichtung des kommenden Ministeriums für Volksernährung bleiben.

Bei der Behandlung über die Frage der Lebensmittellein- und Ausfuhr wurde vor allem Klage geführt, daß das Finanzministerium für die wichtigen Einkäufe im Ausland nur einen Teil der notwendigen Zahlungsmittel bereitstellt, so daß oft billige und wertvolle Waren nicht gekauft werden können. Pittoni schildert vor allem die Schwierigkeiten, die jeder habe, wenn er Lebensmittel einführen will, weil er oft die Einkäufe schon vollzogen hat und im letzten Moment nicht imstande ist, die ausländische Währung zu erhalten. Frau Pachter forderte die Bevorzugung bestimmter Lebensmittel bei der Bereitstellung der Zahlungsmittel, vor allem bei der Einfuhr von Kondensmilch. Der Ernährungsrat beschließt, die Beschlussfassung zu verlagern, bis die Dezeg das Material, das sie dem Ausschuh vorgelegt, allen Mitgliedern des Plenums zugänglich gemacht hat und ein Vertreter der Dezeg anwesend sein wird, um nähere Ausführungen zu geben. Die Vertreter Galiziens führen Klage, daß aus ihrem Lande noch immer große Mengen sogar staatlich bewirtschafteter Artikel nach Deutschland ausgeführt werden, das auch beim Einkauf ein gefährlicher Konkurrent sei. Es werden sodann die Anträge des Subcomités für Lebensmittelindustrien angenommen, die vor allem das unangenehme Amt vom Ernährungsrat fordern, der Herabsetzung der Zuckerrate um ein Viertelkilogramm für den Monat zuzustimmen. Außerdem aber wird in den Anträgen verlangt: die Einstellung der Erzeugung aller Luxuszuwaren, vor allem der feinen Bonbons und anderer feiner Backwaren, die heute noch immer viel zu viel Zucker verbrauchen. Das Zuckerkontingent für die Armee soll neuerlich festgesetzt und ebenfalls vermindert werden. Die Verminderung soll ebenso groß sein wie bei dem bürgerlichen Verbrauch. Die Erzeugung von Kunthonig wird aufrecht erhalten, weil er von den ärmsten Menschen als Butterersatz verwendet wird. Dagegen soll für die zuckerverarbeitenden Industrien das Kontingent vollständig aufgehoben werden, vor allem für jede Luxusware, feine Marmeladen und Liqueure zc.

Neuerlich wurde die Frage der Fleischversorgung behandelt. Es lag ein Antrag der Agrarier vor, die Ursachen zu suchen, die es begründen, daß zwischen den Vieh- und den Fleischpreisen eine so außerordentliche Spannung besteht. Landesauschuh Sonntag schildert, wie groß die Ersparnisse bei den in Mähren durchgeführten Zentralschlachtungen sind, die es ermöglichen, daß in Brünn das Fleisch für 560 Kronen verkauft werden kann. Dasselbe berichtet auch Monsignore Lampe für Mähren. Baron Chrenfels schildert die Unterschiede, die heute zwischen den Häutepreisen und den Lederpreisen bestehen, und fordert die Erhöhung der Lederpreise. Emmy Freundlich erklärt, daß all diese Differenzen nur möglich sind, weil wir keine einheitliche Organisation der Fleischbewirtschaftung haben. Die Fleischkarte wurde nicht durchgeführt, trotzdem sie seit 1915 immer wieder gefordert wurde. Auch die Organisation der Viehaufringung hat viel zu spät eingeseht und eine Regelung der Schlachtungen hat überhaupt nicht stattgefunden. Man müsse da vor allem sagen, daß die meisten Gemeindeverwaltungen vollständig versagt haben. Anstatt die Lohnschlächtereien einzuführen, überläßt man das Schlachten noch immer ohne jede Kontrolle den Fleischhauern. Eldersch schildert die großen Schwierigkeiten in Wien, wo heute holländisches, dänisches, ungarisches und inländisches Fleisch gehandelt wird, und alle Sorten, die zu ganz verschiedenen Preisen eingekauft werden, haben einen Preis. Hier könnte nur eine zentrale Schlachtung abhelfen, die alles Fleisch erfaßt und dann das Fleisch nach Einkaufspreisen sondert. Solange das nicht geschieht, kann auch die Preisprüfung nichts ändern, denn die Preise, die bestimmt werden, werden ja nicht eingehalten. Gemeinderat Gargitter schildert die Verhältnisse in Graz, wo für den größten Teil der Bevölkerung zentrale Schlachtungen durchgeführt werden, bei denen sich die Fleischhauer sehr wohl fühlen. Sie verdienen noch immer 500 bis 600 Kronen monatlich, trotzdem sie nur Lohnschlachtungen durchführen.

Zum Schluß der Sitzung wurden noch Anträge des Professors Winkler angenommen, die eine bevorzugte Belieferung der Stallungen wünschen, wo besonders milchreiche Kühe gehalten werden. Außerdem fordert er das Verbot der Fettkäseerzeugung und den Anbotzwang von Magerkäse und Topfen. Zur Hebung der Butteranlieferung schlägt er eine Differenzierung der Höchstpreise für Bayern- und für Möstereibutter vor. Die Preise für Milch und Butter sollen nicht für das ganze Reich einheitlich bestimmt werden, da die Produktionsverhältnisse sehr verschieden sind, doch sollen die Preisprüfungsstellen alle bestehenden Preise überprüfen, da auch hier große Unterschiede bestehen.

19./X. 1917

282

Der letzte Bissen.

Die berechtigten Beschwerden, die im österreichischen Abgeordnetenhaus über die unzureichenden und maßlos verteuerten Nahrungsmittellieferungen aus Ungarn erhoben wurden, finden jenseits der Leitha eine sehr ungnädige Aufnahme. Manche ungarischen Blätter schlagen bei diesem Anlaß einen Ton an, der zu der waffenbrüderlichen Gemeinschaft paßt wie die Faust aufs Auge. Zu einem Austausch von Höflichkeit dieser Art auch unsererseits einen Beitrag zu leisten, ist ein Vergnügen, auf das wir gern verzichten. Aber unter den antwortenden Stimmen aus Ungarn ist auch eine, die sachlich spricht oder wenigstens berufen wäre, sachlich zu sprechen: die des ungarischen Ernährungsministers in eigener Person. Mit der Rechtfertigung der ungarischen Lebensmittelpolitik, wie sie Graf Gabik in einem Zeitungsinterview zum besten gibt, muß man sich beschäftigen, weil sie für die grundsätzliche Auffassungsweise der ungarischen Politiker höchst charakteristisch ist. Graf Gabik bemüht sich, nachzuweisen, daß Ungarn zwar den besten Willen habe, seine Lebensmittelüberschüsse Oesterreich zur Verfügung zu stellen, daß es aber leider solche Überschüsse nicht besitze. Ungarns Fett-, Obst- und Gemüseerzeugung reiche kaum aus, um „den minimalen Bedarf der eigenen Bevölkerung“ zu befriedigen. Das System der Transportbescheinigungen, durch das die vertragmäßige Verkehrsfreiheit zwischen beiden Reichshälften tatsächlich aufgehoben ist, wird vom Grafen Gabik als eine in den „Kriegs-

verhältnissen“ begründete, rein technische Maßregel hingestellt, die ja auch im österreichischen Binnenverkehr angewendet werde. „Wir teilen gern, was wir haben,“ erklärt schließlich Graf Gabik freuherzig; „aber“ — und mit dieser zum Leilen erhobenen Bruderhand gibt er uns unversehens einen derben Klaps — „bloß um vor den geehrten Herren Abgeordneten in Oesterreich Gnade zu finden, können wir nicht unserem eigenen Volke den letzten Bissen aus dem Munde nehmen!“

So weit geht also der Altruismus des ungarischen Ernährungsministers nicht, daß er hungern möchte, bloß um seinen Kollegen Höfer zu sättigen. Aber wir können uns auch nicht erinnern, daß jemand in Oesterreich das verlangt hätte. Ist die vertragswidrige ungarische Grenzsperrre nur verfügt worden, um den gefährdeten „letzten Bissen“ im Munde des Grafen Gabik und seiner Landsleute festzuhalten? Wir verspüren einen anderen Effekt dieser Maßregel: nämlich den, daß sehr spärlich bemessene Bissen aus Ungarn zu uns herübergelangen und daß wir dafür Wucherpreise bezahlen müssen. Der Gebrauch, den wir in unserem inneren Verkehr von Transportbescheinigungen machen, geht, mit Verlaub, den Grafen Gabik nichts an. Aber der Gebrauch, den er davon macht, um eine Grenz- und Markt- und Magensperre über uns zu verhängen, geht uns desto mehr an. Wenn es wahr ist, daß Ungarn keine Lebensmittelüberschüsse hat, wenn es wahr ist, daß Ungarn seinen eigenen „minimalen Bedarf“ nicht decken kann, wenn es wahr ist, daß Ungarns letzter Bissen von unserer Gefährlichkeit bedroht ist, so gibt es ein sehr einfaches Kontrollmittel, um all diese Wahrheiten, die wir an zweifeln, außer Zweifel zu stellen. Das Mittel heißt: allmähliche Regelung des Konsums für die Bevölkerung beider Reichshälften und Herstellung der vollständigen Gemeinschaft des Ernährungswesens zwischen Oesterreich und Ungarn. Wie wir gemeinsam kämpfen und bluten, wie wir solidarisch alle Opfer und Leiden dieses Krieges tragen, so wollen wir auch solidarisch essen und, wenn es sein muß, solidarisch hungern. Nach der herzbewegenden Schilderung, die uns Graf Gabik von den Er-

nährungschwierigkeiten Ungarns entwirft, kann es doch keinen Grund für ihn geben, den „minimalen Bedarf“ seiner Landsleute nicht unter dieselbe Rationierung und unter dieselben Kontrollmaßregeln zu stellen, wie sie in Oesterreich gelten. Solange aber die ungarische Regierung dieser Forderung der öffentlichen Meinung Oesterreichs beharrlichen Widerstand entgegensetzt, werden wir ebenso beharrlich glauben, daß dem heroisch verteidigten „letzten Bissen“ des Grafen Gabik eine sehr ausgiebige Reihe anderer Bissen voranzugehen pflegt, daß Ungarn sich im Kriege weit reichlicher und besser nährt als Oesterreich, und daß daher die bekannte Solidaritätsformel „Alle für einen und einer für alle“ in ungarischer Formulierung lautet: Alles für einen und nichts für den anderen.

Dr. Weiskirchner an die Ungarn.

Klagen über die Lebensmittelzufuhren.

Aus Budapest, 19. d., wird uns telegraphiert:

Zwei ungarische Blätter, Az Újság und Deli Hirlov veröffentlichen heute Unterredungen mit dem Wiener Bürgermeister Dr. Weiskirchner, der sich über die Schwierigkeiten äußerte, die Ungarn der Verpflegung Wiens macht. Der Unterredung im Deli Hirlov sei folgendes entnommen:

Seitdem ich, so führt Dr. Weiskirchner aus, mein Bürgermeisteramt angetreten habe, war ich immer bestrebt, zwischen Oesterreich und Ungarn das denkbar freundschaftlichste Verhältnis herzustellen. Es schmerzt mich daher ungemain, daß Ungarn jetzt Fleisch, Mehl und Milch, die doch seit Jahren von dort bezogen wurden, nicht mehr hereinbringt, obwohl in Ungarn daran kein Mangel herrscht. Meine Bitte, 200 Waggons Erdäpfel aus Siebenbürgen zu erhalten, wurde mir nur unter der Bedingung bewilligt, daß ich zur Heraushebung der Erdäpfel die Arbeiter zur Verfügung stelle. Woher sollte ich nun aber die Arbeiter nehmen und wie dieselben nach Siebenbürgen schicken? Graf Benckheim hatte mir 20 Waggons Zwiebeln zur Verfügung gestellt, doch wurde mir der Transport dieser Zwiebeln aus Ungarn verboten.

Es ist wohl ganz klar, daß man infolge derartigen Vorkommnisse endlich die Geduld verlieren muß. Man scheint in Ungarn keinen Begriff davon zu haben, wie schlecht unsere Verpflegung ist. Ich beurteile die Verpflegungsverhältnisse Ungarns gewiß nicht nach dem Speisezettel des Hotels Hungaria, aber so viel ist gewiß, daß es in Ungarn noch sehr viele Feinschmiedereien gibt, von denen wir in Wien schon seit Jahren keine Ahnung haben. Ich selbst habe zum Beispiel seit Monaten kein Schweinefleisch geessen.

19./X. 1917

184

Die einheitliche Lebensmittelkarte für Groß-Berlin wird aller Wahrscheinlichkeit nach Anfang November zur Ausgabe gelangen. Die Karte wird aber leider nicht freizügig sein, sondern, wie bisher, nur in dem Gemeindebezirk, der sie ausgibt, anerkannt werden. Auch eine gleichzeitige, völlig gleichmäßige Belieferung wird kaum stattfinden können, da nicht, wie beim Mehl, von einer einzigen Stelle aus die betreffenden Lebensmittel (Teigwaren, Graupen usw.) verteilt werden. Während Berlin unmittelbar diese Erzeugnisse erhält, werden sie anderen Gemeinden, z. B. Charlottenburg, Schöneberg, Friedenau, von der Potsdamer Einkaufszentrale zugeteilt. Es kann daher leicht vorkommen, daß der einen Gemeinde Haferflocken zur Verfügung stehen, während die andere Gries ausgibt. Die eine wird kunsthanig geben können, während vielleicht die Nachbargemeinde Pflaumenmus verteilt. Das einzige, was durch diese „einheitliche Lebensmittelkarte“ erreicht werden wird, ist (wie wir schon früher hervorgehoben haben), daß sich nach einer gewissen Zeit eine ziemlich gleichmäßige Verteilung von Lebensmitteln für die Bewohner Groß-Berlins herausstellt.

19. IX. 1917

785

Ernährung und Versorgung.**Enquete über das „Anstellen“ im Ernährungsamt.**

Vor den Budapester Geschäften und den kommunalen Verkaufsbuden sammeln sich wieder Leute an: in langen Reihen stehen sich Männer, Frauen und Kinder aneinander, um Lebensmittel und Bedarfsartikel zu „ersteinen“. Dies zu Beginn des neuen Wirtschaftsjahres, da doch der Ertrag der Ernte die Verteilung der vorhandenen Vorräte nicht schwierig gestalten dürfte. Der Winter ist vor der Thüre, mit schweren Nebeln und Frost. Neben allen Wirtschaftsproblemen bildet es daher das wichtigste Problem, das Kettenstehen, durch das die Gesundheit des Publikums schwer geschädigt wird, einzudämmen und wenn möglich zu beseitigen. Oberstadthauptmann Dr. Radislaw Sándor hat einmal die Menschenansammlungen vor den Läden als Volksversammlungen aufschreiendster Natur bezeichnet. So ist es in der That. Der Verteilungskarottens vor Lebensmit-

teilm und Bedarfsartikeln muß geändert werden; ein neues System ist zu schaffen, das das Anstellen nicht zur Vorbedingung für die Erlangung von Waaren des täglichen Bedarfs macht.

Die Dezentralisierung des Verschleißes bildet keinen Zauberbehelf bei Waarenmang. Als Beispiel kann die gegenwärtige Kartoffelversorgung Budapests angeführt werden. Der kommunale Gemüsebetrieb hat den Verschleiß dezentralisiert, indem er über 400 Kaufleute Kartoffeln, Kraut und Zwiebeln feilbieten läßt, außerdem erhalten drei Gruppen von Höheren durch den Betrieb diese Artikel für den Weiterverkauf. Da ist die Dezentralisierung durchgeführt. In der Praxis aber hat sie sich gerade heute nicht bewährt. Das Landes-Ernährungsamt und das Kartoffel-Vermittlungsbureau haben wieder einmal keine Kartoffeln der Hauptstadt angewiesen. Heute steht daher Budapest ohne einen Erdbäpffel. Auch die Transporte von Kraut und Zwiebeln sind ausgeblieben.

Der Kern des Problems liegt also darin, daß in Budapest genügend Waaren zur Verfügung stehen. Solange dies nicht der Fall ist, wäre bei Durchführung der Dezentralisation des Verschleißes und der Vertiefung der Listenlisten zu erwägen, ob es nicht angezeigt sei, die Lebensmittelrationen von Woche zu Woche je nach den vorhandenen Vorräten zu bestimmen und zu verlaublichen. Befügt die Hauptstadt über weniger Waaren, dann hat jeder Bürger auch eine kleinere Ration zu erhalten. Der jetzige Zustand mit dem Anstellen, der Ungewißheit, ob Lebensmittel noch zu erlangen sind, die Gefahr des Verfalls von Lebensmittelkarten und der Ungerechtigkeit, daß der Glac eine verhältnismäßig hohe Lebensmittelration erhält, während dem Anderen gar nichts zukommt, ist unhaltbar. Es ist ganz zwecklos, daß wir auf dem Papier 2 Kilogramm Kartoffeln pro Woche erhalten, während in der Wirklichkeit gar keine Kartoffeln vorhanden sind. Ernährungsminister Graf Johann Sadi hat die Pflicht, statt die Ausfuhr von Lebensmitteln nach Deisterreich zu fördern, dafür Sorge zu tragen, daß Budapest mit genügenden Waaren versehen wird.

Gegen das Anstellen.

Budapest, 19. Oktober.

Der Minister für Volksernährung Graf Johann Hadik besaßte sich schon seit seinem Amtsantritt mit dem Studium der Mittel und Wege, wie das Anstellen beim Einkauf der wichtigsten Nahrungsmittel zu beheben wäre. In dieser Sache fand heute vormittag im Landesamt für Volksernährung unter dem Vorhise des Ministers eine Enquete statt, der außer den Vertretern der Ministerien, des hauptstädtischen Magistrats und des Amtes selbst auch die Delegierten der hauptstädtischen Kaufmannschaft zugezogen waren.

Minister Graf Hadik eröffnete die Enquete mit einer kurzen Ansprache, in der er darauf hinwies, daß auf dem Gebiete der Hauptstadt das Anstellen ein für allemal beseitigt werden müsse; daß dies möglich sei, beweise das in Hamburg eingeführte System, das, von einzelnen ungarischen Provinzstädten übernommen, glänzende Resultate gezeitigt hat.

Nach dem Vorhiehenden erstattete Sektionsrat Rudolf Temple das Referat, das vorausschickt, daß das Ernährungsamt mit der Einberufung dieser Enquete den Zweck verfolgte, einen theoretischen Meinungsaustausch zu provozieren und die Richtlinien der praktischen Lösung zu ziehen. Abgesehen von den ausländischen Beispielen, beweisen die Erfahrungen, die in der Hauptstadt bei der Verteilung der drei Hauptlebensmittel: Mehl, Brot und Zucker gewonnen wurden, daß es durchaus möglich ist, das Anstellen beim Verschleiß aller Lebensmittel zu vermeiden. Beim Einkauf dieser drei Artikel braucht man sich heute vor den Verschleißlokale nicht mehr anzustellen, und die Verteilung geht ohne Störung vonstatten. Die Art der praktischen Durchführung besteht darin, daß die Hauptstadt mit dem System, das sie bei dem Verteilen der an Kartenzwang gebundenen Lebensmittel verfolgte, brechen muß und sie nicht mehr in den wenigen städtischen Verschleißlokale verteilen darf. Es ist ja auch kaum denkbar, daß in 170 Lokale ein Verkehr glatt abgewickelt werden könnte, der in Friedenszeiten Tausenden von Kaufleuten zufiel. Die geringe Zahl dieser Lokale führt dazu, daß das Publikum erst nach stundenlangem Anstellen zu seinem Bedarf kommt, oder gar nach dieser Zeit erfährt, daß der Vorrat bereits erschöpft und nichts mehr zu haben sei. Ist aber der Grund des Übels eruiert, so ist auch die Art und Weise der Behebung gegeben: die Dezentralisation des Verschleißes. Die bei Mehl, Brot und Zucker gesammelten Erfahrungen machen es ohne weiteres Vorstudium möglich, auch die bisher nicht an Kartenzwang gebundenen Lebensmittel in den allgemeinen rationierten Verschleiß einzubeziehen. Neben der Dezentralisation wäre die Einführung des mit Rayonierung verbundenen festen Kundenschaftsystems, bei welchem der Konsument den Kaufmann, bei dem er seinen Bedarf decken will, frei wählen kann. Dieser Kaufmann darf dann nur seinen festen Kundenkreis bedienen. Da das Publikum in diesem Falle weiß, daß sein Bedarf gesichert ist, hört das unleidliche Anstellen von selber auf. Bei den sogenannten Saisonartikeln würde sich das sogenannte Bestellsystem bewähren, welches die Uebernahme der einzelnen Waren auf gewisse Stunden beschränkt und das Anstellen auf ein Minimum reduzieren würde. Was sich anderwärts als gut erwiesen hat, muß auch in Budapest gelingen, wenn die Hauptstadt bereit ist, das bisherige System entsprechend abzuändern. Und das muß auch dann geschehen, wenn es mit größeren Schwierigkeiten und Opfern verbunden wäre. Das Referat erwähnt schließlich, daß dem Ernährungsamte in dieser Sache zahlreiche Vorschläge zugekommen sind, die mit Dank aufgenommen wurden, die einzige Art der Lösung wird aber in der Durchführung der Dezentralisation des Verschleißes erblickt.

José Vágó, leitender Sekretär der Handels- und Gewerbestammer, glaubt — zu der Sache sprechend — gewisse Bedenken äußern zu müssen und meint, daß ein System, das die freie Wahl des Kaufmannes dem Konsumenten überläßt, zur Favorisierung einzelner Geschäfte führen würde. Es müßte daher entweder im Ernährungsamte oder im Schoße der Kammer selbst eine Kommission tätig sein, die in einzelnen eklatanteren Fällen eine Entscheidung treffen könnte.

Der Vertreter des Landesverbandes der Konsumenten Dr. Szabolcsi weist auf Grund gesammelter Erfahrungen darauf hin, daß es zu diversen Anomalien kommen werde, und es frage sich, ob man genug Kaufleute finden werde, denen der Verschleiß der behörlichen Artikel übertragen werden kann. Als eines der Hauptübel des kommunalen Verschleißes weist Redner darauf hin, daß in den städtischen Verkaufsläden das Zurollen der Lebensmittel gerade in die Zeit des Verschleißes fällt, was wieder nur zu Stauungen und zum Anstellen führt.

Minister Graf Hadik sieht diese Fehler ein und meint, daß unberläßliche Kaufleute von der Beteiligung an dem Verschleiß ausgesperrt und öffentlich gebrandmarkt werden müssen. Die Misklánde beim Zurollen können durch das Zuführen zur Nachtzeit behoben werden.

Magistratsrat v. Fokusházy schickt voraus, daß der Magistrat seit Kriegsbeginn seine Pflicht voll erfüllt habe und auch jetzt vor keinem Opfer zurückzuehen, um die Lebensmittelversorgung tunlichst einheitlich zu gestalten; daß bisher nicht genug getrieben sei, finde seinen Grund darin, daß der Magistrat als Behörde die Verantwortung für so tief einschneidende Änderungen nicht übernehmen konnte.

Oberstadthauptmann Dr. Sándor skizzierte seine auf diesem Gebiete gemachten Erfahrungen, worauf Magistratsrat v. Fokusházy in einem längeren Vortrag diejenigen Gründe auseinandersetzte, die bisher das Anstellen verurrsacht haben. Auch er bezeichnet das mit Rayonierung verbundene System der freien Wahl als vorteilhaft, dabei muß aber dafür Sorge getragen werden, daß sämtliche Verschleißstellen gleichmäßig mit Lebensmitteln versehen werden. Bei der Rayonierung muß aber mit den Konsequenzen gerechnet werden, da es bei diesem System kein Zurück mehr gibt.

Staatssekretär Dr. Franz Deaay tritt ebenfalls für das Rayoniersystem ein, das um jeden Preis eingeführt werden müsse, dabei sei aber mit aller Energie dafür zu sorgen, daß alle Lebensmittel pünktlich zu dem Konsumenten gelangen. Das Publikum, das sich vor den Verschleißlokale anstellt und schließlich zu keiner Ware kommen kann, glaubt heute, daß

zwar Vorräte vorhanden, aber von der Behörde zurückgehalten worden seien. Dem muß ein Ende bereitet werden. Dasselbe hat Redner in Misklács als Bürgermeister eingeführt, und auf Grund der Konstriktionsbogen und der Stomtblätter der Kaufleute bekam dort jeder Kaufmann den Vorrat zugewiesen, der für seinen angemeldeten Kundenkreis nötig war. Bei gewissen wichtigen Lebensmitteln, die gegenwärtig nicht in genügender Menge vorhanden sind, wie Erbsen, Bohnen usw., müßte man die ärmeren Volksklassen bevorzugen, da die Besserbemittelten diesen Mangel durch andere, kostspieligere Lebensmittel ersetzen können. Aber auch in betreff des Mangels an Fuhrwerken würde die Dezentralisation Vorteile bieten, weil es der Großbetrieb gegenüber dem Kleinkaufmann leichter hat, den ihm zugewiesenen Vorrat etwa auf einem Handwagen zuzustreifen. Schließlich bemerkte der Staatssekretär, daß die Dezentralisation ohne einwandfreies Kartensystem und ohne gehörige Kontrolle nicht durchzuführen sei.

Nachdem noch mehrere Redner zur Sache gesprochen hatten, resümierte der vorsiehende Minister die vorgebrachten Vorschläge.

Es wird nun der Entwurf der einschlägigen Verordnungen angefertigt und mit den heutigen Teilnehmern an der Enquete nochmals durchberaten werden.

21. Rumschat über die Kriegswirtschaft.

In einer Versammlung des Mariahilfer christlich-sozialen Wählervereins, die am 17. d. unter Vorsitz des H. Schwaarz im Gasthause „Zur schönen Schäserin“ (VI., Gumpendorferstraße 101) stattfand, sprach Landesauschuss Rumschat über „Kriegswirtschaft“ und führte dabei n. a. aus:

Als der Krieg ausbrach und wir uns darüber klar wurden, daß der Ernährungsfrage eine überragende Rolle zufallen werde, da waren wir alle über die Notwendigkeit einer zentralen Bewirtschaftung und Erfassung der vorhandenen Lebensmittel einig. Zuerst wurde dieser Plan bei der Bewirtschaftung von Mehl und Brot in die Wirklichkeit umgesetzt und wir können sagen, daß wir alle die Gründung der Kriegsgetreideverkehrsankalt mit Freuden begrüßt haben, weil wir in ihr eine Gewähr für eine gediegene und kluge Durchführung unserer Mehl- und Brotversorgung erblickten. Es haben sich aber bei der Kriegsgetreideverkehrsankalt Mängel gezeigt, die sich sowohl bei der Verteilung als auch bei der Erfassung der vorhandenen Mengen Getreides äußern. Was die Verteilung betrifft, so ist es dem Großteile der Bevölkerung wohl nicht möglich, sich

ohne Karten Brot und Mehl

zu verschaffen, aber einzelnen, die es sich leisten können, für ein Kilogramm Mehl 10 und mehr Kronen zu zahlen, ist es dennoch sehr leicht, unbegrenzte Mengen zu erhalten. Der Polizei ist es bis jetzt noch nicht gelungen, den Schleichhandel in Mehl vollkommen zu beseitigen und so kommt es, daß einige, die mit Geld gesegnet sind — und es soll im Kriege jetzt sehr viele von diesen Leuten geben — Mehl im Ueberflusse besitzen, während vielerorts die Bevölkerung nicht einmal die ihr garantierte Menge bekommt. Wir in Wien dürfen uns darüber ja nicht beklagen, wir bekamen ja nahezu immer das zugesicherte Quantum, aber in anderen Städten ist es vorgekommen, daß monatlang nicht das volle Mehlquantum zur Ausgabe gelangte. Dieser Zustand ist unmoralisch. Denn man kann füglich verlangen, daß die Regierung nicht etwas verspricht, was sie nicht leisten kann. Die Kriegsgetreideverkehrsankalt hätte voriges Jahr erklären müssen, daß sie nicht imstande sei, die volle Quote abzugeben und daß sie aus diesem Grunde die Wochenmenge um einen Bruchteil heruntersetzen müsse. Ich habe dies im November vorigen Jahres auch im Ernährungsrate gefordert, als die Regierung in ihren Berechnungen das Fehlen von 2 Millionen Meterzentner Getreide zur vollen Deckung des Bedarfes auswies. Doch man hat sich um mein Verlangen nicht gekümmert. Ungleich schlechter stehen die Verhältnisse bei der

Ausbringung des Bedarfes.

Die Kriegsgetreideverkehrsankalt ist nicht imstande, die erforderlichen oder vorhandenen Mengen auszubringen. Die Lage hat sich heuer noch bedeutend verschlechtert. Seit einiger Zeit steht ein Antrag von mir im Ernährungsrate in Beratung, die Brotration zu erhöhen. (Lebhafte Zustimmung.) Sie dürfen sich aber durchaus nicht freuen, denn der Ernährungsminister erklärte, daß an eine Erhöhung der Brotration nicht zu denken sei, weil noch nicht für die gegenwärtige Quote der Bedarf vollkommen gesichert sei! Unsere eigene Ernte in Oesterreich sollte aber nach dem jährlichen Friedensergebnis allein imstande sein, für den Bedarf in ganz Oesterreich, so wie er durch die Kopfquoten festgelegt ist, auszukommen. Selbst wenn im Kriege die Produktion etwas zurückgegangen ist, so bleiben doch verschiedene andere Faktoren, die diesen Ausfall vielfach wettmachen. Erstens ist unser Mehl durch die verschiedensten Zutaten bedeutend gestreckt worden; die Ausmahlung ist von 40% bei Weizen, 42% bei Roggen in Friedenszeiten auf 93% gesiegen — jetzt waren es kurze Zeit 83% —, was allein schon eine Verdopplung der Mehlmenge ergibt. Ferner hat Ungarn die gesamte Versorgung des Heeres übernommen, wodurch Millionen von Menschen für die Verpflegung von Seite Oesterreichs entfallen. Und schließlich haben wir ja auch noch mit der Einfuhr aus Rumänien zu rechnen, die im vergangenen Jahre ungefähr 6 Millionen Meterzentner betragen hat und im heurigen Jahre auf über 15 Millionen Meterzentner steigen soll. Und trotz alledem sollten wir nicht imstande sein, unsere Brotration zu erhöhen, ja sogar fürchten müssen, daß sie, wenn uns Ungarn nichts liefert, heruntergesetzt wird? Wie kommt dies? Ich will nur ein Beispiel anführen, das vieles zu erklären vermag.

Das Kronland Böhmen,

das in Friedenszeiten täglich 50 bis 70 Waggons Getreide an die Alpenländer abgegeben hat, erklärte heuer, daß es außerstande sei, irgend etwas abzugeben, daß die Kriegsgetreideverkehrsankalt sich vielmehr glücklich schätzen müsse, wenn Böhmen kein Getreide anfordere! Sollte man dies für möglich halten? Böhmen hatte heuer, abgesehen von einigen Gegenden in Mittelböhmen, gewiß keine schlechte Ernte. Die schwerste Anklage gegen die Kriegsgetreideverkehrsankalt wäre es, wenn sie nicht fähig wäre, hier Ordnung zu schaffen. (Stürmische Zustimmung.)

Der Redner wendete sich sodann der

Kartoffelversorgung

zu und bemerkte, daß alle Maßnahmen der Regierung es so weit gebracht hätten, daß die Gemeinde Wien heuer noch kein Kilogramm Kartoffeln in Vorrat besitze, während doch voriges Jahr um dieselbe Jahreszeit bereits tausende Waggons eingelagert gewesen seien. Ein schnell eintretender Frost könne die größte Katastrophe herbeiführen. Es sei hoch an der Zeit, hier energisch Wandel zu schaffen. Der Erfolg aller „Zentralen“ war, daß sie einen Mangel des von ihnen bewirtschafteten Artikels mit sich brachten, sei es nun die Baumwolle, die Leinen, die Fett, die Leder oder irgend eine andere Zentrale gewesen: Ueberall trat die Tätigkeit der Zentrale durch ein gänzlich Verschwinden des betreffenden Bedarfsgegenstandes in Erscheinung.

Schließlich besprach der Redner

unser Verhältnis zu Ungarn

und führte aus: Ungarns Verhalten hat uns auf zweierlei Weise schwer geschadet, Erstens: indem es den Wucher förderte und zweitens, indem es unsere Preisbildung äußerst ungünstig beeinflusste. Weil in Ungarn höhere Preise sind, als bei uns, trachteten alle Händler ihre Ware als ungarische Ware an den Mann zu bringen, bei den Rirschen wie bei den Kleidern und den übrigen Bedarfsartikeln. So ließen sich die Obsthändler in Ungarn Zertifikate ausstellen, in denen sie durch Besetzung bestätigt erhielten, da sie so und so viele tausend Kilogramm Rirschen in Ungarn eingekauft hätten, obwohl sie nie ein Kilogramm von dort bezogen haben, und dann auf Grund dieses Zertifikates die österreichische Ware bei uns teuer verkauften. In der letzten Zeit sind ganze Waggonladungen mit Kleidern und Stoffen nach Ungarn gerollt, wo wir sie wieder mit Wucherpreisen zurückkaufen müssen! Wien ist immer auf die ungarische Zufuhr angewiesen gewesen und deshalb auch gezwungen, seine Preise den ungarischen anzupassen. Die Fleischpreise in

Wien sind deshalb bedeutend höher als sonst in Oesterreich. Man ist an die ungarische Regierung mit der Bitte herantreten, einen Abbau der Preise durchzuführen. Ungarn hat dies nicht getan. Neuestens liefert uns Ungarn keine Schweine mehr, sondern Fett, kein Fleisch, sondern Würste, keine Gerste, sondern Bier, kein Getreide, sondern Mehl, kurz, statt der Naturprodukte bereits Halbfabrikate, um auf diese Weise zugleich seine Landwirtschaft und seine Industrie mit unserem Gelde zu stärken. Dadurch hat sich Ungarn während des Krieges ungeheuer bereichert und uns bleibt nichts als die Not und ein trauriger Ausblick in die Zukunft...

§ (Kriegsprodukten-A.-G.) Gegenüber der Mittheilung eines Abendblattes ersucht uns die Direktion der Kriegsprodukten-A.-G. zu konstatiren, daß die Firmen Kálnokh u. Simon, Samuel Fleischl und Adler, Gabl u. Komp. mit Wissen und über Beträugung der Kriegsprodukten-A.-G. im Vorjahre Brauergewerläufe im Rahmen jenes Kontingents vornahmen, welches die ungarische Regierung zur Versorgung der Brauereien im Verordnungswege festgesetzt hat. Bei den in Rede stehenden Einkäufen kann von einer Umgehung der Kriegsprodukten-A.-G. keine Rede sein, auch nicht davon, daß die betreffenden Kommissionäre die Maximalpreise überschritten hätten. Die über die Maximalpreise bewilligten Entschädigungen dienen zur Deckung solcher Spesen, welche bei der speziellen Anschaffung und Manipulation der Brauergeste gewöhnlich entstehen und den Gegenwerth solcher Dienste bilden, zu welchen der Verkäufer im Sinne der Verordnung über die Höchstpreise nicht verpflichtet ist. Das vom Balassagyarmater Oberstuhlrichter eingeleitete Verfahren ist übrigens noch nicht abgeschlossen, da die Angelegenheit demnächst zur Entscheidung vor den Minister des Innern gelangt. Die Kriegsprodukten-A.-G. hat unterdeß dem das Landes-Ernährungsamt leitenden Minister Bericht erstattet, wonach bei den in Rede stehenden Käufen mit Rücksicht darauf, daß diese im Auftrage der Kriegsprodukten-A.-G. im Rahmen des durch die Regierung für die Brauereien festgesetzten Kontingents erfolgte, eine Uebertretung nicht vorwalten könne. Uebrigens ist die Frage durch den §. 35 der Regierungsverordnung 2638 über die diesjährige Maximalisierung der Getreidesorten bereits instaurativ geregelt, indem festgestellt wird, daß die Wirksamkeit der Verordnung sich nicht auf jene Gebühren und Entschädigungen bezieht, welche die Kriegsprodukten-A.-G. dem Verkäufer der Waare in dem Falle zahlt, wenn sie vom Verkäufer Dienstleistungen in Anspruch nimmt, welche über die in der Verordnung umschriebenen regelmäßigen Verpflichtungen hinausgehen.

180

Das Kettenstehen.

Enquete im Ernährungsamte.

Im Landes-Ernährungsamte fand heute Vormittag die von uns angekündigte Enquete über das Anstellen beim Einkauf von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln statt. Der Verhandlung, in der der Ernährungsminister Graf Hadik den Vorsitz hatte, wohnten Vertreter der Ministerien, des Magistrats der Stadt Budapest, sowie Delegirte der Kaufmannschaft und der Konsumenten bei.

Minister Graf Hadik eröffnete die Enquete mit einer Ansprache, in der er darauf hinwies, daß das Kettenstehen in Budapest unbedingt beseitigt werden müsse. Das sogenannte Straßburger System (wir haben es vor einiger Zeit eingehend geschildert), das von einigen ungarischen Provinzialstädten übernommen wurde, habe glänzende Resultate gezeitigt.

Sektionsrath Rudolf Tempie erstattete das Referat. Das Ernährungsamt bezweckt mit der Einberufung der Enquete, Richtlinien für die Lösung des Problems der Abschaffung des Anstellens festzusetzen. Die Vertheilung von Mehl, Brot und Zucker hat bewiesen, daß es möglich ist, das Anstellen um Lebensmittel zu vermeiden. Das Uebel kann nur durch die Decentralisation des Verschleißes behoben werden. Es ist kaum denkbar, daß in den 170 kommunalen Verkaufsbuden ein Verkehrsglück abgewickelt werde, der in Friedenszeiten Tausenden von Kaufleuten zufiel. Neben der Decentralisation wäre die Einführung des mit Rahonnirung verbundenen festen Kundenschaftssystems zu empfehlen. Der Kaufmann kann nur seinen festen Kundenkreis bedienen. Da das Publikum in diesem Falle weiß, daß sein Bedarf gedeckt ist, hört das Anstellen auf.

Der Vertreter des Landesverbandes der Konsumenten Dr. Szabolcsi schlägt die Rahonnirung mit Bezugsscheinen vor, die fortlaufende Nummern haben, und fordert die Decentralisirung des Verschleißes.

Oberstadthauptmann Ladislaus Sándor beschwert sich über jene Kaufleute, die ihre Vorräthe verstecken und dem Konsum entziehen. Die Kaufmannschaft stehe nicht auf der Höhe ihres Berufs.

Minister Graf Hadik empfiehlt zur Hintanhaltung von Mißbräuchen die Veröffentlichung solcher Fälle, da die gewissenlosen Kaufleute nichts so sehr scheuen als die Oeffentlichkeit. Die Waaren werden in der Regel deshalb versteckt, damit sie theurer nach Oesterreich verkauft werden.

Der Generalsekretär der Handels- und Gewerbekammer, Joseph Vágó, protestirt dagegen, daß man die Kaufmannschaft im Allgemeinen verdächtigt.

Magistratsrath Ludwig Fokuszázy nimmt die Kaufmannschaft in Schutz und meint, wenn die Mehrheit der Kaufleute nicht anständig wäre, wäre das ganze System der Volksernährung schon zusammengebrochen. Er empfiehlt nebst der Rahonnirung die Decentralisation. Die Verkaufsstellen sind mit genügend Waaren zu versehen. Größere Unternehmungen und Institute wären zu verpflichten, den Einkauf der Waaren und deren Vertheilung selbst zu besorgen. Er fordert ferner eine Unterstützung seitens der Regierung durch Beistellung von Fuhrmitteln und militärischen Arbeitskräften und schließlich ein kaufmännisches Forum, welches über die Kaufleute eine Disziplinargewalt ausübt.

Der Plan des Staatssekretärs Dr. Franz Ragy.

Hierauf hielt Staatssekretär Dr. Franz Ragy eine großangelegte Rede über die Verbesserung der Approvisionierungszustände in Budapest. Er tritt für das Rahonssystem ein, das um jeden Preis eingeführt werden muß, dabei sei aber mit aller Energie dafür zu sorgen, daß alle Lebensmittel pünktlich zu den Konsumenten gelangen. Das Publikum, das sich vor den Verschleißlokalen anstellt und schließlich zu keiner Waare gelangt, glaubt heute, daß zwar Vorräthe vorhanden sind, aber von der Behörde zurückgehalten werden. Dem muß ein Ende bereitet werden. Jeder Haushalt ist an einen bestimmten Kaufmann zu binden, bei dem alle Lebensmittel zu beschaffen sind. Die Kaufleute haben Kundenlisten anzulegen, auf Grund derselben hat der Kaufmann den Vorrath zuzuweisen, den er für seinen angemeldeten Kundenkreis nöthig hat. Bei gewissen wichtigen Lebensmitteln, die gegenwärtig nicht in genügender Menge vorhanden sind, wie Erbsen, Bohnen usw., müßte man die ärmere Bevölkerung bevorzugen und die Besserbemittelten von deren Bezug ausschließen. Für die arme und bemittelte Bevölkerung sind verschiedenfarbige Karten auszugeben und die nothleidenden Schichten in erster Reihe mit Nahrungsmitteln zu versehen. Die Decentralisation ist nur unter gehöriger Kontrolle durchzuführen.

Polytechnikumsprofessor Hoór-Tempis erregt den Mangel an Obst und Gemüse. Im Komitat Kassa-Győrénth ist in diesem Jahre die ganze Zwetschen-ernte am Baume verfault. Die Vertheilung der Waaren könnte in Budapest während der Nacht durch elektrische Wagen besorgt werden.

Magistratsrath Dr. Eugen Berzei stellt fest, daß gestern Budapest ohne Kartoffeln gestanden ist. (Wir haben dies bereits gemeldet.) Das Ernährungsamt möge 300 Waggon Kartoffeln der Hauptstadt als Reservenvorrath anweisen.

Staatssekretär Dr. Ragy meint, daß an dem Kartoffelmangel die Hauptstadt die Schuld trage. Die Ursache dafür ist darin zu suchen, daß die Hauptstadt eigenmächtig die Kartoffel-Wochenquote von ein auf zwei Kilogramm erhöht hat.

Der Sekretär des Landes-Agrikulturvereins Alexander Katona übt daran Kritik, daß die Hauptstadt Kartoffeln, die sie für 22 Heller kauft, um 44 Heller das Kilogramm weitergibt. — Magistratsrath Dr. Berzei: Nur um 40 Heller verkaufen wir die Kartoffeln. Unsere Jahresregie beträgt 1 Million Kronen. — Sekretär Katona: Bei der Hauptstadt verderben die Kartoffeln und das Gemüse. — Magistratsrath Dr. Berzei: Bei uns verderbt nichts. Unser Gemüsebetrieb wird von Fachmännern geleitet. Uebrigens könnte auch nichts verderben, da wir keine Vorräthe haben.

Nachdem noch mehrere Redner zur Sache gesprochen hatten, resümirte Minister Graf Hadik die vorgebrachten Vorschläge. Es wird nun ein Entwurf der einschlägigen Verordnungen angefertigt und dieser mit den heutiggen Theilnehmern der Enquete durchberathen werden.

Berathungen über die Kohlenvertheilung in Budapest.

Aus Wien telegraphirt man: Der Minister für öffentliche Arbeiten Ritter v. Soman hat sich heute Abends in Begleitung des Oberberggraths v. Udermann und des Berggraths Klotz zu den Verhandlungen der österreichischen und der ungarischen Regierungen mit dem deutschen Reichskommissär für Kohlenvertheilung nach Budapest begeben.

Das Panama der ungarischen Kriegsgetreideverkehrsanstalt.

Wie die Anstalt ihren Vizepräsidenten schützt.
— Die Getreidezentrale verwahrt unabhängige
Gerichte.

(Eigenbericht der „Reichspost“.)

Budapest, 20. Oktober. (Privat.)

Die in der „Reichspost“ gemeldete unerhörte Korruptionsaffäre der „Ungarischen Kriegsgetreideverkehrsanstalt“ zieht weitere Kreise. Bekanntlich haben die Balassagyarmater zuständigen Gerichte die schuldigen Preistreiber: Ralnofi und Simon, Fleisch & Co., Adler, Hudl und Genossen und die Erste Ungarische Bierbrauerei A.-G. sehr glimpflich, aber immerhin verurteilt.

Nun wird das Unerhörte bekannt: Der Generaldirektor der Kriegsgetreideverkehrsanstalt ging in der besorgten Verzweiflung den Vizepräsidenten der Anstalt und Vizepräsidenten der Budapester Produktenbörse Jakob Simon um jeden Preis zu schützen oder zu retten, so weit, einen Kriegsgetreideverkehrs-„amtlichen“ Verweis an die zwei Balassagyarmater unabhängigen Gerichtsstellen zu richten, in welchem es

u. a. heißt: „Die erlassenen Urteile entsprechen zwar dem Buchstaben des Gesetzes, aber sie widersprechen dem Geiste (!) jener Verordnung, welche das Recht der Ueberwachung des gesamten Getreideverkehrs in Ungarn ausschließlich der Kriegsgetreideverkehrsanstalt zugestehen.“

Man halte sich nun den Sachverhalt ganz klar vor Augen: Der Vizepräsident der zur gerechten Verteilung und Bewirtschaftung der gesamten Ernte Ungarns ins Leben gerufenen Kriegsgetreideverkehrsanstalt begeht das Verbrechen, ganze Waggonladungen Brot- und Brotstreckungsgetreide dem Verbrauch der Bevölkerung zu entziehen. Er übertreibt die Höchstpreise um ein beträchtliches und führt das Getreide der wuchertreibenden Bierindustrie und der Spekulation zu. Ein ehrenhafter Kommissär der Kriegsgetreideverkehrsanstalt ertappt nebst anderen auch den Vizepräsidenten dieser Anstalt bei diesem verbrecherischen Treiben. Die Sache kommt vors Gericht und die ganze Gesellschaft wird zwar sanft, aber immerhin verurteilt. Daß kein Mensch anfänglich von diesem Urteile erfuhr, dafür sorgten die „Verbindungen“. Die Sache kommt trotzdem ans Tageslicht und da spricht der Generaldirektor der Kriegsgetreideverkehrsanstalt in einem Ukas an diese selbst, den ungarischen Gerichten das Recht ab, ein Urteil zu fällen! Diese unerhörte Tatsache beleuchtet die Verhältnisse im ungarischen Kriegsgetreidehandel mit Blitzeshelle, sie erfordert es aber auch, daß alle in Betracht kommenden Stellen dieser Angelegenheit nunmehr endlich ihr vollstes Augenmerk zuwenden. Die Angelegenheit ist keine bloße Korruptionsaffäre von lokalem Kolorit mehr, denn sie zeigt, wie bedroht das wirtschaftliche Durchhalten der Monarchie überhaupt ist. Der Vizepräsident der ungarischen Kriegsgetreideverkehrsanstalt ist als Preistreiber verurteilt worden und der Generaldirektor derselben Anstalt rügt dafür die Gerichte. Diese Tatsache muß bei ihrer Bedeutung in beiden Parlamenten der Monarchie schleunigst zur Sprache gebracht werden...

Es fällt hier auf, daß die gesamte sonst aus Ungarn so gut bediente Wiener Judenpresse ihre Leser von dieser Skandalaffäre nichts wissen läßt. Das ist auch vieljagend.

Eine Zusammenstellung der Höchstpreise für Bedarfsgegenstände.

Unter dem Titel: „Die behördlich festgesetzten Preise für Bedarfsgegenstände in Oesterreich“ ist im Selbstverlag der Zentral-Preisprüfungskommission in Wien das erste Heft einer von der genannten Behörde vorgenommenen Zusammenstellung erschienen. Sie enthält alle von den Zentralstellen oder den politischen Landesbehörden erlassenen Höchstpreise, Uebernahmepreise oder vereinbarten Verkaufspreise, dann von der Zentral-Preisprüfungskommission und den Preisprüfungsstellen bestimmte Richtpreise und endlich Kleinhandelshöchstpreise auf Grund der Gewerbeordnung.

Preisfestsetzung für Malzkeime.

Durch eine heute zur Verlautbarung gelangende Verordnung des Amtes für Volksernährung betreffend die Regelung des Absatzes von Malzkeimen zur Versorgung der Brauereindustrie wird der Preis für die vom Kriegswirtschaftsverbande der Brauereindustrie zu erlaufenden Malzkeime, und zwar für solche Malzkeime, die den Brauereien bei der Vermälzung der ihnen von der Brauerezentrale zugewiesenen Gerstemengen anfallen, mit 50 Kronen, für solche Malzkeime, die in Handelsmälzereien bei Vermälzung der ihnen von der Malzzentrale zugewiesenen Gerstemenge anfallen, mit 45 Kronen festgesetzt. Die Festsetzung verschiedener Preise für Malzkeime erwies sich deshalb als notwendig, weil für die Gerste, die zur Erzeugung von Braumalz zugewiesen wird, und für Gerste, die bei der Erzeugung von Malzstuppe Verwendung findet, verschiedene Preise festgesetzt sind.

Ein Wirtschaftsverband der Universitätshörer.

Wir erhalten folgenden Anruf mit der Bitte um Veröffentlichung: „Unsere täglich wachsende wirtschaftliche Not bei Beschaffung von Nahrungsmitteln, Bekleidung und Studienbehelfen, in deren Bekämpfung jeder von uns seine besten Kräfte aufreißt, zwingt uns, uns zu gegenseitiger Hilfe zu vereinen, um durch die Macht der Organisation das zu erreichen, wozu der einzelne zu schwach ist. Euch den Weg zu weisen, euch zu zeigen, was wir durch Organisation schon erreichen konnten und in nächster Zeit werden erreichen können, ladet der vorbereitende Ausschuss des Wirtschaftsverbandes der Universitätshörer alle Hochschüler zu einer Versammlung am Samstag den 20. d. um 5 Uhr nachmittags im großen Hörsaale des anatomischen Institutes, 9. Bezirk, Währingerstraße Nr. 13, ein; dort wird Kollege Walter Hecht über Wesen und Wert des Wirtschaftsverbandes der Hochschüler referieren. Von euch, eurer Zahl und eurem Interesse hängt es ab, ob der Wirtschaftsverband gegründet wird oder nicht, d. h. ob euch eure wirtschaftlichen Sorgen erleichtert werden oder nicht. Kollegen und Kolleginnen! Jeden von euch geht dies in gleicher Weise an; von jedem von euch hängt die Gründung des Verbandes ab. Für den vorbereitenden Ausschuss: Wilhelm Ritter v. Arming, Obmann; Dr. A. Loebel, Schriftführer.“

Ernährungsfragen.

Weihnachtskarpfen in Aussicht. — 800 Gramm Zucker den Monat. — Neue Milchverordnung.

Im Kriegsernährungsamt fand gestern Nachmittag mit Vertretern der Presse eine Aussprache über Ernährungsfragen statt.

Der Reichskommissar für Fischversorgung, Assessor v. Flügge schilderte die Ursachen der verminderten Einfuhr aus dem neutralen Ausland; im wesentlichen sind wir auf den heimischen Fang angewiesen. Man darf nicht vergessen, daß Fische bei der Deckung des Nahrungsbedarfes eine größere Rolle als zur Friedenszeit spielen. Da es in der kalten Jahreszeit nicht möglich ist, den Bedarf an Fischen einigermaßen zu befriedigen, so sollen Muscheln (auch holländische) in größerer Menge auf den Markt gebracht werden, aber vorwiegend im frischen Zustande, nicht als Halbfabrikate oder Konserven. Infolge des Mangels an Futtermitteln sind die Erträge an Karpfen und Schleien zurückgegangen. Aber man hofft doch, daß eine ganze Zahl von Berlinern zu ihrem Weihnachtskarpfen kommen werden.

Weit aussichtsreicher steht es mit der Zuckerversorgung, über die Landrat Henrici berichtete. Die neuen Zuckerordnungen, die heute oder morgen veröffentlicht werden, bringen kaum wesentlich Neues. Man darf sicher damit rechnen, daß auch künftig 800 Gramm monatlich auf den Kopf der Bevölkerung kommen werden. Wenn auch die Anbaufläche für Rüben etwas zurückgegangen ist, so war die Ernte doch gut, und die Rüben zuckerreicher. Man darf hoffen, die bisherige Zuckerrate innehalten zu können, obwohl für Marmelade und Kunsthonig — wegen Mangels an unseren Brotaufstrichmitteln — größere Mengen Zucker gebraucht werden. Da der Rübenpreis von 150 Mk. auf 250 Mk. gestiegen ist, so mußte auch der Preis für den Verbrauchszucker erhöht werden, und zwar von 28 auf 36 Mk. auf Basis Magdeburg. Trotzdem soll der Kleinhandelspreis sich höchstens um 10 Pfg. erhöhen. Man wird den Preis des Zentners von diesem Zucker mit Hilfe des Frachtausgleichs auf 30 Mk. senken. Die Gemeinden können dann den Zucker für 38—40 Pfg. das Pfund an die Verbraucher abgeben. Bindende Vorschriften für die Kleinhandelspreise wird das Kriegsernährungsamt nicht erlassen.

Geheimrat Roth, der Leiter der Reichsstelle für Speisefette, suchte zu erklären, woher die Schwankungen in den Butterraten kommen. Er versicherte, daß der Reichsstelle für Fett von einer Verkürzung der Butterraten zugunsten der Marmelade nichts bekannt sei. Leider sei infolge des Futtermangels der Milch-ertrag zurückgegangen. Die Milchlieferung für Berlin werde verbessert werden; doch eine solche Umstellung lasse sich nicht von heute auf morgen durchführen. Es werde dafür gesorgt werden, daß die Vollmilch denen bleibe, die sie am nötigsten brauchen. Dem soll auch die neue Milchverordnung, deren Veröffentlichung wohl nicht allzu lange auf sich warten lassen wird, dienen. In ihr wird der Grundsatz, daß Vollmilch vor Butter geht, aufgestellt. Um die Vollmilch ganz zu erfassen, wird sie jetzt auch für die Selbstverfoger rationiert werden. Man wird genau bestimmen, was für den menschlichen Bedarf und für die Verfütterung ans Vieh (Kälberaufzucht) abzugeben ist. Abgabe von Vollmilch darf überall nur gegen Karte (in ganz kleinen Orten gegen Liste) erfolgen. Auch auf Ziegen- und Schafmilch wird sich die Verordnung erstrecken. Gleichzeitig soll ein bestimmtes Preisverhältnis zwischen Ziegen- und Kuhmilch festgesetzt werden.

21. IX. 1918

195

[Der ungelegliche Rucksack.] Auch der bescheidene graugrüne Rucksack ist, wie so manches andre, im Laufe des Krieges zu ungewöhnlicher Bedeutung gelangt. Früher war er ein harmloser Bestandteil der touristischen Ausstattung, heute ist er ein wichtiges und unentbehrliches Requisite des täglichen Lebens. Für den Soldaten an der Front genau so wie für diejenigen, die im Hinterland den täglich sich erneuernden und verschärfenden Kampf ums Dasein führen, der längst ein ausschließlicher Kampf ums Sein geworden ist. In den Straßen, die zu den Bahnhöfen führen, oder in der Gegend der Ungaribrücke, wo die Züge aus dem Marchfeldgebiet ankommen, sieht man immer ganze Scharen von Rucksackträgern, Frauen, Männer, junge Burschen, sehr häufig auch Kinder, die, schwer beladen, von einer geglückten Erdäpfelexpedition kommen. Ihre abgeplagten Mienen sind froh, zugleich aber immer ein bißchen scheu und ängstlich, denn die Rucksackträger wissen, daß sie eigentlich auf verbotenen Wegen wandeln und dem scharfen Auge und der schweren Hand des Gesetzes nur mit Mühe und List entronnen sind. Diese Rucksackträger machen zwar keineswegs den Eindruck von Menschen, die gegen die Gesetze freveln, sondern eher den von braven kleinen Leuten, die sich recht und schlecht durchsetzen. Aber der Eindruck täuscht offenbar und in dieser verordnungreichen Zeit, in der es leichter ist, ein zuwiderhandelnder, als ein gesättigter Staatsbürger zu sein, wird eben auch der Versuch, seinen Hunger zu stillen, unversehens zum Vergehen und zur Schuld. Worin besteht eigentlich das Vergehen dieser Rucksackträger? Darin, daß sie bei stundenlangen Anstellens überdrüssig sind, daß sie kein Zutragen mehr zu den papierenen Versprechungen der Lebensmittelkarten haben und sich deshalb auf eigene Rechnung und Gefahr selbst mit Lebensmitteln versorgen wollen. Die Gefahr ist hier ganz wörtlich zu nehmen, denn auf Grund einer eigenen Rucksackverordnung sind gegen diese kleinen Selbstversorger Maßnahmen getroffen worden. Ein Aufgebot von Finanzwache und Gendarmerie hat seit Wochen alle Hände voll zu tun, den Staat gegen die Rucksackfreveler zu verteidigen. Dies ist mit einem Albereifer und einer Energie besorgt worden, die nicht nur die Grenzen der Verzehrungssteuer, sondern wiederholt auch die der Menschlichkeit überschritten hat. . . . Davon hat man sich in der letzten Woche schon manches erzählt, und nun ist endlich auch im Gemeinderat davon laut, sehr laut und sehr entriistet gesprochen worden. Der Bürgermeister hat, sekundiert von einem erbitterten Chor von Gemeinderäten aller Parteien, kräftig gegen die Rucksackverordnung und die Artanden Durchsuchungen und Beschlagnahmungen protestiert. Jetzt bleibt abzuwarten, wie die Antwort ausfallen wird: ob man an dem Prinzip der verbotenen Selbstversorgung unerbittlich festhalten oder gegen den Rucksack etwas duldsamer und humaner sein wird; gegen diesen bescheidenen und geduldbigen graugrünen Rucksack, der in den drei Jahren genug mitgemacht und geleistet hat. . . .

21. X. 1917

197

Abgabe von Speiseessig.

Ueber Einschreiten der Gemeinde Wien beim Amte für Volksernährung hat das Kriegsministerium eine größere Menge reiner Essigsäure für den Zivilverbrauch freigegeben, welche zu 2 $\frac{1}{2}$ %igem Speiseessig verarbeitet wurde. Das Amt für Volksernährung hat verfügt, daß der für Wien bestimmte Speiseessig in der Weise zu verteilen ist, daß jeder Haushalt vorläufig $\frac{1}{2}$ Liter bei jener Stelle zu erhalten hat, bei welcher er mit seinem Mehlbezuge rationiert ist. Jene Haushaltungen, die bei den städtischen Mehlabgabestellen das Mehl beziehen, können den ihnen zukommenden Essig vom Mittwoch, den 24. Oktober, an bei ihrer zuständigen Mehlabgabestelle gegen Vorweisung des amtlichen Einkaufsscheines und Abtrennung des Abschnittes 33 beziehen. Der Abgabepreis wurde mit 13 Heller für den halben Liter festgesetzt.

Der Abend
22./X. 1917

22
198

Für die Schnapszeuger, aber nicht für die Volkskaffeehäuser.

Man weiß, welcher Mangel an Saccharin gegenwärtig herrscht, weiß auch, daß dieser unentbehrliche Süßstoff nicht einmal in den Apotheken zu haben ist. Nicht einmal Kaffeehäuser und die von der ärmeren Bevölkerung aufgesuchten Kaffeeschänken verfügen über eine Menge, die ausreicht, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Die Kaffeeschänker lausen sich die Füße ab, ohne ihren Saccharinbedarf zu erhalten und die Verteilungsstellen, beispielsweise die Firma G. Sell & Co., Welferstorferstraße, haben auf alle Bitten und Beschwerden keine andere Antwort als: „Es ist nichts da, für die Kaffeehäuser haben wir nicht genügend Saccharin!“

Wohl aber wird, wie wir hinzufügen können und wie uns die Verteilungsstellen ganz offen bestätigen, die Ungeheuerlichkeit begangen, daß zur selben Zeit an die Herren Schnaps- und Likörfabrikanten die volle Menge Saccharin ausgegeben wird, und zwar das ungefügte Monatsquantum! Der Skandal, daß Volkskaffeehäuser nicht genügend, die Schnapszeuger jedoch die volle angeforderte Menge erhalten, hat selbstverständlich zu Vorstellungen bei der Finanzbezirksdirektion geführt, die jedoch eine schriftliche Beschwerde dieses Inhalts unbeantwortet zurückgewiesen hat. Auf mündliche Beschwerden antworten die Beamten mit der Bemerkung: „Da kann man nichts machen!“

Was man aber sonst in der Süßstoff-Frage alles machen kann, wenn guter, sagen wir guter Wille vorhanden ist, das beweist die unglaubliche, aber wahre Tatsache, daß eine Leisener Likörfabrik (wir bemerken vorweg, daß es sich nicht um die Firma M. Fasal handelt) regelmäßig sechzig Meterzentner Zucker für den Monat zugewiesen erhält! Dies in einer Zeit, da für die Bevölkerung nicht genügend Zucker vorhanden ist und die monatliche Kopfquote von 1 Kilogramm auf $\frac{3}{4}$ Kilogramm herabgesetzt werden soll . . .

Um der unzulänglichen Saccharinerzeugung aufzuhelfen, wird jetzt in Oberberg eine ausgiebige Vergrößerung der bestehenden Fabrikanlagen vorgenommen. Es ist überaus bezeichnend, daß dieses große Unternehmen — unter der Firma „Oberberger Chemische Werke A. G.“ — wieder dem Finanzkapital, nämlich der Union-Bank, überantwortet wird.

23./X. 1917

199

Ernährungsforgen in England.

England nähert sich in seiner Volksernährung mit raschen Schritten dem Zustande, wie ihn uns der britische Absperrungskrieg zugebracht hat. Der Unterschied ist nur der, daß sich der Niedergang der englischen Volksernährung in steilem Absturz vollziehen wird, da den britischen Inseln die breite Grundlage der eigenen Landwirtschaft und Erzeugung fehlt, über die wir erfreulicherweise verfügen. Die letzten englischen Blättermeldungen lassen erkennen, daß man dort immer mehr die Gefährlichkeit dieser Lage einsieht. Insbesondere sieht der englische Landwirtschaftsminister Brothero die Lage der englischen Lebensmittelversorgung keineswegs als so verheißungsvoll und sicher an, wie die Regierung es augenblicklich aus politischen Gründen für zweckmäßig hält, der Öffentlichkeit gegenüber anzunehmen und hinzustellen. Die Futtermittelknappheit wird in England immer drohender, und damit kommt die englische Milch- und Fleischversorgung in Gefahr.

Genau wie bei uns wird jetzt in der englischen Presse die Frage: Mensch oder Vieh? aufgestellt und über die Lösung der Aufgabe gestritten, alle irgendwie für die menschliche Ernährung verwertbaren landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht zu verfüttern. In dieser Hinsicht hat ein Aufruf

des Professors F. B. Wood in der englischen Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt, worin er nachweist, daß England jetzt nicht mehr in der Lage sei, die Hälfte der ihm insgesamt zur Verfügung stehenden Getreidemengen in Höhe von 9 1/2 Mill. Tonnen zur Viehfütterung zu verwenden. Die Körnerfütterung müsse daher eingeschränkt oder ganz eingestellt werden. Nur Arbeitspferde und Milchkühe seien noch damit zu füttern. Nötigenfalls müsse auf die Mast verzichtet oder sogar der Viehbestand entsprechend den geringeren Futtermittelmengen vermindert werden. Professor Wood rechnet aus, daß auf diese Weise 3 Mill. To. Körner dem Vieh entzogen und der menschlichen Ernährung dienlich gemacht werden können. Auch hier spielt die für England entscheidende Schiffsraumfrage hinein, und es ist bemerkenswert, daß der genannte Fachmann empfiehlt, Schiffsraum dadurch zu sparen, daß man fertiges Fleisch statt der Futtermittel zur Erzeugung einheimischer Fleischvorräte einführt.

Der Rucksackverkehr.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses brachten die Abgeordneten Dr. Terzabeit, Mataja und Genossen an den Ernährungsminister General Höfer eine Anfrage über die Lebensmittelversorgung der Städte in kleinen Mengen ein. Es wird darauf verwiesen, daß die ländlichen Produzenten infolge des Mangels an Arbeitskräften und Transportmitteln die Lebensmittel nicht auf die Märkte bringen können, infolgedessen die Städter die Bauern ihrer Umgebung aufsuchen und selbst die Lebensmittel unter größten Schwierigkeiten in die Stadt zu schleppen suchen. Die Verwirklichung dieser Absicht steht bekanntlich auf dem Widerstand zahlreicher staatlicher Organe, und es entwickelt sich eine förmliche Jagd auf die Rucksäcke, das Reisegepäck usw. Die Anfrage schildert dann die vielerlei Unzulänglichkeiten und Drangsalierungen, die sich dabei ereignen, und in der Bevölkerung eine erregte Stimmung hervorgerufen haben, um so mehr, als der Verdacht besteht, daß die konfiszierten Lebensmittel mißbräuchlich verwendet werden, insbesondere verderbliche Artikel, wie Milch, Eier usw. Ohne einem schrankenlosen Verkehr das Wort zu reden, verlangen die Interpellanten die Erlaubnis für die Städter, kleine Mengen Lebensmittel beim Produzenten direkt einzukaufen, und sie fragen den Minister, ob er verfügen wolle, daß die sinnlose und aufreizende Jagd von Gendarmen, Sicherheitsorganen und Finanzwachorganen auf Städter, welche in ihrem Reisegepäck geringe Mengen Lebensmittel transportieren, und die Beschlagnahme dieser Lebensmittel sofort eingestellt werde.

23. I. 1918

201

Der Ernährungsrat.

Wichtige Fragen unserer Ernährungswirtschaft.

Der zweite Verhandlungstag des Ernährungsrates brachte eine Fülle von Anträgen, die nach vielfältiger Beratung zur Annahme gelangten. Im Laufe der lebhaften Debatte wurden die wichtigsten Fragen unserer Ernährungswirtschaft besprochen, ihre Behandlung beurteilt oder ihre neuartige Lösung versucht.

Feststellung eines Wirtschaftsplanes.

In erster Stelle stand der Bericht des Landesauschusses vom Sonntag zur Beratung, der die Feststellung eines Wirtschaftsplanes für die Versorgung mit Getreide, Kartoffeln und sonstigen für die menschliche Ernährung dienenden Bodenprodukten, mit Futtermitteln und mit Vieh und mit tierischen Produkten betraf. Zur Aufstellung des Wirtschaftsplanes sollen dem Antrag gemäß genaue Erhebungen stattfinden, deren Ergebnisse von einem zehngliedrigen Komitee zu einem generellen Versorgungsplan verarbeitet werden sollen.

Vorsorge für Speisefett, Futtermittel- und Mahlprodukte.

Bei Verhandlung des Wirtschaftsplanes stellte Dr. Lausche drei Zusatzanträge folgenden Inhalts: Das Volksernährungsamt wird dringend aufgefordert, sich mit allem Nachdruck dafür einzusetzen, daß von der Regierung aus den ungarischen, serbischen und rumänischen Beständen 10 Millionen Meterzentner Mais aus Staatsmitteln angekauft und der Bewirtschaftung in Oesterreich zugeführt werden, damit dieser gesamte Mais entkeimt, aus den Keimen Del und Oelkuchen und aus dem entkeimten Korn Mahlprodukte gewonnen werden. Allein durch diese Maßnahme kann der drohenden Not an Speisefett, Futtermitteln und Mahlprodukten begegnet werden. Die einschlägigen Vorschriften über den Verkehr und Verbrauch von Fett sind dahin zu ergänzen, daß ausschließlich dem von der Regierung errichteten Kriegsverband der Oel- und Fettindustrie der Ankauf von pflanzlichen und tierischen Oelen und Fetten, ausgenommen Butter und Schweinefett, insbesondere der Ankauf von tierischem Rohöl vorbehalten bleibt. Endlich sind für Fettstoffe aller Art und Fettprodukte für den Ver-

kehr auf Bahnen und Wasserstraßen unverzüglich Transportcheine einzuführen.

Minister Höfer über den Rudsaßverkehr.

Gemeinderat Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller und Abgeordneter Hof nahmen gegen die Maßnahmen der Behörden zur Verhinderung des Rudsaßverkehrs Stellung, wobei sie auf die bereits im Gemeinderat vorgebrachten Beschwerden zurückkamen.

Minister W. Höfer erwiderte diese Anfrage mit der Erklärung, daß man bei dem Mangel an Auswahl unter den ausführenden Organen Mißgriffe einzelner Untergeordneter nicht vermeiden könne. Er stehe selbst auf dem Standpunkt, daß man nachsichtig und liberal vorgehen müsse, soweit es sich um Kleinigkeiten handle, besonders wenn arme Leute ihre Lebensführung zu verbessern trachteten. Gegen den Schleichhandel im großen, der heuer durch sein Ueberhandnehmen die öffentliche Versorgung geradezu gefährde, sei aber das schärfste Vorgehen zum Schutze der Allgemeinheit durchaus unvermeidlich. Wohlhabende nehmen Leute auf, bezahlen ihnen die Aufschaffung und beschaffen sich auf diese Weise eine Doppelversorgung, durch die gerade die Kreise der ärmeren Bevölkerung aufs schwerste gefährdet sind. Insbesondere habe die niederösterreichische Statthalterei festgestellt, daß in einer Woche 10.000 derartige Rudsaßleute allein auf einer Station in der Nähe Wiens gezählt wurden; rechnet man nur zehn Kilogramm pro Person, so mache dies schon allein zehn Waggons aus, die der gleichmäßigen Versorgung der Allgemeinheit entzogen werden. Aus dem Bezirk Korneuburg wurden allein etwa 500 Waggons Kartoffeln verschleppt. Die Landwirte beschwerten sich namentlich in der Umgebung Wiens, sogar im telegraphischen Wege, bei der Statthalterei, daß die Leute mit Gewalt die Kartoffeln eigenmächtig aus dem Boden nehmen und wegschleppen. Seit der militärischen Assistenten habe der Rudsaßverkehr schon wesentlich nachgelassen.

Die Petroleumversorgung.

Abg. Dr. Diamand stellte den Antrag, die Regierung möge die Vorteile der vergrößerten Rohölproduktion, die seit der Eroberung Rumäniens eingetreten ist, auch der Zivilbevölkerung zukommen lassen. Dr. Denis wünschte die Herstellung eines Punktes zwischen der Belieferung Ungarns mit Petroleum und Rohöldestillaten und der Versorgung Oesterreichs mit ungarischen Fetten. Dr. Lausche beehrte eine bevorzugte Behandlung von Lebensmitteln sowie von Hilfsstoffen und anderen Materialien, die für die Erzeugung, Aufbringung und Verteilung von Approximationsartikeln unentbehrlich sind, bei den Transporten. Alle diese Anträge gelangten zur Annahme.

Die Frage der Brotration.

Darauf erstattete Landesauschuss Rauschach Bericht über die Verhandlungen des Sachauschusses I, der über die Erhöhung der Brotration beraten hatte. Ministerialrat Dr. Loewenfeld-Nuß legte die Gründe dar, weshalb die beantragte Erhöhung nicht Platz greifen könne. Er verwies darauf, daß das Amt selbstverständlich einen Wirtschaftsplan aufgestellt habe. Die Einhaltung dieses Wirtschaftsplanes sei von der Aufbringung in Oesterreich, ferner von der Zufuhr aus Ungarn und Rumänien abhängig. Die heimische Aufbringung sei jedoch hinter den Erwartungen der Regierung zurückgeblieben, so daß schon im Oktober Schwierigkeiten zu bezeichnen waren. Hinsichtlich der definitiven Festsetzung der Zufuhren aus Ungarn würden in den nächsten Tagen Verhandlungen stattfinden. Wenn in der Debatte dem Ernährungsamt der Vorwurf gemacht wurde, daß es, bevor noch das Ergebnis der Ernte feststand, eine zu niedrige Ausmahlung festgesetzt habe, verteidigte Redner darauf, daß das Amt hierbei von dem Bestreben geleitet gewesen sei, der Bevölkerung nach Monaten des Mangels wenigstens eine Zeitlang ein besseres Brot zur Verfügung zu stellen, und außerdem die Futternot es notwendig erscheinen ließ, mehr Mele zu erzeugen zu lassen. Die Maßnahme war übrigens nur als provisorische gedacht, und es werde bereits in nächster Zeit wieder auf eine schärfere Ausmahlung übergegangen werden. Was die angesprochene Verzweigung an die Brauindustrie anlangt, so seien bisher nicht mehr als 4 Prozent der Friedenserzeugung zugewiesen worden. Diese Zuweisung sei unumgänglich gewesen, da bereits im abgelaufenen Wirtschaftsjahr Schwierigkeiten wegen Versorgung bestimmter Kategorien von Schwerindustriearbeitern mit Bier bestanden.

Schließlich wurde folgende Resolution angenommen: Die Regierung wird aufgefordert, bei den Verhandlungen mit der deutschen und ungarischen Regierung darauf zu dringen, daß der Anteil der österreichischen Reichshälfte an der Getreidezufuhr aus Rumänien und die Getreidezufuhr aus Ungarn entsprechend erhöht werden, damit das Defizit an Brotgetreide gedeckt und die gänzlich unzulängliche Brot- und Mehleration auf ein erträgliches Maß erhöht werden kann.

23./X. 1914

202

Die Lebensmittelversorgung von Reichenberg.

(Telegramm der Neuen Freien Presse)

Reichenberg, 22. Oktober.

Wenn ganz Deutschböhmen darüber berechnete Klage führt, daß die Lebensmittelversorgung für dieses Gebiet mit seinen zahlreichen Industriezentren und seiner nach vielen Tausenden zählenden Arbeiterbevölkerung zu wünschen übrig läßt, so gilt dies insbesondere von der Stadt Reichenberg. Während andere Städte Deutschböhmens von Orten mit landwirtschaftlicher Produktion umgeben sind und auf diese Weise im Wege des Schleichhandels mit Kartoffeln, Mehl, Butter usw. versorgt werden, weist die Umgebung Reichenbergs zumeist kleine Industrieorte auf, aus denen Reichenberg selbst kein Zufließen von Lebensmitteln erwarten kann. Wenige Stunden nördlich die deutsche Reichsgrenze, die hermetisch abgeschlossen ist, zwei Stunden südlich tschechisches Gebiet.

Der Mangel einer ausgedehnten Landwirtschaft treibenden Umgebung ist insbesondere in dem Bezuge von Milch und Butter fühlbar, infolge des heuer besonders scharf auftretenden Futtermangels von Tag zu Tag immer mehr. Es gibt viele Familien, die oft Wochen hindurch keinen Tropfen Milch gesehen haben, und diese Verhältnisse werden sich im kommenden Winter noch ungünstiger gestalten. Die Milchproduktion geht überhaupt in Deutschböhmen rapid zurück. So wurden zum Beispiel einer Molkerei in einem Orte der nahen Umgebung Reichenbergs noch im Mai 3000 Eiter täglich geliefert, diese

Lieferung ist im Oktober auf 1000 Eiter gesunken. Hier wird man im Winter seine liebe Not haben, die Säuglinge und Kinder ausreichend mit Milch zu versorgen. Das gleiche gilt von der Butter. Seit vielen Wochen wurden in Reichenberg per Kopf und Woche zwei Dekagramm Butter verteilt und in den letzten Tagen gar nur ein Dekagramm per Kopf und Woche. Wenn aber das geringe Quantum, das von der Fettzentrale geliefert wird, in die Volksküche wandert, werden die Privathaushaltungen bald auf den Bezug von Fett überhaupt verzichten müssen. Die tschechischen Bauern sind zwar so liebenswürdig, Butter im Wege des Schleichhandels zu liefern, aber wieviele sind in der Lage, die Kriegeschleichhändlermarktpreise von 40 K. und noch mehr zu bezahlen.

Die Fleisch- und Mehlerversorgung geht noch an, wenn auch hierin öfter unliebsame Störungen vorkommen. Die Kartoffelversorgung ist im Zuge, und es ist begründete Hoffnung vorhanden, daß sie dieses Jahr eine ausreichende ist, zumal auch die Qualität der Kartoffeln eine gute genannt werden kann. In diesem Artikel blüht übrigens die Rußlandversorgung. Die Not setzt sich einfach über alle Verordnungen hinweg, und die drakonischen Maßnahmen, die angedroht werden, könnten hauptsächlich das eine erzielen, daß die geduldige, opferfreudige Begeisterung, die sonst allen behördlichen Verfügungen gerne und willig nachkommt, geschädigt und beeinträchtigt wird, insbesondere, da man weiß, daß wenige Stunden von Reichenberg entfernt in den tschechischen Bezirken die Bevölkerung alles in Hülle und Fülle hat.

Wenn in anderen Orten über die Lässigkeit der Behörden bei der Lebensmittelversorgung geklagt wird, so hat man hiezu in Reichenberg keine begründete Ursache. Der Stadtrat tut sein möglichstes, um die Bedürfnisse der Bevölkerung nach Tüchtigkeit zu befriedigen. Er hat Tausende von Seefischen herbeigeschafft. Er hat vor kurzem das Fischereiergebnis des Hammersees (Karpfen) an sich gebracht. Er hat wiederholt Lebensmittel in großen Quantitäten und zu annehmbaren Preisen an die Haushaltungen überlassen. Er unterhält mehrere Volksküchen mit Preisen von 26 H. bis 1 K. 20 H., kurzum, was überhaupt bei der mangelnden Zuweisung an Lebensmitteln zugunsten der Bevölkerung geschehen kann, das zu tun gibt sich der Stadtrat die größte Mühe. Reichenberg hofft und die Bevölkerung wünscht es, durchhalten zu können, aber auch die staatlichen Behörden müssen ihr möglichstes tun, um einer stets treuen opferbereiten Stadt das Durchhalten nicht schwieriger zu machen als es unbedingt notwendig ist.

Beschwerden aus der Steiermark.

Die Grazer Blätter enthalten wieder zahlreiche Beschwerden über verschiedene Mißstände in der Versorgung mit Kohle, und Klagen über die Mißwirtschaft mit Obst usw. Kaum ist das Grazer Gaswerk im letzten Augenblick vor der Sperre durch ein paar zugeschobene Waggons Kohle wieder auf einige Tage in der Lage seinen Betrieb fortzuführen, erfährt die unter der Zuckernot leidende Grazer Bevölkerung, daß trotz aller Bemühungen um die Behebung des Zuckermangels im besten Falle erst in der nächsten Woche die Karte für die Zeit vom 1. bis 8. d. eingelöst werden wird. dabei herrscht großer Saccharinmangel. Auch vom Lande kommen zahlreiche Klagen. So schreibt man dem „S. B.“ aus Friedau: Im ganzen hiesigen Bezirke hat die Weinlese vor einigen Tagen begonnen. Die Trauben reifen in herrlicher Fülle und der Weinmost zeigt durchschnittlich 22 bis 24 Zuckergrade. Er übertrifft an Güte alle Jahrgänge der letzten Jahrzehnte. Aber es wurde nur nördlich von Marburg der Eisenbahn gestattet, den Wein- wie den Transport des leeren Gebindes voll anzunehmen. Wenn jedoch weder Wein- noch Obstmost in der südlichsten Steiermark verfrachtet werden, ist uns auch dadurch die Möglichkeit genommen, uns das nötige Gebinde zu beschaffen. Die heurige Obsternte konnte daher zum Teil nicht verwertet werden, liegt in den Kellern aufgehäuft und muß verfaulen. Ähnliches wird aus St. Lorenzen a. W. geschrieben. Dort herrscht ebenfalls ein reicher Obstsegen, besonders an Mostbirnen, die aber um höchstens 10 Heller von den wenigen privilegierten Einläufern bezahlt werden. (In Wien kosten sie auf dem Naschmarkt 96 Heller!! Die Red.) Aus Mangel an Fässern und Leuten müssen hier viele tausend Kilogramm Birnen verderben, ohne der Volksernährung zugeführt zu werden.

Von der Lebensmittelstelle der städtischen Angestellten.

Die Mitglieder können den Kartoffelbezug für so viele Personen als ihr eigener Haushalt Kartoffelarten zugewiesen erhält, bei folgenden Bezugsstellen anmelden: Die im 1., 8. Bezirk und außerhalb Wiens wohnenden, im Warenlager 1. Bezirk, Bartensteingasse 13, die im 4., 5., 6. und 10. Bezirk rechts von der Laxenburgerstraße wohnenden im städtischen Fuhrwerksdepot (Kanzlei) 5. Bezirk, Siebenbrunnensfeldgasse 3, die im 3., 11. und 10. Bezirk links von der Laxenburgerstraße wohnenden im städtischen Fuhrwerksdepot (Kanzlei) 11. Bezirk, Simmeringer Hauptstraße 30, die im 12., 13. und 14. Bezirk wohnenden im städtischen Fuhrwerksdepot (Kanzlei) 12. Bezirk, Tivoligasse 8, die am 7., 15. und 16. Bezirk wohnenden im städtischen Fuhrwerksdepot (Kanzlei) 16. Bezirk, Arneithgasse 26/28, die im 17., 18. und 9. Bezirk links von der Währingerstraße wohnenden im städtischen Fuhrwerksdepot (Kanzlei) 17. Bezirk, Johann-Neponum-Berger-Platz 12, die im 19. und 9. Bezirk, rechts von der Währingerstraße wohnenden im städtischen Fuhrwerksdepot (Kanzlei) 19. Bezirk, Grinzingerstraße 99, die im 2., 20. und 21. Bezirk wohnenden im städtischen Fuhrwerksdepot (Kanzlei) 20. Bezirk, Traisengasse 8. Anmeldungen werden an diesen Stellen in der Zeit von 8 bis 12 und 2 bis 5 Uhr am 23. d. für die Buchstaben A bis G, 24. H bis K, 25. L bis R, 26. S, Sch, St und 27. T bis Z entgegengenommen. Vorzuweisen sind: die Lebensmittelbezugskarte der obigen Lebensmittelstelle und die Kartoffelarten, in deren beiden gleichlautenden Rubriken Name und Wohnort des Kartenbesizers von diesen auszufüllen sind. Es wird ausdrücklich aufmerksam gemacht, daß die Kartoffelarten nach Abtrennung des Abschnittes durch die Anmeldestelle von der Partei rückzuverlangen sind. Der Beginn, die Menge und Art des Kartoffelverkaufes werden nach den Befehlen des Bezirkswirtschaftsamtes Wien durch die Zeitungen bekanntgegeben werden.

1. IX. 1918

Körper; daneben den Hirsche und Rehe.

Es ist zu viel, um es aufzuzählen. Stichel und Holzstoc haben den jungen Graphiker auch hinausbegleitet, bis an die russische Front. Da sind, im Unterstand, auf karglich beleuchteter Fläche, wieder eine Reihe landschaftlicher Studien entstanden, verursacht durch den Zauber der russischen Steppenlandschaft und ihre seltsamen Luftwunder. Warschau, das türmereiche, hat ihm Veranlassung zu einer ganzen Reihe von Studien gegeben, und zwischen all diesen Dingen taucht auf einmal eine heimatische „Kartoffelernte“ auf.

Kein Mann von „Charge“ ist es, der da, selbst unter wahrhaft knappen Existenzbedingungen, noch dem Orange nach künstlerischem Schaffen folgt. Als gemeiner Kanonier, — der Vorzug des „Einjährigen“ wurde Glücklicheren, wenn auch nicht immer Bedeutenderen zu teil —, ist er ausmarschirt. Vielleicht kehrt er auch wieder als solcher zurück; hoffentlich gesund an Leib und Seele und beladen mit Reichthümern, auf die sein Band in Zukunft mit Stolz blicken wird.

Von den Grundlagen unserer Ernährung.

„Doch weil, was ein Professor spricht,
Nicht gleich zu allen dringet,
So übt Natur die Mutterpflicht
Und sorgt, daß nicht die Kette bricht
Und daß der Reif nie springet.
Einstweilen, bis den Bau der Welt
Philosophie zusammenhält,
Erhält sie das Getriebe
Durch Hunger und durch Stebe.“

Ist die von Schiller ironisierte Möglichkeit wenigstens zu einem Teil Wirklichkeit geworden, und ernähren wir uns heute zwar nicht durch Philosophie, aber durch Ernährungsphysiologie?

Unter normalen Verhältnissen wäre es uns wenig recht, wenn man an Stelle der natürlichen Methode, die Ernährung durch einen Trieb zu regulieren, eine andere setzen wollte, auch wenn sie nicht durch Philosophie, sondern durch Naturwissenschaft geboten wird. Manchmal aber ist es nicht anders zu machen. Im Frieden nützen uns die mit wissenschaftlicher Methodik gefundenen Normalzahlen für die Mengen, die gesunde Menschen unter bestimmten Bedingungen zu sich nehmen müssen, am meisten bei der Ernährung kranker Menschen. Wenn der regulierende Hunger krankhaft darniederliegt, oder wenn Heißhunger besteht, wenn

Auch für den wachsenden Organismus genügt die vorhandene Nahrung. Jede Mutter soll stillen (was aber auch übertrieben werden kann), Milch und Butter gehören den Kindern. Brot ist unersehbar, schon weil es keiner Zubereitung bedarf und leicht auf die Arbeitskräfte mitgenommen werden kann. Pilze werden schlecht ausgenützt, müssen also besonders gut gekaut werden.

In der Frage, ob die Haltung von Vieh eingeschränkt oder gesteigert werden soll, brüht sich Überhalben zurückhaltend aus. Der Physiologe könne nur sagen, daß es rationeller sei, aus dem Kreise der Stoffe durch die Körper hindurch das Tier auszuschalen, weil es entbehrlich sei und Pflanzenarbeit vergeude. Die Pflanze allein kann schon aus anorganischen Stoffen Nahrungsmittel herstellen. Wir brauchen die Pflanze, weil unserem Körper diese Fähigkeit abgeht. Die Körper der Schlachttiere können wir entbehren. Deshalb sollte man Tiere nur halten, soweit man sie mit zur menschlichen Ernährung ungeeigneten Futtermitteln halten könne. Es fällt noch ein Wort über die nicht ganz sachmännliche Tierzucht der Städte und die Vorzüge der weniger scholterigen Gemüsezucht. Auch sei noch auf die einfache und klare Schilderung der Methodik zur Untersuchung des Stoffwechsels hingewiesen.

Das Körpergewicht fast aller Individuen ist gesunken, im Anfang der knappen Ernährung rasch, dann sehr langsam oder gar nicht mehr. Der Körper hat sich auf die niedrige Nahrungsmenge eingestellt. Es ist leicht, Organismen zum Hungern, aber schwer zum Verhungern zu bringen, eine nicht nur für die Ernährung wichtige Tatsache.

Seitdem das Buch geschrieben ist, hat sich manches ungünstiger gestaltet. An vereinzelten Fällen konnte man doch gewisse Beeinflussungen der Gesundheit durch die Ernährung feststellen. Aber viel merkwürdiger ist die in dieser Zeit zu Tage getretene Fähigkeit unseres Körpers, sich an ungünstige Verhältnisse anzupassen. Bisher sind gesunde und kräftige Menschen gesund und kräftig geblieben. Bei den weniger kräftigen zeigt sich die Unvollkommenheit ihrer Konstitution freilich auch daran, daß ihre Anpassungsfähigkeit an die verschlechterte Nahrung geringer ist. Wir sehen also eben zu unserem Erstaunen, daß kräftige, gesunde Gestalten bei der Kriegskost besser gedeihen als zarte und schwächliche. Mühte das Menschengeschlecht immer so leben wie eben, so würden diese ausgemerzt, und die Menschheit wäre damit der geringeren Ernährung angepaßt. Manchem können Massenhygieniker wie das erstrebenswert erscheinen. Wir wollen aber nicht vergessen, daß bis jetzt andere Aufgaben unsere Art gebildet haben als die Fähigkeit, wenig zu essen, oder anders ausgedrückt, daß viele Individuen, die in diese Zeit nicht recht hineinpassen, in besseren Zeiten nützliche Mitmenschen sind.

Dr. R. Ko.

Die wirtschaftliche Lage der Schweiz

(Mitgeteilt vom Schweizerischen Volkswirtschaftsdepartement)

Die Konferenzen vom 31. August und 1. September

Angeichts des Umstandes, daß die wirtschaftliche Lage der Schweiz, welche sich immer schwieriger und komplizierter gestaltet, von allen denjenigen, die sich mit derselben nicht näher und fortwährend beschäftigen, immer weniger überblickt werden kann, hat das Schweizerische Volkswirtschaftsdepartement auf den 31. August und den 1. September die Vertreter der Kantonsregierungen und der großen wirtschaftlichen Verbände zu einer offenen gegenseitigen Aussprache eingeladen. Die Anmeldungen gingen so zahlreich ein, daß die Versammlung vom Ständeratsaal in den Nationalratsaal verlegt werden mußte. Es haben daran zirka 120 Personen teilgenommen.

Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, Herr Bundespräsident Schultheß, welcher die Versammlung leitete, erläuterte in großen Zügen die gegenwärtige wirtschaftliche Lage des Landes, machte auf die sich fortwährend steigenden Schwierigkeiten aufmerksam und hob besonders hervor, daß nur ein Teil derselben bekämpft und überwunden werden kann, während die Schweiz in weiten Gebieten von der Weltlage und damit von Faktoren abhängig ist, die vollständig außerhalb ihres Machtbereiches liegen. Die Versammlung sollte dazu dienen, die Öffentlichkeit über die getroffenen Maßnahmen neuerdings zu orientieren und den Behörden Anregungen über das weitere Vorgehen zu geben.

Höchstpreise und Wucher

Es gelangte zunächst zur Besprechung die Art und Weise, wie die bestehenden Vorschriften des Bundes seitens der kantonalen und kommunalen Ausführungsorgane vollzogen werden und werden sollten. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß der Bundesratsbeschuß vom 10. August 1914 gegen die Verteuerung von Nahrungsmitteln und andern unentbehrlichen Bedarfsgegenständen sowohl als auch derjenige vom 2. Februar 1917 betreffend den Lebensmittelankauf, Maßnahmen gegen die ungerechtfertigte Anhebung von Vorräten, die Überschreitung von Höchstpreisen und den Wucher, nicht nur ermöglicht, sondern die kantonalen Regierungen sogar verpflichtet, die nötigen Maßnahmen zu treffen. Die Kantone haben von diesen Befugnissen nur zum Teil Gebrauch gemacht. Das Volkswirtschaftsdepartement seinerseits führt und unterstützt den Kampf speziell gegen das Schiebertum, soweit ihm dies möglich war und ist. Es sind einzig durch die Warenabteilung über sechs Millionen Kilo Waren diverser Art beschlagnahmt worden. Diese Bestrebungen werden weitergeführt durch periodische Bestandesaufnahmen bei allen größeren Lagerhäusern. Ein Vorgehen gegen das Anheben von Lebensmitteln in Privathaushaltungen kann naturgemäß nur durch die Kantone und Gemeinden erfolgen. Dabei ist jedoch nicht zu vergessen, daß die Anhebung von großen Vorräten in erster Linie da unheilvoll ist und bekämpft werden muß, wo dadurch Knappheit an unentbehrlichen Bedarfsartikeln entsteht und die Bedürfnisse deshalb nicht mehr genügend gedeckt werden können. Bei vielen Waren ist eine Anhäufung schon ihrer Natur nach oder weil sie rationiert sind, ausgeschlossen. Bei andern ist die Anhebung gewisser Vorräte zur Zeit der starken Produktion (Kartoffeln, Obst usw.) keineswegs schädlich, namentlich dann nicht, wenn das Angebot stark genug ist, daß jedermann seine Bedürfnisse befriedigen kann. Die Kantone sollten deshalb ihre Maßnahmen in erster Linie in bezug auf Fettversorgung und Teigwaren treffen. Ganz unzulänglich ist vielerorts der

Vollzug der Strafbestimmungen
durch die kantonalen Gerichte. Wenn bei Strafbestimmungen, die als Maximum Geldbußen bis zu Fr. 20,000 in Verbindung mit Gefängnisstrafen bis zu drei Monaten, Konfiskation und Landesverweisung vorsehen, mit Bußen von Fr. 5, 10, 50 und höchstens Fr. 100 operiert wird, so zeugt ein solches Verfahren von wenig Verständnis für die aufgestellten Bestimmungen und kommt der Entrichtung von Prämien näher als dem Zweck der Strafe. Derselbe verlangt, daß bei der Ausfällung von

Geldbußen der Vermögensvorteil, welchen sich der zu Bestrafende widerrechtlich verschafft hat, bedeutend überschritten wird. Das Volkswirtschaftsdepartement hat zur Selbsthilfe schreiten müssen und bereits nach diesen Grundsätzen Bußen von Tausenden von Franken ausgesprochen. Wenn sich die Verhältnisse nicht bessern, so wird es dazu gezwungen sein, durch Schaffung eines wirtschaftlichen Strafgerichtshofes des Bundes auch die Möglichkeit zu erhalten, bedeutende Gefängnisstrafen auszufällen. Vielfach wird von den kantonalen Gerichten auch übersehen, daß dieselben an Hand der außerordentlichen Vorschriften des Bundesrates auch das Recht haben, den Versuch von Übertretungen sowie die Begünstigung, Beihilfe und Anstiftung bei solchen wirksam zu bestrafen. Endlich muß unbedingt verlangt werden, daß begangene Verfehlungen unnachlässiglich zur Anzeige gebracht werden, statt daß ganz allgemein über solche gellagt wird.

Verschiedene Kantonsvertreter wiesen in voller Würdigung dieser Uebelstände darauf hin, daß die Durchführung der bestehenden Vorschriften in letzter Linie von den Gemein-den abhängig ist und daß namentlich dort öfters der gute Wille und das nötige Verständnis fehlen. Es wurde ferner der Wunsch geäußert, verschiedene Bestimmungen der bundesrätlichen Vorschriften noch näher zu präzisieren und dieselben nach Möglichkeit zusammenzufassen, sowie die Strafverfügungen des Volkswirtschaftsdepartements periodisch zu publizieren.

Fleischversorgung

In zweiter Linie wurde die Fleischversorgung besprochen. Die Verhältnisse im Verkehr mit Vieh haben sich seit Erlaß des Bundesratsbeschlusses betreffend den Verkehr mit Vieh vom 13. April 1917 wesentlich gebessert. Die Viehpreise zeigen angesichts des vermehrten Angebotes und der Tätigkeit der eidgenössischen Anstalt für Schlachtviehverorgung fallende Tendenz. Es ist zu erwarten, daß die Fleischpreise folgen werden, was zum Teil bereits geschehen ist. Angesichts der starken Einschränkung des Exportes, der bedeutenden Viehbestände und unzureichenden Futtermittelvorräte steht eine weitere Reduktion der Viehpreise in Aussicht. Die nötigen Vorarbeiten zur Abschichtung großer Quantitäten von Vieh und Einlagerung des Fleisches in Gefrierräumen sind getroffen. Der Erlaß von Höchstpreisen für Vieh und namentlich für Fleisch ist bei den verschiedenen Sorten, Qualitäten und Stücken außerordentlich schwierig. Immerhin sind mit Wirkung auf den 15. September bereits Höchstpreise für Kälber und Kalbsfleisch erlassen worden. Diese Maßnahmen bezwecken hauptsächlich eine Reduktion der Verwendung von Milch zur Aufzucht und damit eine Besserung der Milchversorgung. Der Erlaß von Höchstpreisen auch für andere Fleischsorten wird vorbereitet. Diese Maßnahmen wurde denn auch sowohl von den Vertretern der Viehproduzenten, als auch von denen der Metzgerei und der Konsumenten gutgeheißen und gewünscht. Der beabsichtigte Erfolg wird aber nur eintreten bei genauer Kontrolle durch Behörden und Volk sowie strengster Bestrafung aller Übertretungen.

Versorgung mit Milch und Milchprodukten

Ueber die Versorgung des Landes mit Milch und Milchprodukten gab der Vorsteher der Abteilung für Landwirtschaft eine erschöpfende Uebersicht. Infolge der Futterknappheit, die während des letzten Winters und Frühjahrs geherrscht hat, sind die Tiere bedeutend abgemagert, was sich in einem starken Ausfall im Milchertrage geltend machte und wiederum die Butter- und Käseproduktion bedeutend beeinträchtigte. Dazu kommt, daß der Milchkonsum sehr stark zugenommen hat. Immerhin dürfte dank der Tätigkeit der eidgenössischen Zentralstelle in Verbindung mit den Produzentenorganisationen die Milchversorgung für den nächsten Winter gesichert sein. Trotzdem speziell die Kraftfuttermittel stets teurer werden und zum Teil kaum mehr beschafft werden können, sollte eine Steigerung des Milchpreises vermieden werden können. Besondere Schwierigkeiten bietet die Butterversorgung. Während einerseits die Buttereinfuhr, die in normalen Zeiten jährlich über 500 Wagen betrug, vollständig eingestellt ist und die Butterproduktion infolge vermehrter Verwendung der Milch für den Kon-

sum sehr stark zurückging, ist andererseits die Nachfrage hauptsächlich infolge des Mangels an andern Speisefetten stark gestiegen. Der Bundesratsbeschuß vom 17. August 1917 und die darauf sich stützenden Verfügungen des Volkswirtschaftsdepartements werden auch hier, bei verständiger Mitwirkung aller beteiligten Kreise, eine befriedigende Regelung schaffen können. Die Öffentlichkeit ist über diese Maßnahmen bereits orientiert worden. Der Bundesratsbeschuß vom 4. April 1917 betreffend die Verteilung der für den Verbrauch bestimmten Milch gibt die Möglichkeit, dem aus der Mitte der Versammlung geäußerten Wunsche nach Rationierung der Milch nachzukommen. Dabei wurde von einer Seite die Einführung der Milchkarte mit Festsetzung eines Quantum von einem halben Liter für Erwachsene und einem Liter für Kinder und Kranke gefordert, während diesem Wunsche speziell von Vertretern landwirtschaftlicher Kreise entgegengetreten worden ist, da die Verhältnisse für diese Kreise von denjenigen in städtischen Gegenden vollständig verschieden seien. Spezielle Kritik fand die Verwendung von Milch zur Aufzucht und Mast, die jedoch durch Festsetzung von Höchstpreisen für Kälber eine wesentliche Reduktion erfahren wird. Weiter wurde gefordert, eine Haltefrist für junge Kälber von höchstens drei Wochen vorzuschreiben. Aus Produzentenkreisen der Innerschweiz wurde der Wunsch geäußert, Milch und Milchprodukte nur nach vollständiger Befriedigung der eigenen Bedürfnisse abgeben zu müssen, welchem Wunsche jedoch von seiten der Arbeiterschaft entgegengetreten worden ist. Auf die Kritik an der Ausfuhr von Milch-erzeugnissen ist erwidert worden, daß dieselbe einmal stark eingeschränkt wurde und sodann einzig die Möglichkeit geschaffen hat, andere für unser Land vollständig unentbehrliche Bedarfsartikel wie Kohle, Eisen, Kunststoffe usw. zu erhalten. Wenn andere Staaten mit uns Waren teilen, an denen sie selber Mangel leiden, so kann sich die Schweiz dem Wunsche auf Gegenseitigkeit nicht vollständig entziehen. Den Angriffen gegenüber der Genossenschaft Schweizerischer Käseportfirmen ist entgegengehalten worden, daß diese Organisation im allgemeinen eine gerechte Verteilung ermöglicht hat und daß neben den Milchproduzenten der Bund in erster Linie an ihr finanziell interessiert ist und den Gewinn für Abgabe von Milch an Bedürftige zu reduzierten Preisen verwendet. Eine amtliche Mitteilung wird das Publikum über die Verhältnisse bei der Käseversorgung eingehend orientieren.

Fettversorgung

Eine der schwierigsten Fragen, die Fettversorgung, ist im Anschluß an ein eingehendes Referat des Vorstehers der Warenabteilung gründlich besprochen worden. Hier ist die Schweiz in erster Linie vom Ausland abhängig. Nicht nur die Einfuhr, sondern auch die Eigenproduktion ist stark zurückgegangen. Die Bestrebungen, eine einheitliche Organisation zur gleichmäßigen Versorgung mit Speiseölen und Fetten durchzuführen, scheiterte schon vor mehr als Jahresfrist an unüberwindlichen Schwierigkeiten, die im Ausland gemacht wurden. Gegenwärtig werden erneut Anstrengungen zur Schaffung einer solchen Organisation gemacht. Diese Arbeiten werden voraussichtlich zur Einführung der Fettkarten führen müssen. Es wird nichts unterlassen, durch Verwendung der Knochen, Maiskeime, Del- und Buchweizen usw. eine vermehrte Fettproduktion zu erzielen. Aus der Mitte der Versammlung wurde angeregt, zu diesem Zwecke die Abfälle der Haushaltungen in vermehrtem Maße heranzuziehen und die Verwendung von Fett zur Seifenfabrikation mehr einzuschränken. Was speziell die Verwendung von Baumüssen anbelangt, so ist der Handel mit solchen durch die Verfügung des Volkswirtschaftsdepartementes vom 18. August 1917 auf die Zentralstellen beschränkt worden, welche ihre Verarbeitung zur Fettgewinnung garantieren. Die von einer Seite vorgeschlagene vollständige Beschlagnahme der Baumüsse hat sich nicht als zweckmäßig erwiesen.

Fürsorgetätigkeit

Ueber die Fürsorgetätigkeit gab der Vorsteher des eidgenössischen Fürsorgeramtes Aufschluß. Bis jetzt wird an über 500,000 unbemittelte Personen Milch und Brot zu reduzierten Preisen abgegeben. Die damit verbundenen Lasten des Bundes, der Kantone und der Gemeinden sind

bedeutende. Die bestehenden Bestimmungen wurden weitgehend interpretiert. Die Abgabe von Kartoffeln zu reduzierten Preisen ist in Vorbereitung. Eine Erhöhung der Einkommensgrenzen ist vorgesehen, kann aber ohne Befragung der finanziell beteiligten Kantone nicht wohl durchgeführt werden. Die letzteren stimmen einer Erhöhung nicht durchwegs zu. Schwierig ist die Frage, wie jetzt noch bestehende Ungleichheiten und Unregelmäßigkeiten bei der Berücksichtigung der Anspruchsberechtigten zu vermeiden sind. Eigentliche Krisen infolge Arbeitslosigkeit in gewissen Industrien können jedenfalls nur durch Gratisabgabe der nötigen Lebensmittel gehoben werden. Die Diskussion über dieses Gebiet wurde nicht benutzt.

Kohlenversorgung

Die Kohlenversorgung wurde im Anschluß an das neue Abkommen mit Deutschland vom Vorsitzenden erläutert. Die Einfuhr ist, soweit dies heute möglich ist, gesichert worden. Durch Hebung der inländischen Produktion und weitgehende Sparmaßnahmen wird unser Land im nächsten Winter voraussichtlich auskommen. Die geschaffenen Organisationen sorgen für eine gleichmäßige Verteilung auf die verschiedenen Landesteile. Die nötigen Erhebungen durch die Kantone werden bereits durchgeführt. Spezielles Augenmerk wird man auch auf die Preisgestaltung richten, wie dies aus der Mitte der Versammlung besonders verlangt wurde. Einem weiter geäußerten Wunsche, die Einführung von Sparmaßnahmen nicht den Kantonen zu überlassen, sondern von Bundeswegen anzuordnen, wurde entgegengehalten, daß dies nur zum Teil möglich sei, angesichts der großen Verschiedenheiten der Verhältnisse, aber in bezug auf viele Punkte den Kantonen überlassen werden mußte. Einem geäußerten Wunsche gemäß erläuterte der Vorsitzende eingehend die Gründe, weshalb die Schaffung eines Einfuhrmonopols für Kohle nicht möglich war. Die kurze zur Verfügung stehende Zeit, die besondern Verhältnisse beim Kohlenhandel und internationale Schwierigkeiten stellten sich dem Projekt entgegen. Es wurden weiter Vorschläge gemacht, die Fabrikation gewisser entbehrlicher Artikel nur bei Verwendung von Kohle, die von den betreffenden Industrien selber aus dem Ausland beschafft wird, zu gestatten, was hinsichtlich der Fabrikation von Kriegsmaterial bereits geschehen ist. Andere Wünsche gingen auf Einrichtung von Volksschulen und Speiseanstalten, sowie Beschränkung der zu heizenden Wohnräume.

Kartoffel- und Obstversorgung

Auch die Frage der Kartoffel- und Obstversorgung wurde eingehend besprochen. Bis jetzt ist im Einvernehmen mit den bestehenden Spezialkommissionen, in welchen Produzenten und Konsumenten vertreten sind, von der Festsetzung von Höchstpreisen Umgang genommen worden. Die Markt- und Preisverhältnisse haben diese Stellungnahme gerechtfertigt. Ein neuer Bundesratsbeschuß, der in den nächsten Tagen erscheinen wird, gibt dem Volkswirtschaftsdepartement noch weitergehende Kompetenzen, als sie bis jetzt bestanden, um über den Handel mit Kartoffeln, ihre Aufbewahrung und Verwendung, wenn nötig, die zweckdienlichen Vorschriften zu erlassen. Jedenfalls scheint es angezeigt, daß Kantone und Gemeinden, sowie Fürsorgeorganisationen sich bedeutende Vorräte an Kartoffeln anlegen, damit nicht nur die Versorgung während des nächsten Winters sichergestellt werden kann, sondern auch die Möglichkeit geschaffen wird, allfälligen Preissteigerungen im nächsten Frühjahr entgegenzutreten. Bund, Kantone und Gemeinden haben bereits Anordnungen zum Dörren von Obst und Kartoffeln getroffen. Die Obstversorgung ist im Anschluß an die Verfügung des Volkswirtschaftsdepartementes vom 18. August 1917 gesichert. Ein Export wird nur stattfinden, wenn die Bedürfnisse des eigenen Landes vollständig gedeckt sind.

Seitens der Vertreter der Arbeiterschaft wurde zum Schluß die Eingabe des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und der Schweizerischen sozialdemokratischen Partei in allgemeiner Weise lebhaft unterstützt und speziell hervorgehoben,

**Erklärungen des Ministerpräsidenten zu-
gunsten des freien Marktverkehrs.****Die Beratungen über Ernährungsfragen.**

Wien, 6. September.

Heute um 9 Uhr vormittags begannen im niederösterreichischen Landhause die vom Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler einberufenen Besprechungen über Ernährungsfragen. Außer den eingeladenen Vertretern der Konsumenten hatten sich eingefunden: Statthalter Freiherr v. Bleyleben, der Vorsitzende des gemeinsamen Ernährungsausschusses Generalmajor v. Landwehr, in Vertretung des am Erscheinen verhinderten Ministers und Leiters des Amtes für Volksernährung Generalmajor Höfer der Ministerialrat dieses Amtes Doktor Löwenfeld-Ruß, ferner die Sektionschefs Riedel und Dr. Ritter v. Ertl sowie die Hofräte Schwarz und Zander.

Ausprache des Ministerpräsidenten.

Der Ministerpräsident richtete an die Versammelten folgende Ansprache: „Ich begrüße Sie alle auf das herzlichste und möchte mir gestatten, in wenigen Worten den Zweck der heutigen sowie der in den nächsten Tagen stattfindenden Besprechungen darzulegen. Sie wissen, daß die Regierung — abgesehen von anderen sehr wichtigen Problemen — gegenwärtig sich in erster Linie mit den wirtschaftlichen und insbesondere mit den Ernährungsfragen beschäftigt; und zwar dies in der Erkenntnis,

Hauptmännische dichterische Element trat nicht hervor. Erst im letzten Akt glaubte man, auch diesen Ton zu vernehmen und fühlte sich mehr als von einer tüchtig gespielten Rolle gepackt. Frau Niejes Leistung als Hamme Schäl ist bekannt. Sie zählt in ihrer Kraftfülle, der vegetativen Einheit zu den unvergeßlichen Gestaltungen der Künstlerin. Als Siebenhaar verdient Petr Brecher, als Franziska das begabte Fräulein Zunt, als Frau Henichel Fräulein Zampach Erwähnung. Das gut besuchte Haus nahm die von Dr. Rudolf Veer mit Sorgfalt neu inszenierte Vorstellung mit starkem Interesse entgegen.

Die Abenteuerfahrt der „Möwe“ Graf
... hat die fähigen

Die Beratungen über die Ernährungsfragen.

Wien, 6. September.

Heute nachmittag und abends wurden die vom Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler einberufenen Besprechungen über Ernährungsfragen fortgesetzt. Der Konferenz präsidierten abwechselnd der Ministerpräsident und Minister Generalmajor Höfer.

Ueber den Verlauf der Debatte liegt uns nachstehender Bericht vor:

Landtagsabgeordneter Andrajschke (Zägerndorf) erkaufte dem freien Handel nur dann Berechtigung zu, wenn ein freier Verkehr bestehe und deshalb die Preisbildung eine normale sei. Bei der gegenwärtigen Knappheit würde der freie Handel solche Preise erzeugen, daß nach kurzer Zeit nur mehr die oberste Schicht der Bevölkerung sich das Notwendigste beschaffen könnte. Die staatliche Bewirtschaftung sei wegen der Preisbildung und wegen der gerechten Verteilung unerlässlich. Redner gab die Unmöglichkeit zu, alle Artikel voll zu erfassen, so daß Preisüberschreitungen immer vorkommen werden, glaubt aber, daß in Getreide, Mehl, Kartoffeln, Zucker und Fleisch durch straffe staatliche Bewirtschaftung die Preise in halbwegs erträglicher Höhe gehalten werden können. Die Mängel im Verteilen liegen in der oft unglücklichen Fassung der Verordnungen und in einer ungenügenden Ueberwachung hinsichtlich ihrer Befolgung. Redner wandte sich gegen die Marktfreiheit für Kartoffeln und verlangte größere Berücksichtigung des Ernährungselementes bei Vorbereitung einschlägiger Verfügungen.

Revident Bilek (Prag) verlangte von der Regierung eine straffere Durchführung der staatlichen Bewirtschaftung für Lebensmittel, eine gerechte Verteilung derselben, Berücksichtigung der notleidenden Gebiete des Erzgebirges und des Riesengebirges sowie der deutschböhmisches Industriegebiete überhaupt. Er forderte die Aufstellung eines neuen Schlüssel für die Gebiete, welche zum größten Teil nicht Selbstversorger umfassen, die Zuweisung größerer Nationen an Brot und Mehl und die strenge Durchführung der bestehenden Verordnungen. Was die Kartoffelbewirtschaftung anbelangt, sei er für die staatliche Bewirtschaftung und eine möglichst rasche Durchführung der Verteilung, da in den nördlichen Gebieten mit einem baldigen Auftreten von Frösten zu rechnen sei.

Frau Helene Granitsch erklärte: Wir sind der Ueberzeugung, daß solange der Krieg währt und insbesondere für die Zeit der Uebergangswirtschaft, die strengste staatliche Bewirtschaftung beibehalten werden muß, weil bei Freigabe des Handels die Preise sofort ins Uferlose gehen würden, was zur Folge hätte, daß die Reichen alles, die Armen nichts bekämen. Kleine Konzeptionen an lokale Marktverhältnisse werden dann zuzugestehen sein, wenn dadurch die Marktbeschickung gefördert wird. Wenn sich der einzelne Kartoffeln beschaffen kann, die sonst nicht in die Stadt kämen, so soll ihm dies unter strengster Einhaltung der Markenkontrolle und der Preisverordnung gestattet werden, wie die Mitarbeit des einzelnen an der Hebung der Marktbeschickung der Konsumzentren überhaupt erwünscht wäre, statt die Menschen zur Kraft- und Zeitergebung des „Anstehens“ zu zwingen. Als notwendige Ergänzung der staatlichen Bewirtschaftung ist von der Regierung mit allen Mitteln zu fördernde Ausbau der Konsumantenorganisationen anzusehen. Die Verteilung der Lebensmittel durch die unter der Kontrolle der Öffentlichkeit arbeitenden Konsumantenorganisationen, deren Preisbildung ohne jede Gewinnkalkulation erfolgt wird, ist entschieden heute die rationellste Form des Lebensmittelverkehrs. Diese Selbsthilfeorganisationen sind dadurch zu fördern, daß ihnen die billigeren Lebensmittel inländischer Provenienz zugänglich gemacht werden, während die teurere Auslandware, streng geschieden von der heimischen Produktion, durch die mit Gewinnberechnung arbeitenden Händlerkreise verteilt werden kann. Nur durch eine solche strenge Scheidung bei der Verteilung kann das Grundübel unserer Preisbildung — das Hinaufschrauben der Inlandpreise auf die durch die Valuta bedingten teureren Auslandpreise — bekämpft werden. Wenn erst Inlandbutter nicht zu dem teureren Preis der dänischen Importware verkauft werden kann, dann werden die Produzenten gewiß Milch nach der Stadt schicken. Die Relation der Preise ist bei der Scheidung von Inland- und Auslandware für Milch und Fleisch anzufassen. Die Kohlennot und die Verkehrsschwierigkeiten zwingen zum Ausbau der Gemeinschaftsküchen. Diese sind der notwendige Schutz des Mittelstandes, der heute viel schlechter daran ist als die über Mindestlöhne verfügbare Arbeiterschaft. Die Gemeinschaftsküchen müssen als Zusammenlegung gleichartiger Haushaltungen bis weit hinauf in die bemittelten Kreise durchgesetzt werden. Die Doppelversorgung der in den Restaurants verköstigten Personen muß ein Ende haben. Je nach den Einkaufsmöglichkeiten wird es Gemeinschaftsküchen mit gestaffelten Preisen geben müssen, die Rahrungsmenge soll aber in keiner Speisestelle über das notwendige Bedarfsquantum des einzelnen hinausgehen.

Vizebürgermeister Hoff stellte zunächst einige in der Debatte vorgekommene Irrtümer in sachlicher Beziehung richtig und vertrat dann den Standpunkt, daß die vollkommene staatliche Bewirtschaftung nur in jenen Artikeln ihren Zweck erfüllen könne, welche voll und ganz erfasst werden können. Bei den Kartoffeln sei dies leider nicht der Fall, doch könne das Gegenteil der staatlichen Bewirtschaftung, nämlich der vollkommen freie Handel, auch nicht das Ziel erreichen. Zu erwägen wäre jedenfalls neben der durch die Verordnungen geschaffenen Methode auch die Heranziehung des legitimen Handels unter solchen Bürgschaften, die eine Verschleppung der Kartoffeln einerseits, eine unangemessene Preisbildung andererseits verhindern.

Abg. Dr. Diamand erklärte, man könne sich nicht einfach als Anhänger der staatlichen Bewirtschaftung erklären, da die wichtigste Vorbedingung dafür ein zweckentsprechender und umfassender Wirtschaftsplan sei. Dies gilt namentlich für die Kartoffelernte. Die erlassenen Verordnungen lassen einen Ueberblick über die staatliche Wirtschaftsidee nicht gewinnen. Unter der Voraussetzung, daß ein solcher Wirtschaftsplan vorgelegt werde, sei er dafür, daß jeder andere Weg ungangbar erscheine. Redner verteidigte sodann das Land Galizien gegen die in der letzten Zeit erhobenen Angriffe wegen des Kartoffelausfuhrverbotes. Galizien weise heute nur die Hälfte des bebauten Bodens auf. Außerdem werden die Kartoffeln vielfach für die dort befindlichen Truppen in Anspruch genommen, so daß für die bodenständige Bevölkerung die Gefahr bestehe, daß sie selbst ohne dieses wichtige Lebensmittel bleiben könnte.

Herr Eidersch verlangte die strengste Handhabung der bestehenden Verordnungen und Ausdehnung der staatlichen Bewirtschaftung auf alle Lebensmittel. Die Kartoffelfrage sei nur in diesem Sinne zu lösen. Redner habe den Eindruck, daß der Ministerpräsident in den Lebensmittelverordnungsfragen im Sinne der Agrarier stehe, und möchte davor warnen.

Ministerpräsident Dr. v. Seidler wies diese Anschauung zurück und erklärte, daß er im Sinne keiner Partei und keiner Interessentengruppe stehe, sondern sich ausschließlich von sachlichen Argumenten leiten lasse, wofür ja auch die Abhaltung der gegenwärtigen Enquete einen Beweis liefere, da sie ja doch dem Zwecke diene, die Meinungen aller interessierten Kreise zu hören.

Vizebürgermeister Dr. Schleicher (Zemberg) führte aus, daß Galizien mit großer Besorgnis der Kartoffelverordnung entgegenstehe, da die Kartoffeln das Hauptnahrungsmittel der Bevölkerung des Landes sei. Galizien könne nur soviel Kartoffeln zur Verfügung stellen, als der Ueberschuß nach Versorgung des eigenen Bedarfes betrage.

Frau Freund-Marcus wünschte die Feststellung, welche Lebensmittel sich für eine staatliche Bewirtschaftung eignen. Sie verlangte die Förderung der Produktion durch Mobilmachung aller verfügbaren Kräfte und Offenheit gegenüber dem Publikum, das viel besser alle Maßnahmen befolgen würde, wenn ihm gegenüber keine Verschleierung geübt würde.

Abg. Klemetter bezeichnet in seiner Rede als preistreibende Faktoren die Heeresverwaltung, die großen Hotels und Sanatorien.

Professor Dr. Wolkan erklärte, daß man in der früheren Zeit den Wucher des Freihandels kennen gelernt habe, und verlangte eine strengere Handhabung der Marktpolizei, deren Aufgabe es ist, die bestehenden Verordnungen durchzuführen.

Ferner wurde in der Debatte, in welcher Ministerpräsident Dr. v. Seidler wiederholt durch Fragen und Bemerkungen sein lebhaftes Interesse an der Sache zum Ausdruck brachte, die Forderung nach Ausgestaltung des Ernährungsamtes zu einem Ministerium erhoben, das in seiner Tätigkeit von den anderen Ressorts unabhängig gestellt sein sollte. Von mehreren Seiten wurde auch der Wunsch nach Schaffung einer zentralen Bewirtschaftung für Fett und Fleisch erhoben. Die Beratung, in welcher jeder Redner nur zehn Minuten Redezeit hatte, dauerte von 3 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends.

Nachmittags waren außer den Herren und Damen, die zur Eröffnungsitzung erschienen waren, unter anderen zu bemerken: Handelsminister Freiherr v. Wieser, Statthalter Freiherr v. Bleyleben, Polizeipräsident Geyer, Bürgermeister Dr. Weisskirchner mit Vizebürgermeister Hoff, die Reichsratsabgeordneten Landesauschuß Mayer, Klemetter, Schreiter, Kittinger, Doktor Diamand, Dr. Kemner, Sever, Vittoni, Seliger, die Landtagsabgeordneten Kunzschak, Spalowsky, Andrajschke, Brenner und Leitner, Frau Emmy Freundlich, Gemeinderat Gargitter aus Graz, der Präsident des Sanatorienvverbandes Dr. Auffschneider, die Präsidentin der Gemeinschaftsküchen Frau Dr. Schwarzwald, kaiserlicher Rat Marešch, Sekretär Wilhelm, Statthaltersekretär Dr. Merta, Gemeinderat Gruber (Vinz) usw. Die meisten der Anwesenden ergriffen im Laufe der Debatte das Wort.

Der offizielle Bericht über den Verlauf der Beratungen.

Amlich wird gemeldet: Die heute im niederösterreichischen Landhaus abgehaltene Besprechung von Ernährungsfragen wurde nach einer Erklärung des Ministerpräsidenten zu dem Zweck einberufen, um der Regierung die Möglichkeit zu geben, die Anschauungen der Konsumenten über die Vor- und Nachteile der gegenwärtig bestehenden Organisation der Volksernährung kennen zu lernen. Es besteht die Absicht, die von den Vertretern der Konsumenten vorgebrachten Wünsche und Anregungen auf das ernsteste zu prüfen und nach Würdigung der von den Vertretern des Handels und Gewerbes und der Landwirtschaft vorgebrachten Gesichtspunkte eine den Interessen der Allgemeinheit möglichst Rechnung tragende Ausgestaltung des Ernährungswesens anzustreben.

Von den heute zu Wort gekommenen Rednern wurde zunächst in eingehender Weise die Frage erörtert, ob das System der staatlichen Bewirtschaftung ausgebaut oder dem freien Handel ein größerer Wirkungskreis zugewiesen werden soll. Hierbei wurde von den meisten Teilnehmern an der Enquete die Anschauung vertreten, daß nur die staatliche Bewirtschaftung imstande sei, eine gerechte Verteilung der vorhandenen Lebensmittel zu gewährleisten. Allerdings kam auch die Anschauung zum Ausdruck, daß die staatliche Bewirtschaftung im allgemeinen sich nur bei solchen Artikeln empfehle, die nicht leichtem Verderben unterliegen. Bei den letzteren gestalte sich die Bewirtschaftung überaus schwierig und führe nicht selten zu großen Verlusten infolge nicht richtiger Betreuung und der mangelnden Anpassungsfähigkeit der bürokratischen Verwaltung. Es wurde darauf verwiesen, daß die bisherigen Mängel der staatlichen Bewirtschaftung ihren Grund vor allem darin hätten, daß das Zwangssystem zumeist viel zu spät eingeführt habe und vielfach nicht mit genügender Energie durchgeführt worden sei. Es wurde daher gefordert, daß das Amt für Volksernährung zu einem Ministerium ausgestaltet und ihm ein Wirkungskreis zugewiesen werde, der es in den Stand setze, die vielfachen Schwierigkeiten, die sich zum Teil auch aus der gegenwärtigen Zersplitterung der Kompetenzen ergeben, zu überwinden.

Einen breiten Raum nahm die Besprechung der Ungleichmäßigkeiten ein, die auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung hinsichtlich der organisierten und der nichtorganisierten Konsumenten einerseits und in örtlicher Beziehung andererseits bestehen und in weitesten Bevölkerungskreisen eine sehr berechtigte Mißstimmung hervorrufen. Allgemein kam die Anschauung zum Ausdruck, daß mit größter Energie darauf gedrungen werden müsse, die sich zeigenden unseugnaren Verschiedenheiten in der Versorgung zu beseitigen oder doch auf das geringste Maß herabzusetzen. In der erwähnten Beziehung seien vom Ernährungsrat wiederholt Vorschläge erstattet worden, die aber zum großen Teil noch immer keine Berücksichtigung gefunden hätten. Es wurde daher die Forderung erhoben, daß den Anträgen des Ernährungsrates seitens der kompetenten Stellen größte Beachtung geschenkt und dieser Körperschaft ehestens Gelegenheit gegeben werde, zu den in vielen Zweigen des Ernährungswesens aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen.

Sodann wurde in die Spezialdebatte eingegangen und die Bewirtschaftung einzelner Artikel, vor allem der Kartoffeln, eingehend erörtert.

Die Enquete über die Ernährungsfragen.

Im niederösterreichischen Landhause begannen gestern die „Besprechungen“ über die Ernährungsfragen, die der Herr v. Seidler einberufen und zu verantworten hat. Der Ministerpräsident eröffnete die „Besprechung“ mit folgender Ansprache:

Ich begrüße Sie alle auf das herzlichste und möchte mir gestatten, in wenigen Worten den Zweck der heutigen sowie der in den nächsten Tagen stattfindenden Besprechungen darzulegen. Sie wissen, daß sich die Regierung — abgesehen von anderen sehr wichtigen Problemen — gegenwärtig in erster Linie mit den wirtschaftlichen und insbesondere mit den Ernährungsfragen beschäftigt, und zwar dies in der Erkenntnis, daß im gegenwärtigen Augenblick die gesamte Bevölkerung diese Probleme als die dringlichsten und wichtigsten betrachtet und betrachten muß. Der Staatsverwaltung erwachsen hier zwei Aufgaben. Die erste und wesentlichste besteht darin, dafür zu sorgen, daß soviel als nur irgend möglich produziert wird. In Anbetracht der so außerordentlich schwierigen Verhältnisse muß anerkannt werden, daß in dieser Beziehung von den Produzenten wirklich Großartiges geleistet worden ist. Aber wir müssen doch eifrig darauf bedacht sein, daß hier mit allen Kräften fördernd eingegriffen werde. Zweitens handelt es sich um eine rationelle Verteilung des Hervorgebrachten. Gerade in Bezug auf die Verteilung der Produkte werden nun in der Öffentlichkeit Klagen erhoben, die sich täglich mehren. Wir haben schon im ersten Jahre des Krieges, als wir dessen lange Dauer zu ahnen begannen, ein System der staatlichen Bewirtschaftung ausgearbeitet, das seither immer mehr ausgestaltet und erweitert worden ist. Es ist nun der Zeitpunkt herangekommen, in dem wir darüber schlüssig werden müssen, ob wir auf dem eingeschlagenen Wege fortfahren sollen oder ob etwa die Starrheit des Systems — das ja natürlich im ganzen heute nicht mehr beseitigt werden kann — gewisse Milderungen erfahren muß, ob also dem freien Marktverkehr ein größerer Spielraum einzuräumen wäre als bisher. Jedenfalls wird überprüft werden müssen, ob etwa durch einzelne Maßnahmen die Produktion eher gelähmt als gefördert wird. Die Regierung möchte bei dieser wichtigen Beschlussfassung nur im Einvernehmen mit den Vertretern jener Kreise vorgehen, deren Lebensinteressen durch die Entscheidung der aufgeworfenen Fragen in einschneidendster Weise berührt werden, wie ich denn überhaupt der Meinung bin, daß die Staatsverwaltung nur bei offenen Türen beraten soll und daß der innige Kontakt einerseits mit dem Parlament und andererseits mit der Bevölkerung selbst fort und fort aufrecht erhalten werden muß. Nur der Dilettant glaubt, daß er selbst alles am besten versteht; gerade der Wissende weiß, daß er des Rates bedarf. Sprechen Sie sich also, meine Damen und Herren, ganz frei und offen aus. Vergessen Sie aber eines nicht: Es handelt sich diesmal nicht bloß um das Vorbringen von Klagen über einzelne Mängel und Unzulänglichkeiten; sie sind uns allen genugsam bekannt. Wehern Sie sich nicht bloß negativ, sondern auch positiv, das heißt über die Frage der etwa

durchzuführen Reformen und über die einschlagende Richtung der Ernährungs-politik im ganzen und in Bezug auf einzelne Artikel. Seien Sie hierbei offen auch gegen sich selbst; halten Sie sich denn auch die Schwierigkeiten vor Augen, denen jeder Vorschlag — mag er noch so gut gedacht sein — notwendigerweise begegnet. Nur dann können wir zu einem nützlichen Ergebnis gelangen.

Wir hören heute die Vertreter der Konsumenten, morgen die vom Handel und Gewerbe, übermorgen die der Landwirtschaft. Am 10. d. sollen die von den einzelnen Gruppen zu wählenden Delegierten zusammentreten. Ganz klar ist, daß eine gewisse Dezentralisierung geboten ist. Die Redeszeit für jedes einzelne Mitglied der Konferenzen kann daher unmöglich mehr als zehn Minuten betragen. Die Vorlesungen werden dies streng zu sein, wenn wir eventuell mit der Uhr in der Hand unterbrechen müssen. Auch die Zahl der zu besprechenden Waren muß beschränkt werden, und zwar sollen in Betracht kommen: Kartoffeln, Getreide und Mehl, Obst, Gemüse, Eier, Fleisch, Selbwaren und Fett, Milch, Heu und Stroh. Und nun, meine geehrten Damen und Herren, wünsche ich den Beratungen den besten, nämlich einen positiven Erfolg.

Wir sprachen über die Enquete schon an anderer Stelle, können es uns also ersparen, diese sachlich ganz inhaltslose Rede, bei der nur an den Effekt in jenen Zeitungen, die der Herr Dr. v. Seidler sehr irrtümlich als die Stimme der Bevölkerung betrachtet, gedacht wird, eingehender zu untersuchen. Nachdem der Herr Ministerpräsident „ausgesprochen“ hatte, wollte er einfach und schlicht davongehen und die Konferenz irgend einem Ort überlassen. Aber man bedeutete ihm, daß, wenn man ihm zuhört, auch er zuhören soll, und so wurde die Konferenz auf den Nachmittag verlagert. Ueber die seltsame Zusammenfügung der Enquete wird uns berichtet: Man hat diesmal nicht die Organisationen aufgeföhrt, ihre Vertreter zu entsenden, sondern einfach wahllos und ohne Unterstützung des Ernährungsamtes und der Statthalterei alle möglichen Leute eingeladen, die selbst jene Vertreter der Konsumenten, die seit Beginn bei allen Sitzungen waren, niemals gesehen haben. Der Vertreter der Sanatorien und ihrer einfach beispiellosen Mißwirtschaft ist denn doch kein Konsumentenvertreter, und der Vertreter der Grobhandelsfirma der Kaufleute war sicher nur eingeladen, damit er das Hofgelächter auf die Handelsfreiheit anstimmt, in das dann der Chor der Verbraucher nach der Meinung der Hintermänner der ganzen Veranstaltung einstimmen sollte. Man will nun die Komödie in der Weise weiterführen, daß man morgen die Händler, Samstag die Agrarier tagen läßt und Montag eine Konferenz zusammenberuft, die aus Delegierten der drei Gruppen besteht. Wie diese Vertretung aussieht, erhellt wohl daraus, daß von zehn Mitgliedern, die heute gewählt wurden, nur Oberst als Vertreter der Arbeiter gewählt wurde, die deutschen Arbeiter der Sudetenländer aber vollständig leer ausgegangen sind! Diese Tagung am Montag kann nur verwirrend wirken, und wenn der Ministerpräsident aus diesem Chaos eine Meinung gewinnen will, dann wird er nur eine schiefe und unvollkommene Meinung gewinnen können.

Der offizielle „Bericht“

befagt:

Von den heute zu Wort gekommenen Rednern wurde zunächst in eingehender Weise die Frage erörtert, ob das System der staatlichen Bewirtschaftung ausgebaut oder dem freien Handel ein größerer Wirkungskreis zugewiesen werden soll. Hierbei wurde von den meisten Teilnehmern an der Enquete die Anschauung vertreten, daß nur die staatliche Bewirtschaftung imstande sei, eine gerechte Verteilung der vorhandenen Lebensmittel zu gewährleisten. Allerdings kam auch die Anschauung zum Ausdruck, daß sich die staatliche Bewirtschaftung im allgemeinen nur bei solchen Artikeln empfehle, die nicht leichtem Verderben unterliegen. Bei diesen Artikeln gestalte sich die Bewirtschaftung aberaus schwierig und führe nicht selten zu großen Verlusten infolge nicht richtiger Betreuung und der mangelnden Anpassungsfähigkeit der bürokratischen Verwaltung. Es wurde darauf verwiesen, daß die bisherigen Mängel der staatlichen Bewirtschaftung ihren Grund vor allem darin hätten, daß das Zwangssystem zu meist viel zu spät eingeführt habe und vielfach nicht mit genügender Energie durchgeführt worden sei. Es wurde daher gefordert, daß das Amt für Volksernährung zu einem Ministerium ausgestaltet und ihm ein Wirkungskreis zugewiesen werde, der es in den Stand setzt, die vielfachen Schwierigkeiten, die sich zum Teil auch aus der gegenwärtigen Zersplitterung der Kompetenzen ergeben, zu überwinden. Einen breiten Raum nahm die Besprechung der Ungleichmäßigkeit ein, die auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung hinsichtlich der organisierten und der nichtorganisierten Konsumenten einerseits und in örtlicher Beziehung andererseits bestehen und in weitesten Bevölkerungskreisen eine sehr berechtigte Mißstimmung hervorrufen. Allgemein kam die Anschauung zum Ausdruck, daß mit größter Energie darauf gedrungen werden müsse, die sich zeigenden unzulänglichen Verschiedenheiten in der Versorgung zu beseitigen oder doch auf das geringste Maß herabzusetzen. In der erwähnten Beziehung seien vom Ernährungsbeirat wiederholt Vorschläge erstattet worden, die aber zum großen Teil noch immer keine Berücksichtigung gefunden hätten. Es wurde daher die Forderung erhoben, daß den Anträgen des Ernährungsbeirates von den kompetenten Stellen größte Beachtung geschenkt und dieser Körperschaft ehestens Gelegenheit gegeben werde, zu den in vielen Zweigen des Ernährungswesens aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen. In der Spezialdebatte wurde die Bewirtschaftung einzelner Artikel, vor allem der Kartoffeln, eingehend erörtert.

Anträge der Vertreter der Arbeiterkonsumenten.

Unsere Genossen brachten in der Enquete die nachfolgenden Anträge ein, denen sich noch ein großer Teil der anderen Konsumentenvertreter anschließt:

Die Konsumentenenquête protestiert entschieden gegen die Art, in der die Ernährungs-enquete einberufen und durchgeführt wird, weil diese weder ein klares Bild der herrschenden Strömungen noch eine Information über die Absichten der Regierung geben wird. Die Vertreter der Konsumenten erklären, daß die Zeit für neuerliche Experimente zu erst ist, als daß ein beständiger Wechsel in den Anschauungen und dem Willen der Regierung ertragen werden könnte. Sie erklären deshalb, daß der staatliche Ernährungsdienst nur gedeihlich geführt werden und seine Organisation nur dann taglos funktionieren kann, wenn aus dem Amt für Volksernährung endlich ein Ministerium geschaffen wird. Dieses Ministerium müßte unter eigener Verantwortung und im selbständigen Wirkungskreis alle notwendigen Ernährungsmaßnahmen anordnen und durchführen, um die Volksernährung sicherzustellen. Das neue Ministerium müßte auch unabhängig von allen Sonderbestrebungen einzelner einflussreicher Kreise, auf welche Weise sie sich immer bemerkbar machen mögen, geleitet werden und es müßte dieselbe Freiheit der Entscheidung und Verfügung haben wie die anderen Ministerien. Die Ernährungs-enquete verlangt, daß der Ernährungsbeirat weiter in Funktion bleibt und als ständiger Beirat des neuen Ministeriums zu funktionieren hat.

Die Konsumentenvertreter lehnen, insoweit diese ihre Forderungen nicht erfüllt sind, jede Verantwortung für den staatlichen Ernährungsdienst ab und erklären, daß die Regierung allein für alle Folgen ihrer schwankenden und zögernden Haltung und für die Inkonsequenz ihrer Handlungen verantwortlich ist.

Die Konsumentenenquête fordert, daß die staatliche Bewirtschaftung der Lebensmittel weder aufgehoben noch eingeschränkt wird, sondern auf alle Lebensmittel auszudehnt ist, die gegenwärtig noch frei gehandelt werden. Wenn die staatliche Bewirtschaftung der Lebensmittel mangelhaft funktioniert, so ist daran vor allem die inkonsequente Durchführung dieses Systems durch die staatlichen und autonomen Behörden, die passive Resistenz der Händler und Produzenten schuld, insbesondere aber die Tatsache, daß eine Reihe wichtiger Lebensmittel nicht staatlich bewirtschaftet werden. Es besteht heute nicht ein starres System der staatlichen Bewirtschaftung, sondern ein durch die private Profitgier und mangelnde Energie der staatlichen Organe durchlöcherter System, das vor allem bei der Bewirtschaftung von Fett vollständig versagt hat.

Die Konsumentenenquête ist der Überzeugung, daß die zwangsläufige Bewirtschaftung nur allein imstande sein kann, die Bevölkerung vor dem maßlosen Preiswucher, die minder- und minderbemittelte Bevölkerung vor dem vollständigen Mangel an allen notwendigen Lebensmitteln zu schützen. Der freie Handel ohne staatliche Kontrolle würde nicht mehr, sondern nur teurere Waren herbeiführen und die Produktion der Lebensmittel und unentbehrlichen Bedarfsartikel nicht fördern, denn selbst die beständig steigenden Höchstpreise sind nicht imstande, eine Mehrzeugung zu sichern. Im Gegenteil, die Agrarier und die Lebensmittelindustrie verlieren jeden Anreiz zur Vermehrung der Produktion und vor allem zur Abgabe ihrer Produkte, wenn ihnen bei kleineren Mengen Wuchererpreise gesichert bleiben.

Sollte die Regierung trotzdem die staatliche Bewirtschaftung der Lebensmittel ausheben oder bereits bestehende Verfügungen durch Nachtragsverordnungen abschwächen oder einschränken, dann werden die Konsumentenvertreter gezwungen sein, die Bevölkerung darüber zu unterrichten, daß in unserer staatlichen Ordnung die Interessen der besitzenden und produzierenden Stände vorzugsweise Berücksichtigung finden, das Wohl der übrigen, namentlich aber der Arbeiterbevölkerung diesen Interessen zurückgesetzt wird.

Die Beratungen über die Ernährungsfragen.

Die Einnahme der Vertreter des Handels und der Approvisionierungsgewerbe, die auf dem heutigen Programm der Beratungen über die Ernährungsfragen stand, wickelte sich rascher ab als gestern die Verhandlungen mit den Vertretern der Konsumenten. Ueber den Verlauf der Diskussion erfahren wir von Mitgliedern der Enquete:

Als Vertreter der Fleischhauer und Fleischhelfer sprachen die Genossenschaftsvorstände Schedl und Bierödl, welche die Heranziehung von Fachleuten der Viehverwertung bei jeder Art von Bewirtschaftung für unerlässlich bezeichneten. Man könne doch sie allein nicht den Produzenten anliefern, sondern müsse den Gewerbestand schon deshalb einschalten, weil er gewohnt ist, an die Bedürfnisse der Konsumenten zu denken und ihnen Rechnung zu tragen.

Als Vertreter der Großkaufleute sprach Herr Vinz, der den Anschauungen des Dr. Tausche beipflichtete und bedauerte, daß gerade diejenigen, die berufen gewesen sind, den Handel auszuüben, sich immer mehr zurückgezogen haben. Vom freien Handel kann nicht die Rede sein, solange nicht genügend Mengen vorhanden sind und solange eine Rationierung und Rayonierung der Artikel notwendig ist. Die Auflösung der bestehenden Kriegswirtschaftszentralen wäre ein grober Mißgriff. Vom Standpunkte der Konsumentenversorgung würde er es begrüßen, wenn eine Organisation von strenger Zentralisation unter Einfügung des Handels und der erfahrenen Fachleute geschaffen würde. Was heute schlecht ist, sei nicht dem Handel allein in die Schuhe zu schieben. Man müsse beim Konsumenten anfangen, der immer nur überlege, wenn er eine neue Verordnung lese, wie gut sie für die anderen sei. (Heiterkeit.) Schließlich trat Redner für die Umwandlung des Amtes für Volksernährung in ein selbständiges Ressortministerium ein.

Herr Nathan Büschel als Vertreter des Eierhandels erstattete Vorschläge zur Aenderung der Eierausbringung und vertrat die Ansicht, daß der Eierauskauf zentralisiert, der Verkauf jedoch bei amtlicher Festsetzung der Verkaufspreise durchzuführen sei.

Der Präsident des Reichsverbandes der kaufmännischen Verbände und Handelsgenossenschaften Papp sprach sich gegen den freien Handel aus und verlangte die Berücksichtigung des legitimierten Handels in besser organisierter Weise.

Der Direktor der Kaufmännischen Vereinigung in Pilsen Josef Prava erstattete eine Reihe genau ausgearbeiteter Vorschläge über die Verteilungsorganisationen, in welcher seinen Vorschlägen gemäß die Handels- und Gewerbetreibenden in ein System umfassender Rayonierung einzugliedern sind, wobei ihm ein ähnlicher Gedanke vorzuschwebt wie derjenige, der bei der jetzt geübten Zuckererteilung in Böhmen verwirklicht wurde.

Handelskammerrat Wöhrle (Vinz) besprach die Nachteile, die sich bei der Verteilung des Brotgetreides und des Mehles ergeben haben. Er forderte, daß bei der Kriegswirtschaftsverkehrsanstalt ein Fachmann aus dem Bäckergewerbe die Verteilung, speziell des Brotmehles, beaufsichtigen solle, damit eine gleichmäßige Brotmehlmischung, wie sie auch in Deutschland üblich ist, zur Verarbeitung gelange.

Der Standpunkt der Wiener Cafetiers in der Milchfrage.

Der Vorsteher der Genossenschaft der Kaffeesieder Herr Eglher gab der zuverlässigen Hoffnung Ausdruck, daß durch die jetzige Aktion der Regierung eine Besserung in den Verhältnissen eintreten werde. Notwendig sei es, daß jene Beamtenkreise, welche die direkte Fühlung mit dem Publikum haben, in solchem Sinne belehrt werden, daß die guten Absichten der maßgebenden Regierungskreise auch verwirklicht werden. Redner besprach sodann die Handelsverhältnisse im allgemeinen und meinte, daß der freie Handel bermalen, bei der herrschenden Knappheit der Vorräte, nicht möglich sei. Allerdings gebe es eine Reihe von Artikeln, die bei Fortdauer des starren Systems und der gegenwärtigen Praxis dem Verderben ausgesetzt sind und für die daher unter diesen Voraussetzungen der freie Handel besser wäre. Der Redner bespricht im besonderen die Milchversorgung. Trotzdem auch Milch ein leicht verderblicher Gegenstand sei, müsse hier das starre System beibehalten werden. Der Redner stimmte den Vorschlägen bei, die eine Relation zwischen Milch und Milchprodukten in der Preisbildung verlangten, und erklärte, es sei vielleicht der gangbarste Weg, durch eine Erhöhung der Milchpreise die Produzenten zu veranlassen, die Milch nicht für Jungvieh zur Aufzucht oder zur Verarbeitung zu verwenden, sondern dem Markte zuzuführen. Wohl sei Milch ein Volksernährungsmittel, doch sei es besser, die Milch etwas teurer zu bezahlen, als die billige Milch nur auf dem Papier zu haben. Die Produzenten leiden ja auch unter gewissen Schwierigkeiten und müssen die Kraftfuttermittel bedeutend teurer bezahlen. Was die Verteilung der Milch betrifft, so wendet sich Redner gegen den in einer Konferenz im Wiener Rathaus gestellten Antrag, die Milchverabreichung in Kaffeehäusern am Abend zu verbieten. Wohl müssen in erster Linie die Kinder und die Kranken mit Milch versorgt werden, die erübrigte Milchmenge aber sollte allen anderen Konsumenten gleichmäßig zugeführt werden, und da dürfen die Kaffeehäuser, die eine wichtige Rolle nicht bloß für die Volksernährung, sondern auch in einer anderen Beziehung für die Kriegswirtschaft spielen, nicht zurückgesetzt werden. Diese andere Beziehung ist die Kohlenfrage. Für viele Leute sind die Kaffeehäuser, und das gilt nicht bloß von den großen Kaffeehäusern, sondern auch von den Kaffeehäusern, welche wahre Tageserwärmungsstätten sind. Die Belieferung der Kaffeehäuser mit Kohle bedeutet also eine Kohlenersparnis, weil viele Leute sich im Kaffeehaus aufhalten und zu Hause nicht zu heizen brauchen. Es ist also keine Verschwendung, wenn die Kaffeehäuser entsprechend mit Kohle beliefert werden und ihre Lokale auch heizen.

Die Wünsche der Wiener Gastwirte.

Gemeinderat Othmar Penz als Obmann des Reichsverbandes der gastgewerblichen Genossenschaftsverbände wies darauf hin, daß die von ihm vertretene Branche in der letzten Zeit besonders feindselig behandelt wurde, weshalb er den Sachverhalt klarstellen wolle, soweit es die karg bemessene Redezeit gestatte. Die Hauptschuld liege an Mißverständnissen, die durch die Durchführung der verschiedensten Maßnahmen verursacht wurden. Die Belieferung der Gastwirte lasse sehr zu wünschen übrig. Redner stellt den Antrag, daß die Landesverbände direkt von den Zentralstellen zu beliefern seien und die Genossenschaften durch die von ihnen gebildeten Groß-

einkaufsgenossenschaften. Weiter fordert der Reichsverband, daß ebenso wie die Konsumenten auch Vertreter der Gastgewerbe im Ernährungsamt Sitz und Stimme erhalten. Endlich tritt Redner für die Einführung eines einheitlichen Menüs für das Mittag- und Abendessen ein, verlangt, daß die Regierung für diese Mahlzeiten die Lebensmittel sicherstelle und daß das Ernährungsamt auch die Einkaufspreise für diese Lebensmittel einheitlich fixiere. Wenn diese Einkaufspreise nicht fixiert werden, können auch die Verkaufspreise, das sind die festen Mahlzeitpreise, nicht fixiert werden. Wird aber der Einkauf erschwert und müssen Ueberpreise gezahlt werden, so wird dadurch der Markt nicht geschädigt. Denn der Gastwirt muß alles tun, um seine Gäste zufrieden zu stellen, und kann sich daher seine Bedarfsartikel auf dem Markte gar nicht beschaffen. Eine Parallele mit den Betriebsküchen könne hier nicht gezogen werden, weil diese selbst unter ganz anderen Verhältnissen einkaufen und ihre Küchenprodukte abgeben als der selbständige Gastwirt. Uebrigens sei es notorisch, daß auch Betriebsküchen zu jenen Faktoren gehören, welche die Marktbestände verringern und auf die Preisbildung indirekten Einfluß üben.

Der Vorsteher der Zuckerbäckergenossenschaft Herr Rosenberger wünscht bessere Organisation bei der Zuweisung des Zuckers an die verarbeitenden Gewerbetreibenden und bemängelt es, daß Leute Zucker zugewiesen bekommen haben, die sich erst im Kriege dem Zuckerbäckergewerbe zugewendet haben, während alte und angelegene Gewerbetreibende nur geringe Quantitäten erhalten haben.

Der Präsident des Mühlenverbandes in Prag, Herr Anton Blazak, sprach sich über die Tätigkeit der Kriegswirtschaftsverkehrsanstalt überaus lobend aus und beanstandete nur, daß seinerzeit der Mahlohn der Mühlen in Böhmen um 50 % niedriger angelegt worden sei, als in anderen Ländern, gibt aber zu, daß diese Divergenz inzwischen beseitigt worden sei.

Generalsekretär der Börse für landwirtschaftliche Produkte Regierungsrat Dr. Horowitz sprach sich für eine zentrale Bewirtschaftung aus, verlangte jedoch die Einschaltung des freien Handels für die Unterverteilung.

Auch der Präsident des Niederösterreichischen Gewerbevereines, Herr Adolf Schiel, beschäftigte sich eingehend mit der Frage der Unterverteilung, für deren Durchführung er die Besetzung des Handels unbedingt fordert.

Handelskammersekretär Dr. Ziegler besprach die Kartoffelfrage und brachte jene Anträge, die er bereits im Ernährungsrate gestellt hatte, zur Erörterung. Diesen Anträgen zufolge soll ein bestimmtes Quantum der Kartoffelernte für die Armee, die Mindestbemittelten und die Industriebetriebe vorweg sichergestellt werden, der Rest sei dem freien Handel zu übergeben.

Der Vorsteher der Genossenschaft der Fleischhauer und Selcher in Innsbruck Herr Dietrich verlangte von der Regierung ein tatkräftiges Eingreifen in der Richtung, daß den Bezirkshauptmannschaften obligatorisch aufgetragen werde, darauf zu sehen, daß nur schlachtreifes Vieh zur Schlachtung gelange. Weiter vertrat er die Forderung, daß bei der Fleischverteilung die fleischerarbeitenden Gewerbe unbedingt heranzuziehen seien.

Schließlich wurde für die am Montag stattfindende gemeinsame Konferenz, in welcher Vertreter der Konsumenten, des Handels und der Gewerbe und der Produzenten zum Wort gelangen sollen, als Vertreter des Handels- und Gewerbebestandes ein Komitee bestimmt, welchem folgende Herren angehören: Vorsteher des Landesverbandes der Fleischhauer und Selcher Prags Pirasek, Handelskammerrat Böcher (Ybbs), Reichsverbandspräsident Papp, Vorstand der Gastwirtegenossenschaft Othmar Penz, Präsident der Reichsorganisation der Kaufleute Michael Ratz, Vorsteher der Zuckerbäckergenossenschaft Rosenberger, Vorsteher der Genossenschaft der Viehhändler kaiserlicher Rat Saborsky, Vorsteher der Fleischhelfer-genossenschaft Schedl, Obmann des Verbandes der Großkaufleute Vinz, Handelskammerrat Wöhrle (Vinz).

Morgen werden die Vertreter der Produzenten zum Worte gelangen. Mit Rücksicht auf den Feiertag werden die Beratungen morgen erst um 10 Uhr vormittags beginnen.

Der offizielle Bericht.

Amtlich wird über den Verlauf der heutigen Beratungen berichtet:

In der heute unter Vorsitz des Handelsministers Dr. Freiherrn v. Wieser abgehaltenen Besprechung von Ernährungsfragen durch Vertreter des Handels und Gewerbes kam übereinstimmend die Meinung zum Ausdruck, daß an dem System der zentralen Bewirtschaftung der wichtigsten Lebensmittel unbedingt festgehalten werden müsse, solange sich die Rationierung der Artikel als notwendig erweise. Die Freigabe des Handels mit jenen Artikeln, die nur in beschränktem Maße vorhanden seien, werde von den legitimen Handels- und Gewerbetreibenden nicht verlangt, wohl aber müsse darauf bestanden werden, daß diese Kreise in einem weit höheren Maße als bisher in das System der Kriegswirtschaft eingeordnet würden. In den Zentralen wären vor allem Fachleute zu verwenden, neben denen aber auch Konsumentenvertreter Sitz und Stimme haben sollten. Durch ausgiebige Heranziehung von Fachleuten für die Bewirtschaftung der einzelnen Artikel würden viele Mißgriffe vermieden werden können. Von einzelnen Enqueteteilnehmern wurde beklagt, daß die Tätigkeit der realen Gewerbetreibenden durch verschiedene zwecklose Behelligungen, namentlich bei Anwendung der Preistreibeiverordnung, wesentlich behindert worden und daß auf diese Weise der Handel zum Nachteil der Konsumenten vielfach in die Hand unverantwortlicher Elemente gelangt sei.

Gegen die Ausschreitungen dieser Elemente sowohl hinsichtlich der Preise als auch der Einhaltung der übrigen Kriegswirtschaftlichen Vorschriften wurde in schärfster Weise Stellung genommen. Von einem Redner wurde die Tätigkeit der Konsumentenorganisationen im Interesse der minderbemittelten Bevölkerungsschichten gewürdigt, von anderen Rednern wurde allerdings über die Bevorzugung dieser Organisationen Klage geführt.

In ausführlicher Weise wurden sodann die Fragen der Preispolitik und der Aufbringungs- und Verteilungsorganisation bezüglich einzelner Lebensmittel besprochen. Von den verschiedenen Vertretern der Approvisionierungsgewerbe wurde eine Reihe sehr beachtenswerter Vorschläge erstattet, die auf eine möglichst gleichmäßige und ausgiebige Versorgung der Konsumenten abzielen.

Die Wechselbeziehungen zu Ungarn auf dem Gebiete des Lebensmittelverkehrs wurden in eingehender Weise erörtert. Allgemein wurde schließlich dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß bei allen Verfügungen auf dem Gebiete des Ernährungswezens jeweils auch die berufenen Fachleute aus dem Handels- und Gewerbebestand zu Rate gezogen werden mögen.

Hauswirtschaftliche Plaudereien.

Von Luise Hölz.

Manchmal, wenn der Stapel der Fragebriefe hoch anwächst, möchte ich mit dem Haudegen sagen: die ich rief, die Geister, werb' ich nun nicht los, aber nach dem ersten Verzagen, greife ich doch lieber die Beantwortung mutig an, wie es auch heute geschieht, da ungezählte Briefe vor mir liegen. Auf meine allgemeine Betrachtung über Grund und Ursache der schlechten Beschickung von Obst- und Gemüsemärkten sind eine ganze Anzahl zustimmender Briefe aber auch einige Schreiben, die mir widersprechen, zugegangen, der Widerspruch bewegt sich in zwei Richtungen: einmal wird bestritten, daß die meisten reichen Leute eigene Obst- und Gemüsegärten hätten, das trübe für Berlin nicht zu. Es mag sein, daß in der Reichshauptstadt besondere Verhältnisse gelten, aber meine Plaudereien umfassen doch nicht Berlin allein, sondern das ganze Deutsche Reich, denn überall ist in diesem die „Lägliche Rundschau“ zu finden. Der zweite Einspruch, oder vielmehr eine Verteidigung gegen eine Anklage, welche zwei Selbstverlegerhausfrauen in der letzten Plauderei geführt haben wollen, beschäftigt sich mit dem Einmachen der ländlichen Bewohner, gibt dieses außerordentlich vermehrte Einmachen von Obst und Gemüse auf dem Lande zu, hält es aber für gerechtfertigt. Das tue ich aber auch, und es ist eine mißverständliche Auffassung, daß ich einen Vorwurf habe erheben wollen, ich wollte nur einen der Gründe der geringeren Beschickung der Obstmärkte und Gemüsemärkte feststellen, ich verarge den ländlichen Haushaltungen, die ja jetzt auch lange nicht mehr in Hülle und Fülle leben, diese Vorfrage ganz und gar nicht. Das Einmachen beherrscht die Hausfrauen noch immer; neben der wirklich brennenden Frage der Gessersparnis ist wieder der größte Teil der Fragen diesem Zweige der Kochkunst gewidmet. Ein wenig mißmutig und ungeduldig kann es einen aber machen, wenn so viele Fragen sich wiederholen, so viele immer von neuem frühere Vorschriften noch einmal verlangen, und immer noch die Rezepte verloren gegangen sind. Sollten meine vielgeliebten Leserinnen nicht in Interesse der Allgemeinheit sorgfamer mit dem Aufbewahren der Plaudereien und Kochvorschriften werden können, und könnten sie nicht auch etwas gründlicher lesen? Ich habe in den letzten beiden Wochen 16 „Bestellungen gegen Nachnahme“ auf mein Kriegskochbuch erhalten, und ich habe hier schon einmal — und wiederhole es hiermit — deutlich gesagt, daß ich mit dem Vertrieb des Büchleins nichts zu tun habe, sondern daß jede Buchhandlung das Buch besorgt. Ich teile hier noch einmal mit, daß das Buch „Davidis'sche Praktisches Kriegskochbuch“ heißt, im Verlage von Velhagen und Klasing, Bielefeld, erscheint und 2 M. kostet. Die mir zugegangenen Bestellungen habe ich meinem Buchhändler überwiesen.

Außer den vielen Fragen nach Verwendung und Einkochvorschriften für die mannigfaltigsten wilden Beeren, sind mehrere Fragen nach Anleitung zur wirklich haltbaren Fleischfrischhaltung und zur Milchsterilisation bei mir mit dem Bemerkung „eilig und dringlich“ eingegangen. Ich will diese Fragen drum zuerst beantworten.

Nicht alle Beeren und Wildfrüchte sind zu gebrauchen, wie es manche Leserinnen meinen, die von jeder Beeren- und anderen Frucht, die sie in größeren Mengen im Freien finden, nun Mus und wer weiß was noch machen möchten und von mir „Allwissenheit“ voraussehen. Ich möchte nun nicht die Verantwortung auf mich nehmen, etwas anzugeben, was ich nicht selbst erprobt habe oder erproben lassen konnte, deshalb kann ich nicht allen Fragestellerinnen Rat geben.

Nach den Beeren des wildwachsenden Bergholunders werde ich von fünf verschiedenen Leserinnen gefragt. Seine roten Beeren sind ganz wie die schwarzen Beeren unseres Gartenholunders zu gebrauchen, sie haben aber nicht das schöne Aroma. Am besten kocht man sie zu Mus mit einer süßen aromatischen Birne oder mit Kürbis und Zitronenschale, dann erhält man ein sehr wohlschmeckendes Mus von schöner Farbe. Saft aus den Früchtchen des Bergholunders zu bereiten, rate ich nicht, er hat einen herben und nicht angenehmen Geschmack. Aber — dies als Antwort auf zwei weitere Anfragen — die Beeren des Bergholunders besitzen ein gemießbares fettes Öl, das man selbst gewinnen kann. Man zerquetscht die Beeren roh gründlich und kocht sie unter Rühren weich, aber nicht zu dick, läßt die Masse erkalten und laßt abdam das Fett oben abschöpfen.

Die Beeren der schwarzen Sumpferle zu verwenden ist nicht möglich, nur ist eine Verwendungsart nicht bekannt, erproben ließ ich kürzlich die schwarzen Beeren von Ribes aurea, sie haben mit Zucker, Zitronenschale und Zitronensaft gekocht, ein gutes Schmorobst gegeben, außerdem sind sie musartig eingekocht unter Birnen- und Kürbismus gemischt worden, sie haben ein wohlschmeckendes Mus gebracht, das aber am besten noch etwas gewürzt werden müßte, wenn es sich um Zusatz zu Kürbismus handelt. Es lohnt sich die Herstellung aber nur, wenn man ohne viel Zeitverlust größere Mengen dieser Früchte ernten kann.

Die Klagen von drei „Rundschau“-Leserinnen, daß man in diesem Jahre Rhabarber nicht einmachen könne, weil Zucker fehlt, sind mir nicht ganz verständlich; bekanntlich läßt sich doch Rhabarber trefflich ohne Zucker in weinigen Flaschen roh und ungekocht einmachen, man braucht ihn nur nach dem Einkünnen mit abgekochtem kaltem Wasser zu überfüllen und die Flaschen luftdicht zu verschließen. Ich habe außerdem den Rhabarber im letzten Jahr als trefflichen Ersatz für Zitronensaft bewahrt gefunden. Der Rhabarber wird dazu in ganz kleine Stücke geschnitten, in möglichst wenig Wasser langsam gekocht, auf ein Haarfieb geschüttet und ohne Anrühren abgetropft. Der Saft wird in kleine Flaschen gefüllt, diese mit Einweiherschluß oder leimfreien Wattepfropfen geschlossen und dann 30 Minuten sterilisiert, der Saft kann überall an Stelle von Zitronensaft gebraucht werden.

Der lebenswürdigen Schreiberin aus Esterwerda teile ich mit, daß sie aus guten süßen Birnen sowohl Birnenmus als Birnen-sirup herstellen kann und zwar beides aus derselben Frucht. Zum Mus wird die geschälte Frucht benutzt, zum Sirup nimmt man ihre Schalen. Die Bereitung von Mus aus den geschälten, zerschnittenen Birnen, das wie Pfäfenmus gekocht wird, dürfte bekannt sein, auch das man dies Birnenmus sehr gut mit Rhabarbermus, das ohne Zucker mit benzoesaurem Natron vermischt wird, mengen kann, weniger bekannt ist die Herstellung von Birnen-sirup aus Birnenschalen. Die Schalen werden gut gewaschen, knopp mit Wasser bedeckt und gut ausgekocht. Der Saft muß durch ein Geleeduch laufen, er wird zur Hälfte eingekocht und dann mit Zucker gemischt, wobei man auf 500 Gr. Saft 125 Gr. Zucker rechnet. Man kocht den Saft so lange, bis er sirupartig vom Löffel fließt, worauf man ihn in kleine Steintöpfe füllt, und diese mit Pergamentpapier verbindet.

Frau H. L. in Dresden, die nach der Herstellung von Obstbutter fragt, teile ich mit, daß auch diese am besten wohl aus süßen Kochbirnen bereitet werden, zu denen man gelbe Rüben oder Zuckerrüben zusetzt. Man kocht die Birnenschalen mit den Zuckerrüben zusammen weich und streicht sie durch, kocht die Masse dicklich in großem Kessel und gibt die geschälten, in Stücke geschnittenen Birnen hinein. Unter ständigem Rühren kocht man die Masse ganz feil, und füllt sie in Steingutgefäße.

Apfelbutter, nach der fünf Hausfrauen fragen, habe ich in der zweiten Beilage von Nr. 475 des Vorjahres, bereits gebracht, ich wiederhole die Vorschrift hier noch einmal, bitte aber, sie nicht wieder zu verlieren. Man bereitet die Apfelbutter aus unreifem Fallobst, sowohl aus Birnen und auch Äpfeln. Das Obst wird in Stücke geschnitten, nur Stiel, Blume und wurmfressene Stellen entfernt, dann gut handhoch mit Wasser bedeckt und weich gekocht.

Man treibt die Masse durch ein grobes Sieb, nimmt auf 5 Pfund Mus ein Pfund Zucker und kocht es, bis es eine dunkelrote Farbe hat, füllt es in Steintöpfe und stellt sie so lange in den heißen Bratofen, bis sich eine Kruste gebildet hat. Dann erst wird die sehr haltbare Obstbutter mit Pergamentpapier zugebunden.

Das rheinische Apfelmus, nachdem B. W. in B. fragt, wird aus Äpfeln und Birnen hergestellt. Man nimmt zwei Drittel ungeschälte, geviertelte Äpfel und ein Drittel saftreiche Birnen, die man halbiert, ihnen aber das Kernhaus läßt. Das Obst wird mit reichlich überstehendem Wasser ganz weich gekocht und unter Druck langsam ausgepreßt. Der durchgelaufene Saft wird ohne Zucker unter Rühren langsam gekocht, bis er eine goldig braune Farbe und die Beschaffenheit reinen Honigs hat. Lieberigens ist das in den Handel kommende — ich spreche natürlich von vergangener schöner Zeit! dies bitte ich zu beachten, sonst überflutet man mich demnächst mit Anfragen, wo zu kaufen — rheinische Kraut fast immer mit Rüben-saft vermischt. Man nimmt dazu Kunkelrüben (Futterrüben oder Dickmurg genannt) pult sie gut, schneidet Kopf und Wurzel ab und kocht sie im Ofen ganz weich oder kocht sie in Wasser weich. Die Rüben werden von der äußeren harten Schale befreit, auf einem Reibeisen gerieben, dicklich gekocht, durchgeseiht und mit Apfelsaft zu steifem Mus gekocht. Ehrliche Menschen nennen diesen Bratausstrich, den Kinder ganz besonders lieben, Rübenkraut oder Rübenkreide.

Eine wissenschaftliche junge Hausfrau in Eberswalde fragt mich, ob ich ihr nicht kurz sagen kann, was Obstkraut, Gelee, Mus, Marmelade und Obstbutter ist. Ich antworte ihr so kurz wie möglich, daß Obstkraut eingedickter Frucht-saft ohne Zucker, Gelee mit Zucker dickergekochter Frucht-saft ist. Unter Mus ist ein-saches, mit oder ohne Zucker eingekochtes Frucht-fleisch, Marmelade eine feinere Art der Bereitung von Obstmus, bei dem das Frucht-fleisch durchgeseiht wird, und Obstbutter ist endlich ein Zwischending zwischen Obstkraut und Obstmus, da es aus eingekochtem Frucht-saft und Frucht-fleisch gemischt wird.

Ja, auch Gelee läßt sich aus Ebereschen herstellen, verehrte Frau C. aus Jena, man tut aber gut, zur Milderung des herben Geschmacks der Ebereschen, zu zwei Dritteln nur Ebereschen-saft zu nehmen, während man das dritte Drittel aus Apfelsaft bestehen läßt. Bei den gewöhnlicher Ebereschen muß man diese entkernen, sie von den Stielen dazu befreien, abspülen und über Nacht in Essigwasser legen. Man kocht hierauf die abgetropften Beeren weich, läßt den Saft abtropfen, mischt ihn mit dem Apfelsaft aus unreifen Äpfeln und rechnet 575 Gr. Zucker für jedes Liter gemischten Saft, der auf bekannte Weise zu Gelee eingekocht wird.

Und nun das Fleisch-einwecken und die Milchsterilisation, nach beiden wird von verschiedenen Seiten c. gefragt, wobei ich Einmachten von Fleisch über Meeresdunst.

Fleisches in Farbe und Geschmack des öfteren gelagert wird, zweifle sehr daran, ob es überhaupt raffam ist, unter den jetzigen Verhältnissen — schlechtgenährtes Vieh, teure Gläser und kaum-brauchbare Verschlüsse — Fleisch zu sterilisieren, ich rate davon ab und würde es nur für Wild und für Geflügel anraten, das man verwerten möchte, aber nicht gleich verzehren will. Dazu kommt aber vor allem, daß man wirklich haltbares Fleisch nur erhält, wenigstens für längere Zeit haltbar, wenn man es in Gallert ein-kocht. Diese Gallert herzustellen, stößt aber zurecht, wie jede Haus-frau wissen wird, auf kaum zu überwindende Schwierigkeit, da die Knochen, die Schwarten und Fleischabfälle fehlen, die man sonst dazu gebraucht, auch Gelatine ist ganz außerordentlich knapp, um Kraftbrühen zu steifen. Wer aber trotzdem Fleisch einwecken will, muß ganz besonders vorsichtig damit verfahren, nur die besten Stücke nehmen, die zwar abgehangen, aber nicht etwa zu alt-schlachten sein dürfen, am besten ist immer gekochtes und gedämpftes Fleisch zu sterilisieren. Will man Fleischsuppen sterilisieren ist ein Gallertieren unbedingt anzuraten, man kocht am besten in der Fleischsuppe einen Kalbsknochen mit. Das Fleisch, das man in dieser Suppe etwa einkocht, wird am besten im Dampftopf gekocht, es wird zarter und bleibt nahrhafter, es muß gar, aber nicht zu weich sein, da es durch die einständige Sterilisation bei 100 Grad sonst überweicht wird. Bei gedämpftem Fleisch entfernt man am besten vorher die Knochen und kocht diese zu Gallertbrühe aus, schmort das Fleischstück mit allen Gewürzen, überfüllt es mit der Gallertbrühe und sterilisiert es 60 Minuten bei 100 Grad Celsius. Hat man noch gute alte Gummiringe zum Verschluss, so wird man bei dem angegebenen Verfahren wohl kaum über Veränderung in Farbe und Geschmack beim eingeweckten Fleisch zu klagen brauchen.

Milch zu sterilisieren führt nach meinen im letzten Monat gemachten Erfahrungen am besten zum Erfolg, wenn man die Milch unter ständigem Rühren erst eine zeitlang eindickt, dann in kleine Patentflaschen füllt und bei 80 Grad zwei Stunden sterilisiert, bei dieser Milch erhebt man nicht die bittere Ent-täuung, daß sie sich beim Gebrauch als sauer erweist. Kon-servierere Milch läßt sich im Haushalt nicht herstellen, da sie längere Zeit unter Dampfdruck eingedickt werden muß.

Bei der geradezu sammervoll schlichten Beschaffenheit der jetzigen Verschlussummiringe, die zudem unglaublich teuer sind, erklären sich die dringlichen Fragen verschiedener „Rundschau“-Leserinnen nach anderen Verschlüssen, mit denen eine Sterili-sation möglich ist. Ich habe in letzter Zeit verschiedene mit gutem Erfolg ausprobiert. Vorerst die alte Verschlussart aus Ammo dazu-mal mit Schweinsblase, die man zum Verschluss von Gläsern und Flaschen gleich gut verwenden kann. Man wäscht die Schweinsblase gut, weicht sie in lauwarmem Wasser ein und bindet sie genau wie Pergamentpapier um Flaschenhals oder Gläserrand. Die Gläser füllt man etwas weniger voll und sterilisiert in gleicher Weise wie sonst üblich. Die Schwierigkeit liegt nun aber wieder in der Beschaffung von Schweinsblase, ich habe glücklich eine er-worben, aber sie reichte nicht weit, nur zu Probeversuchen, eine hilfsbereite Hausfrau vom Lande, die mir kürzlich im Brief ein Preis- und Loblied auf den Schweinsblasenverschluss sang, meinte, auf dem Lande könnten Blasen gesammelt und an die Stadt-hausfrauen abgegeben werden. Ich glaube immer noch nicht, daß es dann reichen und vor allem auch nicht, daß sich die Sache überhaupt machen läßt, ich selbst würde dankbare Abnehmerin von diesem Verschluss sonst sein. Ein einfacher guter Flaschen-verschluss läßt sich, wenn man noch Storken hat, die nicht neu und unverfehrt sein brauchen, herstellen durch Anrühren von Schlemmkreide und Wasserglas zu einem Brei, mit dem man den Storken und den Rand des Flaschenhalses überzieht, wenn der fertige Inhalt eingefüllt ist. Frau Admiral Scheer, die in Kiel Leiterin einer Einkochküche ist, taucht den Flaschenhals, nachdem er ver-torft und fest mit einem weißen Lappchen überbunden ist, etwa 2 bis 3 Zentimeter in einen Brei aus Gips und Wasser, jede Flasche erhält also gewissermaßen einen Gipsverband.

Neuerdings habe ich einen unter dem Namen „Abrolon-verschluss“ in den Handel gebrachten Verschluss erprobt, er hat sich mir gut bewährt. Man kauft den Verschluss in Größen von 1 bis 13 Zim. Durchmesser im Preise von 5 bis 10 M. das Hundert von der chemischen Fabrik von Heyden, Radebeul-Dresden. Eine genaue Beschreibung der Anwendung dieses Verschlusses wird beigefügt, so daß sie hier fehlen kann.

Schon früher habe ich von den Einkochflaschen berichtet, welche die Glashütte Königstueke (Ruhr) in den Handel bringt, der ursprüngliche luftdichte Verschluss dieser Flaschen durch ein paraffinirtes Pappplättchen und Gipsbrei ließ sich nicht mehr er-möglichen, weil das Paraffin zur Tränkung der Pappplättchen fehlte. Jetzt hat die Firma für ihre Flaschen einen Asphalt-verschluss erfunden und erprobt, sie füllt die Flaschen zu nicht sehr hohem Breile nebst dem dazugehörigen Gips und Asphalt, gibt auch eine genaue Beschreibung bei. Ein Urteil vermag ich über die wirkliche Haltbarkeit der unter diesem Verschluss eingefüllten Früchte und Gemüse noch nicht zu geben, weil ich dies Verfahren erst vor kurzer Zeit probeweise ausführen konnte.

Ueber die Selbstanfertigung von Kochlöffeln, über die Er-fahrungen mit verschiedenen Sporkochern kann ich heute nicht mehr reden, dies muß in der nächsten Plauderei geschehen, in ihr werden auch die Wünsche verschiedener Fragestellerinnen Erfüllung finden.

bin in der Lage, ich möchte beinahe sagen, in der traurigen Lage, heute gestehen zu müssen, daß die Verteilung, beziehungsweise die Fürsorge für die Produktion und für die Sicherung der Produktion der Nahrungsmittel heute der Ingerenz oder Kompetenz des Ackerbauministeriums entzogen sind durch die Schaffung der Ämter für Volksernährung. Ich bin überzeugt, daß mein sehr geehrter Herr Kollege mir sehr gern einen wesentlichen Teil dieser Last der Fürsorge überlassen würde, aber heute, im vierten Kriegsjahre, ist es ganz unmöglich, etwas an diesem System zu ändern. Ich glaube, es würden die größten Schwierigkeiten eintreten, und dann haben wir auch nicht die Zeit dazu. Es ist nicht möglich, das Ackerbauministerium verantwortlich zu machen und zur Rechenschaft zu ziehen für Dinge, die seiner Kompetenz entzogen sind. Dagegen bleibt dem Ackerbauministerium ein erheblicher Einfluß auf die Produktion selbst, abgesehen von der Fürsorge für die Verteilung und Beschaffung des Saatgutes, was doch noch ein großer Streifen von Agenden ist, in welchen das Ackerbauministerium seine Pflicht zu erfüllen hat. So zunächst gegenüber den Wünschen und Klagen der Vertreter der Landwirtschaft. Da bitte ich Sie, meine Herren, offen und rückhaltlos mit Ihren Klagen und Beschwerden an uns heranzutreten, und ich kann Ihnen versichern: Was geschehen kann, wird naturgemäß geschehen. Ich kenne es noch nicht und kann es noch nicht überblicken, wie weit die Macht eines Ackerbaueministers reicht. Soweit aber mein bescheidener Einfluß gehen wird, werde ich den Herren stets mit liebevollem Eifer zur Verfügung stehen. (Beifall.) Ich will nicht auf die einzelnen Gebiete übergehen, die hinsichtlich der Produktion in Frage kommen, ich glaube aber, daß heute, wo wir für den Bestand, für die Erhaltung des Vaterlandes kämpfen, ein Pflug oder eine Säemaschine nicht minder wichtig ist als ein Geschütz oder dergleichen. (Zustimmung.) Es ist vielfach darüber geklagt worden, daß die Zensur gegenüber den Wünschen und Beschwerden der Landwirtschaft viel weniger entgegenkommend ist als gegenüber den Wünschen und Beschwerden der Konsumenten. (Rufe: Sehr richtig!) Das mag sein. Meine Ansicht ist, daß jedem Stande gegenüber das gleiche Recht geübt werden sollte, und die Landwirtschaft hat einen Anspruch darauf, sich in der Öffentlichkeit mit ihren Wünschen und Beschwerden ebenso hören zu lassen wie die anderen. Doch möchte ich den Gegensatz zwischen Produzenten und Konsumenten, wie er jetzt namentlich in der letzten Zeit hervorgetreten ist, nicht auskommen lassen. Wir müssen heute alle zusammenhalten im Kampfe ums Dasein, im Kampfe um die Erhaltung des Vaterlandes. (Beifall.) Wenn das geschieht, dann hoffe ich, wir werden auch durchhalten, und die ganze Landwirtschaft wird zusammenhalten, um dem Vaterlande die erforderlichen Opfer zu bringen. Damit schließe ich und empfehle das Amt, das mir anvertraut worden ist, Ihrem Wohlwollen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Hieran schloß sich eine längere Debatte, auf deren Verlauf wir zurückkommen.

Die heutigen Beratungen.

Ministerpräsident Dr. v. Seidler leitete die heutigen Beratungen mit einem kurzen Resümee der in den Gruppenberatungen zum Ausdruck gebrachten Anschauungen ein.

Resümee des Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler.

Ohne den heutigen Beratungen vorgreifen zu wollen, könne er doch schon sagen, daß der Zweck der Enquete tatsächlich erreicht worden sei. Es seien bei den Ministerien und insbesondere auch bei ihm selbst zahlreiche Klagen erhoben und die verschiedensten Standpunkte zur Geltung gebracht worden, so daß es fast den Anschein hatte, als ob eine halbwegs einheitliche öffentliche Meinung überhaupt nicht bestehe. Die Regierung legt jedoch den größten Wert darauf, bezüglich der Ernährungspolitik sich auf die öffentliche Meinung stützen zu können. Deshalb sei der Versuch unternommen worden, die verschiedenen Auffassungen in besonderen Beratungen einander gegenüberzustellen und so nach Möglichkeit zu einem, wenn auch nuancierten, so doch mehr oder weniger einheitlichen Bilde zu gelangen. Dies sei nun wirklich gelungen. Fast einmütig sei anerkannt worden, daß das System der staatlichen Bewirtschaftung der Lebensmittel grundsätzlich aufrechtzuerhalten sei. Ebenso einmütig sei hervorgehoben worden, daß Mängel des Systems vorhanden seien. Ebenso wurde fast einstimmig hervorgehoben, daß die vorhandenen Mängel bisher nicht so behoben werden konnten, daß der Ernährungsdienst klaglos funktioniert hätte.

Die Forderungen, die auf eine Aenderung des geltenden Systems abzielen, bewegen sich nun nach zwei Richtungen: einerseits wird gefordert, daß man alle halben Maßregeln vermeiden solle und daß das System der staatlichen Bewirtschaftung strammer durchgeführt werden müsse als bisher. Die andere Meinung gehe dahin, daß die bisher empfundenen Mängel des Systems technischer Natur und in dem System selbst begründet seien. Das letztere wurde insbesondere bezüglich der leicht verderblichen Artikel behauptet, und für diese verlangte man gewisse Konzessionen an die Freiheit des Verkehrs. Der Ministerpräsident findet, daß diese beiden Standpunkte nicht so weit auseinanderliegen, daß es nicht möglich sein sollte, auch in diesen Fragen eine Einigung herzustellen. Es handle sich hier nicht um Fragen eines Prinzips, sondern lediglich um solche der Zweckmäßigkeit. Es sei auch eine Reihe sehr beachtenswerter Vorschläge gemacht worden, so insbesondere bezüglich der Kartoffeln. Allseits werde gewünscht, daß das Ernährungsamt, dem heute eine ganz besondere Bedeutung zukomme, ausgestaltet werde. Auch auf einen innigeren Kontakt mit der Militärverwaltung sei großer Wert gelegt worden. Endlich sei auch der Wunsch geäußert worden, daß das Prinzip der gemeinschaftlichen Bewirtschaftung im Verhältnisse zu Ungarn stärker zum Ausdruck komme als bisher. Schließlich ersuchte der Ministerpräsident die Experten, sich nochmals zusammenfassend auszusprechen.

Vizebürgermeister Hoff besprach insbesondere die Kartoffelfrage und teilte mit, daß die Gemeinde Wien eben daran sei, um alle möglichen Vorfragen zu treffen, damit möglichst große Quantitäten Kartoffeln eingelagert werden können, ohne daß die Gefahr des Zugrundegehens bestünde. Ebenso seien Verhandlungen im Zuge, um in der Fleischfrage die notwendigen Vorkehrungen zu treffen durch Erweiterung der bestehenden Schlachthäuser und Errichtung neuer im Wege der Adaptierung von geeigneten Baulichkeiten. Mit Rücksicht auf den herrschenden Futtermangel und die im Spätherbst zu erwartenden Viehanlieferungen sollte allerorten in dergleichen Weise vorgearbeitet werden, damit zur Zeit des Viehzuflusses das Vieh sofort der Konservierung zugeführt werden könne.

Die Beratungen über die Ernährungsfragen.

Wien, 10. September.

Die vom Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler eingeleiteten Beratungen über die Ernährungsfragen gelangen heute zum Abschluß. Nachdem an drei Tagen der Vormwoche Vertreter der drei Hauptgruppen der Interessentkreise namentlich zum Worte gelangten, sind heute die von diesen bestimmten Komitees zu einer gemeinsamen Beratung zusammengetreten, in der die gegensätzlichen Auffassungen zur Sprache gebracht werden sollen.

Die Feiertagsfeier.

Nachdem am Donnerstag die Konsumenten, am Freitag die Händler und Gewerbetreibenden ihre Vertreter zur Enquete entsendet hatten, erschienen Samstag die Produzentenvertreter im Sitzungssaal des niederösterreichischen Landtages.

Vor Beginn der Sitzung kam es in dem an den Sitzungssaal tosenden Herrensaal zwischen dem Hauptreferenten der Landwirtschaftlichen Zentralstelle Ritter v. Hohenblum und dem Präsidenten der deutschen Sektion des böhmischen Landeskulturrates Theodor Zuleger zu einer erregten Auseinandersetzung über einige grundsätzliche Anschauungen, die einiges Aufsehen erregte.

Die Antrittsrede des Ackerbauministers Grafen Silva-Tarouca.

Ackerbauminister Graf Silva-Tarouca: Es ist selbstverständlich, daß ich die erste Gelegenheit, die sich mir als Ackerbauminister bietet, nicht vorübergehen lasse, ohne mich in einem Worte von Vertretern der Landwirtschaft vorzustellen und mich ihrem Wohlwollen und, ich möchte mit Rücksicht auf diese schweren Zeiten sagen, Ihrer Freundschaft zu empfehlen. Der Herr Ministerpräsident hat in der ersten Sitzung dieser Enquete darauf hingewiesen, daß in der Ernährungsfrage die wichtigste Aufgabe der Bewirtschaftung die Sicherung der Produktion und die Verteilung der Nahrungsmittel an die Bevölkerung sind. Ich

Neue A

Die Aktion des Ministerpräsidenten in der Ernährungsfrage.

Die Besprechungen mit den Vertretern der Landwirtschaft.

Der dritte Tag der Besprechungen des Ministerpräsidenten über die Ernährungsfragen war den Wünschen und Ratschlägen der Produzenten gewidmet. Der Ministerpräsident Dr. v. Seidler eröffnete die Sitzung, indem er nochmals kurz die Grundfrage dieser Enquete stellt, und übergab dann den Vorsitz dem Ackerbauminister Grafen Sylva-Tarouca, der diese Gelegenheit benützte wie er sagte, um sich nicht nur den Wohlwollen, sondern der Freundschaft der Landwirte zu empfehlen. „Ich bin beinahe traurig“, erklärte er, „daß die Sorge für die Verteilung der Nahrungsmittel der Kompetenz des Ackerbauministeriums entzogen und dem Ernährungsamt überwiesen ist.“ Er betonte am Schlusse seiner Rede, daß er bestrebt sei, den Gegensatz zwischen Produzenten und Konsumenten nicht aufkommen zu lassen. Wir stehen alle in dem Kampf um die höchsten Güter — Volk und Vaterland; in diesem Kampfe dürfen wir uns nicht noch künstliche Streitigkeiten aufdrängen lassen.

Nach dem Minister, dessen mit großer Wärme vorgelegener Rede lebhafter Beifall dankte, stellte Dr. Eduard v. Seidl genau umschriebene Forderungen zur Hebung der Produktion. Der Präsident der deutschen Sektion des Landeslukturates Prag, Zulger, begründete seine Haltung im Ernährungsrate hinsichtlich der Kartoffelfrage. Seiner Ansicht nach muß der Staat einen bestimmten Prozentsatz beschlagnehmen, weil es selbst unmöglich ist, die Großstädte, die Industriezentren und die Bedarfsländer zu versorgen. Der Staat muß diese Bewirtschaftung übernehmen, weil er über die Macht und über die Transportmittel verfügt.

Der Gegensatz zwischen Landwirten und Konsumenten.

Dr. Graf Larisch-Moennich wünscht die Einberufung des Ernährungsrates, der das berufene Forum für alle derartigen Fragen sei. Durch seine Ausrichtung sei der Landwirtschaft jede tätige Mitwirkung in Ernährungsfragen unmöglich gemacht. In letzter Zeit, sagte der Redner, hat sich die Gegnerschaft zwischen Produzenten und Konsumenten sehr verschärft, während der Ernährungsrat die Möglichkeit gibt, gewisse Unstimmigkeiten aus dem Wege zu räumen. Der Landwirt ist verstimmt, weil ihm die Konsumenten stets Mißtrauen entgegenbringen, während er es doch trotz unmöglicher Schwierigkeiten erreicht hat, daß wir so dastehen, wie es jetzt der Fall ist.

Die Verhältnisse in Ostgalizien.

Mit den Problemen in Ostgalizien befaßten sich die Redner Wasił Strul, Professor Nowak und R. v. Lisowiecki. Unter besonderer Aufmerksamkeit besprach Dr. v. Kaczynski, der eben von einer Reise in die wiedergewonnenen Gebiete Ostgaliziens zurückgekehrt war, die Lage jener Landstriche. Er warnte vor einer plötzlichen Anwendung der Vorschriften, die wir in drei Jahren aufgestellt hätten. In einem Gebiet, das so lange unter russischer Herrschaft gestanden, könne man nicht auf einmal drei Bände Reichsgesetzblatt anwenden. Die Bevölkerung sei durch die fremde Herrschaft und durch den Anblick der russischen Revolution demoralisiert.

Landesauswärtiger Dr. Schlegel gab seiner Unzufriedenheit mit dem herrschenden Regime temperamentsvoll Ausdruck. Man hat der kaiserlichen Bevölkerung nicht gelassen, was sie braucht. Die Gemüts- und Körpererhaltung muß genug Obst für Most übrig lassen; ohne Most kein Anbau, ohne Most keine Ernte! (Minister a. D. Dr. Schreiner: Der Most ist der Feind des Schnapfes!) Doktor Schlegel warnte auch vor plötzlicher Wegnahme der Kriegsgefangenen und Eingziehung der Pferde während der Unbauzeit durch die Heeresverwaltung. Man solle endlich bei der Diskussion für Minderbemittelte nicht Kreise an Fleischgenuss gewöhnen, die selbst nie daran gedacht haben, Fleisch zu essen, und nun unsern Fleischkonsum gewaltig erhöhen.

Landeshauptmann in Tirol Reichsratsabgeordneter Schraffl besprach die Vorzüge des deutschen Ernährungssystems, die er in Bayern kennen gelernt. Dort brauche man sich nur um die polizeiliche Anmeldung und die Beschaffung der Rationen beim Lebensmittelamt kümmern, alles andre bekomme man dann gut und billig. Wenn man den Viehstand der schlechten Rationierkarte wegen verringere, so soll man auch den Wildstand einschränken.

Die Kartoffelfrage.

Landesausschussbesitzer Sonntag bezweifelte, daß aus der Besprechung positive Resultate herauskommen könnten. In der Kartoffelfrage hat der Ernährungsrat alle Möglichkeiten ergrühen. In

der Hand der Ernteschätzung und des Bedarfs für Heer und Viehhelbsversorger berechnet, er, daß für einen freien Handel nach Bedung des notwendigen Konsums absolut nichts erübrige. Erschwert sei die Lösung der Frage dadurch, daß sich wegen später Blüte die Ernte auf vier bis fünf Wochen zusammen-dränge. Während dieser kurzen Zeit muß die enorme Menge von Kartoffeln vom Produzenten dem Konsum zugeführt werden. 500 bis 600 Waggons müssen täglich verpackt werden. Der freie Handel kann diese Transportfrage nicht lösen. Wer sollte es wagen, mit Kartoffeln irgendwie zu experimentieren, wo wir doch jede Kartoffel auf die Goldwaage legen sollten. Die Verordnung wäre mir insofern zu modifizieren, als sie den Wünschen des Ernährungsrates nicht entspricht. Dazu hat man, ehe die Ernte beginnt, noch vier Wochen Zeit. Vor allem sei ein direkter Verkehr zwischen Erzeuger und Konsument notwendig.

Ein Zwischenfall während der Rede des Reichsritters v. Hohenblum.

Reichsritter v. Hohenblum warf der Regierung vor, es sei ihr Hauptfehler, daß sie nicht gegen den Gewaltmensch Lisza aufgetreten sei. Ferner sei das Höchstpreissystem in der Landwirtschaft ein Fehler. Höchstpreise muß man im Interesse der konsumierenden Bevölkerung auf das Endprodukt und nicht auf das Anfangsprodukt einstellen. Mit besonderer Schärfe wendete er sich gegen die Preisbildung durch die Zentralen.

In seiner weiteren Rede apostrophierte, wie die „Korr. Austria“ hierüber berichtet, Reichsritter v. Hohenblum den Präsidenten des deutschböhmischen Landeslukturates Abg. Zulger in heftigen Worten wegen dessen Stellungnahme in der Kartoffelverteilungsfrage. Hauptächlich machte Herr v. Hohenblum dem Abg. Zulger zum Vorwurf, daß er nicht in genügendem Maße für die Freigabe des Verkehrs in Kartoffeln eintrete. Diese sachliche Meinungsverschiedenheit spitzte Herr von Hohenblum in höchster Erregung zu persönlichen Anklagen und Drohungen zu. Abg. Zulger erwiderte, daß er als Mitglied des Ernährungsrates seine Pflicht gegenüber der Bevölkerung erfülle, die Interessen aller Kreise zu berücksichtigen. Er verbat sich das Auftreten und die Art Herrn v. Hohenblums. Ministerpräsident Doktor v. Seidler und andre Enqueteteilnehmer schloß sich, da die Kontroverse zwischen den beiden Herren immer heftigere Formen annahm, veranlaßt, verbindend einzugreifen.

Präsident des Borslberger Landeslukturates Fink sagte: Wir brauchen die Zentralen, aber man soll sobald als möglich während der Uebergangswirtschaft trachten, von ihrem System wieder abzugehen. Warnen muß man besonders von dem Freigeben der 100- und 50-Kilogramm-Kartoffeltransporte. Voriges Jahr mußte man diese Verfügung sofort wieder aufheben. Die Kartoffeln sind erst freizugeben, wenn die Bevölkerung versorgt ist. Erst dann dürfen Kartoffeln im freien Handel zur Verfügung stehen.

Die Uebergangswirtschaft.

Auch Freiherr v. Panz besprach die Probleme der Uebergangswirtschaft; nach dem Kriege wird die Gefahr einer Hungersnot außerordentlich groß sein. Die eingetübte Mannschaft ist jetzt regelmäßig bei einer Jahrlöhne versorgt. Wenn sie zurückkehrt, wird sie trotz erhöhter Löhne nicht imstande sein, sich und ihre Familie zu ernähren. Wir haben den Weg der Zentralen beschritten, wir können jetzt im September nicht daran gehen, das System zu ändern. Wohl haben sich die Zentralen manches zuschulden kommen lassen, aber die Kriegsküche wirkt ihnen vieles vor, woran sie unschuldig sind. Sehr verdienstlich ist es von der Regierung, daß sie dem Parlament Gelegenheit gibt, in die Gehaltung der Zentralen Einsicht zu nehmen.

Unbedingt notwendig war die zentrale Bewirtschaftung von Heu und Stroh. Im vorigen Jahre haben wir durch den freien Einkauf juchbar gestitten; hätten wir nicht die zentrale Bewirtschaftung, so müßten wir auch heute Heu und Stroh zu wucherlichen Preisen kaufen. Freilich ist die Organisation verspätet ins Leben getreten. Wichtig ist, daß ein militärischer Delegierter, mit Vollmachten ausgestattet, an der Heu- und Strohzentrale teilnimmt, denn der militärische Bürokratismus des Kriegsministeriums ist jüngerlich. Dann wird es hoffentlich auch gelingen, Heupressen und Draht freizubekommen. Erzellenz Höfer hat mit Recht gesagt, die schwierigste Frage sei die Heurfrage.

Minister a. D. Dr. Schreiner, der dem Ackerbauminister herzliche Begrüßungsworte widmete, beantragte die Entscheidung von Invaliden zur Aufsicht gegen die Bländerung der Kartoffelfelder. Die Beschlüsse von Redner

und Eisen für die Landwirtschaft und Höchstpreissetzung für Kalk, der als Düngemittel außerordentlich wertvoll geworden ist.

Graf Sylva-Tarouca dankte hierauf den Anwesenden, daß sie so zahlreich erschienen, und besonders Dr. Schreiner für die Worte, die er für seine bescheidene Persönlichkeit gefunden. Er werde versuchen, die vielen Anregungen in die Tat umzusetzen, nur sei die Macht eines Ministers beschränkt. Es sei so vieles wichtig, daß nur nach und nach darauf Rücksicht genommen werden kann.

Der Schlußtag der Beratungen.

Am heutigen Schlußtag der Beratungen, der der gegenseitigen Aussprache der Vertreter der Konsumenten des Handels und Gewerbes und der Landwirtschaft gewidmet ist, präsidierte Ministerpräsident Dr. v. Seidler, der mit einer resümierenden Ansprache die Debatte eröffnete. Anwesend waren heute Minister General Höfer, Ackerbauminister Graf Sylva-Tarouca, der Vorsitzende des gemeinsamen Ernährungsausschusses General Landwehr v. Bragenau, Statthalter Freiherr v. Pleyben, Sektionschef Erzl, Hofrat Schwarz. In allen Beratungen nahm der Ministerialrat Löwenfeld-Ruß vom Amt für Volks-ernährung teil.

Regierung und Volksernährung.

Der Standpunkt der Landwirtschaft.

Im Rahmen der vom Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler einberufenen Konferenz gaben vorgestern zu den Ernährungsfragen die Vertreter der Landwirtschaft ihr Votum ab, nachdem an beiden Vortagen die Vertreter der Konjumenten sowie die Angehörigen des Handels, der Industrie und des Gewerbes ihre Wünsche geäußert hatten.

Die Konferenzteilnehmer.

In den stellenweise sehr interessanten Verhandlungen, die vom Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler und vom Ackerbauminister Grafen Silba-Larouca eröffnet wurden, nahmen unter anderem teil: der Vorsitzende des gemeinsamen Ernährungsausschusses Generalmajor Landwehr v. Pragenau, Ernährungsminister Generalmajor Höfer, der Statthalter von Niederösterreich Baron Miehlehen, der Landeshauptmann von Schlesien Graf Larisch-Rönnich, Polizeipräsident Hofrat Gaber, Geheimer Rat Sektionschef v. Grtl, der Vizepräsident der Zentral-Preisprüfungs-Kommission Hofrat Baron Fries, die Landeshauptmänner Monsignore Faidutti und Schraffl, die Abgeordneten Dr. Schreiner, Baron Panz, Dr. Schlegel und Sedlak sowie die Landesauschüßmitglieder Ehrenfels und Stöckler.

In seiner Eröffnungsansprache wies Ministerpräsident Dr. v. Seidler auf den Zweck der Enquete hin und forderte die erschienenen Vertreter der Landwirtschaft auf, konkrete Vorschläge und positive Argumente vorzubringen, wenn sie mit dem eingeschlagenen Weg in Ernährungsfragen nicht einverstanden seien.

Rede des Ackerbauministers.

Hierauf ergriff Ackerbauminister Graf Silba-Larouca das Wort. Er führte aus, daß die Fürsorge für die Sicherung der Produktion infolge der Schaffung des Amtes für Volksernährung zum größten Teil der Kompetenz des Ackerbauministeriums entzogen worden sei, so insbesondere auch die Frage der Beschaffung und Verteilung des Saatgutes, die wohl eigentlich auch heute in die Kompetenz des Ackerbauministeriums gehören würde. Der Minister hat sodann die Teilnehmer an der Besprechung, ihre Wünsche und Beschwerden ganz offen und rückhaltlos vorzubringen. Was gesehen könne, um gegenüber den vorgebrachten berechtigten Beschwerden Abhilfe zu schaffen, werde von seiner Seite gewiß geschehen. Heute, da es sich um die Existenz des Vaterlandes handle, seien der Pflug und die Dreschmaschine für die Erringung des Friedens und des endgültigen Sieges nicht minder wichtig als Maschinengewehre. Graf Silba-Larouca meinte weiter gegenüber den Beschwerden der Landwirte über die ungleichmäßige Handhabung der Zensur, daß die Landwirtschaft gewiß denselben Anspruch habe, vor der Öffentlichkeit Wünsche und Beschwerden vorzubringen wie die Konjumenten; es müsse alles geschehen, um eine gegenseitige Verständigung der Produzenten und Konsumenten anzubahnen.

Der Minister schloß mit den Worten: „Wir müssen alle zusammenhalten, einig sein im Kampfe ums Dasein und um die Erhaltung des Vaterlandes. Wenn das geschieht, dann bin ich auch überzeugt, daß wir durchhalten werden. Ich zweifle nicht, daß die Landwirtschaft dafür einsehen wird, dem Vaterlande dies Opfer zu bringen, die es braucht.“

Die Debatte.

In der hierauf eröffneten Debatte sprachen zunächst Landesstatthalter Abg. Zuleger über die Kartoffelversorgung und Landeshauptmann Graf Larisch-Rönnich über die Heu- und Strohsfrage.

Die Fleischfrage.

Landesausschüß Dr. v. Bamppe (Salzach) besprach in längerer Rede die Fleischfrage und machte die Regierung auf den Umstand aufmerksam, daß infolge der weitläufigen Viehrequisitionen der Viehreichum der Alpenländer erschöpft sei, weshalb es notwendig wäre, speziell zur Versorgung der südlichen Armeen anderweitige Viehweidung zu öffnen. Ferner erwähnte er die Regierung, die infolge des Futtermangels im Herbst in ziemlich bedeutenden Mengen anfallenden Schlachtwiebestände durch eine planmäßige Konservierung des Fleisches für die Volksernährung im kommenden fleischarmen Frühjahr sicherzustellen. Er bemängelte auch den bürokratischen Vorgang der Militärbehörde bei der Aufbringung der nötigen Viehbestände.

Mängel der zentralen Bewirtschaftung.

Der Obmann der tschechischen Agrarpartei, Abg. Stanek, zog gegen das bisherige System der zentralen Bewirtschaftung der wichtigsten Lebensmittel zu Felde. Die Agrarier, die während des Krieges die größten Opfer gebracht hätten, wären heute bereit, dem Staat und der Bevölkerung billigere Nahrungsmittel zur Verfügung zu stellen, wenn auch die Preisbildung der Industrie dem Landwirt dazu den nötigen Untergrund verleihen würde. Die Industrie bekommt vom Staat alles, was sie braucht; den Landwirten wird in der Regel selbst das Notwendigste abgenommen, ohne daß die zentrale Bewirtschaftung bisher in der Lage gewesen wäre, die Volksernährung sicherzustellen. Redner sei überzeugt, daß die Landwirtschaft sicherlich alle Ueberschüsse abliefern würde, sofern ihre eigene Lebenshaltung sichergestellt sei. Hinsichtlich der Kartoffelversorgung befürwortete Abg. Stanek, für die Bevölkerung eine Kartoffelquote von 100 Kilogramm sicherzustellen und die darüber hinausreichenden Mengen der Landwirtschaft zur freien Veräußerung zu überlassen.

Sohenslum gegen die Zentralen.

Der Präsident der Landwirtschaftlichen Zentralstelle, Ritter v. Sohenslum, wendete sich in scharfen Worten gegen die Tätigkeit der Kriegszentralen, die wohl in vielen Belangen gut gemeint sei, nichtbestimmter aber infolge fachmännischer Mängel nur die Verteuerung der Lebenshaltung der Konsumenten bewirke.

Ein Uebereinkommen mit Ungarn.

Reichsratsabgeordneter Baron Panz bezeichnete als unerlässliches Erfordernis, politische Verhandlungen mit der ungarischen Regierung zwecks Erzielung einer einheitlichen Regelung der Ernährungsfrage innerhalb der Monarchie aufzunehmen. Dies liege im Interesse des Durchhaltens während des Krieges, besonders aber im Interesse der Sicherung der Uebergangswirtschaft. Notwendig ist es, der Bevölkerung einen reiblosen Einblick in die Gehörung der Regierungszentralen zu gewähren.

Gegen die einseitigen Strafbestimmungen.

Unter Hinweis auf die schweren Strafen, so

führte der Redner weiter aus, die in den bisher erlassenen Regierungsverordnungen die Produzenten bei Unterlassung der vorgeschriebenen Maßnahmen treffen, fordert Redner gleiche Maßnahmen für die Vernachlässigung der pflichtgemäßen Obhut seitens der Funktionäre der mit so ungeheuren Mitteln ausgestatteten Regierungszentralen. Er lehnt es ab, lediglich die Strafen für qualifizierten Diebstahl und Verrat von Amtsgeheimnissen in der bevorstehenden Regierungserklärung unter Strafsanktion zu stellen, und fordert auch eine Bestrafung für fahrlässiges, doloses und parteiliches Vorgehen seitens der Funktionäre der kriegswirtschaftlichen Organisationen.

Nachdem Abg. Dr. Schreiner an den Gemeinfinn der Agrarier appelliert hatte, erklärte Landeshauptmann Schraffl, die Landwirte seien nicht Gegner der zentralen Bewirtschaftung, sondern Feinde der in der Öffentlichkeit wiederholt kritisierten Auswüchse dieser kriegswirtschaftlichen Organisationen, in denen sehr oft an Stelle von erfahrenen Fachleuten grüne Dilettanten ständen.

Landesausschüß Abg. Josef Fink bemerkte in seinen Ausführungen unter anderem: Jetzt brauchen wir die Regierungszentralen, doch verlangen wir sobald als möglich den freien Wirtschaftsverkehr. Er trat dafür ein, daß hinsichtlich der Agrarprodukte in Oesterreich wie in Ungarn eine einheitliche Verteilung und Preispolitik durchgeführt werde.

Die heutige Delegiertenkonferenz.

Die Beratungen der von den Gruppen der Konjumenten, des Handels und Gewerbes und der Landwirtschaft gewählten Delegierten für eine gemeinsame Aussprache über die Ernährungsfrage wurden heute nach 9 Uhr vormittags eröffnet.

Rede des Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Dr. v. Seidler leitete die heutigen Beratungen mit einem kurzen Resümee der in den Gruppenberatungen zum Ausdruck gebrachten Anschauungen ein. Ohne den heutigen Beratungen vorgreifen zu wollen, könne man doch schon sagen, daß der Zweck der Enquete tatsächlich erreicht worden sei. Es seien in den Ministerien und besonders auch bei ihm selbst zahlreiche Klagen erhoben und die verschiedensten Standpunkte zur Geltung gebracht worden, so daß es fast den Anschein hatte, als ob eine halbwegs einheitliche öffentliche Meinung überhaupt nicht bestehe. Die Regierung lege jedoch den größten Wert darauf, bezüglich der Ernährungsfrage auf die öffentliche Meinung sich hören zu können. Deshalb sei der Versuch unternommen worden, die verschiedenen Auffassungen in besonderen Beratungen einander gegenüberzustellen, und so nach Möglichkeit zu einem, wenn auch unianimierten, aber doch mehr oder weniger einheitlichen Bilde zu gelangen. Dies sei nun wirklich gelungen.

Vorzüge und Mängel der staatlichen Bewirtschaftung.

Fast einmütig sei anerkannt worden, daß das System der staatlichen Bewirtschaftung der Lebensmittel grundsätzlich aufrechtzuerhalten sei, ebenso einmütig aber sei hervorgehoben worden, daß Mängel des Systems vorhanden seien.

Die Forderungen, die auf eine Aenderung des geltenden Systems abzielen, bewegen sich nun nach zwei Richtungen: einerseits wird gefordert, daß man alle halben Maßregeln vermeiden solle, und daß das System der staatlichen Bewirtschaftung strenger durchgeführt werden müsse als bisher. Die andere Meinung gehe dahin, daß die bisher empfundenen Mängel des Systems technischer Natur und in dem System selbst begründet seien. Das letztere wurde besonders bezüglich der leicht verderblichen Artikel behauptet, und für diese verlangte man gewisse Konzessionen an die Freiheit des Verkehrs.

Leichte Ueberschätzung der Auffassungsbivergenzen.

Der Ministerpräsident findet, daß diese beiden Standpunkte nicht so weit auseinanderliegen, daß es nicht möglich sein sollte, auch in diesen Fragen eine Einigung herzustellen. Es handle sich hier nicht um Fragen eines Prinzips, sondern lediglich um solche der Zweckmäßigkeit. Es sei auch eine Reihe sehr beachtenswerter Vorschläge gemacht worden, so insbesondere bezüglich der Kartoffeln. Allseits werde gewünscht, daß das Ernährungsamt, dem heute eine ganz besondere Bedeutung zukomme, ausgestaltet werde. Auch auf einen inangieren Kontakt mit der Militärverwaltung sei großer Wert gelegt worden. Endlich sei auch der Wunsch geäußert worden, daß das Prinzip der gemeinschaftlichen Bewirtschaftung im Verhältnis mit Ungarn stärker zum Ausdruck komme als bisher. Schließlich ersuchte der Ministerpräsident die Experten, sich nochmals zusammenfassend auszusprechen.

Die weitere Beratung.

Vizebürgermeister Hof sprach hierauf insbesondere die Kartoffelfrage und betonte, daß die Gemeinde Wien für die Einlagerung von ausreichenden Kartoffelmengen bereits jetzt alle Vorarbeiten treffe. Auch berührte er die Frage der Ansammlung von Fleischreserven, für die jetzt Schlachtanlagen und auch einzelne Gebäude in Wien adaptiert wurden.

Landesausschuß Dönlinger (Klagenfurt) verlangt, daß die Zuschüsse von Kartoffeln in an diesem Bodenprodukte arme Länder rechtzeitig erfolge und die Quote für den Selbstverbrauch ehestens festgestellt werde.

Abg. Freiherr v. Fanz bespricht das unerläßliche Erfordernis politischer Verhandlungen mit der ungarischen Regierung zwecks Erzielung einer einheitlichen Verteilung und Preisbestimmung innerhalb der Monarchie sowohl im Interesse des Durchhaltens während des Krieges als noch mehr für die Sicherung der Uebergangswirtschaft. Notwendig ist die Gewährung des Einblickes in die Verwaltung der Zentralen, denen vielfach unrecht geschehe, bei denen aber dennoch in manchen wichtigen Momenten Reformen unerläßlich sind. Da infolge der bevorstehenden Heu- und Futternot ein starker Anfall an Jungvieh in den Herbstmonaten zu gewärtigen sei, sollten freie Märkte für Zuchtzwecke geschaffen werden. Die Regierung müsse weitgehende Vor-sorgen treffen für das rasche Erfassen dieser Fleischmengen durch Konservierung des geschlachteten Viehes. Bei Belassung dieses Viehes bis in die späteren Wintermonate ergebe sich ein ungeheurer Fleischverlust, der bei dem bestehenden Mangel nicht zu rechtfertigen wäre. Unter Hinweis auf die schweren Strafen, welche den Produzenten in den verschiedenen Verordnungen angedroht werden, fordert Freiherr v. Fanz gleiche Maßnahmen gegen die Vernachlässigung der pflichtgemäßen Ob-sorge seitens der Funktionäre der mit so ungeheuren Nachmitteln ausgestatteten Zentralen und lehnt es ab, daß diese lediglich für Diebstahl und Verrat von Amtsgeheimnissen in dem bevorstehenden Oesegentwurse statuiert werden sollen, vielmehr müßten auch fahrlässiges, doloses und parteiisches Vorgehen unter qualifizierte Strafanaktion gestellt werden.

Landeshauptmann von Tirol, Abg. Schraffl, bespricht die Erfahrungen, die man mit der in Deutschland geübten Bewirtschaftungsmethode gewonnen hat, und das Verteilungswesen, das er dort besser findet als bei uns. Er sei kein Freund der Zentralwirtschaft bezüglich der Kartoffeln, aber man könne vorläufig von diesem Bewirtschaftungssystem nicht abgehen und müsse nur Vor-sorgen treffen, daß im geeigneten Moment zur freien Wirtschaft übergegangen werde.

Abg. Jodok Fink bespricht den Ausbau der Zentralen und verlangt, daß ebemöglichst zur freien Wirtschaft übergegangen werde, fordert die einheitliche Bewirtschaftung des Viehes und des Raufutters in Oesterreich und Ungarn.

Minister a. D. Abg. Dr. Schreiner tritt für eine Gemeinbürgerschaft der Landwirte in der Richtung ein, daß die vom Krieg hart mitgenommenen Gebiete mit dem Fehlenden ausgestattet werden, insbesondere Tirol und Galizien.

Abg. Dr. Ritter v. Lisowiecki bespricht die Kartoffelaufbringung in Galizien.

Gemeinderat Dr. Gargitter (Graz) wies auf die Erfolge hin, die in Deutschland mit der strengen staatlichen Bewirtschaftung erzielt wurden. Eine strenge Zentralisierung der Kartoffelbewirtschaftung werde zweifellos einen gewissen Schwund mit sich bringen, doch könne man nicht von vornherein behaupten, daß dieser Schwund größer sein würde als jener, der bei teilweise freiem Verkehre eintreten wird.

Redakteur Srb a (Prag) setzte sich dafür ein, daß den Konsumenten wenigstens teilweise die Selbstversorgung ermöglicht werde, weil in diesem Falle Tausende von Waggons Kartoffeln rechtzeitig an die Konsumzentren gelangen würden.

Landeshauptmann Graf Varisch-Moennich bekannte sich als Anhänger der strengen staatlichen Bewirtschaftung für die meisten notwendigen Produkte, fügte aber hinzu, er müsse zugeben, daß es einige Artikel gibt, bezüglich welcher mit Rücksicht auf die allgemeinen Verhältnisse besondere Maßnahmen erforderlich wären. So sollten speziell innerhalb der staatlichen Bewirtschaftung der Kartoffeln jene Erleichterungen geschaffen werden, die es ermöglichen, den Zuschub vom Produzenten zum Verbraucher raschestens zu bewerkstelligen und ein Verderben dieser wertvollen Produkte hintanzuhalten.

Der Direktor der Arbeiterkonsumvereine Matthias Ebersch hob zunächst hervor, daß die Konsumenten und speziell er selbst keinerlei Gehässigkeit gegenüber den Produzenten und Händlern hegen. Sie wünschen der Landwirtschaft mögliche Produktionsfähigkeit. Redner befaßte sich ausführlich mit der Bewirtschaftung der Kartoffeln und verlangt, daß die Regierung ihre Stellung zu den in dieser Frage geäußerten Wünschen bekanntgebe.

Minister a. D. Abgeordneter Dr. Schreiner sagte, seiner Meinung nach müßte jedem einzelnen die Möglichkeit geboten werden, sich seinen Kartoffelbedarf selbst zu beschaffen, wenn er eine Bezugsquelle hat. Dies könnte in der Weise geschehen, daß er von der Kriegsgetreideanstalt einen Transportschein erhält und gegen Abgabe seiner Kartoffelkarte sich beliebig die hundert Kilogramm, die auf seine Kopfquote entfallen, kaufen kann. In der gleichen Weise könnten auch die größeren Gemeinwesen und Organisationen vorgehen, wobei Doppelversorgung ausgeschlossen und das Interesse des Produzenten und Selbstversorgers geschützt wird.

Die Präsidentin der „Rohs“, Frau Freund-Marcus, verlangte die Aufstellung eines einheitlichen Versorgungsplanes. Wenn Zuckerrüben wegen Kohlenmangels nicht verarbeitet werden können, sollen sie der Landwirtschaft als Kraftfuttermittel gegeben werden, damit für den Konsum mehr Fett erzeugt werden kann. Rednerin fordert die Erstellung einer Preisrelation zwischen Milch und Molkeerzeugnissen, Kontrolle der Verbutterung und Verkäufung, um das Mindestmaß von Milch für den Konsum sicherzustellen, eine Reorganisation der Zentralen, die infolge ihrer privatkapitalistischen Organisation durch hohe Regie-zuschläge eine ungünstige Preispolitik treiben, Verbot der Schlachtung trächtiger Kühe. Sie bespricht das Mißverhältnis zwischen Fleisch- und Wurstpreisen. Das Fleisch komme in der Wurst auf 20 K. per Kilo, trotzdem die Wurst noch Wasser und andere Beimengungen enthalte. Das Hauptmotiv der Kriegsnot für die städtischen Konsumenten sei nicht die Knappheit in den Ernährungsstoffen, sondern die Angst der Konsumenten, die Unsicherheit, auch nur ein Mindestquantum rechtzeitig zu erhalten.

Direktor des Ersten Wiener Konsumvereines, kaiserlicher Rat Mareš, stellt fest, daß die Vertreter der Konsumenten

Abschluß der Beratungen über die Ernährungsfragen.

Die Beratungen über die Ernährungsfragen gelangten Montag zum Abschluß. Im nachstehenden geben wir aus den Debatten die uns aus Expertenkreisen mitgeteilten Ausführungen wieder:

Der Präsident der deutschen Sektion des böhmischen Landeskulturates, Herr Zuleger, sprach sich gegen die im Zuge befindliche Beschlagnahme der Kartoffelernte aus, stimmte aber der Idee zu, daß für die städtische Bevölkerung eine Kopfquote von einem Meterzentner sichergestellt werde und daß auch die von der Heeresverwaltung beanspruchten 3 Millionen Meterzentner vorweg genommen werden. Danach würden etwa 20 Millionen Meterzentner Kartoffel von der Ernte sichergestellt, der Rest könne im freien Handel und für die Selbstversorger nach Gutdünken verwendet werden. In großer Erregung kam Redner auf seine vor Beginn der Sitzung mit Ritter v. Hohenblum gehabte Auseinandersetzung und rief: „Urteilen Sie über mich! Hängen Sie mich nach den Ansichten des Herrn v. Hohenblum! Ich werde Ihnen zur Verfügung stehen!“

Der Obmann der tschechischen Agrarpartei Abg. Stanek erinnert an die Versprechungen, die der Landwirtschaft im Jahre 1914 gemacht wurden, und erklärt, daß es ganz anders gekommen sei. Er verweist darauf, daß der Industrie alles, was sie braucht, von Staats wegen geliefert wird, während man der Landwirtschaft ohne Bedenken alles wegnehme und zu viel in die Einzelwirtschaft jedes einzelnen Landwirtes eingreife. Redner verlangt ein Ausfuhrverbot aus einzelnen Ländern und womöglich auch aus den Bezirkshauptmannschaften. Hinsichtlich der Kartoffelverfügungen befürwortet Redner die Freigabe von 100 Kilogramm als Kopfquote, weil sich in den großen Städten der Bedarf leicht feststellen läßt.

Landesausschuß Dr. Lampe (Raibach) wies darauf hin, daß infolge der Futtermittelnot die Landwirte im Herbst gezwungen sein werden, sehr viel Vieh zur Schlachtung zu bringen, so daß mit einem Massenzufluß an Fleisch zu rechnen sein wird. Im Frühjahr, wenn die Futterzeit wieder anbricht, werde dann ein riesiger Fleischmangel auftreten, da von den Bauern Vieh überhaupt nicht zu haben sein wird. Deshalb sollte man trachten, die jetzt zu erwartenden Fleischanlieferungen für Dauerware zu verarbeiten.

Der Referent der landwirtschaftlichen Zentralstelle Ritter v. Hohenblum wendet sich in scharfer Kritik gegen die Tätigkeit der Kriegszentralen, die er wegen ihrer Art der Durchführung vielleicht gut gemeinter Maßnahmen für die enormen Lebensmittelpreise verantwortlich macht.

Briefe zum Problem der Volksernahrung.

Difener Brief an Seine Exzellenz, den Herrn Minister Grafen Johann Hadik.

Budapest, 18. September.

Eure Exzellenz!

Der Herr Minister des Innern hat eine Verordnung erlassen, durch die dem Zutrommen der Fremden, die in Ungarn nur eine ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln suchen, Grenzen gesetzt werden sollen. Es soll solchen Ausländern bedeutet werden, daß ihr Aufenthalt in Ungarn unter den gegebenen Verhältnissen und zu den bezeichneten Zwecken der Verwaltung unseres kämpfenden Staates nicht zulässig erscheint.

Wir, die wir seit Jahrzehnten bestrebt waren, den Blick der Ausländer auf unser Land, seine Kultur, seine landwirtschaftlichen und seine industriellen Erzeugnisse zu lenken, die wir mit wachsender Genugtuung jede ausländische Beurteilung, die eine richtige Einschätzung unseres Landes enthält, bemerkten und mit dem Wunsch großer Kosten und großer Vermittlungen die Hebung des Fremdenverkehrs auftritten, sind heute in die Zwangslage versetzt, diesem Fremdenverkehr selbst enge Grenzen zu ziehen. Dieser Umstand läßt erkennen, wie sehr die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung zu einschneidenden Maßnahmen drängen, denn ohne solche dringende Notwendigkeit wäre wohl niemand auf den Gedanken gekommen, die Entlastung unseres Lebensmittelmarktes durch die Einschränkung unseres Fremdenverkehrs erreichen zu wollen, wird doch auf diesem Wege ein großer Wert, der schwer errungen wurde, preisgegeben.

Dem achtungsvoll unterfertigten Schreiber dieses Briefes war es gegönnt, einen Teil des Sommers in einem kleinen Ort am Ufer des Plattensees zu verbringen. In den ersten Tagen des Aufbruches war in dem Dorfe, in dem sich auch mehrere Wiener Familien eingerichtet hatten, das Lebensmittelangebot seitens der Kleinbauern sehr gering. Auch dieses geringe Angebot konnte nicht, oder doch nur zum kleinsten Teile mit Geld aufgekauft werden.

Der Mensch aber, der mit den Anfangsgründen der Wirtschaftswissenschaft vertraut ist, findet für diese Stelle eine sehr präzisierende Erklärung. Er stellt eine einfache Rechnung auf, und diese ergibt jenen weiteren Kommentar. Der Kleinbauer, auf dessen Hof sich ein paar Gänse und Enten herumtreiben, ist auf den Verkauf dieser Produkte seines Wirtschaftsbetriebes vielfach angewiesen und wohl auch bestrebt, den höchsten Preis für seine Ware zu erzielen.

and selbst auf den städtischen Markt zu bringen, unsere Lebensmittelversorgung würde durch die Erschließung der noch reichen Reserven, die ihr infolge der verkehrspolitischen Hemmnissen jetzt verbleiben sind, eine beträchtliche Verbesserung und Erleichterung erfahren, und es steht außer Zweifel, daß diese Erleichterung auch der Bauernschaft zugute käme.

Eure Exzellenz! Heute, da große Maßnahmen zur Verbesserung unseres Ernährungswezens erwogen werden, darf vielleicht schlichter, im Anbange an diese Sommerhitze, ein verpölnis Wort wieder ausgesprochen werden.

Dr. Josef Straffer.

Difener Brief an Se. Exzellenz den königl. ungarischen Ackerbauminister.

Die Frage der Beschaffung von Lebensmitteln wird in den Mitteilungen aller Art, auch in den Tageszeitungen, sehr breit behandelt, Höchstpreise werden eingeführt, strenge Vorschriften den Landwirten auferlegt, und trotzdem ist die Lebensmittelfrage nicht nur nicht gelöst, sondern immer schärfer tritt die Sorge an das Individuum und an die verantwortlichen Zentralstellen heran, auf welche Art eine hinreichende Menge von Ernteprodukten beschafft werden kann.

Der Hauptschüler liegt wohl darin, daß bei Bemessung der Preise das Preisniveau viel zu niedrig gestellt worden ist. Ich stelle die Frage: Leiden wir bei Kornkrühen und endlich beim Brot an zu teurem Brot, oder ist das Uebel darin zu finden, daß zu wenig Material für die Broterzeugung vorhanden ist?

Ich glaube, die Frage läßt sich sofort beantworten. Das Brot war in den letzten drei Jahren nicht teuer, aber wir hatten zu wenig.

Unter der Einwirkung der tendenziösen Schlagworte: Preisstabilität, Höchstpreise usw. hat man vergessen, daß alle diese Maßnahmen entweder das Getreide vom ursprünglichen Besitzer nicht her auslösen oder aber, daß der Landwirt sehr gern dem größeren Anbau von Getreide ausweicht und sich mit Pflanzungen begnügt, die ihm ergebigeren Nutzen bringen.

Die Ackerung eines großen Areal, die Vorbereitung der Felder für den Anbau, endlich der Anbau selbst, die Schwierigkeiten, die landwirtschaftlichen Maschinen zu reparieren, die schwierigeren Ackerungen wegen zu großer Nässe oder zu großer Trockenheit der Felder haben in den letzten drei Jahren — man übertritt kaum mit dieser Berechnung — die Herstellungskosten verdreifacht.

Wir sind vollkommen überzeugt, daß die maßgebenden Kreise sich diesen Tatsachen nicht verschließen, aber es wurde die Konzeption verlangt und gebraucht, das Brot soll nicht verteuert werden, und so hatten wir wohl relativ billiges Brot, aber zu wenig.

Die große Sorge ist auch nicht die Ernährung dieser Kategorien, denn auf diesem Gebiete kann ja noch in anderer Weise geholfen werden. Sondern die größte Sorge ist die Ernährung der Arbeiter und ihrer Familien, die an Lohnnoten genug verdienen, jedoch Bankrotten kann man nicht essen, und Brot ist zu wenig vorhanden.

Man hat also mit der löblichen Idee, Höchstpreise für Getreide und Mehl einzuführen, eine Not erzwungen, die fortwährend einen nicht in maßgebenden Kreisen den Mund aufbringen wird, einen solchen Preis für Korn und Weizen im voraus zu determinieren, der einen großen Anbau hervorruft.

Man hat also mit der löblichen Idee, Höchstpreise für Getreide und Mehl einzuführen, eine Not erzwungen, die fortwährend einen nicht in maßgebenden Kreisen den Mund aufbringen wird, einen solchen Preis für Korn und Weizen im voraus zu determinieren, der einen großen Anbau hervorruft.

Die Rübenerzeugung ist in den Anbaujahren 1915 und 1916 langsam zurückgegangen, wöhl im Jahre 1917 gestiegen, aber nicht deshalb, weil diese Landwirte zum größeren Rübenaubau animiert wurden, sondern weil eine Reihe von Zuckerrüben große Terrains erworben oder gepachtet haben.

Heute, wo die Arbeiter mit teuren Lebensmitteln versorgt werden müssen, die sich der Landwirt, sofern er nicht eigenes Material besitzt, nur mit Ueberpreisen verschaffen kann, heute, wo die Reparatur eines Dampffluges fast unmöglich wurde und selbst bei einer beschränkten Deflation von 2000 noch einen Mehraufwand von leicht 50.000 Kronen für Ersatz hervorruft, heute, wo die Kohle für Dampfflug, Dreischmähmaschine, sonstige landwirtschaftliche Vorrichtungen das Fünftache kostet als im Frieden, wo der Arbeiter in seinen Ansprüchen sehr expandiert ist, wo die Schwierigkeiten der Kommunikation schwerwiegend sind, kann man nicht mehr den früheren Maßstab der Rentabilität anlegen, oder auch die meteorologische Wirkung des Herbstes 1914, der zu großen Risse im Jahre 1915, der furchtbaren Dürre im Jahre 1917 bringt es hervor, daß man nicht mehr die Berechnung wie in den früheren Jahren aufstellen kann.

Wenn bei einer mittelgroßen Wirtschaft eine Reihe von Parzellen, die mit Rübem, Gemüse oder mit Futter angebaut werden, entweder gar kein Erträgnis geben, weil die Samen infolge der langwährenden Dürre nicht ausgegangen sind, oder nur ein solches Erträgnis, daß die eigenen Kosten der Bearbeitung dieser Parzellen kaum gedeckt sind, dann muß man sich wohl dazu bequemen, die Preise der Bodenfrüchte höher zu fixieren, sonst wird die Landwirtschaft passiv und der Anreiz für die Bearbeitung des Bodens nimmt empfindlich ab.

Es wäre daher von der größten Wichtigkeit, schon jetzt in den allernächsten Wochen einen Preis für die Zuckerrübe derart zu fixieren, daß der Anbau im größeren Maßstabe als in den letzten drei Jahren sich vollziehe, und was das wichtigste ist, die Landwirte müssen das beizuteilen erfahren, damit sie ihre Felder entsprechend vorbereiten, die Rübenaubau rechtzeitig zur Hand sei und was sonst in den landwirtschaftlichen Betrieben vorzuzutun nötig ist.

An früherer Stelle habe ich von der wüßlichen Lage der Beamten, Pensionisten und kleinen Rentiers gesprochen. Besonders bei Beamten und Arbeitern hätte der Staat die Aufgabe, eine hinreichend große Menge von Grundstücken in Pacht zu nehmen und sie den Familien der Beamten und Arbeitern usw. in Substanz zu geben, so daß Tausende von Familien in die Lage kämen, durch Selbstbearbeitung von einem halben oder einem ganzen Joch Feld sich eine Menge Lebensmittel sicher und relativ billig zu beschaffen.

Es ist ja möglich, daß durch diese Hilfsmittel nur ein Teil des Uebelstandes repariert wird, aber auch damit wäre ein großer Fortschritt erzielt, und es darf ein Weg, der sonst als gangbar betrachtet wird, nicht wegen eventueller Schwierigkeiten unterlassen werden.

Ich empfehle: Entweder man muß mit dem Prinzip der Höchstpreise brechen und die freie Konkurrenz eintreten lassen, oder wenn man davor zurücktritt, weil möglicherweise daraus Uebelstände entstehen können, dann muß man den Landwirten Preise bewilligen, die eine intensive Erzeugung sicherstellen.

Bisher war das Motto: die Preise möglichst niedrig halten, um dem Volk billige Nahrungsmittel zu verschaffen. Dieses System darf nicht weiter die Mächtigen bleiben, denn sonst kommen wir zum Hunger in die Hungernot.

Die Ernährung der Großstadt. Gebietet Herr Redaktor! Neben seinen dunklen Schatten hat der Krieg auch zahlreiche Lichtstrahlen in den vielseitigen, komplizierten Drang unserer Wirtschaftslebens geworfen und er kam uns bei der Entdeckung mancher Geleise, nach denen unsere künftige ökonomische Tätigkeit sich zu richten haben wird, zu Hilfe.

Auf die Bedeutung dieses Problems wurde bereits wiederholt hingewiesen, und die Gelehrten und Publizisten, die sich mit dieser Frage befaßt haben, waren, man kann sagen, einstimmig der Meinung, daß allein die Herbeiführung der heimischen landwirtschaftlichen Mehrproduktion als geeignetes Mittel zur Vermeidung der allfälligen Störungen in der konstanten Versorgung des großstädtischen Lebensmittelmarktes in Betracht kommen kann.

Unter den diesbezüglichen Vorschlägen ist die Theorie der staatlichen Prämien für mehrproduzierende Landwirte, die Theorie des kommunalen Landwirtschaftsbetriebes, weiter die sogenannte Gartenstadtbewegung, sowie endlich die eigene landwirtschaftliche Tätigkeit der Industriebetriebe zu erwähnen.

Die Anschauung, durch Verteilung von staatlichen Prämien an Landwirte, die auf ihrem Gute eine Mehrproduktion gegenüber der Erziehung des Vorjahres erzielen, die landwirtschaftliche Mehrproduktion des Landes herbeiführen zu können, gründet sich auf den Umstand, daß die Mehrproduktion, die im Interesse der Gesamtbevölkerung liegt, nicht immer zugleich das Interesse der einzelnen Privatwirtschaften ist. Wo sich die Verwendung von weiteren Investitionskapitalien und die Entfaltung einer größeren Arbeitsfähigkeit zur Erzielung einer größeren Ernte für den einzelnen Landwirt nicht mehr rentiert, da müßte eben — nach dieser Anschauung — der Staat eingreifen und die entfallende Rente durch Belohnungen ersetzen, um die Mehrproduktion im Interesse der Gesamtheit doch herbeiführen zu können.

würde sich für die Gesamtheit in dem Maße herabsetzen, in dem er durch die Prämien erhöht wurde. Beim Außenhandel kommt aber die Gesamtheit der Nation und nicht der einzelne Produzent in Betracht, und demnach würde mit der Prämierung mehrproduzierender Landwirte wenig geholfen werden, die Mehrproduktion bliebe nach wie vor unrentabel. Möglicherweise könnten durch diese erzwungene Ausfuhr anderweitige Vorteile errungen werden, vielleicht in währungs- oder industriepolitischen Zusammenhänge, jedoch käme dann nicht allein, sogar auch nicht in erster Reihe der Staat in Betracht, dem die Aufgabe der Sicherung der landwirtschaftlichen Mehrproduktion zufällt, sondern, wie im folgenden noch besprochen wird, diejenigen Industrieunternehmen, die von der landwirtschaftlichen Mehrproduktion günstige Vorbedingungen ihrer Betriebe zu erwarten haben.

Für unser Problem ist aber die Mehrproduktion für das Ausland von wenig Interesse, die Ernährung der inländischen Großstädte wird dadurch in keiner Weise gefördert. Nehmen wir daher den zweiten Fall der Prämienpolitik an, daß das der staatlichen Intervention zu verdrängende Plus landwirtschaftlicher Produkte den heimischen und insbesondere den heimischen großstädtischen Märkten zufließt. Da von dem inländischen Verbrauch der Staat keine besondere Vorteile zu erwarten hat, wird er naturgemäß gezwungen sein, die auf die Belohnungen entfallenden Auslagen in der Form der Einkommen oder Verzehrsteuer wieder einzubringen. Er wird dadurch diese Staatsauslagen mittelbar oder unmittelbar auf die Konsumenten übertragen, und die billigere Versorgung der großstädtischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln würde dadurch gar nicht, die bessere Versorgung nur zweifelhaft gefördert werden.

Die kommunale Landwirtschaft stellt einen ersten Versuch dar, die ausreichende und billige Versorgung der großstädtischen Bevölkerung sicherzustellen. Die diesbezügliche Tätigkeit beinahe jeder Großstadt beweist eben nur den Ernst des Problems, von einem durchschlagenden Erfolg kann aber bisher leider nicht gesprochen werden. Es wird von mancher hohempolitischen Seite der Vorschlag gemacht, die Städteverwaltungen sollen ausgiebig viel Ackerland an der Peripherie der Stadt kaufen und für die Ernährung ihrer Bevölkerung entweder im Wege des eigenen landwirtschaftlichen Betriebes, oder im Wege zweckentsprechend abgeschlossener Verpachtungsbetriebe selbst sorgen. Die kommunalen Landwirtschaftsbetriebe haben aber bei dem gering geschulten Geschäftsgeliste der Verwaltungsbeamten wenig oder gar keine Aussicht auf Erfolg. Die Erfahrung zeigt, daß diese Betriebe mit viel höheren Produktionskosten viel weniger produzieren als die Privatwirtschaften, die mit einfacherem Verwaltungsapparat arbeiten und dabei hinsichtlich der auf dem großstädtischen Märkte viel zu komplizierten Nachfrage eine wesentlich richtigere Orientierungsfähigkeit besitzen, um ihr Ackerland derart anzubauen, daß sie zur Zeit der Ernte die bestrentierenden Bodenprodukte auf den Markt bringen können. Der kommunale Betrieb arbeitet mit viel geringerem, oder gar keinem Gewinn, unter Umständen sogar mit Geschichtsverlusten, und ist doch nicht imstande, dem Bedarf des großstädtischen Nahrungsmittelmarktes mit dem flinken Geschäftsgeliste der Privatwirtschaft nachzukommen und alle jene Artikel, nach denen sich manchmal eine plötzliche starke Nachfrage richtet, rechtzeitig zu liefern.

Die Verachtung des südlichen Ackerlandes an einzelne Landwirte erscheint infoweit zweckmäßiger, als diese vertraglich verpflichtet werden können, für die Ernährung der großstädtischen Bevölkerung wichtige Pflanzen zu bauen und eventuell die für nötig erachteten Räumlichkeiten zu züchten. Dabei werden die Pächter naturgemäß bestrebt sein, an der Pachtwirtschaft (sowie als möglich zu verbieten, und dadurch wäre nicht nur die Gattung, sondern auch die Menge der Nahrungsmittelprodukte sichergestellt. Betrachtet man aber die Sache etwas eingehender, so muß die Ueberzeugung gewonnen werden, daß, wiewohl die Produktion sich auf diese Weise wohl intensiver und reichlicher gestalten kann, bei der Bestimmung der Gattung der Produkte dieselben Schwierigkeiten ohnaltend würden, wie bei dem kommunalen Landwirtschaftsbetrieb. Ist nämlich die städtische Verwaltung bei der eigenen Produktion bezüglich der Beurteilung des Konsumbedarfes der Bevölkerung von einem falschen Urteil geleitet, so wird sich dieses falsche Urteil nicht nur beim eigenen Betrieb, sondern auch bei den Kontraktabschlüssen fühlbar machen und den Pächter zwingen, auch gegen sein richtiges Geschäftsgeliste zu wirtschaften.

Je größer eine Stadt ist, umso schwerer ist es für sie, den lebenden Organismus des produzenten Angebotes auf ihrem Markte durch einen mechanischen Verwaltungsapparat zu ersetzen. Kleinere Gemeinden sind oft in der Lage, die eigene Landwirtschaft mit sehr gutem Erfolge zu betreiben, die Großstädte werden hingegen unumwunden gezwungen, auch die bisher betriebenen eigenen Landwirtschaften aufzugeben. Statistische Daten beweisen, daß die Größe der eigenen Besitzungen mit der Größe der Städte in umgekehrter Proportion steht. Nach der Vermögensstatistik preussischer Städte haben die Großstädte mit über 100.000 Einwohnern nicht einmal fünf Prozent, die kleineren Gemeinden mit 2000 bis 5000 Einwohnern dagegen 28 Prozent ihrer Peripherie im eigenen Besitz. Und wenn immer wieder das berühmte Beispiel der kommunalen Landwirtschaft der Stadt Ulm vorgeführt wird (gerade in den letzten Tagen ist ein Bericht des Oberbürgermeisters dieser Stadt veröffentlicht worden, der ein überaus schön gelungenes Ergebnis ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit veranschaulicht), so muß doch daran erinnert werden, daß die Stadt Ulm nicht mehr als 56.000 Einwohner hat, deren Versorgung mit den nötigen Lebensmitteln unvergleichlich leichter ist als die einer Millionenstadt.

Die Gartenstadtbewegung hatte ursprünglich mehr eine sozialpolitische als eine wirtschaftspolitische Bedeutung, wurde jedoch im Laufe der Zeit von der kurzfristigen Bodenverwertung zur intensiven Bodenbebauung befehrt. Auch das Ergebnis dieser Bewegung ist hinter den daran geknüpften Erwartungen sehr stark zurückgeblieben. Abgesehen davon, daß die Gartenstädte bisher nur in sehr bescheidenem Rahmen erbaut werden konnten und die englischen Vorbilder dieser Einrichtungen, Bourneville, Port-Sunlight und Leighton, sehr weit davon entfernt sind, Großstädte genannt werden zu können, sind sie begreiflicherweise nicht imstande, den eigenen Nahrungsmittelbedarf aus der Gartenwirtschaft hervorzu bringen. Die durchschnittliche Fläche eines Gartens hat eine Ausdehnung von 100 Quadratmetern seine größte Fläche könnte der Industriearbeiter in seiner spärlichen freien Zeit nicht bearbeiten, und der Zahrbetrag der noch so intensiv geübten Wirtschaft belief sich in der letzten Zeit vor dem Kriege auf höchstens 50 Mark, was erschrieben zu wenig ist, wenn man bedenkt, daß ein solcher Garten die Aufgabe hätte, eine Familie für das ganze Jahr mit Gemüse und Obst zu versorgen. Der Arbeiter, der abends noch schwerer Arbeit und heimkehrte, mit weber über schmerzliche noch über die nötige Zeit verfügt, wird sein kleines Gartenland nicht so

Der Stand der Ernährungsfrage in England.

Von Kapitän zur See a. D. v. Buslau.

In diesen Septembertagen ist in England die schon seit Monaten angekündigte Festsetzung von Höchstpreisen für die wichtigsten Lebensmittel erfolgt und damit das britische Nahrungsproblem in ein neues Stadium getreten. Die Bedeutung des letzteren für das eigene Land ist den Engländern eigentlich erst im vergangenen Sommer, also zu einer Zeit, wo die Nahrungsmittelorganisation bei uns schon ziemlich weit durchgeführt war, durch das beständige Anziehen der Preise klar geworden.

Die allgemeinen Klagen hierüber waren der hauptsächlichste Grund dafür, daß im Herbst v. J. die Lonnagefrage als weitaus die wichtigste anerkannt wurde, weil von ihr die Zufuhren der ausländischen Lebensmittel abhängen, und es wurden damals die Parolen ausgegeben, einerseits: „Baut Schiffe, Schiffe, Schiffe!“, andererseits: „Die ganze Nation muß ihren Nahrungsmittelverzehr einschränken!“

Die gewaltige Zunahme der Schiffsoversetzungen durch unsere U-Boote im vorigen Winter führte dann zu einer neuen Programmnummer, indem die Regierung die Verwendung ausgedehnter, bisher für Viehweide benutzter Flächen für Getreidebau verfügte und trotz des Mangels an geübten Arbeitern und Maschinen schon in diesem Jahre verhältnismäßig weit durchführte. Da dies indessen keine Abhilfe gegen die steigende Knappheit von Vorräten und das immer weitere Anziehen der Preise bot, so wurde im Sommer 1917 angeordnet, daß der verfügbare Schiffsraum in erster Linie für die Zufuhren von Nahrungsmitteln, sei es auch auf Kosten anderer wichtigen Bedürfnisse, ausgenutzt werden müßte.

Das Ergebnis war, daß bis zum Einbringen der neuen Ernte, mit vereinzelt örtlichen Ausnahmen, ein wirklich empfindlicher Mangel vermieden wurde und das Volk im Vergleich zu uns noch ziemlich reichlich Gelegenheit hatte, für die Küche einzukaufen. Es mußte dafür allerdings relativ zu viel bezahlen, denn die Preise der Lebensmittel waren seit Kriegsbeginn sehr viel stärker gestiegen als die Durchschnittslöhne, und hierauf sind in erster Linie die ausgedehnten Arbeiterunruhen während der Sommermonate zurückzuführen.

Der neue Lebensmitteldiktator, Lord Rhondda, im Privatleben einer der führenden Geschäftsleute des Reiches, sah deshalb die Preisregelung als seine wichtigste und nächstliegende Aufgabe an. Seine Methode besteht darin, daß er die Kosten der einzelnen Artikel von der Erzeugung an verfolgt, den überflüssigen Zwischenhandel ausschaltet, die Gewinne der legitimen Zwischenhändler auf bestimmte Prozente beschränkt und auf diese Weise zu Höchstpreisen für den Detailverkauf gelangt.

Solche sind gegenwärtig festgesetzt für Brot, Mehl, Fleisch, Käse, Hafermehl, Marmelade, Erbsen und Bohnen und gewisse Teesorten. Früchte und Gemüse sind zurzeit noch so billig, daß Höchstpreise überflüssig erscheinen.

Für Schinken, Speck und Schmalz sind zunächst nur Großhandels-Höchstpreise festgesetzt. Für Fische ist bisher noch nichts verfügt, man erwartet aber bestimmt, daß für sie, wie überhaupt für alle Lebensmittel, im Laufe der Zeit Detail-Höchstpreise eingeführt werden.

Fast alle Nahrungsgegenstände sind in England nunmehr billiger zu haben, als bei uns, bei einzelnen Artikeln ist der Unterschied sogar sehr beträchtlich. Beispielsweise kostet drüben: Mehl 22—30 Pf., Butter 2,50 M., Erbsen und Bohnen 50—75 Pf. das Pfund, wohlgemerkt, ohne amtliche Begrenzung der Kaufmengen, da das Kartensystem, außer für Zucker, bisher noch nicht eingeführt ist.

Bei näherer Betrachtung stellt sich indessen die Gesamtlage keineswegs so rosig dar, wie sie nach diesen neid-erregenden Einzelziffern erscheinen könnte. Das britische Ernährungsproblem ist vielmehr mit schwereren Sorgen als je schon für das Winterhalbjahr bepackt, vom nächsten Frühjahr und Sommer gar nicht erst zu reden.

Der gegenwärtige günstige Stand des Marktes ist nämlich, wie bereits erwähnt, nur dadurch erreicht worden, daß während mehrerer Sommermonate der Transport von Lebensmitteln dem aller anderen Waren unbedingt vorgezogen wurde. Diese Maßnahme wird man wohl aber kaum wiederholen, denn die britische Industrie ist durch den Mangel an Rohstoffen schwer beeinträchtigt worden, und

Der Ernährungsrat.

In der Sitzung des Arbeitsausschusses wurde ein Entwurf für die Regelung des Speisebezuges und der Markenabgabe für die Gasthäuser, Hotels, Gemeinschafts- und Kriegsküchen vorgelegt, der aber vom Ausschuss nicht angenommen wurde. Die Verordnung sollte alle Arten der öffentlichen Auspeisungen gleichmäßig behandeln, ein Umstand, der zur schwersten Schädigung der Kriegs- und Gemeinschaftsküchen führen kann. Die Kriegs- und Gemeinschaftsküchen müssen heute schon Mehl- und Fettmarken abnehmen, da sie nur dann die staatlich bewirtschafteten Artikel erhalten. Dagegen können die Gasthäuser und vor allem die Hotels noch immer Waren aus dem Ausland oder aus Ungarn beziehen, sie sind auf die staatliche Belieferung nicht angewiesen, da sie jeden Preis bezahlen können, der gefordert wird. Es wäre eine grobe Ungerechtheit, wenn man nun auch noch den Teilnehmern an den Kriegs- und Gemeinschaftsküchen die Zuckers-, Kartoffel- und alle anderen Karten kürzen würde, während der, der im Hotel essen kann, weiterhin neben dieser öffentlichen Versorgung auch alle anderen Kartentypen bezieht, woran ihn die Kartenabnahme nicht hindert, da der Wirt auch Waren ohne Karte bekommt. Wenn die Regierung ernstlich wollte, könnte sie die Kartenabnahme ja auch heute schon in den Gasthäusern überwachen und jede Maßregel ergreifen. Es wurde zur Vorberatung eines neuen Entwurfes ein dreigliedriges Comité eingesetzt, dem Eidersch, Schwarz-Siller und Andratschke angehören.

Außerdem wurden vom Amt für Volksernährung auch die ersten Grundzüge für die geplante Mittelstandsaktion mitgeteilt. Es haben sich allerdings auch die Vertreter des Amtes dagegen ausgesprochen, daß diese Aktion unter dem Titel Mittelstandsaktion geführt wird, weil sie sonst Hoffnungen erwecken würde und die materiellen Mittel, die zur Verfügung stehen — das Finanzministerium hat sich noch nicht geäußert, wieviel an Mitteln es beistellen will — nicht ausreichen würden. Im allgemeinen soll die Aktion für Mindestbemittelte ausgedehnt und der Kreis der Minderbemittelten erweitert werden. Außerdem will man die Konsumentenorganisationen des Mittelstandes durch Kredithilfe fördern und auch die Kriegs- und Gemeinschaftsküchenaktion durch solche Darlehen erweitern. An die billigere Beschaffung von Kleidern und Schuhen wird gedacht und auch an die Beschaffung von Kohlen. Die Aktion sieht vor, daß alle jene Kreise bis zu einem Höchst Einkommen von zwölftausend Kronen erfasst werden. Es soll aber auch hier die Zahl der Familienmitglieder als Maßstab der Berechtigung angenommen werden. Gegen diese Einkommenshöhe haben sich unsere Vertreter gewendet. Man kann gemißt zugeben, daß auch Menschen mit einem Einkommen von zwölftausend Kronen nicht mehr so leben können wie vor dem Kriege, wenn wir aber eine solche Einkommensgrenze annehmen, dann können wir gleich die gesamte Bevölkerung einbeziehen. Emmy Freundlich wendet sich vor allem gegen diese Einkommensgrenze, weil man heute die Grenze für die Mindestbemittelten in einzelnen Bezirken so niedrig angenommen hat, daß es einfach ein Hohn ist, wenn in nordmährischen Bezirken nur der das billige Fleisch erhält, der nicht mehr als 7 Kronen in der Woche erhält. Die beste Hilfsaktion für die gesamte Bevölkerung wäre eine vernünftige Preispolitik. Während in Deutschland die durchschnittliche Teuerung um neun Prozent gesunken sei, sei sie in Oesterreich auf 334 Prozent gestiegen. Man gibt den Angestellten und Arbeitern eine Teuerungszulage und nimmt ihnen durch die Erhöhung der Brantweinsteuer, der Tabakerzeugnisse und der Fahrpreise alle Vorteile dieser Zusammenhänge. Anstatt zu verhindern, daß man die Bevölkerung in dem unerhörten Maße ausbeute, läßt der Staat die Massen ausbeuten und hofft dann aus den Kriegsgewinnen die Kriegskosten zu bezahlen. Eine Hoffnung, die sehr trügerisch sei, denn man werde die Kriegsgewinne nicht erfassen können. Es erinnere der Vorgang an die schönen Geschichten von dem Hausjuden der Fürsten im Mittelalter, die ihre Juden reich werden ließen, sie dann in den Hungerturm setzten und ihnen das Geld abgenommen haben. Die modernen Hausjuden kann man nicht mehr mit den einfachen Mitteln des Mittelalters erfassen, die schlüpfen bei der Technik der modernen Geschäftsführung immer wieder durch. Gemeinderat Schwarz-Siller führt aus, daß bei der Frage aller Hilfsaktionen nicht so sehr die Geldmittel eine Rolle spielen als die Beschaffung der Waren. Anstatt eine Kleiderkarte einzuführen, habe man die Preise zur wünschenswerten Höhe steigen lassen und nun will man den Beamten Kleider schenken und die Bevölkerung zur allgemeinen Bettelnappe erziehen. Auch die anderen Vertreter im Arbeitsausschuss unterzogen die Preispolitik einer sehr scharfen Kritik und es wurde immer wieder erklärt, daß die mangelnde Energie viel mehr verschuldet hat, als nun alle Hilfsaktionen ändern können.

Ueberhaupt kann man wohl feststellen, daß der Ernährungsrat im Gegensatz zum Parlament die Stimmung der Bevölkerung viel deutlicher zum Ausdruck bringt. Ein Beweis, wie sehr sich die Anschauungen der Völker im Kriege geändert haben. Das Parlament ist nur ein Ausdruck der Vergangenheit, niemals aber ein Bild der Gegenwart. Neuwahlen wären hier die einzige Hilfe.

Zur Plenum nahm der Minister Höfer das Wort. Er war auch hier bereit, die Sünden des Ministerpräsidenten auf sich zu nehmen und geduldig zu tragen, was er nicht verschuldet hat. Die neue Kartoffelverordnung und die Erhöhung der Kartoffelpreise um fünf Kronen ist ein Akt von Unwissenheit

und den Agrariern die Majorität gesichert und die Konsumenten in die Minderheit gedrängt. Für jeden Produzenten aus Unternehmern- und Händlerkreisen muß ein Arbeiter, der ja auch von der Produktion etwas verleiht, gewählt werden. Die Erbitterung über die Zentralpreisprüfungskommission ist eine allgemeine.

Dazu kommt, daß die Konsumentenvertreter im Direktorium des Volksernährungsamtes Dr. Krenner und Dr. Freihler wegen ihrer parlamentarischen Tätigkeit beurlaubt sind und dem agrarischen Einfluß im Direktorium niemand mehr halt zu bieten vermag. Hier muß eine Aenderung eintreten. Die Agrarier haben keine Abgeordneten zu Direktoren ernennen lassen, sondern ihre Fachmänner, weil sie ihren Einfluß um jeden Preis sichern wollen.

Jedenfalls ist es dringend notwendig, daß für die nächste Sitzung Material über die Wirksamkeit der Preisprüfungskommissionen, ihre Zusammenfassung und die Mängel der Händler, Syndikate und all der anderen preistreibenden Elementen gesammelt und im Ernährungsrat eingehend berichtet wird. Wir ersuchen, solche Berichte mit dem notwendigen einwandfreien Material an die Redaktion der Arbeiterzeitung einzusenden, die es den Mitgliedern des Ernährungsbeirates übergeben wird.

Der Ernährungsrat gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kartoffelverordnungs im vierten Kriegsjahr die größte Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung zukommt und daß nur eine kluge Durchföhrung dieser Verordnung das Durchhalten unserer Bevölkerung gewährleistet.

Präsident Sonntag schildert in einer sachlichen und außerordentlich bedeutsamen Rede die Utopie, die das Volksernährungsamt in der Bevölkerung erweckt, wenn es seine Berechnungen auf einer Ernte von 70 Millionen Meterzentner aufbaue. Im Höchsthall könne man mit einer Ernte von 45 Millionen Meterzentner rechnen und er wisse nicht, wie das Ernährungsamt, trotzdem ihm diese Zahlen mitgeteilt wurden, die Verordnung, die mit einem Kontingent von 20 Millionen rechnet, erlassen konnte. Präsident Socka bringt folgenden Antrag ein:

Der Ernährungsrat gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kartoffelverordnungs im vierten Kriegsjahr die größte Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung zukommt und daß nur eine kluge Durchföhrung dieser Verordnung das Durchhalten unserer Bevölkerung gewährleistet.

Der Ernährungsrat gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kartoffelverordnungs im vierten Kriegsjahr die größte Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung zukommt und daß nur eine kluge Durchföhrung dieser Verordnung das Durchhalten unserer Bevölkerung gewährleistet.

Der Ernährungsrat gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kartoffelverordnungs im vierten Kriegsjahr die größte Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung zukommt und daß nur eine kluge Durchföhrung dieser Verordnung das Durchhalten unserer Bevölkerung gewährleistet.

Der Ernährungsrat gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kartoffelverordnungs im vierten Kriegsjahr die größte Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung zukommt und daß nur eine kluge Durchföhrung dieser Verordnung das Durchhalten unserer Bevölkerung gewährleistet.

Der Ernährungsrat gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kartoffelverordnungs im vierten Kriegsjahr die größte Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung zukommt und daß nur eine kluge Durchföhrung dieser Verordnung das Durchhalten unserer Bevölkerung gewährleistet.

Der Ernährungsrat gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kartoffelverordnungs im vierten Kriegsjahr die größte Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung zukommt und daß nur eine kluge Durchföhrung dieser Verordnung das Durchhalten unserer Bevölkerung gewährleistet.

Der Ernährungsrat gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kartoffelverordnungs im vierten Kriegsjahr die größte Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung zukommt und daß nur eine kluge Durchföhrung dieser Verordnung das Durchhalten unserer Bevölkerung gewährleistet.

Der Ernährungsrat gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kartoffelverordnungs im vierten Kriegsjahr die größte Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung zukommt und daß nur eine kluge Durchföhrung dieser Verordnung das Durchhalten unserer Bevölkerung gewährleistet.

Der Ernährungsrat gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kartoffelverordnungs im vierten Kriegsjahr die größte Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung zukommt und daß nur eine kluge Durchföhrung dieser Verordnung das Durchhalten unserer Bevölkerung gewährleistet.

Der Ernährungsrat gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kartoffelverordnungs im vierten Kriegsjahr die größte Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung zukommt und daß nur eine kluge Durchföhrung dieser Verordnung das Durchhalten unserer Bevölkerung gewährleistet.

Der Ernährungsrat gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kartoffelverordnungs im vierten Kriegsjahr die größte Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung zukommt und daß nur eine kluge Durchföhrung dieser Verordnung das Durchhalten unserer Bevölkerung gewährleistet.

Der Ernährungsrat gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kartoffelverordnungs im vierten Kriegsjahr die größte Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung zukommt und daß nur eine kluge Durchföhrung dieser Verordnung das Durchhalten unserer Bevölkerung gewährleistet.

Der Ernährungsrat gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kartoffelverordnungs im vierten Kriegsjahr die größte Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung zukommt und daß nur eine kluge Durchföhrung dieser Verordnung das Durchhalten unserer Bevölkerung gewährleistet.

Der Ernährungsrat gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kartoffelverordnungs im vierten Kriegsjahr die größte Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung zukommt und daß nur eine kluge Durchföhrung dieser Verordnung das Durchhalten unserer Bevölkerung gewährleistet.

Der Ernährungsrat gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kartoffelverordnungs im vierten Kriegsjahr die größte Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung zukommt und daß nur eine kluge Durchföhrung dieser Verordnung das Durchhalten unserer Bevölkerung gewährleistet.

Der Ernährungsrat gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kartoffelverordnungs im vierten Kriegsjahr die größte Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung zukommt und daß nur eine kluge Durchföhrung dieser Verordnung das Durchhalten unserer Bevölkerung gewährleistet.

Der Ernährungsrat gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kartoffelverordnungs im vierten Kriegsjahr die größte Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung zukommt und daß nur eine kluge Durchföhrung dieser Verordnung das Durchhalten unserer Bevölkerung gewährleistet.

Der Ernährungsrat gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kartoffelverordnungs im vierten Kriegsjahr die größte Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung zukommt und daß nur eine kluge Durchföhrung dieser Verordnung das Durchhalten unserer Bevölkerung gewährleistet.

Der Ernährungsrat gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kartoffelverordnungs im vierten Kriegsjahr die größte Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung zukommt und daß nur eine kluge Durchföhrung dieser Verordnung das Durchhalten unserer Bevölkerung gewährleistet.

Der Ernährungsrat gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kartoffelverordnungs im vierten Kriegsjahr die größte Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung zukommt und daß nur eine kluge Durchföhrung dieser Verordnung das Durchhalten unserer Bevölkerung gewährleistet.

Der Ernährungsrat gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kartoffelverordnungs im vierten Kriegsjahr die größte Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung zukommt und daß nur eine kluge Durchföhrung dieser Verordnung das Durchhalten unserer Bevölkerung gewährleistet.

Der Ernährungsrat gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kartoffelverordnungs im vierten Kriegsjahr die größte Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung zukommt und daß nur eine kluge Durchföhrung dieser Verordnung das Durchhalten unserer Bevölkerung gewährleistet.

Der Ernährungsrat gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kartoffelverordnungs im vierten Kriegsjahr die größte Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung zukommt und daß nur eine kluge Durchföhrung dieser Verordnung das Durchhalten unserer Bevölkerung gewährleistet.

Der Ernährungsrat gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kartoffelverordnungs im vierten Kriegsjahr die größte Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung zukommt und daß nur eine kluge Durchföhrung dieser Verordnung das Durchhalten unserer Bevölkerung gewährleistet.

Schon die Freigabe der Frühkartoffeln bis zum 1. August war ein Fehler, weil erstens in vielen Gegenden vor dem 1. August überhaupt keine Kartoffeln ausgegeben werden können und zweitens durch die für die Frühkartoffeln gewährten Freiheiten viele Bauern verleitet wurden, die Erdäpfel, die noch gar nicht reif waren, herauszunehmen und an die Einkäufer der verschiedenen Hotels, Speisewirtschaften und ~~Restaurants~~ zu übergeben, die dafür entgegen allen Höchstpreisbestimmungen 3 bis 4 Kronen für 1 Kilogramm bezahlte. Auf diese Weise gingen Hunderttausende von Meterzentnern Kartoffeln den Minderbemittelten und dem Konsum überhaupt verloren. Und als der 1. August vorüber war, waren alle Kartoffel laut Verordnung von der Kriegsgetreideverkehrsanstalt beschlagnahmt. Es durfte nichts verkauft und nichts gekauft werden, während die Bevölkerung auf die Lieferung von Erdäpfeln wartete, die doch endlich eintreffen sollten. Als diese Erwartung sich nicht erfüllte, da suchte man sich eben selbst zu helfen und griff zur sogenannten „Ruckackpolitik“. Es war eben gar nichts geschehen, um nach dem 1. August Kartoffeln nach Wien zu bringen. (Zustimmung.) Vor einigen Tagen hat das Ernährungsamt, spät aber endlich doch, einen Verteilungsplan fertiggestellt, nach welchem von der 70.000.000-Meterzentner-Ernte, 20 Millionen für den Konsum der Nichtproduzenten gesichert werden müssen, gleichsam zur Belohnung. Es wurde leider unterlassen, für jede Bezirkshauptmannschaft und jedes Kronland ein gewisses Kontingent vorzuschreiben, das abgeliefert werden muß. Es besteht die Gefahr, daß viele Produzenten nicht abliefern und zuwarten, bis die geforderte Menge von 20 Millionen Meterzentner sichergestellt ist. Es ist ihnen dies nicht zu verdenken, denn angenommen, die Bauern Niederösterreichs erfüllen ihre Pflicht und liefern 20 Kilogramm von 70 Kilogramm Kartoffeln ab, und die Bauern Böhmens oder Mährens tun nicht dasselbe, so wird der Bauer Niederösterreichs nie in den Genuß der gleichen Vorteile gelangen. Tatsächlich hat der Statthalter von Galizien bereits ein Ausführungsverbot für Kartoffeln erlassen, indem er erklärte: „Ich kann nicht zufrieden sein mit 100 Kilogramm für jeden Kopf der Bevölkerung — diese Quote würde nämlich bei der Ablieferung von 20 Millionen Meterzentner für jeden Nichtproduzenten sichergestellt sein — sondern ich brauche angesichts der schwierigen Ernährungsverhältnisse in meinem Kronlande 300 Kilogramm für jeden Bewohner, wonach für die Ausfuhr nichts mehr erübrigt wird. Es fragt sich nun, ob wir berechtigt sind, immer über Ungarn, daß doch ein souveräner Staat ist, zu klagen, wenn unsere Regierung nicht imstande ist, in Oesterreich selbst die ihr untergeordneten Organe zur Ration zu bringen? Ein weiterer Uebelstand ist der, daß wir noch immer keine Kartoffelarte haben. In Wien ist die Kartoffelabgabe zur Zeit zwar geregelt, doch ist dies nur eine provisorische Verfügung, die schon deshalb vollkommen unzulänglich ist, weil sie uns nur ein Kilogramm in der Woche gewährt, während wir auf mehr als 2 Kilogramm, nach dem Verteilungsschlüssel von 100 Kilogramm für die nächsten neun Monate, Anspruch hätten. Es wäre zu empfehlen, daß jenen Familien, die imstande wären, ihre garantierte Kartoffelmenge sich selbst zu beschaffen, die Möglichkeit hiezu gegeben würde, weil dadurch erstens die Transportbeschwerden, die der Regierung aus der eigenen Anlieferung so ungeheurer Kartoffelmengen entstehen werden, eine bedeutende Erleichterung erfahren würden und auch in der Einlagerung und Betreuung der Kartoffeln für die öffentlichen Organe eine Verringerung der Arbeit erreicht würde. Wertwürdigerweise nehmen aber die Sozialdemokraten einen ganz anderen Standpunkt in dieser Angelegenheit ein und das Ernährungsamt steht anscheinend vollständig unter ihrem Diktate. Sanktionen müssen wir aber von einem Tag auf den andern mit unseren Kartoffeln leben und wenn ein Frost uns überraschen würde, so wären wir vor die schrecklichste Katastrophe gestellt. Ähnliche Mißstände wie bei der Kartoffelversorgung herrschen auch bei unserer Fleischversorgung. Niederösterreich, das nie imstande war, den Fleischkonsum Wiens zu decken, ist jetzt fast das einzige Kronland, das den Wiener Markt versorgt. Erst in der letzten Zeit liefert uns Ungarn wieder Fleisch um einen horrenden Preis nach Wien, doch es muß jeden Vertreter Wiens mit Schmerz erfüllen, wenn er sieht, wie in den anderen Kronländern der Fleischpreis weit unter der Hälfte der Wiener Preise steht. Und dabei ist es fast unmöglich, von dorthin etwas zu bekommen. Der Statthalter von Oberösterreich schickt z. B. nur dann Fleisch nach Wien, wenn er für die Mindestbemittelten seines Kronlandes Geld benötigt. Da sendet er einige hundert Ochsen nach Wien, läßt sie um die teuren Wiener Preise verkaufen und den Unterschied zwischen Oberösterreich und Wiener Preisen, der an einem Tage oft 180.000 Kr. ausmacht, läßt er sich anweisen, um damit gegenüber seinen Mindestbemittelten freigebig sein zu können. Bei allen Viehsendungen, die wir erhalten, müssen wir aber noch mit der Militärverwaltung einen schweren Kampf ausfechten, denn diese nimmt für sich den größten und besten Teil in Anspruch, während für die Zivilbevölkerung die mindeste Qualität übrig bleibt. Einen Begriff kann man sich davon machen, wenn man erfährt, daß die Wiener Gaswerke z. B. halbe Ochsen zugewiesen erhielten, von denen einer — 28 Kilogramm Fleisch ergab. Hier rächen sich auch die vielen Sünden, die wir vor dem Kriege und während des Krieges ander Landwirtschaft begangen haben. Jede Million, die wir für unsere Landwirtschaft ausgeben, trägt ihren Segen in die kleinste Hütte des ärmsten Arbeiters. Wir hätten unserer Produktion bedeutend mehr Augenmerk schenken sollen, dann würden wir jetzt einen viel leichteren Stand und billigere Lebensmittel haben. Man sollte nicht glauben, mit welcher geringen Mitteln sich glänzende Ergebnisse erzielen lassen. Kollege J a f f e hat bei einem kleinen Musterunternehmen in der Viehwirtschaft während des heurigen Sommers trotz der schlechten Futterverhältnisse bei den Tieren Gewichtszunahmen von über 100 Kilogramm erzielt. Da wäre der Wegweiser für unsere künftige Ernährungspolitik zu finden und wir hoffen, daß unser Ministerpräsident der Mann ist, der diesen Weg zu gehen gewillt ist.

In der letzten Zeit war viel von der Demokratisierung des öffentlichen Lebens die Rede. Wer während man sich über die unglaublichen Vorschläge zur Erweiterung des Wahlrechts usw. janzl, geht in Wirklichkeit alle Macht des öffentlichen Lebens in die Hände des jüdischen Kapitals über. Wir gehen mit Riesenschritten in ein Joch hinein, wie es ärger und schrecklicher nicht gedacht werden kann. Die Banken reißen immer mehr allen Einfluß und alle Macht an sich und werden von der Regierung an allen Enden geschützt. Das Wort, Geld regiert die Welt, scheint tatsächlich zur Wahrheit zu werden. So haben wir uns die Demokratie nicht vorgestellt. Auch wir Christlichsoziale wollen die Freiheit, aber die Freiheit vor allem von der Knechtschaft des Kapitals. Die christlichsozialen Arbeiter haben schon vor längerer Zeit eine Einschränkung der Rechte der Banken gefordert, besonders was den Sparverkehr und den Warenhandel betrifft und fernere eine Aenderung des Sparkassenregulativs. Vielleicht wäre es dann auch möglich, die Anleihen der Gemeinde Wien einmal bei einer „Bank der städtischen Sparkassen“ unterzubringen und den Großbanken dieses Geschäft wegzunehmen. Ja, wir wollen eine Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens und wir wollen auch, daß unser Gemeindevahlrecht geändert werde. Nur muß dafür eine Voraussetzung geschaffen werden, nämlich, daß der Gemeinderat, welcher die Aenderung der Wahlordnung beschließt, ein rechtmächtiger sei, nicht daß, wie jetzt, seine Mandate einer anfechtbaren Auslegung des Wiener Gemeindestatuts bedürfen. Wir verlangen, daß vor einer

Aenderung der Wiener Wahlordnung auf Grund des Burgfriedens Wahlen vorgenommen werden. Sozialdemokraten und Christlichsoziale sind hierin einig, nur die Liberalen, die kaum ein Zehntel der Stimmen im letzten Wahlkampfe auf sich verriegelten, wollen sich einer absolut gefehlmäßigen Handlung, die allen Grundzügen der Freiheitlichkeit entspricht, widersetzen. Sie schüben vor, daß Burgfriedenswahlen ein Raub an den Rechten ihrer Wähler im Schützengraben wäre. Wir fragen, welche Wähler der Friedmann, Stein, Jenker usw. waren im Schützengraben? Die sind doch wirklich nicht in der Feuerlinie zu finden gewesen, sondern höchstens bei der Kriegsgetreideverkehrsanstalt, bei der Futtermittelzentrale und beim „Roten Kreuz“. (Lebhafte Zustimmung.) Und haben sich diese Herren um die Rechte ihrer Wähler gekümmert, als sie sich ihr Mandat mit allen seinen Schönheiten verlängern ließen? Wir werden die Wahlen in dem Gemeinderat verlangen, wenn nicht mit den Liberalen, so gegen sie. Ob sie dabei so gut darauskommen werden, wie bei Burgfriedenswahlen, das werden wir erst sehen. Wenn aber die freiheitlichen Mandatäre glauben, daß sie besser abschneiden werden, wenn die Soldaten aus den Schützengräben heimkehren, so täuschen sie sich, denn die ausgewählten Krieger, die das Elend des Hinterlandes und die Schultragenden sehen, die werden keinen Friedmann und keinen Jenker wählen. (Stürmischer Beifall.) Der Redner schloß mit der Aufforderung, an der christlichsozialen Partei fest zuhalten, den Blick gewendet auf den Sieg unseres Vaterlandes und auf unserer Heimat Zukunft, die nur glücklich sein kann, wenn der christlichsozialen Partei die Möglichkeit gegeben wird, bestimmenden Einfluß auf die Gestaltung Oesterreichs zu nehmen. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem noch RAhg. Dr. Mataja über die Verechtigung des Antisemitismus gesprochen, schloß SK Körber die Versammlung.

21. Wunsch über Ernährungsfragen.

Der Christliche Wählerverein Donaustadt hielt am 26. d. in der Jaroschauer Bierhalle eine von mehreren hundert Personen besuchte Versammlung ab, bei welcher, nach einleitenden Sätzen des Vorsitzenden Stadtrat Körber, W. Wunsch, ausführte:

Der Ministerpräsident Dr. v. Seidler hat im Parlamente sein Programm entwickelt und an die Spitze seiner Ausführungen die Ernährungsfrage gestellt. In dieser Würdigung des Ernährungsproblems hat er sicherlich das Rechte getroffen, denn nichts liegt uns so nahe als diese Frage, von der unser augenblickliches Wohl und das Schicksal des ganzen Krieges abhängt. Ministerpräsident Seidler hat lange Gelegenheit gehabt, in seinem Amte als Sektionschef des Ackerbauministeriums sich gründliche Erfahrungen für das ganze Wesen unserer Ernährung anzueignen und es steht zu erwarten, daß es ihm gelingen werde, einen neuen glücklichen Zug in diese Angelegenheit zu bringen. Wenn wir in den letzten drei Jahren auf den Schlachtfeldern Erfolg um Erfolg errungen haben, so kann man dies in gleicher Weise von unserer Ernährungspolitik nicht behaupten. Im Gegenteil, es wurde Fehler auf Fehler begangen, bis wir jenen Grad traurigster Verhältnisse erreicht hatten, an dem wir heute so schwer leiden. Es würde zu weit führen, alle Verschämmnisse und Irrtümer die begangen wurden, aufzuzählen. Vor allem geht uns augenblicklich die Frage unserer Kartoffelversorgung nahe. Die übrigen Nahrungsmittel sind bis auf die geringen kontingentierten Mengen von Mehl und Brot nicht zugänglich; die Milch wird im Laufe des Winters so selten werden, daß kaum die Kinder ihren Teil bekommen erhalten werden. Die tägliche Friedenszufuhr von 100.000 Litern ist ja gegenwärtig auf kaum 200.000 Liter zurückgegangen und auch diese Menge wird sich gewaltig verringern, da die Landwirte infolge der Miskerte an Futtermitteln gezwungen werden, ein Stück Vieh nach dem andern zu verkaufen. Es bleibt also als unsere letzte Hoffnung die auf eine entsprechende Kartoffelzuteilung über,

MZ

Bericht des Bürgermeisters.

Hochgeborener Herr Obergespan, Regierungs-Kommissär!

Löblicher Munizipalausschuss!

Ueber den Monat September l. J. beehre ich mich folgendes zu berichten:

Am 17. September fand die Eröffnung des vierten Schuljahres unserer Elisabeth-Universität und die Installation des durch den Unterrichtsminister bekräftigten Rektors, Hofrates Dr. Franz Finken in dieser seiner Würde statt.

Gelegentlich der aus diesem Anlasse abgehaltenen feierlichen Universitätsfeier nahmen wir sowohl aus dem Rechenschaftsbericht des rücktretenden Rektors über das vergangene Schuljahr, sowie aus der Installationsrede des neuen Rektors mit Freude und Beruhigung zur Kenntnis, daß jede Verfügung getroffen wurde und die nötigen Vorarbeiten im Flusse sind, daß schon mit der zweiten Hälfte dieses Schuljahres, im Jänner 1918 die medizinische Fakultät vorläufig mit praktischen Lehrkursen und voraussichtlich auch die philosophische Fakultät an unserer Universität eröffnet werden.

Wenn es sich bewahrheitet, was wir bei der allbekannten Begeisterung und dem warmen Gefühl, welches unser Kultus- und Unterrichtsminister Se. Excellenz Graf Albert Apponyi für die Kultur und die Entwicklung des Unterrichtswesens hegt, bereits sicher hoffen können, so können wir das, was unsere Universität endlich aufhört, nur eine diesen Namen führende Fakultät zu sein, einzig und allein Er. Excellenz danken, der an Ort und Stelle in unserer Stadt die Krone der Lösung studierte und auf Grund persönlicher Ueberzeugung die Errichtung dieser Fakultäten anordnete. Mit dieser seiner Verfügung verpflichtete Se. Excellenz unser hochgeschätzter Ehrenbürger unsere Stadt und uns alle zu unvergänglichem Danke.

Namens der Stadtgemeinde und des Magistrates beehrte ich Se. Hochgeborenen Ministerialrat Adolf Samassa aus dem Anlasse, daß Se. Majestät ihm den Titel und Charakter eines Staatssekretärs verlieh, telegraphisch Se. Hochgeborenen, welcher als Ministerialrat im Ministerium des Inneren, Chef des Städte-Departements ist, hegte und zwar besonders unserer Stadt gegenüber stets ausnehmendes Wohlwollen und unter dessen Aufsicht als Staatssekretär die städtischen Angelegenheiten auch fernerhin gehören werden, antwortete auf meine Beurlaubung ebenfalls im telegraphischen Wege folgendes: „Für die herliche Beurlaubung seitens der Stadtgemeinde und des Magistrates danke und die segensreiche Entwicklung Ihrer Stadt wünscht vom Herzen Samassa, Staatssekretär.“

Die in der ordentlichen Septembergeneralversammlung für 3 Jahre gewählten Verameister leaten den Amtseid am 7. September vor dem Magistrat ab.

Den der Steuerabteilung zugeteilten Diurnisten Madar Bircsa ernannte der Magistrat zum Kanzleipraktikanten. Kanzleipraktikant Madar Bircsa leate den Amtseid am 22. September vor dem Magistrat ab.

Ueber Antrag der Buchhaltung, welchen auch die Finanzkommission befuhrwortete, verfügte der Magistrat daß 1. die Praktikantin in der Hauptkassa Kamm F a n o s k a unter vollständiger Aufrechterhaltung der für den Hauptkassier im Gesetze und Organisationsstatute festgesetzten Verantwortung vom 1. September l. J. an bis zur weiteren Verfügung die mit der Tageslohnmanipulation verbundenen Aeenden zeitweilig versehen. 2. daß die Hauptkassadiurnistin Roseline Sperl vom 1. September l. J. an ebenfalls zeitweilig und bis zur weiteren Verfügung die mit der Tageslohnmanipulation betraute Praktikantin vertreten. 3. daß die obgenannte Praktikantin für die mit der Geldmanipulation verbundenen wichtigsten Aeenden monatlich 60 Kronen, die dieselbe vertretende Diurnistin monatlich 40 Kronen Zulage vom 1. September an erhält, so lange sie die ihnen zeitweilig übertragenen Aeenden führen. Schließlich wurde als Aushilfsdiurnistin Klodilde K o l l e r vom 1. September ab zeitweilig und auf unbestimmte Zeit aufgenommen.

Die Verpflegung der Bevölkerung.

Was die Verpflegung der Stadt betrifft, erfahren wir bereits jetzt die günstige Wirkung der energischen Verfügung Sr. Hochgeborenen des Herrn Regierungskommissärs, der Grenzsperrre. Die Produzenten der Provinz, die vor der Grenzsperrre unserem Markte überhaupt fern blieben, beginnen denselben wieder anzufuchen, und täglich bringen mehr und mehr Produzenten ihre Produkte hieher. Auf Grund dieser Erfahrungen können wir dank den Verfügungen Sr. Hochgeborenen des Herrn Regierungskommissärs sicher hoffen, daß die auf unserem Markte eingetretene günstige Wendung beständig sein wird.

Das Mehlkontingent unserer Stadt für 1917-18 ist noch nicht endgültig festgestellt. Die diesbezüglichen Verhandlungen sind derzeit im Zuge und es ist zu hoffen, daß auf Grund der Daten, welche wir dem hierauf bezüglichen Erlasse entsprechend sammelten, das Landeszentralernährungsamt den ausgewiesenen und angeforderten Bedarf kurz und endgültig feststellt. Wenn auch die Menge unseres Bedarfes noch nicht festgesetzt ist, ist doch in der Versorgung mit Mehl keine Hemmung eingetreten, weil wir mit dem durch das Landeszentralernährungsamt vorläufig angewiesenen 50-50 Waggon Mehl und dem zur Verfügung gebliebenen Vorrat imstande waren, die schon erhöhten Kopfaquoten anzuweisen.

Die Kartoffel.

Schwierigkeiten gab es anfangs September in der Versorgung mit Kartoffeln, da uns solche nicht in genügender Menge zur Verfügung standen. Die diesbezüglichen ungünstigen Verhältnisse gestalteten sich jedoch günstig, indem die Landeskartoffelvermittlungskanzlei uns immer mehr Kartoffeln zur Verfügung brachte, so daß wir im letzten Drittel des Monats die zu Anfang herabgesetzte Kopfaquote wieder erhöhen konnten.

Im Monate September erschien die Ministerialverordnung bezüglich der Sperrre der 1917er Kartoffelernte und der Requirierung derselben für die Zwecke des allgemeinen Konsums. Dieser Erlaß gibt den Nichtproduzenten das Recht, auf Grund einer durch die Gemeindevorsteherung resp. den Bürgermeister ausgestellten Einkaufsbewilligung in welcher immer Gemeinde für seinen eigenen Hausbedarf in solchen Mengen anzukaufen, welche der durch den Landeszentralernährungsamt leitenden Minister festgesetzten Kopfaquote entspricht. Nachdem diese Kopfaquote nicht festgesetzt ist, stellte Se. Hochgeborenen der Herr Obergespan telephonisch die Frage, wie viel die Kopfaquote betrage. Auf die hierauf erfolgte Antwort, daß die Kopfaquote mit 100 Kilogramm festgesetzt werden wird, begann ich mit der Ausgabe der Einkaufszertifikate. Nach einigen Tagen jedoch mußte ich über telegraphische Aufforderung der Landes-Kartoffelvermittlungskanzlei die weitere Ausfolgung dieser Zertifikate bis zur endgültigen Feststellung der Kopfaquote einstellen. Inzwischen erhielt ich auch den hierauf bezüglichen Erlaß des Ministers des Zentralernährungsamtes, mit welchem ich angewiesen wurde, die Kopfaquote festzusetzen, zur Genehmigung zu unterbreiten und erst nach der Genehmigung die Einkaufszertifikate auszufolgen. Nach Erhalt dieses Erlasses stellte ich sofort die Kopfaquote fest und leate selbe zur Genehmigung vor. Sobald die Genehmigung herablangt, werde ich die Ausgabe der Einkaufszertifikate wieder fortsetzen.

Die Versorgung mit Milch.

Zur Interesse der Sicherstellung der Milchversorgung wurden die durch den Minister diesbezüglich angeordneten Verfügungen getroffen. Mit unseren bisherigen Milchlieferanten und den unserer Stadt zugewiesenen Milchlieferanten schlossen wir die Verträge ab und unterbreiteten dieselben dem Minister zur Genehmigung, resp. behufs Sicherstellung des nötigen Futters für die mit uns im Vertragsverhältnis stehenden Milchproduzenten. Sobald das geschieht und wir versichert sein werden, auf wie viel Milch wir täglich biläufig rechnen können, werden wir die nötigen Verfügungen treffen, die uns zur Verfügung stehende Milch im Verhältnis zu verteilen.

M9

Hauswirtschaftliche Plaudereien.

Von Luise Holle.

Heute muß ich mich sehr daran halten, um so viele Fragen, wie nur möglich, zu beantworten, und ich kann dieser Plauderei dieses Mal kein zusammenhängendes Gefüge und keinen Plauderton geben, sondern muß Antwort an Antwort reihen.

Vielsache Anfragen beweisen, daß die Anregung der Regierung, Zuckerrüben selbst zu bauen, auf fruchtbaren Boden bei vielen Hausmüttern gefallen ist, nun steht die Ernte vor der Tür, aber die Hausmütter wissen nun nicht, wie sie diese Zuckerrüben im Haushalt verwenden sollen. Man kann aus den Zuckerrüben sowohl Rübenkraut als auch Sirup herstellen. Zum Rübenkraut wäscht und putzt man die Rüben recht gründlich, schneidet Kopf und Wurzeln ab und legt sie am besten auf Platten in einen mäßig heißen Bratofen, in dem sie weich backen müssen, man kann sie aber auch in einem großen Kessel in Wasser weich kochen. Die Rüben müssen erkalten, dann werden sie von der äußeren harten Schale befreit und zerstampft oder gerieben, worauf sie unter stetem Rühren dicklich gelocht und dann nochmals durchgeseiht werden. Man setzt nun der Rübenmasse etwas ohne Zucker eingelochte Johannisbeeren zu und locht es die auf ganz schwachem Feuer, um das Anbrennen zu verhüten, unter fortwährendem Rühren. Dann wird das Kraut in Steintöpfe gefüllt. Will man Rübensirup bereiten, muß man die Rüben sorgfältig schälen, auch von allen etwa nicht ganz guten Stellen befreien, weich kochen dann reiben und auspressen. Der erhaltene Saft muß während des Kochens öfter geschäumt werden und bis zur Hälfte eingedampft werden. Dann wird er 24 Stunden beiseite gestellt, damit er sich klärt, behutsam vom Bodensatz abgeseiht und weiter eingedickt, wobei man darauf achten muß, daß sich nichts am Rande des Kessels festsetzt, auch der Sirup nicht anbrennt oder sich bräunt, da dann ein bitterer Geschmack entsteht. Beim Einlöchen soll das Feuer nur schwach sein. Es ist besser, wenn der Sirup hell und etwas dünner ist, als wenn er dick und dunkler gefärbt, dann aber nicht so fein im Geschmack ist.

Ebenso wie die Zuckerrübe scheint auch die Reismelde viel angebaut zu sein, da nach ihrer Verwendung ebenfalls mehrere Male gefragt wird. Geerntet wird die Reismelde, wenn der Same reif ist, man muß dies durch Ausreiben einiger Körnchen und Zerreiben dieser Körnchen zwischen den Fingern prüfen, die Samenkörner müssen dann mehlig sein. Man schneidet nun die Fruchtstände ab und trocknet sie am besten auf Obsttarren gut nach, damit die Körner trocken werden und sich aufbewahren lassen, die getrockneten Körner befreit man noch mit einer Schwinde von anhaftenden Fasern und Unreinigkeiten, bevor man sie in der Küche verwendet. Aber wie man sie am besten verwendet, vermag ich leider noch nicht aus eigener Erfahrung zu sagen, in der Anpreisung heißt es als Reiseris. Ich bezweifle das aber sehr, habe auch schon gelesen, daß dies eine arge Hebertreibung sei. Demnächst hoffe ich aus eigener Erprobung berichten zu können, was es mit der Verwendbarkeit der Reismelde auf sich hat.

Reife Bergholunderbeeren geben neben ihrer schon vor einigen Wochen genannten Verwertung auch noch die Möglichkeit, aus ihnen in Verbindung mit Äpfeln eine sehr schmackhafte Marmelade zu bereiten, doch darf man nicht vernachlässigen, die gelochten Holunderbeeren vorher durchzustreichen, damit die Kerne zurückbleiben. Man rechnet ein Drittel Beeren auf zwei Drittel Äpfelmark, auf jedes Kilo Masse 375 Gr. Zucker. Das Mus wird auf bekannte Weise gelocht.

Essig aus Fallobst läßt sich sehr gut bereiten, doch ist dieser Obstessig nicht so scharf wie sonstiger Essig. Man verstampft die Früchte entweder mit einer Holzleule oder treibt sie durch eine große Hackmaschine, verdünnt den meist sehr dicken Obstbrei mit etwas Wasser und stellt ihn in einem vorher gut gesäuberten Faß offen an einen mäßig warmen Ort. Der Fruchtbrei muß beschwert werden, damit die Flüssigkeit übersteht und so lange warm stehen, bis er ausgegoren ist. Dann preßt man den Saft aus, stellt ihn einige Tage kühl fort, damit er sich setzen kann und gießt ihn nun vorsichtig vom Bodensatz ab. Man vermischt ihn mit einem Fünftel Weinessig, füllt ihn in ein passendes Faß, das man mit offenem Spunde an einer warmen Stelle in der Küche lagert. Wenn die Essiggärung vollendet ist, füllt man den Essig auf Flaschen, die man verkorkt und aufrecht stehend aufbewahrt. Einen Ersatz für Essig läßt sich aus dem Saft der Mahonienbeeren und der Berberitzen gewinnen, den man nach dem Auspressen und Klären in kleine Flaschen füllt und verkorkt. Endlich kann auch Rhabarberfaß an Stelle von Essig oder der teuren Zitronen treten. Man muß den Rhabarber so klein wie möglich schneiden, in ganz wenig Wasser langsam weich kochen und durch ein feines Haarsieb laufen lassen. Der Saft wird in kleine Flaschen gefüllt und sterilisiert. Lediglich können in diesem Jahr, wo die Äpfel so teuer sind, die kleingeschnittenen Rhabarberstücke, die man in Flaschen füllte und mit kaltem abgekochten Wasser überfüllte, bei der Bereitung von Rotkohl im Winter die sonst genommenen Apfelstücke ersetzen. Die Frage, ob man aus süßen Weinbeeren nicht Rosinen bereiten könnte, kann ich in bejahendem Sinne beantworten, ich habe selbst schon eine Probe von solchen Rosinen gehabt. Ich hängt die reifen Trauben erst in einem warmen Ort an einer Schnur auf, um sie etwas vorzutrocknen, verschneidet dann die Einzeltrauben mit einer Scheere in kleine Traubchen von 3 bis 5 Beeren und legt sie auf eine Obsttarre. Man trocknet sie langsam in sehr gelinder Wärme und beert sie erst nach, wenn sie vollständig trocken sind. In warmer Zimmerluft werden sie dann noch einige Tage nachgetrocknet und in Steingutgefäße gefüllt. Einen

Unbequemlichkeit wohl kaum als Unbequemlichkeit empfinden.

Ich kann die Berechtigung der Frage, ob man nicht Zwiebeln für den Winter dörren könne, wohl begreifen, angesichts der Zwiebelnot in den Städten jetzt, welche uns die ganz seltsam niedrigen Höchstpreise bescheert haben, nach deren Festsetzung die vorher reichlich vorhandenen Zwiebeln plötzlich wie vom Erdboden verschlungen sind. Wer bei einmal reichlicher Anfuhr Gelegenheit hat, größere Mengen Zwiebeln kaufen zu können, soll wenigstens einen Teil davon dörren, zumal Zwiebeln nur in be-

Der preussische Kriegsminister zur 7. Kriegsanleihe.

Im deutschen Volke streitet man immer noch über die Kriegs- und Friedensziele. Dadurch bietet man den Gegnern ein Bild der Zerrissenheit. Jetzt giebt die 7. Kriegsanleihe Gelegenheit, den Feinden zu zeigen, daß wir alle einig sind im Kriegs- und Siegeswillen. Wie viele haben das Liebste gegeben, ihre Väter, Brüder und Söhne! Sollte es schwerer sein, sich vom Gelde zu trennen? Das Vaterland bedarf des Geldes, um den ehrenvollen Frieden zu erzwingen. Wir brauchen nicht auf Borg zu gehen, wie unsere Gegner. Geld ist genug im Lande. Wer seinen Besitz durch den Krieg vermehrt hat, wer vor Verlusten bewahrt ist, sollte dankbaren Herzens reichlich geben, um nicht zurückzustehen hinter dem weniger Begüterten, der sein mühsam Erspartes dem Vaterlande opfert. Sie alle verlieren nichts dadurch, sie gewinnen durch die beste Kapitalanlage und, was höher ist, durch das Bewußtsein der erfüllten Pflicht. Niemand darf zweifeln an dem guten Ausgange. Wohl fährt uns der Weltenschicksal auch dunkle Wege. Aber er zeigt zur rechten Stunde das Licht als Weiser für den rechten Pfad. Riga ist unser! Das soll unseren Willen stärken und die Hände öffnen zum reichlichen Geben für das Vaterland.

von Stein,

General der Artillerie und Kgl. Preussischer Kriegsminister.

dingtem Maße bei richtiger Aufbewahrung in geeigneten Räumen lange haltbar sind. Um Zwiebeln zu dörren, muß man sie schälen, in dünne Scheiben schneiden und diese zu einzelnen Zwiebelringen entblättern. Man legt sie auf eine saubere Papierunterlage auf eine Obsttarre und trocknet sie in sehr gelinder Wärme. Die Zwiebelringe müssen völlig trocken und eingeschrumpft sein, sie werden in Papierkisten oder kleinen Stoffbeuteln aufbewahrt, und zwar an kühlem trockenem Ort freihängend. Die trockenen Zwiebeln brauchen nicht vorher eingeweicht werden, man wiegt sie, wo dies angeeignet ist, fein wie frische Zwiebeln oder setzt sie den Speisen wie frische Zwiebeln beim Kochen zu, sie quellen im Wasser oder in den Speisen wieder auf.

Zwei wißbegierige Hausmütter möchten wissen, ob man aus Tomaten nicht auch Süßspeisen bereiten kann und Elisabeth aus Schwerin bittet um eine gute Vorschrift, um reife Tomaten süß einzulegen. Den Fragerinnen kann ich helfen. Einfach in Scheiben geschnittene, vorher geschälte reife Tomaten, die man mit Zucker durchstreut und einige Zeit durchziehen läßt, geben einen feinschmeckenden, melonenähnlichen Nachtisch. Auch kann man Tomaten mit Apfelsmus füllen. Man höhlt die Tomaten vorsichtig aus, bestreut sie innen mit Zucker und füllt sie einige Zeit durchziehen. Man locht auf bekannte Weise ein Apfelsmus, das man recht steif halten muß und füllt es in die Tomaten, die man vorher abtropfen läßt. Der abgetropfte Zuckersaft und der durchgestrichene Tomateninhalt wird vermischt mit etwas Vanille gewürzt und mit einigen Tafeln aufgelöster Gelatine vermischt. Diese erstarrte Tomatensalsa wiegt man gründlich und bettet die gefüllten Tomaten hinein. Sehr wohlschmeckend ist die Apfelsmarmelade. Zu ihr locht man aus etwas leichtem Weißwein und 200 Gr. Zucker einen dicken Sirup, legt Tomatenscheiben hinein, die man vorher abgießen muß und schmort sie kurz durch. Dann locht man vorher abgießen muß und schmort sie kurz durch. Dann locht man Apfelscheiben in dem Saft gar und schlichtet die Tomaten und Apfelscheiben abwechselnd in eine Glasschale. Der Saft wird mit einigen Tafeln Gelatine gebunden und über die Fruchtstücke gefüllt. Die Speise muß erstarren und wird mit einer aus Lumpenpulver bereiteten Tunte gereicht. Ein ganz köstliches Gemachtes geben die unreifen Tomaten nach folgender Art, gemacht, daß man Reineclauden von besonders feinem Geschmack vor sich hat. Man muß wallnußgroße unreife Tomaten

nehmen und sie in Wasser kochen, bis sie sich durchstechen lassen. Man nimmt die Tomaten mit dem Schaumlössl heraus und übergießt sie mit Essig, mit dem man sie über Nacht stehen läßt. Man läßt sie abtropfen, löst für 500 Gr. Frucht 250 Gr. Zucker in etwas Wasser, gibt etwas feingestohlenen Ingwer, Nellen, einige Stückchen Zitrus daran, locht die Tomaten langsam noch 15 Minuten in dem Saft, füllt sie in Gläser, locht den Saft dicklich ein und gießt ihn nach dem Erkalten über die Tomaten, die man dann zubereitet.

Frau C. B. kann aus Roggenmehl ein gutes Brot im Hausbackofen in der Kastenform backen, wenn sie Hefe zur Verfügung hat, mit Backpulver wird das Brot etwas fest, wenn auch kein Geschmack gut ist. Man löst die Hefe in halb Milch, halb Wasser, gibt etwas gestiebtes Roggenmehl bei, sodas das bekannte Hefestück entsteht und läßt dies gehen. Auf 1 Kg. Mehl rechnet man 50 Gr. Hefe. Zu dem Hefestück gibt man das übrige Mehl, etwas Salz und einige gestohlene Rümmelefröner, fügt soviel laues Wasser zu, daß ein knetbarer Teig entsteht und verarbeitet ihn gut. Man formt ein Brot von der Masse, legt es in eine passende eingefettete Kastenform, bestreicht die Oberfläche mit Wasser und bäckt das Brot bei gleichmäßiger Hitze eine Stunde. — Den hart gewordenen Plüsel werden Sie am besten wieder erweichen, wenn Sie ihn wiederholt klopfen und in kochendes Wasser dabei halten. Die Entfernung von Gerüchen von den Händen gelingt leicht, wenn man dem Waschwasser etwas Salzwasser zusetzt. Besser gelingt dies allerdings noch, wenn man Senfmehl mit Wasser zu Brei anrührt und damit die Hände abreibt, aber es dürfte schwerlich noch Senfmehl zu bekommen sein.

Frau V. Sch. in Darmstadt teile ich kurz an dieser Stelle mit, daß unter Wurzeln in der betreffenden Vorschrift gelbe oder rote Wurzeln, auch Mohrrüben oder Möhren genannt, zu verstehen sind.

Kaffeesatz aus Mehlbeeren stellt man her, indem man die reifen Beeren zerläßt, auswäscht und die Samen an der Luft trocknet, dann in mäßiger Wärme dörrt und trocken aufbewahrt. Bei Bedarf röstet man sie im Kaffeeföhrer wie früher den Kaffee, malt ihn und bereitet den Kaffee auf bekannte Weise. In gleicher Weise können auch die reifen Beeren der Spargelpflanze verwendet werden, die eigentlich noch die meiste Ähnlichkeit — allerdings immer nur eine entfernte! — mit wirklichem Kaffee zeigen. Aus Mahonienbeeren kann man ein sehr wohlschmeckendes Gelee bereiten, das wie Brombeergelee schmeckt, wenigstens teilt mir das Frau D. H. aus Marburg mit, ich selbst habe noch keine Gelegenheit zur Erprobung gehabt und kann Ihnen, verehrte Frau Professor v. O. in Hannover, diese Auskunft also nur weiter geben. Die Bereitung des Gelees ist die gleiche wie bei anderen Beerengelees.

Herrn Pastor B. in Oberquembach teile ich mit, daß sich Kartoffelwalzmehl nur zum Verdicken von Suppen, Gemüsen, Suppen eignet, dafür aber sehr gut zu gebrauchen ist, wenn man es richtig verwendet. Man darf Kartoffelwalzmehl nicht vorher anrühren, man streut es nur unter Rühren an die zu bindende Flüssigkeit und läßt es darin kurz ausquellen, ja nicht kochen, da es die Bindfähigkeit sonst einbüßt. An der grauen Farbe darf man allerdings keinen Anstoß nehmen, wird dies aber auch wohl kaum, da unser sonstiges Kriegsmehl ja auch diese Farbe zeigt.

Anne B. bewahrt das kostbare Öl am besten in kleineren, sehr gut verschlossenen Flaschen stehend an kühlem Orte auf, es bleibt dann lange Zeit tadellos im Geschmack, man soll die im Gebrauch befindliche Flasche auch nur so kurze Zeit wie möglich öffnen, da es durch Verbindung mit dem Sauerstoff der Luft sich zerlegt; ranzig wird. Ich wollte, ich hätte auch einen Bruder in Konstanz, der mir so köstliches Speiseöl besorgen könnte.

Frischen Weichquark, Frau v. D., kann zu einem Reibkäse sehr gut verarbeitet werden. Man muß den Quark gut auspressen, sodas er ziemlich trocken ist, ihn mit Salz und gepulverten Kräutern untermischen und zu kleinen, apfelgroßen Bollen formen, die man platt drückt. Man legt die Bollen auf ein Holzgitterchen und trocknet sie unter öfterem Umlegen in einer mittelheißen Ofenröhre, so daß man sie reiben kann. Man bewahrt die getrockneten Käse in Steingutöpfen mit Deckeln trocken auf, sie halten sich dann längere Zeit.

Birnengelees kann man wohl kochen, Hausmütterchen Biss, die dies ganz unmöglich findet und man die „Wette“, die sie darüber eingegangen ist, leider verlieren wird. Man locht 500 Gr. Rindfleisch mit 1 Liter Wasser 10 Minuten an und stellt es dann 2 Stunden in die Kochkiste, nimmt das Fleisch aus der Brühe und legt 30 mittelgroße, geschälte, aber unzerschnittene Birnen hinein. Sie müssen in der Brühe gar kochen, die man mit trockenem braun geröstetem Mehl bindet und mit etwas Essig schärft. Für sich gekochte Kartoffeln — 1 Kg. — gibt man nebst den in Stückchen geschnittenen Rindfleisch zu den Birnen und locht das Gericht kurz auf.

Heute muß ich hier Schluß machen, aber die Fortsetzung folgt baldigst.

Neue Lebensmittelverordnungen.

Budapest, 2. Oktober.

Das heutige Amtsblatt veröffentlicht eine Reihe wichtiger, den Lebensmittelverkehr weiter regelnder Verordnungen, deren wesentlichen Inhalt wir in nachstehendem mitteilen.

Die Bedingungen der Schweinemastung.

Eine unter Zahl 3658/1907 M. E. veröffentlichte Regierungsverordnung regelt die Bedingungen der Schweinemastung und das Verfahren bei ihrer Bewilligung. Laut dieser Verordnung darf für den Hausgebrauch jedermann ohne vorherige behördliche Bewilligung höchstens zwei Schweine mästen. Darüber hinaus darf man für den Haus-, beziehungsweise Wirtschaftsbedarf in der eigenen Haushaltung, beziehungsweise Wirtschaft, oder in einer fremden Mastanlage, aber auf eigene Rechnung, nur so viele Schweine mästen, als man für die im Haushalt oder in der Wirtschaft Versorgung genießenden Personen oder Arbeiter an Speck oder Fett unter Berücksichtigung der strengsten Sparsamkeit braucht. Wie viele Schweine jemand unter diesem Titel mästen darf, stellt die Lokalbehörde fest. Wenn jemand den Fett- und Speckbedarf seiner auf dem Gebiete mehrerer Bezirke oder Municipien gelegenen Haushaltung oder Wirtschaft an einem Orte durch Mastung sichern will, stellt die Zahl der mästbaren Schweine der erste Beamte des für die Mastanlage kompetenten Municipiums fest. Die Futtermenge, die für Mastwecke verwendet, beziehungsweise angekauft werden darf, stellt für Gerste die Verordnung Nr. 67.700, für Mais die Verordnung Nr. 183.200 des Ackerbauministers fest.

In einer den Haus- und Wirtschaftsbedarf übersteigenden Zahl dürfen Schweine nur mit behördlicher Erlaubnis und unter Benützung der Hälfte des Ueberschusses der unter Sperre genommenen Maisernte gemästet werden. Die Erlaubnis erteilt jenen Produzenten, die über entsprechenden Mais verfügen, bis zu fünfzig Stück der erste Beamte des Municipiums. Ueber die entsprechende Futtermenge verfügenden Produzenten erteilt zur Mastung von mehr als fünfzig Schweinen der Ackerbauminister die Erlaubnis. Nichtproduzenten, sowie solche, die nicht über die erforderlichen Futtermengen verfügen, müssen, sofern sie für den öffentlichen Bedarf mästen wollen, ihre diesbezüglichen Gesuche beim ersten Beamten des Municipiums einreichen; der Ackerbauminister wird den einzelnen Municipien für die Zwecke solcher Mastungen bestimmte Maismengen zur Verfügung stellen und der erste Beamte wird nach Maßgabe des angesprochenen Bedarfes und unter Berücksichtigung des öffentlichen Interesses den Mais unter die Bezugsberechtigten verteilen, wobei jedoch ein Reflektant höchstens das für die Mastung von fünf- undzwanzig Schweinen notwendige Futter erhalten kann. Jenen Produzenten, die mehr als fünf- undzwanzig Schweine mästen (gewerbliche Mäster), ebenso städtische, Beamten-, Genossenschafts- usw. Beschaffungsgruppen) erteilt die Mastungsbewilligung ausschließlich der Ackerbauminister. Derartige Gesuche sind im Wege des ersten Beamten des Municipiums, die Gesuche von militärischen Beschaffungsgruppen, beziehungsweise von Beschaffungsgruppen solcher Fabriken und Betriebe, die auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes unter militärischer Leitung stehen, durch die kompetenten Militärkommandos dem Ackerbauminister zu unterbreiten. Hinsichtlich dieser Gesuche entscheidet der Ackerbauminister einseitig mit dem Minister für Volksernährung. Ueber sämtliche durch den Ackerbauminister oder durch den ersten Beamten des Municipiums erteilte Mastungsbewilligungen ist behufs Evidenzhaltung dem Landes-Volksernährungsamt Bericht zu erstatten. Die auf Grund solcher Bewilligungen eingestellten Mastschweine sind vom Zeitpunkt der Einstellung als für Zwecke des öffentlichen Bedarfes zur Verfügung des Landes-Volksernährungsamtes gebunden zu betrachten. Im Falle der gewerblichen Mastung ist die Mastanstalt verpflichtet, von Fall zu Fall mit dem Landes-Volksernährungsamt einen besonderen Vertrag abzuschließen. Das zur Mastung erforderliche Futter wird der Ackerbauminister nur bei Vorweisung dieses Vertrages anweisen.

Die für den öffentlichen Bedarf bestimmten Schweine dürfen pro Stück höchstens mit fünf Meterzentnern Getreide gemästet werden. Die notwendige Futtermenge wird nach Maßgabe der bestehenden Regierungsverordnungen durch den Ackerbauminister im Wege der Kriegsprodukten-V.-G. angewiesen. Der Ackerbauminister ist berechtigt, die Bedingungen dieser Futteranweisungen zu bestimmen. Lebende Schweine unter einem Gewicht von 50 Kilogramm dürfen für den

öffentlichen Bedarf nicht gemästet werden. Der Ackerbauminister sowie der Volksernährungsminister sind berechtigt, die zum öffentlichen Bedarf bestimmten Mastungen an Ort und Stelle ständig zu kontrollieren.

Zu widerhandlungen unterliegen einer Arreststrafe bis zu sechs Monaten und einer Geldbuße bis zu 2000 Kronen. Jene Schweine, hinsichtlich deren die Ueberretung erfolgt, können konfisziert werden, ausgenommen jene Schweine, die im Sinne der gegenwärtigen Verordnungen dem Besitzer unter dem Titel des eigenen Haus- und Wirtschaftsgebrauches zukommen. Wer die zum öffentlichen Bedarfs gebundenen Schweine widerrechtlich sich aneignet, vernichtet, verwendet oder auf irgendeine sonstige Weise dem öffentlichen Bedarf entzieht, kann durch den ersten Beamten des Municipiums zu einem Schadenersatz herangezogen werden, der sich bis zum doppelten Betrage der entzogenen Werte erstrecken kann. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Transportzertifikate.

Eine Regierungsverordnung Zahl 3685/1917 M. E. verfügt, daß geschlachtete Schweine und alle Arten von Schweineprodukten per Bahn, Schiff oder Kraftwagen nur auf Grund der üblichen Transportzertifikate laut Verordnung Zahl 4551/1915 M. E. versendet werden dürfen. Diese Verfügung bezieht sich auf geschlachtete Schweine im ganzen oder halbiert oder auch in kleinere Teile zerschnitten, ferner auf alle Arten von Schweineprodukten, wie Speck, Schmeer, Fett, geräuchertes Fleisch, Schinken usw. Sofern diese Produkte nach Orten außerhalb des Landesgebietes befördert werden, gelten die Bestimmungen der Verordnung Zahl 4292/1915 M. E. Diese Verordnung tritt am 10. d. M. in Kraft.

Die Regierungsverordnung Zahl 3686/1917 M. E. ergänzt die Regierungsverordnungen Zahl 2400 und 2736/1917 M. E. über den Vertrieb von Grünzeug, Gemüse und Obst in der Weise, daß diese in rohem oder verarbeitetem (konserviertem) Zustande per Bahn, Schiff oder Kraftwagen nur auf Grund solcher Transportzertifikate versendet werden dürfen, die durch die Direktion der Landes-Grünzeug-, Gemüse- und Obstverkehrs-V.-G. oder durch deren Bezirksvervollmächtigten ausgestellt wurden. Diese Zertifikate sind bei diesen Stellen anzusprechen. Verwaltungsbehörden können für die Folge solche Transportzertifikate nicht ausstellen und die bereits ausgestellten Zertifikate gelten nur bis zum Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung, die am morgigen Tage in Kraft tritt.

Die Regierungsverordnung Z. 3687/1917 M. E. verfügt, daß aus Kuh- und Schafmilch erzeugte Produkte per Bahn, Schiff oder Kraftwagen nur auf Grund der üblichen Transportzertifikate versendet werden dürfen. Diese Verordnung tritt am 10. d. M. in Kraft.

Verbot der Viehfütterung mit Vollmilch, oder abgerahmter Kuhmilch.

Die Regierungsverordnung Z. 3688/1917 M. E. verbietet, daß Vollmilch oder abgerahmte Kuhmilch für irgendwelche Zwecke tierischer Fütterung verwendet werde. Der erste Beamte des Municipiums hat nach Anhörung des Wirtschaftsinспекtorats in begründeten Fällen Ausnahmen zu lassen. Diese mit den üblichen Straffunktionen ausgestattete Verordnung tritt am 15. d. M. in Kraft und ihre Wirksamkeit erstreckt sich auf Kroatien-Slavonien nicht.

Höchstpreise für Luzernesamen.

Die Regierungsverordnung Z. 3654/1917 M. E. stellt Höchstpreise für Luzernesamen fest. Diese betragen auf dem ganzen Landesgebiet pro Meterzentner Nettogewicht für 1. grobseidenfreien, natürlichen Luzernesamen k 750, 2. grobseidenfreien, puhbaren, natürlichen Luzernesamen k 700, 3. für grobseidenhaltigen, unpuhbaren, rohen Luzernesamen k 640, 4. für als seidenfrei amtlich (mittels weißer Etikette) plombierten Luzernesamen k 985, 5. für gepuhten, aber nicht vollständig seidenfreien Luzernesamen, der als solcher amtlich (mittels roter Etikette) plombiert ist, k 935. Im Detailverkehr (25 Kilogramm und darunter) beträgt der Höchstpreis bei den amtlich plombierten Sorten k 10.45 für seidenfreien und k 9.95 für den nicht vollständig seidenfreien Luzernesamen pro Kilogramm. Diese Höchstpreise treten am 2. Oktober laufenden Jahres in Kraft, sie beziehen sich jedoch nicht auf solche Ware, die aus dem Zollauslande beschafft wird.

Höchstpreise für Kleesamen.

Die Regierungsverordnung Zahl 3655/1917 M. E. stellt Höchstpreise für Kleesamen fest. Diese betragen für das ganze Landesgebiet pro Meterzentner Nettogewicht für: 1. grobseidenfreien, natürlichen Kleesamen k 575; 2. grobseidenhaltigen, puhbaren, natürlichen Kleesamen k 535; 3. grobseidenhaltigen, ungepuhten, natürlichen Kleesamen k 490; 4. für als grobseidenfrei amtlich (mittels weißer Etikette) plombierten Kleesamen k 760; 5. für gepuhten, jedoch nicht vollständig seidenfreien Kleesamen, der als solcher amtlich mit roter Etikette plombiert ist, k 720. Im Detailverkehr (25 Kilogramm und darunter) betragen die Höchstpreise für die beiden letzteren Sorten k 8.20 für seidenfrei amtlich plombierten und k 7.80 für gepuhten, aber nicht vollständig seidenfreien Kleesamen pro Kilogramm. Auch diese Verordnung tritt am 2. d. in Kraft. Aus dem Zollauslande beschaffte Ware ist von diesen Verfügungen ausgenommen.

Die obigen zwei Verordnungen sind mit den üblichen Straffunktionen versehen und beziehen sich auf das ganze Landesgebiet.

Regelung des Wild- und Wildfleischverkehrs.

Laut einer unter Zahl 3683/1917 M. E. verlaublichten Regierungsverordnung richtet der Minister für Volksernährung zur Vernehmung des Landes mit Wild und Wildfleisch, sowie zur Abwicklung der Ausfuhr ein Wildverkehrsbureau ein und im Interesse der Sicherung des Bedarfes ordnet er die erforderlichen Verfügungen mit Beschränkungen an. Die Höchstpreise für Wild und Wildfleisch werden wie folgt festgestellt:

| Benennung des Wildes | Verkauf | Der Produzent darf verlangen | Der Großhändler | Das Kühlhaus nach dem 15. Februar 1918 |
|----------------------|---------|------------------------------|-----------------|--|
| Hirsch | — | 4.— | 4.60 | 5.20 |
| Hirschkuh | — | 4.50 | 5.20 | 5.85 |
| Damwild | — | 4.50 | 5.20 | 5.85 |
| Hoch | — | 5.— | 5.75 | 6.50 |
| Wildschwein | — | 4.— | 4.60 | 5.20 |
| Gaß | Stück | 10.— | 11.50 | 12.50 |
| Hasan | — | 6.— | 6.90 | 7.80 |
| Hans | — | 5.25 | 6.— | 6.83 |
| Rebhuhn | — | 3.— | 3.45 | 3.90 |

tailhändler per ein Kilogramm Nettogewicht beim Verkauf in Schachteln 2 K. 50 S., beim Verkauf in Düten 2 K. 20 S. Flüssiger Malzkaffee darf nur mit Erlaubnis des Ministers für Volksernährung in Verkehr gebracht werden, der auch den Höchstpreis feststellt. Die obigen Preise enthalten die Kosten des Transports zur Ladestation und die Spesen der Verpackung. Auf den Malzkaffee enthaltenden Schachteln und Düten ist der Preis, den der Detailhändler fordern kann, sowie das Gewicht des in den Paketen enthaltenden Malzkaffees anzugeben.

Die Schweinemästung.

Die Bedingungen der Schweinemästung und das Verfahren bei ihrer Bewilligung wird in einer im heutigen Amtsblatt veröffentlichten Verordnung geregelt.

Für den Hausgebrauch darf Jedermann ohne vorherige behördliche Bewilligung zwei Schweine mästen. Darüber hinaus darf man für den Haus- und Wirtschaftsbedarf nur so viele Schweine mästen, als die zu versorgenden Personen an Speck und Fett unter Berücksichtigung der größten Sparsamkeit brauchen. Wie viele Schweine jemand unter diesem Titel mästen darf, stellt die Lokalbehörde fest.

In einer den Haus- und Wirtschaftsbedarf übersteigenden Zahl dürfen Schweine nur mit behördlicher Erlaubnis und unter Benützung der Hälfte des Ueberflusses der unter Sperre genommenen Maisernte gemästet werden. Die Erlaubnis erteilt jenen Produzenten, die über entsprechenden Mais verfügen, bis zu fünfzig Stück der erste Beamte des Munizipiums. Ueber die entsprechende Futtermenge verfügenden Produzenten erteilt zur Mästung von mehr als fünfzig Schweinen der Ackerbauminister die Erlaubnis. Jenen Produzenten, die mehr als fünfzig Schweine mästen (gewerbliche Mäster), ebenso städtische, Beamten-, Genossenschafts- usw. Beschaffungsgruppen) erteilt die Mästungsbewilligung ausschließlich der Ackerbauminister. Die auf Grund solcher Bewilligungen eingestellten Mästschweine sind vom Zeitpunkt der Einstellung als für Zwecke des öffentlichen Bedarfs zur Verfügung des Landes-Ernährungsamtes gebunden zu betrachten. Im Falle der gewerblichen Mästung ist die Mastanstalt verpflichtet, von Fall zu Fall mit dem Landes-Ernährungsamt einen besonderen Vertrag abzuschließen.

Die für den öffentlichen Bedarf bestimmten Schweine dürfen per Stück höchstens mit fünf Meterzentner Getreide gemästet werden. Die notwendige Futtermenge wird nach Maßgabe der bestehenden Regierungsverordnungen durch den Ackerbauminister im Wege der Kriegserzeugnisse-A. G. angewiesen. Der Ackerbauminister ist berechtigt, die Bedingungen dieser Futteranweisungen zu bestimmen. Lebende Schweine unter einem Gewicht von 50 Kilogramm dürfen für den öffentlichen Bedarf nicht gemästet werden. Der Ackerbauminister, sowie der Volksernährungsminister sind berechtigt, die zum öffentlichen Bedarf bestimmten Mästungen an Ort und Stelle ständig zu kontrollieren.

Transportcertifikate.

Für Schweinefleisch, Grünwearen und Milchprodukte.

Drei Regierungsverordnungen verfügen, daß geschlachtete Schweine und alle Arten von Schweineprodukten (Schinken, Geselchtes, Speck, Fett und Schmalz), ferner Grünzeug, Gemüse und Obst in rohem oder verarbeiteter (konservierter) Zustande, und aus Kuh- oder Schafmilch erzeugte Produkte per Bahn, Schiff oder Automobil nur auf Grund von Transportcertifikaten versendet werden können. Die Lieferscheine für Grünzeug, Gemüse und Obst stellt die Direktion der Landes-Grünzeug-, Gemüse- und Obstverkehrs-A. G. oder deren Regionalgesellschaften aus.

Verbot des Verbrauchs von Kuhmilch für Thierfütterung.

laut einer heute erschienenen Verordnung ist der Verbrauch von Voll- oder abgerahmter Kuhmilch zu Thierfütterungszwecken verboten. Das Verbot tritt am 15. Oktober in Kraft. Ausnahmen können nur von den Behörden gestattet werden.

Ernährung und Versorgung. Die neuen Ernährungsverordnungen.

Das heutige Amtsblatt veröffentlicht eine Reihe von Verordnungen auf dem Gebiete der Ap-provisionierung, die wir gestern bereits angekündigt haben. Sowohl die nachstehend veröffentlichten Erlasse, wie die in unserer volkswirtschaftlichen Rubrik veröffentlichte Verordnung gegen den Kettenhandel, sollen dazu dienen, ein strenges Regime auf dem Gebiete des Verpflegungswesens in Ungarn einzubürgern. Für die nächsten Tage ist eine weitere Serie von Ernährungsverordnungen zu erwarten.

Montag und Freitag — fettlose Tage.

Das Amtsblatt veröffentlicht eine Verordnung, mit der auch der Freitag für einen fettlosen Tag erklärt wird. Danach dürfen von heute an an Montagen und an Freitagen in Geschäften und Betrieben, in denen Speisen ausgefertigt werden, keine Speisen angefertigt oder verabreicht werden, zu deren Herstellung irgendein Fett (Schweineschmalz, Speck, Margarine, Butter, Pflanzenfett, Pflanzenöl, wie auch jedes andere zum menschlichen Genuß geeignete Öl oder Fett) notwendig ist. Auch darf in diesen Geschäften an den genannten Tagen keinerlei Fett in irgend welcher Form zum Konsum verabreicht werden. Der das Landes-Ernährungsamt leitende Minister kann für Spitäler, Heilanstalten, Sanatorien Ausnahmen gestatten. Die Verordnung erstreckt sich auf Kroatien-Slavonien nicht. Die früheren Verordnungen über die Einschränkung des Fleisch- und Fettkonsums verlieren ihre Geltung. Damit hört der Freitag auf, ein fleischloser Tag zu sein.

Maximalpreise für Wildpret.

Im heutigen Amtsblatt werden Maximalpreise für Wildpret festgestellt. Die diesbezügliche Verordnung, die am 15. Oktober ins Leben tritt, verfügt:

Das Landes-Ernährungsamt errichtet zur Versorgung des Landes mit Wildpret, sowie zur Abwicklung der Ausfuhr ein Wildpretverkehrsbureau, das von nun ab auch die Transportcertifikate ausstellt. Die Maximalpreise (inklusive Transportspesen) sind für das Kilogramm:

- Hirschbod: Für den Produzenten 4 K., für den Großhändler 4 K. 60 S., für das Kühlhaus ab 15. Februar 1918 5 K. 20 S., im Kleinhandel 5 K. 20 S.
 - Hirschschub: 4.50, 5.20, 5.85, 6.75.
 - Damhirsch: 4.50, 5.20, 5.85, 6.75.
 - Reh: 5.—, 5.75, 6.50, 7.50.
 - Wildschwein: 4.—, 4.60, 5.20, 6.—.
 - Gäfen (per Stück): 10.—, 11.50, 12.50, 14.—.
 - Fasan Gahn: 6.—, 6.90, 7.80, 9.—; Henne: 5.25, 6.—, 6.88, 7.87.
 - Rebhuhn: 3.—, 3.45, 3.90, 4.50.
- Im Kleinhandel das Kilogramm:
- Hirsch: Keule und Rücken 10.—, Schulter 8.—, Porsohl 4.—.
 - Reh: 11.—, 12.—, 15.—.
 - Wildschwein: 6.50, Kopf und Fuß 1.50.
 - Gäse: Vorderes 3.80, Hinteres 6.—.
- Ab 1. März 1918 können für Kühlhauswaare monatlich fünf Prozent zugeschlagen werden.

Höchstpreise für Malzkaffee.

Eine im heutigen Amtsblatte verlautbarte Regierungsverordnung stellt die Höchstpreise für Malzkaffee folgendermaßen fest:

Der Fabriksverkaufspreis des in Schachteln oder in Düten verpackten Malzkaffees wird per 100 Kilogramm Nettogewicht beim Verkauf in Schachteln mit 210 Kronen, beim Verkauf in Düten mit 180 Kronen festgesetzt. Großhändler dürfen beim Verkauf in Schachteln 220 Kronen, in Düten 190 Kronen anrechnen, De-

Das Schreckbild des Frühwinters.

Der jähe Wetterumschlag ruft die Befürchtung hervor, daß uns ein früher und strenger Winter beschieden sein könnte. Damit wird die Haupt Sorge des Stadt- und Industrievolkes wieder lebendig, die Sorge um die Kartoffelzufuhr. Ohne Zweifel sind wir damit schon jetzt im Rückstand, und das auf der ganzen Linie. Wohl haben die kleinen Landwirte vielfach Kartoffeln in halbreifem Zustand ausgenommen, aber in den wichtigsten Erzeugungsgebieten schreitet die Ernte nicht so fort, wie sie sollte. Es fehlt an Arbeitskräften, an Bespannung und Fuhrwerk, es fehlt offenbar auch an Eifer. Von Zurüstungen zur Bewältigung der Transporte hört man wenig, der Frachtenverkehr ist im Gegenteil auf weiten Strecken eingeschränkt und der Mangel an rollendem Material macht sich fühlbar. Die entscheidenden Wochen drohen zu verstreichen, ohne daß die Kartoffelzufuhren einen Vorsprung gewinnen. Binnen kurzem geraten sie in Wettstreit mit der ebenso dringenden Verfrachtung der Zuckerrübe und mit den noch dringlicheren Kohlentransporten. Drei sehr voluminöse, im Laderaum anspruchsvolle und noch dazu an feste Termine gebundene Frachtgüter stoßen zusammen in einer Zeit, wo zugleich die Witterungseinflüsse den Bahnbetrieb beeinträchtigen. Die Besorgnis ist sehr begründet, daß den Bahnen in einer kurzen Zeitspanne Aufgaben zugemutet werden, die auf einmal nicht bewältigt werden können.

Warum stockt die Einbringung der Kartoffeln? Man hat sich und uns einzureden unternommen, daß die Erhöhung des Preises um 33 1/3 Prozent einen Höchstpreis schaffen werde; wenn beim Abverkauf der Kartoffeln ein außerordentlicher Preis winkt, dann wird sich, so sagte man, der Landwirt mit der Einbringung und Abstellung beileben. Nichts bemerkt man von einer solchen Wirkung, die Preise sind aber für weite Schichten des Proletariats unerträglich hoch. Man hat sie seit jeher falsch beurteilt, man stellte die Kartoffeln immer nur als Zusatz des bürgerlichen Tisches in Rechnung und beschwichtigte alle Bedenken mit der Wendung: Was macht das im Tage und Jahre aus? Für ungezählte Haushalte des Landes aber ist die Kartoffel das Haupt-, wenn nicht das einzige Nahrungsmittel und dessen Verteuerung um

ein Drittel ist für sie einfach unerschwinglich. Man urteilt falsch auch in anderer Richtung: Man hält sich an eine Oberschicht der Arbeiterklasse, die heute dem Geldausdruck nach höhere Löhne bezieht, vergißt aber, daß es sich dabei im besten Falle um Hunderttausende handelt, während Millionen an dieser Lohn-erhöhung nur einen verschwindenden Anteil finden, andere Millionen auf unabänderliche Bezüge eingestellt sind oder nur geringfügige Zubußen erreicht haben, noch andere aber gerade jetzt, wo sich die Einschränkung des Kohlenbezuges geltend zu machen beginnt, erwerbslos werden. Wir wissen, daß ganz Nordmähren, der in der Textilindustrie beschäftigte Teil von Schlesien und ein großer Teil des böhmischen Industriegebietes durch die Kartoffelverteuerung in die mißlichste Lage und in schwere Unruhe versetzt worden ist. Für sie — und nicht für sie allein — war diese unerwartete, unbegründete und, wie sich zeigt, auch ganz zwecklose Preissteigerung ein schwerer Schlag.

Kein volkswirtschaftlicher Grund rechtfertigt diese Maßregel. Ein gewiß einwandfreier Zeuge, dessen Zuschrift wir heute veröffentlichen, versichert uns, daß auf einem Hektar im mährischen Kartoffelgebiet bis zu 200 Meterzentner Kartoffeln geerntet werden. Das Hektar trägt in diesem Falle viertausend Kronen, somit weit mehr, als dieses Hektar Grund selbst kostet. Die Kosten der Arbeit stehen zu einem solchen Geldertrag in gar keinem Verhältnis mehr — zudem vernimmt man, daß man in demselben Gebiet bei der Kartoffelernte dem männlichen Arbeiter einen Lohn von

5 bis 4 Kronen, dem weiblichen nur 1.80 bis 2.40 Kronen bezahlt. Unter solchen Umständen wird es keine Seltenheit sein, daß die Kartoffelernte eines Jahres den Grundwert bezahlt macht, ein Fall, der bei den heutigen Weinpreisen auch auf viele Weingärten zutrifft, von den Obstgärten gar nicht zu reden! Solche Preisgestaltungen sind auch produktionspolitisch völlig absurd, wenn man schon von den sozialen Rückwirkungen abzusehen beliebt. Und nun haben wir zu fürchten, daß diese furchtbaren Opfer des Konsums, die um des vorgespiegelten psychologischen Anreizes willen gebracht wurden, dennoch keinen Erfolg zeitigen.

Uns dünkt, daß man die unzulänglichen Zurüstungen der Verwaltung durch diese Höchstpreise weitmachen wollte — aber kein Preis nützt, wenn es an Wagen, Pferden und Menschen fehlt, um die Ernte herein und an die Bahn zu bringen. Nicht um die „Psychologie“, sondern um diese Hilfsmittel hatte man sich zu bemühen, nicht zu locken, sondern das Pflichtgefühl durch die Mittel des Gesetzes rege zu halten galt es. Dazu aber hätte es weit anderer Dinge bedurft als informativer Enquêtes, mit denen die kostbarste Zeit vertan wurde. Erstens war der Gesetzesim der Bevölkerung durch die feste Hand der Verwaltung wachzuhalten und nicht durch die eigene Fahrigkeit im letzten Augenblick vollends zu erschüttern. Zweitens aber war durchzusetzen das Existenzminimum der Volkswirtschaft, ihr Mindestbedarf an Mann und Material zu erkämpfen und mit dem Militärbedarf in einem festen Gleichgewichtszustand zu erhalten. Ein bestimmtes Maß an Arbeitskräften und Arbeitsmitteln muß dem Hinterland bleiben wenn der Zweck der Kriegsführung selbst nicht gefährdet werden soll. Neben den Berufssoldaten, die fordern — was wir ganz wohl begreifen —, ist die starke Zivilgewalt nicht sichtbar, die die Grenzen der Selbsterhaltung des Heimatlandes wahrnimmt. Wie jede Lösung ihren Sättigungsgrad, so hat jede Verbindung eine Untergrenze, bis zu der sie Bestandteile noch abgeben kann, widrigens sie zerfällt. Es hat bisher an irgend einer vorausschauenden Instanz gefehlt, die diese Untergrenze wahrgenommen hätte. So hat die Zivilgewalt bei Kriegsbeginn das Existenzminimum der Industrie nicht geschützt, und erst hinterher mußte man durch Rückbeurlaubungen und Enthebungen die so nötige industrielle Produktion wieder aufbauen. Und so hat man bis Mitte dieses Sommers den Kohlenbergbau immer mehr der Belegschaften berauben lassen, bis man beinahe vor der Katastrophe stand — dann erst, wie sich zeigt, viel zu spät, hat man die Bergleute heimgeschickt, und erst seit jener Zeit steigt wieder die Kohलगewinnung. Aber man kann heute das Versäumte schlechterdings nicht mehr einbringen. Unsere Volkswirtschaft besitzt eben jenen festen Ort nicht, dessen sie unbedingt bedürfte, um inmitten der drängenden Kriegserfordernisse zu bestehen. Musterung und Einberufung haben jetzt schon ihre gesicherte Technik, die Interessen der Volkswirtschaft dagegen entbehren eines ebenso zuverlässigen Organs. Aber man kann nicht leben, ohne zu produzieren, man kann nicht produzieren ohne Arbeitskräfte und Arbeitsmittel und dieser Zusammenhang richtet Schranken auf, um deren Einhaltung sich flüchtig irgend jemand kümmern muß. So sollte man wenigstens annehmen.

Wird es mit der Bewältigung der Kartoffel- und Kohlentransporte nicht ähnlich stehen? Welche Gewähr besitzen wir, daß für sie die Verfrachtungsmittel bereitstehen? Hat unsere Eisenbahnverwaltung die Kraft, das zu verbürgen? Die Persönlichkeiten, die uns zurzeit regieren, sind alles eher als von dem Vertrauen der Volkswirtschaft getragen, auf ihr politisches Sein oder Nichtsein hat das Volk nicht den geringsten Einfluß. Welche Macht sollen sie also besitzen, um volkswirtschaftliche Notwendigkeiten durchzusetzen? Unser Eisen-

bahnministerium hat sich in den drei Kriegsjahren unseres Erinnerns nur durch einen Spracherlaß bemerkbar gemacht und auch dieser kann eher als eine militärische Wünschbarkeit denn als volkswirtschaftliche Unerläßlichkeit angesprochen werden. Wie also ist die Rechtzeitigkeit der Transporte verbürgt? In der Kohlenfrage hat man sich durch eine Verordnung geholfen: es darf bis zum 15. Oktober nicht geheizt werden. Schade, daß man auf die ergänzende Verordnung vergessen hat: es darf vor diesem Tage nicht frieren! Vermutlich trügen beide Verordnungen die Gewähr in sich, nicht übertreten zu werden. Wir haben gerade drei Wochen bis auf Allerheiligen. Schneefall und Frost sind zu Allerheiligen nicht selten, selbst längere Frostperioden treten ab und zu im Anfang November ein und mit dieser Möglichkeit war auf jeden Fall zu rechnen. Binnen drei Wochen sollen nun zwei Drittel der Konsumkartoffeln verfrachtet sein und noch sind die Veranstaltungen hierzu nicht sichtbar! Wenn das Schreckgespenst eines verfrühten Winters wirklich erscheint, was wird aus uns? Dann hilft eine Verordnung nichts; auch mit einer abermaligen Enquete wird nichts gerichtet sein und auch die beliebten psychologischen Mittel dürften versagen. Vermutlich wird auch das nicht viel nützen, daß alle Welt dann genau weiß, wie wir regiert werden.

Bezugspreis: in Köln 7,50 A, in Deutschland 9,50 A vierteljährlich.
 Preis für die Anzeigenzeile oder deren Raum 50 A, zusätzlich 20%
 für die Reklamazeile oder deren Raum 3 A / Kriegszuschlag

Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten vorgeschriebenen Tagen oder für
 bestimmte bezeichneten Ausgaben wird keine Verantwortlichkeit übernommen.

Haupt-Geschäftsstelle: Breite Straße 64. — Postanschl.-nr. 228.

Vertretungen: Koblenz C. Heidenheim, Löhstr. 129. Kreisfeld J.P. Hochberg
 Lennep Ad. Mann, Mainz Manzer Verlagsanstalt, Mannheim D. Franz, Mühlheim
 (Ruhr) H. Baedekers Buchhdl. M. Gladbach E. Schellmann, Haub. H. Urentlich
 Neuwied Felix Trumm, Remscheid C. A. Kochenrath, Rhodt O. Berger, Ruhrort
 Andreas & Co. Saarbrücken 3 C. Schäfer, Sulzbachstr. 13. Siegburg A. Fritz,
 Zeughausstr. 4. Solingen Ed. Elven, Wiesbaden H. Gies. — Sonst. Vertretung
 in Deutschland: in allen größ. Städten: Haasenstein & Vogler, Rud. Mosse,
 Deube & Co., G. m. b. H., Invalideudank, Bremen Herin. Wäcker, Wilm. Schellen.

Zur Ernährungsfrage.

Von G. Detelshofen.

Die menschliche Nahrung besteht aus Nahrungstoffen pflanzlichen und tierischen Ursprungs, die in einer gewissen Menge und in einem gewissen Verhältnis zueinander gegeben werden müssen, um den täglichen Energiebedarf des menschlichen Körpers zu decken. Im allgemeinen steht die Wissenschaft auf dem Standpunkt, daß es zweckmäßig ist, dem Menschen die zu seiner Ernährung erforderlichen Kalorien zu zwei Dritteln in Form pflanzlicher Nahrungstoffe und zu einem Drittel in Form tierischer Nahrungstoffe (Fleisch, Eier, Milch, Butter usw.) zuzuführen. Den Bedarf des erwachsenen arbeitenden Menschen an Ruhkalorien hat man auf 3000 im Durchschnitt für den Tag berechnet, so daß also 2000 Ruhkalorien aus pflanzlichen und 1000 Ruhkalorien aus tierischen Nahrungstoffen bestehen müßten. Diese 3000 Ruhkalorien müssen dem Menschen in Form von Eiweiß, Kohlehydraten (Stärke, Zucker) und Fett zugeführt werden. Es entwickelt jedes Gramm Eiweiß rund vier, jedes Gramm Kohlehydrat gleichfalls rund vier und jedes Gramm Fett neun Kalorien. Nach Voit beträgt z. B. für den Soldaten im Kriege der Tagesbedarf 145 Gramm Eiweiß, 100 Gramm Fett und 500 Gramm Kohlehydrate.

Vor dem Kriege waren wir in Deutschland sehr reichlich ernährt, und vielfach hat die Nahrungszufuhr den physiologischen Bedarf überschritten. Von einer kleinen Einschränkung der Volksernährung waren daher allgemeine Nachteile für den Gesundheitszustand der Bevölkerung nicht zu befürchten. Die Einschränkung darf aber nicht soweit gehen, daß der für den menschlichen Körper erforderliche Energiebedarf nicht gedeckt wird, da sonst allgemeine oder teilweise Unterernährung die notwendige Folge ist. Die Aufgabe der Lebensmittelorganisation während des Krieges besteht daher darin, den physiologischen Nahrungsbedarf der Bevölkerung sicherzustellen. Diese Sicherstellung ist an sich für Deutschland nicht so sehr schwierig, weil Deutschland, namentlich infolge der Bülow'schen Handelsverträge, seine landwirtschaftliche Produktion in den letzten zehn Jahren vor dem Kriege so ungemein gesteigert hatte, daß es den Bedarf seiner auf rund 68 Millionen angewachsenen Bevölkerung zu etwa 85 Prozent mit seinen eignen Erzeugnissen zu decken vermochte. Infolge des Krieges hat sich allerdings das Deckungsverhältnis etwas nach der ungünstigen Seite dadurch verschoben, daß einige Nahrungsmittel (z. B. Zucker) in erheblichem Grade zu technischen Heereszwecken Verwendung finden müssen, daß ferner die Ernten infolge Mangels an Arbeitskräften und Düngemitteln im allgemeinen die Friedenserträge nicht ganz erreichen, und obendrein eine große Anzahl von Gefangenen mitzuernähren ist. Andererseits wird aber unser Feldheer zum Teil aus den besetzten Gebieten unterhalten, und es findet in beschränktem Maße auch noch eine Einfuhr von Nahrungsmitteln aus den besetzten Gebieten statt. Alles in allem gerechnet wird man davon ausgehen müssen, daß Deutschland den Bedarf der Bevölkerung, falls sie ihre Lebensweise wie zur Friedenszeit fortsetzen will, jetzt nur noch zu etwa 80 Prozent wird decken können. Eine Einschränkung um 20 Prozent ist aber, selbst wenn die Lebensweise zur Friedenszeit reichlich gewesen ist, entschieden zu hoch, um ohne großen Schaden für die Volksgesundheit ertragen werden zu können. Es ist daher ein anderer Ausweg zu suchen. Die zu lösende Frage spitzt sich dahin zu, ob es nicht möglich ist, trotz der allgemeinen Verringerung der Nahrungsdecke um 20 Prozent den Kalorienbedarf der Bevölkerung in voller Höhe zu beschaffen. Diese Möglichkeit ist unbedingt vorhanden. Kurz gesagt besteht die Lösung der Frage in einer Verbreiterung der pflanzlichen Nahrungsbasis unter gleichzeitiger geringer Einschränkung der animalen Nahrungsbasis des Menschen.

Ein Arbeiter, der zur Friedenszeit seinen täglichen Bedarf von 3000 Kalorien mit 2000 pflanzlichen und 1000 animalen Kalorien gedeckt hat, verbraucht, auf pflanzliche Nahrungstoffe zurückgerechnet, täglich mindestens 7000 Kalorien. Die Umwandlung von pflanzlichen Nahrungstoffen in animale geht nämlich mit einem Verlust von wenigstens 80 Prozent vor sich. Man muß also, um 1000 animale Kalorien durch Verfütterung von Pflanzen an ein Tier zu erzeugen, wenigstens 5000 pflanzliche Kalorien aufwenden. Der Verbrauch von 2000 pflanzlichen und 1000 animalen Ruhkalorien setzt mithin das Vorhandensein von 7000 pflanzlichen Kalorien voraus. Verringert sich nun die allgemeine pflanzliche Basis um 20 Prozent auf 5600 pflanzliche Kalorien, so kann man gleichwohl noch 3000 Ruhkalorien für die menschliche Ernährung erzielen, wenn man folgendes Verfahren einschlägt: Man vermehrt die unmittelbare pflanzliche Nahrung des Menschen um 500 Ruhkalorien auf 2500 Ruhkalorien dadurch, daß man der Tierernährung in Höhe von 500 Kalorien solche Pflanzenstoffe entzieht, die auch zur menschlichen Ernährung geeignet sind (Getreide, Kartoffeln). Den Rest von 3100 pflanzlichen Kalorien verfüttert man an das Vieh und erhält bei rationeller Fütterung hierdurch 3100/5=620 animale Ruhkalorien. Die Tagesbilanz für die menschliche Ernährung stellt sich dann auf 2500+620=3120 Ruhkalorien gegen nur 3000 Ruhkalorien vor der Verringerung der allgemeinen pflanzlichen Basis. Die Zusammensetzung der menschlichen Nahrung ist also dann vom physiologischen Standpunkt zwar nicht ideal günstig, aber die Nahrungsmenge jedenfalls mehr als ausreichend. Ein so ernährter Arbeiter würde dasselbe leisten können wie früher, ohne im Gewicht abzunehmen.

Hieraus folgt für die Volksernährung der wichtige allgemeine Satz, daß bei einer allgemeinen Verminderung der pflanzlichen Ernährungsbasis die unmittelbare pflanzliche Nahrungszufuhr für den Menschen sofort herausgeholt werden muß. Ist dies in dem erforderlichen Umfange nicht ausführbar, weil die Tierernährung in großem Umfange aus Gras und Heu, d. h. aus Nahrungstoffen bestanden hat, welche zur menschlichen Ernährung nicht geeignet sind, so bietet sich der Ausweg, einen Teil des Weidelandes in Ackerland umzuwandeln, um durch vermehrten Anbau von Getreide und Kartoffeln die erforderlichen pflanzlichen Kalorien für den Menschen zu erzielen. In jedem Falle ist, solange pflanzliche Nahrungstoffe hierzu überhaupt verfügbar oder erzielbar sind, die pflanzliche Nahrungszufuhr bei einer Verminderung der allgemeinen pflanzlichen Nahrungsbasis für den Menschen unter allen Umständen zu erhöhen. Gänzlich verfehlt ist es, in einem solchen Falle die unmittelbare Pflanzennahrung für den Menschen behufs Gewinnung von animalen Nahrungstoffen einzuschränken. Würde z. B. der Arbeiter, dessen allgemeine pflanzliche Ernährungsbasis von 7000 auf 5600 Kalorien vermindert worden ist, seine pflanzliche Nahrung von 2000 auf 1000 Kalorien heruntersetzen, um noch 4600 Kalorien an das Vieh verfüttern zu können, so würde er an animalen Kalorien 920 erzielen. Seine Nahrung enthielte alsdann 1000 pflanzliche und 920 animale, zusammen mithin nur noch 1920 Ruhkalorien, während er, wie oben gezeigt, bei einer Heraushebung seiner pflanzlichen Nahrung von 2000 auf 2500 Ruhkalorien, insgesamt 3120 Ruhkalorien zur Verfügung haben würde. Bei einer Nahrungszufuhr von nur 1920 Ruhkalorien ist der Arbeiter unfähig, schwer zu arbeiten. Er muß, um seinen täglichen Energiebedarf zu decken, Körpersubstanz verbrennen, d. h. er nimmt im Gewicht beträchtlich ab und verfällt schließlich in Siedtum. Bei einer Heraushebung seiner unmittelbaren pflanzlichen Nahrungszufuhr auf 2500 Ruhkalorien gleicht er dagegen die Verminderung der allgemeinen pflanzlichen Basis völlig aus und erzielt sogar einen kleinen Überschuss an Kalorien. Für die Wirksamkeit dieses Verfahrens ist es naturgemäß unerlässliche Voraussetzung, daß die Viehhaltung in solchem Grade eingeschränkt wird, daß das Vieh mit dem verringerten Nahrungseffekt der Fütterung um möglichst erzielt werden kann. Ein praktisches Beispiel mag dies noch näher veranschaulichen. Zwei Arbeiterfamilien von je fünf Köpfen haben je einen Grundbesitz, auf dem sie je 25 Zentner Brotgetreide und 70 Zentner Kartoffeln ernten. Beide Familien halten neben einer Ziege, die von Gras, Heu und Rüchensabfällen lebt, jährlich je zwei Schweine, die sie auf je 300 Pfund Schlachtgewicht bringen. Das selbsthergezeugte Getreide und die selbst erzeugten Kartoffeln dienen zur Ernährung der Familienmitglieder und zur Mastung der Schweine, reichen aber hierzu nicht aus, vielmehr müssen jährlich von jeder Familie fünf Zentner Brotgetreide und 15 Zentner Kartoffeln hinzugekauft werden, so daß jede Familie 30 Zentner Brotgetreide und 85 Zentner Kartoffeln zur Verfügung hat. Zur menschlichen Ernährung verwendet jede Familie 15 Zentner Brotgetreide und 25 Zentner Kartoffeln. Die restlichen 15 Zentner Getreide und 60 Zentner Kartoffeln dienen zur Mastung der beiden Schweine, die hierdurch auf je 300 Pfund Schlachtgewicht gebracht werden.

18/X. 1917

A75

Die österreichischen Beschwerden gegen die ungarische Lebensmittelpolitik.

Außerungen des Ministers Grafen Johann Hadik.
Budapest, 17. Oktober.

Der Minister für Volksernährung Graf Johann Hadik hat heute einem unserer Redakteure in Angelegenheit der im österreichischen Abgeordnetenhaus gegen die ungarische Lebensmittelpolitik erhobenen Beschuldigungen eine Unterredung gewährt. Unser Redakteur richtete an Se. Excellenz eine Reihe von Fragen, unter anderem auch solche, die die Bemessung des Schweine-, Fett-, Speck-, Schlachtvieh- und Fleischkontingents für Oesterreich betreffen, obgleich die Bemessung dieses Kontingents demalsten der Kompetenz des königlich ungarischen Ackerbauministers unterliegt. In der gestrigen Debatte im österreichischen Abgeordnetenhaus waren eben die von den Rednern behandelten Fragen derart durcheinandergerüttelt, daß sie auch in einer Entgegnung, die den ungarischen Standpunkt darstellen soll, sich nicht auseinanderhalten lassen. Minister Graf Hadik äußerte sich auf die ihm vorgelegten Fragen wie folgt:

Was den gegen Ungarn gerichteten Angriff des Herrn Abgeordneten Dr. Schürf und seiner Genossen betrifft, so erscheint dieser völlig unbegründet und nur dazu geeignet, die öffentliche Meinung der beiden Staaten zu erregen und künstlich die Gegensätze zu steigern.

Der Herr Abgeordnete Schürf hat völlig recht mit der Behauptung, daß heute im Verhältnis zu den in den Jahren 1913 und 1914 gelieferten Mengen viel weniger Schweine, Fett und Speck nach Oesterreich gelangen. Aber man vergißt drüben, daß heute eben nur viel kleinere Mengen dieser Artikel auch in Ungarn zur Verfügung stehen, als in den Jahren 1913 und 1914.

Wenn heute weniger Schweine und Fett nach Oesterreich geliefert werden, so geschieht das nicht etwa deshalb, weil Ungarn seine Ueberschüsse zurückbehält, sondern weil ein Ueberschuß leider uns nicht zur Verfügung steht.

Abgesehen davon, daß wir den ganzen Fettbedarf der Armee sicherstellen, wird man uns vielleicht drüben auch gestatten, den minimalen Fettbedarf unserer eigenen Zivilbevölkerung in erster Reihe zu befriedigen. Heute aber stößt auch die Befriedigung dieser minimalsten Bedürfnisse, zwar hoffentlich nur vorübergehend, auf größte Schwierigkeiten.

Das gleiche gilt leider auch für Obst und Gemüse.

Nicht um die Ausfuhr eines Ueberschusses nach Oesterreich handelt es sich, denn in solchem Falle könnte man überhaupt aus dem Lande nichts ausführen, da infolge der großen Trockenheit des verwichenen Sommers in diesen Artikeln wir über einen Ueberschuß überhaupt nicht verfügen. Die Mißernte ist die Ursache der Latsche, daß in diesem Jahre im allgemeinen weniger Lebensmittel nach Oesterreich gebracht werden konnten als im verfloffenen Jahr.

Betreffend die Frage der Transporterleichterung hat der österreichische Volksernährungs-

minister Herr v. Söfer eine objektive Antwort erteilt. Ich wünsche nur darauf hinzuweisen, daß die kriegerischen Verhältnisse das System der Transporterleichterung auch im inländischen Verkehr sozusagen dem ganzen Warenverkehr aufgezwungen haben. Meines Wissens wurde dieses System eigentlich zuerst in Oesterreich zur Anwendung gebracht.

Daß das System der Transporterleichterung nicht gegen Oesterreich etabliert wurde, geht handgreiflich aus der Tatsache hervor, daß z. B. die frühere Regierung im Interesse der ungestörten Ausfuhr von Schweinefleisch, Fett und Speck der österreichischen Regierung bis zur Höhe des festgestellten Kontingents Bianco-Transporterleichterung zur Verfügung gestellt hat.

Hätten die Herren Abgeordneten drüben sich ein wenig Mühe genommen, um diese Fragen auch näher gründlich zu betrachten, dann wären wir nicht in den Fehler der oberflächlichen Anschuldigung verfallen.

Zu der an uns gerichteten Aufforderung, in Befundung unserer Bündnistreue mehr Fett, Fleisch, Obst und Gemüse an Oesterreich abzugeben, bemerkte ich, daß wir auch ohne Appell an unsere Bündnistpflicht im Geiste der letzteren von allem geben, wovon wir nur irgend geben können. Wir teilen ehlich das, was wir haben; aber bloß um vor den geehrten Herren Abgeordneten drüben Gnade zu finden, können wir nicht unserem eigenen Volke den letzten Bissen vom Munde nehmen.

Den Erklärungen des Grafen Hadik, die die völlige Grundlosigkeit der Angriffe dazum, möchten wir noch einige Bemerkungen hinzufügen.

Herr Dr. Schürf hat sich zur Begründung seiner Erklärung, daß die Haltung Ungarns, namentlich das System der Transporterleichterung, gegen die Prinzipien der Gerechtigkeit verstoße, auf den G.-U. I vom Jahre 1867 berufen. Nun ist aber der G.-U. I vom Jahre 1867, aus einem einzigen Absatz bestehend, ausschließlich der feierlichen Inauguration der erfolgten Krönung Franz Josephs I. gewidmet und hat weder mit Oesterreich, noch mit österreichischen Angelegenheiten, noch mit wirtschaftlichen Fragen irgendeine Beziehung; er berührt die Materie, die Herr Dr. Schürf erörterte, überhaupt auch nicht in der entferntesten Weise. Es ist geradezu mysteriös, wie Herr Dr. Schürf auf diesen Gelehrartikel verfallen ist, und die Geschichte wird nur noch interessanter, wenn man sieht, wie die Wiener Neue Freie Presse heute diese auf Ignoranz und Mißgunst aufgebaute Rede des Dr. Schürf als ein „vortreffliches“ Werk feiert. Man muß da doch endlich die Frage aufwerfen, wie lange noch führende Persönlichkeiten der ungarischen Politik, wie Graf Julius Andrássy und neuestens auch Johann v. Teleki es als zulässig ansehen werden, ungarische Angelegenheiten in den Spalten dieses von nie verhehlter Feindseligkeit gegen Ungarn erfüllten Organs zu behandeln?

Ein anderer Redner in der gestrigen Debatte, der Abgeordnete Krafft, trat mit einer anderen Beschuldigung gegen Ungarn auf den Plan. Anknüpfend an die Enthüllung, daß von dem über Deutschland bezogenen Fett sieben Zwölftel den Oesterreichern zufallen, während Ungarn fünf Zwölftel erhalte, bonnerie uns der Abgeordnete Krafft die Frage an den Kopf: „Wozu braucht Ungarn, das ohnehin einen Fettüberfluß hat, diese fünf Zwölftel?“ Darauf ist zu antworten, zunächst, daß Ungarn keinen Fettüberfluß hat. Der Herr Abgeordnete mag nach Budapest kommen und zu sehen, wie täglich ganze Scharen von Leuten in allen Stadtteilen stundenlang sich anstellen, um zu einigen Gramm Fett zu gelangen, und wie die meisten unter-

richteter Sache abziehen müssen, dann wird er wohl seine Behauptung von dem Fettüberfluß Ungarns nicht weiter aufrecht halten wollen. Uebrigens bitten wir ihn, zur Kenntnis zu nehmen, daß von den fünf Zwölfteln der ungarischen Bevölkerung überhaupt nichts zugute gekommen ist. Welche Bestimmung diese Fettmengen erhalten haben, ist eine Frage, die er nicht an uns zu richten hat. Wir raten ihm, sich diesfalls bei der österreichischen Regierung anzufragen; sie wird ihm die Auskunft nicht vorenthalten.

Vielmehr ist in der Debatte betont worden, daß die Absperrung Ungarns von Oesterreich durch die Transporterleichterung unzulässig sei. Indessen hat man gestern im österreichischen Abgeordnetenhaus von berufener Seite hören können, daß innerhalb des österreichischen Staates einzelne Kronländer und sogar einzelne Bezirke sich gegeneinander abschließen. Von der Regierungsbank wurde dies zwar als Unzulässigkeit bezeichnet und betont, daß die Absperrung den Bezirken untersagt worden ist. Aber eben nur den Bezirken. Die Kronländer Oesterreichs dürfen das noch weiter betreiben. Ist es nicht seltsam, daß österreichische Gesetzgeber ihren eigenen Kronländern eine Praxis nicht zu untersagen wagen, die, vom ungarischen Staate Oesterreich gegenüber angewendet, von ihnen als unzulässig erklärt wird? Sind sie etwa der Ansicht, daß der ungarische Staat dem österreichischen Staate gegenüber ein geringeres Maß von Selbstbestimmungsrecht besitzt, als innerhalb des österreichischen Staates die einzelnen Kronländer einander gegenüber?

So viel aus der reichen Fülle der Widersprüche, die die österreichische Kammerdebatte über die Volksernährungsfragen bietet. Wir schließen, indem wir noch auf ein charakteristisches Produkt der österreichischen Publizistik hinweisen. Das heutige Morgenblatt der Zeit läßt seine Ausführungen über die gestrige Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses in eine Drohung gegen Ungarn ausmünden. Die Ungarn seien eine numerisch schwache Nation, von Nachbarn umgeben, die ihnen zumeist wenig gewogen sind, und in ihrer politischen Zukunft durchaus auf den österreichischen Rückhalt angewiesen; der auf diesen Ton gestimmte Artikel warnt daher Ungarn, den Bogen nicht allzu straff zu spannen und sich nicht völlig dem Geschäftsinstinkt hinzugeben. Wir können nichts Besseres tun, als auf das Humorvolle dieser Ausführungen hinzuweisen. Die uns beglückende Zeitung möge Umschau halten in Oesterreich. Sie wird, wenn sie nicht ganz mit Blindheit geschlagen ist, schnell erkennen, welcher Staat der Monarchie einer Krücke bedarf und welcher Staat in diesen schweren Kriegszeiten die Stütze der Monarchie gewesen ist.

18./X. 1917

179

Wien, 18. Oktober.

Für unser wirtschaftliches Durchhalten ist die Beihilfe Ungarns von entscheidender Bedeutung. Mit dem vollen Ernst, den diese Tatsache erheischt, hat das österreichische Abgeordnetenhaus eine Debatte über Ernährungsfragen abgeführt. Die Zustände, unter denen die österreichische Bevölkerung infolge der schwierigen Versorgung mit so überaus wichtigen Nahrungsmitteln, wie Schweinefleisch, Speck und Fett leidet, sind in beredten Worten hervorgehoben worden. Die Abgeordneten haben damit auf einen Zustand hingewiesen, der in der Tat von der österreichischen Bevölkerung in allen ihren Schichten drückend empfunden wird, auf einen Zustand, der zweifellos im Interesse unserer Bevölkerung, damit aber auch im Interesse der Monarchie und ihrer Widerstandsfähigkeit inmitten der jetzigen schweren Kämpfe dringend Abhilfe erheischt. Man darf es deshalb mit lebhafter Genugtuung begrüßen, daß Minister Höfer in der Rede, mit der er in die Debatte eingriff, die Berechtigung der erhobenen sachlichen Beschwerden voll anerkannte und einen sehr präzisen Standpunkt in bezug auf das ganze Problem formulierte. „Man handelt es sich darum, diese Anstände radikal zu beseitigen,“ rief der Minister aus. „Es geht in dieser Art mit dem freien Einkauf und dem Ueberzahlen des Höchstpreises nicht weiter, da muß das Aufbringensystem geändert werden.“ Aus der Rede des Ministers geht hervor, daß die Gelegenheit zu einer Aussprache zwischen den beiden Regierungen in der aller nächsten Zeit gegeben sein wird. Bei diesen Konferenzen wird zwischen den beiden Regierungen die Frage des Lebensmittelaustausches im Verkehre der beiden Staaten überhaupt, das Ausmaß des ungarischen Kontingents an Oesterreich hinsichtlich der Bodenprodukte, des Brotgetreides und der Futtermittel zur Beratung kommen, vor allem aber die Frage der Belieferung des österreichischen Marktes mit ungarischem Schweinefleisch, Speck und Fett.

Man darf wohl sagen, daß die österreichische Bevölkerung mit der größten Spannung dem Ergebnis dieser Beratungen entgegenfieht, die ja auf jeden einzelnen Haushalt in den kommenden Monaten des uns aufgezwungenen vierten Kriegswinters ihre Rückwirkung äußern müssen. Man darf deshalb auch erwarten, daß die Wünsche der österreichischen Regierung, die in dieser Frage die ganze österreichische Bevölkerung ohne Unterschied der Parteien hinter sich hat, bei der ungarischen Regierung das entsprechende Verständnis finden. Wie aus den Äußerungen des Ministers Höfer hervorgeht, betreffen die österreichischen Forderungen die Erhöhung des Rinderkontingents, die Er-

19. X. 1917

190

Wien, 19. Oktober.

In den Plänen unserer Gegner spielte die Hoffnung, uns, wenn schon nicht unmittelbar militärisch, so doch wirtschaftlich und finanziell niederringen und damit ihr Endziel erreichen zu können, immer eine große Rolle. Von unserer finanziellen Erschöpfung ist es seit langem auch in der Feindespresse stille geworden. Daß unser Wirtschaftsleben kräftig genug ist, um die Mittel für die Fortführung des Krieges, mag er wie lange immer dauern, bereitzustellen, das haben die mit steigendem Erfolge durchgeführten sechs Kriegsanleihen bewiesen. Ein neuerliches Dokument dafür wird das Resultat der bevorstehenden siebenten Kriegsanleihe sein. Und was die Leistungsfähigkeit unserer Industrie anbelangt, dieser für die Entscheidung des Krieges so hochwichtige Faktor, so ist sie nach wie vor auf der vollen Höhe ihrer Aufgabe. Der Schwierigkeiten ungeachtet, die sich naturgemäß für die industrielle Produktion mit der langen Dauer des Krieges ergeben, sind unsere industriellen Unternehmungen weiter bemüht, den an sie gestellten Anforderungen bis zur äußersten Grenze nachzukommen. Beseelt von jenem optimistischen Willen, der die Tätigkeit der Industrie während des ganzen Krieges charakterisiert, wird sie auch weiterhin, nur allein auf sich selbst gestellt, die von ihr abhängigen Voraussetzungen für eine siegreiche Beendigung des Krieges schaffen. Die wichtigste Aufgabe müssen selbstverständlich alle kompetenten Faktoren darin sehen, in dem bevorstehenden vierten Kriegswinter der Approvisionierungsschwierigkeiten Herr zu werden. Die Debatte, die vorgestern im österreichischen Abgeordnetenhaus stattfand, hat wichtige Richtlinien für die Behandlung dieses Problems vorgezeichnet. Auch auf diesem Gebiete werden unsere Feinde eine Enttäuschung erfahren. Wenn es auch nur ein bescheidener Trost in unseren Lebensmittelnöten ist, so darf uns doch der Gedanke aufrichten, daß es unseren Feinden auch nicht viel besser geht. Das starke Erntedefizit, das sich heuer für die Alliierten ergeben hat, macht sich bei der Versorgung der Bevölkerung in den Ententestaaten aufs schwerste fühlbar. Aus England kommen Meldungen über Arbeiterbewegungen infolge mangelnder Ernährung, die Verhältnisse in Frankreich sind außerordentlich schwierig, in Italien weiß sich der Ernährungsminister gegenüber der kritischen Entwicklung des Verpflegungsproblems keinen anderen Rat, als zurückzutreten, von den verworrenen Approvionierungsverhältnissen in Rußland gar nicht zu reden. Wenn es daher auch in der Natur

Hauswirtschaftliche Plaudereien.

Von Luise Holte.

Wenn ich die verschiedenen Fragebriefe lese, so entringt sich mir bei manchem dieser Schreiben doch ein leiser oder lauter Stohseufzer, und ich wünsche, die deutschen Hausfrauen oder doch der in Frage kommende Teil dieser Hausfrauen hätten einmal ein wenig mehr Nachdenken und zum anderen eine größere Ordnung in ihren Angelegenheiten. Ich kann wohl sagen, daß ich ein wenig ärgerlich werde, wenn ich in dieser Woche wieder 5 Briefe erhalte, deren Absender, „weil sie Zuckerrüben gebaut haben“, mich im Interesse vieler anderer deutscher Hausfrauen anflehen, doch über die Verwendung dieser Zuckerrüben zu schreiben. Dabei sind noch keine vier Wochen ins Land gegangen, seit ich über Zuckerrübenverwertung schrieb, es war in Nr. 499 in der dritten Beilage; ich kann unmöglich wegen der Unachtsamkeit einzelner den knappen Raum mit Wiederholungen ausfüllen, die der Allgemeinheit nicht nutzen. Ich kann aber auch nicht Nummern der „Täglichen Rundschau“ verschiden, die den oder jenen Aufsatz von mir brachten; meine Belegnummern gehen an verschiedene Gruppen des Nationalen Frauendienstes, sie sind bis auf die eine Nummer, die ich behalte, also alle vergeben. Endlich muß ich wiederum bemerken, daß ich mein Kriegskochbuch nicht verkaufe, vertreibe und verschide; wenn es irgendwo vergriffen ist, wie mir wiederholt mitgeteilt wird, so kann nur der Verlag Belagun u. Klasing, Bielefeld, Rat schaffen. Die neue Auflage ist auch bereits im Druck, aber es geht in diesen Zeitaläusen mit Papiernot und Leutemangel nicht so schnell wie sonst, es ist also in diesem Falle nur um ein wenig Geduld zu bitten, ich kann nicht helfen. Ich kann nur versuchen, auf die Fülle von sorgenden Fragen Antwort zu geben.

Mehr als 5 Briefe liegen vor, die nachfragen, wie lange in Wasserglas oder Garantol eingelegte Eier haltbar sind und ob und wie sie sich am besten von einem Wohnort an den andern bringen lassen. Ich kann aus eigener Erfahrung berichten, daß ich frische, denart eingelegte Eier noch im zweiten Jahre taubellos dem Wasserglas entnommen und in der Küche zu den verschiedensten Speisen verwendet habe, sie ließen sich mühelos teilen und das Eiweiß sich gut schlagen. Beim Umzug von einem Ort zum andern läßt man meines Erachtens die Eier am besten im Topf in der Einlage. Man stellt den Topf in eine passende kleine Kiste, stopft die Zwischenräume zwischen Topf und Kiste ganz fest mit Holzwole aus und klebt mit Gipsbrei auf dem Topf einen passenden Blechdeckel fest. In die Kiste schraubt man zu beiden Seiten zwei schwarze eiserne Traggriffe an, damit sie sich gut transportieren läßt und nicht das untere Ende nach oben gekehrt wird. Richtet man alsdann beim Einladen und Ausladen sein Augenmerk auf diese Kiste, so dürfte man kaum eine Gefahr für den kostbaren Inhalt befürchten.

Ueber Anwendung des benzoesauren Natrons laufen noch immer Anfragen ein. Auch hier möchte man die vielen Leserrinnen bitten, darüber doch ein wenig besser nachzulesen in den verschiedenen hauswirtschaftlichen Plaudereien. Man kann benzoesaures Natron auch leicht gesüßtem Obstmus zur Haltbarmachung zusehen, ebensogut wie ungesüßten Früchten. Ich habe das wiederholt getan, gute Erfahrung damit gemacht; eine Beeinflussung des Geschmades, über die mir von ganz vereinzelt Seiten allerdings nur geklagt wurde, habe ich bei richtigem Gebrauch des benzoesauren Natrons nicht bemerkt. Ich habe die Cozet-Tabletten von Fr. Schmidt, Hannover, Große Düwelfstraße, stets gebraucht und bin sehr zufrieden damit. Wer selbst Äpfel erntet oder von gütigen Verwandten oder Freunden beziehen kann — wobei ich bei den Leserrinnen hiermit anfrage, ob unter ihnen eine gute Seele ist, die mir etwas Obst verkaufen kann und darf? — dem kann ich zum Einmachen von Apfelfstücken mit benzoesaurem Natron raten aus kleinen unansehnlichen oder gedrückten Äpfeln, die aber reif sein müssen. Man schält die Äpfel, entfernt alle Druckstellen und schneidet sie in Stücke. Auf 4 Kg. Apfelfstücke bringt man ¼ Liter Wasser mit ½ Kg. Zucker ins Kochen, schüttet die Apfelfstücke hinein und kocht sie gut durch, sie sollen gar sein, aber nicht zerfallen. Man löst die Cozet-Tabletten in wenig lauwarmem Wasser, rührt sie unter das kochend heiße Obst, füllt es sofort in heiße Gläser und bindet es sofort nach dem Einfüllen mit Pergamentpapier, das man durch eine Gelatinelösung zieht, zu. Diese Apfelfstücke sind köstlich im Geschmack und können zur Füllung, als Zuspelise oder auch zur Bereitung von Apfelmus, zur Herstellung von Marmelade aus Kürbis, den man ja bis Februar hin an kühlte, trockenen Orte aufheben kann, verwendet werden.

Frau H., Frau Dr. L. und Herta aus D. kann ich mitteilen — auch dies ist übrigens nicht das erste Mal — daß man aus Fallobst, faulem Obst und Obstschalen sehr gut Essig bereiten kann. Man muß das Obst zu Brei stampfen, diesen Brei zwei bis drei Tage bei wiederholtem Umrühren stehen lassen und dann scharf auspressen. Der Saft wird in ein großes offenes Steingutgefäß gegossen und je Liter 100 Gr. Zucker zugefügt. Man muß das Gefäß so warm wie möglich, aber nicht auf Ofen oder Herd stellen, 20 bis 24° C. ist die günstigste Temperatur für die Gärung. Zuerst setzt die geistige Gärung ein, welche den Zucker in Alkohol umwandelt und mit Kohlenäureentwicklung begleitet ist. In spätestens einer Woche ist sie vorüber, die Kohlenäureentwicklung hört dann auf, und die Essiggärung beginnt, die den Alkohol zu Essigsäure umsetzt. Diese Essiggärung beanprucht je nach der Menge der Flüssigkeit und der mehr oder minder günstigen Temperatur 1 bis 6 Wochen; bei faulem Obstzusatz tritt die Gärung sehr bald ein, bei Verwendung von Fallobst und Obstschalen nimmt sie längere Zeit in Anspruch. Man kann die Gärung beschleunigen, wenn man etwas guten Weinessig zu der Flüssigkeit gießt und außerdem ein wenig Sauerteig zusetzt. Man deckt das Gefäß während der Gärung nicht zu, nimmt sorgfältig den sich etwa zeigenden Schaum fort, damit der Essig nicht schimmelt; tritt Schimmel auf, würde der Essig verderben. Zuzusatz ist bei Bereitung von Obstessig nicht zu entbehren, ohne ihn würde der Essig dünn, wenig brauchbar und vor allem wenig haltbar. Der fertige Essig wird durch ein Tuch gefiebt, in trockene, saubere Flaschen gefüllt, diese gut verkorkt und liegend aufbewahrt. Solcher Obstessig hat einen ausgezeichneten, milden Geschmack.

Mehrere getreue Leserinnen fragen mich ängstlich nach der Haltbarkeit von Kunsthonig, von dem sie an Stelle des Einnachzuckers erhielten. Leider ist mancher Kunsthonig so wenig gut hergestellt — man las ja schon von den unlauteren Madenschäften bei der Kunsthonigfabrikation — daß solch minderwertige Ware allerdings nicht lange haltbar ist. Wirklich guter Kunsthonig ist lange Monate, kühl und trocken aufbewahrt, gut bei mir geblieben, und besonders der in fester Form. Aufstochen soll man den Kunsthonig nicht, wirkliches Erhitzen bis zum Kochen beeinflusst bekanntlich schon den Geschmack des Bienenhonigs sehr unliebsam, deshalb würde sich ein Sterilisieren in Gläsern — wenn man noch Ringe hat oder die lange nicht immer zu gutem Erfolg führenden 4 Gelatinringe für 1 Glas, die 80 Pfennige kosten, anwenden will — auch nur empfehlen, wenn man den Verschluß der Gläser bei 70 bis 75° C herbeiführt. Ich hoffe, Frau Prof. S., die mir so sehr liebe Worte schrieb, für die ich ihr nur hier innig danken kann, wird mit ihrem Kunsthonig keine trüben Erfahrungen machen!

Im Laufe des Sommers scheinen sich gar viele Leserinnen Ziegen angeschafft zu haben, denn ich bekomme in letzter Zeit wiederholt Briefe, ob man aus Ziegenmilch Butter machen kann. Ich glaube zwar, daß die Milchabgabe der Ziegen bald sehr nachlassen wird, so daß an Verbüttern der Ziegenmilch nicht zu denken sein wird, aber ich will trotzdem die Frage beantworten. Um Sahne von der Ziegenmilch zu gewinnen, ist es am besten, die Ziegenmilch aufzukochen, bis zum anderen Tage stehen zu lassen und dann abzufahren. Von der Sahne, die man mehrere Tage sammelt, bereitet man dann auf bekannte Weise in einer der kleinen Haushaltungsbuttermaschinen die Butter. Ziegenbutter ist stets ganz weiß.

Zwei Hausfrauen möchten gern wissen, wie sie Buchweizenmehl in der Küche verwenden können, das sie aus dem Felde geschickt bekamen. Man kann aus Buchweizenmehl sehr gutes Frühstücksgedäck bereiten, indem man Buchweizenmehl mit etwas Salz und auf ½ kg 1½ Teelöffel Backpulver vermischt, zu einem flüssigen Teig mit Wasser anrührt und davon in eiserner, mit Fett eingefrichener Pfanne unterläßengroße dünne Kuchen backt. Diese Frühstückstaschen werden warm zum Frühstück verzehrt, sie können mit Butter, Mus, Sirup oder Honig bestrichen werden. Man kann auch einen Kuchen aus Buchweizenmehl backen. Dazu rührt man 500 g Buchweizenmehl mit ½ Liter heißem Wasser ganz glatt, gibt 50 g Zucker, etwas abgeriebene Zitronenschale, 1 Ei, Salz, Zimt, 100 g Rosinen, zwei Löffel verquirlte Sauermilch und 1 Paket Backpulver dazu, füllt den Teig in eine glatte vorgefertigte Form und backt den Kuchen eine Stunde. Spägen aus Buchweizenmehl: 500 g Buchweizenmehl rührt man mit 2 Tassen kaltem Wasser glatt an, gibt etwas Salz dazu und brüht die Masse mit einer Tasse kochendem Wasser ab, worauf man zwei verquirlte Eier durchschlägt. Man rührt Spägen von dem Teig ab, läßt sie in kochendem Wasser gar werden, nimmt sie mit dem Schaumlöffel heraus und bestreut sie mit Zucker und Zimt. Man gibt geschmortes Obst dazu.

Mehrere treue Rundschau-Leserinnen wollen gern den Hausfrauen mitteilen, wie sie aus Eiern ein gutes Gebäck herstellen. Bekanntlich sind aber Eiern für die Verwertungsstelle für Wildfrüchte zum Verkauf beschlagnahmt, sodaß nur da, wo man einen Eichbaum selbst auf seinem Grundbesitz hat, eine derartige Ausnützung in Frage kommt. Ich teile deshalb hier doch die Angaben der freundlichen Einsenderinnen mit. Die Eiern werden in Wasser gekocht, abgezogen und durch die Maschine getrieben, sodaß ein feines Mehl entsteht. Man mischt 250 Gramm Eiernmehl mit 125 Gramm Weizenmehl, rührt 2 Eigelb mit Zucker schaumig, gibt das gemischte Mehl, eine Prise Salz, etwas abgeriebene Zitronenschale, etwas Milch, den Eischnee und 1 Paket Backpulver dazu. Auf ein mit Speck eingeriebenes Blech legt man von dem Teig kleine Plättchen und backt sie langsam. Man kann den Teig auch in eine Springform füllen und einen Kuchen davon backen, auch verschiedene Gewürze zusehen. Der Kuchen sieht dunkelbraun aus, schmeckt vorzüglich, die Plättchen sind ebenfalls dunkel und erinnern an Matronen. Nach der Mitteilung einer anderen Leserin wurde ein Gebäck aus rohen Eiern hergestellt. Man vermetet 200 Gr. geriebene frische Eiern mit 50 Gr. Butter, gibt ½ Tasse Zucker, ½ Tasse Milch, 125 Gr. Mehl und 1 Backpulver dazu, legt Plättchen in Matronenform auf ein vorgefertigtes Backblech und bäckt sie 30 Minuten. Wer Gelegenheit hat, diese Vorschriften auszuprobieren, sollte es nicht versäumen, und wer will, darf mir eine kleine Kostprobe davon schicken. Daß vielfach frischer Quark zu haben ist, merkt man aus den verschiedenen Anfragen nach der Bereitung von Käse aus ihm. Die Herstellung von Kochkäse habe ich in Nr. 499 erst gegeben, meine beiden Fragerinnen danach mögen dort nachlesen; die Bereitung von Sauerkäse habe ich auch schon beschrieben, es ist jedoch schon länger her, sodaß ich nicht weiß, ob mich nicht neuhinzugetretene Leserinnen fragen, deshalb wiederhole ich hier die Vorschrift noch einmal. Es ist immer rasam, den käuflichen Quark, der noch nicht trocken genug zur Käsebereitung ist, unter leichter

Presse in einem Leinwandtafel auf einem Sieb ganz trocken auszupressen, bevor man ihn gründlich mit den Händen durcharbeitet, sodaß die Masse ganz geschmeidig wird und ohne kleine Anlöcher ist. Dann salzt man ihn ein wenig, nimmt etwas Kümmel dazu und formt kleine Kugeln, die durch tüchtiges Hin- und Herschlagen, von einer Hand in die andere, Bindung erhalten. Man legt sie nebeneinander auf ein Brett, drückt sie etwas flach und bringt sie an einen nicht zu warmen Ort, damit sie beim Sprünge erhalten; sie werden öfter umgedreht und vom Schimmel befreit. Nach acht Tagen wäscht man die Käse mit Buttermilch wasser ab, hüllt sie einzeln in feuchte Leinwandlappchen und schichtet sie in Töpfe. Man wiederholt dies Verfahren ein um den anderen Tag, bis der Käse durchgereift und speckig ist. Will man solchen Käse rasch gebrauchen, kann man eine Anzahl der geformten Käse an einen etwas feuchtwarmen Ort bringen, dort bekommen sie in ganz kurzer Zeit eine krause Haut und beginnen auszustreichen, sie schmecken dann vorzüglich. Vor mir liegen wieder fünf Anfragen nach dem im vorigen Jahr von mir besprochenen Brilletherd Brilla, dessen Bezugsquelle erbeten wird, ebenso wird die Kochliste „Heimchen am Herd“ dreimal nachgefragt, bei beiden muß ich wieder klagend feststellen, daß ich diese Bezugsquellen stets dabei genannt, für den Brilletherd sie vor nicht langer Zeit noch einmal auf Wunsch angab, ich nenne nun zum letztenmal die Bezugsquellen, den Brilletherd erhält man bei B. Obeling, Bremen, Heimchen am Herd-Kocher bei Schulz und Sadur, Berlin, Französischer Straße 49. Von beiden werden Beschreibungen und Preisangaben zugesandt. Dies ist nun aber endgültig das letzte Mal, daß ich die Bezugsquellen dafür hier nenne.

Eine Wiederholung bedeutet auch wieder die Antwort auf drei Briefe, die alle nach dem Schließen von Gläsern mit Eiweiß fragen. Da aber die Rot mit gutem Verschluß für Gläser, die man sterilisieren will, groß ist, Ersatzgummiringe taugen nichts, sind auch kaum mehr zu haben, die schon vorher kurz erwähnten Gelatineringe aber sind kostspielig und nicht einwandfrei bewährt, so möchte ich den Eiweißverschluß hier doch noch einmal angeben, es wird vielleicht manche Leserin dadurch erst wieder an ihn erinnert, und mancher neuen Leserin wird dieser Verschluß erst bekannt. Man kann den Eiweißverschluß sowohl für Früchte wie für Gemüse verwenden. Die Früchte werden roh in die Gläser gefüllt, die Gemüse müssen vorher halb weich gekocht sein, sie werden gekühlt und mit abgekochtem kaltem Salzwasser überfüllt, in die Gläser gefüllt. Eiweiß wird ganz schwach geschlagen, dann bestreicht man den glatten sauberen Glasrand dünn mit Eiweiß, darauf ein Blatt weißes Papier, das zehn Zentimeter größer als die Oberfläche des Glases sein soll, auf einer Seite ebenfalls dünn mit Eiweiß und drückt es auf dem Glase fest. Auf dieses Papier kommen dann noch zwei weitere Blätter, ebenso bestrichenen weißes Papier. Die Ränder der Papierblätter müssen heruntergebogen, festangedrückt und mit etwas dünnem Faden noch, wenn nötig, festgebunden werden. Beim Kochen der Gläser im Vorratskocher darf aber dieser nicht zugedeckt werden, da das Papier sonst platzt.

Birnenmus kann man auf verschiedene Weise bereiten; ich teile nachfolgend zwei Vorschriften dafür mit. Birnenmus mit Äpfeln. Auf jedes Kilo Birnen nimmt man 375 Gramm Äpfel, wäscht das Obst, entfernt Stiel und Birne, schneidet es in Stücke und kocht es unter Rühren in ganz wenig Wasser so weich, daß man die Birnen durchstreichen kann. Auf 1 Kg. Fruchtmasse nimmt man 300 Gramm Zucker und kocht das Mus damit, bis es breit vom Löffel fällt. Birnenmus mit grünen reifen Weinbeeren. Man preßt soviel Weinbeeren aus, daß man ½ Liter Saft hat, kocht darin 2 Kg. in Stücke geschnittene Birnen und gibt sie durch die Fleischmaschine. Man kocht die Masse mit 375 Gramm Zucker die. Birnen Sirup. Große, süße, saftige Birnen werden geschält, roh gerieben und kräftig durch ein gebrühtes Leinwandtäfelchen gepreßt. Unter Rühren kocht man den Saft zu dickem Sirup, der ein treffliches Süßmittel für Obstsuppen, Schmorobst und dergleichen ist.

Apfelgelee läßt sich mit 125 Gramm Zucker auf ein Liter Apfelsaft nicht bereiten, das mindeste Gewicht sind 500 Gramm Zucker; ein gutes Gelee erhält man aber nur dann, wenn man nicht zu reifes, sehr pektinreiches Obst zur Geleebereitung hat. Will man der Steifung des Gelees durch Zusatz von Gelatine nachhelfen, muß man diese abwachen, kleinsplüßen und ganz zuletzt dem Gelee zusehen, in dem sie sich lösen, aber nicht kochen soll. Man rechnet für 1 Liter Saft sechs Blatt Gelatine.

Von Rettich sowohl wie von dem letzten Lökere, also nicht mehr geschlossenen Salat kann man gute Suppen bereiten, wie eine Erprobung der folgenden Vorschriften den Fragerinnen, beweisen dürfte. Zur Rettichsuppe röstet man 125 Gr. Mehl in einer eisernen Pfanne trocken-braun, läßt es etwas auskühlen und rührt es dann mit Brühwürfelbrühe glatt. In diese leicht gebundene Suppe gibt man einen klein geschnittenen gepuderten Rettich nebst seinen gewiegten zarten Blättern sowie eine kleinsplüßig geschnittene Zwiebel. Man kocht die Suppe unter öfterem Umrühren zehn Minuten, streicht sie durch und gibt 200 g in Scheiben geschnittene, für sich gargekochte Kartoffeln nebst reichlich gehackter Petersilie in die fertige Suppe. Für die Salatsuppe wiegt man 250 g Salatblätter und schneidet eine Stange Porrée fein, schneid dies in etwas Fett urch, gibt 250 g kalte geriebene Kartoffeln daran und rührt 2 Liter Brühwürfelbrühe darunter. Die gebundene Suppe muß unter öfterem Umrühren 15 Minuten kochen und zuletzt mit gehackter Petersilie gewürzt werden.

In der nächsten Plauderei hoffe ich den Rest der verschiedenen Fragen beantworten zu können und auch endlich von den verschiedenen Kochrezepten reden zu können, nach denen gefragt wurde.